DER SPIEGEL

C 7007 CX
Nr. 9
34. Jahrgang · DM 3,–
25. Februar 1980




Nikotin 1,0 mg, Kondensat 15 mg, Durchschnittswerte nach DIN
INTERNATIONAL
BY APPOINTMENT TO HER MAJESTY THE QUEEN
SUPPLIERS OF SMOKERS' REQUISITES ALFRED DUNHILL LTD. LONDON
DUNHILL
The name Dunhill is the registered trade mark
of Alfred Dunhill Ltd. London
London·Paris·New York
dunhill
INTERNATIONAL
International anerkannt.
Eine der exclusivsten Cigaretten der Welt.
dunhill
London · Paris · New York
One of the most distinguished tobacco houses in the world.

HAUSMITTEILUNG

Datum: 25. Februar 1980 Betr.: Strauss

Immer wieder machen Journalisten, die sich intensiv mit Franz Josef Strauss befassen, eine eigenartige Erfahrung: Das, was sie für ihre eigenen Vorurteile halten, sind gar keine. Der Mann denkt und handelt so, wie man es zuweilen selber nicht glauben mag.

Krise in und um Afghanistan, Olympia-Boykott, Hochspannung zwischen den Supermächten — Aussen- und Verteidigungspolitik haben seit zwei Monaten Hochkonjunktur. Der Kanzlerkandidat der Unionsparteien mischt mit, in verschiedenen Rollen. Mal als besonnener Staatsmann, so wie es ihm seine Wahlkampfregisseure streng angeraten haben, mal beisst er um sich.

Klar, dass der SPIEGEL wissen wollte, wie es denn wäre, wenn in dieser gefahrvollen Zeit der Bayer — ohne Rücksicht auf einen Koalitionspartner — die Richtlinien der Bonner Politik bestimmen könnte, wenn er im Ost-West-Konflikt tatsächlich mit am Drücker sässe.

Dirk Koch, Leiter der SPIEGEL-Redaktion in Bonn, hat einige Wochen lang recherchiert und wurde fündig: Er stiess auf neues Akten- und Informationsmaterial.

In der Titelgeschichte dieses Heftes (mehr in der nächsten SPIEGEL-Ausgabe) belegt Koch, dass der CSU-Vorsitzende alle politischen Hemmungen fallen lässt, und demokratische Tugenden auch, wenn es gegen die Sowjets insbesonders, und die Kommunisten allgemein geht. Bei der Auswahl der Verbündeten in seinem weltweit geführten Kampf gegen die Rote Gefahr zählt für ihn nur die stramm antilinke Gesinnung.



SPIEGEL-Redakteur Koch

So ist er ertappt, wie er Hunderttausende harter D-Mark unter rechtsextremen Reaktionären in Spanien und Portugal verteilt, wenn diese Ultras beim Wechsel von Diktatur zur Demokratie bedürftig geworden sind.

Er ist ertappt bei Geheimtreffen mit Anhängern des „Duce" Mussolini, mit den italienischen Neofaschisten.

Er ist ertappt bei zumindest einer heimlichen Zusammenkunft mit Alparslan Türkeş, dem Führer der türkischen nationalistischen Bewegung MHP, die sich den deutschen Nationalsozialismus zum Vorbild und Adolf Hitler zum geistigen Vater erkoren hat. Türkeş ist zugleich oberster Chef der „Grauen Wölfe", jener wegen ihrer zahlreichen Gewalttaten berüchtigten Jugendorganisation.

Die Kontakte dessen, der in diesem Lande Kanzler werden will, würden im Normalfall das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln interessieren, Abteilung Rechtsextremismus. Ein Sicherheitsrisiko.

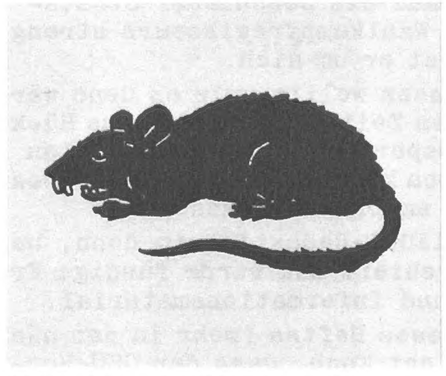
Bezeichnend: In jenen Ländern, wo man sich in Fragen der Aussenpolitik um Disziplin und Augenmass bemüht und die Entspannung nicht gering achtet, in Washington und Paris etwa, ist der CSU-Mann nicht in. Der aussenpolitisch wichtige „Christian Science Monitor" warnte die eigene Regierung, gegen Helmut Schmidt nur ja nicht „die Strauss-Karte" zu spielen. Bei aller Reserve Jimmy Carters gegen den amtierenden deutschen Kanzler, dies heisst, seine Intelligenz zu unterschätzen.

IN DIESEM HEFT

Vermittelt Brandt im Ost-West-Konflikt? Seite 19

Auch die USA, so Präsident Jimmy Carter zu dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, seien an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik interessiert — und Brandt könne den Dialog wieder in Gang bringen. Zwar hat die SPD, nach Afghanistan, bessere Kontakte zu Moskau als die Bundesregierung, doch Brandt will nur dann vermitteln, wenn er auch einen Auftrag des Kabinetts dazu hat.

Die Christen-Union und die Ratten Seite 29



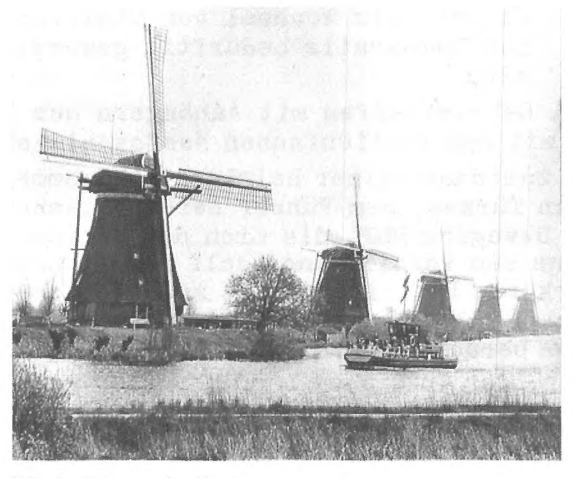
CDU-Aufkleber für SPD-Plakate 1972

Der CSU-Ausfall gegen linke Autoren — Stoiber: „Ratten und Schmeißfliegen“ — war kein Ausrutscher. Das Zitat geht auf Strauß zurück, der seit Jahren Gegner mit Getier gleichsetzt. Schon zur Bundestagswahl 1972 versahen Christdemokraten SPD-Plakate mit Ratten-Aufklebern. Ein einstiger Goebbels- und späterer Strauß-Helfer hatte das Symbol 1940 in die NS-Propaganda eingeführt — zur psychologischen Vorbereitung des Holocaust.

Gefährliche Hoechst-Abwässer Seite 44

Hessische Staatsanwälte machten Hausdurchsuchung bei den Farbwerken Hoechst. Das Unternehmen steht im Verdacht, Abwässer mit giftigen, krebserregenden Stoffen in Rhein und Main geleitet zu haben. Justizminister Günther will „auf Biegen und Brechen“ eine richterliche Grundsatzentscheidung: Auch Beamte, die davon gewußt und nichts dagegen unternommen haben, sollen als Umweltsünder bestraft werden.

Warmbaden mit Windenergie Seite 67



Windmühlen an der Küste

Die Ölpreise machen es rentabel, Strom aus Wind zu erzeugen. Immer öfter schon verhelfen rotorgetriebene Stromaggregate privaten Haushalten zum Brotbacken, Warmbaden und Ölsparen — bis zu 2500 Liter pro Jahr sind bei einer 18 000-Mark-Anlage drin. Angesichts der Auflagen gegen die Windtürme haben Mühlenfans schon einen „Windenergieverein“ gegründet.

Risiken durch knappe Edelmetalle Seite 157

Über 96 Prozent der Weltvorräte an Chrom lagern in Südafrika und Rhodesien, 74 Prozent des Vanadiums ruhen in sowjetischen Böden. Eine große Zahl rarer Edelmetalle, von denen auch die Industrieproduktion der Bundesrepublik abhängt, verteilt sich auf wenige Staaten. Politische Spannungen und Lieferstopps könnten die Industrienationen in ihrem Lebensnerv treffen.

Interview mit Außenminister Lord Carrington S. 137



Lord Carrington

Trotz sowjetischer Ablehnung hält Englands Außenminister Lord Carrington am EG-Vorschlag fest, Afghanistan zu neutralisieren. Er glaubt allerdings, daß es „nicht die geringste Entspannung" geben könne, wenn Moskau Europa ernsthaft von Amerika trennen will. Und er ist überzeugt, daß ein Olympia-Boykott des Westens die Sowjet-Union schwer treffen würde: Ein Fernbleiben vieler Länder laufe „auf ein erhebliches Versagen der Sowjet-Union hinaus".

Amerika wird mit dem Atommüll nicht fertig Seite 160

160 000 Kubikmeter flüssiger Atommüll lagern in schadhaften Tanks, 7500 Tonnen verbrauchter Brennelemente in überfüllten Zwischenlagern: Amerikas nukleare Entsorgungspolitik ist, so urteilt Atomwissenschaftler Lipschutz, voll von „Unsicherheiten und Zweifeln". Frühestens 1995 wird die erste Endlagerstätte in Betrieb genommen werden können.

Olympia: US-Applaus für Sowjet-Athleten S. 116–127

Lake Placid ist noch einmal davongekommen. Bei den Winterspielen im US-Staat New York waren die Sowjet-Athleten trotz Afghanistan und Carters Boykott-Drohung für die Spiele in Moskau gut gelitten. UdSSR-Sportchef Pawlow rügte den US-Geheimdienst, er habe Sowjet-Athleten abgeworben und „eine sehr ernste Situation" geschaffen.



UdSSR-Sportchef Pawlow (r.) in Lake Placid

Das Rührstück von Vater und Sohn Seite 200

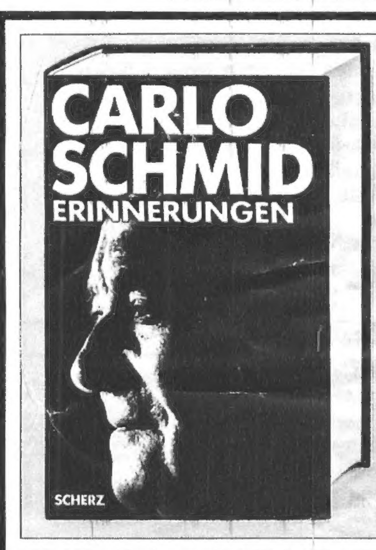


Scheidungsfilm „Kramer gegen Kramer"

Der amerikanische Erfolgsfilm „Kramer gegen Kramer", der den Sorgerechts-Prozeß eines geschiedenen Paars um sein Kind emotionsträchtig dramatisiert, soll nun auch in der Bundesrepublik (Kinostart am kommenden Freitag) Gemüter und Diskussionen in Bewegung bringen: Er stellt dem juristischen Anspruch einer selbstbewußten Mutter den moralischen eines treusorgenden Vaters entgegen. „Sexismus"-Autorin Marielouise Janssen-Jurreit setzt sich mit der zart geschönten Vater-Sohn-Idylle à la Hollywood auseinander.

Gelebte Demokratie – lebendige Erinnerungen.

Vier Bestseller zum Nachdenken und Nacherleben.



Die Lebensbilanz eines großen Deutschen.

Ein Zeitalter wird besichtigt von einem Mann, der Augenzeuge und aktiver Mitgestalter war. Lebendige deutsche Geschichte der letzten fünfzig Jahre.

868 Seiten/Leinen 45.–



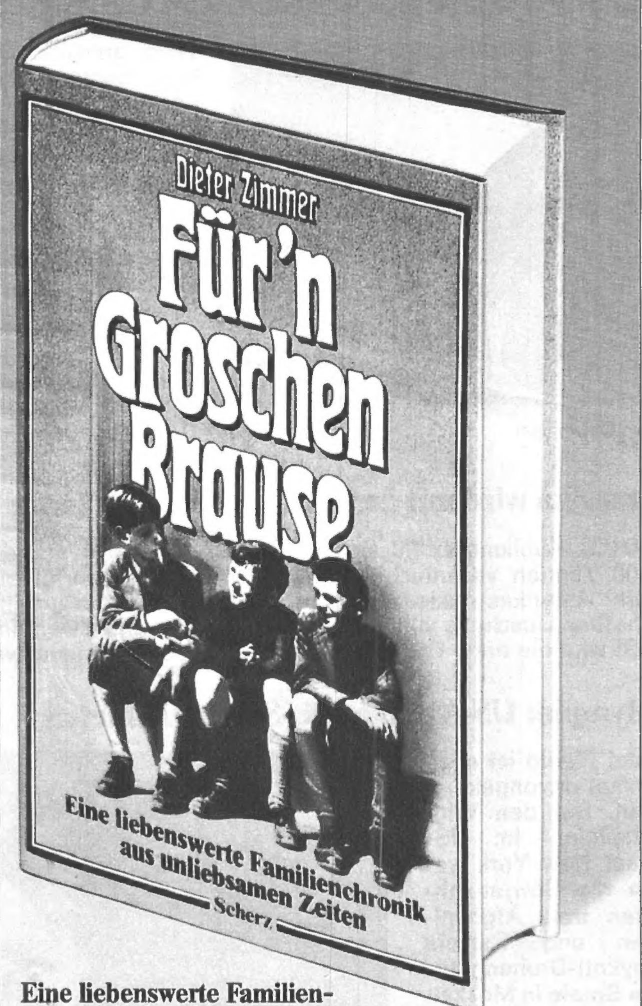
Soeben erschienen!

Die Zeugnisse gelebter und gedachter Demokratie.

»Wir verehren Carlo Schmid, weil er Menschlichkeit in die Politik brachte und durch sein Beispiel andere zur Menschlichkeit führte.«

Helmut Schmidt

404 Seiten/Hardpaperback 24.80



Eine liebenswerte Familienchronik aus unliebsamen Zeiten.

Ein Buch zum Erinnern – voller Geschichten, wie wir sie alle erlebt haben.
Dieter Zimmer, bekannt als Redakteur im »Heute«-Studio, erzählt eine Kindheit im Nachkriegs-Deutschland jener Tage, als man noch wußte, wofür man lebte – authentisch, schlagfertig, lebendig, voll dichter Atmosphäre.

312 Seiten/Leinen 29.80



Bestseller Nr. 1 des Jahres!

Ein Buch zum Verlieben.

Erinnerungen an eine Kindheit in der Mark Brandenburg – ein literarisches Leseglück.

224 Seiten/Leinen 26.–

Gute Bücher von Scherz.

BRIEFE

Pikante Ideen

(Nr. 7/1980, Strauß: Während der Schleyer-Entführung plädierte der CSU-Chef für Standrecht gegen einsitzende Terroristen; Nr. 8/1980, Hausmitteilung und Briefe)

Diese Veröffentlichung beweist ganz offensichtlich, daß es sich bei Herrn Strauß um einen Staatsmann handelt, auf den sich das Volk bei schwerer innerer Bedrückung durch aufmüpfige Terroristen verlassen kann.

Hamburg MICHAEL PETERS

Gedanklich scheint Herr Strauß noch in der undemokratischen deutschen Vergangenheit zu leben oder in Chile. Und selbiger Mann schimpft junge Menschen, die ihn mit Eiern bewerfen, „Kommunistische Terrorbanden" und „Sympathisanten".

Welch pikante Ideen wird er wohl erst in die Tat umsetzen, wenn er, Gott bewahre davor, Kanzler geworden ist.

Köln GEORG EMDE

Die Forderung von Strauß ist die logische Folgerung von Sonthofen. So gefährlich und unberechenbar ist und bleibt er.

Medebach (Nrdrh.-Westf.) WILHELM MATTHE

Ich empfehle Herrn Strauß die Lektüre des Buches „Macht" von G. Ferrero.

Dort kann er nachlesen, daß ein Staat, der physische Gewalt in der Auseinandersetzung mit seinen politischen Gegnern anwendet, ein schwacher Staat ist. Ein Staat aber, der auf das Recht zu töten verzichtet, ist ein starker Staat; unter anderem schon deshalb, weil er sich sein Verhalten nicht von seinen Gegnern diktieren läßt, sondern souverän über diesen steht.

Herr Strauß will anscheinend den starken Staat, den wir jetzt haben, demontieren. Darüber sollten die Strauß-Fans einmal nachdenken, bevor sie einem Kanzlerkandidaten ihre Stimme geben, der in der Krise kopflos wird.

Seevetal (Nieders.) GODBER IRWAHN

Nachdem ich Ihren Bericht über Strauß im Krisenstab gelesen habe, gehen mir zwei Fragen durch den Kopf: Erstens: Wie politisch pervers muß eigentlich ein Teil der Bevölkerung sein, um sich hinter diesem mörderischen Politiker „wahlweise" zu verstekken, aber auch

zweitens: Wie kommen Sie dazu, eine derart empörende Meldung als eine unter vielen anderen zu behandeln und dieser Widerlichkeit auch noch ein „komisches Ende" („Wenn ich mal ganz, ganz böse sein will") zu verschaffen?

Frankfurt HANS EULER

Dies war wieder ein gelungenes Heuchler-Werk in bekannter SPIEGEL-Manier. In diesem Artikel werden dem Kanzlerkandidaten der Unionsparteien Äußerungen in den Mund gelegt, die man wieder einmal nur als Rufmord an dem bayerischen Ministerpräsidenten bezeichnen kann, zumal auch die Bundesregierung erfreulich schnell die



Quo vadis? Süddeutsche Zeitung

SPIEGEL-Berichte ins Land der Erfindungen verwiesen hat.

Hamburg DETLEF GOTTSCHALCK

Ich bin weder Ratgeber noch Nachbeter von F. J. Strauß. Was er im Krisenstab gesagt hat, weiß ich nicht. Nach Kochs Version hat er eine ungeheuerliche Forderung dem „Mann auf der Straße“ in den Mund gelegt. Diese Forderung habe ich, rechtsstaatlich abgesichert, in der Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ (20/1978, Seite 18) vertreten:

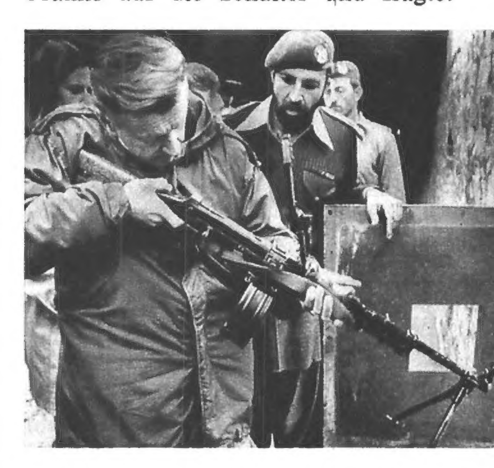
„Gesetzt den Fall, das Parlament könnte sich zur Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord, begangen durch terroristische Vereinigungen, durchringen, so könnte die Vollstreckung für Taten, die nach dem Inkrafttreten dieser Grundgesetz- und Strafgesetzbuch-Änderung begangen wurden, ausgesetzt werden.

Würde sich dann ein Fall Schleyer, eine deutsche Parallele zum Fall Aldo Moro oder eine Flugzeugentführung wiederholen, könnte den Tätern die

Schlimme Naivität

(Nr. 6/1980, SPIEGEL-Gespräch mit Kanzler Schmidt)

Im Dezember 1951 landete ich als deutscher Auswanderer in Kanada. Wenige Tage nach meiner Ankunft haute mir ein alter Ire seine mächtige Pranke auf die Schulter und fragte:



Sicherheitsberater Brzezinski in Pakistan
„Bonanza-Mentalität“

„Mensch, du bist doch Deutscher, was habt ihr eigentlich mit Hitler gemacht, das war doch ein fabelhafter Mann?“

1959 bin ich in die Bundesrepublik zurückgekehrt und erst dann fing ich an, diese Bemerkung zu verstehen.

So wie wir in der Bundesrepublik den Vietnam-Krieg empfanden, zig-Tausende Kilometer von uns entfernt, täglich in Wort und Bild berichtet: Das ist ja weit weg, das berührt uns eigentlich

Vollstreckung einer entsprechend großen Zahl von Todesurteilen angedroht werden.
Sie wüßten dann, daß sie nicht nur mit dem Leben Unschuldiger, sondern auch mit dem ihrer Kumpane spielen. Nach meiner festen Überzeugung würde das ihre Verhaltensweise tiefgreifend, wenn nicht sogar entscheidend beeinflussen."

Bayreuth (Bayern) PROF. DR. KONRAD LÖW
Lehrstuhl für Politik,
Universität Bayreuth

Die exotischen Lösungsvorschläge für die Terroristenbekämpfung von Franz Josef Strauß waren für mich nun entscheidend, meine ruhende Mitgliedschaft in der CDU zu kündigen.

Köln NORBERT SCHULTZ

Weiter Steuern zahlen

(Nr. 6/1980, SPIEGEL-Reporterin Marie-Luise Scherer über den Aufbruch von West-Berlinern in die Südsee)

Der Artikel über die auswanderfreudigen Berliner schürt wieder neu die Sehnsucht der zivilisationsmüden Bun-

gar nicht, wann fängt eigentlich das Fußball-Länderspiel an?
So ähnlich müssen viele Nordamerikaner den Zweiten Weltkrieg empfunden haben, Zigtausende Kilometer weg, what are we going to have for Dinner?
Kein Amerikaner hat jemals die Erfahrung gemacht, als Soldat auf Heimaturlaub zu kommen und sein Heim nur noch als qualmenden Trümmerhaufen vorzufinden, zerstört durch feindliche Bomber.
Die schlimme Naivität des jetzigen amerikanischen Präsidenten, seine totale Unkenntnis der europäischen Geschichte und der jetzigen Verhältnisse in diesem Teil der Welt lassen Böses ahnen. Bonanza-Mentalität: Knarre in die Hand und dann auf ihn mit Gebrüll!
Carter wird auch die Giscard-Schmidt-Erklärung nach der letzten Konsultation nicht richtig zu deuten wissen. Bilder von Muhammad Ali in Afrika und Brzezinski mit MP in Pakistan sind deutlicher für ihn.
Notabene: Ich bin Angehöriger des Jahrganges 1920, fünfeinhalb Jahre Wehrmacht, ein Jahr Frankreich, vier Jahre Rußland. Ich habe drei Söhne.
Keiner dieser drei Jungs wird, wenn ich es verhindern kann, in irgendeiner Uniform, hinter irgendeiner Fahne, in irgendeinen Scheißkrieg ziehen. Leider ist keiner der drei geliebten Rabauken sportlich genug, um im Sommer 1980 als Wettbewerber in Moskau einzuziehen.
Oder habe ich den ursprünglichen, olympischen Gedanken mißverstanden?

Hamburg HERMANN NOELLE

desbürger nach dem vielleicht auf dieser Erde noch erreichbaren Paradies. Hier ist die ernüchternde Antwort der Botschaft von Tonga in London, die auch meine stillgehegten Hoffnungen in ihre Grenzen wies:

> Die Regierung des Königreiches von Tonga wünscht klarzustellen, daß die Presse-Berichterstattung ... unkorrekt ist, was die Tatsache betrifft, daß Deutsche nach Tonga auswandern können, und ... ihr Leben lang von Steuern befreit sind. Ausländer dürfen nur in Tonga arbeiten, wenn sie von ihrer eigenen Regierung oder einer internationalen Organisation im Rahmen eines Hilfsprogramms dorthin geschickt werden. Besucher von Tonga sind natürlich willkommen und können ein Einreisevisum für 30 Tage bekommen.

Es klingt nicht gerade nach „Seid umschlungen und herzlich willkommen".

Düsseldorf SABINE MEYER

Lohngleichheit festgelegt

(Nr. 8/1980, Gleichberechtigung)

Ihr Artikel über den Gesetzentwurf zur „Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz" rückt den Entwurf in ein falsches Licht.

Der Gesetzentwurf soll das deutsche Arbeiterrecht an eine Richtlinie der EG anpassen. Kernpunkt ist das an den Arbeitgeber gerichtete Verbot, einen Arbeitnehmer wegen seines Geschlechts zu benachteiligen. Der Grundsatz der Lohngleichheit wird dabei ausdrücklich festgelegt.

Der Bundesrat hat die Regelung des Gesetzentwurfs als viel zu weitgehend bezeichnet. Das stimmt. Aber die Bundesregierung ist dieser Kritik in ihrer Gegenäußerung entgegengetreten; sie hat an ihrem Entwurf festgehalten. Von einer „radikalen Abänderung" kann daher keine Rede sein. Da das Gesetz nicht der Zustimmung des Bundesrats bedarf, ist diese auch nicht zu befürchten.

Bonn ALEXANDER E. LANG
Pressesprecher Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Ungewöhnliche Liberalität

(Nr. 7/1980, Schriftsteller Peter-Paul Zahl – seit über sieben Jahren in Haft – erhielt den Bremer Förderpreis für Literatur. Zur Verleihung bekam er Ausgang)

Ich bin der Meinung, daß der gesellschaftliche Status eines Menschen nicht die Vergabe eines literarischen Preises beeinflussen darf. Prämiert werden sollte einzig und allein die Leistung, gefördert werden sollte nur der Förderungswürdige.


Kempowski

Es ist ein Zeichen ungewöhnlicher Liberalität, daß es in der Bundesrepublik möglich ist, jemanden mit einem Förderpreis auszuzeichnen, der wegen einer Straftat im Gefängnis sitzt, die sich eben gegen diesen Staat gerichtet hat.

Nartum (Nieders.) WALTER KEMPOWSKI

In den Griff

(Nr. 3/1980, Lambsdorff-Reise)

Sie berichten über den Besuch des Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff bei Seiner Königlichen Hoheit Kronprinz Fahd Ibn Abd el-Asis.

Die Äußerungen, die Seine Königliche Hoheit dabei machten, lauten korrekt so: „Die Lage im Iran ist noch nicht stabil geworden, Herr Chomeini hat Schwierigkeit, die Lage in den Griff zu bekommen. So etwas könnte der Tudeh-Partei die Tür zur Macht öffnen."

Bonn JUSUF MOTABBAKANI
Bevollmächtigter Minister des Königreichs Saudi-Arabien



„Wenn der Kerl für diese Arbeit zu dusselig ist, lassen Sie eine Frau dran – dann machen wir einfach eine Leichtlohngruppe daraus!"



sportline
BUSCH
In jedem guten Fachgeschäft · Bezugsquellennachweis durch Firma R. Busch GmbH & Co. KG · Herrenkleiderfabrik · 4500 Osnabrück · Kollegienwall 7–10
Legere Mode, die Männer so anziehend macht.

Nach 35 Jahren

(Nr. 5/1980, NS-Richter: Strafverfolgung nach 35 Jahren)

Vor 1945 gab es in Mannheim ein NS-Sondergericht mit zehn „schrecklichen Juristen“. Keinem wurde nach 1945 ein Haar gekrümmt. Ja — einer wurde Regierungspräsident von Nordbaden, ein anderer Generalstaatsanwalt in der „Residenz des Rechts“ Karlsruhe.

Der West-Berliner Student Reinhard Strecker hatte 1959 in Karlsruhe eine Dokumentation über NS-Bluturteile und NS-Blutrichter ausgestellt. Dazu meinte der damalige Generalbundesanwalt Dr. Max Güde: „Das Material ist erschütternd, aber zweifellos echt.“

Strafanzeigen gegen solche NS-Blutrichter wurden erstattet. Geschehen ist nichts. Doch! — Der Student Strecker und seine Helfer vom SDS wurden verfolgt und schikaniert.

Die Mannheimer Oberstaatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann, die schon 1961 auf die Durchsetzung der westdeutschen Polizei mit NS-Verbrechern hingewiesen hatte, wurde erheblich angefeindet, und der baden-württember-

Giftige Blüten

Daß die Justiz der Bundesrepublik es nicht fertiggebracht hat, sich selbst von den Schatten der Vergangenheit zu reinigen, ist einer der dunkelsten Punkte der Bewältigung unserer NS-Vergangenheit.

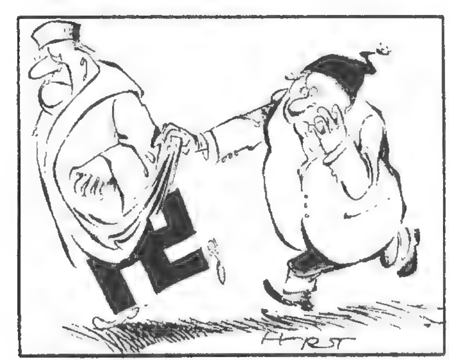
Kein Wunder, daß die Urteile über diese Bewältigung zwischen denen, die selbst vom Terror der NS-Rechtsprechung betroffen wurden, und denjenigen, die sich entziehen oder arrangieren konnten, sehr differenzieren.

Es ist das große Verhängnis unserer Justiz, daß sie einem Rechtspositivismus huldigt, der auch die vergangene Rechtsprechung nur daran mißt, ob den bestehenden Gesetzen gemäß gehandelt wurde. Daß Gesetzgeber Verbrecher und Gesetze verbrecherisch sein können und daß damit die Anwendung dieser Gesetze auch Verbrechen ist, das geahndet werden muß, ist anscheinend leider kein Allgemeinwissen des Richterstandes geworden.

Da ist auch der verspätete Entschluß des Berliner Justizsenators wenig tröstlich — aber immerhin etwas.

Es ist doch eine Spitzfindigkeit zu fragen, ob der Volksgerichtshof, diese Versammlung juristischer Verbrecher zur Ausübung einer verbrecherischen Justiz, ein ordentliches Gericht gewesen ist.

Wie kann heute noch ein deutscher Richter, der die Nürnberger Gesetze angewandt hat, es überhaupt wagen zu



Nürnberger Nachrichten

„Du lieber Himmel, schon wieder einer"

gische Landtag beschäftigte sich mit dieser „Nestbeschmutzerin".

Selb (Bayern) SEPP BERANEK
Ehemals Kripochef in Weinheim

Nachzutragen wäre, daß im zweiten Prozeß gegen den Nazi-Richter Rehse, der mit dessen Freispruch endete, als beisitzender Richter der Mann mitwirkte, der jetzt als der stellvertretende Vorsitzende im Lorenz-Drenkmann-Prozeß agiert: Richter am Kammergericht Egbert Weiß. Und Egbert Weiß, der im Rehse-Urteil dem Angeklagten atte-

behaupten, er habe rechtens gehandelt. Es ist schädlich für unser Ansehen, daß auch nicht einer Selbstanzeige geübt hat.

Befehlsnotstand! Damit könnte sich heute jeder Terrorist entschuldigen, da er mit Repressalien rechnen muß, wenn er seine Aufgabe nicht durchführt.

Woher nehmen wir die moralische Rechtfertigung, Terroristen zu verurteilen, wenn die gnadenlosen Mordmaschinisten des Volksgerichtshofs und andere NS-Gerichte bei uns in Ruhe ihre Pensionen verzehren können.



Jovy

Die Geschwister Scholl, Willi Graf und viele andere waren meine Freunde. Sie stehen mir nicht ferner als anderen Menschen Herr Schleyer oder Herr Buback.

Wenn heute Anwendung und Verherrlichung von Gewalt zu politischen und sonstigen Zwecken unsere Gesellschaft wie eine Krankheit befallen haben und wenn wir, um heilen zu können, nach den Ursachen forschen, so muß gesagt werden, daß das Versagen der Dritten Gewalt unseres Staates bei der Verfolgung derer, die Unrecht für Recht erklärten und ein ganzes Volk terrorisierten, einer der Gründe ist, warum der Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland seine giftigen Blüten treiben konnte.

Bukarest DR. MICHAEL JOVY
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

stierte, er habe sich bei seinen Todesurteilen 1943 wohl von einer aus damaliger Sicht einfühlbaren und verständlichen Notwendigkeit leiten lassen, hat sich nicht geändert.

Berlin WOLFGANG PANKA
Rechtsanwalt

Mehr als Null

(Nr. 4/1980, SPIEGEL-Gespräch mit Lufthansa-Chef Herbert Culmann)

Dr. Herbert Culmann begründet die Frage, warum Pan Am innerhalb Deutschlands billiger fliegen könne als die Lufthansa, unter anderem mit der Feststellung, der Service an Bord der Pan Am sei praktisch null. Hierzu möchten wir feststellen, daß

Pan Am im Gegensatz zur Lufthansa ihren Passagieren eine Sitzplatzreservierung in den Maschinen anbietet,

Pan Am ihren Gästen bis neun Uhr ein Frühstückspäckchen offeriert,

Pan-Am-Flugbegleiter während des ganzen Tages Kaffee, Tee, alkoholfreie Getränke sowie Bier kostenlos anbieten,

außerdem den Gästen eine gut sortierte Bordbar zur Verfügung steht, deren Angebot sich mit dem der Lufthansa messen kann,

Spielzeugtüten für Kinder an Bord sind. Tageszeitungen und eine Bordzeitung in deutscher und englischer Sprache auf den Maschinen ausliegen.

Frankfurt F. S. GUZZARDO
Pan Am Regional Managing Director
Central Europe

Kein geheimes Zusammenspiel

(Nr. 7/1980, Rasterfahndung)

Nach dem Datenschutzgesetz haben Polizei und Verfassungsschutz ein Auskunftsverweigerungsrecht gegenüber dem Bürger. Dieses Recht darf der Datenschutzbeauftragte nicht durch Mitteilungen über die ihm bei seiner Prüfung zugänglich gemachten Erkenntnisse umgehen. Er ist insoweit gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Die Verschwiegenheitspflicht hindert den Datenschutzbeauftragten jedoch nicht daran, die Öffentlichkeit über Verstöße gegen Vorschriften über den Datenschutz zu unterrichten.

Soweit ich solche Verstöße feststelle, werde ich nicht schweigen. Ein „geheimes Zusammenspiel zwischen Kontrolleuren und Kontrollierten“ gibt es nicht.

Düsseldorf DR. HEINRICH WEYER
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Nordrhein-Westfalen

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte der Firma Flötotto, Gütersloh, beigeklebt.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße
Telephon 300 71, Telex 2 162 477
Telegramm Spiegelverlag

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Erich Böhme

REDAKTION
Susanne Bach, Ariane Barth, Rolf Becker, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Hans Dieter Degler, Werner Detsch, Rolf Diekhof, Dr. Wolf Donner, Manfred Ertel, Jutta Fischbeck, Klaus Franke, Henry Glass, Rudolf Glismann, Walter Gloede, Dr. Helmut Gumnior, Wolfgang Gust, Christian Habbe, Dr. Michael Haller, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Katerina Horbatsch, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Dr. Walter Knips, Klaus Kröger, Karl Heinz Krüger ,Wulf Küster, Albrecht Kunkel, Rüdiger Lentz, Heinz P. Lohfeldt, Andreas Lorenz, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Hans-Georg Nachtweh, Hans-Joachim Nesslinger, Dr. Renate Nimtz-Köster, Gunar Ortlepp, Jürgen Petermann, Jörgen Pötschke, Joachim Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rudolf Ringguth, Dr. Gerd Rockel, Peter Roth, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Arnd F. Schirmer, Hans Joachim Schöps, Christian Schultz-Gerstein, Ulrich Schwarz, Mareike Spiess-Hohnholz, Wolfgang Spindler, Wolf Dieter Steinbauer, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Peter Stolle, Walter Tauber, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Monica Vogelgsang, Hartmut Volz, Eberhard Wachsmuth, Rainer Weber, Ilia Weiss, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild

ILLUSTRATION
Hans Peter Baumann, Martina Blume, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Annette Crüger, Volker Fensky, Günther Gatermann, Rüdiger Heinrich, Manfred Igogeit, Karola Kraesze, Digne Meller Marcovicz, Ingeborg Molle, Heike Pankel, Walter Pomikalko, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Heidrun Wandschneider, Karin Weinberg, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Jens Eggers, Horst Engel, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef Klessinger, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Wolfgang Polzin, Günter Rau, Gero Richter-Rethwisch, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler

REDAKTIONSVERTRETUNGEN
DEUTSCHLAND
Berlin (West): Wolfgang Bayer, Axel Jeschke, Jörg R. Mettke, 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 72–74, Tel. 26 20 61, Telex 01 84 704 • Berlin (DDR): z.Z. 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 72–74, Tel. 269 52 75, Telex 181 270 • Bonn: Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Marion Schreiber, Diethelm Schröder, Klaus Wirtgen, 53 Bonn, Dahlmannstr. 20, Tel. 21 40 31/21 40 81, Telex 08 86 630 • Düsseldorf: Gerd Kröncke, Hans Leyendekker, Richard Rickelmann, Gert Savelsberg, Rudolf Wallraf,4 Düsseldorf 1, Immermannstr. 15, Tel. 35 33 21, Telex 08 582 737 • Frankfurt a. M.: Hans Werner Kilz, Dr. Gisela Oehlert, Jürgen Scherzer, Horst Stübling, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. 71 71 81, Telex 04 13 009 • Hannover: Wolfgang Becker, Klaus Pokatzky, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Tel. 32 69 39, Telex 09 22 320 • Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstr. 25, Tel. 225 14/15, Telex 07 825 471 / Kiel: Dietrich Lachmund, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Tel. 56 30 66/67, Telex 02 99 859 • Mainz: Peter Adam, 65 Mainz, Rheinstr. 101, Tel. 2 61 61, Telex 04 187 507 • München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, Michael Schmidt-Klingenberg, 8 München 80, Stuntzstraße 16, Tel. 47 40 38, Telex 05 22 501 • Stuttgart: Norbert F. Pötzl, Peter Stähle, 7 Stuttgart, Kriegsbergstr. 11, Tel. 22 15 31/32, Telex 07 22 673

AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 15, Athen T. T. 135, Tel. 36 36-577, Telex 215 418 • Basel: Jürg Bürgi,Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 25 14 14, Telex 64 487 • Brüssel: Hans Gerhard Stephani, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08/62 17, Telex 25 294 • Hongkong: 2 Kennedy Terrace, Hongkong, Tel. 23 20 41 • Kairo: Volkhard Windfuhr, 8 Sharia Bahgat Ali, Appt. 4, Zamalek-Kairo, Tel. 80 47 42 • London: Börries Gallasch, 6 Museum House, 25 Museum Street, London W. C. 1, Tel. 580-57 59/57 50, Telex 25 278 • Madrid: Volkhart Müller, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 231 62 43, Telex 45 383 • Moskau: Siegfried Kogelfranz, Krutizkij Wal 3, Kw. 36, Moskau, Tel. 276 19 50, Telex 7988 • Nairobi: Susanne Thieke, P. O. Box 14 932, Nairobi, Tel. 56 69 27, Telex 22 984 • Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 314 454 • New York: Dr. Werner Funk, Rainer Paul, 516 Fifth Avenue, New York, N. Y. 100 36, Tel. 221-75 83/84, Telex 237 723 • Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 650 086 • Peking: Dr. Tiziano Terzani, Qianmen Hotel, Room 705, Peking, Tel. 33 87 31 • Pretoria: Paul M. Schumacher, P.O. Box 26 027 Arcadia, Pretoria, Tel. 64 25 52, Telex 3-01 19 • Rom: Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 75 22, Telex 680 255 • Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41 • Tel Aviv: Henri Zoller, Harechesch Straße 12, Tel Aviv (Afeka), Tel. 42 73 65 • Tokio: Norbert Nürnberger, Nakane 1-17-14, Meguroku, Tokyo 152, Tel. 718 84 58, Telex J 29 471 • Washington: Hans Hielscher, Valeska von Roques, 1015 National Press Building 14th and F. Street, N.W. Washington, D. C. 20 045, Tel. 347-51 61/52 22, Telex 440 214 • Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Tel. 36 15 92/36 35 37, Telex 75 888

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Ost-West-Krise, Ostpolitik, Titelgeschichte, Türkei-Hilfe, DDR-Kabarett, Bundeswehr: Wolfram Bickerich; für Affären (S. 29), Wahlkampf, Verlage, Main-Verschmutzung, Scheidungen, Strafvollzug, Energie, Professoren, Berlin, Prozesse, Bayern, Presse, Hochschulen, Recht: Manfred W. Hentschel; für Stahlkonzerne, Kunststoffe, Musikindustrie, Raumfahrt, Luftfahrt, Werbung, Trends, Rohstoffe, Schiffahrt: Dr. Wolfgang Kaden; für Affären (S. 102): Peter Bölke; für Sowjet-Athleten, Ausrüstung, Eisschnellauf: Hans-Joachim Nesslinger; für Antike, Afghanistan, Jugoslawien, Kanada, Spanien, Carrington-Interview, SPIEGEL-Gespräch, England, USA, US-Atommüll, Tierschutz, Sowjet-Union, China, Unterhaltung: Dr. Dieter Wild; für Serie: Heinz Höhne; für Szene, Film, Geschichte, Bücher, Bestseller, Theater, Sprache, Popmusik, Nachruf, Fernseh-Vorausschau: Urs Jenny; für Bundestags-Abgeordnete, Gesellschaft, Medizin, Photo-Essay, Automobile, Prisma: Jürgen Petermann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Werner Detsch; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Susanne Bach; für Titelbild: Eberhard Wachsmuth; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Dr. Helmut Gumnior (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Werner Bartels, Sigrid Behrend, Jürgen Bergeder, Frank Böhm, Lisa Busch, Armin Dirks, Heinz Egleder, Wolfgang Eisermann, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Lise-Lotte Herold, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Günter Johannes, Ilse Lange-Henckel, Leonore Lohse, Elke Martin, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ullrich Meier, Michael Morozow, Wolfhart Müller, Christel Nath, Anneliese Neumann, Claus Nodop, Paul Ostrop, Nora Peters, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Werner Siegert, Reinhard Sooß, Robert Spiering, Monika Tänzer, Dr. Iris Timpke-Hamel, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Georg Wöhner

Leitung: Heinz-Jürgen Plathner, Karl-Heinz Schaper

NACHRICHTENDIENSTE
dpa, Newsweek, New York Times, AP

SPIEGEL-VERLAG
RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Büro des Herausgebers: Walter Busse; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 1980. Abonnementspreise (Normalpost, inklusive MwSt.): Inland sechs Monate DM 78,—, zwölf Monate DM 156,—, Ausland sechs Monate DM 98,80, zwölf Monate DM 197,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Verlagsgeschäftsstellen: 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 35 33 21, Telex 8 382 737; 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 72 03 91, Telex 411 977; 8 München 80, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (089) 47 20 35, Telex 524 601; 7 Stuttgart, Kriegsbergstr. 11, Tel. (0711) 22 15 31/32, Telex 722 673. Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg, und Darmstadt. DER SPIEGEL (15 45 20 USPS) is published weekly. The subscription price for the U.S.A. is $ 156.00 per annum. Second-class postage is paid at Englewood, NJ and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Ave., Englewood Cliffs, NJ 076 32.

VERLAGSLEITUNG
Michael Nesselhauf, Helmut Wallbaum, Alfred E. Wissmann

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Hans Detlev Becker

panorama

Matthöfer sagt nein

Neben Finanz- und Militärhilfe erwarten die Türken von der Bundesrepublik auch Unterstützung für die Polizei. Hans Matthöfer wurde am Montag voriger Woche gleich zu Beginn seines Besuchs in Ankara mit dem Wunsch der Gastgeber nach Wasserwerfern, Fahrzeugen und Schutzschilden konfrontiert. Doch der Bonner Finanzminister winkte ab. Der Sozialdemokrat weiß, daß weite Teile der Bevölkerung erhebliche Opfer bringen müssen, wenn der rechte Ministerpräsident Süleyman Demirel mit Bonner Hilfe sein wirtschaftliches Sanierungsprogramm durchführen soll. Da möchte Matthöfer nicht auch noch dazu beitragen, daß die türkische Polizei mit eventuell ausbrechenden Unruhen besser fertig wird.

Klagerecht für Verbände?

Die Bundesregierung streitet sich um die Reform des Bundesnaturschutzgesetzes. Während Innen-, Landwirtschafts- und Justizministerium künftig nicht mehr nur Einzelpersonen, sondern auch Verbänden und Bürgerinitiativen ein Klagerecht im Interesse des Naturschutzes und der Landschaftspflege einräumen wollen, lehnen Verkehrs-, Städtebau- und Verteidigungsministerium das Verbandsklagerecht ab. In einer Eingabe an Kanzler Helmut Schmidt hatten zuvor schon die kommunalen Spitzenverbände vor der Neuerung gewarnt — die Verbandsklage sei mit den Prinzipien einer repräsentativen Demokratie nicht vereinbar und führe zu einer Lähmung aller Maßnahmen der öffentlichen Hand.

CSU blockt ab

Der Plan des „Filmverlags der Autoren", im Mai einen Dokumentarfilm über den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in die Kinos zu bringen, scheint gefährdet. Nicht nur verweigerte die CSU den Regisseuren, darunter Volker Schlöndorff, unter Berufung auf ihr Hausrecht die Drehgenehmigung bei Auftritten des Kanzlerkandidaten; auch die Fernsehanstalten ließen die Filmemacher letzte Woche wissen, sie wollten kein Archivmaterial zur Verfügung stellen. Selbst auf neutralem Boden gelang es den Strauß-Helfern, die Filmer abzublocken. So erhielt Regisseur Alexander von Eschwege beim Papst-Besuch des bayrischen Ministerpräsidenten in Rom vom Vatikan keine Filmerlaubnis; am anschließenden Pressegespräch in der Botschaft durfte er nicht teilnehmen. „Für einen Film über Strauß ist Schlöndorff nicht die erste Adresse", begründete CSU-Wahlkampfmanager Hans Klein die Haltung seiner Partei. Schlöndorff letzte Woche an CSU-Sprecher Godel Rosenberg: „Die bayerische Liberalität wird sich auch dem deutschen Film gegenüber beweisen müssen."

Zitat

„Sie wollen bitte davon ausgehen, daß der Bundeskanzler immer meiner Meinung ist und umgekehrt" (Bundesfinanzminister Hans Matthöfer).

Unser Mann in Mexiko

Bei seinem Besuch in Mexiko geriet Bundesinnenminister Gerhart Baum unversehens in einen erbitterten Kleinkrieg mit Bonns Botschafter vor Ort, Norman Dencker.

Der Minister hatte sich kurz vor seiner Reise in die USA, wo er Gespräche mit Politikern und Experten über Rauschgiftbekämpfung führen sollte, zu einem Abstecher nach Mexiko entschieden. Dort wollte er sich über die Vernichtung der Mohn-Anbaugebiete informieren.

Botschafter Dencker aber verweigerte die Mitarbeit — mit der Begründung, so schnell könne er keine Termine festmachen; außerdem seien zur geplanten Besuchszeit — am vorletzten Wochenende — mexikanische Politiker für Gespräche nicht erreichbar.

Seine Empfehlung an Baum: „ein Wochenende inkognito" im Land zu verbringen, ehe er sein Programm in den Vereinigten Staaten fortsetze.

Dencker ließ wissen, nur wenn das Auswärtige Amt ihm eine andere Weisung erteile, sei er bereit, aktiv zu werden.

Erst als Baum tatsächlich seinen FDP-Parteifreund und Außenminister Hans-Dietrich Genscher einschaltete, regte sich der Diplomat. Zugleich aber ließ er sich eine neue Art des Streiks einfallen.



Mexiko-Besucher Baum
„Hätte man mich nur informiert"

Zunächst einmal weigerte er sich, die Termine schriftlich zu bestätigen, weil die Telexkosten (30 Mark) zu hoch seien. Am Montag letzter Woche konnte Baum, neben einigen anderen Experten, schließlich doch den mexikanischen Generalstaatsanwalt, der für die Bekämpfung des illegalen Mohn-Anbaus verantwortlich ist, treffen.

Nach Baums Abreise ließ der vergrätzte Botschafter gegenüber der Presse durchblicken, der deutsche Innenminister habe kurz vor dem Besuch von Präsident López Portillo in der Bundesrepublik die Beziehungen zwischen beiden Ländern belastet. Baum habe nämlich einen Besuch beim Präsidenten versäumt und diesen dadurch verärgert. Außerdem habe er nicht mit dem zuständigen Koordinator für Drogenbekämpfung, Verteidigungsminister Galván López, gesprochen.

Die Vorwürfe fand Baum befremdlich — schließlich sei es Aufgabe des landeskundigen Botschafters, ihn darüber zu unterrichten, wen er nach den Regeln des Protokolls zu beehren habe und wer als Gesprächspartner am besten geeignet sei. Baum: „Ich wäre jederzeit zu allem bereit gewesen, hätte man mich nur informiert."

Außenminister Genscher weiß Rat, wie künftig Schwierigkeiten mit dem renitenten Dencker zu vermeiden sind: Man könnte den Botschafter, so Genscher ärgerlich, nach Vietnam versetzen, wo kaum deutsche Besuche zu erwarten sind.

Schlaffe Studenten

West-Berlins Bildungsplaner sorgen sich um einen auffälligen Studenten-Rückgang an der Freien Universität. Während bundesweit die Zahl der Studienanfänger steigt, schreiben sich an der FU immer weniger Erstsemester ein: 1978 begannen noch 3887 Abiturienten mit dem Studium an der einstigen Apo-Hochburg, im letzten Jahr nur 2762.

Am linken Image kann's nicht liegen, meinen die Berliner Wissenschaftler Peter Grottian, Thomas Weymar und Gunther Wilke, die nach den Gründen für den Abwärtstrend forschten. Denn die linke Universität Bremen zum Beispiel erfreut sich — trotz schlechter Startchancen für ihre Absolventen — nach wie vor starken Andrangs.

Die Erklärung der Wissenschaftler: Die „resignative Studenten-Generation" von heute bevorzuge Hochschulen, die möglichst nahe am Elternhaus liegen. Der Studienbeginn habe nicht mehr den „Flair des faszinierenden, des persönlichen und politischen Aufbruchs" wie noch vor einigen Jahren, als der Umzug in die Universitätsstadt von den angehenden Studenten als wichtiger Schritt zur Loslösung vom Elternhaus empfunden worden sei.

Statt dessen werde der Lernort Hochschule, auch um Geld zu sparen, nur möglichst kurz aufgesucht — zum „Dienstag-Mittwoch-Donnerstag-Studium". Der wissenschaftliche Ruf einer Universität, das kulturelle Angebot oder der Freizeitwert einer Stadt seien nicht mehr ausschlaggebend für die Wahl des Studienorts.

Für die These spricht, daß in den vergangenen Jahren an allen Universitäten der Anteil der Landeskinder zunahm — eine Entwicklung, bei der West-Berlin mit seinem begrenzten Einzugsbereich besonders benachteiligt ist.

Die geplante Gründung einer dritten Universität neben FU und TU, empfehlen Grottian, Weymar und Wilke, solle der sozialdemokratische Wissenschaftssenator Peter Glotz unter diesen Umständen nochmals überdenken.


K-GG 505



DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

„Wir müssen wieder ins Gespräch kommen“

Sowohl US-Präsident Jimmy Carter als auch die Sowjets haben bei Willy Brandt vorgefühlt, ob der Ex-Kanzler als Vermittler zwischen dem Kreml und der westlichen Allianz zur Verfügung stehe. Doch der SPD-Vorsitzende, der bei den Russen mehr gilt als der Bonner Kanzler, will nur nach Moskau fahren, wenn Helmut Schmidt es wünscht.



Gesprächspartner Carter, Brandt: „Ich wäre in Moskau willkommen“

Der offizielle Teil war erledigt. Unter Leitung des deutschen Ex-Kanzlers Willy Brandt hatte die internationale Nord-Süd-Kommission ihren Bericht übergeben. Da nahm US-Präsident Jimmy Carter seinen Gast Brandt noch einmal in einem vertraulichen Gespräch zur Seite.

Am vorletzten Freitag eröffnete der Präsident dem SPD-Vorsitzenden, er möge sich als Vermittler für eine Reise nach Moskau bereithalten: Mit seinen guten Beziehungen zu Parteichef Leonid Breschnew könne Brandt den abgerissenen Dialog zwischen Ost und West wieder in Gang setzen.

Die Mission eines so angesehenen Politikers wie Brandt würde in den USA „auf positives Interesse“ stoßen. Eindringlich warb Carter: „Bitte gehen Sie davon aus, daß wir wieder ins Gespräch kommen müssen.“

Der Friedensnobelpreisträger gab sich bedächtig. Zwar erscheint es ihm reizvoll, nach seiner weltweit beachteten Rolle in der Nord-Süd-Politik nun auszukundschaften, ob es nach Afghanistan-Invasion der Sowjets und Olympia-Boykott der Amerikaner nicht einen Weg gibt, der zu einer Fortsetzung der Entspannungspolitik führen könnte. Doch Brandt fand, erst einmal sei Vorsicht angebracht.

Eine solche Kundschaftertour, beschied er Carter, müsse wohl überlegt und das zu erwartende Resultat kalkulierbar sein. Es reiche nicht aus, mit einer neuen Theorie über die Beweggründe der sowjetischen Invasoren zurückzukehren. Überdies müsse er auch Rücksicht auf die Interessen der Bonner Regierung nehmen.

Zum Schluß der Unterhaltung aber ließ er den US-Präsidenten wissen, er, Willy Brandt, sei schon der richtige Mann für die Reise nach Moskau: „Ich wäre dort willkommen.“

Der Sozialdemokrat könnte nicht zuletzt auch deshalb im Ost-West-Konflikt vermitteln, weil nach Beginn der

Afghanistan-Krise die Beziehungen zwischen den Sowjets und der Bonner SPD-Parteiführung lange nicht so stark abgekühlt sind wie die Kontakte zwischen Kreml und Bundesregierung.

So wurde ein bereits fest vereinbarter Besuch des Bundeskanzlers in Moskau inzwischen wieder ungewiß, seine Reise zu DDR-Staatsratschef Erich Honekker verschoben. Am 31. Januar diktierte Kanzler Helmut Schmidt einen vier Seiten langen Brief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew. Er könne nicht verhehlen, schrieb der Kanzler in der vertraulichen Depesche, „die Menschen in unserem Land haben die Sorge, daß das gefährdet sein könnte, was in den letzten zehn Jahren zwischen uns aufgebaut worden ist". Tagelang mußte der Bonner Botschafter in Moskau, Hans-Georg Wieck, antichambrieren, bevor er die Post abgeben durfte. Letztes Wochenende gab es immer noch keine Antwort.



Sowjet-Botschafter Semjonow: „Haben Sie den letzten Satz gelesen?"

In der Bonner SPD-Zentrale hingegen war bereits am 4. Februar Sowjetbotschafter Wladimir Semjonow erschienen. Er überreichte Willy Brandt ein mehrseitiges, in deutscher Sprache abgefaßtes Papier — genauer: ein „non paper", wie es im diplomatischen Sprachgebrauch heißt, ein Text ohne Anschrift und ohne Absender, der nach diplomatischen Usancen einen informellen Gedankenaustausch erlaubt.

Brandt möge den Text lesen, bat Semjonow, er sei anschließend noch zu weiteren Erläuterungen bereit. Der SPD-Chef fand eine lange Liste all dessen, was Moskau dem Westen als Verstoß gegen die Entspannung ankreidet, an der Spitze den Nachrüstungsbeschluß der Nato vom 12. Dezember letzten Jahres. Doch die eigentliche Botschaft Breschnews an Brandt stand am Ende — wie es sich gehört, verklausuliert: Man habe schon früher in schwierigen Fragen miteinander geredet. Das habe sich als nützlich erwiesen.

Listig fragte der Russe: „Herr Vorsitzender, haben Sie den letzten Satz gelesen?" Brandt, der vermeiden wollte, sich festlegen zu müssen oder sich durch eine unbedachte Zustimmung selbst nach Moskau einzuladen, wich aus: „Ja, ich kann Ihnen versichern, daß ich es genauso empfinde."

Auf jeden Fall will Brandt dem Eindruck entgegenwirken, er dränge sich danach, vor dem Bundeskanzler in Moskau empfangen zu werden — als ob er der bessere Deutsche sei, der für Frieden und gegen Raketen in Mitteleuropa ist.

Nur zu gut weiß der SPD-Vorsitzende, wie rechte Scharfmacher der Opposition darauf warten, den Kanzler gegen den SPD-Chef auszuspielen. Brandt ahnungsvoll: „Das ginge bis zum Vorwurf des Landesverrates."

Die Sowjets haben in jüngerer Vergangenheit immer wieder gezeigt, daß sie Brandts Position in der Entspannungspolitik anders bewerten als die Haltung der Bundesregierung und ihres Kanzlers.

Vor dem Berliner SPD-Parteitag im Dezember vergangenen Jahres versuchte Breschnew die Zustimmung der SPD zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa durch einen persönlichen Brief an Brandt zu verhindern. Der Sowjetmensch erinnerte den Ex-Kanzler an ihrer beider „Lebenswerk", die Ostpolitik, und mahnte: „Sie als Geburtshelfer sollten nicht auch zu ihrem Totengräber werden."

Verärgert spielte Brandt-Nachfolger Helmut Schmidt, dem diese feinen Unterschiede nicht verborgen blieben, kürzlich in einem SPIEGEL-Gespräch auf seine Unterredung mit Breschnew 1978 in Gymnich bei Bonn an: Seine sowjetischen Gesprächspartner und Breschnew selbst hätten damals „vielleicht nicht den Ernst der Besorgnis gespürt, mit dem so manche ihrer westlichen Gesprächspartner hingewiesen haben darauf, daß dieses entstehende Ungleichgewicht bei Mittelstreckenwaffen — siehe SS-20, siehe Backfire-Bomber — sich so nicht würde weiterentwickeln dürfen".

Eigens für das Gymnicher Beisammensein hatte sich der Kanzler Listen mit bunten Waffensymbolen anfertigen lassen, um dem damals schon gesundheitlich angeschlagenen KPdSU-Chef leichter das sowjetische Raketen-Übergewicht plausibel zu machen, das er, Schmidt, nicht akzeptieren könne.

Doch die Belehrung half nichts, seit dem Nachrüstungsbeschluß gilt Schmidt für Moskau als Falke. Daß er auch den Abrüstungsteil des Nato-Beschlusses durchgesetzt hat, wird in der Sowjet-Union ignoriert.

Ein Kanzler-Berater: „Sie haben das Schmidt-Bild verdrängt, das sie eigentlich haben müßten. Sie vergessen eine gewichtige Komponente bei ihm, seine Sorge um das Gleichgewicht der militärischen Kräfte."

So wartete erst kürzlich Botschafter Semjonow wieder mit der Friedhofslitanei auf: Im Erich-Ollenhauer-Haus der SPD warnte er einen Gesprächspartner, dem Kanzler-Kurs zu folgen und „Mit-Totengräber" der Entspannungspolitik zu werden.

Für Brandt indes steht fest: Trotz der Einladung vom Kreml und der Bitte Washingtons wird er nur dann zu Breschnew fahren, wenn Schmidt es wünscht. Brandt: „Wenn die eigene Regierung meint, es gehe nicht, dann mache ich es nicht. Ich will nicht mein eigener Promoter sein."

OSTPOLITIK

Wie ein Kropf

In Rom verhinderte Außenminister Genscher, daß sich die EG bereits jetzt auf einen Olympia-Boykott festlegt — Bonn will „jeden Gesprächsfaden" nutzen, um die Sowjets zum Einlenken zu bewegen.

Im Auto, auf der Fahrt vom Flughafen zur Gästevilla auf dem Bonner Venusberg, begehrte der amerikanische Außenminister von seinem „engen und treuen Freund" eine Auskunft: „Was war denn los in Rom?"

Hans-Dietrich Genscher, der gerade — am Dienstag vergangener Woche —

aus Rom gekommen war, konnte den Kollegen Cyrus Vance beruhigen: Die EG-Außenminister hätten bei ihrer Konferenz in der italienischen Hauptstadt die amerikanische Linie unterstützt.

Der Vorschlag der Europäer, „ein neutrales Afghanistan“ zu schaffen und „aus dem Wettstreit der Mächte herauszuhalten“, werde einen Weg aus der Weltkrise bahnen, begeisterte sich Genscher. Jetzt seien die sowjetischen Invasoren in Zugzwang: Sie müßten vor den Augen der Dritten Welt klarstellen, wie ernst es ihnen mit dem Prinzip der Blockfreiheit überhaupt sei.

Zudem, so Genscher weiter, biete der EG-Plan den Russen einen Rückzug ohne Blamage: Internationale Garantien könnten Moskau von der Furcht befreien, ein von Sowjet-Truppen geräumtes Afghanistan würde sich auf die andere Seite schlagen.

Da einem „blockunabhängigen“ asiatischen Land nicht ein bestimmter Neutralitäts-Status aufgezwungen werden könne, hätten die Deutschen, unterstützt von Dänen und Holländern, in Rom darauf gedrungen, die vom britischen Außenminister Lord Carrington ursprünglich vorgeschlagene „Österreich-Lösung“ oder gar die Stationierung von Uno-Truppen in Afghanistan aus dem Positionspapier zu tilgen.

Freundlich lobte Vance die Initiative der Verbündeten. Washington hege ganz ähnliche Gedanken, als erstes müßten die Russen allerdings ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen.

Dann aber, die beiden Herren hatten sich am rustikalen Büfett im Gästehaus gestärkt, wollte der US-Außenminister wissen, wie es denn die Europäer mit dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau hielten. Genscher referierte Altbekanntes: Die Neun wollten erst mal bis zum 24. Mai, dem Anmeldeschluß für Olympia, abwarten. Wenn bis dahin die Sowjets kein deutliches Zeichen für ein Einlenken setzten, stünden die Europäer, einschließlich der widerborstigen Franzosen, an der Seite Amerikas.

Was Vance nicht wußte: Freund Genscher war es, der am selben Tag in Rom eine Abstimmung der neun EG-Minister verhindert hatte. Gleich zu Beginn der Sitzung hatte der Gastgeber, Italiens Außenminister Attilio Ruffini, die Kollegen mit der Aufforderung überfallen, ihr Votum zum Boykott der Moskauer Sommerspiele abzugeben.

Sechs Boykottzusagen hatte der Italiener bereits eingesammelt, als der Deutsche an der Reihe war. Advokat Genscher wich listig der Entscheidung aus: Er sei nicht bereit, sich an improvisierten Tischumfragen zu beteiligen, das habe es noch nie gegeben. Die Abstimmung war damit vertagt. Das habe er, so Genscher hinterher, nur getan,



Bonn-Besucher Vance, Kanzler Schmidt: Den Sowjets eine Brücke bauen

um den Franzosen die Peinlichkeit zu ersparen, als einzige in der EG den Boykott abzulehnen.

Ein Ultimatum — das erfuhr der amerikanische Außenminister noch einmal in Bonn — sei ein denkbar ungeeignetes Mittel, um die Sowjets zum Einlenken zu bewegen. Erfolgversprechender sei es allemal, der Moskauer Führung eine Brücke zu bauen, um, so Kanzler Helmut Schmidt, „der Sowjet-Union eine Chance zu geben, solche Verhältnisse herzustellen, die allen Beteiligten die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen ermöglichen“.

Der Westen, mahnte Kanzler Schmidt seinen Gesprächspartner Vance, dürfe sich nicht das Ziel setzen, „die andere Seite zum Hissen der weißen Fahne zu bringen“. Denn: „Wir müssen gemeinsam eine positive Entwicklung möglich machen, damit die Fundamente der Entspannung nicht auf lange Sicht zertrümmert werden.“

Derart eindringlich belehrt, hat Cyrus Vance, wie einer seiner Bonner Gesprächspartner meint, „wohl verstanden, worauf es ankommt“. Schneidig hingegen forderte der Pressesprecher des Washingtoner Außenministers, der Südstaatler Hodding Carter, Härte gegen die Sowjets. In einer Erklärung, die mehr an das heimische Publikum in den Vereinigten Staaten gerichtet war, polterte er am Mittwoch vergangener Woche in Bonn vor Journalisten los: Die Entscheidung Washingtons, die Moskauer Olympiade zu boykottieren, sei „unwiderruflich“, für ihr Abenteuer in Afghanistan müßten die Russen „zahlen“.

Derartige Abstrafungsparolen, entsetzte sich ein Bonner, seien „so überflüssig wie ein Kropf“ — solche Sätze gelten freilich auch als Beleg für die Widersprüche in der amerikanischen Politik, die, so ein Kanzler-Berater, „nach wie vor“ irritieren.

Deshalb halten es Jimmy Carters deutsche Bündnispartner auch für besser, bei den US-Forderungen nach wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Moskau weiter auf Zeit zu spielen. Vance habe, berichtet einer seiner Gesprächspartner aus dem Bonner Außenamt, am Ende zu Protokoll gegeben, auch die USA wollten bestehende Verträge einhalten.

Ermutigt in ihrer Politik, die verhärteten Fronten behutsam aufzuweichen — etwa indem künftig nicht mehr von Wirtschaftsboykott geredet wird —, fühlen sich die Westdeutschen nach „gewissen Hinweisen“ (Staatssekretär Klaus Bölling) aus Moskau, auch wenn der Kreml bislang noch immer kein direktes Signal seiner Verständigungsbereitschaft gegeben hat.

Zu diesen „Hinweisen“ rechnen die Bonner Ostpolitiker den Wink des Sowjet-Botschafters Wladimir Semjonow an Genscher, doch noch mit dem Westen über eine Begrenzung der Mittelstrecken-Raketen in Europa zu reden, und den vom polnischen Parteichef Edward Gierek „nicht ohne Abstimmung mit Moskau“ (Schmidt) gemachten Vorschlag, eine europäische Abrüstungskonferenz einzuberufen.

Auch wenn letzten Freitag Leonid Breschnew in einer Wahlrede in Moskau den Entspannungspolitikern keine Avance machte — Bonn will „jeden Gesprächsfaden“ (Genscher) nutzen, um die spärlichen Kontakte nicht abreißen zu lassen. ◆

Dann kommt alles ins Rollen

Umgetrieben von blinder Kommunisten-Furcht, pflegt der Kanzlerkandidat der Christenunion Kontakte zu den Ultrarechten und Faschisten rund um die Welt — nicht nur mit wohlfeilen Ratschlägen, sondern auch mit Geld: Zur Unterstützung spanischer wie portugiesischer Reaktionäre läßt Franz Josef Strauß Hunderttausende von Mark fließen.

Die zweimotorige Privatmaschine des Arztes Eduard Zwick aus Bad Füssing flog Kurs Süd, Richtung Spanien. Co-Pilot: Franz Josef Strauß.

Der CSU-Vorsitzende, in Hemdsärmeln, wie immer wenn er am Knüppel sitzt, griff in seine Aktenmappe und zog ein prall gefülltes hellbraunes Briefkuvert hervor. Er reichte den Umschlag nach hinten zu Dieter Huber, seinem außenpolitischen Referenten aus der Münchner Parteizentrale.

Den Inhalt, hunderttausend Mark, solle Huber in Verwahr nehmen und stets griffbereit halten.

Franz Josef Strauß war wieder mal unterwegs auf seinem Kreuzzug gegen die rote Gefahr.

Huber tat, wie ihm geheißen. Ob beim Empfang in der Deutschen Botschaft zu Madrid, ob bei der Königs-Audienz im Palais des Juan Carlos, der CSU-Mitarbeiter hatte das Geld während des offiziellen Besuchs von Franz Josef Strauß auf der iberischen Halbinsel Anfang 1977 immer in der Aktentasche und wartete auf den Zahlungs-Befehl. Zunächst vergebens.

Dann begab sich Strauß nach Málaga, zu seinem Duzfreund Juan Hoffmann, deutscher Honorar-Generalkonsul. Eine knappe Woche lang wollte der Bayer, so die parteiamtliche Version, auf der weitläufigen Hazienda des schwerreichen Hoffmann ausspannen.

Die Sicherheitsbegleiter wurden fortgeschickt, Flugzeugeigner Zwick in einem Hotel in Torremolinos einquartiert. Nur Strauß und sein Huber waren auf Hoffmanns Landgut zu Gast.

Der CSU-Chef wohnte — wie üblich, wenn er beim Generalkonsul weilt — in einem älteren Gästehaus unterhalb des an einem Hang gelegenen Hauptgebäudes, Huber in einem neugebauten Bungalow darüber. Das Anwesen, umfriedet von einer hohen Mauer, war der ideale Ort für vertrauliche Treffen.

Als erster kam Federico Silva Muñoz, einst Minister unter Diktator Franco, jetzt Anführer der reaktionären Splitterpartei Acción Democrática Española (ADE).

Strauß begrüßte den Spanier überschwenglich. Die beiden kennen sich gut, schon aus jenen Tagen, als Strauß des öfteren dem Franco-Regime seine Aufwartung machte.



CSU-Chef Strauß, Strauß-Referent Huber (l.): Hilfe für die Ultras

Gastgeber Hoffmann hatte das Abendessen anrichten lassen. Zur Tafel im hinteren Teil der geräumigen Wohnhalle, abgetrennt durch ein schmiedeeisernes Gitter, führen einige Stufen hinauf. Nach vorne geht der Blick durch das große Fenster auf Park und Schwimmbad.

Die Herren diskutierten — Konsul Hoffmann machte den Dolmetsch — die verworrene Lage in Spanien nach Francos Tod, kurz vor den ersten freien Wahlen. Silva, im dunklen Maßanzug, kleinwüchsig, die grausilbrigen Haare gefettet und sorgfältig gekämmt, Hornbrille mit starken Gläsern, rieb sich beim Sprechen die Hände oder kreuzte sie vor der Brust. Die Priestergesten haben dem Nationalkatholiken den Spitznamen „serpiente evangélica“ (fromme Schlange) eingebracht.

Silva beklagte die Vielfalt der politischen Parteien und Gruppen im demokratischen Spanien, eine starke Hand müsse her. Die Zukunft sei düster, Arbeitslosigkeit breite sich aus, die Inflation mache Riesensprünge, im Land herrsche „Weltuntergangsstimmung“. Die Leute dächten nicht mehr ans Sparen, sie gäben all ihr Geld aus. Und die Kommunisten lauerten nur darauf loszuschlagen.

Sogar einen neuen Bürgerkrieg hielt der Franco-Getreue für möglich. „Die großen Schlachten der Geschichte“, so seine Weisheit, „haben fast immer an den gleichen Orten stattgefunden.“ Er wolle versuchen zu retten, was zu retten sei, und die Rechte sammeln.

Die neue Bewegung — sieben Rechtsparteien, darunter die ADE des Silva, hatten sich kurz zuvor in der „Alianza Popular“ zusammengeschlossen — könne das Vordringen der Marxisten verhindern und Spanien für die westliche Welt retten. Die kommunistische Partei dürfe auf keinen Fall zu den Wahlen zugelassen werden.

Natürlich, fügte Silva hinzu, brauche er Unterstützung, vor allem finanzielle Hilfe. Der Einsatz aber werde sich lohnen: Dreißig bis vierzig Prozent der Wählerstimmen für die Rechte seien drin.

Strauß war angetan. So sah er die Dinge auch, der Spanier sprach ihm aus dem Herzen. Der Weg zur Demokratie in Spanien gleiche einer „äußerst gefährlichen Gratwanderung". Verschlechtere sich die wirtschaftliche Lage weiter, nutze dies nur den Kommunisten bei ihrer Wühlarbeit.

Der Bayer geriet in Fahrt: Der gesamte Mittelmeerraum und damit ganz Europa seien in größter Gefahr, den Kommunisten in die Hände zu fallen. Carrillo in Spanien, Berlinguer in Italien, Marchais in Frankreich — keinem dieser KP-Führer sei zu trauen. Das Gerede vom selbständigen Euro-Kommunismus — alles Humbug. Die kommunistischen Parteien in Europa, so Strauß, „das sind die Wallfahrtskirchen, die Kathedrale steht in Moskau".

Schwarz in schwarz malte der Deutsche dann dem Spanier aus, welches Unheil von Jugoslawien aus drohe. Wenn Tito sterbe, breche der jugoslawische Staat mit Sicherheit auseinander. Moskaus fünfte Kolonne werde dafür schon sorgen. Dann stehe die Sowjet-Union an der Adria — gegenüber die ungeschützte Küste Italiens, die Südflanke der Nato weit offen. Dann komme alles ins Rollen.

Der Generalkonsul hatte inzwischen die Tafel aufgehoben. Strauß, Huber, Silva und Hoffmann machten es sich am Kamin in der Halle bequem. Strauß hatte wenig getrunken. Es ging auf Mitternacht. So sehr fühlte der Bayer sich unter engen Freunden, daß er jede Zurückhaltung aufgab: Notfalls müsse in Spanien die Armee an die Macht.

In die neue Verfassung solle, so der CSU-Vorsitzende, ein Passus aufgenommen werden, daß bei Versagen der Regierung den Militärs die Staatsführung zu übertragen sei. Ähnliche Bestimmungen gebe es in Chile, Portugal und der Türkei.

Strauß war gut präpariert. In einem Lagebericht vom 14. Juni 1976 hatte der frühere Spanien-Repräsentant der CSU-eigenen Hanns-Seidel-Stiftung, Georg von Gaupp-Berghausen, der Armee eine besondere Rolle zugewiesen: „Die Aufgabe des Heeres ist die einer bewaffneten Gewerkschaft für die Freiheit. Hier hat vielleicht auf der Iberischen Halbinsel eine für ganz Europa neue entscheidende Entwicklung begonnen, die diesen Eckpfeiler Europas auch zu einem neuen Eckpfeiler der Freiheit werden läßt."

Das Sechs-Seiten-Papier trägt oben auf dem ersten Blatt einen Schrägstrich in blauem Filzstift — so wie ihn der CSU-Vorsitzende üblicherweise macht, wenn er heikle Papiere abzeichnet, auf die er nicht seine Paraphe „St" samt jeweiligem Datum setzen mag.

Im Hause Hoffmann, spät in der Nacht, Silva schickte sich zum Aufbruch an, winkte Strauß seinen Begleiter Huber zu sich und flüsterte, er solle jetzt von dem Geld 50 000 Mark herausholen; aber so vorsichtig, daß Silva nicht sehen könne, ob noch mehr Geld im Koffer sei.

Huber trat beiseite, stellte sich in eine Ecke neben den Eßtisch, hinter dem Schmiedeeisen-Gitter, klappte seine Tasche auf, öffnete das Kuvert, zählte hundert der 500-Mark-Banknoten ab, schloß den Koffer und drückte dann dem Chef das gebündelte Bare unauffällig in die Hand.

Strauß reichte das Geld feierlich dem Spanier, der sich hoch erfreut bedankte und die Scheine in seine Brieftasche steckte. Dies sei selbstverständlich erst der Anfang, sagte Strauß, weitere Hilfszahlungen würden folgen.

Die nächste Rate kam sofort. Während Huber an seiner Tasche gefingert hatte, war auch Strauß beiseite getreten, hatte sein Scheckheft gezogen und einen blauen Euroscheck über 50 000 Mark, als Barscheck, ausgefüllt. Ein wenig ratlos erkundigte sich Silva, wie denn die Einlösung vonstatten gehe. Hoffmann sagte Beistand zu, falls es Schwierigkeiten gebe.

Er brauche aber unbedingt, so Strauß, irgendeine Quittung für die 100 000 Mark. Die müsse nicht von Silva sein, auch nicht seinen Namen tragen. Den Beleg könne ein anderer ausstellen, nur die Summe müsse stimmen.

Silva fragte, ob er sich gleich hinsetzen und den Empfang bestätigen solle. Strauß winkte ab, so eilig sei das nicht. Die Quittung könne später Hoffmann gegeben werden.

Silva war nicht der einzige Gesinnungsfreund, dem der CSU-Mann unter die Arme griff. Strauß streute Hunderttausende unter den spanischen Ultrarechten aus; seine Großzügigkeit stand in seltsamem Gegensatz zu den offiziellen Klagen der CSU, daß bei ihr stets Ebbe in der Kasse sei.

Mindestens 135 000 Mark (4 829 071 Peseten) flossen ausweislich einer Bestätigung der Banco Pastor Madrid vom 4. Juli 1977 (siehe Seite 27) an Manuel Fraga Iribarne, damals ein weiterer Hoffnungsträger der Reaktion. Das Geld an Fraga lief über Antonio Abeijón Veloso, einen engen Fraga-Vertrauten, der auch 1976 als Ehrengast am CSU-Parteitag teilgenommen hatte.

Fraga gehörte zu den herausragenden Figuren der „Alianza Popular";



Spanien-Besucher Strauß, Strauß-Freund Hoffmann (M.)*: Auf Kreuzzug im Süden

* 1976 in Madrid mit dem damaligen spanischen Ministerpräsidenten Carlos Arias Navarro.

von 1962 bis 1969 war er Informationsminister unter Franco. Zwar arbeitete er ein neues, liberales Pressegesetz aus, wendete es aber dann so streng an, daß die Presse in Spanien unter ihm mehr zensiert und geknebelt wurde als zuvor: Er verhängte 381 Strafen gegen Zeitungen und Zeitschriften, ließ die Abendzeitung „Madrid" vorübergehend schließen und entzog zahlreichen Journalisten, auch Auslandskorrespondenten, die Akkreditierung.

Im Ministerrat stimmte Fraga 1963 für die Hinrichtung des Kommunistenführers Julián Grimau, die weltweite Proteste gegen das Franco-Regime auslöste. Fraga flog schließlich aus dem Franco-Kabinett, nachdem er 1969 die Verstrickung seiner Regierung in den „Matesa"-Skandal enthüllt hatte; damals waren mit Wissen des spanischen Kabinetts mehr als 500 Millionen Mark Staatsgelder für Exportschwindel verwandt worden.

In der ersten Regierung nach Franco wurde Fraga Innenminister und ging wieder nach altem Muster vor: Erst liberalisierte er das Versammlungs- und Demonstrationsrecht, dann handhabte er es so eng, daß sich nichts änderte. Als Innenminister war er auch verantwortlich für das Massaker 1976 in Vitoria im Baskenland, wo die Polizei auf streikende Arbeiter schoß — fünf Tote, zahlreiche Verletzte.

Nach einem halben Jahr trat Fraga ab. Seither ermunterte er die Militärs zur Opposition gegen den reformerischen Regierungschef Adolfo Suárez.

Einen anderen, den er mit Geldgaben bedachte, kannte der CSU-Vorsitzende bis dahin nicht einmal: Cruz Martínez Esteruelas, Präsident der rechtskonservativen Union des Spani-



Juan Hoffmann
Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland

Malaga
Paseo del Limonar 28
Tel 22 78 66

29. März 1977

Herrn
Dieter J. Huber
Referent für auswärtige Beziehungen
Büro des Parteivorsitzenden
CSU Landesleitung
Lazarettstr. 33
8000 München - 19

Mit Herrn PV persönlich besprechen

Lieber Herr Huber,

ich übersende Ihnen die gewünschten Unterlagen beigefügt. Anlässlich meines Aufenthaltes in Madrid ist die Angelegenheit zum Abschluss gebracht worden.

Wie Sie aus den Nachrichten entnommen haben werden, zerbröckelt – wie vorausgesagt – die Mitte. Suarez will jetzt selbst in die Bresche springen, was einen Sturm der Entrüstung auf beiden Seiten hervorruft.

Für heute mit herzlichen Grüssen
Ihr



Juan Hoffmann
Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland

Malaga
Paseo del Limonar 28
Tel 22 78 66

Herrn
Dieter J. Huber
Referent für auswärtige Beziehungen
Büro des Parteivorsitzenden – CSU Landesleitung
Lazarettstr. 33
8000 München - 19

22. Juni 1977

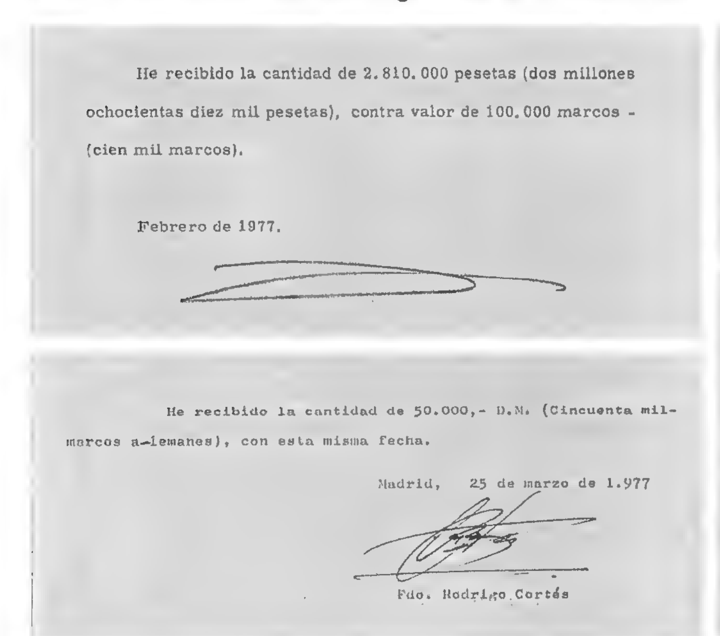
Lieber Herr Huber,

ich übersende Ihnen beigefügt zwei Empfangsbescheinigungen. Die noch ausstehenden werde ich Ihnen – sowie sie in meinem Besitz sind – ebenfalls zusenden.

Ich werde in den nächsten Tagen versuchen, Sie telefonisch zu erreichen und verbleibe inzwischen

mit herzlichen Grüssen
Ihr

Hoffmann-Briefe an die CSU: Belege vom deutschen Konsul



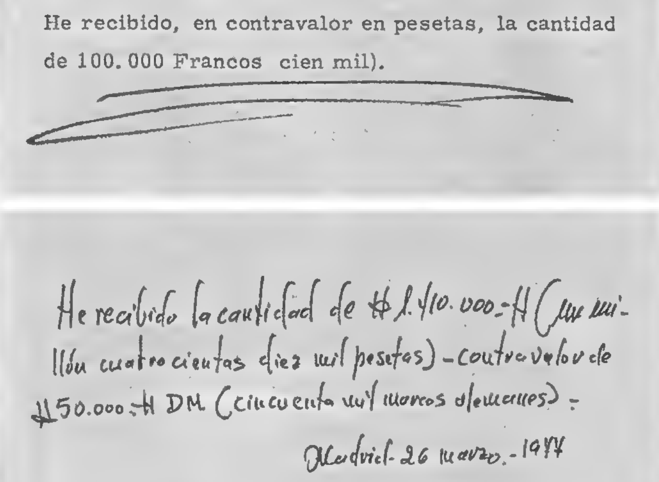
He recibido la cantidad de 2.810.000 pesetas (dos millones ochocientas diez mil pesetas), contra valor de 100.000 marcos - (cien mil marcos).

Febrero de 1977.

He recibido la cantidad de 50.000,- D.M. (Cincuenta mil marcos a-lemanes), con esta misma fecha.

Madrid, 25 de marzo de 1.977

Fdo. Rodrigo Cortés



He recibido, en contravalor en pesetas, la cantidad de 100.000 Francos cien mil).

He recibido la cantidad de #1.410.000-# (Un millón cuatrocientas diez mil pesetas) - contravalor de #50.000-# DM (cincuenta mil marcos alemanes) -
Madrid - 26 marzo - 1977

Empfangsquittungen für Spendengelder: Nur die Summe mußte stimmen

schen Volkes (UDPE), einer weiteren Splittergruppe der „Alianza Popular". Juan Hoffmann hatte ihn dem Wohltäter aus dem fernen Bayernland zugeführt.

Martínez Esteruelas war Planungs-, dann Erziehungsminister unter Franco. Als Minister war er mitverantwortlich für die Todesurteile gegen fünf militante Regimegegner im September 1975.

Beim Treff in Málaga fuhr Strauß mit dem Spanier zum Mittagessen in die Berge, in ein Landgasthaus. Zurück auf der Hazienda, lief wieder das gleiche Ritual ab: Huber, der Mann mit dem Koffer, rückte die restlichen 50 000 Mark heraus. Strauß schrieb wieder einen Scheck in gleicher Höhe. Der Empfänger hatte offenkundig nicht mit so viel Geld gerechnet; seine Freude zeigte es.

Auch Martínez Esteruelas brauchte die Quittung nicht selbst auszustellen. Das könne ein anderer machen, so Strauß. Hoffmann solle die Belege sammeln und an Huber in die CSU-Landesleitung schicken.

Der ganze Aufwand war für die Katz. Die von Strauß mitfinanzierte Rechte schnitt bei den Wahlen im Juni 1977 enttäuschend ab. Die „Alianza Popular" erreichte statt der angestrebten 100 Parlamentssitze nur 16 und blieb unter zehn Prozent der Wählerstimmen.

Die Kommunisten erreichten vier Mandate mehr. Und bei der nächsten Parlamentswahl im März 1979 schließlich verlor die wieder zersplitterte Rechte weiter an Rückhalt — sie brachte es nur auf zehn Abgeordnete.

Auch im Nachbarland Portugal war Strauß als Gönner der Rechten tätig. Seine Vorliebe für Militärs als Garanten von Ruhe und Ordnung fand der CSU-Boß in Kaulza de Arriaga bestätigt, dem früheren Oberbefehlshaber der portugiesischen Truppen in der Afrikakolonie Mosambik.

Seit der Revolution gegen das Regime Salazar/Caetano versuchte der General, eine rechte Sammlungsbewegung um sich zu scharen, als Bollwerk gegen die Roten.

Vorher, in Mosambik, hatte sich Kaulza einen blutigen Namen gemacht: Als Oberbefehlshaber war er verantwortlich für das Massaker portugiesischer Kolonialtruppen in dem Dorf Wiriyamu, unweit des Cabora-Bassa-Staudammes. Kaulzas Elite-Soldaten metzelten dort 1972 die gesamte Zivilbevölkerung nieder, etwa 400 Männer, Frauen und Kinder, und verbrannten das Dorf, um die Spuren zu verwischen. Nach dem Blutbad wurde Kaulza aus Mosambik abgezogen und 1974 — in Portugal hatten linke Offiziere geputscht — ins Gefängnis gesteckt.



Spenden-Empfänger Silva: Barscheck vom Bayern

Nach seiner Entlassung gründete der Militär zusammen mit einer kleinen Gruppe rechtsradikaler Gesinnungsgenossen den „Movimento Independente para a Reconstrução Nacional" (MIRN), die Unabhängige Bewegung für den Nationalen Wiederaufbau. Tatkräftiger Förderer des MIRN: Franz Josef Strauß.

Im Sommer 1978 klagte Kaulza einem Besucher, dem fließend portugiesisch sprechenden Partei-Referenten Huber, der MIRN stecke in finanziellen Schwierigkeiten. Das Geld, das er bisher aus der CSU erhalten habe, sei eine große Hilfe gewesen. Dann bat Kaulza den Deutschen, seinem Chef doch bitte dringlich mitzuteilen, er möge auch den Rest seiner materiellen Zusagen möglichst bald erfüllen.

Die letzte Zahlung muß Kaulza im vorigen Jahr erhalten haben. Denn er schreibt am 8. Februar 1979 dem „Dear Minister Strauss", er sei in der vergangenen Woche in Paris gewesen und habe erfahren, daß Strauß freundlicherweise den letzten Teil seines festen Versprechens eingelöst habe: „I was in Paris last week, and learned that you had kindly materialized the latter part of your firm promise."

Kaulza bedankte sich überschwenglich: „Let me express my thanks and my deep appreciation" (siehe Seite 28).

So ist er, der Kanzlerkandidat der Unionsparteien: ein militanter Sowjetfresser, seit Jahr und Tag umgetrieben von der Furcht, das Abendland sei drauf und dran, von den Russen und ihren fünften Kolonnen geschluckt zu werden. Er hat sich nicht gewandelt seit den Hoch-Zeiten des Kalten Krieges. Die letzte Dekade der Entspannung und des Ausgleichs auch mit den Nachbarn im Osten hat ihn nicht umdenken lassen, auch wenn er beteuert, er werde nach einem Wahlsieg die Ostverträge einhalten („pacta sunt servanda").

Strauß ist verfolgt von übersteigerter Angst vor roter Gefahr. Der CSU-Mann 1952: „Die Russen sind das einzige Volk in der Geschichte dieser Welt, das sich in seiner Politik immer Zeit gelassen und alle Ziele auf lange Sicht und bis heute mit Erfolg verfolgt hat ... Das Fernziel ist immer das gleiche ...: Über die Zersplitterung Europas zur Bolschewisierung Europas."

Straußens „Bayernkurier" 1968: „Deutschland und Westeuropa werden eingekreist, von einer strategischen Zangenbewegung ohnegleichen umfaßt."

Strauß 1980: „Die Sicherheit und die Lebensfähigkeit Europas ist heute in dem Raume von Afghanistan bis zum südlichen Afrika in Mitleidenschaft gezogen, betroffen und gefährdet."

Gewiß ist die Sowjet-Union auf Expansion bedacht, „das haben Weltmächte so an sich", meint dazu Willy Brandt.

Doch statt die Sowjet-Union in ein Geflecht von Verträgen und Absprachen einzubinden, die beiden Seiten Vorteile verschaffen, statt durch eine Politik des Ausgleichs, eingebettet ins westliche Bündnis, den Frieden sicherer zu machen, setzt der Bayer allein auf die Politik der Stärke.

Permanent in Panik, wird er nicht müde, vor der Kriegsgefahr zu warnen, die schon bald aus Moskau drohe. Strauß auf dem CSU-Parteitag im vergangenen September: „Ich habe mehr-



Juan Hoffmann
Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland

Málaga
Paseo del Limonar 29
Tel. 22 78 66

28. Juni 1977 H/dk

Herrn
Dieter J. Huber
Referent für auswärtige Beziehungen
Büro des Parteivorsitzenden – CSU Landesleitung

Lazarettstr. 33

8000 München – 19

Lieber Herr Huber,

ich übersende Ihnen beigefügt eine interessante Übersicht der Wahlergebnisse in Spanien.

Auch sende ich Ihnen eine Empfangsbescheinigung, es stehen noch zwei in gleicher Höhe aus, die ich noch zu bekommen habe.

Ich hoffe, zwischen dem 7. und 10. Juli in München sein zu können, und ich würde mich freuen, wenn ich Sie bei dieser Gelegenheit wiedersehen könnte.

Für heute
mit freundlichen Grüssen
Ihr

I. PV R.K.

II. H. Huber z.K. + zur Verwahrung der Quittung und Kontrolle, daß auch die beiden anderen Quittungen noch eingehen

21. JULI 1977

Juan Hoffmann
Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland

Málaga
Paseo del Limonar 29
Tel. 22 78 66

CSU-Vorsitzender
27. JULI 1977

21. Juli 1977 H/dk

Herrn
Dieter J. Huber
Referent für auswärtige Beziehungen
Büro des Parteivorsitzenden
CSU-Landesleitung
Lazarettstr. 33

8000 München – 19

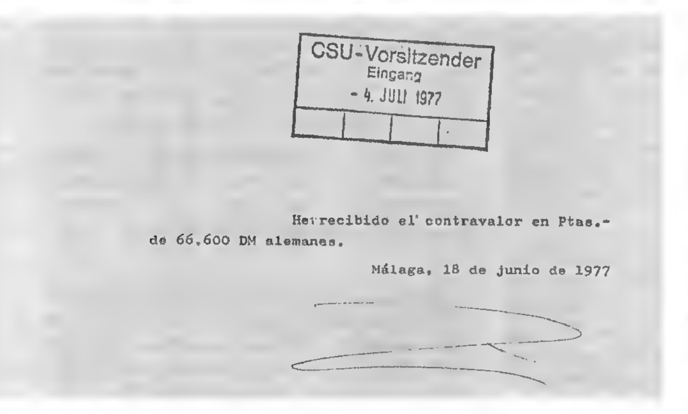
Lieber Herr Huber,

bei meinem kurzen Besuch in München habe ich Sie leider nicht angetroffen. Man sagte mir, Sie seien auf Urlaub.

Ich übersende Ihnen beigefügt einen Beleg. Es steht jetzt nur noch einer über DM 66.600,-- aus, den ich Ihnen nach Erhalt ebenfalls übersenden werde.

Ich verbleibe mit allen guten Wünschen
Ihr

Hoffmann-Briefe (o.), Quittung (u.): Beistand zugesagt



CSU-Vorsitzender
Eingang
– 4. JULI 1977

He recibido el contravalor en Ptas.- de 66.600 DM alemanes.

Málaga, 18 de junio de 1977

mals gesagt, daß ich die Absichten der heutigen Sowjet-Führung nicht als auf eine große militärische Auseinandersetzung mit dem Westen abzielend beurteile, daß man aber fragen muß, ob das bei dem in absehbarer Zeit stattfindenden Führungswechsel im Kreml genauso bleiben wird."

Inzwischen hat er auch unter den Regierenden des Westens nur noch Weichlinge und Anpasser ausgemacht. US-Präsident Jimmy Carter erntete für den neuen Konfrontationskurs gegenüber den Sowjets, der eigentlich nach Straußens Herzen sein müßte, kein Lob; statt dessen hielt ihm der Bayer zur Verblüffung der Christenunion die Fehler der Vergangenheit vor: Produktionsstopp für den B-1-Bomber, Verzicht auf die Neutronenwaffe, Einstellung der Waffenlieferungen für die Türkei und Pakistan.

Schon Mitte Januar hatte er die westliche Führungsmacht im Parlament angegriffen. Geradezu bewundernd sprach er von der sowjetischen „großartig angelegten ... globalen Machtstrategie, der gegenüber die Vereinigten Staaten von Amerika im äußersten Fall von Präsidentenwahl zu Präsidentenwahl, das heißt, wenn die Folgen der einen Wahl überwunden sind und der Vorschatten der nächsten Wahl noch nicht wieder zu stark wird, dann gelegentlich eine kurzatmige hektische Gegenstrategie entwickeln".

Unberechenbar, wie er ist, knüpfte sich Strauß auch noch den zweitwichtigsten Bonner Verbündeten, Frankreich, vor. Die behutsamen Formulierungen im Kommuniqué des letzten deutsch-französischen Gipfeltreffens zur sowjetischen Invasion in Afghanistan sah Strauß an der „Grenze des Törichten".

Dieses Urteil fällte er sechs Tage vor einem offiziellen Besuch in Paris. Kein Wunder, daß der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing keine Lust mehr hatte, den Mann aus Bayern zu empfangen.

Den Schmidt-Freund Giscard hatte der CSU-Chef schon 1976 abgeschrieben und auf die Ultras gesetzt. Damals lobte er Jacques Chirac in seiner „Wienerwald"-Rede: „Herr Chirac ist die letzte Hoffnung." Und: „Die Volksfront kommt vom Süden und vom Westen, vielleicht hätten wir sie noch verhindern können."

Mit solchen Sprüchen bewirkt er allenfalls, daß Bonns Verbündete auf seine Wahlniederlage hoffen.

Seine blinde Angst, von Kommunisten umzingelt zu werden, macht Strauß zum Sicherheitsrisiko, für die Deutschen und für die anderen. Wenn er den Versuch fortsetzen sollte, den Westen auf Scharfmacher-Kurs zu zwingen, wäre es nicht allein mit der Entspannung in Europa vorbei, wäre auch Europa wieder Krisenherd. Schlimmer — der Zusammenhalt der Allianz müßte bröckeln. Die Deutschen würden sich selbst isolieren, wenn ein Kanzler Strauß zum Kreuzzug gegen Moskau aufriefe.

In Paris jedenfalls fände er damit keinen Rückhalt. Die Franzosen werden nicht Strauß zuliebe plötzlich aufhören, ihre möglichst ideologiefreie und eigenständige Außenpolitik zu treiben.

Und die Amerikaner sind interessiert, ist der Präsidentenwahlkampf einmal vorbei, den Dialog über Rü-

stungsbeschränkung mit den Sowjets wiederaufzunehmen. Hinzu kommt, daß Strauß — so ein Amerika-Experte der CDU/CSU-Fraktion — „seine Kontakte zu den USA sträflich vernachlässigt“ hat.

Zu Jimmy Carter ist der Kontakt des Kandidaten eher verklemmt: Besondere Beziehungen unterhält Strauß nur, kein Wunder, zu Ultras um Barry Goldwater; und umgekehrt hat die Carter-Crew bisher nie sonderliches Interesse an dem deutschen Südstaatler gezeigt, der sich für März zur Visite angemeldet hat.

Der Kandidat handelt nur konsequent, wenn er für eine Außenpolitik nach seinem Geschmack Verbündete dort sucht, wo allein schon stramm rechte Gesinnung eine anti-sowjetische Politik selbstverständlich macht.

Zu seinem militanten Denken paßt die Leidenschaft für Schießgerät. Der Kanzlerkandidat der Unionsparteien geht selber gerne in Waffen. Zu Hause hat er Schießeisen en masse. Er sammelt Gewehre und Pistolen wie andere Leute Briefmarken. Er mag es, wenn seine Mitarbeiter Pistolen tragen. Er verschenkt, wenn er auf Auslandsreisen



Spenden-Empfänger Fraga-Iribarne
Mindestens 135 000 Mark

geht, vorzugsweise Feuerwaffen, so Jagdgewehre an Gabuns Präsidenten, an Jordaniens König und zuletzt an den rumänischen Staats- und Parteichef Nikolae Ceaușescu.

Dazu paßt auch: Als in der Bundesrepublik die Furcht vor Terroristen-Anschlägen grassierte, hielt der Bayer eine abgesägte Schrotflinte griffbereit im Wagen. Fuhr er abends nach Hause, wiederholte sich stets das gleiche Spektakel.

Fünfzig Meter vor seiner Wohnung erloschen die Scheinwerfer des Fahrzeugs, in dem Strauß saß. Auch die Sicherheitsbeamten im Begleitwagen schalteten die Lichter aus. Zwanzig Meter weiter mußten die Leibwächter aussteigen und mit entsicherten Maschinenpistolen im Trab neben seinem Wagen herlaufen.

Der Boß selbst hatte inzwischen vorne rechts die Seitenscheibe hinuntergedreht und sicherte eigenhändig das Gelände — mit seiner abgesägten Flinte. Und seine Wächter fürchteten sich zuweilen mehr vor Schrotgarben ihres allzeit schußbereiten, wenn auch nicht allzeit treffsicheren Chefs als vor Kugeln aus Terroristenwaffen.

Den Abwehrkampf gegen die Sowjets und ihre Partner versucht Strauß weltweit zu organisieren, ob im Griechenland der Obristen, in Chile, in Rhodesien oder Südafrika, ob in Zaïre, Saudi-Arabien oder in Rotchina. Stets geht es gegen „die nahtlose Kombination“, so der Kanzler-Aspirant im Bundestag, „von großrussischem Imperialismus und weltrevolutionärer Zielsetzung des Kreml“.

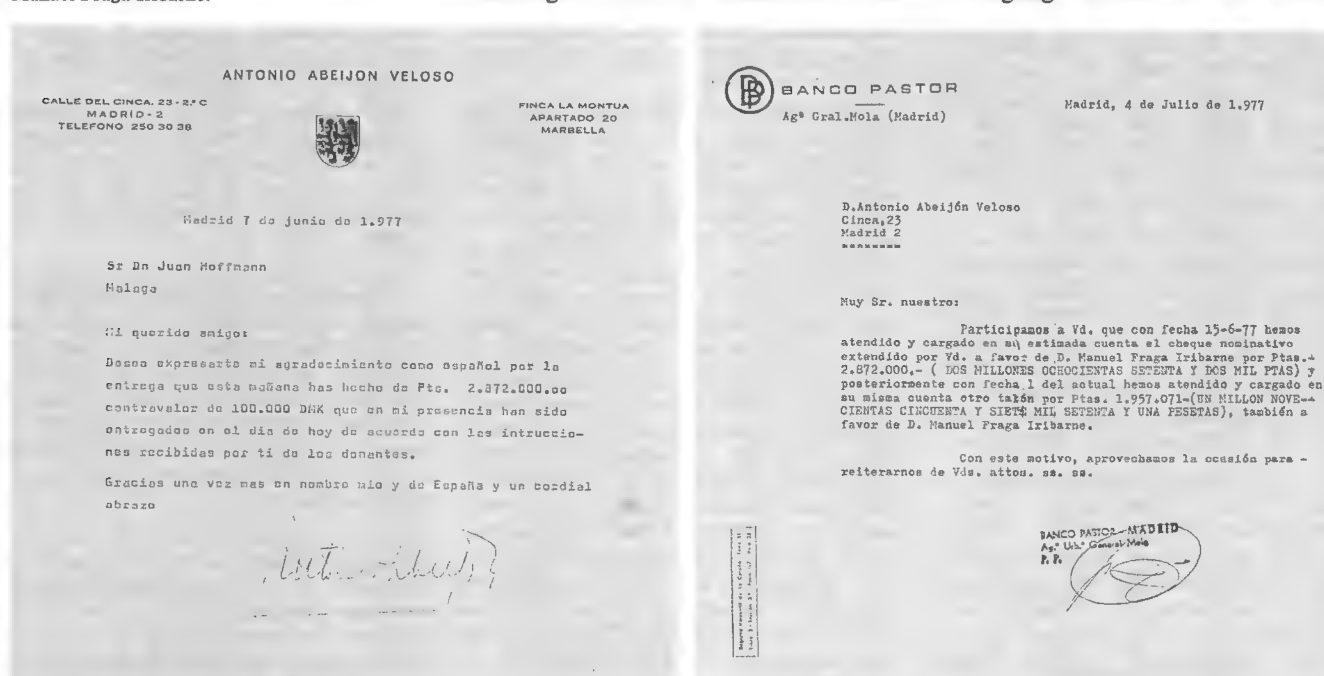
Strauß stützt sich dabei auf ein enges Geflecht meist geheimgehaltener Beziehungen zu den Mächtigen in rechten Freundesstaaten. Was Rang und Namen hat, trifft sich zuweilen in sorgfältig vorbereiteten Konferenzen.

Da geht es dann um Waffenlieferungen, um subversiven Kampf gegen die Kommunisten, um Rohstoffsicherung und Gelder an westlich orientierte Regierungen der Dritten Welt. Das alles geschieht hinter dem Rücken der Bonner Außenpolitiker und läuft ihren Bemühungen zuwider, den Nord-Süd-Konflikt zu entschärfen oder den Ost-West-Gegensatz nicht in die Dritte Welt hineinzutragen.

Für seine Aktivitäten steht Strauß, dem „Politiker im Weltmaßstab“ (CSU-Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann), ein eigener Apparat zur Verfügung: Berater in der Zentrale,

* Text der linken Quittung: Mein lieber Freund: Als Spanier möchte ich Dir meinen Dank aussprechen für die heute früh von Dir übergebenen 2 872 000,— Pesetas, Gegenwert von DM 100 000,—, die in meiner Gegenwart am heutigen Tage, entsprechend den Instruktionen, die Du von den Spendern bekommen hast, übergeben wurden. Nochmals Dank in meinem Namen und im Namen Spaniens . . .

Text rechts: Sehr geehrter Herr, wir teilen Ihnen mit, daß wir am 15. 6. 77 Ihr geschätztes Konto belastet haben mit dem Scheck, den Sie zugunsten von Herrn Manuel Fraga Iribarne auf die Summe von Ptas. 2 872 000,— ausgestellt haben und später am 1. dieses Monats einen weiteren Talon über Ptas. 1 957 071,—, ebenfalls zugunsten von Herrn Manuel Fraga Iribarne.



ANTONIO ABEIJON VELOSO

CALLE DEL CINCA. 23 - 2.º C
MADRID - 2
TELEFONO 250 30 38

FINCA LA MONTUA
APARTADO 20
MARBELLA

Madrid 7 de junio de 1.977

Sr Dn Juan Hoffmann
Malaga

Mi querido amigo:

Deseo expresarte mi agradecimiento como español por la entrega que esta mañana has hecho de Pts. 2.872.000.oo contravalor de 100.000 DMK que en mi presencia han sido entregados en el dia de hoy de acuerdo con las intrucciones recibidas por ti de los donantes.

Gracias una vez mas en nombre mio y de España y un cordial abrazo

BANCO PASTOR
Agª Gral.Mola (Madrid)

Madrid, 4 de Julio de 1.977

D.Antonio Abeijón Veloso
Cinca,23
Madrid 2

Muy Sr. nuestro:

Participamos a Vd. que con fecha 15-6-77 hemos atendido y cargado en su estimada cuenta el cheque nominativo extendido por Vd. a favor de D. Manuel Fraga Iribarne por Ptas.- 2.872.000.- (DOS MILLONES OCHOCIENTAS SETENTA Y DOS MIL PTAS) y posteriormente con fecha 1 del actual hemos atendido y cargado en su misma cuenta otro talón por Ptas. 1.957.071-(UN MILLON NOVECIENTAS CINCUENTA Y SIETE MIL SETENTA Y UNA PESETAS), también a favor de D. Manuel Fraga Iribarne.

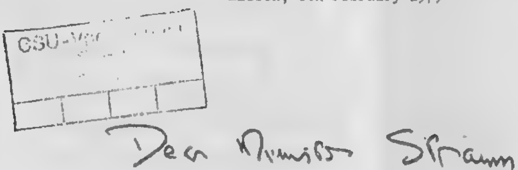
Con este motivo, aprovechamos la ocasión para reiterarnos de Vds. attos. ss. ss.

BANCO PASTOR - MADRID
Ag.ª Urb.ª General Mola
P. P.

Empfangsschreiben aus Madrid*: „Mein lieber Freund“

KAULZA DE ARRIAGA

Lisbon, 8th February 1979



1. I was in Paris last week, and learned that you had kindly materialized the latter part of your firm promise. Let me express my thanks and my deep appreciation.

I was indeed extremely gratified by that fact, which has also served to confirm that, as I thought, you intend to help us in breaking the vicious circle referred to in my letter of the 28th December 1978.

2. The willingness of a Portuguese financial group to institute the initial funding necessary to the launching, as I had foretold during our dinner at my home, has also been confirmed.

3. On our part, we are directing our best efforts towards a twofold objective:

- making the MIRN/PDP a true Party of the Portuguese Right, and this on the basis of employing a strong staff, gaining large popular support, rendering the organisation as effective as possible, and developping good electoral techniques;

- succeeding in uniting the whole of the Portuguese Right worthy of it, or at least in bringing it into an effective coalition.

A DE ARRIAGA

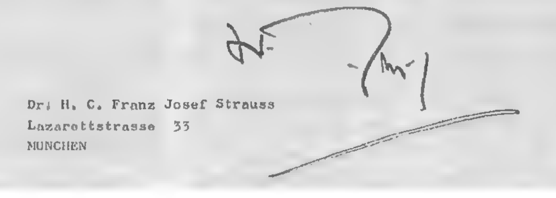
Regarding this latter point, we will always face difficulties with respect to the CDS, which, although not falling within the Right, tries to create every obstacle against it. However, and although I doubt it, it is conceivable that Dr. Lucas Pires may succeed in bringing the CDS under his effective control, and then change its posture.

4. I had a meeting with CDU Deputy Mr. Stommel, who incidentally is a great admirer of yours. He confirmed that the main difficulties MIRN has been facing in Germany stem from negative assertions the CDS has been making about it.

However, he has promised to also exert his own efforts towards the modification of such a state of affairs.

Looking forward to seeing you again soon, and with my renewed thanks and kind regards, I am

Yours sincerely,



Dr. H. C. Franz Josef Strauss
Lazarettstrasse 33
MUNCHEN

Kaulza-Brief: „Dear Minister Strauss“

Residenten der Hanns-Seidel-Stiftung überall in der Welt.

Die halten den regelmäßigen Kontakt zu den Gesinnungsfreunden und arrangieren diskrete Zusammenkünfte wie vor drei Jahren das Treffen mit italienischen Neofaschisten, den Erben des Duce Mussolini.

In Italien hatte sich von der neofaschistischen Partei „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) eine Gruppe abgespalten, mit 17 Parlaments-Abgeordneten und acht Senatoren, die sich zwar selbst für gemäßigt halten, tatsächlich aber den alten Kurs steuern. Am 12. Februar 1977 gründete die Splittergruppe die Partei „Democrazia Nazionale“. Strauß war zur Stelle.

Am Morgen jenes Tages führte der römische Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung, Joachim Schilling, dem CSU-Vorsitzenden zwei Herren an den Frühstückstisch im Hotel Hassler: Francesco Cavaletti, außenpolitischer Mitarbeiter in der rechtsradikalen Zeitschrift „Il Borghese“, und Senator Mario Tedeschi, Herausgeber des Blattes.

Im römischen Parlamentshandbuch bekennt sich Tedeschi offen zu seiner faschistischen Vergangenheit: einst bei der Zeitung „Roma Fascista“ aktiv, dann „Mitkämpfer der Sozialen Republik“. Das bedeutet: Tedeschi war Mussolini bis zuletzt treu und machte in der „Italienischen Sozialen Republik“ von Salò am Gardasee mit, wo der schon entmachtete Diktator noch einmal von Hitlers Gnaden herrschen durfte.

Cavaletti und Tedeschi versuchten erst gar nicht, ihren Absprung von der MSI mit einer ideologischen Läuterung zu begründen. Das sei, so die beiden in aller Offenheit, ein taktisches Manöver gewesen.

Die in Rom regierende „Democrazia Cristiana“, die einen offenen Pakt mit den MSI-Faschisten scheue, habe zur Abspaltung geraten. Dann gebe es die Chance, bei der nächsten Wahl eine Koalition zu bilden.

Altfaschist Tedeschi bat Strauß um Hilfe. Der Bayer war bereit. Als Sympathiebeweis stellte er den CSU-Auslandsreferenten Huber ab, als Ehrengast beim Gründungskongreß der „Democrazia Nazionale“ zu fungieren.

Strauß versprach mit der „Democrazia Nazionale“ in Kontakt zu bleiben. Zum Verbindungsmann wurde Schilling von der Seidel-Stiftung ernannt.

Und auch zu ideeller Unterstützung fand sich der Parteivorsitzende bereit. Noch im Frühstücksraum gab Strauß eine Erklärung zugunsten der Ultras ab: „Es ist unnatürlich und gefährlich, wenn man auf der einen Seite die Kommunisten im Bereich der demokratischen Parteien akzeptiert, andererseits die demokratische Rechte diskriminiert. Das Problem des Jahrhunderts ist die Abwehr des Kollektivismus, ob er nun von rechts oder links kommt.“

Wieder umsonst: 1979 erlitt die „Democrazia Nazionale“ bei den Wahlen eine klägliche Niederlage. Sie schied aus dem Parlament aus.

Doch solche Mißerfolge halten den Meister aus München nicht ab, weiter mit Extremisten das Geschäft zu suchen — sogar mit solchen, vor denen seinen Christenfreunden angst und bange wird.

Diskret wie immer, bestellte Strauß Alparslan Türkeş zum Rendezvous, den Führer der türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) und deren Jugendorganisation, der berüchtigten „Grauen Wölfe“.

Die „Grauen Wölfe“ des Türkeş werden für Hunderte politischer Morde und anderer Gewalttaten in der Türkei, aber auch bei Gastarbeitern in der Bundesrepublik verantwortlich gemacht.

Die Türkeş-Partei sehe, so warnte der Beauftragte des evangelisch-lutherischen Dekanats München für Fragen ausländischer Arbeitnehmer, Hermann Rieger, in einem Brief an die Münchner CSU-Fraktion, Hitler und Mussolini als ihre „geistigen Väter“ an und bekenne sich „in ihrem Parteiprogramm offen zum Nationalsozialismus deutscher Prägung“.

Türkeş, der mit seiner MHP die derzeit regierende konservative Gerechtigkeitspartei des Süleyman Demirel stützt, hatte im Oktober 1978 auf einer Dortmunder Großkundgebung vor Gastarbeitern gegen den damals noch amtierenden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit gehetzt:

„Marionette der Kommunisten“ und „Liliputaner“, der „ausradiert“ werden müsse; und: „Die zur Versklavung unserer Bevölkerung in unsere Reihen geschmuggelten Diener der Ausbeuter und Moskauer Hunde, Kommunisten und Spalter haben in der Türkei kein Lebensrecht.“

Der CDU/CSU-Fraktionschef Helmut Kohl weigerte sich, den demagogischen Türkeş in Bonn zu empfangen. Darüber beschwerte sich einer der Türkeş-Helfer, Murat Bayrak, in einem Brief an Franz Josef Strauß:

> Etwa eine Woche vor dem Eintreff des Vorsitzenden der Nationalen Bewegungspartei (M. H. P.) Herrn Türkesch in Deutschland habe ich gemeint, daß es für Herrn Dr. Kohl als Vorsitzenden der CDU sowie für Sie interessant wäre, den Herrn Türkesch persönlich kennen zu lernen; und bei dieser Gelegenheit die Meinung des Herrn Türkesch über aktuelle und lebenswichtige Probleme wie Nato, EG sowie immer größer werdenden sowjetischen Einfluß wie Gefahr zu erfahren.
>
> Um ein Gespräch mit Herrn Dr. Kohl und Herrn Türkesch zustande zu bringen habe ich telefonischen Kontakt mit Herrn Dr. Wegener aufgenommen, welcher sich als Leiter der Abteilung für die ausländischen Beziehungen der CDU ausgab. Herr Dr. Wegener antwortete mir am Telefon, daß Herr Dr. Kohl grundsätzlich ein Gespräch mit Herrn Türkesch ablehne. Habe mich im Laufe des Telefonats bemüht ihm zu erklären, daß meines Erachtens nach nicht im Interesse der CDU, Deutschland und freier Welt sei so krasse Prinzipien zu besitzen; außerdem es nicht richtig sei, daß ein Vorsitzender einer großen deutschen nichtsozialistischen Partei seine Meinung über ausländische Parteien und dessen Vorsitzenden durch sozialistische Meinungsindustrie formen zu lassen und danach zu handeln. Scheinbar waren ihm diese meine Bemerkungen nicht angenehm, sonst könnte ich mir sein unhöfliches Verhalten nicht erklären, daß er einfach mit Wut den Hörer auflegte.

Der Mann, der sich jetzt anschickt, Kanzler in Bonn zu werden, hatte Kohls Skrupel nicht. Am 28. April 1978 gewährte Strauß dem Rechtsradikalen in München eine Audienz, ging es doch wieder einmal um den gemeinsamen Kampf gegen den russischen Feind. Mit Datum vom 2. Mai 1978 dankte Türkeş für die höfliche Aufnahme:

> Wenn wir noch nicht alle Probleme, die unsere beiden Länder betreffen, besprechen konnten, so glaube ich doch, daß Ihnen mein zentrales Anliegen in einer Stunde großer Gefahr für mein Land deutlich geworden ist: die Türkei befindet sich in einer akuten großen Gefahr.
>
> Diese Gefahr ist in großen mit der Tatsache bezeichnet, daß zum erstenmal in der Geschichte der Türkei der sowjetische Generalstabschef in die Türkei kommen konnte und zwar nicht zu einem Höflichkeitsbesuch, sondern zur Einleitung einer Entwicklung, die das Ende der Türkei im westlichen Bündnis bedeuten kann.

Franz Josef Strauß will Kanzler werden, Gefahr ist im Verzug.

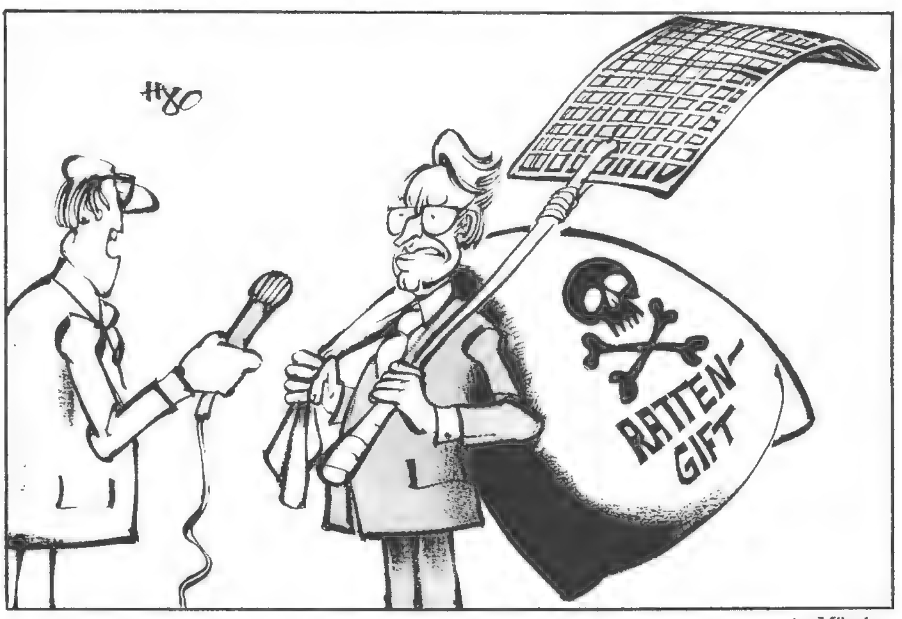
AFFÄREN

Das deutsche Wort

Was veranlaßt Strauß, Gegner als „Ratten“ zu diffamieren?

Am Aschermittwoch war die Stimmung in der Union dahin. Beim Katerfrühstück in Stuttgart ging Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsident Lothar Späth auf Distanz zur Schwesterpartei: „So kann man in der Demokratie nicht miteinander umgehen. Das ist kein Stil.“

Späths Zorn zielte auf den Strauß-Intimus Edmund Stoiber, der, ebenfalls in Stuttgart, vor Südfunk-Redakteuren linke Schriftsteller „Ratten und Schmeißfliegen“ genannt und damit, so ein Unionsstratege, „Verheerendes“ ausgelöst hatte.



tz, München

„Und wie, Herr Stoiber, wird die Union auf Linksintellektuelle reagieren?“

Jäh sahen Bonner Wahlkampfplaner das Konzept durchkreuzt, den Kanzlerkandidaten aus Bayern liberalen Wählern als einen im Alter moderat gewordenen Staatsmann zu verkaufen, der seine Vergangenheit bewältigt habe.

Vergebens schienen die jahrelangen Versuche der Union, ihr Verhältnis zu Westdeutschlands Geistesschaffenden zu verbessern, das arg gestört ist, seit Ludwig Erhard im Jahr 1965 Autoren wie Günter Graß und Rolf Hochhuth „Banausen“ und „Pinscher“ nannte.

„Aufs schärfste“ protestierten nicht nur der Verband deutscher Schriftsteller und das westdeutsche Pen-Zentrum; auf deren Vorsitzende Bernt Engelmann und Walter Jens sowie auf die Autoren Ingeborg Drewitz, Hermann Kesten, Josef Reding und Martin Walser hatte Stoiber, wie Ohrenzeugen berichten, das Ratten-Wort bezogen.

Schelte bezog Straußens Sekretär, der letztes Jahr die Gleichsetzung von Nazis und demokratischen Sozialisten erfunden hatte, nun von nahezu allen Kommentatoren der bundesdeutschen Presse, ausgenommen Blätter wie „Bayern-Kurier“ und „Bild“.

Die „Süddeutsche Zeitung“ befand: „Ratten und Schmeißfliegen stammen aus dem Wörterbuch des Unmenschen, faschistische Vokabeln, für die es keine Entschuldigung, keine Rechtfertigung, keine Absolution geben kann.“ Die „Stuttgarter Zeitung“ schrieb: „Jetzt geht diese Pest also wieder durchs Land.“ Die „Frankfurter Rundschau“ fühlte sich durch den Strauß-Gehilfen Stoiber an den Hitler-Propagandisten Goebbels erinnert: „Früher hinkten bei uns die Vertreter dieser Spezies.“

Aber, schlimmer für die Union, auch rechte Blätter rückten ab. Axel Springers „Welt“ qualifizierte das „Gequatsche“ des Bayern als „Mistgabelsprache“. Dem Leitartikler der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kamen „schlimmste Erinnerungen“ an die Hitler-Zeit.

Ungewöhnlich, ganz und gar untypisch ist die Wortwahl freilich nicht. Sie hat, scheint's, vielmehr Methode.

Elf Jahre ist es her, daß der CSU-Chef über knutschende Apo-Demonstranten schrieb, sie benähmen sich „wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist“.

Vor acht Jahren, im Wahlkampf 1972, beklebten Straußens Unionsfreunde SPD-Plakate mit Zetteln, die eine fette rote Ratte zeigten — nach Ansicht der Sozialdemokraten der „infamste Aufkleber der Bundestagswahl“.

Sechs Jahre sind vergangen, seit Strauß ins Mikrophon schrie: „Was wir

Wenn's drauf ankommt, sind Sie damit in 9,5 Sekunden von 0 auf 100 km/h. Der Ford Granada 2.8i ist der stärkste unter unseren Granada-Sechszylindern: 118 kW oder 160 PS. Er ist zugleich auch der sparsamste Granada-Sechszylinder bei konstant 120 km/h: nur 10,9 l Superbenzin auf 100 km. Bei konstant 90 km/h sind es 8,6 l. Und im Stadtverkehr 15,1 l (DIN). Lauter beruhigende Werte. Sie können daran ablesen, was elektronische Benzineinspritzung in Verbindung mit einer Transistorzündung herausholen kann: Stärke und Sparsamkeit.

2.8i mit Bosch K-Jetronic und Transistorzündung

Außerdem: Ein starker Motor legt schon bei niedrigen Drehzahlen kräftig zu. Das erlaubt frühzeitiges Hochschalten in den Gängen. Sie können also immer im Bereich seiner besten Wirtschaftlichkeit fahren. Und haben trotzdem eine vernünftige Leistungsreserve.

Weitere Sicherheiten stecken im Granada-Fahrwerk. Die breite Spur. Der lange Radstand. Und die aufwendige Doppelgelenk-Schräglenker-Hinterachse. Beim 2.8i LS ist das gesamte Fahrverhalten noch sportlicher ausgelegt. Durch die straffere S-Abstimmung von Federn und Gasdruckstoßdämpfern. Durch einen stärkeren Querstabilisator vorn. Und durch die Verwendung von Super-Niederquerschnittreifen Michelin TRX auf 6 Zoll breiten Alu-Sportfelgen. Sie sollten einmal spüren, wie satt dieses Auto auf der Straße liegt.

Leistungs-Diagramm
2.8i-V6-Motor 118 kW/160 PS

Je mehr Sie sich mit dem Granada 2.8i LS beschäftigen, desto besser für ihn. Prüfen Sie, ob es für DM 23.125,65* (4türig) oder DM 22.595,97* (2türig) etwas Gleichwertiges gibt.

*Unverbindliche Preisempfehlung ab Werk. Günstig finanziert durch FORD CREDIT BANK. Außenspiegel Beifahrerseite Sonderausstattung.



in diesem Land brauchen, ist der mutige Bürger, der die roten Ratten dorthin jagt, wo sie hingehören — in ihre Löcher."

Vor drei Jahren meldete Strauß, in seinem „Bayern-Kurier", „daß gewisse rote Wühlmäuse an allen Ecken und Enden nagen", vor zweieinhalb Jahren, im selben Blatt: „Jetzt kommen sie wieder, die roten Systemveränderer, wie die Ratten aus allen Löchern heraus."

Im Sommer 1978 ging der Christenpolitiker dazu über, seine tierischen Invektiven auf eine präzise umrissene Gruppe von Menschen anzuwenden. Damals, bei einem CSU-Treffen im oberfränkischen Kronach, sagte er über den linken „Presseausschuß Demokratische Initiative" (PDI): „Mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse."

Die Authentizität dieses Zitats ist von der CSU nie bestritten worden. Es wurde vielmehr, schon 1978, von der Parteizentrale selber verbreitet.

Der Hamburger „Zeit"-Redaktion, die das Wort irrtümlich auf die Kontroverse um den damaligen Ministerpräsidenten Filbinger bezogen hatte, übermittelte die CSU am 15. August 1978 per Telex die Klarstellung, Strauß habe mit dem Ratten-Satz zu den „wenige Tage zuvor vom ‚Pressedienst Demokratische Initiative' (Engelmann, Böddrich und Warnecke) erhobenen verleumderischen Vorwürfen" Stellung genommen.

In einer Broschüre des von Engelmann vertretenen PDI hatten die SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Jürgen Böddrich und Klaus Warnecke „F. J. Strauß im Zwielicht der Geschichte" (Titel) dargestellt. Das 64-Seiten-Heft, Preis drei Mark, berichtete über sämtliche Strauß-Affären von HS 30 bis Fibag, gab alte Äußerungen über „Ratten" in Deutschland und „Freiheit" im Folterstaat Chile wieder sowie, in Auszügen, die Sonthofener Rede. Überschrift: „Strauß läßt die Maske fallen."

Juristisch war der Text der PDI-Broschüre kaum angreifbar. Straußens Helfer reagierten mit anderen Mitteln auf die Veröffentlichung: mit Verunglimpfung.

Dem Presseausschuß, der gegen „reaktionäre und neofaschistische Tendenzen" kämpft, gehören links und linksliberal gestimmte Publizisten an, darunter Max von der Grün, Axel Eggebrecht, Robert Jungk, Luise Rinser, Thaddäus Troll, Günter Wallraff, Gerhard Zwerenz und Elisabeth Endres.

Strauß-Kritiker Engelmann: Belege aus dem Zwielicht der Geschichte

Der CSU kam zugute, daß sich „zwei oder drei" der rund 40 PDI-Mitglieder laut Engelmann zur DKP bekennen, so etwa der bayrische Dramatiker Franz Xaver Kroetz. Dieser Umstand war für die Münchner CSU-Agitatoren prompt Anlaß, den PDI als „kommunistische Tarnorganisation" zu diffamieren.

Ein Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart, dem zufolge eine solche Wertung im politischen Meinungskampf erlaubt sein kann, ermutigte die CSU, obendrein gleich noch die mit dem PDI zusammenarbeitenden weißblauen Sozialdemokraten als Krypto-Kommunisten zu verdächtigen. Originalton „Bayern-Kurier": „Die Einschätzung der bayerischen SPD als einer kommunistischen Tarnorganisation ist zwingend."

Die alte Ratten-Kontroverse wäre indes längst vergessen, hätte nun die Stuttgarter Stoiber-Diskussion die Erinnerung nicht wieder aufgefrischt.

In dem internen Rundgespräch im Funkhaus hatte Literatur-Redakteur Johannes Poethen dem CSU-Generalsekretär das Ratten-Zitat über den PDI vorgehalten und gefragt, ob Strauß diese Wertung tatsächlich auf Schriftsteller wie Engelmann, Drewitz, Kesten, Jens, Reding und Walser beziehe. Poethen: „Ich habe die sechs Namen exemplarisch für 36 oder 40 Namen genannt."

Stoibers Antwort: „Ich habe diese Worte nicht von Strauß gehört, aber ich stehe zu diesem Zitat."

„Da war ich", erinnert sich Poethen, „natürlich einigermaßen vor den Kopf geschlagen und fragte: ‚Muß ich das nun wirklich so verstehen?' Ich habe dann die sechs Namen nochmals genannt" — was von anderen Funkredakteuren bezeugt wird. Stoiber habe seine Stellungnahme wiederholt.

Erst als Schriftstellerverbände, Gewerkschafter und sogar Christdemokraten protestierten, ließen sich die CSU-Propagandisten zu Erklärungen herbei — die freilich alles nur noch schlimmer machten.

Stoiber dementierte schlau, was niemand behauptet hatte: „Strauß hat keine Namen von Schriftstellern genannt. Ich habe das in Stuttgart auch nicht getan." Tatsächlich hatte sich der Parteigeneral zu Namen geäußert, die ein anderer, Poethen, aufgezählt hatte.

Taktische Überlegungen ließen es der Strauß-Partei letzte Woche geboten erscheinen, beim Diffamieren ein wenig zu differenzieren — zu negativ war das Echo selbst unter Unionsfreunden ausgefallen.

Schriftsteller wie Jens und Walser, schwächte Strauß-Sprecher Godel Rosenberg ab, wolle die CSU keineswegs als „Ratten und Schmeißfliegen" bezeichnen; mit diesen Autoren habe es bislang schließlich „keine Probleme" gegeben. Und eine Autorin wie Ingeborg Drewitz sei zwar „zweischneidig", aber keine Schmeißfliege. Wirklich gemeint sei, versicherte der Strauß-Sprecher, „nur" Bernt Engelmann.

Mit dieser Erklärung vermochten die Christsozialen allerdings nicht einmal ihre konservativen Kritiker zu versöhnen. „Die von der CSU nahegelegte Einschränkung des Terminus ‚Ratten und Schmeißfliegen' auf *einen* Schriftsteller, nämlich Bernt Engelmann", schrieb die „FAZ", „ändert nichts an dem Skandalon, daß ein Mensch hier als Ungeziefer disqualifiziert wird."

Straußens Wortwahl, gab Stuttgarts CDU-OB Manfred Rommel zu bedenken, könne die Gefahr heraufbeschwören, daß jemand „durchdrehe" und „solches Ungeziefer" vernichten wolle.

Zugleich aber war es der CSU mit der Konzentration ihrer Angriffe auf Engelmann gelungen, das öffentliche Augenmerk auf den wohl heftigsten Strauß-Kritiker unter Westdeutschlands Bücherschreibern zu lenken —

und auf dessen publizistisches Werk, das die Strauß-Union bisher aus gutem Grund totzuschweigen bemüht war.

Denn in kunstlos, aber kenntnisreich kompilierten Büchern wie dem Bestseller „Großes Bundesverdienstkreuz" oder „Hotel Bilderberg"* hat Engelmann sich stets um eins bemüht: um Belege für die These, daß Strauß sich „nicht gewandelt" habe seit seinen Jugendjahren als „weltanschaulicher Referent" im „Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps" (NSKK) und als „Offizier für wehrgeistige Führung" bei der Heeres-Flakartillerie-Schule IV.

Derlei biographische Fakten pflegt Engelmann, etwa im „Hotel Bilderberg", mit zeitgeschichtlichen Hinweisen zu garnieren:

> Nach den deutschen Bestimmungen während der Nazi-Zeit wurde von diesen Führungsoffizieren nicht nur eine „schwungvolle Persönlichkeit" verlangt; sie mußten vielmehr auch „bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten" sein. „Zugehörigkeit zur Partei und aktive politische Tätigkeit als Politische Leiter" waren erwünscht.

Vergangenheitsaufhellung, wie Engelmann sie betreibt, ist freilich auch unter Linken umstritten. Für Jugendsünden aus der NS-Zeit, meint manch einer, müsse die Gnade des Vergessens gelten; schließlich lehne man ja auch Berufsverbote für Apo-Demonstrationstäter ab. Entscheidend sei allein, ob einer *heute* noch jene Argumentationsmuster und Propagandaformeln verwende, derer sich einst die Nazis bedienten.

Engelmanns Hoffnung, Strauß werde sich wegen der NS-Behauptungen in eine gerichtliche Auseinandersetzung mit ihm begeben, erfüllte sich zwar nicht. Der sonst so prozeßfreudige CSU-Chef ließ sich statt dessen aber zu dem Wort von den Ratten provozieren — und gab damit unfreiwillig mehr über seinen politischen Zuschnitt preis, als seine Gegner aus alten NS-Akten je hätten herauslesen können.

Aufgrund der Straußschen Weigerung, Engelmann zu verklagen, wird indes wohl ungeklärt bleiben, ob der Bayer seinen Artilleristen 1944 den Nazi-Zeitgeist nahebrachte oder, wie sein rechter Biograph Otto Zierer glauben machen möchte, in der Kaserne über „Widersinn und Verbrechen" der Hitler-Ära dozierte.

Wie auch immer — für die Nachkriegszeit jedenfalls glaubt Engelmann dem Parteichef eine starke Affinität zu NS-Propagandagrößen nachweisen zu können. Und tatsächlich kreuzten sich nach 1945 mehrfach die Wege des Christsozialen Strauß und eines langjährigen engen Goebbels-Mitarbeiters namens Eberhard Taubert. Der nationalsozialistische Psychokampf-Experte (Spitzname: „Dr. Anti") war als Referatsleiter im Goebbels-Ministerium zuständig für „Aktivpropaganda gegen die Juden".

In den fünfziger Jahren durfte der Antikommunist Taubert (Devise: „Es hat sich doch überhaupt nischt jeändert") gleichwohl dem — aus Bonner Geheimfonds finanzierten — „Volksbund für Frieden und Freiheit" als Vize vorstehen. „Taubert ist ein Mann, den wir brauchen", erklärte damals ein Bonner Ministerialer auf Journalisten-Fragen, „und er ist unentbehrlich."

Unentbehrlich blieb er, nachdem der SPIEGEL 1955 über Tauberts Vergangenheit berichtet hatte und der „gefährlichste und militanteste Antisemit des Dritten Reiches" („Spandauer Volksblatt") seinen Posten räumen mußte: Fortan diente Taubert beispielsweise dem Bundesverteidigungsministerium unter Franz Josef Strauß als Mitarbeiter in Fragen der psychologischen Kriegführung.



Strauß-Helfer Taubert 1955
„Liebenswürdiges" vom CSU-Chef

In den sechziger Jahren bewährte sich der einstige Goebbels-Mann — vorübergehend beschäftigt als Rechtsberater des Frankenthaler Strauß-Förderers und „Pegulan"-Fabrikanten Fritz Ries — vor allem als CDU/CSU-Propagandist.

Im Dezember 1970 bedankte sich Taubert, der auch ein von Strauß zeitweise subventioniertes Rechtsblatt („Das deutsche Wort") mitproduzierte, bei dem CSU-Chef brieflich für dessen „liebenswürdige" Bereitschaft, die Zeitschrift „zu Ihrem Organ nördlich des Mains zu entwickeln". Im Wahlkampf 1972 organisierte Taubert mit alten Kameraden aus dem Hause Goebbels millionenteure anonyme Anzeigenkampagnen gegen die sozialliberale Regierung.



Taubert-Film 1940 (Programmblatt)
Aus „Dr. Antis" Arsenal

Nicht auszuschließen, daß der langjährige Umgang mit dem schwarzbraunen Propagandisten, der Mitte der siebziger Jahre bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam, dazu beigetragen hat, den Vollblutpolitiker Strauß zu seinen häufigen Ratten-Reden zu beflügeln.

Taubert jedenfalls kannte sich mit solchem Getier mörderisch gut aus. Von ihm stammten Idee und Text zu dem NS-Propagandastreifen „Der ewige Jude", der von 1940 an das deutsche Volk, vor allem aber in wiederholten Sondervorführungen SS-Einheiten und KZ-Mannschaften psychologisch auf den Holocaust vorbereiten sollte.

In raffinierter Parallelmontage zeigte der Film im Wechsel Aufnahmen von Ratten und Bilder von Juden aus dem Warschauer Getto.

Dazu klangen aus den Lautsprechern die Texte des Dr. Taubert: „Sie sind hinterlistig, feige und grausam. Sie stellen unter den Tieren das Element der heimtückischen, unterirdischen Zerstörung dar, nichts anderes als die Juden unter den Menschen."

Tauberts Worte ließen 1940 kaum Zweifel daran, was mit den Menschen zu geschehen habe, die der spätere Strauß-Helfer damals mit Ratten verglich: „Unter der Führung Adolf Hitlers hat Deutschland das Kampfpanier gegen den ewigen Juden erhoben."

Die „Schmeißfliege", immerhin, stammt offenbar nicht aus dem semantischen Arsenal des „Dr. Anti". Auf dieses Wort zumindest scheint Strauß ganz allein gekommen zu sein. ◆

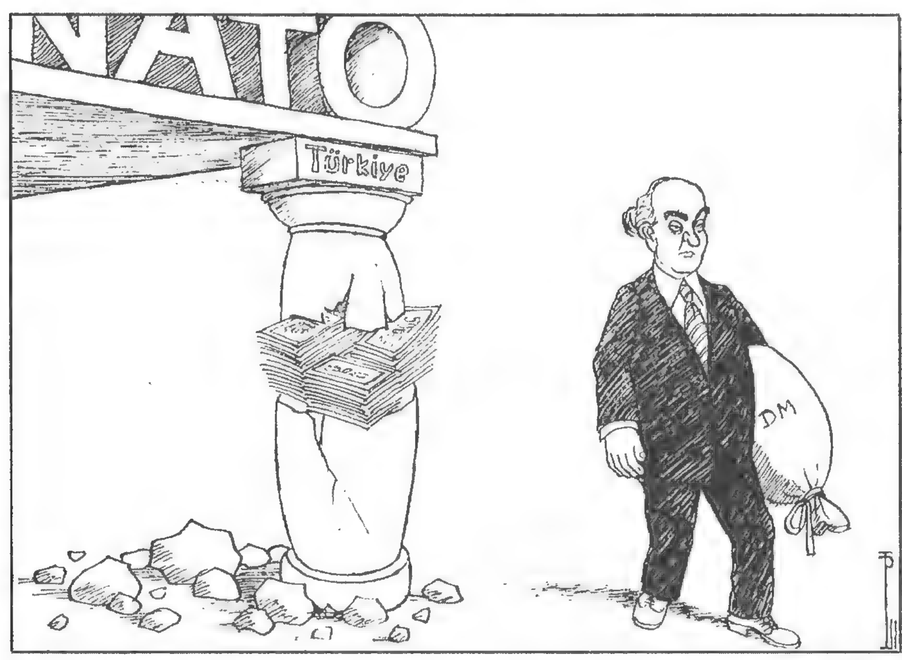
---

* Bernt Engelmann: „Großes Bundesverdienstkreuz". Rowohlt-Taschenbuch 1924; 140 Seiten; 3,80 Mark. — „Hotel Bilderberg". Rowohlt-Taschenbuch 4471; 156 Seiten; 4,80 Mark.

Zielbewußt gestreut

Ankara erhofft sich von Bonn Waffen für knapp eine Milliarde Mark — zuviel, wie Finanzminister Hans Matthöfer findet. Doch die Türken erhalten Schützenhilfe vom Auswärtigen Amt.

Zwischen Genf und Athen, an Bord der Luftwaffen-Boeing Nummer 1, vergatterte Hans Matthöfer seine Mannschaft. Wenn sie erst in Ankara gelandet seien, so bat sich der Regierungsbeauftragte für die Türkei-Hilfe am vorvergangenen Samstag aus, sollte keiner der 21 hochrangigen Beamten aus sechs Ressorts auch nur eine konkrete Zahl über die künftige Bonner Militärhilfe für die Gastgeber nennen.



Süddeutsche Zeitung

Einer an Bord widersprach. Gewisse Zusagen, meinte der Abteilungsleiter Per Fischer vom Auswärtigen Amt, seien angesichts der hochgespannten türkischen Erwartungen nicht zu vermeiden.

Schroff kanzelte der Finanzminister den AA-Beamten ab. Die Türken erwarteten nur deshalb so schnell so viel Geld für Waffen, weil ihnen deutsche Diplomaten zu schnell zu viel versprochen hätten.

Matthöfer spielte auf Meldungen an, denen zufolge der Nato-Partner mit deutscher Militärhilfe im Gesamtwert von knapp einer Milliarde Mark rechnen könne. Der Sozialdemokrat vermutet die Quelle der Indiskretion im Auswärtigen Amt. Mit zielbewußt gestreuten Nachrichten über noch nicht beschlossene Lieferungen von Panzern und Raketen, glaubt Matthöfer, wollten Diplomaten und Militärs die Marschrichtung festlegen, noch ehe die Mission richtig begonnen hatte.

Für den Minister jedoch steht fest, daß „nur eine wirtschaftlich gesunde Türkei militärisch ein wertvoller Partner sein kann". Daher sei „die wirtschaftliche Hilfe zeitlich und vom Umfang her eindeutig vordringlich".

In seiner Abneigung gegen forsches militärisches Vorpreschen ließ sich der Bonner Türken-Helfer wenig später bestärken, bei einer Zwischenlandung in Athen. Matthöfer selbst hatte die Kurzvisite arrangiert, um in Gesprächen mit Ministerpräsident Konstantin Karamanlis, Außenminister Georgios Rallis und Finanzminister Athanassios Kanellopoulos griechische Ängste vor einer hochgerüsteten Türkei zu zerstreuen. Nach der Türken-Invasion 1974 in Zypern hatte sich Griechenland aus militärischen Nato-Gremien zurückgezogen.

In Athen machte Rallis dem Deutschen die strategischen und militärischen Folgen einer übermäßig gerüsteten Türkei für Europas Südosten klar: „Die Allianz unterschätzt die Gefahr, daß Griechenland sich vom Westen abwenden könnte."

An stabilisierten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen beim Nato-Partner indes, so durfte Matthöfer anschließend fürs Protokoll formulieren, seien die Griechen durchaus interessiert.

Auch in Ankara wurde der Bonner Beauftragte zunächst in seiner Ansicht bestärkt. Ministerpräsident Süleyman Demirel: „Wenn wir aus unseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen, können wir uns auch militärisch verstärken. Wir müssen also erst die Wirtschaft stabilisieren und die Inflation unter Kontrolle bringen." Demirels Land ist derzeit so knapp bei Kasse, daß Matthöfer schon in den nächsten Tagen nach Rücksprache mit dem Haushaltsausschuß hundert Millionen Mark für dringend benötigte Ölimporte in die Türkei überweisen wird.

Doch so ganz mochte der Chef der türkischen Gerechtigkeitspartei auch während Matthöfers Besuch nicht auf die Linie des Deutschen einschwenken. „Man kann natürlich nicht sagen", schränkte Demirel vor Journalisten ein, „laßt uns erst mal die Wirtschaft in Ordnung bringen und die Verteidigung während dieser Zeit vernachlässigen."

Als die Türken ihren militärischen Wunschzettel präsentierten, da sah er aus, als hätten ihn Matthöfers Gegner im Auswärtigen Amt verfaßt. Kernstück des Katalogs: 60 bis 75 Panzer in der modernsten Ausführung des Leopard 1, Stückpreis über drei Millionen Mark. Mit einer Modernisierung ihrer M-48-Panzer und der Lieferung von Milan-Panzer-Abwehrraketen, so die Türken, könnten sie sich allenfalls für eine Übergangszeit zufriedengeben.

Matthöfer hat wenig Chancen, sich gegen den hartnäckigen und vom Bonner AA unterstützten Nato-Partner durchzusetzen. Zwar reiste er aus Ankara mit seiner Delegation ab, ohne eine Zusage unterzeichnet zu haben. Doch der Alternativvorschlag des Finanzministers findet wenig Gegenliebe.

Statt eine neue Serie des Leopard 1 aufzulegen — der Panzer wird seit dem vergangenen Jahr nicht mehr produziert —, wollte Matthöfer die Türken auf die Zeit vertrösten, wenn die Bundeswehr Panzer dieses Typs übrig hat.

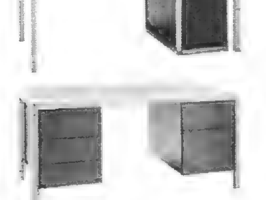
Die Türken-Lobby im AA weiß jetzt schon, wie dem Vorschlag des Finanzministers zu begegnen ist. Erstens, so wollen die Diplomaten argumentieren, dauere das alles zu lange. Zweitens sollen in der Bundeswehr nicht die 2437 Kampfwagen des Typs Leopard 1 durch das Nachfolgemodell ersetzt werden, sondern die veralteten M-48-Panzer.

Matthöfer wird kaum verhindern können, daß bei Kraus-Maffei in München der Leopard 1 bald wieder in Serie gebaut werden dürfte. Die Gegner des Finanzministers im Auswärtigen Amt und unter den Militärs zeigen sich nicht einmal beeindruckt von dem Argument, daß sich die Leopard-Serienfertigung erst ab einer Mindeststückzahl von 150 Panzern lohnt.

Aus Europas Südwesten hat bereits Portugal Interesse am Leopard 1 angemeldet, und wenn im Südosten die Türkei gestärkt wird, dann braucht auch Griechenland viele Leopard 1 — Portugal und Griechenland wollen vielleicht auch dafür zahlen. ◆

„Wenn Sie bei unseren Schreibtischen mal die Bestell-Nr. mit dem Preis verwechseln, erzählen Sie's bitte weiter." (Schreibtische aus Flötotto's Profilsystem.)

WIRKLICH: Es hat Leute gegeben, die sich beim Anblick unserer Schreibtische gar nicht vorstellen konnten, daß 690.00 die Bestell-Nr. ist und 418.00 der Preis. Tatsache aber ist, daß unsere Schreibtische zwar Bestellnummern jenseits der Sechshundert haben, die Preise aber fast überall weit darunter liegen. Tatsache ist aber auch, daß man den Tischen ganz und gar nicht ansieht, wie wenig sie kosten. Und so kommt es eben hin und wieder zu jenen erfreulichen Irrtümern, an deren Verbreitung wir aus verständlichen Gründen sehr interessiert sind. Weitersagen!



INSGESAMT gibt es jetzt acht Schreibtische.

Aber gucken wir uns die Schreibtische noch ein bißchen genauer an. Eine Ganzrahmen-Konstruktion aus echten Massivholzprofilen (natur oder schwarz) sorgt für die Stabilität und – für das unverwechselbar schöne Design. Die Oberflächen der Arbeitsplatten sind kunststoffbeschichtet in weiß, gelb, orange, braun, oliv oder anthrazit. Ganz leicht zu pflegen und praktisch nicht kaputtzukriegen. Die Stiftung Warentest hat das bei einem Möbeltest, in dem auch unsere Schreibtische vertreten waren, mal so ausgedrückt: „Sehr gut" (nachzulesen in der Zeitschrift „Test" Nr. 12 vom Dezember 1978). Das gleiche gilt für die Unterschränke. Es gibt sie fest montiert oder als sogenannte „Gleitboys" zum Drunterstellen. In allen gängigen Ausführungen: mit Holzschubkästen, mit Tür oder mit Organisationsauszügen (Hängeregistratur und Materialschieber). Gut fürs Büro, fürs Kinderzimmer oder das private Arbeitszimmer.

Und wem das noch nicht reicht, der kann sich seinen eigenen Schreibtisch zusammenstellen. Zur Auswahl stehen Tische in 6 Formaten und 2 Höhen und 2 verschiedene Gleitboys. Sie sehen, wir tischen ganz schön was auf fürs Geld. Viel Holz für wenig Holz.

Bravo! Was Sie jetzt noch wissen müssen, ist, daß die Schreibtische nur ein Teil (wenn auch ein wichtiger) unseres Profilsystems sind. In gleicher Weise gibt es Sessel, Polstergruppen, Sofas, Stühle, Tische, Betten, Container, Vitrinen, Kindermöbel und viele, viele Details, die ein Möbelprogramm erst so richtig rund machen.

Wenn Sie Spaß dran gekriegt haben, dann schicken Sie uns mal schnell die Postkarte. Und wir schicken Ihnen so schnell es geht unseren Katalog „Profilsystem". Gratis natürlich. ◆ Flötotto Einrichtungssysteme, Postfach 6004, 4830 Gütersloh 16, (Friedrichsdorf), Tel. 05209/711. FLÖTOTTO

Damit Sie wissen, mit wem Sie's zu tun haben:

Flötotto (*sprich:* Flöt'otto) ist einer der ganz wenigen echten Markenmöbelhersteller Deutschlands. Flötotto liefert auf dem Versandwege nur direkt an den Käufer, ohne Zwischenhandel. Ein weiterer Zweig des Unternehmens ist die Einrichtung von Objekten des Bildungs- und Sozialbereichs (z.B. Schulen, Wohnheime) im In- und Ausland.



Falls hier oben keine Karte mehr klebt, schreiben Sie an Flötotto. Wir schicken Ihnen kostenlos den Profilsystem-Katalog.
Flötotto-Produkte gibt es auch in Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Dänemark, Schweiz. Wir nennen Ihnen gern die Adressen.

DER PROFILSYSTEM-KATALOG HAT 76 SEITEN, IST DIN A 3 GROSS UND VOLLGEDRUCKT MIT WUNDERSCHÖNEN MÖBELN.


COLT
COLT

WAHLKAMPF

Trotz oder wegen

Eine Initiative von Wissenschaftlern, Literaten und Theologen unterstützt den SPD-Landesvorsitzenden Eppler im baden-württembergischen Landtagswahlkampf.

Das eine Schaufenster ist mit Steinen, Baumrinde und Geäst ausgelegt, daneben ein Plakat: „Dafür arbeiten wir. Machen Sie mit."

Im anderen Schaufenster verlieren sich fünf Taschenbücher, verfaßt oder herausgegeben vom Landesvorsitzenden der baden-württembergischen SPD, Erhard Eppler. Ein rororo-Titel hebt sich farbig ab: „Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit."

An der Tür — mitten im Stuttgarter Ostend, wo vorwiegend Türken und Italiener leben und kaum noch deutsche Passanten zu sehen sind — lockt ein handgeschriebener Text hinter Glas: „Kommen Sie ruhig herein zu einem zwanglosen und informativen Gespräch."

Wer eintritt, befindet sich in der spärlich möblierten, spärlich besuchten Informationszentrale „Umweltforum für Erhard Eppler". Es ist das Hauptquartier einer Wählerinitiative, zu der sich sozusagen in letzter Minute — am 16. März ist Landtagswahl in Baden-Württemberg — rund dreißig namhafte Schriftsteller und Umweltschützer, Theologen und Ökologen, Zukunftsforscher und Energieexperten aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengefunden haben.

Dazu gehören Pen-Präsident Walter Jens wie der schwäbische Mundartdichter Thaddäus Troll, der Tübinger Theologie-Professor Jürgen Moltmann wie der ehemalige FU-Präsident Rolf Kreibich.

Dabei sind der frühere Atom-Manager Klaus Traube, der Regensburger Datenschützer Professor Wilhelm Steinmüller, der ehemalige Düsseldorfer SPD-Landwirtschaftsminister Diether Deneke, der Stuttgarter Olympia-Architekt Günter Behnisch.

Sie alle, dazu Physiker und Chemiker, Energieautoren und Biologen, halten, nach acht Jahren CDU-Alleinherrschaft in Deutsch-Südwest, „einen Regierungswechsel im Interesse einer gesicherten Zukunft für dringend notwendig". Sie wollen einer „ökologischen Politik" in einer „Regierung Erhard Eppler zum Durchbruch verhelfen".

Das ehrgeizige Vorhaben gilt einer schwachen Partei. Die baden-württembergische SPD bekam bei der letzten Landtagswahl, 1976, nur 33,3 Prozent der Stimmen, und sehr viel mehr kann Erhard Eppler kaum einholen. Mit Parolen wie „Ein bißchen mehr Menschlichkeit" und „Entscheiden, was wachsen soll" muß sich seine SPD nicht nur einer CDU-Übermacht erwehren (1976: 56,7 Prozent), sondern auch der in Baden-Württemberg gut organisierten Grünen.

Nach der jüngsten Umfrage, von der CDU veranlaßt und von der SPD-Führung in Stuttgart als „realistisch" anerkannt, könnte die CDU diesmal zwar vier Prozent der Stimmen einbüßen, sie behielte aber damit die absolute Mehrheit im Landtag. Die SPD könnte es danach bis auf 36 Prozent bringen (FDP: 6,6 Prozent, Grüne: 4,0 Prozent).

Die Grünen haben in allen 70 Wahlkreisen des Landes Kandidaten aufgestellt, Pfarrer sind darunter und Umweltschützer, Gewerkschafter und Wissenschaftler, und sie sprechen just jene Klientel an, die Eppler, der grüne Rote, für die SPD gewinnen möchte.

Koordinator und Organisator der Eppler-Initiative ist der Münchner Journalist Bernhard Fricke, alle Mitglieder des „Umweltforums" kommen ohne Honorar und Spesen für die SPD in die Wahlkreise, alle Aufwendungen werden aus Spenden bestritten.

Etwa 20 Großveranstaltungen sind für die letzten drei Wochen vor der Wahl vorgesehen, als Höhepunkt ist für Sonnabend dieser Woche ein „Öko-Aktionstag" in Freiburg angesetzt — mit einem Spaziergang im südbadischen Wyhl, wo einst die deutschen Atomkraftgegner sich zum erstenmal regten, mit Vorträgen und Info-Ständen, Lied und Tanz sowie einem „Energiemarkt", auf dem Erfinder, Firmen und Selbsthilfe-Spezialisten Produkte und Methoden für alternative Energien und Sparmöglichkeiten vorstellen können.



Schaufenster der Stuttgarter SPD-Wählerinitiative: „Kommen Sie ruhig herein"

Das Dilemma der SPD: Wo sie grün ist, laufen ihr die echten Grünen leicht den Rang ab. Wendet sie sich aber gegen die Grünen, tut das die CDU allemal kräftiger. Was die intellektuellen Wahlhelfer im Stuttgarter „Umweltforum" für Eppler tun können, ist denn auch nicht ohne weiteres ersichtlich.

Das Forum sieht in Eppler „einen Garanten für eine glaubwürdige Politik, die auf ethischen Grundlagen beruht". Die ersten Veranstaltungen am letzten Wochenende in mehreren Städten standen unter dem Motto „Geist gegen Geld". Mitglieder der Wählerinitiative trugen dabei ihr Wissen und ihre Zweifel vor allem zum Thema Kernenergie vor. sie referierten über Energiesparen, Wachstumsprobleme und Umweltschutz und diskutierten mit dem Publikum.

Ob dieser Zug ins Grüne Stimmen bringt — es könnte so sein, aber eben auch ganz anders: Der Aufmarsch der Intellektuellen, von denen viele in Baden-Württemberg kein Begriff und allenfalls Fachleuten bekannt sind, mag unter Umständen auch das Negativ-Image vom spröden Landesvorsitzenden Eppler fördern, der es gegen den trinkfesten und allzeit fröhlichen CDU-Landesvorsitzenden Späth ohnehin schwer genug hat.

Und Energisches gegen die Atomenergie, wie es von den Eppler-Freunden zu erwarten ist, könnte angesichts anhaltender Ölkrise und steigender Benzinpreise im gutbürgerlichen und industriell geprägten Ländle sogar abträglichen Widerhall finden.

Fricke hofft gleichwohl, das „Umweltforum" werde durch gerade noch


Die WK-Polsterklasse.
WK 621 – die neue WK-Elementgruppe.
Ungewöhnlich vielfältig: Das Rezept für
Ihr persönliches Sitzmöbel-Arrangement. Wollen Sie
in einer Sportkarosse platznehmen? Und lieben Sie
ganz schmeichelhaftes Leder? Dann testen Sie
die neue WK 621 – im Design für Anspruchsvolle.
Exklusiv in Ihrem WK-Einrichtungshaus.
WK-WOHNKULTUR
WK
MÖBEL
Das WK-Journal „BESSER WOHNEN" erhalten Sie kostenlos bei Ihrem WK-Einrichtungshaus
oder direkt bei: Neue Gemeinschaft für Wohnkultur e.V., z.Hd. Frau Arnold, 7022 Leinf.-Echterdingen 2

dreiwöchigen Einsatz „alte Wähler mobilisieren und neue motivieren", und die politische Absicht der Initiative verdeutlicht er mit einer Formel, die leicht mißverstanden werden kann: „Wir wollen, daß die Wahl gut ausgeht. Und zwar nicht trotz, sondern wegen Eppler."

STAHLKONZERNE

Nur Bockmist

Der Dortmunder Hoesch-Konzern baut ein neues Stahlwerk. Über die Finanzierung erregt sich die gesamte Branche.

Westdeutschlands Stahl-Barone sind einem Newcomer gram, der Geld aus der falschen Quelle mitbringt.

Für 550 Millionen Mark will Hoesch-Chef Detlev Karsten Rohwedder, vormals Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, bis 1983 in Dortmund ein neues, hochmodernes Blasstahlwerk bauen und damit die verlustreiche Siemens-Martin-Anlage des Konzerns ablösen. Rohwedder: „Ein lebenswichtiges Projekt."

Doch das Geld fürs Überleben will der einstige Staatsdiener zum großen Teil aus der Kasse des Bonner Forschungsministeriums abzweigen, und das wiederum hält etwa Krupps Hüttenchef Wilhelm Scheider „im Prinzip für ein Übel".

Was für die Branche ein Übel ist, kann für Hoesch die einzige Möglichkeit sein, über die Runden zu kommen. Ohne die neuen Anlagen nämlich könnte einer der größten Arbeitgeber im Revier schon in wenigen Jahren gegen die Konkurrenz der Krupp, Thyssen und Klöckner nicht mehr bestehen. 15 000 Arbeitsplätze allein im Raum Dortmund wären dann gefährdet. Rohwedder: „Das hätte weitreichende Folgen für dieses Gebiet."

Um den Konzern und damit Tausende von Arbeitsplätzen zu retten, schießen die Regierungskassen aus Bonn und Düsseldorf zum Hoesch-Neubau 240 Millionen Mark zu. Statt zu marktüblichen acht Prozent wird der Betrag nur mit knapp vier Prozent verzinst. Und nach drei tilgungsfreien Jahren zahlt der Konzern den Rest ohne feste Ratentermine in einem Zeitraum von 15 Jahren zurück — so wie er gerade kann.

Mit dieser generösen Staatshilfe hat sich Hoesch-Chef Rohwedder, der sich noch jetzt bester Beziehungen zu den Regierenden rühmen kann, sein reichlich bemessenes Salär längst verdient. Die Konkurrenten allerdings wollen den Zugriff auf Bonner Steuergelder nicht widerspruchslos hinnehmen und „dagegen kämpfen, bis wir den Unsinn abgeschafft haben" (Krupps Scheider).

Die Subvention verletzt heilige Prinzipien der deutschen Stahlbranche. Lange vor dem Rohwedder-Deal schon war Thyssen-Chef Dieter Spethmann gegen die Staatshilfen für seine Stahlkonkurrenten in Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien zu Felde gezogen. Es sei dringend notwendig, hatte der Stahlmanager damals gewarnt, „den Regeln des Leistungswettbewerbs wieder nachhaltig Geltung zu verschaffen".

Diese Regeln sieht auch Krupps Scheider fundamental verletzt. „Im Wettbewerb mit Staatsgeldern", wetterte der Bochumer Hüttenmanager, „kann keine Firma bestehen" — auch Krupp und Thyssen nicht. Sie sind zwar mit der Stahlkrise der letzten Jahre besser fertig geworden als ihr Dortmunder Mitbewerber, doch ein neues Stahlwerk dieser Größe können sie sich nicht leisten.

Der Ärger über das Hoesch-Investment, das den kriselnden Konzern ohne nennenswerten Eigenbeitrag auf Anhieb wieder zu einem gefährlichen



Thyssen-Chef Spethmann
Subvention gegen die Regeln

Konkurrenten aufsteigen läßt, trifft die Managerehre der Erfolgreicheren. Sie fühlen sich für ihr Talent bestraft, die eigenen Stahlhütten ohne öffentliche Hilfe durch die Krise gesteuert zu haben. Der Erfolglose, so klagen sie, bekomme jetzt das große Geld.

Kein zweiter Konzern nämlich ist in der Stahlbranche für miserables Management so verschrien wie der Stahltrust aus Dortmund. Ein Thyssen-Manager: „Da ist fast zehn Jahre lang nur Bockmist gemacht worden."

Zum Beweis führen Fachleute eine aufwendige Umweltinvestition der Hoesch-Manager an. Für 150 Millionen Mark, fast ein Drittel der Investitionssumme für ein neues Werk, hatte Hoesch noch 1977 seine Siemens-Martin-Öfen entstauben lassen. In knapp



Hoesch-Chef Rohwedder
240 Millionen aus Staatskassen

drei Jahren sollen die entstaubten Öfen auf dem Schrott landen. Krupp und Thyssen dagegen hatten sich mit dem Hinweis auf baldigen Ersatz ihrer Öfen bei den Behörden von dieser Vorschrift befreien lassen.

Das langsame Siechtum der westfälischen Hütte geht allerdings nicht allein auf die Kappe der Deutschen. Der niederländische Stahlkonzern Hoogovens, mit dem Hoesch in einer gemeinsamen Firma seit 1972 verschmolzen ist, blockierte stets alle Dortmunder Investitionspläne. Den Holländern war das eigene Küstenstahlwerk bei Ijmuiden wichtiger.

Von den Stahlaufträgen des Konzerns lenkten die Holländer so viel Aufträge wie irgend möglich in die eigene Hütte. Die Hoesch-Manager ließen es sogar noch zu, daß ihnen die Holländer den Bezug von übergroßen Mengen Vormaterial diktierten.

Ähnlich wie beim gerade geplatzten deutsch-holländischen VFW-Fokker-Konzern ließ sich auch hier der formell gleichberechtigte deutsche Vorstand vom Partner immer wieder überrollen.

Den in Jahren eingeübten Managertrott machen heute Gewerkschafter dafür verantwortlich, daß trotz Hüttenneubaus Mitte der 80er Jahre nach bisherigen Berechnungen immer noch 4200 Hoesch-Stahlwerker ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Das neue Blasstahlwerk soll nämlich statt der bislang drei nur noch zwei Millionen Tonnen Rohstahl jährlich produzieren. Der damit verbundene drastische Personalabbau wäre nach Ansicht von Fachleuten zu vermeiden gewesen, wenn sich der Dortmunder Vorstand bereits Anfang der siebziger Jahre beim Partner mit dem schon da-

mals der Belegschaft versprochenen Neubau durchgesetzt hätte.

So erscheint der Zuschuß aus der Staatskasse wie eine Prämie für Mißmanagement — man muß es nur weit genug treiben. Und was Rohwedder und Hoesch heute recht ist, werden in Zukunft auch die anderen fordern.

Zwar bejammern sie jetzt die Verletzung des Gleichheitsprinzips, doch welche Lehre die Stahlbosse aus dem Fall Hoesch ziehen, kündigt Krupp-Chef Scheider schon an: „Auch wir werden jetzt prüfen, ob wir nicht künftig Staatsgelder beantragen können."

VERLAGE

Kunden gefunden

„Welt", „Handelsblatt", „FAZ" erscheinen mit neuen Farbmagazinen, die zusätzlich Anzeigen bringen sollen.

Das westdeutsche Zeitungsgewerbe hat neuerdings Zulauf von den Bunten. Seit letzter Woche erscheinen die Bonner „Welt" wie das Düsseldorfer „Handelsblatt" mit einer farbigen Beilage, die „FAZ" zieht am Freitag kommender Woche nach.

Die beiden rheinischen Blätter legen das bunte Supplement mit dem Titel „Plus" gratis bei. Die „FAZ" kostet nun freitags, wenn das „Frankfurter Allgemeine Magazin" dabei ist, soviel wie sonnabends, 1,20 Mark.

Mit dieser Masche — bunt und billig, wenn nicht gratis — verstärken die überregionalen Zeitungen einen Trend, der seit längerem schon in der Regionalpresse läuft.

Vor sieben Jahren hatte sich die „Stuttgarter Zeitung" das Programm-Supplement „Illustrierte Wochenzeitung IWZ" zugelegt, das mittlerweile in 50 Zeitungen mit 1,65 Millionen Auflage verbreitet wird.

In Nordrhein-Westfalen erscheinen gleich zwei Buntbeilagen: „Prisma" (Auflage: 1,6 Millionen) für fünfzehn Blätter der „Anzeigen Cooperation Nordrhein" sowie die „Bunte Wochen-Zeitung BWZ" (Auflage: 1,2 Millionen) für den Zeitungsverbund der Essener „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung".

An solche Größenordnungen reichen die jetzigen Neugründungen nicht heran. Die „FAZ" bringt es auf 300 000, die „Plus"-Blätter, zu denen neben „Welt" und „Handelsblatt" die Schweizer „Weltwoche" zählt, haben zusammen gut 400 000 Auflage. Doch der Ehrgeiz der Macher ist ohnehin nicht auf Quantität, sondern auf Qualität aus. „Man kann", verspricht der fürs Magazin zuständige „FAZ"-Herausgeber Bruno Dechamps, „auch auf allerhöchstem Niveau unterhalten."

Bislang duldete die „FAZ" auf Seite eins nicht einmal ein aktuelles Photo. Die neue Magazin-Redaktion hat es daher, wie deren Leiter Thomas Schrö-



„Welt"/„Handelsblatt"-Magazin
Buntes Innenleben

der einräumt, „nicht ganz einfach, die Balance zu finden zwischen der Bedeutung der ‚FAZ' und unserem Verständnis von Unterhaltung".

Immerhin, Chefreporter Robert Held und Kulturkorrespondent Karl Heinz Bohrer in London haben Beiträge schon fürs erste Heft geschrieben. Auch Ex-Herausgeber Karl Korn lieferte mittlerweile ein Skript, und sein Nachfolger Joachim C. Fest hat einen Beitrag zugesagt. „Das Haus", so Dechamps erleichtert, „spielt schon mit."

Soviel Hausphilosophie spielte bei der Vorbereitung des deutsch-schweizerischen „Plus" keine Rolle. „Welt"-Chef Peter Boenisch („Ich bin da ganz unkompliziert") schloß sich einfach der schon weit gediehenen Kooperative von „Handelsblatt" und der Zürcher „Weltwoche" an, in der eigentlich, allerdings vergeblich, noch ein österreichischer Partner gesucht wurde.

Frankfurter Allgemeine
MAGAZIN
Neue Perspektiven für den klugen Kopf.

„FAZ"-Magazin*
Unterhaltung mit Kalkül

Mit einer Titelstory über den Forschungssatelliten „Landsat 3", Buntphotos von Rhein und Zürichsee inklusive (Titelzeile: „Blick aus dem All: Wir da unten"), startete die Zweiländer-Einlage am Mittwoch letzter Woche. Ein Reisebericht über China, Photos von archäologischen Rekonstruktionen der Römerstadt Xanten, das Porträt eines Lavakünstlers vom Ätna — es ist die bunte, noch ein wenig hausbackene Mischung, wie sie in Magazinen dieses Genres gängig ist.

Montag morgens, acht Uhr ab Druckerei-Rampe im schweizerischen Winterthur, gehen die „Plus"-Transporter auf Tour. Spätestens bis Dienstagabend müssen sie die weiteste Route nach Hamburg geschafft haben, damit auch die dortige größte Lokalausgabe der „Welt" pünktlich ihr buntes Innenleben bekommt.

Daß der Anstoß, „Farbe in die Zeitungen zu bringen, von der Anzeigenwerbung gekommen ist", daraus macht „Welt"-Boenisch kein Hehl. Die Frage ist nur, ob das Kalkül mit den Inseraten auch aufgeht. Denn immer mehr Supplemente bedeuten auch immer härtere Akquisition der Beilagen gegeneinander, von denen es nun schon etliche gibt.

Als erster beobachtete vor zehn Jahren „Zeit"-Verleger Gerd Bucerius, daß in England die „Sunday Times" und der „Observer" dank einer farbigen Beilage zusätzlich „Anzeigenkunden gefunden" hatten. Dem von Bucerius gegründeten „Zeit-Magazin" gelang das dann ebenfalls. Auch die stagnierende „Zeit"-Auflage kam wieder in Schwung, und der Verleger ist heute „sicher, daß die ‚Zeit' ohne das Magazin ihrem Ende entgegen" gegangen wäre.

Nach den Beilagen-Starts in der Südwest- und West-Region zog der Axel Springer Verlag, der in der kostenlosen Verbreitung von Funk- und Fernsehprogrammen zunächst „unlauteren Wettbewerb" gegen seine Programmzeitschriften „Hörzu" und „Funk Uhr" gesehen hatte, mit eigenen Gratis-Magazinen nach.

Das „Freizeit-Journal" des „Hamburger Abendblattes" bietet ein Termin-Kaleidoskop von der Hamburger Szene bis zum Schickeria-Lokal. Und im mickrigen „Welt am Sonntag Magazin" avancierte Verleger Springer, der nach Art von Dichtern und Philosophen seine bedeutendsten Briefe publizierte, Mitte Februar endlich auch zum Illustrierten-Coverboy — Titelzeile: „Briefe von Axel Springer".

Die Titelwahl macht die eigentliche Schwäche der Supplemente deutlich: Sie setzen sich nicht, als vollwertige Publikationen, im Wettbewerb durch — sie werden dem Leser untergeschoben. ◆

* Arbeitstitel der „FAZ"-Werbung.





Nikon FE. Reine Flugzeit 0,7 sec.



Es geht zur Sache, wenn die wilden Reiter kommen. Hart und unerbittlich, keine Frage. Denn Moto-cross, das ist Akrobatik, ist Kraft und Konzentration und blitzschnelle Reaktion: eine Herausforderung für jeden engagierten Fotografen.

Tägliches Brot für die Nikon FE. Denn sie ist überall im Einsatz, wo es drauf ankommt. Zuverlässig, auch unter härtesten Bedingungen. Wie alle Nikon Kameras von der EM für den Amateur bis zur FE oder auch F2AS für den absoluten Profi.

Dazu kommt die beispiellose Vielseitigkeit des Nikon Systems. Mit mehr als 55 Nikkor Objektiven vom 6 mm Fisheye bis zum 2000 mm Tele. Mit verschiedenen Motoren, mit Fernsteuerungen, Blitzgeräten. Mit Filtern, Vorsatzlinsen und allen möglichen Zubehörteilen aus dem umfassendsten Zubehör-Programm der Welt.

Wann landen Sie bei Ihrem Fachhändler?



Nikon GmbH, Uerdinger Str. 96–102, 4000 Düsseldorf



Nikon ist offizieller Ausstatter der Olympischen Spiele 1980 in Moskau und Tallin und wird für Nikon Profis Service-Stationen einrichten.

ERNST & PARTNER

„Ein tiefer Schluck, und Sie sind tot . . .“

Wie Gift von Amts wegen in den Main gelangt – Hessens neuer Umwelt-Skandal

Hessische Behörden haben es jahrelang geduldet, daß die Chemiefirma Hoechst AG täglich Abwässer mit Schadstoffen tonnenweise in Main und Rhein abläßt. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Konzernmitarbeiter und gegen hessische Aufsichtsbeamte. Die Staatsanwälte wollen eine richterliche Grundsatzentscheidung: Nicht nur der private Schmutzmacher soll büßen, sondern auch der staatliche Gewässerschützer.

Wenn es nach offiziellen Verlautbarungen geht, lassen sich die Hessen in ihrer Umweltpolitik so leicht von keinem übertreffen. Mit jeder Meldung aus dem Ministerium wird die Wasserqualität in Flüssen, Bächen und Seen „erheblich besser“.

Da war Ende letzten Jahres mit „Millionen an Förderungsmitteln“ der Übergang vom „Zeitalter der Kanalisation zu dem des Gewässerschutzes endgültig vollzogen“. Umweltminister Willi Görlach (SPD) tat kund, er selber wolle schon Mitte der achtziger Jahre wieder im Main schwimmen.

Wo er genau ins Wasser steigen will, verriet Görlach bislang nicht. Er müßte, um gesund zu bleiben, jenseits der Landesgrenze baden, in Bayern.

Denn in Hessen, im unteren Flußlauf von Frankfurt bis zur Mündung bei Mainz-Kostheim, ist der Main biologisch so gut wie tot, kein Gewässer mehr, nur noch trübe, leblose Jauche.

Neben den Abwässern aus Millionen Spülklosetts hat vor allem die tonnenschwere Giftfracht der Chemiekonzerne den Main zu dem „in Deutschland am höchsten belasteten Gewässer“ gemacht, wie der Frankfurter Hydrobiologe Wolfgang Tobias feststellt.

Nur vereinzelt schleppt sich mal ein Aal, mal ein Rotauge durch die Kloake, üppig gedeiht nur der Schlammpilz Sphaerotilus. Im Main, aus dem auch Trinkwasser für 630 000 Frankfurter gefiltert wird, kommen krebserregende Kohlenwasserstoffe bis zu zehntausendmal häufiger vor als im natürlichen Grundwasser.

Bei entnommenen Proben finden sich Spuren hochgiftiger Chemikalien wie Chloroform, Tetrachlorkohlenstoff oder Trichloräthylen, allesamt Stoffe, die von der Großindustrie als Kühl- oder Lösungsmittel, zum Reinigen, Entfetten und Auslaugen benutzt werden.



Schmutzwasserprobe aus dem Main, Trinkwasserfiltrat: Höchst belastet

„Die starken Erhöhungen der Chloroform- und Tetrachlorkohlenstoffwerte“, so hat die Hessische Landesanstalt für Umwelt nach umfangreichen Analysen des Main-Wassers festgestellt, „lassen sich eindeutig auf Einleitungen der Hoechst AG zurückführen.“

Das wußte auch Hessens oberster Umweltschützer, der badefreudige Minister Görlach, seit langem, aber Grund, etwas dagegen zu unternehmen, sah er offenbar nicht. Vom Regierungspräsidium in Darmstadt, dem in Südhessen die Überwachung der Gewässer als nachgeordnete Behörde obliegt, wurden die Einleitungen stillschweigend geduldet.

Anfang Februar kamen die Staatsanwälte. Im Frankfurter Hauptwerk und bei der Hoechst-Niederlassung Kalle in Wiesbaden wurden 121 Aktenordner beschlagnahmt, die Aufschluß über mögliche unseriöse Praktiken des Unternehmens bei der Abwasserklärung geben sollen. Das Chemiegroßwerk wird verdächtigt, heimlich giftige Schlämme, Säuren und Laugen an der Kläranlage vorbei in Rhein und Main abgelassen zu haben.

Gleichzeitig ermittelten die Staatsanwälte gegen staatliche Umweltaufseher, die sich auffallend viel Zeit gelassen hatten, beim steuerträchtigen Unternehmen Hoechst auf Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen zu drän-





Kennen Sie Frankfurt wirklich? Sie können sich selbst prüfen, wenn Sie die bekannten Frankfurter Denkmäler und Figuren unseres Quiz auf Seite 11 erraten.

Hoechst
Partner beim Umweltschutz

„Blick auf Hoechst“ wünscht allen seinen Lesern ein recht frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Neue Jahr.

Auflage: 640 000

Blick auf Hoechst

Nr. 9 | 1979 Die Zeitung für unsere Nachbarn Jahrgang 9

Erdbeeren schmecken auch ohne Sahne

Rufmord am Main

Hoechst leitet keine giftigen Abwässer ein

Hoechster Werbestempel, Werkszeitung
121 Aktenordner beschlagnahmt

gen. Geht es nach den Ermittlern, die früher mit beamteten Umweltsündern in den Ministerien ebenfalls behutsam umgingen, sollen jetzt erstmals auch die Abwasser-Schlampereien von Aufsichtsbeamten mit Geld- oder gar Haftstrafen geahndet werden.

Daß die öffentliche Kontrolle versagt hat, ist offenkundig: Von 600 Millionen Liter Main-Wasser, die Hoechst täglich verbraucht, läuft nur ein Zehntel über die biologische Kläranlage. Deren Kapazität reicht bei weitem nicht aus, die Abwässer ausreichend geklärt in den Fluß zu leiten.

Zehn Millionen Liter salz- und säurehaltiger Abwässer, die nicht über die Reinigungsfilter laufen, weil sie den Beton der Klärschlammbecken zerfressen, werden durch ein engmaschiges, werkseigenes Kanalnetz in den Main abgeleitet, darunter Ammoniak- und Schwefelverbindungen, Laugen, Säuren und Schwermetalle, die später im Main dem Verschmutzer kaum noch nachgewiesen werden können.

„Mindestens 1,5 Millionen Liter davon", behauptet Josef Bock von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, „sind dicke Erbsensuppe" — eine hochkonzentrierte Giftladung, die teilweise auf See verbrannt oder aber in einer Sondermüll-Deponie abgelagert werden müßte.

Die Aussage der Farbwerke, „daß die Trinkwasserversorgung aus dem Rhein durch Chlorkohlenwasserstoffe von Hoechst nicht beeinträchtigt wird", ist zweifelhaft. Von Frankfurt-Westhafen bis zu den Hoechst-Werken steigt der Chloroformgehalt im Main-Wasser von 2 auf 652 Mikrogramm pro Liter, wie Wissenschaftler der Frankfurter Forschungsgesellschaft Senckenberg festgestellt haben.

Selbst die von Wissenschaftlern in Werksnähe ermittelten Werte liegen um ein Vielfaches höher, als die von der EG vorgesehenen Gewässerschutzrichtlinien es erlauben. „Wenn jeder so viel einleiten würde wie Hoechst", stellt Umweltschützer Bock klar, „wäre unsere Trinkwasser-Aufbereitung längst im Eimer."

Aus den Brunnen der südhessischen Wasserwerke Hattersheim und Mönchhof, die nahe der Werksgelände von Hoechst und Opel liegen, wird kein Trinkwasser mehr gefördert, seit in den Grundwasserströmen starke Spuren gesundheitsschädlicher Chemie-Abwässer nachgewiesen wurden.

Der Nachweis freilich, daß es Abwässer aus den Kanälen der Farbwerke sind, die den Main so stark belasten und die Fische vergiften, gelingt in den seltensten Fällen. Schon die bayrische Fracht aus der Papier- und Zellstoffindustrie bei Aschaffenburg nimmt dem Main viel Sauerstoff.

Bäche säurehaltiger Bleichabwässer sprudeln und sickern auch dort in den

Wollsiegel-Qualität

Reine Schurwolle

Ein Mann, der weiß was er will, hat seinen individuellen Stil.





Hoechst-Zweigwerk in Frankfurt-Griesheim: „Jede Meldung an die Polizei bringt Unruhe in den Betriebsablauf"

Fluß, blockieren bei der Trinkwassergewinnung nicht nur große Mengen Aktivkohle, die zur Beseitigung giftiger Substanzen und von Geruchs- und Geschmacksstoffen benötigt werden, sondern beeinträchtigen auch den Wirkungsgrad von Anlagen zur Entfernung toxischer Schwermetalle wie Cadmium und Quecksilber, Kupfer, Zink oder Chrom. Bock: „Das sind jährlich Bergwerke, die auf dem Rhein bis Holland umgesetzt werden."

Trotz alarmierender Schadstoffwerte, wie sie die Wasserwerke Wiesbaden-Schierstein im Rhein-Wasser festgestellt haben, hat das Land Hessen in den vergangenen Jahren kaum eigene Meßprogramme entwickelt, um die Gewässer ausreichend zu schützen. Den zuständigen hessischen Behörden, bemängeln Wasserchemiker des Bundesgesundheitsamtes, fehle die fachliche Kompetenz, aber auch die labortechnische Ausstattung, um die Abwasser-Schlampereien feststellen und verhindern zu können.

„Unsere Beamten", gesteht Ministerialrat Richard Brachmann vom Umweltministerium, „haben zu lange auf Hoechst vertraut. Viele verstanden gar nicht, was ihnen erzählt wurde, weil sie keine Chemiker sind."

„Das ist wie Kalter Krieg mit so einem Industriebetrieb", sagt Umweltminister Görlach, „da wird nicht immer mit offenem Visier verhandelt." Über das „Katz-und-Maus-Spiel" und „mangelnde Kooperation" der Hoechst AG klagt auch der Berliner Professor Karl Aurand, Direktor des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene.

Als Wissenschaftler aus Berlin anrückten, um die Hoechst-Abwässer zu untersuchen, „wollten die uns aufs Kreuz legen" (Aurand). In den Reagenzflaschen der Meßtrupps fanden sich, wenn Hoechst vom Einsatz der Berliner Umweltschützer vorher wußte, immer nur saubere Proben. „Kurze Zeit später", so der Wissenschaftler, „stieg die Belastung des Rheins unterhalb der Main-Mündung wieder an."

Erst als die Wasserschutzpolizei Mainz-Kastel für das Aurand-Institut unangemeldet Proben zog, fanden sich auch wieder höhere Schadstoff-Konzentrationen. Minister Görlach: „Den Hoechstern müssen wir die Wahrheit immer bruchstückhaft entreißen."

So umweltbewußt wie auf Geschäftsbriefen und in Werkszeitungen („Hoechst — Partner beim Umweltschutz") gibt sich das Frankfurter Unternehmen im Umgang mit den Gewässerschützern nicht. Firmeninterne „Verhaltensempfehlungen bei Verdacht der Gewässerverunreinigungen" legen den Mitarbeitern Vorsicht nahe. So soll Beamten, die auf dem Werksgelände nach den Ursachen einer Verunreinigung fahnden, nur sehr behutsam Auskunft gegeben werden, weil „jede Meldung an die Polizei oder Verwaltungsbehörde ... Unruhe in den Betriebsablauf bringt".

Auch im Zweigwerk Kalle in Wiesbaden sind die Mitarbeiter angewiesen, bei „unangemeldeten Besuchen von Behördenvertretern", ob von Gewerbeaufsicht, Wasserschutzpolizei oder Umweltministerium, „sofort" das „Büro Umweltschutz" zu informieren, das dann „die entsprechenden Herren" unterrichtet.

Anfang Februar war nichts mehr zu verbergen. Eine Abordnung der Wiesbadener Staatsanwaltschaft, die schon seit September vergangenen Jahres gegen den Klärwerksleiter und den Gewässerschutzbeauftragten von Kalle ermittelt, erschien auch in diesem Werk und nahm einen Stapel Ordner mit.

Das Material soll die Vorwürfe der Fahnder erhärten, daß „unzulänglich gereinigte Abwässer mit hoher Schadstoffkonzentration an der Kläranlage Petersau" ohne Genehmigung in den Rhein geleitet und Schleusen der Anlage „nachts geöffnet wurden, um ungeklärte Abwässer" abfließen zu lassen.

Nach erster Sichtung der Unterlagen sahen die Umweltermittler schon klarer. In den beiden letzten Jahren, an insgesamt 29 Tagen, wurde jeweils ein Schieber aufgemacht, so die Erkenntnisse, und ungeklärtes Abwasser in den Rhein geschwemmt — jedesmal dann, wenn „die Kläranlage umzukippen drohte".

Die „vorläufige Auswertung" brachte der Wiesbadener Staatsanwaltschaft weitere Aufschlüsse. „An über 100 Tagen" wurde letztes Jahr bei der Einleitung geklärter Abwässer der zulässige Grenzwert von 50 Milligramm absetzbarer Stoffe (biologischer Klärschlamm) pro Liter überschritten — eine Menge, die der Regierungspräsident in Darmstadt nur ausnahmsweise

und das nur bis Ende 1978 gestattet hatte.

Die Firmenleitung von Kalle versuchte, als die Dreckwasserableitungen hochkamen, die Bürger erst mal zu beruhigen. In einer halbseitigen Anzeige ließ Kalle die Leser des „Wiesbadener Kurier“ wissen, daß „die biologische Abwasserreinigung funktioniert“ und „niemals Gifte in den Rhein geleitet“ wurden, „die eine Gefährdung für die Trinkwasserentnahme bedeutet hätten“ — so schlimm muß es freilich auch nicht kommen, um Wasser in unzulässiger Weise zu verunreinigen.

Pannen beim Klärungsprozeß gesteht die Hoechst AG selbst ein. „Keine Kläranlage für Chemieabwässer kann auf Knopfdruck ohne Störungen angefahren werden“, so eine Stellungnahme der Konzernleitung, „das gilt auch für Kalle.“

Bei Reparaturen etwa sei es notwendig gewesen, „zur Aufrechterhaltung der Funktion der Anlage Teile des Abwassers biologisch unbehandelt in den Rhein abzugeben“. Über „alle wesentlichen Fälle dieser Art“ seien die zuständigen Behörden, so die Unternehmensleitung der Hoechst AG, „informiert“ worden, „obwohl eine Meldepflicht nicht bestand“.

Die Darmstädter Umweltkontrolleure hatten die Abwässer von Kalle schon immer großzügig reguliert. Als letztes Jahr die Kläranlage defekt war, setzte der Regierungspräsident Tage fest, an denen es dem Werk erlaubt war, giftige Abfallstoffe ungeklärt in den Rhein zu leiten.

Wilfried Ries, Vorsitzender des Umweltausschusses im Wiesbadener Stadtparlament und Betriebsratsmitglied bei Kalle, spürte auf, daß die beiden größten chemischen Betriebe des Kalle-Werkes gar nicht an die biologische Kläranlage angeschlossen sind.

Aus den Zellophanbetrieben, in denen unter anderem Wursthüllen hergestellt werden, rinnen die Abwässer „nach einer gewissen mechanischen Vorbehandlung ungeklärt“ (Ries) über den Salzbach in den Rhein. Ein Werksmitarbeiter: „Wenn Sie da reinfallen und einen tiefen Schluck machen, sind Sie tot.“

Die Produktionsabwässer schwemmen laut Ries „in beträchtlichen Mengen“ gefährliche Stoffe wie Natronlauge und Schwefelsäure ab. Von diesen Ableitungen habe die Darmstädter Behörde jahrelang gewußt, sagt Ries, das könne jetzt zum „bösen Bumerang“ für die im Umgang mit dem Hauptverschmutzer nachlässigen Beamten werden.



Kläranlage der Hoechst-Firma Kalle: „Böser Bumerang für die Beamten“

Hessens Strafverfolger sind schon unterwegs. Mit der juristischen Aufarbeitung der giftigen Abwässer packen sie, so sieht es der Wiesbadener Leitende Oberstaatsanwalt Werner Roth, „ein Problem an, vor dem wir das Auge nicht verschließen können“.

Die Strafsanktion trifft bislang nur den Wasserverschmutzer selber. Bestraft wird, das erläutert der Frankfurter Oberstaatsanwalt Siegfried Schmidt, „wenn einer Öl umschüttet oder Jauche auslaufen läßt — ein unbefriedigendes Gefühl“.

Bürgermeister aber, die den Unrat ihrer Gemeinden ungereinigt in die Bäche laufen ließen, und Industrieunternehmen, denen aufwendige Kläranlagen zu kostspielig waren, wurden stets freigesprochen — weil sie sich auf fragwürdige Genehmigungen und großzügige Duldungen der Behörden berufen und damit entschuldigen konnten.

Als stereotype Einlassung der Ableiter vernahmen Strafverfolger wie Schmidt vor Gericht immer wieder den Satz: „Ich erörtere das schon seit -zig Jahren mit der Verwaltung, die wissen das.“ Die Mitwisser müsse man jetzt „daran aufhängen“, fordert der Oberstaatsanwalt, sonst „können wir den strafrechtlichen Umweltschutz sein lassen“.

Gerichtliche Entscheidungen sollen „auf Biegen und Brechen“ (Schmidt) herbeigeführt werden. Und im Rahmen seiner Dienstaufsicht will Hessens Justizminister Herbert Günther für den nötigen Druck sorgen. Anhängige Sachen, darauf achtet der Ressortchef, sollten „möglichst beschleunigt“ werden — es sieht so aus, als lasse sich aus den Verfahren ein Grundsatzurteil filtern, das Klarheit in bislang unbereinigte Rechtsproblematik bringt.

Gemäß Paragraph 38 des Wasserhaushaltsgesetzes macht sich strafbar, wer „unbefugt ein Gewässer verunreinigt oder sonst dessen Eigenschaften nachteilig verändert“ — das trifft den Verursacher. Ein nachlässiger Beamter ist allenfalls über die Bestimmung des Paragraphen 13 Strafgesetzbuch zu greifen („Begehen durch Unterlassen“), wenn ihm nachgewiesen werden kann, daß „er rechtlich dafür einzustehen hat“ (Garantenstellung), die Verunreinigung abzuwenden.

Bislang fehlt es an richtungweisenden Urteilen bundesdeutscher Gerichte. Die Problematik, ob Paragraph 13 auf die Wasserschutzbeamten paßt, wurde von Rechtsexperten nur angerissen. Der juristische Haken: Die Aufsichtsbeamten sind zugleich diejenigen Amtspersonen, die über die Genehmigung von Abwasserleitungen befinden, Sondererlaubnisse erteilen und Richtwerte für die Schadstoffkonzentration errechnen dürfen.

Dabei verfahren die Hessen besonders großzügig. Der Regierungspräsident in Darmstadt hat der Hoechst AG vertraglich erlaubt, bis zum 31. Dezember 1999 täglich „bis zu 10 kg/s Chlorid-Ionen“ in den Main zu leiten. Von der legalisierten Sekunden-Schmutzfracht, 864 Tonnen oder etwa 21 Güterwagen Chlorid pro Tag, fallen bei Hoechst gegenwärtig nur knapp zwei Drittel täglich an. Der Rest, so Josef Bock von der Wiesbadener Umwelt-Landesanstalt, „ist ein Bon auf die Zukunft“.

Immerhin setzte die Staatsanwaltschaft Mannheim als bislang einzige



NIEMEYER
JAVAANSE JONGENS
MILD
CIGARETTENTABAK
Jongens
30-JY 8
Mehr muß der Spaß nicht kosten.
Als Milder 2,60 DM. Als Halfzwarer 2,75 DM.
Für ca. 50 frische Drehs aus Holland.

Behörde den Beamten Grenzen. Grundsätzlich könne, so ihre Rechtsauffassung, die strafrechtliche Verantwortung „auch die zuständigen Beamten der Wasserbehörden treffen“, immer dann, wenn sie „aus unsachlichen oder willkürlichen Gründen untätig geblieben sind“.

Es ging um den „Mannheimer Stinkkanal“ (Staatsanwaltschaft), durch den die Zellstoffabrik in Waldhof Abwässer mit giftigen Stoffen abließ. Die Brühe bewirkte, so die Ermittlungen, daß „der im Rhein-Wasser gelöste Sauerstoff vollständig aufgezehrt“ und bei der Bevölkerung „Kopfweh und Brechreiz“ hervorgerufen wurde. Den Behörden waren Ursache und Folgen über Jahre hinweg bekannt, ohne daß sie einschritten. Sie warteten erst mal die Vorschläge eines amtlich bestellten Gutachters ab.

Die Aufpasser kamen noch einmal davon, denn die Staatsanwaltschaft hielt ihnen zugute, daß die Fertigung einer solchen Stellungnahme, so steht es in der Einstellungsverfügung, „einer längeren Zeit bedarf als etwa das Gutachten einer Leichensektion“.

Es gibt Versuche, die Wasserwächter juristisch besser in den Griff zu bekommen. In die Beratungen über ein Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität, dessen Entwurf vorletzte Woche vom Bundestag verabschiedet wurde, brachten Rechtsgelehrte den Vorschlag ein, eine eigene strafrechtliche Verantwortung der Wasseraufsichtsbehörden zu normieren.

Man solle nicht abwarten, bis ein Straftatbestand der „Amtsuntreue“ (SPIEGEL 6/1980) auch Planungssünden und fehlerhafte Genehmigungen erfaßt, forderte etwa letztes Jahr der frühere Gießener Rechtsprofessor Otto Triffterer in einer Anhörung des Rechtsausschusses.

Man müsse „jetzt und heute beim Umweltstrafrecht ansetzen“, so Triffterer, denn: „Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß ohne gravierende Unachtsamkeiten auf der Ebene der Amtsträger die schweren Umweltskandale gar nicht oder jedenfalls in dem Ausmaß gar nicht entstanden wären.“

Triffterers dringlicher Gesetzesantrag: Wie der direkte Umweltschädiger solle künftig auch bestraft werden, „wer die ihm kraft Gesetzes oder behördlichen Auftrags obliegende Aufsichts- oder Überwachungspflicht über umweltgefährdende Anlagen nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllt“ — eine Reform, die Hessen mal wieder nach vorn gebracht hätte. Doch der Vorschlag, vom Bundesjustizminister im Rechtsausschuß zur Diskussion gestellt, fiel durch. Die Bestimmung des Strafgesetzbuch-Paragraphen 13, hieß es kurz, sei ausreichend. Die wäßrige Strafvorschrift muß weiterhin auch Hessens Strafverfolgern genügen.

Und sie wollen damit auch zurechtkommen. „Mit einem bißchen guten Willen kann man das“, glaubt Oberstaatsanwalt Schmidt, der als Fachdezernent des hessischen Generalstaatsanwalts den ermittelnden Staatsanwälten rechtliche Anleitungen gibt.

Ein strafwürdiges Verhalten sei den Beamten jedenfalls dann anzulasten, so führt ein Rechtsgutachten des Wiesbadener Justizministeriums aus, wenn die tolerierte Wasserverschmutzung „derart über dem Zulässigen liegt, daß eine amtliche Genehmigung von vornherein nicht in Betracht kommen kann“ — eine schwammige Regelung, die Gewässer auch nicht besser schützt.

Hessens Umweltminister Görlach: „Das ist wie Kalter Krieg“

So haben sich die Strafverfolger „auf eine bestimmte Person auch noch nicht eingeschossen“ (Schmidt). Gleichwohl zeigte die Attacke gegen die Beamtenschaft und die Aktenbeschlagnahme bei Hoechst schon Wirkung. „Die Hoechster“, so ein Ministerialbeamter, „sind ganz ruhig geworden. Mit der Aktion haben sie nicht gerechnet.“

Auch Günthers Kabinettskollegen zeigten sich über das forsche Vorgehen der Staatsanwälte verwundert. Aus der Regierungsrunde des Ministerpräsidenten Holger Börner, der sonst „in Sicherheitsfragen keinen Rabatt gewährt“, wurde dem Justizminister gar empfohlen, die Fahnder zu bremsen.

Bei schärferen Umweltschutz-Auflagen, so die vorgebrachten Bedenken, sei der Zweigbetrieb Kalle mit seinen 7000 Arbeitsplätzen nicht mehr wettbewerbsfähig. Ein Wiesbadener Regierungsbeamter: „Da ist eine Landesregierung echt abhängig. Die waren hier richtig am Bibbern.“

Vor der Haustür des Konzerns, in den Frankfurter Stadtteilen Höchst, Unterliederbach und Sindlingen, versuchen die Firmenmanager, die von Chlorgaswolken und Schmutzwasser gepeinigten Anwohner für sich einzunehmen. Im firmeneigenen „Blick auf Hoechst“, der „Zeitung für unsere Nachbarn“ (Auflage: 640 000 Exemplare), wird die Beschlagnahme-Aktion der Staatsanwälte, die von Fernsehreportern des Hessischen Rundfunks gefilmt wurde, als „Rufmord am Main“ abgetan. „Tagesschau“-Chefredakteur Dieter Gütt hält dagegen: „Für diejenigen, die sich ins Gerede bringen, sind ihre Handlungsweisen Beleg.“

Hoechst-Vorstandsmitglied Erhard Bouillon wetterte als Ehrenoffizier der „Höchster Schloßgarde“ sogar in der Fastnachtsbütt' gegen „die Anprangerung des Chemie-Konzerns in den Medien“. Bouillon: „Des Höchsters allergrößtes Glück, das ist und bleibt die Rotfabrik.“

Von den Wohltaten der Farbwerke soll jetzt auch die Fauna im Main etwas abbekommen. „Um zu beweisen“, daß Fische „in diesem Wasser leben können“ (Hoechst-Abteilungsdirektor Karlheinz Trobisch), will der Chemie-Konzern „in allernächster Zeit“ für 145 000 Mark Herbsthechte, Zander, Plötze, Brachsen, Güster und Nasen in den Main einsetzen.

Der Hydrobiologe Wolfgang Tobias, vom Frankfurter Forschungsinstitut Senckenberg, hält die angekündigte Umweltinvestition für nutzlos: „Der Konzern soll das Geld für mildtätige Zwecke verwenden. In diesem Kakao können nur noch Schiffe schwimmen.“ ◆

Bundesanleihen sichern Ihrem Geld Jahr für Jahr feste Zinsen. Welche Vorteile haben sie außerdem?

Bundesanleihen sind festverzinsliche Wertpapiere. Das heißt, daß der Zinssatz während der gesamten Laufzeit gleich bleibt. Wenn Sie also beispielsweise für 1000 Mark Bundesanleihen mit einem Zinssatz von 7% kaufen, bekommen Sie jedes Jahr 70 Mark Zinsen.

Ein weiterer Vorteil ist, daß es eine Vielzahl von Bundesanleihen mit unterschiedlichen Laufzeiten gibt. Sie können also selbst genau bestimmen, wann Sie Ihr Geld zurückbekommen. Dabei gilt der Grundsatz: Je länger Sie Ihr Geld anlegen, desto höher sind Ihre Zinsen. Und diese Zinsgewinne können sich sehen lassen.

Ihre Bank, Sparkasse oder Landeszentralbank informiert Sie gern ausführlich über die Vorteile von Bundesanleihen. Sie können auch den Informationsdienst für Bundeswertpapiere anrufen – Tel. (06 11) 28 54 74 – oder unser Informationsprogramm anfordern.

Bitte schicken Sie mir das Informationsprogramm über Bundesanleihen.

Name: ______________________

____

Straße: ______________________

PLZ/Ort: ______________________

Coupon einsenden an: Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1.

SP 1



SCHEIDUNGEN

Weniger schädlich

Neuerdings wagen Familienrichter in Scheidungsverfahren die Abkehr von gängigen Rollenvorstellungen — und teilen auch bei Kleinkindern das Sorgerecht dem Vater zu.

Isabell-Charlott, 5, hat's gut. Die Großmutter kann prima Geschichten erzählen; das Hausmädchen spielt so gut Memory; Candy, der Hund, folgt aufs Wort (oder auch nicht). Die Mutter ist in ihrem Porsche per Autotelephon fast immer erreichbar. Und der Vater hegt eine wahre Affenliebe für sie.

Isabell-Charlott hat's doch nicht so gut. Alle ihre schönen Beziehungen sind nämlich von psychologischen Experten mühselig untersucht und zerlegt worden, einmal sogar während eines stationären Aufenthalts, bis sie vor Heimweh Magenkrämpfe bekam.

Denn zwischen der Kindesmutter und dem Kindesvater gibt es, das haben die Experten auch herausgefunden, keine „Anzeichen auch nur eines Restbestandes von ehelicher Verbundenheit" mehr. Die beiden wollen sich scheiden lassen.

Daß in diesem Fall „die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern ausgezeichnet" sind, wie das Gericht feststellte, erleichtert natürlich die rechtliche Prozedur. Scheidungsfolgen wie der Zugewinnausgleich oder die Festsetzung von Unterhalt sind hier unbedeutend, Kleinkram wie die Aufteilung von Rentenanwartschaften oder des Hausrats fällt unter den Tisch.

Das Familiengericht konnte sich ganz und gar auf die Frage konzentrieren, wo die kleine Isabell-Charlott am besten aufgehoben ist — und tat das auch. Denn der Fall spielt im westfälischen Bielefeld, und dort haben die acht Familienrichter nach dem Inkrafttreten des neuen Ehe- und Scheidungsrechts ein „Bielefelder Modell" entwikkelt. Um das bei Sorgerechtsentscheidungen maßgebende „Wohl des Kindes" auszuloten, gehen sie grundsätzlich vor Ort, in die Wohnungen der Scheidungskandidaten, und befragen auch mal Nachbarn oder Verwandte.

Sogar der in Scheidungssachen kampferprobte Rechtsanwalt des Vaters, Klaus Wirnshofer aus München, staunte in Schriftsätzen über die Bielefelder Praxis: „Derartig intensive und verantwortungsvolle Nachforschungen über die Kindessituation sind uns bisher von einem Familiengericht noch nicht vorgekommen."

Zuweilen gelangen die Bielefelder Richter dabei auch zu Ergebnissen, die sich erheblich vom herkömmlichen Rechtsprechungstrott anderer Gerichte abheben. Nach der Inspektion der Wohnungen kam das Amtsgericht im Fall Isabell-Charlott zunächst mal zu der Erkenntnis, daß „beide Elternteile zur Erziehung des Kindes gleichwertig als geeignet erscheinen" und daß „die Möglichkeiten der Unterbringung und der Betreuung beim Vater wie bei der Mutter gleich gut gewährleistet" sind.

Bei genauerem Hinsehen aber — das Gericht beobachtete zum Beispiel die Übergabe des Kindes an den Besuchstagen — habe sich der Vater als „stärker gefühlsbetont als die Mutter" erwiesen. Bei Verzweiflungsanwandlungen des Kindes habe der Vater „durch Mimik (trauriger Gesichtsausdruck, Tränen in den Augen) und Gestik (beruhigendes, sanftes Streicheln des stark verkrampften Kindes)" seine gefühlsmäßige Anteilnahme gezeigt. Die Mutter hingegen „reagierte auf die seelische Not des Kindes stärker rational mit rein verbalen Ausdrucksmitteln" und „ohne Körperkontakt zum Kind".



Scheidungskind Isabell-Charlott, Vater
Kindeswille hat Vorrang

Die „emotionalen Primärbindungen" und der Kindeswille haben aber nach Ansicht des Bielefelder Gerichts „eindeutige Priorität vor allen übrigen Kriterien des Kindeswohls" — etwa vor dem von Gerichten häufig strapazierten „Kontinuitätsprinzip" oder dem Grundsatz der „Geschwisterbindung".

Das Gericht teilte das Sorgerecht für die Fünfjährige dem Vater zu, weil „dieser besser geeignet ist, für die Beseitigung eines Entwicklungsrückstandes des Kindes im emotionalen Bereich Sorge zu tragen". Zwar werde die damit verbundene Trennung von der sechsjährigen Halbschwester „von beiden Kindern schmerzlich erfahren werden". Doch in Sorgerechtsverfahren werde „nicht die ‚richtige' Lösung, sondern die weniger schädliche Alternative für ein Kind gesucht und eventuell auch gefunden".

Jedenfalls bedeutet die Bielefelder Entscheidung eine deutliche Abkehr von jenen „natürlichen Gründen", auf die ein von der Frau vorgelegtes Privatgutachten aus München baute und wonach „das Gefühl der Geborgenheit und Behütetheit" besser von der Mutter vermittelt werden könne.

Dies, so sagt das Bielefelder Gericht, gelte nur für den Fall, daß die Mutter „der gängigen Rollenverteilung entsprechend durch ein stärkeres Maß an emotioneller Zuwendung im überwiegenden Beisammensein mit dem Kind eine deutlich stärkere Bindung zum Kind entwickelt, als es dem Vater möglich ist".

Der Bielefelder Spruch ist um so bemerkenswerter, als er nicht nur gegen die mit Privatgutachten untermauerten Schriftsätze der Mutter zu argumentieren hatte, sondern auch noch mit einem voraufgegangenen Beschluß des Oberlandesgerichts Hamm in gleicher Sache fertig werden mußte: Hamm hatte letzten Sommer die vorläufige Übertragung des Sorgerechts auf den Vater durch das Amtsgericht aufgehoben.

Für die Oberrichter waren offenkundig mehr die „natürlichen Gründe" und die „gängige Rollenverteilung" ausschlaggebend gewesen. Mit spitzer Feder rekapitulierten sie die zuweilen gehässigen gegenseitigen Vorwürfe der Parteien: die angeblich „übertriebene Aushäusigkeit" der Frau und ihr „Leben eines weiblichen Playboys", aber auch die „Beschimpfungen und Tätlichkeiten des Antragsgegners gegen die Antragstellerin" — denen der Senat freilich „keine wesentliche Bedeutung beimessen" mochte: „Erzieherische Ungeeignetheit ist daraus, solange gewisse Grenzen nicht überschritten werden, nicht herzuleiten."

Auch sonst gaben sich die hohen Richter wie gehabt: Die „stärkeren Bindungen des Kindes an den Vater" mal unterstellt, so sei dieser als Textilkaufmann doch häufig „auf Messen oder zu Kollektionsvorlagen unterwegs", und die Hausgehilfin müsse dann die Mutterstelle vertreten — „besonders bei Erkrankungen und anderen Ereignissen, die die sofortige Betreuung verlangen".

Die Mutter ließ seinerzeit nach dem Hammer Beschluß sofort eine Art poli-


RAFFAEL, 1483-1520,
starb mit 37 Jahren an Malaria


HANS HOLBEIN d. J., 1497-1543,
starb mit 46 Jahren an Pest


FRIEDRICH VON SCHILLER, 1759-1805,
starb mit 45 Jahren an Tuberkulose


FRANZ SCHUBERT, 1797-1828,
starb mit 31 Jahren an Typhus


GEORG BÜCHNER, 1813-1837,
starb mit 23 Jahren an Typhus


GEORGES BIZET, 1838-1875,
starb mit 36 Jahren an Diphtherie


FREDERIC CHOPIN, 1810-1849,
starb mit 39 Jahren an Tuberkulose


WILHELM HAUFF, 1802-1827,
starb mit 25 Jahren an Typhus


FRANZ KAFKA, 1883-1924,
starb mit 40 Jahren an Tuberkulose

zeilicher Ringfahndung nach Vater und Kind einleiten, den Düsseldorfer Flughafen überwachen, Geschäftsautos durchsuchen. In der Wohnung des Vaters, wo dieser mit Isabell-Charlott spielte, suchte die Polizei zuletzt.

Das Bielefelder Familiengericht lastete in seinem jüngsten Beschluß der Mutter denn auch an, daß sie „bei der rigorosen Durchsetzung einer Rechtsposition die Belange des Kindeswohls hintanstellt". Sie habe die Polizei bemüht, „ohne zuvor versucht zu haben, eine freiwillige Übergabe durch den Vater zu bewirken oder die Mithilfe des Jugendamtes oder des Familiengerichts in Anspruch zu nehmen".

In diese Verlegenheit kann der Vater nun nicht kommen. Denn trotz des Scheidungsurteils des Bielefelder Familiengerichts von Ende Januar und der ausdrücklichen Sorgerechtszuweisung für Isabell-Charlott bleibt das Kind bis zur Rechtskraft der Entscheidung bei der Mutter. Und als nächste rechtliche Hürde hat der Vater nun wieder das Oberlandesgericht Hamm vor sich.

KUNSTSTOFFE

Tod in Sekunden

Obwohl Schaumstoffe brennen und dann lebensgefährliche Gase abgeben, dürfen die Hersteller ihre Produkte weiter als Isoliermaterial anbieten.

Der Vorstandsvorsitzende des Industrieverbandes Hartschaum gab sich versöhnlich. „Wir wollen", verkündete Bert Haushofer, „keinen Dreck mischen."

In Wahrheit war es das Eingeständnis einer Niederlage: Der Frankfurter Magistrat hatte alle Vorwürfe der Kunststoff-Lobby gegen Ernst Achilles, den prominenten Feuerwehrchef der Stadt am Main, als „haltlos und unbegründet" zurückgewiesen.

In einer sorgfältig vorbereiteten Kampagne wollten die Schaumstoffhersteller dem Frankfurter Branddirektor Korruption nachweisen (SPIEGEL 52/1979). Achilles, so behauptete die Industrie, engagiere sich aus eigennützigen Motiven für Konkurrenzprodukte.

Die Kampagne fiel rasch in sich zusammen. Nach der Stellungnahme des Frankfurter Magistrats wollte Haushofer den Streit vor Gericht fortsetzen. Aber andere Verbandskollegen sowie der Marktführer BASF rieten zur Zurückhaltung.

Nichts irritiert die mit jährlichen Zuwachsraten von 20 bis 30 Prozent verwöhnte Branche stärker als eine öffentliche Auseinandersetzung über die Brennbarkeit ihrer Produkte. Die Schaumstoffe werden vor allem als Isoliermaterial am Bau verwendet. Gerade da aber, warnt nicht nur der Feuerwehrmann Achilles, erhöhen sie das Brandrisiko beträchtlich.



Durch Isolierschaum verstärkter Brand*: „Wir kriegen's auf den Kopf"

Ärger hatte es deshalb schon im Spätherbst gegeben. Das entflammbare Plastikzeug sollte, empfahl damals Torsten Prößdorf, Brandexperte der Allianz-Versicherung, wo immer möglich, „durch nicht brennbare Stoffe ersetzt werden", zum Beispiel durch Mineralfaserbahnen.

Das aber hält Verbandsvorstand Haushofer für „im höchsten Maße bedenklich". Der Versicherungskonzern, drohte Haushofer, dürfe „nicht vergessen", daß viele Hartschaumfirmen, darunter die Shell-Chemie, BASF und Hoechst, „in erheblichem Umfang" mit der Allianz in „Kunden-Kontakt" stehen.

Die Feuerversicherer allerdings wissen ebenso wie die Brandschutz-Fachleute, daß die zunehmende industrielle Verwendung synthetischer Schaumstoffe immer häufiger zu schweren Bränden führt. Als beispielsweise 1979 im Duisburger Hafen mehrere Schweröltanks Feuer fingen, schlugen die Flammen zuerst aus der brennbaren Tankaußenbeschichtung — und die war aus Schaumstoff.

Bei den Versicherungen stiegen die Schadensummen in der Sparte Industriefeuer innerhalb von drei Jahren um fast ein Drittel. Auf mindestens 500 Millionen Mark taxierte Prößdorf die Schäden allein durch Dachbrände auf Fabrikhallen. Dabei brennen, berichtet der Allianz-Mann, die Isolier-, Dämm- und Klebeschichten aus Kunststoff „besenrein ab" oder fließen als Feuerregen in die Hallen hinunter.

„Napalmeffekt" nannte das Institut für Baustoff-Forschung diese „Brandausbreitung durch brennendes Abtropfen". Aber als Feuerwehrmann Achilles („Wir kriegen das Zeug auf den Kopf, wir müssen ja rein") ebenfalls vom Napalmeffekt sprach, da hätte ihm der Haushofer-Verband das böse Wort am liebsten gerichtlich verbieten lassen.

Doch auch Haushofer mußte dazulernen. Als die Produzenten im Herbst bei einer Branddemonstration die Ungefährlichkeit ihrer Ware vorführen wollten, wurden brennende Tropfen aus dem Feuer herausgeschleudert. Prompt untersagten die Veranstalter daraufhin jede Vorführung von der Video-Aufzeichnung des fatalen Versuchs.

Weil angeblich schwerentflammbare Hartschaumdämmplatten bei einem Fabrikbrand nahe Coburg das Feuer durch solche brennenden Tropfen übertrugen, erinnert sich ein Sachverständiger, entstand ein Millionen-Schaden. Er wäre durch Verwendung von Isoliermaterial der unbrennbaren Sorte vermieden worden.

Daß die entflammbaren Kunststoffe nach gesetzlichen Vorschriften am Bau verwendet werden dürfen, wenn sie durch nicht brennbare Stoffe gegen Entflammen geschützt sind, stimmt die Feuerwehrleute nicht freundlicher. Denn

* Großturnhalle in Köln-Deutz 1975.

Der neue Alfa Romeo Alfasud 1,5.
Nur für Liebhaber, Autonarren, Energiesparer, Italophile, Reisefreaks, Schöngeister, Designfetischisten und Kenner der Materie.





Der neue Alfa Romeo Alfasud 1,5. Mit integrierten Stoßstangen und Spoiler, schlauchlosen, breiteren Reifen, neuem Armatur

der Heizwert etwa des Kunststoffs Polyäthylen ist doppelt so hoch wie der von Holz.

Deshalb brennt ein Feuer, wenn Kunststoff dabei ist, intensiver, qualmt stärker und greift so schnell um sich, daß die Feuerwehr oft keine Chance hat, wie 1975 beim Brand der Großturnhalle Köln-Deutz. Da verzehrten die Flammen blitzschnell den Isolierschaum in Wänden und Dach — und die Löschzüge standen hilflos dabei. Achilles: „Unter Aufsicht abgebrannt."

Verharmlosung der Kunststoffe, findet auch der Manager einer US-Versicherung in Frankfurt, sei „geradezu gefährlich und unverantwortlich". Denn die Produkte brennen oft nicht nur vorzüglich, sondern entwickeln dabei auch überaus giftige Gase.

Achilles und seine Kollegen haben sich längst darauf eingestellt. Wenn es brennt, ist der Gasmeßwagen immer dabei, weil Kunststoffe heutzutage nicht nur in Dämmplatten, sondern auch in Bodenbelägen, Rolläden, Teppichen oder Möbelpolstern stecken. Achilles schickt Löschmannschaften nur mit schwerem Atemschutzgerät ins Feuer.

Bei der Zersetzung der Kunststoffe durch Feuer wird das Atemgift Kohlenmonoxid frei. Aus einem Kilo PVC verdampfen 380 bis 400 Liter Chlorwasserstoffgas, das zu unheilbaren Schäden durch Verätzung der Luftwege führt.

Noch ärger wirkt die freigesetzte Blausäure, berichtet der Münchner Arzt Max Daunderer aus dem Uni-Klinikum Rechts der Isar: Durch schlagartigen Atem- und Herzstillstand löst sie „in Sekunden den Tod aus". Ungerührt wirbt die Branche dennoch weiter für Schaumstoffe als Isoliermaterial. Dabei wissen viele Produzenten, wie lebensgefährlich ihre Ware ist.

Würden die Rohstoffe nicht von der Großchemie hergestellt, gesteht ein Schaumproduzent, „wäre das Zeug längst verboten".

STRAFVOLLZUG

Offen tragen

Die Berliner Haftanstalt Tegel will als erstes Gefängnis Lichtbild-Ausweise für Insassen einführen.

Das Durcheinander beginnt morgens schon nach sieben, wenn 800 Inhaftierte in den 30 verzweigten Gefängniswerkstätten „der Arbeitsaufnahme zugeführt" und Station für Station um-, durch- und wieder eingeschlossen werden.

Hinter Stacheldraht und Wachtürmen hält auf dem 16 000 Quadratmeter großen Anstaltsgelände das „Gewiesel" auch den Tag über an, wie der Direktor Klaus Lange-Lehngut es formuliert. Zig Gefangene sind gleichzeitig auf dem Weg zur Wäscherei oder Zahlstelle, Seel- oder Fürsorge, zum Krankenrevier, zu Einkauf oder Therapie.

In Westeuropas größtem Gefängnis, der Justizvollzugsanstalt Tegel, registriert Alexander von Stahl, Senatsdirektor in der Justizverwaltung, gelegentlich einen Betrieb „wie in der Rüdesheimer Drosselgasse am Samstagabend". Und für Anstaltsleiter Lange-Lehngut ist es bei soviel Getriebe und Geschiebe „mehr Sache des Zufalls, ob ein Gefangener dort auch ankommt, wo er ankommen sollte".

Tegeler Anstaltsleiter Lange-Lehngut*: Durchblick durch Draufsicht?

Denn wo an Personal Mangel ist, wird dem Zufall gelegentlich nachgeholfen. Inhaftierte spazieren dann ebenso „unbeanstandet" wie „unbefugterweise" (Lange-Lehngut) von einer zur anderen der vier intern separierten Tegeler Teilanstalten. Zuweilen sind es Heroin-Dealer, Schlägertrupps, Geldeintreiber, Ausbruchswillige.

Um beidem, der Drogen-Delinquenz wie der Wanderungsbewegung, Herr zu werden, veranstaltet Berlins Justiz nun eine für Gefängnisverhältnisse ziemlich ungewöhnliche Verkehrskontrolle. Vom 1. März an muß jeder Einsitzende eine Kennkarte mit sich führen: einen in Plastikfolie eingeschweißten Lichtbildausweis, den die Inhaftierten „mit einem sogenannten Clip" an der Kleidung befestigen und allzeit „offen" zu tragen haben.

Auf der Frontseite der Clip-Karte sind neben farbigem Paßphoto nur Kürzel für die zugeordneten Anstaltsbereiche und Werkstattkomplexe eingetragen. Die Personaldaten, wie Gefangenenbuch-Nummer und Anschrift, stehen auf der Rückseite. Im übrigen soll es in dem Tegeler Clipper-Klub weiterhin zivil zugehen.

Die Männer-Haftanstalt ist das einzige Großgefängnis der Republik, in dem auf Anstaltskleidung verzichtet wird. Lediglich auf frischer Tat ertappte Rauschgift-Dealer, die einsitzende Süchtige (geschätzt: 400 bis 500) mit Nachschub versorgen, werden gleichsam erkennungsdienstlich in „Schlosseranzüge" gezwängt.

Auch die vorgesehenen Ausweise sollen nun in Tegels Drei-Schichten-Betrieb den Bediensteten mehr Durchblick durch Draufsicht gewähren. An eine „Grobidentifizierung ohne Kontaktaufnahme zum einzelnen Häftling" ist gedacht, möglich „aus größerer Entfernung".

Das Grob-Raster näher besehen: Teilanstalt I hat mit Schul- und Lehrlingsstation vorwiegend „leistungsorientierte" Klientel und beherbergt viele Erstbestrafte. Bereich II (knastintern: „Container" oder „Höllenhaus") ist Aufnahme-, Ausländer- und reine Bewahrstation. In Haus III sitzen überwiegend Langstrafer. Und Teilanstaltsbereich IV schließlich bietet sozialtherapeutischen Vorzeige-Vollzug.

Nach einigem Zögern genehmigte Justizsenator Gerhard Moritz Meyer (Antrittsdevise 1978: „Im Zweifel bin ich für die Freiheit, aber wo ich keine Zweifel habe, bin ich für Sicherheit") den Zwang zum Brustbild. „Mehr Freiheit und weniger Zwang für den einzelnen Gefangenen", glaubt der Senator, schlössen „erhöhte Wachsamkeit" schließlich nicht aus, sondern bedingten sie gerade.

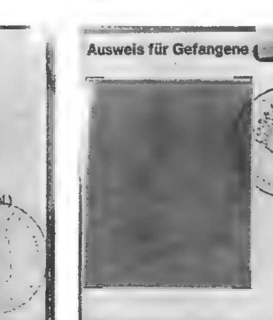
Für die Inhaftierten Udo Zimmermann und Reinhard Herde, verant-

* Mit Bedienstetenausweis.


CHEMISE
LACOSTE
MADE IN FRANCE
Das Original.
Am Anfang waren das Hemd und das Krokodil.
Geborene Perfektion in Stil und Qualität.
Seit 50 Jahren nicht zu verändern und nicht zu verbessern.
Das einzige, was wir hinzugefügt haben, ist eine sportliche Kollektion für Tennis
und Freizeit mit dem Krokodil. Für Damen, Herren und Kinder.
Gefertigt nach denselben Qualitätsgrundsätzen wie das Urhemd.
Gewidmet all denen, die einer Kopie das Original vorziehen.
Original-Angebot. Das Original-Hemd haben wir für Sie fotografiert und ein großformatiges Farbposter daraus gemacht.
Sie erhalten es, zusammen mit dem Prospekt über die neue Lacoste-Kollektion inkl. unverbindlichen Preisempfehlungen sowie einem „Krokodil" als Aufkleber
gegen Einsendung von DM 3,– in Briefmarken für die Versand- und Portokosten. Schreiben Sie an YELLO SPORT GmbH, Vitalisstraße 12, 5000 Köln 30.

wortlich zeichnende Autoren einer „Denkschrift“, sind die geplanten Kennkarten dagegen Beleg für rückschrittlichen Vollzug. Die Politiker ständen, „vermutlich mangels sittlicher Reife“, nur noch in einer „sehr lauen Weise“ hinter einstigen Reformen.

Die „Humanistische Union“ (HU) gar argwöhnt, daß künftig sinnlos „neue Situationen der Regelverletzungen und Bestrafung“ geschaffen würden. Seit „dem Judenstern während der faschistischen Diktatur“, meinen die HU-Kritiker, „gab es unserer Kenntnis nach keine vergleichbare Kennzeichnungspflicht mehr in diesem Land“.





Tegeler Gefangenenausweis (Muster)*: „Identifizierung ohne Kontaktaufnahme“

Die Behördenvertreter finden solche Parallelen und Argumente abwegig. Sie sehen, obwohl sich inzwischen der Berliner Vollzugsbeirat einstimmig gegen das offene Tragen der Ausweise ausgesprochen hat, für die Gefangenen Vorteile. Immer wieder habe man Anstaltsalarm auslösen müssen, weil sich Inhaftierte in fremde Trakte gemogelt hätten.

Dadurch seien in zwei Jahren vier Ausbrüche, ein Einbruch in die Tegeler Anstaltsapotheke (Beute: Opiate), die Raubzüge eines Gefangenen in diversen Anstaltsbereichen und Überfälle begünstigt worden. Laut Lange-Lehngut hätten diese Aktionen durch rechtzeitige Ausweiskontrolle schon im Ansatz vereitelt werden können.

Zumindest die „unabhängige unzensierte“ Gefangenen-Zeitung „lichtblick“ sieht dies inzwischen ähnlich. Bei „ruhiger, sachlicher Betrachtung“, so ein „lichtblick“-Kommentar, sei an den Identitätskarten „nun wirklich nicht viel auszusetzen“. Rund 850 Gefangene gingen inzwischen denn auch zum Anstaltsphotographen. Nachgeholfen hatte sicherlich der Hinweis, bei Verweigerung seien Erleichterungen wie Einkauf, Freigang oder Urlaub gefährdet.

Doch 250 Inhaftierte, die ihr Recht „auf Achtung und angemessene Behandlung“ verletzt sehen, ersuchten um gerichtliche Überprüfung. Vorerst zwar lehnten Berliner Strafvollstrekkungskammern die beantragten einstweiligen Anordnungen zur Aufhebung der geplanten Maßnahme ab.

Noch vor dem 1. März soll aber im Hauptsacheverfahren geklärt werden, ob das Kennzeichnungssystem Rechtens ist, ob allein schon die anonyme Lichtbildkarte, so ein Antragsteller, „einzelne Gefangene äußerlich unübersehbar als Elemente einer gesellschaftlich diskriminierten Gruppe stigmatisiert“.

Für den Fall, daß die Vertreter der dritten Gewalt tatsächlich die Verletzung von Gefangenenrechten monieren und die vorbereiteten Lichtbild-Ausweise Makulatur werden sollten, wollen Tegels Gefängnisverwalter der „wachsenden Kriminalität“ im Knast mit eher traditionellen Methoden beikommen.

Eine „erhebliche Einschränkung der Bewegungsmöglichkeiten“, kündigt Lange-Lehngut vorsorglich an, sei dann unumgänglich — möglicherweise ebenso eine neue Kleiderordnung. Die derzeit 1200 Tegel-Insassen müßten dann wohl wieder die einheitlichen, Mitte der siebziger Jahre im Zuge der Liberalisierung abgelegten Häftlingsanzüge tragen — anstatt.

* Vorderseite (r.), Rückseite.

MUSIKINDUSTRIE

Gorillas entscheiden

Jede vierte Schallplatte in Europa kommt von Polygram: Der deutsch-niederländische Konzern hängte die internationale Konkurrenz ab.

Herbert von Karajan dirigiert für die Deutsche Grammophon Gesellschaft, James Last für Polydor, Milva singt für Metronome, das Poptrio The Bee Gees für RSO. Doch genaubesehen arbeiten alle für Siemens und Philips.

Denn was dem Musikfreund als eine kaum überschaubare Vielfalt konkurrierender Schallplattenfirmen erscheint, ist in Wirklichkeit das Geschäft eines einzigen Unternehmens, der Polygram GmbH. Und die gehört je zur Hälfte dem Münchner Elektrokonzern Siemens und der niederländischen Philips.

So wie die Muttergesellschaften ist auch Polygram ein kompliziertes, verschachteltes Firmengebilde. Mehr als neunzig Tochterunternehmen werden von den Zentralen in Hamburg und dem holländischen Baarn aus gesteuert. Oberster Boß des Mediengiganten ist der in New York residierende Holländer Coen Solleveld, 60.

Längst hat das deutsch-holländische Unternehmen im Musikgeschäft so renommierte Firmen wie Columbia Broadcasting System (CBS), Radio Corporation of America (RCA), Warner Communications (WEA) und Electric & Musical Industries (EMI) überrundet. Mit einem Angebot internationaler Stars wie der Pop-Gruppe Abba, gängiger Massenmusik wie dem Fischer-Chor und renommierter Klassiker-Interpreten ist Polygram inzwischen weltweit die Nummer eins auf einem Markt mit 23 Milliarden Mark Umsatz.

Jede vierte verkaufte Platte in Europa stammt von Polygram, in den USA jede fünfte. Als erster Musikkonzern schaffte Polygram den von Insidern als Schallgrenze angesehenen Umsatz von zwei Milliarden Mark im Jahr.

Nie zuvor in der hundertjährigen Geschichte der Branche setzte ein einzelnes Unternehmen so viel allein mit Musikkonserven um. Die knapp 14 000 Mitarbeiter des Konzerns wären etwa 24 Monate rund um die Uhr beschäftigt, wollten sie nur die Produktion des vergangenen Jahres abhören.

Der jüngste Erfolg, die Filmmusik zu „Saturday Night Fever“ (Bee Gees), wurde weltweit in 28 Millionen Doppelalben verkauft und brachte dem Konzern schätzungsweise 32 Millionen Mark ein — ein echter „Gorilla“.

Als „Gorilla“ gilt in der Branche ein Schallplattenhit, der einen kräftigen Umsatzschub bringt, also mindestens einige Millionen Mal verkauft wird.

Die erste Umsatzmilliarde schaffte Polygram ohne „Gorillas“, bereits 1972, im ersten Jahr ihrer Existenz. Zuvor hatten Siemens und Philips ihre Schallplattentöchter schon zehn Jahre miteinander arbeiten lassen.

Zielstrebig schaltete Polygram-Chef Solleveld dann Mitte der siebziger Jahre auf Expansion. Und da er wußte, daß mit deutschen Stars und klassischer Musik auf dem lukrativsten Schallplattenmarkt der Welt, den USA, nicht viel zu holen war, sicherte er sich einheimische Experten.

Solleveld stieg klein ein. Mit je 50 Prozent beteiligte er sich an zwei kleinen amerikanischen Firmen, deren Namen bis dahin allenfalls Insidern ein Begriff waren — der Robert Stigwood Organization (RSO) und der Casablanca Record and Film Works des ehemaligen Sängers Neil Bogart.

Der Erwerb war Gold wert. Mit Hits wie „Saturday Night Fever“, „Grease“ und „Oh Happy Day“, die weltweit

DIE ROTE. FREUDE AM PERSÖNLICHEN STIL.





Polygram-Star Fischer: Genau besehen arbeiten alle ...

millionenfach Abnehmer fanden, brachten RSO und Casablanca schon 1978 fast zwei Drittel des Polygram-Geschäfts in den USA.

Nachdem Polygram im vergangenen Jahr — auch ohne Superhits — wieder erstaunliche 2,37 Milliarden Mark (ohne RSO und Casablanca) umgesetzt hatte, legte sich Solleveld weitere Beteiligungen zu. Erst stieg er bei der französischen Barclay-Gruppe ein, die Sänger wie Charles Aznavour unter Vertrag hat.

Dann kaufte Polygram den Musikbereich des maroden englischen Decca-Konzerns. Für etwa 40 Millionen Mark sicherte sich der Branchenführer damit die Rechte an einem weltberühmten klassischen Repertoire und einigen noch recht einträglichen Popstars wie den Rolling Stones.

Auf die deutsche Decca-Tochter Teldec (zur Hälfte im Besitz von AEG-Telefunken) mußte Polygram verzichten. Das Kartellamt hatte Bedenken.

Durch Firmenvielfalt und ein breites Angebot hofft Solleveld für kommende Krisen gerüstet zu sein. Denn das Geschäft mit konservierter Musik wird schwieriger — es erfordert immer größere Summen bei wachsendem Risiko.

Casablanca-Chef Bogart — kein Verwandter übrigens des „Casablanca"-Filmhelden Humphrey Bogart — glaubt bereits das „Spiel eines Hasardeurs" zu machen: Die Einsätze im Schallplattengeschäft seien kaum noch vertretbar. Bogart hat schon Konsequenzen gezogen: Letzte Woche verkaufte er seine Firma vollends an Polygram.

Nicht nur die Stars der internationalen Hitparaden, die durchweg sechsstellige Summen garantiert wissen wollen, treiben die Einsätze hoch. Ehe etwa ein Rock-Album in den Laden kommt, muß inzwischen eine halbe Million Mark investiert werden. Künstler und Techniker wollen mehr Geld, die Studios verlangen mehr, und die Aufnahmetechnik wird von Jahr zu Jahr aufwendiger.

Trotz massiver Werbung — die Ausgaben verdreifachten sich innerhalb von fünf Jahren — stellen sich beispielsweise im Pop-Geschäft neun von zehn Produktionen als Nieten heraus. „Da entscheiden dann", weiß Polygram-Manager Gerhard Weber, „zwei bis drei ‚Gorillas' über ein ganzes Geschäftsjahr."

Zudem machen der Branche illegale Nachpressungen und der Boom in Leerkassetten zu schaffen. Obwohl Schallplatten seit Jahren kaum teurer wurden, nehmen offenbar immer mehr Musikfreunde Radiomusik auf Kassetten und verzichten auf Schallplatten. So zwingt der Kassettenboom in den USA Polygram bereits dazu, rund 15 Millionen unverkäuflicher Platten einzuschmelzen.

Noch können sich Siemens und Philips, obwohl Polygram-Vorstandsmitglied Kurt Kinkele über „unzureichende Erträge" stöhnt, über ihre Dividende nicht beklagen. Ihr Plattenableger brachte ihnen im vergangenen Jahr 18 Millionen Mark ein.

Aber Polygram sucht seit einigen Jahren nach neuen Betätigungsbereichen in der Unterhaltungsindustrie, um sich gegen die Risiken des Musikgeschäfts besser zu sichern. Inzwischen kommen bereits 15 Prozent des Umsatzes von den zum Konzern gehörenden Verlags- und Filmgesellschaften Chappell, Intersong, Polyphon und Polytel. Allein für 1980 sind acht Spielfilme und 40 Fernsehproduktionen geplant.

Als besonderen Clou wollen die Polygram-Manager demnächst einen Bild-Plattenspieler — und natürlich die entsprechenden Platten — auf den Markt drücken. Ein Laserstrahl tastet die Platten ab, Ton und Bild gehen über ein Fernsehgerät.

Daß die Bildplatte ein altes Konzept bietet, mit dem vor Jahren bereits AEG-Telefunken scheiterte, stört die Polygram-Leute wenig.

„Das wird", schwärmt Firmensprecher Herbert Winter, „das Milliardending des Jahrhunderts." ◆

... für Siemens und Philips: **Polygram-Gruppe Abba**


100% BAUMWOLLE
80.1.5.10
Das Body-Buil-Ding.
Seit dem Sport in der Schule wissen wir: zur Bildung gehört auch Body-Bildung. Und was gehört zur Body-Bildung? Ganz klar, eine Wäsche, die nicht vorzeitig ihren Geist aufgibt. Ein Beispiel sehen Sie hier. Weitere Beispiele finden Sie unter Sporting, unserem Programm mit Sportsgeist und allem Drum und Dran.
Schiesser
men·fit
Unsere Masche ist Qualität.
Schiesser-Produkte gibt es auch in Österreich und in der Schweiz.

ENERGIE

Müllers Puste

Strom aus dem eigenen Kraftwerk, Heizwärme, die aus den Lüften stammt: Zunehmend machen sich Bauherren die Windenergie zunutze — und bekommen deshalb Ärger mit den Behörden.

Wenn es so richtig schön weht achtern Diek auf der schleswig-holsteinischen Nordseehalbinsel Eiderstedt, muß Gerhard Nachtigall, promovierter Mediziner, Landwirt und jetzt Ruheständler, „immerzu warm baden".

Denn bei Starkwind gibt's auf Nachtigalls Anwesen in Katharinenheerd heißes Badewasser zur Genüge. Das machen zwei Windräder, die an elf Meter hohen Masten über dem Gehöft kreisen und Dynamos antreiben; deren Strom versorgt die Warmwasserversorgung, aber auch einen Backofen.

Darin gart dann bei frischer Brise häufig „Windgebackenes" — Weiß-, Fein- und Schwarzbrot, das Nachtigall nach alten Rezepten („keine Backmittel") für seinen Bedarf und für Freunde des Hauses fertigt.

Ein „Pionier der Windnutzung" (Nachtigall über Nachtigall) ist auch der Norderstedter Altbauer Henri Lüdemann, und ein Erfinder dazu: Er konstruierte und baute zwei Windgeneratoren von zwei und 3,7 Kilowatt Leistung aus Schrott-Teilen, einem alten Öltank, einem abgewrackten Geschirrspülautomaten und ausgedienten Masten einer Straßenbahnoberleitung.

Wie Nachtigall, der den Winden über Eiderstedt jährlich Heizenergie im Gegenwert von „etwa 2500 Liter Öl" abzapft, setzt der Norderstedter die Ausbeute seiner Windgeneratoren über eine Art Tauchsieder in einem Warmwasserspeicher um. Daneben betreibt er mit Windstrom eine Notbeleuchtung für Haus und Hof.

Auf dem Reetdachgehöft des Ehepaares Johanna und Willi Schröder im Elbmarschen-Dorf Seestermühe wiederum hält seit letztem Herbst eine Windkraftanlage, die mit ihren 15 Metern Höhe die Walnußbäume im Garten überragt, den vier mal zehn Meter großen Swimming-pool 26 Grad warm.

Doch nicht Pionier- oder Erfindergeist war für die Schröders der Anlaß für eine 30 000-Mark-Investition, sondern die Überlegung der Pool-Eigner, daß, so die promovierte Biologin Johanna Schröder, „Herrn Chomeini nicht zu trauen" sei und bei zunehmender Energieverknappung „der Betrieb privater Schwimmbäder vielleicht verboten werden könnte".

Denn wie Biogas, Kraft aus Sonnenkollektoren oder Erdwärme ist die Energiegewinnung nach Müllers Lust inzwischen kein Privileg mehr für spinnerte Tüftler oder Naturapostel.

Forschungs- und Pilotanlagen ausgenommen, rotieren nach Schätzungen des Bundesforschungsministeriums inzwischen auf etwa 40 Anwesen vornehmlich im windreichen Norddeutschland zwei-, drei- oder auch acht- und zehnflüglige Windkonverter, die Strom für den Hausgebrauch erzeugen.

In einem „Deutschen Windenergieverein" fanden sich mittlerweile 300 Mühlenfans, Mühleneigner und professionelle Mühlenbauer zusammen, die es allesamt „dicke haben, sich von Energieunternehmen und Multis Strom- und Ölpreise vorschreiben zu lassen" — so ihr Vorsitzender, der Wilhelmshavener



Windstrom-Erzeuger Nachtigall*: Warm baden, wenn es weht

Jurist Dr. Ivo Dane. Der Anwalt vertritt derzeit in mehr als einem halben Dutzend Rechtsstreitigkeiten bislang verhinderte Windmüller gegen „Uneinsichtige", heißt: gegen Behörden, die den Stromsparern Baugenehmigungen verweigerten.

Das halbe Dutzend überschreitet inzwischen auch die Zahl einheimischer Firmen, die sich wagemutigen Bauherren als Hersteller von Windaggregaten für den Hausgebrauch empfehlen. Kleinunternehmer wie die Sechs-Mann-Klitsche Fritz Hüllmann im holsteinischen Tornesch sind darunter, aber auch Maschinenbau-Konzerne wie MAN.

Die Tornescher offerieren zum Beispiel eine Anlage mit fünf Kilowatt Nennleistung, mit der sich nach Firmenauskunft „unter günstigsten Voraussetzungen jährlich maximal 2500 Liter Öl einsparen lassen", für rund 18 000 Mark. Für 50 000 Mark ist ein auf zehn Kilowatt ausgelegter „Aeroman-10" zu haben, für den die MAN wirbt — „mit Wind in die Zukunft".

Rund 1,4 Millionen Mark gibt das Bundesforschungsministerium im Zuge seines Energieförderungsprogramms beispielsweise für einen Forschungsauftrag zur „Bestimmung des Windenergieangebotes im Bereich der Deutschen Bucht und der Norddeutschen Tiefebene" aus.

Annähernd 42 Millionen läßt sich Hauffs Haus das ehrgeizige Demonstrationsobjekt „Growian" (Große Windenergie-Anlage) kosten — der Welt größte Windmühle von fast der Höhe des Kölner Domes und drei Megawatt Leistung, die bis 1982 im Kaiser-Wilhelm-Koog an der Elbmündung errichtet wird und Erfahrungswerte für die Windausbeutung großen Stils liefern soll.

Und aus den gleichen Fonds wird nun auch mit 1,8 Millionen — so Di-

* Vor Nachtigall-Windmühlen.



Windstrom-Erzeuger Lüdemann, Schröder-Windturm in Seestermühe: „Dem Herrn Chomeini ist nicht zu trauen"

plom-Ingenieur Sören Fries von der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS) — „eine Art Warentest" für Heimbedarf-Windwerke finanziert, die derzeit schon auf dem Markt sind.

Voraussichtlich im März läßt die GKSS auf dem nordfriesischen Pellworm neun Windgeneratoren verschiedenen Fabrikats, aber gleicher Nennleistung montieren. So sie nicht vorher auseinanderfallen, sollen die Mühlen zwei Jahre lang zum Leistungsvergleich in salzener Nordseeluft um die Wette laufen.

Denn trotz annähernd anderthalb Jahrtausend Windrad-Geschichte — von den Mühlen der Perser im 7. Jahrhundert bis zu den hölzernen Wunderwerken der Holländer aus dem 18. Jahrhundert und den vielflügligen Rotoren, die in kaum einer Western-Szenerie fehlen — kommt sich beispielsweise Windpionier Nachtigall aufgrund eigener Erfahrungen mit seinen beiden Windkraftanlagen vor „wie der Besitzer eines Automobils im Jahre 1910, als man noch seinen Chauffeur dabeihaben mußte". Denn „es ist ja noch nicht alles ausgereift".

Wie einst für die Altvorderen des Automobilismus ist auch für die Windenthusiasten das Experimentierfeld noch weit, und es ist längst noch nicht sicher, auf welche Weise schließlich die Windausbeutung am vorteilhaftesten ist.

Da unterscheiden Kenner beispielsweise zwischen Langsam-, Mittel- und Schnelläufern. Erstere sind Rotoren mit sieben Flügeln oder mehr und geringer Umlaufgeschwindigkeit. Sie gelten als robust, springen aufgrund ihrer großen Gesamtflügelfläche schon bei relativ geringen Windstärken an, steigern aber ihre Leistung bei starken Winden dann nicht mehr.

Letztere, hochtourig und drei-, zwei- oder auch nur einflügelig — und dafür mit einem Gegengewicht ausgestattet —, kommen bei wenig Wind noch gar nicht, bei viel aber um so mehr in Fahrt und erreichen dabei einen vergleichsweise hohen sogenannten Cp-Wert — das Maß für den Nutzungsgrad, das in Prozenten angibt, wieviel Windenergie ein Rotor aufnimmt und auf die Welle bringt. So kann eine vierflüglige Holländermühle einen Cp-Wert von 33 Prozent erreichen, der optimal eingestellte und geformte Zwei-Flügel-Rotor eines Schnelläufers dagegen einen von 48 Prozent.

Dann gibt es auch Rotoren, die sich nicht um eine horizontale Achse drehen, sondern um eine senkrechte — wobei der Rotor aus mehreren übereinander angeordneten Schaufelrädern besteht, ähnlich den Ventilatoren auf den Dächern von Kühlwagen.

Vielfältig wie die Möglichkeiten, die Energien der Winde anzuzapfen, sind die Wege, sie einzusetzen. Auf die klassische Weise wird im Windgenerator erzeugter Wechselstrom über einen Gleichrichter in einen speichernden Akku geleitet und von dort ins private Stromversorgungsnetz eingespeist.

Technisch weit weniger aufwendig, zugleich auch noch energie-ergiebiger, ist die Methode, mit dem Strom aus dem Rotordynamo auf direktem Wege über einen Wärmetauscher Bade- und Heizungswasser im Eigenheim zu erhitzen.

Zumindest theoretisch ungefähr zweimal soviel Wärme wie über den Wärmetauscher wiederum könnte aus demselben Quantum Windstrom gewonnen werden, wenn es zum Antrieb des Kompressors einer Wärmepumpe verwendet wird, die dann ihrerseits Heißwasser erzeugt.

Andererseits könnte der Weg der Energie vom Wind zum Warmwasser auch ganz kurzgeschlossen werden. So erhielt der Pinneberger Ventilatorenfabrikant Hans Witt jetzt vom Bundesforschungsministerium einen Entwicklungszuschuß von 390 000 Mark für eine windbetriebene sogenannte Wasserwirbelbremse zugesagt.

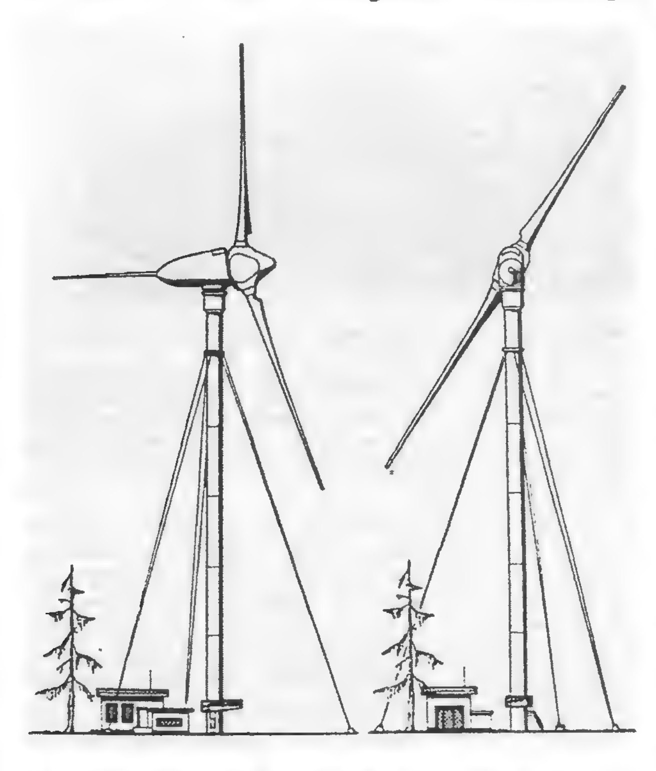
Ihr Prinzip: Ein Windrotor treibt einen angekoppelten zweiten Rotor an, der in einem Wasserbehälter wirbelt und so als Bremse des ersten wirkt. Wie bei jedem Bremsvorgang wird durch Reibung Bewegungs- in Wärmeenergie umgesetzt; das gewirbelte Wasser erhitzt sich und kann nun Wärme etwa an den Kreislauf einer Zentralheizungsanlage abgeben.

Aber selbst wenn die Windtechniker über kurz oder lang aus dem Tüftel- und Teststadium heraus sein sollten — aus der Abhängigkeit von Multis und Energiemonopolisten würde das, wie es sich zum Beispiel die Vereinsfreunde vom „Deutschen Windenergieverein"

erträumen, wohl noch niemanden befreien.

Denn daß es mal weht, aber manchmal eben gar nicht und womöglich über lange Zeit, ist alte Müller-Erkenntnis, die heute für die Windkraftanlagen des energiebewußten Eigenheimbesitzers ebenso gilt wie morgen für die Growiane.

In den windreichen deutschen Küstenregionen könnten nach einem Gutachten für das Bonner Forschungsministerium durchaus so viele Superwindmühlen von Growian-Format gebaut werden, daß sie etwa sieben Prozent des derzeitigen Strombedarfs decken würden. Gleichwohl wären sie nur in der Lage, 2,2 Prozent der derzeitigen konventionellen Kraftwerkskapazität zu ersetzen — heißt: Unausgelastet



Windmaschinen-Projekt „Growian": Hoch wie der Dom

müßte ein erheblicher Teil Kraftwerkskapazität für die flauen Tage in Reserve gehalten werden.

Aus der Puste geraten könnte schon jetzt der eine oder andere Hersteller von Windgeneratoren für den Kleinbedarf. Zwar registriert beispielsweise die Firma Hüllmann, so Betriebsleiter Edmund Gerhardt, „immer stärker zunehmendes Interesse" an ihren Mühlen, aber kaufen will bei den Anlagenbauern augenblicklich so recht keiner der Interessenten, denn „die Leute sind wohl etwas verschreckt".

Da es im Baurecht keine Regelung dafür gibt, unter welchen Voraussetzungen private Windanlagen errichtet werden dürfen, machen die Genehmigungsbehörden Bauwilligen zunehmend Schwierigkeiten. Zunehmend auch werden die Anhänger der umweltschonenden Windenergie dabei von den Ämtern mit Umweltschutzargumenten gestoppt.

So wurden die hessischen Gemeinde- und Kreisbauämter von der obersten Baugenehmigungsbehörde, der Bauabteilung im Innenministerium, angewiesen, „streng reglementierend zu wirken". Da Windrotoren, so der Ministerialrat Fritz-Heinz Müller, „jede einheitliche Gestaltung eines Ortsbildes stören".

Einem Hotelier aus Mützenich in der Eifel verweigerten Oberkreisdirektoren und Regierungspräsidenten die Genehmigung für einen 31 Meter hohen Dreiflügler, weil er ein „Fremdkörper" in der Landschaft sei. Auch das angerufene Verwaltungsgericht schloß sich dieser Meinung an: Der Rotor beeinträchtige „die natürliche Eigenart der Landschaft".

Ein anderer behördlich verhinderter Windmüller aus der Eifel erhielt vom selben Verwaltungsgericht ein Lob für „den Pioniergeist", mit dem er sich anschicke, „die alle Bürger betreffenden Probleme der Energieverknappung mit ungewöhnlichen Mitteln zu meistern" — aber Genehmigung zu bauen erhielt er nicht. Er ging jetzt in die zweite Instanz.

Ebenfalls in Sorge um den Bestand der „natürlichen Eigenart" des Landschaftsbildes hatte die Baubehörde etwas gegen den Schnelläufer von zwölf Meter Rotordurchmesser, mit dessen Hilfe eine Hauseigentümerin im niedersächsischen Osterholz-Scharmbeck ihre Heizungskosten reduzieren will.

Sie bekam vorm Verwaltungsgericht recht. So hatten die Richter der 1. Kammer Stade des Verwaltungsgerichts Oldenburg zum Beispiel „nicht feststellen können", „daß eine Kleinwindanlage als solche häßlich ist". Auch gaben sie zu bedenken, daß der Landstrich, in dem die Klägerin ihren Schnelläufer aufstellen will, wegen seiner „windgünstigen Lage früher Standort mehrerer Windmühlen gewesen ist".

Wenn dieses Argument Allgemeingut werden sollte, könnte wohl kaum noch einem Mühlenbauherrn die Genehmigung versagt werden. Vor hundert Jahren, als mit dem Wind noch Korn gemahlen wurde, standen allein in der Norddeutschen Tiefebene mehr als 10 000 Windmühlen. ◆

Commodore führt jedermann an den Computer ran



... oder wollen Sie etwa künftig »kleine Brötchen backen«?

Nun sind die Zeiten endgültig vorbei, in denen die Vorteile des Computer-Einsatzes allein Großunternehmen zu gute kamen.
Inflationsrate, Kostensteigerungen, Wettbewerbsdruck und Fachkräftemangel verlangen eine klare Antwort. Jetzt kommt Commodore kleinen und mittleren Unternehmern mit einer neuen Computer-Generation zu Hilfe. Die Arbeitsweise ist so einfach wie wirkungsvoll. Der cbm-Tischcomputer faßt sich wiederholende Arbeitsabläufe zu sinnvollen Schemen zusammen, die Sie auf Knopfdruck jederzeit abrufen können. So werden Sie in vielen Bereichen von zeitraubender, nervtötender Routinearbeit befreit. Sie können sich verstärkt Ihren eigentlichen Aufgaben widmen. Die Produktivität steigt und die Arbeitsfreude dazu.

Der cbm-Computer führt in Verbindung mit entsprechenden Programmen die Buchhaltung, übernimmt die Lohn-, Gehalts- und Provisionsabrechnung, registriert Warenein- und -ausgang, schreibt Angebote, Aufträge, Rechnungen und Mahnungen, erstellt Statistiken, erarbeitet Stücklisten, verwaltet und sortiert Kundenkarteien und Krankenblätter, führt technisch-wissenschaftliche Berechnungen aus, optimiert Produktionsabläufe, übernimmt didaktische Aufgaben, schreibt Serienbriefe, hilft bei der Terminplanung – und was Sie sonst noch von ihm fordern.
Computer-Kenntnisse sind für all diese Aufgaben nicht notwendig. cbm-Tischcomputer sind so einfach zu bedienen wie Schreibmaschine, Plattenspieler und Fernseher. Neben dieser einfachen Bedienung überzeugt das bisher unerreicht günstige Preis/Leistungsverhältnis. Commodore verwirklicht es mit eigener bahnbrechender Microprocessor-Technologie.
Wo bekommen Sie sonst eine betriebsbereite Anlage mit 32 kByte Zentraleinheit, Traktordrucker und Floppy Disk/Doppellaufwerk für diesen Preis:

DM 9.520,25
(unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.)

Informations-Gutschein

für kostenlose Übersendung von Prospektmaterial

Name: ________

Anschrift: ________

Einsenden an Commodore GmbH · Abt. SB · Postfach 426 · 6078 Neu-Isenburg oder
Commodore AG, Schweiz

commodore

Commodore GmbH · Abt. SB · Postfach 426 · 6078 Neu-Isenburg ·
Tel. (0 61 02) 2 70 42 · Telex 418 56 63 como d
Schweiz: Commodore AG · Dufourstr. 9 · Ch-4010 Basel


CAMEL
Keine schmeckt besser.
CAMEL
FILTERS
TURKISH & AMERICAN
BLEND
CIGARETTES
CHOICE QUALITY

Andere Form

Der hannoversche Psychologieprofessor Peter Brückner, vom Dienst suspendiert, hält Vorlesungen in der Kneipe.



Suspendierter Professor Brückner im „Club Voltaire" Hannover: Abends um acht Seminar mit Essiggurken

Ludwig Feuerbach wußte sich zu helfen. Als die großherzoglich-badische Regierung seine Ernennung zum Heidelberger Universitätsprofessor verhinderte, zog der renitente Philosoph, im Revolutionsjahr 1848, einfach in den städtischen Rathaussaal und gab seine „Vorlesungen über das Wesen der Religion“ dortselbst zum besten.

Dies hatte manch Gutes. „So ist schon“, schrieb Feuerbach der Gattin, „durch den Ort, wo ich lese, mein Standpunkt sinnvoll richtig bezeichnet“. Nämlich: „Mein ungewöhnlicher, in keiner Abhängigkeit von der Regierung, in keinem Zusammenhang mit dem gelehrten Zunft- und Kastenwesen stehender Standpunkt.“

Jetzt macht es ein deutscher Gelehrter wieder so. Der hannoversche Psychologieprofessor Peter Brückner, von der Landesregierung vom Dienst suspendiert und von der Universität verbannt, sucht die Kneipenatmosphäre des örtlichen „Club Voltaire“ auf, um seinen Standpunkt zu bezeichnen.

Zweimal die Woche bot Brückner, 57, über dessen Beteiligung an einer Professoren-Dokumentation zum Buback-Nachruf eines studentischen „Mescalero“ in dieser Woche der Bundesgerichtshof (BGH) als letzte Instanz urteilen wird, einem interessierten Auditorium „joie de lire“ — den „Genuß des Lesens und Hörens in der einen oder anderen Form“.

Montags mittags um zwei gab es, zu Schinkenstullen, makrobiotischen Brötchen und Cappuccino, sechs Vorträge zum Thema „Geschichte und Psychologie“, donnerstags abends um acht, neben Essiggurken, Bier und Wein aus Okzitanien, fünf Seminare über Adornos „Minima Moralia“.

Zwischen den kauenden und trinkenden Zuhörern, mal an die fünfzig, mal um die hundert, schlurfte der Professor, das letzte Mal in der vorigen Woche, in seinen ausgebeulten Kordhosen umher, die Brille in der Hand, und ließ sich über die „soziale und psychische Lage der Bevölkerung“, „Sexualität und Herrschaft“ oder die „Lösung der Arbeiterfrage im Betrieb“ aus.

Das Brückner-Auditorium beschränkte sich keineswegs auf die akademische Jugend. Schüler waren darunter und Hausfrauen, Apo-Veteranen und, wie Brückner sah, „auch der eine oder andere Hochschullehrer“.

Die Idee zu „Tisch und Stuhl im Club Voltaire, ein paar Teilnehmer, das wär's“, kam Brückner durch erzwungene Untätigkeit. Im Herbst 1977 hatte ihn der niedersächsische Wissenschaftsminister, sein Professorenkollege Eduard Pestel, vom Amt als Ordentlicher Professor der Universität Hannover und Direktor des dortigen Psychologischen Seminars enthoben, ihm das Gehalt um ein Drittel gekürzt und überdies verboten, die Uni-Räume noch zu betreten.

Brückner wurde von seinem Dienstherren vorgehalten:

- ▷ Er habe sich an der Herausgabe der Professoren-Dokumentation über den „Mescalero“-Nachruf beteiligt — was das Landgericht Oldenburg im vorigen Jahr für nicht strafbar hielt (gegen diesen Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, über die der Bundesgerichtshof diese Woche zu urteilen hat);
- ▷ außerdem habe er in einem Interview mit einer niederländischen Rundfunkanstalt die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) „ihrem Selbstverständnis nach zu den Revolutionären und Sozialrevolutionären der Gegenwart“ gezählt.

Marxist Brückner, der wegen der Beherbergung der polizeilich gesuchten Ulrike Meinhof schon mal von Pestels Amtsvorgänger, dem SPD-Linken Peter von Oertzen, dienstenthoben und vom Landgericht Hannover zu einer Geldstrafe von 4800 Mark verurteilt worden war, hatte in dem Radiogespräch noch die Formulierung hinzugefügt „. . . und das bindet uns ein Stück weit“.

Während Brückner, wie er hinterher erklärte, damit meinte, diese RAF-Selbsteinschätzung beeinflusse ihn, binde ihn in seiner Beurteilung des bundesdeutschen Terrorismus, sah sein ministerieller Arbeitgeber darin ein Dienstvergehen und witterte Sympathie für Terroristen.

Die disziplinarischen Ermittlungen gegen Brückner wurden wegen des schwebenden „Mescalero“-Strafverfahrens zunächst ausgesetzt und sollen nach dem BGH-Urteil dieser Woche weiterbetrieben werden — unabhängig davon, wie der Spruch des obersten Gerichts lautet.

Der Psychologieprofessor hatte zwar mit seinen Zwei-Drittel-Bezügen sein


parmalat


Foto: Wollsiegel-Modelle von Hugo Boss GmbH, Postfach 42, 7430 Metzingen (links).
Windsor Kleiderwerk G. Klasing KG, Postfach 6120, 4800 Bielefeld 1 (Mitte).
Nikolaus Boll GmbH, Postfach 29, 8754 Großostheim (rechts).
Man sieht es. Man fühlt es.
Wollsiegel*-Qualität.
Reine Schurwolle besitzt jene unaufdringliche Eleganz... Kriterium einer Mode,
in der sich Menschen wohl fühlen. Wollsiegel-Qualität: Darauf können Sie sich verlassen.
Wollsiegel-Qualität
Reine Schurwolle
*Das Wollsiegel ist das offiziell anerkannte Gütezeichen (RAL) für reine Schurwolle. Internationales Woll-Sekretariat – Düsseldorf – Wien – Zürich.





Leipziger Kabarett „Pfeffermühle": Aufführung verboten, Direktor gefeuert, Dramaturg gemaßregelt

Auskommen, aber die Nichtarbeit nervte ihn derart, daß für ihn die Vorlesungen im „Club Voltaire" willkommener Ersatz waren. Mittlerweile sieht er in der Kneipen-Hochschule aber schon eine Dauereinrichtung:

So macht er im Frühjahr, wieder im „Club Voltaire", gemeinsam mit bereits engagierten Rechtsanwälten, eine Seminarreihe über „forensische Psychologie", die sich mit den „Meinungsdelikten" der Strafgesetzbuch-Paragraphen 88a und 130a auseinandersetzen soll.

Als Fernziel schwebt dem arbeitsuchenden Professor eine Art Bildungsservice vor, „Beratung und Weiterbildung für jedermann" über alternativen Lebensstil, Familienprobleme, Fragen der Kindererziehung.

Aber das alles nicht in den engen Räumlichkeiten des „Club Voltaire" und zum Nulltarif, denn, weiß Brückner, „das kann man nicht umsonst machen, da muß man dann die Leute für ihre Arbeit bezahlen, braucht Räume, 'ne Schreibmaschine und all so was".

DDR-KABARETT

Frohes Lachen

Die SED fördert nach Kräften die vielen Kabaretts — wenn die Satire harmlos bleibt.

DDR-Satiriker brauchen oft Mut — und sei es nur als Aufhänger für ihre Scherze. „Mut ist", verkündete etwa das Ost-Berliner Kabarett „Die Distel", „wenn du im Konsum-Warenhaus statt im Intershop einen Farbfernseher mit allen Systemen verlangst."

Verwegener nahm die Leipziger „Pfeffermühle" das Stichwort auf und ließ auf der Bühne zwei Kabarettisten und einen Werkleiter das Thema diskutieren „Wozu braucht man Mut?"

1. Kabarettist: Zum Beispiel, um Erich Honecker in einem Satz mit Kartoffelpuffern zu erwähnen.

2. Kabarettist: Dazu braucht man doch keinen Mut, dazu braucht man höchstens genießbare Kartoffeln.

Werkleiter: Sie können doch einen führenden Staatsmann nicht im Zusammenhang mit Kartoffelpuffern nennen.

1. Kabarettist: Na, ist doch gar nicht schlecht. Das sollte man sogar mal unserer Presse vorschlagen.

2. Kabarettist: Ja, das ist gut. Ich könnte mir vorstellen, daß die NBI ...

Werkleiter: ... Wer?

2. Kabarettist: ... die NBI (Neue Berliner Illustrierte), die Nichtssagende Bescheidene Illustrierte, endlich mal Funktion und Profil erhält, auf die Interessen ihrer Leser eingeht und nicht darüber berichtet, daß Horst Sindermann in Prag weilt, sondern wie er dort lebt: Ob er zum Abschiedsempfang Staropramen (tschechisches Bier) ausschenkt oder eine Kiste Radeberger Pils durch den Zoll geschmuggelt hat ...

1. Kabarettist: ... ob es Prager Schinken gibt ...

2. Kabarettist: ... oder Kartoffelpuffer. Millionen DDR-Bürger essen leidenschaftlich Kartoffelpuffer, und wenn die durch die Presse erfahren, daß Horst Sindermann auch mal eben nicht nur Kaviar, sondern Kartoffelpuffer zu sich nimmt, dann gibt das ganz persönliche Beziehungen.

Daß so der üppige Lebensstil des Spitzengenossen Sindermann, Präsident der Volkskammer, karikiert wird, ließen die Kulturfunktionäre gerade noch durchgehen. Denn unmittelbar auf diese Sottise erklärten die Kabarettisten scheinheilig ihr Anliegen:

Werkleiter: Ich weiß jetzt, was Sie wollen. Sie wollen, daß der Leiter, der Verantwortung trägt, nicht zum Funktionär degradiert, sondern als Mensch gesehen wird. Mit all seinen Mängeln und Vorzügen. Mit all seinen Erfolgen und Mißerfolgen.

Mit ihrem nächsten Programm bewies die „Pfeffermühle" jedoch, daß DDR-Satiriker tatsächlich Mut brauchen: Im vergangenen November wurde der Kabarett-Direktor Horst Günther gefeuert, Dramaturg und Texter Rainer Otto kam mit einem Parteiverfahren davon.

Anlaß für die Absetzung des Programms war eine Szene, in der ein Vorauskommando des Staatssicherheitsdienstes in der Wohnung eines jungen Ehepaares den „spontanen Besuch" des SED-Generalsekretärs Erich Honecker probt. Über den Stasi und den Parteichef hat sich niemand lustig zu machen.

Denn DDR-Satire, das hatte der gemaßregelte Dramaturg Otto vor Jahren selbst gesagt, besteht nicht darin, „daß Parteiprominenz durch den Kakao gezogen, die Regierung zur Schnecke gemacht, der Landesvater — Pardon — verscheißert wird".

Es darf gelacht werden, aber nicht über den Sozialismus und die Stützen der Gesellschaft. Otto Stark, Direktor der Ost-Berliner „Distel": „Wir wollen ein frohes Lachen, das bekanntlich ein Ausdruck der Stärke und Überlegenheit ist."

Im kleinen ist Kritik erlaubt. Wenn bloß Belanglosigkeiten mit heiterem Frohsinn vorgeführt werden, sind selbst Institutionen wie die Nationale Volksarmee für Scherze freigegeben. So provozieren die Schelme des Kabaretts „Die Kneifzange" ein „frohes Lachen" mit folgender Darbietung:

Eine tschechoslowakische Soldatendelegation besucht die ostdeutschen Verbündeten. Ein Tscheche ist sehr beeindruckt von dem „Interesse für Bücher. In der Bibliothek hat es gewimmelt von Soldaten. Haben sich gerissen Bücher gegenseitig aus der Hand". Erstaunen im Publikum, bis die Erklärung folgt: „Das war so mit den Büchern — bevor die Delegation kam, hat der Spieß verkündet: In der Bibliothek, Genossen, haben wir zwanzigtausend Bücher, und in einem davon befindet


SIEMENS
Das neue Telefonsystem EMS kann:
programmiert kurzwählen
Mit dem neuen Telefonsystem EMS können Sie noch mehr:
per Knopfdruck noch mal wählen
automatisch rückrufen
automatisch Anrufe umleiten
auf Wunsch Anrufe übernehmen
höflich anklopfen
Konferenzen schalten
Die neue Siemens-Telefonanlage nimmt Ihnen das Wählen ellenlanger Rufnummern ab. Das spart nicht nur Zeit, sondern vermeidet auch Fehlverbindungen – und Kurznummern lassen sich auch leichter merken als lange.
Bis zu 10 häufig benötigte, beliebig lange Rufnummern können individuell jedem Telefon eingegeben werden. Jeder programmiert selbst, welche Gesprächspartner er schnell zur Hand haben will. EMS speichert die Verbindungen und wählt dann auf Tastendruck automatisch – und fehlerfrei.
Für weitere Informationen schreiben Sie an Siemens AG, ZVW 104/Sp 5, Postfach 103, 8000 München 1.
Auf neuem Kurs mit EMS von Siemens



Ost-Berliner Kabarett „Distel“: Kritik ja, aber in netter Form

sich ein unterschriebener und gesiegelter Urlaubsschein.“

Mit solch ätzender Schonungslosigkeit pflegen DDR-Satiriker die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bloßzulegen, Kritik zu üben am „Schönfärben der nicht immer ganz rosigen Wirklichkeit“, wie das Ost-Berliner „Taschenbuch der Künste“, Abteilung „Kabarettgeschichte“, die Aufgaben sozialistischer Satire sieht.

Kritik ja, aber in netter Form. O-Ton „Distel“: „Alles hat bei uns zwei Seiten, eine schöne und eine sehr schöne. Den schönen Seiten begegnen wir täglich im Nahverkehr, im Konsum, im Betrieb, den sehr schönen in der Presse.“

Freilich gehen die Berliner Kabarettisten zuweilen auch despektierlich mit ihrer Obrigkeit um. Daß der SED-Staat der eigenen Bevölkerung viele Waren nur gegen westdeutsches Geld verkauft, veralberten sie mit einem Lied, frei nach der „Dreigroschenoper“:

Und der Haifisch, der hat Zähne,
und die trägt er im Gesicht.
Meine Oma, die hat keene,
Zahngold gibt's für Ostgeld nicht.

Gleichwohl: Wird ein Ärgernis so fidel vorgetragen, dann reagiert das Publikum mit dem geforderten frohen Lachen. Als Schnurre verpackt, dürfen die DDR-Kabaretts Unmut der Bürger artikulieren und sich — sofern sie Verantwortliche nicht beim Namen nennen — über Schlamperei in den Betrieben und Wichtigtuerei in Parteibüros mokieren.

Wenn Kabarettisten nur über die anonymen „Schaumschläger des VEB Schlagfix“ höhnen, ist ihnen sogar das Wohlwollen der Partei sicher: Da agi-



„Distel“-Direktor Stark
„Holzhammer mit Schaumgummipolster“

tieren sie schließlich gegen Mißstände im Sozialismus, und das erklärt, weshalb die SED die Kabaretts im Lande kräftig fördert.

Zwölf Berufs- und über 600 Laienkabaretts gibt es derzeit in der DDR. Fast jede größere Firma hat ihre Betriebs-Satiriker — die Geräte- und Reglerwerke Teltow ihre „Teltower Rüpel“, das VEB Kombinat Robotron in Dresden seine „Lachkarte“, die Berliner Postdirektion ihre „Klapperschlangen“.

Sie alle müssen nicht nur Frohsinn verbreiten, sondern vorwiegend ihren „gesellschaftlichen Auftrag bei der Herausbildung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen“ erfüllen, so der stellvertretende Minister für Kultur, Siegfried Wagner.

Wie alles in der DDR hat auch der organisierte Spaß eine gesellschaftliche Funktion. Der wissenschaftliche Beirat für Volkskunst beim Ministerium für Kultur in einer ernstgemeinten Leitlinie: „Der Beitrag des Kabaretts besteht hauptsächlich in der satirischen beziehungsweise humoristischen Beleuchtung von subjektiver Nichterfüllung gesellschaftlicher Erfordernisse, beabsichtigt als produktive Kritik, die Denkanstöße und Handlungsimpulse zur weiteren Vervollkommnung des Menschen gibt.“

Versteht sich, daß eine Bürokratie, die so fürsorglich Humor und Satire gedeihen läßt, den Spaß auch ordentlich verwaltet. Wie Maurerbrigaden zum sozialistischen Wettmörteln lassen sie Kabarettgruppen zum „Zentralen Leistungsvergleich“ antreten: Wer geißelt einen Mißstand am ulkigsten?

Nicht die schiere Possenreißerei ist gefragt, sondern die spaßige Beschäftigung mit Unzulänglichkeiten. Und das ist oft gar nicht so spaßig, weil die Partei den Humor ernst nimmt.

Um die Amateure kümmert sich die Zentrale Arbeitsgemeinschaft (ZAG) Kabarett beim Zentralhaus für Kulturarbeit in Leipzig; die ZAG gibt Ratschläge zur „thematisch-inhaltlichen Ausrichtung“, besorgt Räume und Themenvorschläge. Aus dem ZAG-Katalog: „Gestaltung der Arbeiterpersönlichkeit im Kabarett, Kabarett in der sozialistischen Landwirtschaft, Kabarett in der Klassenauseinandersetzung, Kabarett und Jugend in der sozialistischen Gesellschaft“.

Doch statt dessen bringen Amateurgruppen oft nur arglose Narretei, etwa wenn „Die Dornen“ aus Halle reimen: „Das Haus hat keinen Erker, die Jungfrau hat kein Bett, wir haben manchmal Ärger, wir spielen Kabarett.“

Drollig sollen die Jung-Satiriker nicht sein; der Partei sind sie ohnehin meist zu milde. So wünscht das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, „daß einige Gruppen aktuellen Problemen noch hautnäher zu Leibe rücken sollten“.

Bei den Berufskabaretts hingegen fürchtet die Partei eher, daß sie zu sehr den Nerv treffen. Da muß ein nahezu lückenloses Kontrollsystem für parteikonforme Satire sorgen.

Zunächst prüft der Direktor des Kabaretts die Texte auf ideologische Sauberkeit, zumeist mit Hilfe eines ehrenamtlichen Beraters aus dem Partei- und


Hier ist die einmalig günstige Gelegenheit, den *zarten Bitter* kostenlos kennen-zulernen.
Gratis-Coupon: 1.000 Probierflaschen (3 cl) Gammel Dansk an die ersten 1.000 Einsender.
Jeder, der den zarten Bitter kennt, wird jedem, der diesen zarten Trunk aus Dänemark noch nicht kennt, jetzt empfehlen, sofort den Coupon auszufüllen, auszuschneiden und abzuschicken. Denn so einfach und kostenlos kommen Sie nie wieder an ein Probefläschchen dieses belebenden, wohltuenden, anregenden und stimulierenden zarten Bitters – wenn Sie über 18 Jahre alt sind.
Kreuzen Sie bitte Ihre Wünsche an:
☐ Ich kenne den zarten Bitter noch nicht und möchte ihn gerne kennenlernen.
☐ Ich kenne den zarten Bitter zwar schon, möchte mir aber dennoch die Probeflasche nicht entgehen lassen.
Informieren Sie mich bitte auf jeden Fall darüber, wo ich in meiner Stadt den zarten Bitter kaufen kann.
GAMMEL DANSK
BITTER DRAM.
Der zarte Bitter.
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum
Unterschrift
Danisco · De Danske Spritfabrikker Berlin GmbH, Ilsenburger Straße 15, 1000 Berlin 10
GAMMEL DANSK
38 %
Bitter Dram
70 CL
Gør godt om morgenen, efter dagens dont, under jagten, på fisketuren, eller som apéritif
Leverandør til det kongelige danske Hof
DE DANSKE SPRITFABRIKKER
ROSKILDE
KØBENHAVN
wilkens 10 12 0

Staatsapparat. Für die „Distel“ beispielsweise hatte jahrelang der Gesellschaftswissenschaftler Professor Hoyer herauszufinden, ob allzu kritische Beiträge noch die marxistisch-leninistische Grundordnung vertreten.

Dann legt der Direktor in der Regel die Texte zur Begutachtung der SED-Bezirksleitung vor, und schließlich erscheint ein Parteifunktionär bei der Haupt- oder Generalprobe zur Abnahme des Programms — schließlich könnte der Regisseur eine Szene so tückisch angelegt haben, daß falsche Lacher aus dem Publikum kommen.

Viele Kabarett-Chefs wie der „Distel“-Direktor Stark haben, um ganz sicher zu gehen, ihren Schauspielern jegliche Improvisation untersagt, spontane Einfälle zu Tagesereignissen sind verpönt. Dabei findet die Zensur schon im Kopf der Autoren statt: Unbotmäßige Texte werden nicht angenommen. Als der Ost-Berliner „Distel“-Autor Jürgen Klammer einen Ausreiseantrag stellte und daraufhin aus der SED ausgeschlossen wurde, konnte er hinfort kein Lachwerk mehr verkaufen.

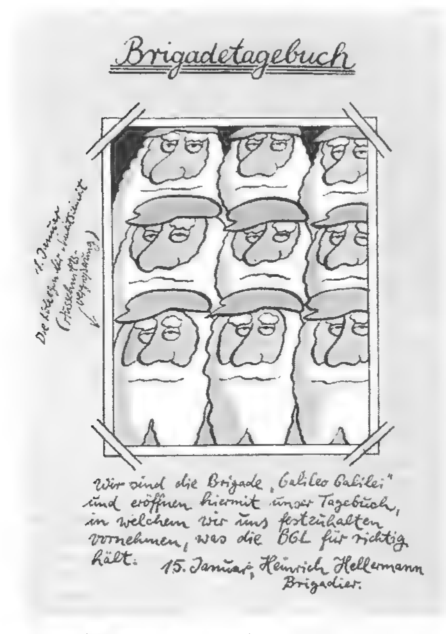
Die im vergangenen Sommer verschärften Strafgesetzte drohen Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren jedem Untertanen an, der „in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe ... oder deren Tätigkeit ... herabwürdigt“, so Paragraph 220 StGB.

Erstes Opfer dieser Strafverschärfung wurde Manfred Bartz, Texter für die „Distel“ und die Dresdner „Herkuleskeule“. Bartz, der zur Absicherung seines Lebensunterhalts als Nachtwächter in der Ost-Berliner Stadtbibliothek arbeitete, wurde im November verhaftet. Offizielle Anschuldigung: „Weitergabe nichtöffentlicher Informationen“.

Wo nach der Leitlinie des Kulturministers Satire „Denkanstöße zur weiteren Vervollkommnung des Menschen“ geben soll und wo die Partei und ihre Repräsentanten schon vollkommen sind, bleibt den Kabaretts kaum mehr als die Alternative zwischen lustigem Schabernack und fadem Agitprop.

„Von heiter über ulkig bis urkomisch“, kugelte sich der Rezensent der (Ost-)„Berliner Zeitung“ über das „Distel“-Programm vom vergangenen Jahr — das Paradekabarett der DDR, das „ein frohes Lachen“ will, erhielt zu Recht den „Vaterländischen Verdienstorden in Silber“.

Wie nett und unverbindlich Sticheleien vorgebracht werden, demonstrierte mustergültig „Das Fettnäppchen“ aus Gera, als es über altgediente SED-Bürokraten herzog.





„Distel“-Programmhefte: „Von heiter über ulkig bis urkomisch“

Goethe und Schiller unterhalten sich auf ihren Denkmalssockeln.

Schiller: Alles drängt nach Berlin.

Goethe: Nur uns Denkmäler lassen sie stehen.

Schiller: Ein Denkmal kann sich nicht wehren.

Goethe: Und das nennen sie dann auch noch Denkmalsschutz. Wenn erst mal einer wo steht, dann steht er, solange er lebt.

Schiller: Na ja, eigentlich leben Denkmäler ja gar nicht mehr.

Goethe: Doch. In der DDR leben noch manche. Oder sagen wir: Man macht schon zu Lebzeiten Denkmäler aus ihnen. Aber erstens stehen diese Denkmäler meist nicht, sondern sie sitzen. Und zweitens nicht auf Sockeln, sondern auf Planstellen. Aber sonst ist alles wie bei uns. Sie sind fest und unerschütterlich im Wege ... äh ... zum Sozialismus.

Schiller: Ich denke, im Sozialismus geht es nach Leistung.

Goethe: Natürlich. Mancher, der mal was geleistet hat, kann sich bis in alle Ewigkeit die Planstelle leisten, auf der er mal was geleistet hat.

Schiller: Und wenn er jetzt nichts mehr leistet?

Goethe: Dann muß er – wie wir – bleiben, wo er ist, und stillhalten. Wer nichts tut, begeht keine Fehler. Wer keine Fehler begeht, fällt nicht auf. Wer nicht auffällt, dem passiert nichts.

Da fühlt sich von den Parteifunktionären keiner getroffen — gemeint sind ja die anderen. Heikel wird es für die Ost-Satiriker, wenn sie Namen nennen, wenn die Leipziger „Pfeffermühle“, das bislang frechste DDR-Kabarett, sich über den Kaviarfreund Sindermann mokiert oder bekrittelt, daß Parteichef Honecker seine spontanen Besuche bei Werktätigen vom Stasi vorbereiten läßt.

Schon in den 50er Jahren hatte die SED die Leipziger Kabarettisten gemaßregelt, der „Pfeffermühle“-Direktor Conrad Reinhold setzte sich 1957 in die Bundesrepublik ab. Der Direktor Edgar Külow, der zugleich auch Regisseur, Schauspieler und Texter war, wurde 1964 nach zweijähriger Tätigkeit amtsenthoben. „Ein prächtiges Kollektiv“, lobten damals die „Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten“, das „manchmal allerdings doch noch vom falschen Standpunkt aus“ die Schwächen der DDR betrachte.

Diesen Standpunkt behielt das Kabarett auch unter Külow-Nachfolger Horst Günther bei, der, gedeckt vom SED-Bezirksleiter, nun auch Parteiobere namentlich anging. Und sein Dramaturg und Texter Rainer Otto monierte, das DDR-Kabarett nehme „immer noch zu stark nur Anstoß an äußeren Erscheinungen“ — „zu oft fehlen Ursachen und Auswirkungen der dargestellten Erscheinungen“.

Wenn hingegen die „Pfeffermühle“ sich beispielsweise über den jämmerlichen Zustand der Straßen ausließ, genügten zwei Sätze: „Sie wissen ja, warum wir so viele Schlaglöcher haben. Weil wir die nicht exportieren können.“

Beraten durch ein Unternehmen — den VEB Industrie-Montagen Leipzig —, spottete die „Pfeffermühle“ mehr als andere Bühnen über die wirtschaftliche Misere und ihre Ursachen, beschrieb sarkastischer als andere den DDR-Alltag — bis es Ost-Berlin zuviel wurde.

Im Frühjahr wird nun das unbotmäßige Kabarett unter neuer Leitung wiedereröffnet: Nachfolger des geschaßten Günther ist Hans-Dieter Schmidt, der sich bislang als Chef des Kinder- und Jugendtheaters Halle keinen Namen gemacht hat. Der neue „Pfeffermühle“-Direktor kann seinen Job lange behalten — wenn er den Tip seines altgedienten „Distel“-Kollegen befolgt.

Der Ost-Berliner Chefkabarettist Otto Stark: „Da auch wir aus Erfahrung klug werden, haben wir im Zuge der Verbesserung unserer eigenen Arbeitsbedingungen den Holzhammer, den wir zuweilen schwingen, mit einem Schaumgummipolster versehen. Nun sind unsere eigenen Daumen weniger blau.“ ◆

Unsere neueste Idee ist über 1 Million Jahre alt.

Der menschliche Fuß ist mit einem Mechanismus ausgestattet, der schon über 1.000.000 Jahre, seitdem die Füße laufen lernten, geradezu perfekt arbeitet. Es wäre anmaßend, ihn durch eigenwillige Schuh-Konstruktionen verbessern zu wollen. Deshalb haben wir für unseren neuen Schuh das Fußbild zum Vorbild genommen.

Wenn Sie sich einmal den Fußabdruck ansehen, werden Sie verstehen, was wir damit meinen.

Bekanntlicherweise lastet Ihr ganzes Körpergewicht auf Ihren Füßen. Am stärksten drückt es dabei auf Ferse und Ballen. Die meisten Schuhe aber sind innen flach. Kein Wunder, daß solche Schuhe drücken. Weil man sie erst richtig einlaufen muß.

Anders bei den neuen Hush Puppies GTS-Schuhen. Sie haben innen ein weiches, flexibles Fußbett, das so geformt ist, wie Ihr Fuß geformt ist – von den Zehen bis zur Ferse. Und außen sind sie wie Mokassins. Nichts scheuert oder drückt, weil die Nähte außen liegen.

Zahlreiche sportliche GTS-Modelle für Damen und Herren haben wir zu Ihrer Auswahl entworfen. Und jedes einzelne ist so bequem, daß Sie vom ersten Tag an immer gut zu Fuß sind.



Barfuß mit Sohle.





Hush Puppies GmbH, Postfach 1340, 3410 Northeim 22, Telefon: 0 55 51-20 73/75

RAUMFAHRT

Bald Bares

Bonn und Paris sind sich uneins über den Verkauf der Europa-Rakete „Ariane".

Vor drei Wochen, auf dem Pariser Gipfel, kündigte Forschungsminister Volker Hauff seinem französischen Kollegen André Giraud Post an. Seither drechselt der wortgewandte Buchautor („Sprachlose Politik") an geeigneten Formulierungen.

Gegenstand der schwierigen Botschaft ist „Ariane", 212 Tonnen schwer, 47,4 Meter hoch und bislang knapp zwei Milliarden Mark teuer.

Der Franzose verlangt von Hauff die verbindliche Zusage, künftig alle Satelliten der Bundespost auf dem Rücken von „Ariane", der ersten europäischen Trägerrakete, in ihre Erdumlaufbahnen befördern zu lassen. Diese Zusage aber kann der Forschungsminister vorerst nicht geben.

Zwar hat „Ariane" am Heiligen Abend des vergangenen Jahres auf dem Startplatz der Europäischen Weltraumorganisation ESA in Kourou (Französisch Guayana) bewiesen, daß sie auch fliegen kann: Nach sechsjähriger, von zehn Staaten finanzierter Entwicklungsarbeit und einigen mißlungenen Anläufen erhob sich das dreistufige Projektil erstmals in den vorbestimmten Umlaufkurs.

Dennoch vermochte der bundesdeutsche Forschungsminister bisher nicht seinen Kollegen von der Post, den Schwaben Kurt Gscheidle, dazu zu bewegen, sich schon jetzt endgültig für den europäischen Eigenbau zu entscheiden.

Postverwalter Gscheidle schiebt haushaltsrechtliche Hindernisse vor. Der Minister: Sein Unternehmen sei verpflichtet, jeweils den billigsten Weg ins All zu wählen. Deshalb müsse er sich die Option offenhalten, bei einem „Ariane"-Konkurrenten zu buchen, wenn sich das als günstiger herausstellen sollte.

Das hörten die Franzosen gar nicht gern. Sie haben mit 64 Prozent den größten Teil zu den Entwicklungskosten beigesteuert. Bonn, zweitgrößter Finanzier, berappte mit 387 Millionen Mark nur rund 20 Prozent der Raketen-Kosten. Die restlichen acht Partner zeichneten Anteile zwischen 0,25 und fünf Prozent.

Verständlich, daß die Franzosen für das investierte Geld nun bald Bares sehen wollen. Um den ersten Erfolg von Kourou zu bestätigen, sollen in diesem Jahr noch drei weitere Probeschüsse ins All gemacht werden. Und da es bereits einige Käufer für die schmucke Europa-Rakete gibt, haben die französischen Techniker auch schon mit der Produktion einer ersten Serie von sechs „Arianes" begonnen.

Die zukünftigen Käufer sollen nach Pariser Kalkül vor allem aus jenen europäischen Ländern kommen, die „Ariane" aufgepäppelt haben. Doch die schielen inzwischen auf ein Konkurrenz-Angebot.

Der Wettbewerber kommt, wie könnte es anders sein, aus den USA, wo die Techniker an dem „Space Shuttle-System" arbeiten. Bei diesem Weltraumfuhrbetrieb, dessen Entwicklung allerdings noch weit hinter den Planungen zurückhinkt, werden die Raumfähren wieder auf die Erde zurückgeholt und für weitere Starts verwendet. Der Transport käme wesentlich billiger als jene rund 75 Millionen Mark, die ein „Ariane"-Start schätzungsweise kosten wird. Und davon möchte der sparsame Gscheidle, allen Europa-Bekenntnissen zum Trotz, profitieren.

Das Bonner Zögern beim Kauf des Himmelsgeschosses verärgert die Pariser Regierenden um so mehr, als sich die Deutschen auch bei den Verhandlungen über eine gemeinsame Produktionsgesellschaft wenig konzessionsbereit zeigen.

Bundesdeutsche Firmen wie die Maschinenfabrik MAN und der Luftfahrtkonzern MBB sollen an der Ariane-Firma beteiligt werden. Allerdings möchten die Pariser den deutschen Kapitalanteil unter 20 Prozent halten. Sie selber wollen knapp 60 Prozent an „Ariane-Space" zeichnen.



Europa-Rakete „Ariane"
Teurer als die Konkurrenz?

Das aber heißt: Was immer in diesem Unternehmen zu entscheiden ist, die französischen Mehrheitsgesellschafter brauchen auf die anderen Partner nicht zu hören. Die Franzosen können damit auch ganz allein darüber befinden, an welche Kundschaft „Ariane"-Raketen verkauft werden. Und das genau erscheint den Bonnern doch eine arge Zumutung.

Zwar kann „Ariane" wegen mangelnder Zielgenauigkeit und wegen der strengen Kontrollen auf dem Weltraumbahnhof Kourou kaum als Weltraumbombe mißbraucht werden. Die Raketen könnten jedoch statt Fernmelde-Satelliten auch elektronische Himmelsspione befördern. Bonn würde dann wegen des Exports militärischer Güter angeprangert.



Postminister Gscheidle
Billigster Weg ins All gesucht

Die westdeutschen Regierenden, auf dem Felde des Waffenexports im Vergleich zu Frankreich eher ehrpusselig, wollen daher bei der Auswahl der Kunden gern ein gewichtiges Wort mitreden.

Die deutsch-französische Vereinbarung über die Raketenproduktion würde, so Forschungsminister Hauff in Paris, nur unter dem Vorbehalt unterzeichnet, daß deutsches Recht durch den Vertrag nicht verletzt werden darf. Weil die Ausfuhr ziviler Raketen nach dem deutschen Außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtig ist, glaubt der Minister, seinem Ziel durch diese Klausel näherzukommen.

Die Deutschen wissen, warum militärische Gemeinschaftsproduktionen mit den Franzosen besonders gut abgesichert werden müssen.

Die Panzerabwehr-Raketen Hot und Milan werden von Deutschen und

Franzosen seit Jahren in trauter Gemeinsamkeit gebaut. Verkauft werden die viel gerühmten Geschosse von Frankreich aus. Und die Franzosen halten es mit dem deutsch-französischen Produkt wie mit all ihren Waffen: Sie liefern rund um die Welt.

BERLIN

Der Laufpaß

In der West-Berliner SEW geht es nicht mehr ganz so einheitlich zu. Der Parteizeitung „Die Wahrheit" setzen Oppositionelle ein eigenes Organ entgegen: „Die Klarheit".

Mal durften die Gäste den politischen Liedern des Singeklubs „Hoyerswerda" aus der DDR lauschen, mal bekamen sie den sozialistischen Urahn zum Ortstarif an die Strippe: Über ein rotes Telephon war eine Tonbandstimme zu erreichen, die Auskunft gab, „was Karl Marx zur Wohnungssituation in Kreuzberg zu sagen" hätte.

So, und mit Folklore wie Trallala, pflegte die „Sozialistische Einheitspartei Westberlin" (SEW), Ableger der SED, jährlich ihr Pressefest zu feiern — der „Wahrheit", so der Name des Organs, zuliebe. Mitunter kamen da 50 000 Leute in die „traditionelle Arbeiterversammlungsstätte", die „Neue Welt".

Doch der alljährliche Massenauftrieb in der Hasenheide, eben dort, wo Turnvater Jahn dem deutschen Volk die Kniebeuge beibrachte, stand stets in umgekehrt proportionalem Verhältnis zur allgemeinen Bedeutung der Veranstalter.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im März 1979 wählten nicht mal 14 000 von 1,5 Millionen Wahlberechtigten die Partei der „Arbeiter und Werktätigen, Sozialisten und Demokraten" West-Berlins. Das 1,1-Prozent-Ergebnis lag noch 0,3 Prozent unter dem 1963er Tiefstand, den das erste Votum der Berliner nach dem Mauerbau gebracht hatte.

Und auch die Bezieherzahl der „Wahrheit", die im 25. Jahr unter Leitung des einst zum Ehrenbürger Ost-Berlins gekürten Altkommunisten Hans Mahle (richtiger Name: Heinrich August Ludwig Mahlmann) produziert wird, stagniert. Von den 9000 Abonnenten dieses Zentralorgans (1978er Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministers) sind inzwischen nach Expertenschätzung „500 bis 1000" abgesprungen.

Es könnten noch mehr werden. Denn seit November vergangenen Jahres hat das SEW-Blatt in seinem Bemühen, „den unversöhnlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bewußt zu machen", wie der stellvertretende Chefredakteur Heinz Grünberg das nennt,



Die Wahrheit

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG WESTBERLINS

Serie der Preistreibereien des Senats nimmt kein Ende:

Unerhört: Taxifahrten werden jetzt um rund 18 Prozent teurer

Argentinische Farmer gegen Getreideboykott

DGB-Vorsitzender wandte sich scharf gegen die Aussperrung

LAKE PLACID 1980

18. Gold 19. Gold 20. Gold

Rinn/Hahn (DDR) nicht zu schlagen

21. Gold

SEW-Blatt „Die Wahrheit“: Hektographierte Kritik . . .

KLARHEIT

Nr. 2/80

Zick Zack

SEW-Oppositionsblatt „Die Klarheit“
. . . von Genossen für Genossen

innerparteiliche Konkurrenz bekommen: ein hektographiertes Blättchen, das sich „Die Klarheit“ nennt. Auflage: 500.

Die vorerst anonymen Macher des neuen Periodikums „von Genossen für Genossen“, die mittlerweile die dritte Ausgabe zur Post gebracht haben, sind nach eigener Darstellung „aktive“ Parteimitglieder „aus vielen wichtigen Bereichen und Gremien“. Ihre Zielgruppe sehen sie in SEW-Enttäuschten aus der „Gewerkschafts- und Hochschularbeit“.

Gemeinsame Intentionen: mehr innerparteiliche Demokratie, mehr Programmatik. Statt SED-frommer Kritiklosigkeit streben Autoren und Sympathisanten mehr Eigengewicht der Partei an. Dabei gehen sie selbst ans Allerheiligste und plädieren, wenn's denn sein muß, auch für mehr Abgrenzung gegenüber Parteifinanziers im Osten.

Denn die SEW, so die Analyse der neuen Klaren, sei derzeit in einem „desolaten Zustand“, weshalb die Opponenten selber sich auf einen langen Marsch durch ihre Institutionen gefaßt gemacht haben. Ihr Aufklärungsblatt, sagen sie, werde „so lange erscheinen, bis in unserer Partei die offene Diskussion wieder möglich ist“.

Die „Lobhudeleien“ der „Wahrheit“ zum 100. Geburtstag Stalins — den „Klarheit“-Autoren „verschlägt es die Sprache“. Die SEW-Deutung vom Russeneinmarsch in Afghanistan (Originalton „Wahrheit“: „Von einer Intervention“ könne „natürlich keine Rede sein“) — die Schreiber der „Klarheit“ halten es da mit italienischen Kommunisten: Verstoß „gegen Grundsätze, die die friedliche Koexistenz beherrschen sollten und die zu den besten Traditionen der Arbeiterbewegung gehörten“.

Die sehen „Klarheit“-Autoren insbesondere auch seit Jahresanfang pervertiert, als ausgerechnet ein sozialistischer Arbeitgeber, die DDR-Reichsbahn, rund achtzig ihrer West-Berliner S-Bahner ganz kapitalistisch den Laufpaß gab. Die „Klarheit“ hält das für eine „rechtswidrige Entscheidung einiger Verantwortungsloser“, letztlich für „Mist . . . irgendwelcher Bürokratenhirne“.

Selbst Schwerbeschädigte, Schwangere, Veteranen, seien mir nichts dir nichts gefeuert worden. Einige Genossen hätten am frühen Morgen noch Flugblätter gegen die geplanten Entlassungen bei AEG-Telefunken verteilt, bevor sie am Nachmittag ihr eigenes Kündigungsschreiben in die Hand bekommen hätten — kaum hilfreich für das langjährige SEW-Bemühen, „das gemeinsame Handeln aller antiimperialistischen und antimonopolistischen Kräfte“ etwa „gegen den Herr-im-Haus-Standpunkt der Unternehmer“ („Wahrheit“-Vize Grünberg) zu manifestieren.

Die SEW-Führung, die ihre verbliebenen gut 6000 Genossen ebenso traditionell auf Parteisolidarität verpflichtet, reagierte auf das „Pamphlet“ denn auch erwartungsgemäß. Der einzige namentlich bekannte „Herausgeber“, der kaufmännische Angestellte Rainer Schwarzenau, 37, wurde ausgeschlossen; Genossen aus seinem „persönlichen Umfeld“ verloren die Parteifunktionen.

Die „Dissidenten“ freilich, wie die linke West-Berliner „Tageszeitung“ („taz“) die SEW-Rebellen nennt, bauen weiter auf den Zuspruch der unzufriedenen Parteibasis und auf „den Faktor Zeit“ (Schwarzenau). Mehr inspiriert vom eigenen Wunschdenken, sahen an-

Mit EUROCARD haben Sie nicht nur ein internationales Zahlungsmittel in der Tasche. Sondern auch eine gute Visitenkarte.

Im Hauptberuf ist EUROCARD ein Zahlungsinstrument. Das von etwa 3 Millionen Vertragsunternehmen in der Welt akzeptiert wird. Im Nebenberuf ist sie eine gute Visitenkarte, weil sie für das Vertrauen steht, das Ihre Bank oder Sparkasse zu Ihnen hat.

Aber das ist längst nicht der einzige Grund, weshalb Sie sich eine EUROCARD zulegen sollten. Wenn Sie diese Anzeige lesen, erfahren Sie alles.



Mit Ihrer EUROCARD können Sie fast alles kaufen. Wenn es sein muß, auch Geld.

Überall auf der Welt, wo Sie das EUROCARD-Zeichen sehen, wird Ihre EUROCARD wie Bargeld akzeptiert. In Hotels und Restaurants, in Geschäften und Autovermietungen, an Flughafenschaltern und in Boutiquen.

Das gilt übrigens auch für andere berühmte Zeichen: Master Charge, Access und Standard-Card. Mit EUROCARD zusammen ist das ein Netz von etwa 3 Millionen Vertragsunternehmen rund um die Welt.

Übrigens: Bei fast 50.000 Bankstellen weltweit können Sie mit EUROCARD auch Geld bekommen – bis 1.000,– Mark bar auf die Hand.

Wenn Sie Ihre EUROCARD verlieren, verlieren Sie meist keinen Pfennig.

Sicherer als mit EUROCARD können Sie kaum über Geld verfügen. Und vielseitiger zahlen auch nicht. Nur wenn Sie Ihre EUROCARD verlieren, ist sie kein Zahlungsinstrument mehr. Sondern nur noch eine Plastikkarte.

Sie melden den Verlust bei EUROCARD. Was dann geschieht, ist nicht mehr Ihr Problem. Und selbst, wenn Sie den Verlust nicht gleich bemerken, haften Sie für höchstens 100 Mark.

Mit der EUROCARD kostet vieles ein bißchen weniger, als auf der Rechnung steht.

Das ist kein Wunder. Sondern hängt mit der Abrechnung zusammen. Die kommt immer erst einige Zeit später, oft erst nach mehreren Wochen. Und das bringt Ihnen Zinsgewinn. Je mehr Sie Ihre EUROCARD benutzen, um so mehr summiert sich das im Laufe der Zeit.

Und weil alle Posten eines Monats gemeinsam belastet werden, sparen Sie zusätzlich noch Buchungsgebühren.

Weil EUROCARD in allen wichtigen Währungen gilt, erspart sie Ihnen jede Wechselei.

Wer oft reist, kennt den mühsamen Umgang mit verschiedenen Währungen. Man muß sich an jede einzelne erst gewöhnen. Wie gut, daß es heute eine Währung gibt, die Ihnen nicht nur das erspart, sondern auch mögliche Umtauschgebühren.

Ob Sie Ihren Linienflugschein so oder so bezahlen, kann im Ernstfall 150.000 DM Unterschied bedeuten.

Weil viele EUROCARD-Besitzer häufiger reisen, haben wir noch eine Besonderheit mit jeder EUROCARD verbunden. Wenn Sie mit ihr eine Flug- oder Schiffsreise bezahlen oder einen Wagen mieten, sind Sie automatisch gegen Unfall versichert. Im Todesfall mit 100.000,– und bei Invalidität mit 150.000,– DM.

Was Sie mit der EUROCARD bezahlen, ist Ihre Sache. Wie Sie bezahlen, steht hier.

Auf Ihrer EUROCARD sind Ihr Name, die Karten-Nummer und die Gültigkeitsdauer eingeprägt. Sie brauchen sie nur noch zu unterschreiben und bezahlen dann einfach so:

Sie legen die Karte vor, die eingeprägten Angaben werden mit einem Druckgerät auf einen Abrechnungsbeleg übertragen und Datum und Rechnungsbetrag in der jeweiligen Landeswährung eingefügt.

Sie prüfen und unterschreiben den Beleg und bekommen zusammen mit der Rechnung eine Kopie zur Kontrolle in die Hand.
Einmal im Monat schickt Ihnen EUROCARD Deutschland eine Gesamtrechnung über die Belege, die sich angesammelt haben.

Etwa eine Woche später wird der Rechnungsbetrag durch Lastschrift von Ihrem Konto abgebucht. Das ist alles.

Möchten Sie sich von den Vorteilen der EUROCARD erst selbst überzeugen? Dann geben wir sie Ihnen drei Monate lang beitragsfrei.

Überzeugen Sie sich drei Monate von den Vorteilen der EUROCARD – ohne Beitragskosten. Nach Ablauf der drei Monate zahlen Sie für die folgenden 12 Monate einen Jahresbeitrag von DM 80,–. Sollten Sie bis Ende des dritten Monats nicht voll überzeugt sein, geben Sie die EUROCARD einfach zurück.



Sind das nicht viele gute Gründe, gleich bei Ihrer kontoführenden Bank oder Sparkasse nach der EUROCARD zu fragen? Oder wenden Sie sich an Ihr Postscheckamt.

EUROCARD. Ein weltweiter Service der deutschen Banken und Sparkassen.

gesichts des internen Rumorens linke SEW-Kritiker die Möglichkeit einer „Spaltung“ der Partei („taz“). Amtliche SEW-Beobachter dagegen sind sich in der Bewertung ausnahmsweise mit der Parteiführung einig.

Ein Berliner Verfassungsschützer: „Die haben so ein bißchen Probleme mit der jungen Generation und der Konkursmasse aus der Apo und Studentenbewegung. Das regeln die mit Ausschluß. So was schmeißt die SEW nicht um.“

PROZESSE

Harte Kiste

Erst Jungfilmstar, dann terrorismusverdächtig — in dieser Woche wird dem Münchner Christof Wackernagel der Prozeß gemacht.

Als die Anführer und Namensgeber der „Baader-Meinhof-Gruppe“ schon drei Jahre in Haft saßen, drehte der Münchner Schauspieler Christof Wackernagel das alpenländische Lichtspiel „Die Magd“. Der Heimatfilm von 1975 geriet so lieblich und unpolitisch, daß ihn sogar das bayrische Fernsehen ankaufte.

Ausstrahlen allerdings mochte der Sender das Alpenopus zum vorgesehenen Zeitpunkt, im August 1978, nicht, denn Hauptdarsteller Wackernagel hatte inzwischen eine andere Rolle gespielt: Anfang November 1977 war er mit seinem Freund Gert Schneider nach einem Schußwechsel mit holländischen Polizisten in Amsterdam verhaftet worden.

Die beiden gelten seitdem als Terroristen. Diese Woche wird ihnen vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, in der umgebauten und besonders gesicherten Polizeikaserne an der Tannenstraße, der Prozeß gemacht. Die Anklage lautet auf versuchten Mord und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. 65 Zeugen und vierzehn Sachverständige hat die Bundesanwaltschaft aufgeboten — Gewähr für eine monatelange Verfahrensdauer.

Der Weg des heute 28jährigen Wackernagel aus der Glimmerwelt des „Engelchen“-Films in den Untergrund, vom Jungfilmstar, der schon mit 16 Erfolg hatte, bis auf einen der obersten Plätze in der Liste der Terroristenfahnder, ist verschlungen und auch für manche, die ihm nahestanden, schwer nachvollziehbar.

Die Widerstandsvergangenheit und Hafterfahrungen des Stiefvaters in der Nazizeit, der Einfluß linker Filmemacher, die frühe Verführung durch das große Geld, Rauschgiftschmuggel, eigene Drogenabhängigkeit, Entziehungskuren und ein politisches Engagement für die aus der Gesellschaft ausgestiegenen Fixer — Stationen, die ihn vielfältig prägten.



Angeklagter Wackernagel
Vom „Engelchen“ in den Untergrund

Für seine Mutter, die Schauspielerin Erika Wackernagel, ist der frühere Stuttgarter RAF-Anwalt Klaus Croissant (zweieinhalb Jahre Freiheitsstrafe wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) an allem schuld: Er sei für Christof „der Übervater“ gewesen, dem er „jahrelang nachgelaufen“ sei.

In Stuttgart lernte Wackernagel die Croissant-Helfer Volker und Angelika Speitel kennen — *er* heute Kronzeuge gegen die zweite Terroristengeneration, *sie* inzwischen wegen Polizistenmordes zu lebenslänglich verurteilt.

Auch zu dem noch flüchtigen Ralf Friedrich und dem als Stammheimer Waffenschmuggler verurteilten Croissant-Kollegen Arndt Müller bekam er Kontakt. Er wohnte mit ihnen in einer Kommune und engagierte sich in Hilfskomitees gegen überzogene Haftbedingungen der einsitzenden Terroristen.

Croissant führte seinen Schüler als Tonbandtechniker in den Stammheimprozeß ein und ließ ihn Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe live erleben.

Mit einer gebrauchten Videokamera filmte Wackernagel 1976 auf dem jährlichen Gartenfest von Kanzler Schmidt — Aufnahmen, die später in Croissants Kanzlei auftauchten. Fahnder vermuteten denn auch mehr als nur professionelle Interessen. Sie verdächtigten ihn zeitweise auch, die Videobänder des entführten Hanns Martin Schleyer aufgenommen zu haben, mit denen die Erpresser ihre Forderungen zuspitzten.

Sein mitangeklagter Freund Gert Schneider, 31, hat nach den Erkenntnissen der Ermittler in einer Baseler Waffenhandlung ein halbautomatisches Gewehr vom Typ „Enforcer“ samt Munition gekauft, soll am 31. Oktober 1977 an einem Sprengstoffanschlag auf das Oberlandesgericht Zweibrücken teilgenommen haben und ist kurz vor seiner Verhaftung unter Falschnamen von Bagdad über Prag nach Amsterdam geflogen.

Wackernagel verschwand im Sommer 1977 von seinem Arbeitsplatz im Croissant-Büro und soll sich am 4. September 1977, amtlichen Observationen zufolge, in Wuppertal unter konspirativen Umständen mit vier Genossen getroffen haben und dort mit einem Revolver ausgerüstet worden sein. Hierbei habe man ihm offenbart, daß den Freunden „der Arsch auf Grundeis“ gehe wegen „einer harten Kiste, härter



Wackernagel-Tatort in Amsterdam: Prozeßvariante durch Panzerwesten?

HANDELSBLATT **MANAGER-TEST DER WOCHE** **(1)**

Frage 1: Für Wirtschafts-Experten: Wieviel Milliarden Mark müssen die Deutschen 1980 gegenüber 1979 für ihre Ölrechnung mehr aufwenden?

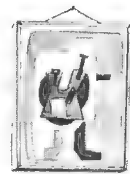
Frage 2: Für Geldanleger: Wie wird sich die Rendite bei festverzinslichen Wertpapieren entwickeln?

Frage 3: Für Export-Experten: Wie viele VW Golf werden 1980 nach USA exportiert?

Frage 4: Für Mittelstands-Experten: In welcher Höhe standen 1979 Bundesmittel zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verfügung?

Frage 5: Für Management-Experten: Was haben die Dienstbezüge der Top-Manager mit der Ertragslage ihres Unternehmens zu tun?

Frage 6: Für Kunst-Experten: Wer kaufte ein Antes-Gemälde weit über Marktwert?



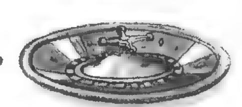
Frage 7: Für Branchen-Experten: Warum explodieren z. Zt. die Preise für Foto- und Filmmaterial?



Frage 8: Für Konjunktur-Experten: Wird das Bruttosozialprodukt in den westeuropäischen Industrieländern in diesem Jahr wachsen oder sinken?

Frage 9: Für Versicherungs-Experten: Wie haben sich die Umstufungen in der Kfz-Vollkaskoversicherung zum 1. Januar 1980 für die Autofahrer ausgewirkt?

Frage 10: Für Freizeit-Experten: Was bringt das „Nummern-Favoriten-Spiel"?



Die richtigen Antworten haben in der Woche vom 7. bis 11. 1. 1980 im Handelsblatt gestanden. Sie finden sie auf der übernächsten Seite.

Lürzer, Conrad

als das, was bisher gelaufen ist". Am nächsten Tag wurde Hanns Martin Schleyer in Köln entführt, vier seiner Begleiter starben im Kugelhagel.

Ob es sich bei alldem um erhärtete Indizien oder nur um Spekulationen der Ermittler handelt — über eine Beteiligung am Mordfall Schleyer wird in Düsseldorf nicht gerechtet. Die niederländischen Justizbehörden lieferten Schneider und Wackernagel im Oktober 1978 wegen des Amsterdamer Schußwechsels an die Bundesrepublik aus. Der allein kann die Angeklagten teuer zu stehen kommen; im Extremfall droht ihnen lebenslänglich.

Ihr Appartement am Amsterdamer Baden Powellweg hatte längst unter Observation gestanden, ein niederländisches Polizeikommando und deutsche Zielfahnder lagen auf Lauer, als die beiden Verdächtigen am 10. November 1977 nachts aus ihrem Hause traten und zur nahegelegenen Telephonzelle an der Domela Nieuwenhuisstraat gingen.

Ein Kripomann öffnete die Tür der Telephonzelle, sprach die Deutschen an, dann fielen Schüsse. Die holländischen Polizisten, so bestätigte das niederländische Justizministerium später, hatten das Feuer eröffnet.

Wackernagel soll laut Anklage vier gezielte Schüsse abgegeben, Schneider eine Handgranate gezündet und in Richtung der Beamten geworfen haben. Beide Täter blieben, von mehreren Schüssen getroffen, liegen. Schneider wurde schwer verletzt.

Drei der zehn holländischen Polizeibeamten erlitten Schußwunden. Daß sie noch leben, verdanken sie wohl ihrer Ausrüstung mit Panzerwesten.

Dieser Umstand allerdings kann auch den Angeklagten zugute kommen und die juristische Routine einschlägiger Terroristenprozesse mit einer bedeutsamen Variante durchbrechen.

Denn wenn die Täter, bevor sie abdrückten, die schußsichere Kleidung der Beamten bemerkt haben, so kann ihnen auch nicht mehr ohne weiteres der Vorsatz unterstellt werden, sie hätten deren Tötung billigend in Kauf genommen. Ob Mordversuch oder nur gefährliche Körperverletzung — der Unterschied im Strafmaß fällt ins Gewicht: maximal lebenslänglich oder maximal fünf Jahre.

BAYERN

Rat ä. O.

Sonderbare Apparate, die Krebs und Rheuma abhalten sollen, umgeben das Münchner Amtsgericht. Eine Jubiläumschronik enthüllt noch andere Betriebsgeheimnisse der Justiz.

Am 10. Mai 1897 wurde „auf allerhöchsten Befehl seiner Königlichen Hoheit des Prinz-Regenten" und unter Fanfarenklängen der Justizpalast in München eröffnet — ein „Monumentalbau ersten Ranges", wie sein Erbauer Friedrich Thiersch kundtat, und mit 138 Metern Länge, 81 Metern Breite und 25 Metern Höhe sogar dem Reichsgerichtsgebäude zu Leipzig um einiges voraus.

Schon damals beherbergte der Münchner Palast das größte Amtsgericht des Reichs mit über sechzig Richtern. Doch das Haus war nicht nur das größte seiner Art, es wurde später in gewisser Weise auch das sicherste. Denn rund um das prachtvolle Gebäude sind zwanzig geheimnisvolle Abschirmvorrichtungen eingegraben, die Richter und Justizbeamte vor Rheumatismus, Schlaflosigkeit und „vor allem vor der schlimmen Krebskrankheit" schützen sollen.

Das unterirdische Geheimnis wird erst jetzt enthüllt, in einer vom Amtsgericht München herausgegebenen

* 1936 als Reichsjustizminister, mit seinem Staatssekretär Roland Freisler, dem späteren Präsidenten des „Volksgerichtshofs".



Bayern-Politiker Gürtner (r.)*: Angst vor Wasserstrahlen

„Chronik“*. Nach dieser Schrift, wohl vornehmlich für den innerbehördlichen Gebrauch gedacht, sind die Strahlenschutzapparate gegen Wasserläufe im Untergrund seinerzeit von dem Wünschelrutengänger und Benediktinerpater Cyrillus Wehrmeister vom Kloster Sankt Ottilien erfunden worden. Den Chef der Strafrichter am Amtsgericht München und Verfasser der „Chronik“, Han Brunschlik, erinnert des Paters Schöpfung an einen „Holzkasten mit kreuz- und quergespannten Kupferdrähten“. 400 Mark nahm der fromme Mann für die Apparatur.

Besonders ängstlich gegenüber Wasserstrahlen und deshalb besonders angetan von des Paters Geräten war der bayrische Justizminister Franz Gürtner, der von 1922 bis 1932 amtierte. Der national gesinnte Jurist wurde von Adolf Hitler ins Reichskabinett übernommen, jedoch ist unbekannt, ob er auch sein Berliner Ministerium durch die klösterlichen Abschirmgeräte schützen ließ. Einigermaßen sicher ist allerdings, daß Gürtner 1941 nicht an Rheuma oder Krebs, sondern an den Folgen einer Grippe starb.

Dem Wohl und Wehe der Richter und Justizbeamten widmet sich die Münchner „Chronik“ überhaupt mit besonderer Sorgfalt. Schon in der Frühzeit trugen die Erstinstanzgerichte schwer an der „Bürde einer unerschwinglichen buntgefärbten Sphäre“. Neben der Abfassung von „Gebärdenprotokollen“ und der „Spähe auf Deserteure“ oblag den Richtern nämlich auch die Sorge für „müßige oder brodlose Menschen“, die „Vorlage genauer Tabellen über den Viehstand“ oder die „Nachvisitation aller Herde und Kamine“, und sie mußten persönlich anwesend sein „bey allen Schulprüfungen“ und sogar „bey jedem Impf- und Impf-Controll-Acte“. Die „Taxation des Bieres“ und die damit verbundene „periodische Visitation aller Schenken“ bot da vermutlich nur einen bescheidenen Ausgleich.

Ein „rechtzeitiges und erkleckliches Besorgen aller Geschäfte“, so klagte damals ein Richter vor der Ständeversammlung des Königreichs Bayern, war da natürlich eine „absolute Unmöglichkeit“. Denn: „Der thätige Beamte erkrankt oder führt ein sieches schwermuthvolles Leben, der Unterthan seufzt. Und Recht im vollen Sinne des Wortes wird trotz hoher Abgaben bey den gemischten Erst-Instanz-Gerichten nur selten gespendet.“

Noch galten das Münchner Stadtrecht sowie das bayrische Landrecht, und die Richter in „schwarzwollener Robe und einem Barett aus schwarzem Samt“ pflegten ziemlich unverhohlen eine Art Klassenjustiz — jedenfalls gab

* Amtsgericht München (Herausgeber): „Chronik des Amtsgerichts München 1879—1979“. Verlag Georg Lingenhöl, München; 224 Seiten; 35 Mark.

es damals einen eigenen Geschäftsbereich für „Strafsachen in Ansehung von Anzeigen und Privatklagen gegen distinguierte Personen".

Doch im Jahre 1900 wurde das undurchsichtige Regionalrecht vom Bürgerlichen Gesetzbuch abgelöst, sind im Münchner Justizpalast „erstmals Schreibmaschinen angeschafft" worden, „und zwar 6 Stück". Und bald danach erlebten die Richter „Jahre der Gehaltskürzungen" und — vielleicht schlimmer noch — neue Vorschriften über ihre Titel. So wurde beispielsweise ein „Amtsgerichtsrat ä. O." (älterer Ordnung) geschaffen. Ein Betroffener jammerte im Justizministerium, daß „seine Frau im Kaffeekränzchen nunmehr nur noch als ‚Frau Amtsgerichtsrat älterer Ordnung' tituliert werde".

nicht belasteter Richter" nur 14 besetzt werden — zunächst.

1956 wurde Ernst Großer zum Präsidenten des Amtsgerichts München ernannt, der in der „Chronik" als „eine elegante Erscheinung" dargestellt wird und sich immer „für das von ihm als Recht Erkannte eingesetzt" habe, „nachdrücklich und unerschütterlich". Seine Rolle als Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München während des Dritten Reiches bleibt in der „Chronik" unerwähnt.

Wie eine lästige Hypothek schleppte das Amtsgericht denn auch die „Registratur S" mit sich herum, eine laut „Chronik" bis 1960 auf „ziemlich zweifelhafter Rechtsgrundlage" verwaltete Sammlung von 100 000 Spruchkammerakten und einer Million



Münchner Justizpalast: „Der thätige Beamte führt ein schwermuthvolles Leben"

Vom politischen Umbruch 1933 wurde das Amtsgericht München nach eigener Darstellung „weitgehend verschont", denn es blieb „im wesentlichen alles beim alten". Allerdings begannen nach der Machtergreifung Hitlers manche Rechtsbeamte „in außergewöhnlicher Weise die Karriereleiter heraufzusteigen".

Präsident des Amtsgerichts wurde damals Gustav Sprick, der mit Adler und Hakenkreuz auf dem Talar auftrat und seinen Untergebenen ein ganz neues Gefühl von Law and order beibrachte: Frühmorgens stand er „mit der Taschenuhr in der Hand" am Portal und kontrollierte das „rechtzeitige Eintreffen der Richter". Doch richtig sichtbar wurde das ganze Ausmaß des Umbruchs erst 1945. Von den 108 Richterplanstellen konnten vor allem wegen der „geringen Zahl politisch

ausgefüllter Meldebogen. Vom Justizpalast wurden die Polit-Akten in die Tiefgarage der ehemaligen Herzog-Max-Burg verfrachtet, dann auf den Speicher einer Amtsfiliale am Mariahilfplatz, wo sich freilich auch bald „die Tragebalken beängstigend durchbogen". Deshalb wanderte das ungeliebte Papier dann weiter in den Keller der Amtsgerichtsnebenstelle für die Bewährungshelfer.

In weiten Bereichen der bayrischen Justiz blieb es auch nach dem Zweiten Weltkrieg wie Anno dazumal. Besoldungsänderungen sorgten stets für „erhebliche Unruhe". Änderungen der Amtstracht (ab 1968: „keine Rangabzeichen mehr") und die Nivellierung von Amtsbezeichnungen wurden immer wieder als das „umwälzendste Ereignis" empfunden.

Wie einst beim „Amtsgerichtsrat ä. O." erzürnte es die Münchner Richter besonders, wenn eine neue Titulatur „nicht anredefähig" war — etwa der Zusatz „(L)" für Abteilungsleiter. Dagegen erhoben die betroffenen Münchner Amtsrichter 1973 sogar Verfassungsbeschwerde, wenngleich am Ende vergeblich.

Nach den Massendemonstrationen der Apo Ende der sechziger Jahre wurde ein „Rufbereitschaftsdienst" in Strafsachen eingerichtet. Auch während der Olympischen Sommerspiele 1972 und während der Fußballweltmeisterschaft 1974 leisteten die Münchner Richter einen „Sondereinsatz in zwei Schichten", um „mit einem erhöhten Geschäftsanfall" fertig zu werden.

Allerdings hat München wohl als einzige Großstadt — und das ist wiederum nicht in der dicken „Chronik" vermerkt — bis heute keinen Bereitschaftsrichter in Zivilsachen. Auch wenn's noch so pressiert oder noch so hohe Werte im Feuer stehen — am Wochenende gibt es da keine einstweiligen Verfügungen.

Zu den Umwälzungen der Nachkriegszeit zählte auch das Vordringen der Frauen im Justizpalast. Bis dahin hatte trotz des geschriebenen „Reichsgesetzes über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege" aus dem Jahre 1922 das ungeschriebene Gesetz gegolten, daß Frauen für das Richteramt, insbesondere als Streit- oder Strafrichterinnen, überhaupt nicht in Frage kommen.

Die Schranke durchbrach „auf nachdrücklichst vorgetragenen Wunsch" 1954 die damals 31 Jahre alte Elisabeth Pahnke, die zum ersten weiblichen Streitrichter Münchens ernannt wurde. Wie viele ihrer männlichen Kollegen, deren früher Tod sorgfältig in der „Chronik" registriert ist, erlag freilich auch sie schon mit 38 der Last ihres Amtes.

Kluge Männer entzogen sich beizeiten der zermürbenden Gerechtigkeit und verschwanden wie der Präsidialrichter Ferdinand Gerritzen 1953 hinter Klostermauern. In dem wegen seines Bieres und Handkäses berühmten Kloster Andechs, über dem Ammersee, tut Gerritzen dort als Pater Daniel noch heute seinen Dienst.

Auch die jahrelang hin- und hergeschobene „Registratur S" hat inzwischen Ruhe gefunden — im Keller von Block A des 1977 fertiggestellten neuen Justizzentrums in München. Der Neubau mit seinen 50 Sitzungssälen kostete 100 Millionen Mark und übertrifft damit bei weitem den alten Justizpalast.

Doch obschon es sonst an nichts fehlt und obschon auch das neue Gebäude wieder direkt über dem Urstrom der Isar mit starken Grundwasservorkommen steht — die heilsamen Abschirmgeräte von Pater Cyrillus sind noch nicht aufgestellt worden. ◆

Das Geheimnis der Profis: Die „SA"-Cassette von TDK.

Wie Sie sich vorstellen können, ist man vor allem in professionellen Tonstudios auf besonders leistungsfähige Cassetten angewiesen. Von Berufs wegen. Bei den Profis hat der heutige Weltruf unserer „SA"-Cassette seinen Anfang genommen. Und so ist es auch nicht überraschend, daß sich heute vor allem anspruchsvolle HiFi-Freunde für die „SA" entscheiden. Diese Cassette beweist bei Geräten mit Bandsorten-Wahl in der „Chrom"-Position ihre beeindruckende Leistungsdimension.

Das also ist das Geheimnis vieler Profis. Und das Geheimnis der „SA"-Cassette: das Magnetmaterial „Super Avilyn". Diese Magnetpartikel-Technologie ist einzigartig!

Meinen Sie nicht auch, daß Sie Anspruch auf solch professionelle Leistung haben?!



Technologie des Fortschritts

TDK

TDK ELECTRONICS EUROPE GmbH
Georg-Glock-Str. 14 · D-4000 Düsseldorf 30

Für jede Bandsorten-Wahl die richtigen TDK-Cassetten:
Normal: „D", „AD" oder „OD"
High/Chrom: „SA"
Metal: „MA" oder „MA-R"

TDK ist offizieller Ausstatter der XXII. Olympischen Spiele 1980 in Moskau bei unbespielten Audio-Cassetten und Spulentonbändern.

HAKUHODO (DEUTSCHLAND)



A.B.S.
Toyota HiAce:
Beweisen Sie Durchblick.
Beweisen Sie im täglichen Geschäft Durchblick. Mit dem Toyota HiAce haben Sie einen Transporter, der, wenn es um die tägliche Arbeit, den Fahrkomfort, die Wirtschaftlichkeit und die Verwendungsvielfalt im Transportgeschäft geht, voll durchblickt.
Er hat eine Schiebetür seitlich extra, die Ihnen die Herumrennerei von der einen zur anderen Seite spart. Alle Armaturen sind übersichtlich und funktionell angeordnet und die wichtigsten Instrumente lassen sich leicht vom Lenkrad aus bedienen. Großzügig gestaltete Fensterflächen sorgen für eine optimale Rundumsicht, bequeme Limousinensitze für ermüdungsfreies Fahren. Und so leicht er zu fahren ist, so wendig ist er auch zu lenken.
Beweisen Sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht Durchblick. Der Toyota HiAce begnügt sich mit Normalbenzin, schluckt wenig und ist auch als Kastenwagen, oder als Führerhaus mit Fahrgestell und individuellem Aufbau zu haben. Sein robuster 1,6-Liter-Motor und seine solide Technik machen ihn so zuverlässig.
Sie sehen, der Toyota HiAce ist ein Transporter, der mitten im Geschäftsleben steht und Punkt für Punkt durchblickt.
Ihr Toyota-Händler verschafft Ihnen gerne einen Überblick.
Toyota HiAce
1,6 Liter, 49 kW (66 PS)
Wendekreis 10,6 m
Anhängelast 1.400 kg
Ladefläche:
Länge 2.680 mm
Breite 1.520 mm
Ladehöhe 1.245 mm
15.500,– DM
unverb. Preisempfehlung
+Überführung
TOYOTA Vertrauen Sie Ihrem Verstand

„Die haben mir nie verziehen“

SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über den BP-Chef Hellmuth Buddenberg und seine Rivalen

Chef zu sein in einem Ölkonzern ist etwas, das den ganzen Mann fordert. Ein solcher Mann blickt stählern in die Gefahren der Zukunft, erteilt den Regierenden mit Gram auf der Stirn Zensuren und zeigt dem verängstigten Bürger mit einem Zähneblekken, das Berge versetzt, auf wen in dieser Welt allein noch Verlaß ist.

Wenn wir ihn nicht hätten, diesen Mann an der Spitze, dieses Wunder aus Stuyvesant, Marlboro und Upper Manhattan, diesen Kerl, der auch im gelben Schutzhelm noch aussieht wie ein Standmodell für „Vogue“, für „lui“, zumindest aber für „Vital“, unsere an Vorbildern so arme Zeit hätte wenig, an das sie sich halten könnte.

Da sitzen sie denn in der ZDF-Bilanzsendung oder im „heute-Journal“ und sagen — jeder Zoll ein Staatsmann —, wie es ist, wie es sein müßte und wie es kommen wird. Ihre Worte sind austauschbar, ihre Köpfe desgleichen, denn wen kümmert's nun schon, ob Oehme von Esso ist oder von Shell, Buddenberg von BP oder von Texaco, von Bennigsen-Foerder von Veba oder von Mobil Oil. Die Herrscher über das Ölgeschäft, sie reden alle das gleiche.



BP-Chef Buddenberg, Besucher*: Auch mit Helm wie ein Modell

Doch einer von ihnen redet mehr als die anderen.

Doch einer aus dem Chor ist unteilbarer. „Sehr geehrter Herr Buddenberg“, schalt Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff den Betreffenden per Telex am 7. Februar 1980, „Sie haben innerhalb Ihrer ausgedehnten Interview-Tätigkeit erneut eine bezifferte Erhöhung der Benzin- und Ölpreise angekündigt, diesmal um 0,03 DM je Liter.“

Zum Teufel, zum Lambsdorff und zum Oehme: Buddenberg auf allen Röhren und Kanälen. Buddenberg in „Bild“ und vor den Redakteuren der „Frankfurter Rundschau“, Buddenberg in Boulevard-Blättern und in „Capital“, Buddenberg mit Lesern des „Hamburger Abendblattes“ und mit Ex-Bundesbank-Präsident Karl Klasen bei der „Zeit“, Buddenberg gestern, heute und morgen, Buddenberg auf Sturm und mit Maßfrisur — Figaro *hier,* Figaro da.

Und Buddenberg als Nervensäge der Branche: Sektkorken, so wird berichtet, sollen im 9. Stock des Esso-Hochhauses, in Sichtweite des Buddenberg-Büros in Hamburgs City-Nord, geknallt haben, als die Herren von der Konkurrenz erfuhren, das sorgsam ausgefeilte Lambsdorff-Telex sei verdientermaßen an den Empfänger abgegangen. Bei der Konkurrenz nämlich war durchaus bekannt, was außerdem noch in dem Minister-Fernschreiben stand: „Sie haben mir“, so wollte der Graf den stets etwas vorneweg getragenen Gemeinsinn des BP-Chefs strapazieren, „bei anderer Gelegenheit freundlicherweise gesagt, Sie wollten uns in der Energiepolitik helfen. Mit Ihren Äußerungen tun Sie das genaue Gegenteil.“

Aber Hellmuth („Zackzack“) Buddenberg, 55, mit westfälischem Hartschädel begabt, kuscht vor dem baltischen Grafen nicht, und auch nicht vor den Kollegen aus der Chefetage nebenan. Wenn der große Krach kommt, geht der Spaß erst richtig los.

Mit Viel-Feind-viel-Ehr-Stimmung war der sportsverbundene Betriebswirt schon angetreten, kaum daß er 1965 in der deutschen Niederlassung der britischen BP-Gruppe den Vorstandssessel des Finanzchefs erklommen hatte. Schon bald versetzten ihm die eher maghrebinischen Geschäftsführungskünste des BP-Chefs Albert Hallmann ständige Adrenalinstöße.

Rasch hatte Betriebswirt Buddenberg seinen Laden nach alter Fähnleinführer-Art („Jawohl, das war ich“) als Sauhaufen ausgemacht. Und recht hatte er ja: Als es dank des freien Ölhandels abwärts ging mit den Preisen der Konzernware, war die deutsche BP als erste in den roten Zahlen, und als der kostenbewußte Buddenberg 1976 Hallmann-Nachfolger wurde, stand es mit der Gesellschaft böser denn je.

* Finanzminister Hans Matthöfer (r.), in einer BP-Raffinerie.

Noch gar nicht ganz im Amt, machte Finanzmann Buddenberg sich ans Umkrempeln. Nach einschlägigen Vorbildern aus USA richtete er „profit centers“ ein, Abteilungen also, die für ihre Erträge selber verantwortlich waren, und feuerte einige hundert Mitarbeiter.

Das wiederum konnte nicht ohne Stunk abgehen, und schon wieder war die Herausforderung da. Bei dieser Gelegenheit reaktivierte Buddenberg seinen in kurzen Hosen erlernten Korpsgeist und tüftelte einen Sozialplan aus, dessen bis ins Psychosomatische gehenden Aspekte selbst den Betriebsrat verblüfften.

Für Buddenberg aber war jeder auch noch so teuer Wegzurationalisierende billiger als ein überflüssiger Arbeitsplatz. Buddenberg nach gelungenem Werk: „Heute verkaufen wir mit 4200 Leuten 25 Millionen Tonnen Ölprodukte, vor fünf Jahren waren es nur 15 Millionen.“

„Der Oberbuchhalter will Konzernchef spielen“, hatte die Branche damals noch gehöhnt und sich dabei ganz wesentlich geirrt. Buddenberg, gereizt wie ein Stier, beschloß einen Mehrfrontenkrieg gegen das Ölestablishment, und der war gefährlich.

In der Ölzunft nämlich herrschten damals so Hartgesottene wie der schon



als Sohn eines Shell-Bosses aufgewachsene Shell-Chef Johannes („Johnny") Welbergen und auch schon der als Assistent des Exxon-Generals John Kenneth Jamieson mit internationalen Weihen versehene Esso-Chef Wolfgang Oehme.

Die Branchen-Hackordnung wurde dadurch noch gefestigt, daß Esso, Shell, aber auch Texaco und Mobil Oil betriebswirtschaftliche Vorteile genossen, die der international unerfahrene Buchhalter Buddenberg auch mit besten Reformen nicht ausgleichen konnte: die Gewinne aus den kaum besteuerten deutschen Öl- und Gasquellen.

Diese Windfall-profits der anderen aber ärgerten Zackzack Buddenberg solchermaßen, daß er sofort frontal auf sie losging. Als schließlich Bundesfinanzminister Hans Apel über Veba-Chef von Bennigsen-Foerder, der in gleicher Lage war wie Buddenberg, von den wettbewerbsverzerrenden Windfall-profits unterrichtet wurde, war die Toleranzschwelle der Zunft überschritten. Die Sprüche über den Kollegen Buddenberg wurden nun hinterhältig.

Ölverbandschef Welbergen monierte, es sei unfein, die Konkurrenz beim Minister zu verpetzen. Als Buddenberg den als teuren Gutachter bekannten Hamburger Wirtschaftsprofessor Harald Jürgensen zur Untersuchung der Windfall-profits animierte, streuten die anderen Ölfirmen, wieviel der Professor für seine Dienstleistungen von der BP empfangen habe. Als Buddenberg und sein Public-Relations-Chef Wolfgang Müller-Michaelis in Sachen Windfalls durchs Land reisten, höhnte die Branche, ein neues siamesisches Zwillingspaar gehe um, und das heiße „Buddi und Mümi".


Veba-Chef Bennigsen-Foerder
Die Konkurrenz höhnte zu früh

Vollends für übergeschnappt erklärten die anderen den BP-Chef, als der mit HSV-Manager Günter Netzer einen Vertrag abschloß, nach dem die einstige Uns-Uwe-Mannschaft nun mit dem BP-Emblem vor dem Brustbein auftreten sollte — gegen Geld natürlich.

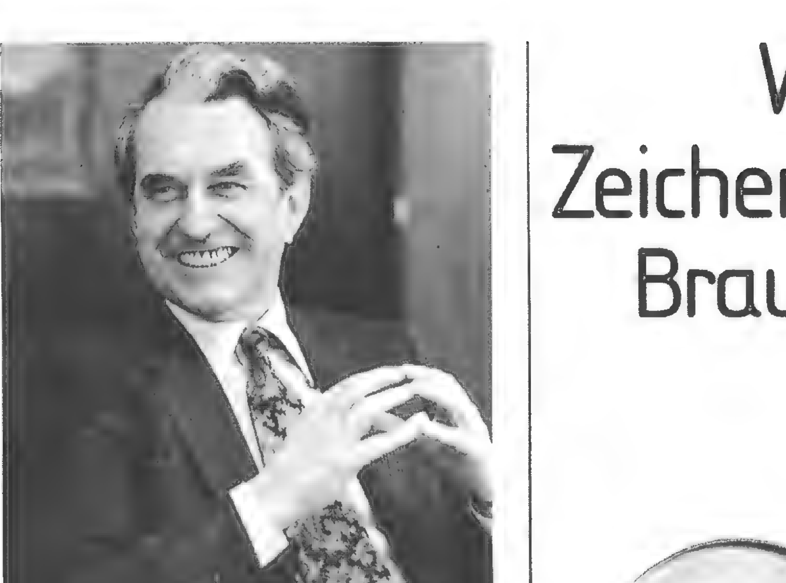
Mit Tricks solcher Art aber hatte der BP-Chef, immer noch hart an der Leine seiner Londoner Muttergesellschaft, seine Firma Schritt für Schritt als rein deutsches Unternehmen verkaufen wollen — was Esso und Shell mit anderen Mitteln gleichfalls versuchten.

So ließ sich Essos Oehme mit Bedacht in so deutsche Organisationen hineinwählen wie in das Präsidium der Hamburger Handelskammer und in den Senat der Max-Planck-Gesellschaft. Johnny Welbergen war seinem Ruf und dem deutschen Volk durch Verkehrsschulen und heftige Aktivitäten zur Ergründung von Jugendproblemen zu Diensten.


Shell-Chef von Ilsemann
Öffentlichen Auftritten abgeneigt

Daß sich der vermeintlich tumbe Buddi zudem mit dem deutschen Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder gut verstand, führten die Branchen-Herren irrtümlich auf die gemeinsame Interessenlage der Veba und der BP in Sachen Windfall-profits zurück. Auch den Herrn von Bennigsen nämlich, den das Ölestablishment 1977 als Vorstandsvorsitzenden des Mineralölwirtschaftsverbandes verheizt hatte, hielten die altgedienten Ölbosse, was ihr Metier anging, für etwas unterbelichtet.

Das förderte die Rabentraulichkeit der beiden beträchtlich — und am 16. Juni 1978 sah sich die Ölbranche von beiden so perfekt hereingelegt wie nie zuvor. An diesem Tag verkündeten Veba und BP in getrennten Pressekon-



Esso-Chef Oehme
Das Selbstgefühl war strapaziert

ferenzen die fast vollständige Übernahme des Ruhrgasanteils der Veba und eines Teils ihrer Mineralölbetriebe durch die BP zum Preis von 800 Millionen Mark. Nun war Buddenberg nicht mehr der hochgekommene Buchhalter, sondern einer, der Konzernstrategie betrieben hatte.

Das Selbstgefühl der Branchen-Profis (Profi Oehme: „Umsatz macht noch keinen Gewinn") war nun arg strapaziert. Erstens waren Veba und BP mit diesem Geschäft schlagartig saniert. Zweitens saß Buddenbergs BP, ähnlich Esso und Shell, in der Ruhrgas AG, nur hatte die BP nun den größten Anteil. Drittens rückte die BP vor Esso und Shell an die erste Stelle unter den deutschen Ölgesellschaften. Viertens und schlimmstens: Niemand hatte in der gesamten geschwätzigen Ölzunft von dem Riesending etwas geahnt. Buddenberg: „Das haben die mir nie verziehen."

Nachdem ihm dies geglückt war, ging Buddenberg an die traditionelle Hackordnung der Branche. Er war nun der Größte, und das sollte gefälligst auch auffallen. Von Stund an gefiel sich der BP-Chef in kleinen Überraschungs-Coups, mit denen er nicht nur für seine Firma, sondern auch für die anderen tätig zu werden meinte.

Als vergangenen Sommer das Bundeskartellamt — wieder einmal — ein Verfahren gegen die abgestimmte Preispolitik der Konzerne einstellen mußte, wollte Buddenberg das Amt zwingen, die Untersuchungen bis zum bitteren Ende, also bis zur Ergebnislosigkeit, fortzusetzen. Als Mittel zu diesem Zweck war ihm eine Art Selbstanzeige eingefallen.

Wenig später ließ er großartig verkünden, 100 000 Mark in bar biete er

Die Anti-Stre

Was hat der Unternehmer denn davon, daß der Mitarbeiter weniger Streß hat? Einfach: Mehr Mitarbeit.

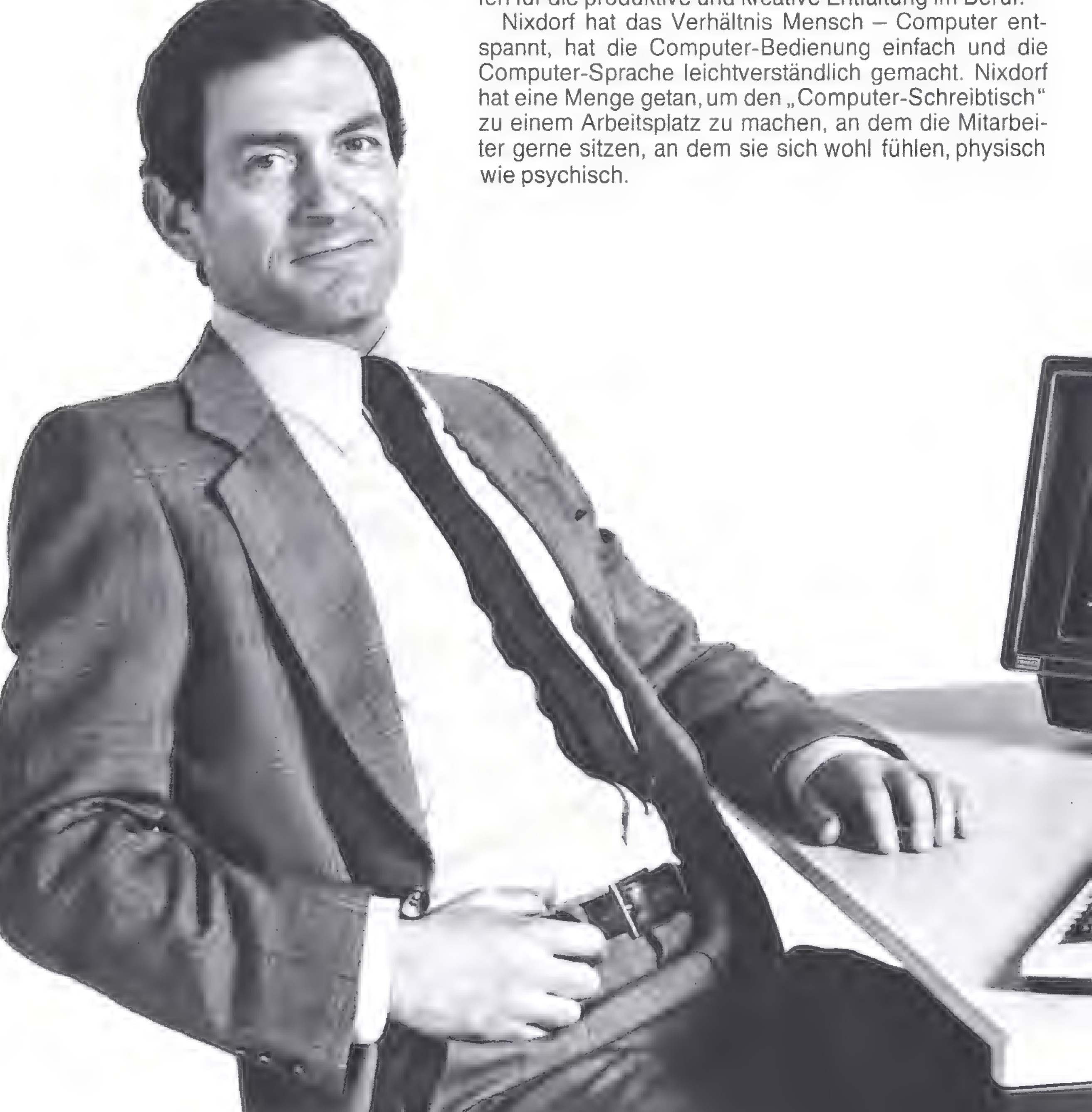
Streßfaktor Nr. 1 im Büro ist die zeit- und nervenraubende Routinearbeit, „Schreibtischkram", der die Produktivität blockiert und die Kreativität bremst.

Streßfaktor Nr. 2: der Informationsmangel, der den Arbeitsfluß hemmt, das ständige Daten-Defizit, das umständliches Nachfragen und Nachforschen nötig macht.

Gegen beide Streß-Ursachen gibt es die Arbeitsplatz-Computer von Nixdorf. Bildschirm-Computer für jeden Schreibtischplatz im Büro, an dem Daten zu erfassen und zu verarbeiten sind oder wo aktuelle Informationen verfügbar sein müssen.

Computer, die den einzelnen Sachbearbeiter in seinem Tätigkeitsbereich entlasten. Intelligente Dialog-Partner, die ihn über die für seine Arbeit wichtigen Betriebsvorgänge informieren. Anti-Streß-Maschinen, die von der Routinearbeit befreien und Freiraum schaffen für die produktive und kreative Entfaltung im Beruf.

Nixdorf hat das Verhältnis Mensch – Computer entspannt, hat die Computer-Bedienung einfach und die Computer-Sprache leichtverständlich gemacht. Nixdorf hat eine Menge getan, um den „Computer-Schreibtisch" zu einem Arbeitsplatz zu machen, an dem die Mitarbeiter gerne sitzen, an dem sie sich wohl fühlen, physisch wie psychisch.



ß-Maschine.

Die Nixdorf-Forschung hat ihr besonderes Augenmerk auf die ergonomische Gestaltung der Computer-Arbeitsplätze gerichtet. Seit Nixdorf sich mit der Konzeption arbeitsplatz-orientierter Computer-Systeme beschäftigt, ist die Bedeutung der Ergonomie für eine humane und gleichermaßen leistungsbewußte Arbeitswelt konsequent in die Arbeitsplatzgestaltung einbezogen worden. Durch den modularen Aufbau aller Systemkomponenten wird ein Höchstmaß an Flexibilität erreicht. Dennoch werden Bildschirme, Tastaturen und Arbeitstische als zusammengehörige Einheit gesehen und angeboten.

Spezielle Lösungen wie reflexionsfreie Oberflächen im Sehfeld der Bildschirme, höhenverstellbare Tische, kontrastreiche, flimmerfreie Bildzeichendarstellung, wahrnehmungsphysiologisch optimale Bildzeichenfarbe, extrem flache Tastaturen und funktionell angeordnete Ablageflächen sind Beispiele für die Anwendung ergonomischer Erkenntnisse bei Nixdorf-Systemen.

Beispiele, die zeigen, was ein Computer-Hersteller (zum gleichen Preis!) für einen „menschlichen" Computer-Arbeitsplatz tun kann.

Sprechen Sie mit Nixdorf, dem Computer-Hersteller, der mit dem Konzept der arbeitsplatz-orientierten Datenverarbeitung groß geworden ist. Der mit seinem Beratungsservice und seiner Dienstleistung stets in Ihrer Nähe ist – und für Sie da ist – wenn Sie eine Organisationslösung brauchen, wie sie Ihnen nur Nixdorf bieten kann.

Geschaftsstellen und Werksvertretungen:
Aachen, Augsburg, Bamberg, Berlin, Bielefeld, Bonn, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Hamburg, Hannover, Hof, Ingolstadt, Karlsruhe, Kassel, Kempten, Kiel, Koblenz, Köln, Krefeld, Lübeck, Mannheim, Memmingen, Mühldorf (Inn), München, Munster, Neuss (Düsseldorf), Nürnberg, Osnabruck, Paderborn, Ravensburg, Regensburg, Rottweil, Saarbrücken, Siegen, Singen, Solingen, Stuttgart, Ulm, Wurzburg, Wuppertal







jedem, der seinem Unternehmen Preistreiberei nachweise. Einem Team des Zweiten Deutschen Fernsehens öffnete der BP-Chef das Zahlenwerk der Firma, damit „die Öffentlichkeit" sehen könne, ob nun krumme Gewinne eingestrichen würden oder nicht.

Peu à peu wurde Öffentlichkeitsarbeiter Buddenberg zum bekanntesten Menschen der Ölbranche, und das machte ihn noch unbeliebter als vorher. Seit Shell- und Ölverbandschef Johnny Welbergen Mitte 1979 Amt und Würden abgab, nämlich schien der Königsthron der Branche mühelos dem alerten Esso-Chef Wolfgang Oehme zuzufallen, den Kinder gern mögen, weil er im Fernsehen immer so nett lacht.

Mit Buddenberg als Branchen-Star tut sich das Gewerbe schwer. Denn zweifellos treibt der publikumswirksame Oehme weit geräuschloser Branchen-Reklame als Fähnleinführer Buddenberg, der stets den Verdacht erregt, aus der Rolle des Staatsanwalts beim Fernsehgericht in die falsche Sendung geraten zu sein.

Zum Glück haben die beiden Matadore gegenwärtig noch keine Last mit einem dritten Kandidaten um Platz eins. Denn Welbergen-Nachfolger Wilhelm von Ilsemann (ein gleichfalls adliger Kollege: „Ein Herr") wird den Vorstand der Deutschen Shell nur zwei Jahre anführen und mag öffentliche Auftritte gar nicht. Der in Holland aufgewachsene Sohn des letzten Flügeladjutanten von Kaiser Wilhelm II. verströmt seinen Gemeinsinn lieber auf internationalem Parkett — als Präsident des Welt-Erdöl-Kongresses.

Andererseits haben Buddenberg und Oehme nicht mehr allzuviel Zeit, die neue Ordnung zu etablieren. Denn nach dem vornehmen Herrn von Ilsemann wird einer Shell-Chef werden, der wieder an beste Traditionen der Zunft anknüpfen dürfte und keineswegs so fein schweigt wie sein Vorgesetzter: Hans-Georg Pohl, jetzt Vizechef des Unternehmens, dessen Schlaksigkeit nur Unkundige davon ablenkt, daß er seine Führungsqualitäten als Raffinerieleiter in Südafrika erprobt hat.

Aber dem ist der immer noch aufstrebende Hellmuth Buddenberg einstweilen um einige Punkte voraus. „Die haben längst nicht soviel Spielraum wie ich", lobt Buddenberg seine unternehmerische Unabhängigkeit vom Londoner Großaktionär. „Die können es gar nicht wagen, mal einfach auf Gewinne zu verzichten, weil es die politische Lage erfordert."

Trotz solcher gemeinwirtschaftlicher Ausrutscher gelang es Buddenberg schon zweimal, mit weitem Vorsprung vor den anderen Öldirektoren unter die von Wirtschaftsjournalisten gewählten drei besten Manager des Jahres zu kommen. Da ist denn auch die finsterste öffentliche Herausforderung gerade recht für den Helden, und die wiederum kam just zur rechten Zeit: Buddenberg hatte nichts dagegen, sich als stellvertretender Vorsitzender in den Aufsichtsrat der innen und außen kaputten AEG wählen zu lassen.

Sonst noch einer da, der was will?

LUFTFAHRT

Heulen und Zähneknirschen

Finanzminister Hans Matthöfer will es wagen, Subventionen zu streichen. An den Fliegern soll die neue Politik erprobt werden.

So sicher wie im Augenblick hat Hans Matthöfer sich noch nie gefühlt, seit er vor zwei Jahren den Job des Finanzministers übernommen hat.

Welche Regierung, fragte der Minister kürzlich einen Kollegen, werde es sich schon leisten, kurz vor der Bundestagswahl den Kassenwart zu feuern? „Ich kann meine persönlichen Vorstellungen", meinte Matthöfer, „immer wirksamer geltend machen."

Und weil das wohl nur bis zum Wahltag gilt, ist Hans Matthöfer finster entschlossen, die Zeit bis zum 5. Oktober gut zu nutzen.

Um in diesem Jahr zusätzliche Ausgaben — wie für die Türkei-Hilfe oder die Landesverteidigung — bezahlen zu können, um überdies den nächstjährigen Haushalt nicht mit noch mehr Schulden zu belasten, möchte der Bonner Finanzgewaltige einige Kabinetts-



Lufthansa-Maschine beim Tanken
Bald Steuern auf den Sprit?

kollegen nun endlich zum Sparen zwingen. „Heulen und Zähneknirschen“ sagt der Finanzminister bei den Betroffenen voraus.

Noch sind das nicht mehr als Drohgebärden, noch ist Hans Matthöfer den Beweis schuldig geblieben, daß er sich gegenüber den Begehrlichkeiten der Interessenten und den Forderungen der Kollegen durchsetzen will.

Daß er auch anders kann, das möchte der Finanzminister, quasi als Probelauf, bei einer vergleichsweise kleinen Gruppe demonstrieren — bei den Fliegern. Sie sollen schon in Kürze auf ihren Sprit Mineralölsteuer zahlen.

Die Luftfahrts-Betriebsstoffe — Flugbenzin, Düsentreibstoff und Schmierstoffe — sind seit 1953 von der Mineralölsteuer befreit. In den Fünfzigern sollte das Staatsgeschenk der deutschen Fliegerei bei ihrem mühsamen Nachkriegsstart helfen. Doch wie es mit Subventionen so geht: Auch als der Flugbetrieb längst wieder florierte, blieb die Steuerfreiheit.

Davon profitieren bislang nicht nur die gewerblichen Flieger, sondern auch jene meist gutsituierten Privatpiloten, die an Wochenenden mit ihren Knattermaschinen den Bürgern die Ruhe rauben.

Bereits im vergangenen Herbst, als über Energiesparmöglichkeiten diskutiert wurde, hatte es der Finanzminister auf die 750 Millionen Mark Subvention für Sportflieger, Lufthansa und Luftwaffe abgesehen. Doch die Fliegerlobby stoppte das Vorhaben erst einmal. Die Airline-Manager argumentierten, sie würden im Gegensatz zu den Autofahrern dem Staat keine Wegekosten aufbürden.

Stärkste Stütze der Luftfahrer waren Verkehrsminister Kurt Gscheidle und seine Lufthansa-treuen Beamten. Die Bonner Verkehrslenker sahen mit einer Flugsprit-Besteuerung die Staatslinie bereits im Trudeln.

Ihre Rechnung: Eine Boeing 727 verbrauche pro Flugstunde zwischen 5000 und 6000 Liter Sprit. Das koste in der Stunde dann 2500 Mark mehr, die an Mineralölsteuer an den Fiskus abzuführen seien. Die Lufthansa könne solche zusätzlichen Kosten nicht verkraften, rund 6000 Arbeitsplätze seien bei der bundesdeutschen Airline in Gefahr.

Wie die Flieger und ihre Lobby auf die stolze Zahl von 6000 kommen, läßt sich nicht nachvollziehen. Richtig ist allein, daß von der Mineralölsteuer nur der Inlandsflugbetrieb der Lufthansa betroffen würde, da auf den Verbrauch im grenzüberschreitenden Verkehr keine Steuer erhoben werden kann. Und richtig ist, daß die ohnedies teuren Inland-Tickets dann noch mal um rund 20 Prozent teurer würden.

Doch selbst die Lufthansa-geneigten Experten aus dem Bonner Verkehrsministerium räumten inzwischen auf einer internen Abteilungsleitersitzung ein,



daß auch höhere Inlandspreise den Monopolbetrieb Lufthansa kaum belasten würden.

Der inländische Flugverkehr befördere zu 80 Prozent Geschäftsreisende, die durch die höheren Preise nicht persönlich betroffen wären und deshalb auf die Luftbeförderung nicht verzichten würden.

Unwahrscheinlich ist deshalb auch, daß teurere Lufthansa-Tickets viele Reisende im grauen Flanell dazu veranlassen würden, über Berlin zu fliegen.

Zwar wären Umwegflüge über Berlin dann wohl noch preiswerter, als sie es jetzt schon sind. Doch ist zu bezweifeln, daß Geschäftsreisende stundenlange Flüge mit Umsteigen in Kauf nehmen, um einige Mark zu sparen.

Hans Matthöfer will sich jedenfalls von seinem Streichplan nicht mehr abbringen lassen. Wenn die Lufthansa wirklich ein paar selbstzahlende Passagiere verliere, so sein Kalkül, sei das auch nicht schlimm. Die würden dann wohl zum größten Teil auf die Bahn umsteigen und deren Defizit verringern. Das Defizit des Bundes läßt sich durch die Sprit-Besteuerung der Flieger immerhin um gut 350 Millionen Mark mindern.

Es wären noch 400 Millionen Mark mehr, wenn Matthöfer auch die Steuern behalten könnte, die von Hans Apels Bundeswehr-Fliegern abzuführen sind.

Doch die muß Matthöfer an den Kollegen auf der Bonner Hardthöhe zurückerstatten.

AFFÄREN

Geld im Koffer

Gegendarstellung: Betrifft: „Der Spiegel“ Ausgabe 7/80 Seite 48 „Geld im Koffer“. Die Darstellung, Goldbach habe mich als Konkursverwalter überrumpelt, indem er kurz vor Weihnachten über einen Strohmann die Bremer Handelsgesellschaft Mineralöl GmbH für 1 Mio. DM veräußerte, ohne daß mir die Beteiligung vorher bekannt gewesen sei, ist unzutreffend. Richtig ist, daß die Veräußerung der Rechte an der Gesellschaft vor dem 31. 8. 1979 (Tag der Konkurseröffnung) erfolgt war, Goldbach auch vor diesem Zeitpunkt den Kaufpreis in voller Höhe vereinnahmt hatte und damit untergetaucht war. Unrichtig ist ferner die Feststellung, die Montafan AG, deren Mitinhaber Goldbach sein soll, habe vor kurzem Ansprüche in Millionenhöhe angemeldet. Die Anmeldungen erfolgten seit dem 5. 8. 1979, so daß ich bereits in den Prüfungsterminen am 28. 11. 1979 diese Ansprüche zurückgewiesen habe.

Dr. Joneleit, Konkursverwalter

Am liebsten geschoben

Im feinsten Klub der deutschen Werbeprofis ist es zu einem handfesten Krach gekommen. Die Agentur-Künstler werfen sich gegenseitig vor, bei der Prämierung von Werbung Geschäftsinteressen zu verfolgen.

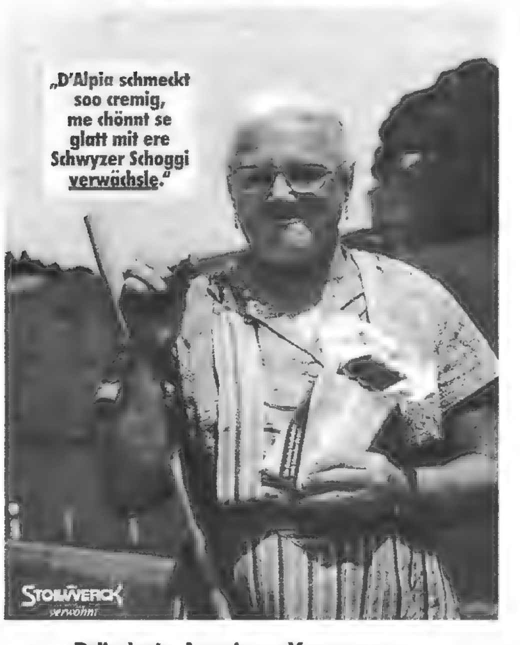
Die Mitglieder sind „lauter Wahnsinnige", das Vereinsleben trägt „chaotische Züge" — der „Art Directors Club für Deutschland" (ADC), meint der Düsseldorfer Werbeagenturchef Ludwig Steinmetz, „ist nicht mit den üblichen Maßstäben zu messen".

Doch das hindert den seltsamen Verein keineswegs, alle Jahre wieder Maßstäbe dafür zu setzen, was gute Werbung ist.

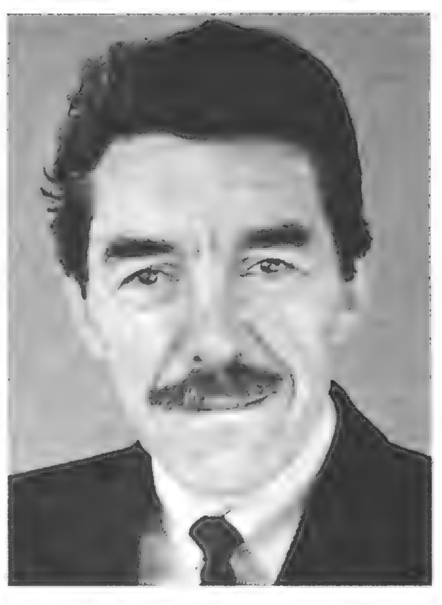
Drei ADC-Jurys, in denen Graphiker, Texter, Photographen und in den Agenturen für die Gesamt-Gestaltung verantwortliche „Art Directoren" sitzen, prämieren alljährlich die nach ihrer Meinung besten Anzeigen, Werbespots und Zeitschriften-Layouts.

Dieses Jahr allerdings muß es bei der deutschen Werbe-Olympiade chaotischer als üblich zugegangen sein.

„Wie eine beleidigte Leberwurst", erinnern sich Augenzeugen, verließ ADC-Präsident Horst Thomé am 10. Februar vorzeitig die Sitzung des Preisgerichts im Studio des Hamburger Photographen Reinhart Wolf. Noch in der gleichen Nacht setzte der Werber einen wütenden Brief an die Mitglieder des Künstlervereins auf und erklärte seinen „sofortigen Rücktritt und Austritt aus dem Klub".



Prämierte Anzeigen-Kampagne
Maßstab für gute Werbung?



Ausgeschiedener ADC-Präsident Thomé
Gericht über Preisrichter

Der Präsident, hauptamtlich Geschäftsführer der Frankfurter Agentur Heumann, Ogilvy & Mather, empörte sich darüber, daß die deutschen Filialen der Schweizer Werbefirma GGK ungewöhnlich viele Medaillen einstekken konnten: Von den 37 in diesem Jahr vergebenen „Werbe-Oscars" erhielt GGK allein elf.

Thomés Vize Klaus Erich Küster von der Frankfurter Agentur Lürzer, Conrad schloß sich seinem Präsidenten an. „Es ging offenkundig nicht um Objektivität und Qualität", begründete Küster seinen Rücktritt, „sondern um handfestes Sales Promotion für eine Handvoll Leute."

Gefördert, so ließen die beiden durchblicken, habe sich der Sieger nämlich in erster Linie selber. Von den elf Mitgliedern der Jury, die über die Anzeigen-Werbung richten, waren vier ehemalige GGK-Werber. Zudem saß Michael Schirner, Direktor der Düsseldorfer GGK-Filiale, in dem Gremium. Küster resignierte: „Ich möchte nur in einem Klub Mitglied sein, nicht in einem Klüngel."

Per Rundbrief an die 160 ADC-Mitglieder hielt Ex-Präsident Thomé über die Preisrichter Gericht: „Das Ergebnis widerspricht in der Mehrzahl der Fälle meiner Vorstellung von guter Werbung. Für mich ist Werbung kein Zweig der Mode- oder Unterhaltungsindustrie."

Die gescholtenen Jury-Mitglieder nehmen Thomé die selbstlose Liebe zur guten Werbung nicht ab und geben den Vorwurf der Klüngelei zurück. Preisrichter Gerd Hiepler, ein früherer GGK-Mann, glaubt, „daß Thomé selber am liebsten geschoben hätte".

Bei den Juroren habe der Präsident eifrig für seine Lufthansa-Kampagne geworben. Doch trotz zweimaliger Beratung konnte das Gremium „nicht herausfinden, was das Gute daran ist" (Hiepler).

Die Jury-Schelte des zurückgetretenen Präsidenten kommt wohl nicht nur aus gekränkter Eitelkeit. Thomés Vorwurf der „L'art pour l'art"-Werbung reflektiert, so Preisrichter Hiepler, die „marktorientierte Haltung der Hersteller" und richtet sich gegen die Werbephilosophie der Schirner-Jünger.

Die GGK-Riege liegt am Umsatz gemessen mit 125 Millionen Mark Umsatz weit hinter den Branchen-Riesen McCann und Lintas auf Platz 18 der westdeutschen Agentur-Rangliste. Doch mit eigenwilligen Kampagnen wie der pfiffigen „Jägermeister-Serie" („Ich trinke Jägermeister, weil...") profilierte sich GGK gegen die Werbung der Großen.



Nichtprämierte Anzeigen-Kampagne
Auswahl durch Zufall?

Für die „kleine extreme Minderheit" (Hiepler) ist das Preisgericht des ADC daher endlich „der Tag im Jahr, an dem der Markt nicht zählt".

So sollte es jedenfalls sein. Doch Klüngelei und Kleinkriege sind im feinsten Klub der deutschen Werber nichts Neues. „Eine Medaillenauswahl unterliegt mehr Zufälligkeiten, als man zunächst denkt", räumte der frühere ADC-Präsident Wolf D. Rogosky schon 1976 in einer Club-Festschrift ein. Und auch das Hamburger ADC-Mitglied Ulf Armbrust von der Groß-Agentur McCann weiß: „Das ist nun mal eine sehr subjektive Sache."

Vergeblich bemühte sich der Verein bisher, die Auswahl transparenter zu

machen. So wurde noch bis zum letzten Jahr in einem Geheimverfahren nach Freimaurer-Art abgestimmt. Unter dem Jury-Tisch kreisten zwei Ledersäckchen. Aus dem einen mußten die Richter eine rauhe (ja) oder eine glatte (nein) Kugel herausfummeln und in den anderen Beutel umfüllen.

Da in den Schiedsgremien „immer dieselben alten Böcke saßen" (Schirner), beschloß die letzte ADC-Versammlung, daß niemand zwei Jahre hintereinander in das Preisrichterkollegium gewählt werden darf. Doch gerade das erwies sich jetzt als fatal: Es kam just der von Schirners GGK herangezüchtete Werbenachwuchs zum Zug.

PRESSE

Mund voll

Rettung für die kaputte „Hamburger Morgenpost"? Zwei Schweizer Verleger-Brüder wollen den Versuch mit der abgewirtschafteten SPD-Zeitung wagen.

Lange Zeit konnte die „Hamburger Morgenpost", die letzte größere SPD-Zeitung, nicht leben und nicht sterben.

70 Millionen Mark Verlust in zehn Jahren — am Ende wollte die Partei den Niedergang nicht weiter finanzieren, den vor allem ein kostspieliger Druckbetrieb unausweichlich hatte werden lassen.

Mal schien die Schließung beschlossene Sache, mal war ein neuer Teilhaber als vermeintlicher Retter in Sicht. Als sich SPD-Gegner Axel Springer vergangenen Sommer zur Übernahme bereit erklärte, wies der SPD-Vorstand den Nothelfer ab. Als die Sozialdemokraten im Herbst den ihnen keineswegs besser gesonnenen Heinrich-Bauer-Konzern akzeptierten, zog der sich, wie andere Verlage vor ihm und nach ihm, dann doch vom Geschäft zurück.

Vorletzte Woche erst scheiterten Beteiligungsverhandlungen mit den Hamburger Bau-Millionären Harald und Dietmar Dude, und das Ende schien wieder mal unaufhaltsam und sogar schon terminiert: 29. Februar.

„Man hätte wissen müssen", klagte Chefredakteur Dieter Hünerkoch „in eigener Sache" daraufhin ganzseitig in der „Morgenpost", „daß diese Partei zu unternehmerischen Entscheidungen nicht fähig ist — und zu verlegerischen schon gar nicht."

Doch am Mittwoch letzter Woche lebte die eben totgesagte Zeitung schon wieder auf. Sie selbst verkündete in sieben Zentimeter hoher Schlagzeile: „‚Morgenpost' gerettet" — freilich mit Fragezeichen.

Zehn Tage vor dem geplanten Exitus war sich die SPD nämlich mit dem Verleger Eduard Greif aus Basel handelseinig geworden, der dort gemeinsam mit seinem Bruder Christian für einen Millionenbetrag ein florierendes Anzeigenblatt verkauft hatte — den „Doppelstab", so benannt nach den Bischofsstäben in den Kantonswappen von Basel-Stadt und -Land.

„Die sind liquide", staunte „Morgenpost"-Herausgeber Heinrich Braune — flüssig genug, um drei von fünf Millio-



Franz Beckenbauer: DFB-Präsident Neuberger ist ein Denunziant Bericht im Sport

HAMBURGER Morgenpost

Hamburg: Mord nach Trinkgelage – Opfer im See ertränkt! / BERICHT SEITE 4

Nr. 43/8.W. Mittwoch, 20. Februar 1980 40 Pf ● C1986A

MORGENPOST gerettet?

Auch neue Druckmöglichkeiten gefunden

Diese Meldung verbreitete gestern die Deutsche Presse-Agentur (dpa)

Nord-Metall:

Hamburg/Bonn (dpa) — Die „Hamburger Morgenpost" wird weiter erscheinen. Der stellvertretende SPD-

erst dann Näheres mitgeteilt werden, „wenn die vertraglichen Regelungen über den neuen Verlag

Sanierungsobjekt **„Hamburger Morgenpost":** „Ein totales Abenteuer"

nen Mark Stammkapital für einen neuen „Morgenpost“-Verlag leicht aufzubringen. Neben dem künftigen 60-Prozent-Teilhaber, der Greif AG, die das Blatt in der bisherigen Form weiterführen will, behält die SPD den Rest, 40 Prozent.

Ungläubig nahmen die SPD-Beschäftigten im Hamburger Pressehaus, das nach allem Hin und Her ohnehin schon „einer psychiatrischen Klinik“ (Braune) glich, die offizielle Mitteilung auf: „Die Existenz der ‚Hamburger Morgenpost‘ ist gesichert.“

Nur für den parteilosen Hünerkoch und seinen Mit-Chefredakteur Gerd Kahle (SPD) war Feierabend, nachdem

Sollte die Rettung des maroden Unternehmens, die für Halstenberg noch vor kurzem „mehr im religiösen Bereich“ lag, tatsächlich gelingen, so wäre das vor allem das Werk des Kölner Diplomvolkswirts Rolf-Michael Kühne, 36, der den Greifs bei der Herausgabe ihrer „Badischen Rundschau“, eines Anzeigenblatts im deutschen Südwesten, als Verlagsberater diente und sie nun auch mit Halstenberg zusammengebracht hat.

Kühne, Verlagskenner und Herausgeber des Jahrbuchs „Zeitungsmarkt“, hat im Urlaub auf Spiekeroog ein neues Kostenmodell ausgeknobelt, mit dem, wie er behauptet, die „Morgen-



Mit neuem Anstrich Handelsblatt

sie in einem gemeinsamen Leitartikel der Genossen-Partei, „die den Mund immer so voll nimmt, wenn es darum geht, die Pressekonzentration bei anderen anzugreifen“, noch schnell ein paar Nachschläge verpaßt hatten.

Beide Blattchefs kamen, kaum daß das „Engagement des neuen Mehrheitsgesellschafters“ in der Anwaltskanzlei des Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Gerd Weiland besiegelt war, um Urlaub ein, weil Halstenberg sie kaltstellen wollte. Eiligst wurde Helmut G. Schmidt, Chefredakteur des SPD-Pressedienstes in Bonn, nach Hamburg beordert, um die längst kollektiv gekündigte, aber plötzlich wieder benötigte Redaktion zu stabilisieren.

Die kommentierte den Abgang der Chefs in einem — diesmal vorsichtshalber anonym verfaßten — Leitartikel (Überschrift: „Fairneß à la SPD“) zunächst einmal damit, daß die Partei „nach ihrem skandalösen Verhalten nicht einmal Kritik als Bestandteil der Pressefreiheit“ ertrage.

An eine Verbesserung des Blattkonzepts ist unter solchen Umständen fürs erste gar nicht zu denken. Braune, der die „Morgenpost“ vor drei Jahrzehnten gegründet und Springer damit das Vorbild für die „Bild“-Zeitung geliefert hatte, wäre schon froh, wenn es nicht zu „Sabotageakten“ käme.

post“ selbst im verlustreichen letzten Jahr „Gewinn gemacht“ hätte.

Die neuen Herren wollen das früher „in jeder Abteilung überbesetzte Haus“ (Kühne) straffen. Kühne wird den Druck und Vertrieb übernehmen, Eduard Greif, 45, die Verwaltung und das Anzeigenwesen lenken, Bruder Christian, 48, über die Redaktion wachen. Nur bei den Anzeigenvertretern soll es mehr Personal geben als bisher, die paar „Morgenpost“-Leute, meint Kühne, seien der Übermacht von Springers „Bild“ und „Hamburger Abendblatt“ hoffnungslos unterlegen gewesen.

Vor allem aber soll der bisher zu teure Druck neu organisiert werden. Weil statt der parteieigenen Auerdruck GmbH kein einzelner Fremdbetrieb den ganzen Auftrag für die Auflage von immerhin 230 000 übernehmen konnte — ein entscheidendes Hindernis für früher angestrebte Lösungen —, wird die „Morgenpost“-Herstellung nun auf drei, vier Druckereien verteilt.

Gründe für ein Scheitern gibt es immer noch genug: akuten Personalmangel nach der Kündigungswelle, Pannengefahr im komplizierten neuen Druck- und Vertriebssystem — in Braunes Worten: „Ein totales Abenteuer.“ ◆

Wir bestehen jede Aufnahmeprüfung: UHER REPORT MONITOR



Die berühmte REPORT-Serie von UHER war in Ton und Technik tonangebend. Noch heute gehört dieses HiFi-Bandgerät zum Aufnahmeteam von Film, Funk und Fernsehen. Doch für die 80er Jahre lassen wir wieder den Worten die Taten folgen, mit dem UHER REPORT MONITOR. Die Bandbreite dieser Erfolgs-Serie reicht vom REPORT MONITOR 4000 AV für Mono-Spitzenaufnahmen in HiFi-Qualität, über REPORT MONITOR 4200 für HiFi-Stereo-Aufnahmen in Zweispurtechnik, bis zum REPORT MONITOR 4400 für HiFi-Stereo-Aufnahmen in Vierspurtechnik.

Alles noch einen Ton besser und ein paar Takte perfekter. Mit der Monitor-Schaltung für Hinterbandkontrolle, mit Aussteuerungs-Kontrolle durch Spitzenspannungsmesser, mit einer Leuchtdioden-Betriebs-Anzeige u.v.a. Die UHER REPORT MONITOR-Serie eignet sich für die HiFi-Anlage wie für die synchrone Vertonung von Filmen und Dia-Vorträgen. Und das findet bei Amateuren und Profis großen Anklang und Fürsprache.

UHER

Der HiFi-Spezialist.

UHER WERKE MÜNCHEN
Barmseestraße 11
8000 München 71

Das dritte Mal gehört die UHER REPORT-Serie zur Ausrüstung der internationalen Presse bei den Olympischen Spielen.

Übrigens, die mündliche Prüfung erfolgt täglich im guten Facheinzelhandel.

Belgien: Radelco P.V.B.A., Italielei 177/179, 2000 Antwerpen. England: Uher Limited 24, Market Place, Falloden Way, London N.W. 11. Frankreich: Uher France S.A.R.L., rue Jean Pierre Timbaud, 92400 Courbevoie. Italien: M.I.D.E., Corso Magellano, 21/27 R, 16149 Genua-Sampierdarena. Kanada: Assmann Dictating Systems of Canada Limited, 251 Consumer's Road, Willowdale, Ont. M2J 4T5. Luxemburg: Sogel S.A., 1 Dernier Sol, Luxemburg. Niederlande: Electrotechniek BV, Duivendrechtsekade 91–94, Amsterdam. Österreich: Karl N.P. Gruber GmbH., Hardtgasse 15, 1190 Wien. Schweiz: Apco AG, Räffelstr. 25, 8045 Zürich

Dumm und dusselig

Für Waffenkäufe muß Bonn mehr ausgeben als erwartet.

Hans Apel wurde grantig. Er halte nichts davon, so Bonns Verteidigungsminister vorletzte Woche in einem Telephongespräch mit seinem US-Kollegen Harold Brown, sich weiterhin gegenseitig mit Vorwürfen zu bombardieren. Die USA sollten nun endlich zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesrepublik ihre Nato-Verpflichtungen bisher erfüllt habe und dies auch künftig zu tun gedenke.

Apels Zorn über die Dauerschelte aus Amerika war am vorletzten Samstag noch nicht verraucht. „Ich halte diese ganze Debatte für ziemlich gefährlich", warnte er im Deutschlandfunk. „Denn wenn ich nun auch noch anfinge, mich öffentlich darüber zu beklagen, was andere Nato-Länder in der Vergangenheit versäumt haben ..." Der Rest blieb ungesagt.

Ob die amerikanische Nörgelei an der Höhe des deutschen Wehretats nach diesen Worten verstummen wird, ist allerdings fraglich. Brown und seine Berater im Pentagon sinnen seit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan so sehr darüber, wie sie die Rüstung des Westens verstärken können, daß sie prinzipiellen Argumenten gegenüber kaum noch aufgeschlossen sind. „Die Herren drüben sind zur Zeit in einer patriotischen Erregung", ermittelte ein Kanzler-Berater. „Aber wer weiß, wie lange das anhalten wird?"

Ermuntert von Regierungschef Helmut Schmidt, will der Verteidigungsminister deshalb auf der Frühjahrstagung der Nato in Brüssel eine Grundsatzdebatte über künftige Strategie und Arbeitsteilung des Bündnisses vorschlagen. Apel: „Im Augenblick sagt jeder etwas anderes. Da muß Struktur rein."

Die Bonner Position in der Allianz sieht nicht schlecht aus, zumindest was die Gelder fürs Militär angeht. Apel: „Wir geben 1980 fast zehn Milliarden Mark für Waffen und Geräte aus. Das sind 30 Prozent unseres Etats. Das soll uns einmal jemand nachmachen."

Auch im Bundessicherheitsrat kamen die Spitzenpolitiker der Koalition nach einem Lagevortrag der Generale zu dem Ergebnis, daß für Selbstkritik kein Anlaß bestehe.

Fast genüßlich erinnerten Kanzler und Verteidigungsminister daran, daß die USA mit ihrer Freiwilligen-Streitmacht erheblich mehr Sorgen haben als die Bundesrepublik mit ihrer Wehrpflicht-Armee. So könnten die Westdeutschen innerhalb weniger Tage zwei Millionen Reservisten aufbieten, die Amerikaner jedoch nicht einmal eine Million. Brown selbst habe eingeräumt, die fachliche Qualität seiner Soldaten und der Mangel an Ersatzeinheiten bereite ihm Probleme.

Schmidts Resümee: Es habe keinen Sinn, schon jetzt Hunderte Millionen zusätzlich bereitzustellen, wenn man nicht wisse, wie diese Mittel sinnvoll ausgegeben werden können.

Gleichwohl sind sich Schmidt und Apel bewußt, daß Bonn in den kommenden Jahren mehr Geld für die westdeutschen Streitkräfte aufbringen muß als in der Vergangenheit.

So ist es längst kein Geheimnis mehr, daß es der Bundeswehr an scharfer Munition fehlt. Dem Heer würden im Ernstfall schon nach zehn bis 15 Tagen Patronen und Granaten ausgehen, obwohl die Nato einen Vorrat für einen Monat fordert.



Bundeswehr-Flugzeug „Tornado": Fast zehn Milliarden ...

Apel will dies mit einem Sofortprogramm ändern. Im Nachtragshaushalt werden außer der Militärhilfe für die Türkei und 300 Millionen Mark mehr für Treibstoff auch zusätzliche Mittel für Munition bereitgestellt.

Die schwierige Phase für die Bundeswehr beginnt nach Ansicht des Verteidigungsministers erst 1981. Ohne eine erhebliche Steigerung der im Finanzplan vorgesehenen Rüstungsmittel sind nämlich die bereits in Auftrag gegebenen Panzer, Raketen, Flugzeuge und Schiffe nicht mehr zu bezahlen.

Die 322 Mehrzweckflugzeuge „Tornado" werden, wie aus einer Aufstellung der Hardthöhe hervorgeht, nicht wie ursprünglich vorgesehen 15,5, sondern mindestens 19,9 Milliarden Mark kosten, die 175 Erdkampfflugzeuge „Alpha-Jet" 3,4 statt 2,9 Milliarden.

Teurer als geplant werden auch 1800 Panzer „Leopard 2" (7,2 statt 6,4 Milliarden), die 212 Panzerabwehrhubschrauber (922 statt 680 Millionen), die verschiedenen Raketen für Luft- und Panzerabwehr und die sechs Fregatten (2,5 statt 1,8 Milliarden).

Sollten die Nato-Partner die Bundeswehr dazu zwingen, zusätzliche Waffen anzuschaffen, gerät die Planung der Verteidigungsministerien vollends durcheinander. Apel: „Mittelfristig brauchen wir beträchtlich mehr Geld, wenn wir die Amerikaner in Europa entlasten müssen."

Während die Sozialdemokraten zu den Forderungen ihres Verteidigungsministers noch schweigen, haben die Freidemokraten bereits Zweifel an Apels Programm angemeldet. Auf einer Klausurtagung Anfang März werden sie darüber beraten, ob die hohen Aufwendungen für die Bundeswehr wirklich notwendig sind. Die Liberalen wollen zum Beispiel prüfen, ob die Streitkräfte 1800 „Leopard 2"-Panzer benötigen oder ob nicht billigere Panzerabwehrwaffen für eine Verteidigungsarmee sinnvoller sind.



Bundeswehr-Panzer „Leopard 2"
... für Waffen und Geräte

Die Ergebnisse der Konferenz möchte die FDP noch vor der Bundestagswahl mit den Sozialdemokraten besprechen und im Herbst dann in einem Koalitionspapier festschreiben.

FDP-Wehrexperte Jürgen Möllemann: „Wir müssen uns etwas einfallen lassen. Sonst werden wir uns in den nächsten Jahren nicht nur dumm, sondern auch dusselig bezahlen." ◆

Medizinstudium — ein Lotteriespiel

Neue Regeln für die Hochschul-Zulassung, verschärfte Prüfungsbedingungen während der Ausbildung — wenn im nächsten Winter 6500 Studienplätze für Medizin unter 25 000 Bewerbern verteilt werden, tritt ein Ausleseverfahren in Kraft, daß die Studienplatzgarantie abschafft. Experten prophezeien „eine Lawine von Prozessen".

Der Marburger Rechtsanwalt Peter Becker, Experte für das komplizierte westdeutsche Hochschulrecht, hat schon Aufträge für die kommenden Jahre übernommen: „Abiturienten, die auf der Warteliste stehen, haben mir schon vorsorglich Mandate übertragen."

Beckers künftige Mandanten sind junge Bundesbürger, deren Notendurchschnitt im Reifezeugnis nicht ausgereicht hat, um sofort einen Studienplatz für das Fach Medizin zu erhalten. Während sie bislang darauf vertrauen durften, spätestens nach fünfeinhalb Jahren über die Warteliste der Dortmunder „Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen" (ZVS) zugelassen zu werden, müssen sie nun bangen, ob sie ihr Ziel erreichen.

Denn am Freitag dieser Woche wird der ZVS-Verwaltungsausschuß ein schon Anfang Februar von den Kultus-Staatssekretären der Länder beschlossenes neues Zulassungsverfahren beraten, das den Zugang zu den überfüllten Medizinischen Fakultäten westdeutscher Universitäten regelt — und Tausende von Bewerbern auf Dauer vom Studium ausschließt.

Im Verbund mit einer drastischen Verschärfung der ärztlichen Approbationsordnung, nach der Medizinstudenten ihre Prüfungen ablegen müssen, bewirkt die rigorose Änderung des Zulassungsverfahrens eine scharfe Selektion angehender Mediziner. „Das sind", wertet Anwalt Becker die Neuerungen, „die einschneidendsten Änderungen, seit es den Numerus clausus gibt."

Den harten Schnitt bewirkt vor allem die Abkehr vom Prinzip der Studienplatzgarantie: War bislang jedem Abiturienten — unabhängig von der Note — ein Medizinausbildungsplatz zugesichert, so wird vom Wintersemester 1980/81 an nur noch die Chance auf einen Studienplatz vergeben.

Während derzeit noch die Hochschulkapazitäten im Fach Medizin, die nach Abzug von festen Kontingenten für Härtefälle, Ausländer und Zweitstudienbewerber (insgesamt 25 Prozent) verbleiben, zu 60 Prozent nach der Abiturnote und zu 40 Prozent nach Wartezeit vergeben werden, verlieren diese Faktoren künftig an Bedeutung.

Nur noch jeder zehnte Studienplatz wird dann ausschließlich nach Noten vergeben, was die für die Sofortzulassung nötige Zensur (Wintersemester 1979/80: 1,9) nach Schätzungen der ZVS „auf 1,0 bis 1,3" schrauben wird.

Das Gros der Plätze wird im kommenden Winter erstmalig nach einem komplexen Mischsystem von Durchschnittsnoten, Lotterie und zusätzlichen Tests verteilt, das zwar allen rund 25 000 Abiturienten, die sich dann um einen der 6500 freien Plätze bemühen, Chancen läßt. Doch erfolgreich schneidet in diesem Verfahren nur ab, wer das richtige Los erwischt hat — der weiße Kittel wird zum großen Preis.

Und: Jeder Abiturient darf sich insgesamt nur noch fünfmal bewerben, wer danach keinen Treffer gelandet hat, ist für immer gescheitert und muß sich nach einem anderen Beruf umsehen. „Da kommt", prophezeit Anwalt Becker rechtliche Folgen der Neuregelung, „eine Lawine von Prozessen auf die Hochschulen zu."

Die droht westdeutsche Universitäten schon jetzt zu begraben: Immer häufiger klagen angehende Ärzte, die die Schwelle zum Studium schon überwunden haben, auch gegen negative Bescheide bei Zwischenprüfungen.

Denn: Wer einen Medizinstudienplatz ergattert hat, muß, wie Uwe Preusker vom Marburger Bund, dem Bundesverband der beamteten und angestellten Ärzte, es nennt, auch noch „eine Art nachgeholten Numerus clausus" überstehen.

Preusker meint die verschärften Bestimmungen der ärztlichen Approbationsordnung, die erstmals zu den Prüfungsterminen im vergangenen Herbst „eine Verbesserung der Leistungskontrolle" des Medizinernachwuchses garantieren sollten. Prüfungen, die zuvor bestanden waren, wenn 50 Prozent der Fragen richtig beantwortet wurden, gelten neuerdings erst als erfolgreich absolviert, wenn 60 Prozent der Lösungen korrekt sind.

Dank der neuen Prüfungsanforderungen schnellten die Durchfallquoten, wie der Berliner Mediziner Udo Schagen errechnete,

- ▷ für die Ärztliche Vorprüfung (nach zwei Studienjahren) von 12 bis 15 auf 25,6 Prozent,
- ▷ für den ersten Teil des Staatsexamens (nach drei Studienjahren) von sechs bis acht auf 20,7 Prozent,
- ▷ für den zweiten Teil des Staatsexamens (nach fünf Studienjahren) von 2,5 auf 19,3 Prozent und
- ▷ für den letzten Teil des Staatsexamens (nach sechs Studienjahren) von 0,8 auf 18,7 Prozent.

Nach den alten Bestimmungen, die bei Studienbeginn galten, wären von 17 000 im Herbst geprüften Jung-Medizinern statt 3700 nur etwa 1100 durchgefallen.

Erfolg oder Mißerfolg bei Prüfungen, wie sie demnächst auch über den Zugang zum Studium entscheiden, besagen freilich nur wenig über die Eignung des Kandidaten für den Ärzteberuf. Das Dilemma des Medizinstudi-



Demonstrierende Medizinstudenten: Studium schrumpft zum schieren Pauken



Medizinstudenten in einer Anatomie-Vorlesung: Schwarzer Markt für die richtigen Antworten

ums ist augenscheinlich: Auslese und Ausbildung der Studenten, deren späterer Beruf noch immer besonderes gesellschaftliches Renommee und eine „verhältnismäßig günstige Honorierung" („Stuttgarter Zeitung") verheißt, erweisen sich zunehmend als problematisch.

Das Studium schrumpft zum schieren Pauken für die Prüfung. Die weitgehend auf das Bücherwissen ausgerichteten schriftlichen Leistungskontrollen nach dem Antworten-Auswahl-Verfahren (multiple choice) gehen gerade bei fortgeschrittenem Studium zu Lasten freiwilliger Kurse, in denen beispielsweise bestimmte Krankheitsbilder erläutert oder Röntgenaufnahmen analysiert werden — also zu Lasten der Ausbildung, die das Interesse fördert und Erfahrungen vertieft.

Offenkundig wie die Mängel des Studiums sind auch die Ungereimtheiten des Prüfungssystems, das 1972 eingeführt wurde, um die „Qualität der Ausbildung auch bei hohen Studentenzahlen zu sichern" und umfassende wie objektive Leistungskontrollen zu ermöglichen, in der Praxis aber zunehmend Verwirrung und Ärger stiftet.

So scheiterte eine Studentin im letzten Abschnitt des Staatsexamens nur daran, daß in vier der 180 Prüfungsfragen offenbar auch andere als die offiziell anerkannten Lösungsmöglichkeiten fachlich einwandfrei waren.

Vor Gericht sucht sie nun mit Hilfe von Gutachten den Nachweis zu führen, daß „die amtlichen Lösugen für diese vier Prüfungsfragen ... sämtlich falsch" seien und dem Prüfungsamt bei der Bewertung „in der Tat ein großer Fehler unterlaufen" sei — ein Prozeßtyp, der sich noch häufen wird, wenn auch der Zugang zum Studium durch Tests reguliert wird.

Gleichwohl halten Hochschulpolitiker Testverfahren für durchaus geeignet, um aus der Masse der Bewerber jene auszulesen, für die freie Studienplätze vorhanden sind. Nach dem Abzug von 25 Prozent der verfügbaren Plätze, die — wie bisher — für Härtefälle, Zweitstudienbewerber und Ausländer reserviert bleiben, wird der Rest nach einem Modus verteilt, an dem sich alle Abiturienten beteiligen können.

Nach der neuen Regelung, die zunächst für drei Jahre gilt, werden von den freien Kapazitäten

▷ zehn Prozent nach Zeugnisnoten (bisher: 60 Prozent) an die Abiturbesten eines Jahrgangs verteilt;

▷ mindestens 15 Prozent an die Gewinner, die aus einem „leistungsgesteuerten Losverfahren" hervorgehen, vergeben;

▷ 20 Prozent in einer Lotterie, an der sich nur sogenannte „Altwarter" beteiligen dürfen, ausgespielt und

▷ 950 Plätze den ausgelosten Teilnehmern eines Tests zugewiesen — 95 für die Testbesten, 855 Plätze für jene Prüflinge, deren aus Testergebnis und Abiturnote gebildeter Punktwert am höchsten ist.

Die Abkehr von der Studienplatzvergabe nach Noten und Wartezeiten hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzemachern aufgegeben. Sie hätten, so der höchstrichterliche Spruch, „die verfassungsrechtliche Pflicht, für die harten Numerus-clausus-Fächer beschleunigt ein verbessertes Auswahlverfahren einzuführen".

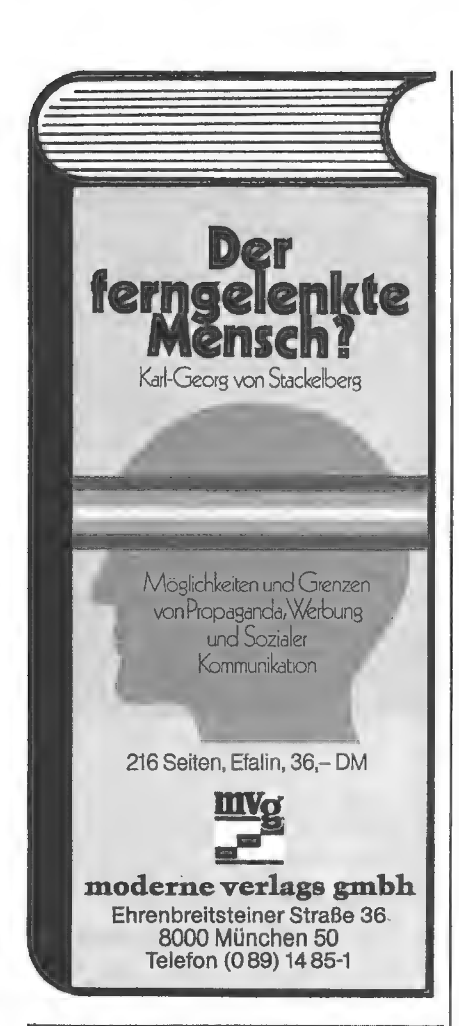
Denn für die abgewiesenen Bewerber, „die für den angestrebten Beruf mindestens ebenso und mitunter sogar besser geeignet sind als die zugelassenen", hatten die Karlsruher Richter 1977 entschieden, sei es „weder sachgerecht noch zumutbar", wenn „auf der Schnittstelle zwischen 1,7 und 1,8" entschieden werde, „wer sofort studieren kann oder aber bis sieben Jahre auf eine Zulassung ... warten muß".

Überlange Wartezeiten könnten „namentlich von Bewerbern aus sozial schwächeren Kreisen nicht durchgehalten werden" — daher bestimme die Dauer der Wartefrist nicht nur darüber, wann Anwärter das Studium aufnehmen können, „sondern ob ihnen das überhaupt noch möglich ist".

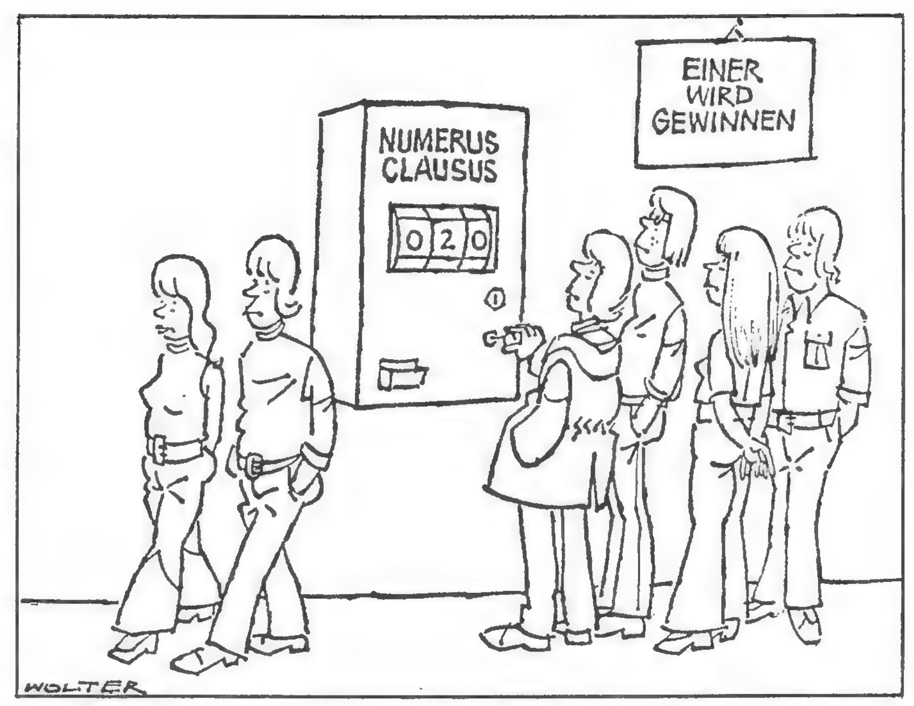
Mithin wandle sich „die zunächst nur chancenerhöhend gedachte Auswahl nach Durchschnittsnoten" zu einer „endgültigen chancenausschließenden Selektionsentscheidung" — die unzulässig ist. Denn zur Verteilung von Lebenschancen sind, wie die Richter befanden, „überhohe Durchschnittsnoten ... ungeeignet", weil ihr „Prognosewert für Studien- und Berufserfolg ungesichert ist" und sie wegen der „Subjektivität der Notengebung ... nicht vergleichbar sind".

Daß das nun beschlossene Zulassungssystem zur Milderung der von Karlsruhe beanstandeten Mängel beiträgt, wird auch von Kritikern anerkannt. Ob die Umverteilung der Chancen aber auch eine Verbesserung des gesamten Zulassungsverfahrens bedeutet, ist dagegen strittig.

Vorteile bietet es vor allem für jene Bewerber, deren Reifezeugnis bislang nicht die für den sofortigen Studienbeginn erforderliche Note aufwies. Sie mußten — auch schon mit einem Schnitt von 1,8 — lange warten, bis sie auf der Nachrückerliste zum Zug kamen. Nun haben sie die Chance, gleich nach dem Abitur über das Losverfahren zugelassen zu werden. Dabei wird die Gewinnchance eines jeden Bewerbers allerdings von seiner Note abhän-







Verspielte Jugend Braunschweiger Zeitung

gen: Wer beispielsweise eine 2,5 hat, bekäme mehr Lose als ein Bewerber mit einer Vier.

Hart trifft die neue Regelung dagegen die sogenannten Altwarter, jene Oberschulabsolventen, die bislang auf die Zulassung über die Warteliste hoffen durften. Unter ihnen werden im kommenden Wintersemester 20 Prozent der verfügbaren Plätze verlost, im folgenden Wintersemester zehn Prozent, danach noch einmal fünf und ab 1983 überhaupt keine mehr.

Wie viele sich um diesen Topf bewerben, ist ungewiß. Allein im vergangenen Wintersemester blieben von 24 200 Kandidaten rund 18 000 auf der Strekke, Experten schätzen ihre Gesamtzahl auf gut 40 000.

Da mithin jenen Bewerbern der Hochschulzugang verwehrt bleibt, denen er bislang garantiert war, macht der Marburger Anwalt Becker schon jetzt „erhebliche rechtliche Bedenken" geltend. Wer seit Jahren auf der Warteliste stehe, habe zumindest bis zum Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts darauf vertrauen können, daß er noch einen Studienplatz erhalten werde. Wenn sie nun leer ausgehen, argumentiert Becker, sei ihr „schutzwürdiges Vertrauen verletzt".

Den Abiturienten von der Warteliste steht es freilich frei, sich wie die übrigen Bewerber auf allen neuen Zugangswegen zu versuchen. Sie können sowohl am Losverfahren teilnehmen als auch den Test absolvieren, nach dem immerhin 950 Plätze pro Wintersemester vergeben werden.

Diese Prüfung freilich ist schon vor ihrer ersten Anwendung so umstritten wie die Zwischenprüfungen für Medizinstudenten. Denn einerseits ist eine „berufsfeldbezogene Bestenauslese", wie der Frankfurter Psychiatrie-Professor Hans Joachim Bochnik anmerkt, „durch einen Test nicht möglich", da es mindestens ein Dutzend unterschiedliche Berufsfelder gebe. Andererseits kann die Überprüfung von Fähigkeiten, die schon im Abitur abgefragt wurden, nach Paragraph 33 des Hochschulrahmengesetzes nicht für die Auslese von Bewerbern berücksichtigt werden.

Überdies soll die Zahl der Anläufe auf die Medizinhörsäle begrenzt sein. Nur noch insgesamt fünfmal dürfen sich Kandidaten künftig an Test- und Losverfahren beteiligen und haben dafür sechs Semester Zeit: Von 1982 an sind nur noch vier Bewerbungen in fünf Semestern zulässig — ein Verfahren, das für zahlreiche Kandidaten das endgültige Aus bringen wird.

Daß eine so weitgehende Einschränkung des freien Berufszugangs juristisch fragwürdig ist, monierte bisher nur die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, deren Vertreter sich bei der Abstimmung über die neue Regelung „aus verfassungsrechtlichen Gründen" (Wissenschaftsminister Reimut Jochimsen) der Stimme enthielt.

Und schon zeichnen sich auch beim Testverfahren jene sozialen Selektionen ab, die die Karlsruher Richter mit der Abschaffung der langen Wartefristen vermeiden wollten. Sozial starke Bewerber, die bislang mit Vaters Unterstützung die lange Wartezeit überbrükken konnten, sind auch diesmal, freilich auf andere Art, im Vorteil:

Ein schwarzer Markt erblüht, auf dem angebliche Testlösungen unter Studienplatz-Aspiranten gehandelt werden. „Da werden", weiß Anwalt Becker, „horrende Summen gezahlt."

Immer gespritzt

Für einen Unfall durch Aquaplaning muß der Freistaat Bayern zahlen — ein Gerichtsurteil gegen Schlamperei beim Autobahnbau.

Barry Hanner, amerikanischer Bariton am Nürnberger Opernhaus, kam von der Rolle. Auf dem Zubringer zur Autobahn Nürnberg—München, nahe der Anschlußstelle Feucht, verlor der Simca des Sängers bei Tempo 100 in einer Pfütze die Haftung, schleuderte und prallte gegen die Leitplanke.

Der Wagen war ein Wrack, die Planke in einer Länge von 16 Metern verbeult, und Hanner hatte neben Prellungen auch noch ein Bußgeldverfahren am Hals. Seine Geschwindigkeit sei, so lautete der amtliche Vorwurf, „den Wetterverhältnissen entsprechend zu hoch“ gewesen.

Schuld traf jetzt auch die Behörden selbst. Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte den Freistaat Bayern, ein Viertel des Unfallschadens, nämlich 2509,87 Mark, dem Opernsänger zu ersetzen. Und das Bußgeldverfahren gegen den Bariton wurde eingestellt.

Die 4. Zivilkammer stellte fest, das Land habe „schuldhaft seine Verkehrssicherheitspflicht verletzt und dadurch den Unfall des Klägers verursacht“. Der Fahrbahnabschnitt, auf dem sich nach jedem Regenguß eine Wasserlache bildete, habe, so die Urteilsbegründung, „entwässerungstechnisch nicht den neuesten Richtlinien“ entsprochen.

Der Richterspruch zieht Behörden für ein Risiko zur Rechenschaft, das bislang allein dem Autofahrer aufgebürdet wurde. Für Unfälle durch Aquaplaning im Autobahnbereich, die oft mit Totalschaden und Toten enden, wurde ausschließlich der Fahrzeugführer zur Verantwortung gezogen.

Ihm machten die Gerichte klar, wie er die schlimmen Ausrutscher hätte vermeiden können. Der Kraftfahrer müsse etwa, das verlangte das Oberlandesgericht Düsseldorf, „bei starkem Regen am Ende einer Gefällstrecke mit einer gefährlichen Wasseransammlung rechnen“. Stets habe er, so der Bundesgerichtshof, „die Fahrbahnoberfläche genau zu beobachten“, vor allem „wenn die Möglichkeit besteht, daß noch nasse Stellen auftauchen“.

Doch überraschender als eine Nebelbank trifft den Automobilisten oft die Pfütze, die bewirkt, daß die Reifen aufschwimmen und das Fahrzeug abdriftet, da helfen auch Empfehlungen und Warnungen der Verkehrswächter wenig: „Straße naß, Fuß vom Gas“, oder: „Ab 80 fährt man Wasserski“.

Mehr Wirkung versprechen sich Verkehrsexperten von dem Nürnberger Urteil. Es setzt den Autobahnbauern zumindest ein Signal, gefahrträchtige Badewannen auf den Schnellstraßen zu beseitigen. „Die werden die kritischen Stellen jetzt genauer beäugen“, erwartet der Nürnberger Rechtsanwalt Klaus F. Hartmann, der den Prozeß gegen den Freistaat führte, „denn die haben noch viele Leichen im Keller.“ Und der Kölner Verkehrsrichter Eugen Menken hält es nur für „konsequent“, daß der



Unfall durch Aquaplaning: Pflichtverletzung an der Pfütze

Verkehrssicherheitsträger für Pannen wie die Nürnberger Pfütze eintreten muß.

In der Praxis aber war den Autobahnbehörden bislang nichts anzuhängen, wie meist, wenn Bürger von einer Behörde über die Staatshaftung etwas holen wollen. Sie müssen den Beamten nachweisen, so verlangt es Paragraph 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß diese schuldhaft ihre „einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht" verletzt haben.

Beim Nürnberger Regenloch, dieser Verdacht verdichtete sich bei Anwalt Hartmann im Laufe des Prozesses, wollten es die Autobahnleute „echt darauf ankommen lassen, weil sie wußten, daß nur die Fahrer bestraft werden". Den Anstoß für den Prozeß gab ein Polizeibeamter mit dem Hinweis an den Rechtsanwalt, „daß wir an dieser Stelle immer Scherben beseitigen und Verletzte bergen müssen".

Im Verfahren deckte das Gericht mit Hilfe eines Gutachters ein ganzes Bündel von Versäumnissen der Behörden auf. Die Richter wollten dem Autobahnamt noch nicht zum entscheidenden Vorwurf machen, daß bei Baubeginn im Jahre 1973 „mehr auf das optische Erscheinungsbild" der sechsspurigen Trasse geachtet wurde „als auf die entwässerungstechnische Sicherheit".

Doch was nachher geschah (Hartmann: „Geniestreiche und Schlampereien"), wertete auch das Gericht als „schuldhafte Pflichtverletzung". Eine Reihe von Unfällen bewegte das Autobahnamt, eine Schlitzrinne seitlich zur Fahrbahn einzulassen und die Geschwindigkeit bei Nässe auf 80 Kilometer pro Stunde zu begrenzen.

Es kamen nun auch weniger Autos ins Schleudern, was die Behörden veranlaßte, das Schild wieder zu entfernen — eine fatale Maßnahme. Denn nun krachte es wieder an der Pfütze, der Kläger war der achte Verunglückte in der Folge.

Nach Wertung von Gutachter und Gericht hatte die Schlitzrinne „nicht den geringsten Erfolg": Das Wasser konnte gar nicht bis zum Abfluß gelangen, weil es in den Vertiefungen der Fahrzeugspurrillen stehen blieb.

Allein die Geschwindigkeitsbegrenzung habe, so die Urteilsgründe, die Unfallhäufigkeit eingedämmt. Das alles hätten die Beamten nach Ansicht des Gerichts „wissen müssen" — und auch sehen können, wie Anwalt Hartmann meint: „Die sind doch jeden Tag selbst drübergefahren, da hat es immer noch gespritzt."

Erst im letzten Jahr, nach Prozeßbeginn und einer weiteren Unfallserie, bereinigten die Autobahnbauer das Regenloch mit einem Aufwand von 300 000 Mark — und stellten auch wieder das Schild auf: „80 km/h — Bei Nässe". Anwalt Hartmann: „Bis die aufwachen, muß es schon dicke kommen."

trends

Widerstand gegen zu hohe Opec-Preise

Nach der jüngsten Ölpreisrunde von Anfang Februar wird es für Opec-Länder mit Höchstpreisen nun zunehmend schwieriger, ihren teuren Stoff abzusetzen. So weigern sich wichtige Kunden Algeriens, des mit einem Barrel-Preis von 37,21 Dollar teuersten Opec-Lieferanten, die von den Nordafrikanern geforderte Explorations-Prämie von drei Dollar pro Barrel zu entrichten. Auch der Iran, der neben seinem offiziellen Verkaufspreis von 31 Dollar noch weitere Zuschläge fordert, stößt auf verstärkten Widerstand der Abnehmer. Das Sultanat Oman, das nicht der Opec angehört und einen großen Teil seines Öls bislang zu besonders hohen Preisen auf dem freien Markt verkaufte, findet dort nur noch schwer Interessenten. Um ein Abbröckeln des Opec-Preises beim derzeitigen Angebotsüberschuß zu verhindern, gab Kuwait vergangene Woche bekannt, es werde seine Produktion im Laufe dieses Jahres um 25 Prozent vermindern.

Sorgen bei Opel

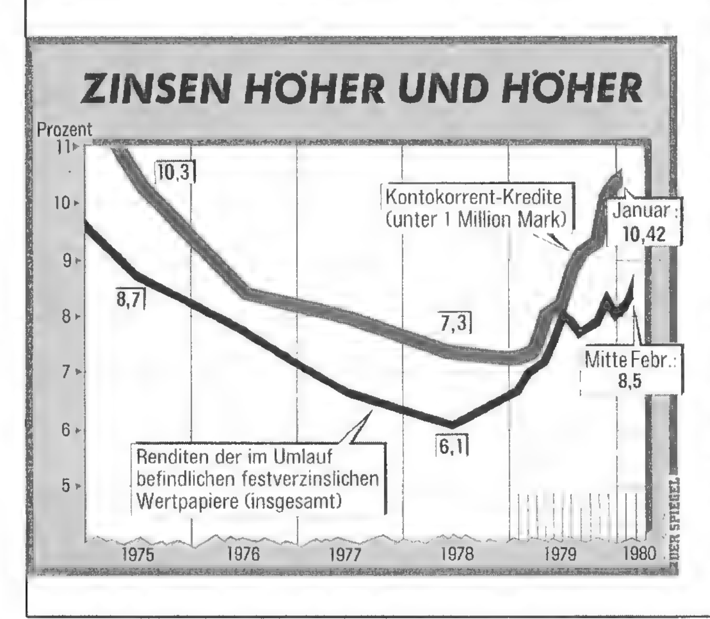


Opel-Produktion

Gewerkschafter und Betriebsräte der Adam Opel AG sorgen sich um Arbeitsplätze in Rüsselsheim. Vorvergangene Woche mühte sich Vorstandschef James F. Waters in einem Belegschaftsbrief, die Gerüchte um anstehende Massenentlassungen zu zerstreuen. Doch die Sorgen blieben: In den USA verkündete Opel-Eigner General Motors jetzt ein neues Investitionsprogramm für Europa. Rund vier Milliarden Mark will GM danach in Österreich, Spanien und Nordirland investieren — von der Bundesrepublik ist nicht die Rede. Noch mehr drückt die Belegschaft, daß wesentliche Teile der Rüsselsheimer Produktion 1981 nach Bochum und Kaiserslautern verlegt werden. Dadurch können in Rüsselsheim rund 3000 Arbeitnehmer ihre Opel-Jobs verlieren.

Panik-Verkäufe von Anleihen-Besitzern

Die westlichen Notenbanker mühen sich, die von der Ölpreis-Explosion genährte Inflation einzudämmen. Um das Geld knapp zu machen, versuchen die Staatsbankiers allenthalben, die Zinsen hoch zu halten. Bislang ließ sich mit der Hochzins-Strategie jedoch die Geldentwertung kaum eindämmen. Getroffen wurden hingegen die Eigentümer festverzinslicher Wertpapiere — die Kurse der Anleihen sacken immer tiefer. Jetzt reagierten die Anleger mit panikartigen Verkäufen. Vor allem der brutale Zinskurs des US-Notenbank-Chefs Paul Volcker, der zur Abwehr einer 17prozentigen Inflation die Zinssätze für Industriekredite auf knapp 16 Prozent hochtrieb, ließ die Geldanleger Kasse machen. In den europäischen Finanz-Zentren London, Luxemburg und Frankfurt trennten sich während der letzten zehn Tage Banken, Versicherungen und Fonds allein von Euro-Dollar-Anleihen in Höhe von rund einer Milliarde Mark. Folge: Die Kurse dieser Papiere fielen binnen eines Tages um zwei Prozent, ein Rekord bei Anleihen. Die Verkäufer spekulieren darauf, daß in Kürze Schuldscheine und Staatsanleihen mit weit höheren Zinsen angeboten werden. Die deutschen Anleger hatten mit dieser Abwartetaktik bereits Erfolg. Letzten Freitag brachte der Bund Schuldscheine von 8,75 Prozent auf den Markt.



Scheidung auf bremisch

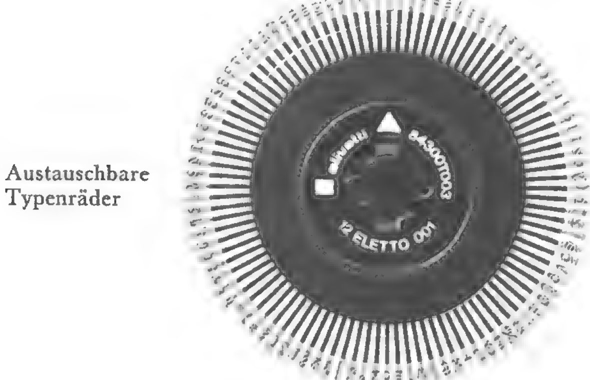
Bremens Handelskammerpräses und Hapag-Lloyd-Vorstand Horst Willner hat Ärger mit seinen Hamburger Vorstandskollegen. Das von Willner in Bremen aufgebaute Chartergeschäft, monieren die Hamburger, sei 1979 mit 18 Millionen Mark defizitär veranschlagt gewesen und drohe nach der Explosion der Treibstoffpreise weit schlimmere Verwüstungen in der Bilanz anzurichten. Willner, der noch gegenhalten kann, das von Hamburg aus betriebene Schiffsfrachtgeschäft der Hapag-Lloyd AG sei gleichfalls schlecht, entledigte sich des Problems nun auf besondere Art: Die beiden Hapag-Lloyd-Flug-Geschäftsführer Karlheinz Schneider und Klaus Bertram müssen abdanken, weil sie den Vorstand nicht rechtzeitig von der immer brenzligeren Lage unterrichteten. Die neue Situation allerdings entstand für jedermann sichtbar nach den Ölpreiserhöhungen im letzten Herbst. Branchenkenner erwarten nun, daß Willner mit einem Antrag auf Zulassung zum gewinnträchtigeren Linienverkehr seinerseits eine neue Lage schafft.

Die Elektronische von Olivetti: hörbar leiser und um vieles leist

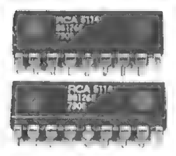
Das Klappern der elektrischen Schreibmaschinen stört in Direktions-Vorzimmern ebenso wie in Großraumbüros und mindert die Konzentrationsfähigkeit. Die ET 221 von Olivetti dagegen ist eine besonders leise, umweltfreundliche Schreibmaschine. Ihre elektronische Tastatur und das wesentlich leisere Typenrad-Druckwerk in Verbindung mit einer integrierten Schalldämpfung machen sie hörbar leiser als eine elektrische. Ein Beitrag von Olivetti für den humanen Arbeitsplatz.

Allein schon deshalb ist die Entscheidung für die ET 221 von Olivetti mehr als gerechtfertigt. Doch diese Schreibmaschine bietet mehr. Sie hat ein elektronisches Korrekturdisplay mit Bedienerführung. Damit ist sichergestellt, daß Originale und Kopien fehlerfrei sind. Sollte dennoch auf dem Display ein Fehler übersehen werden, erlaubt ein Zwei-Zeilen-Speicher eine automatische Korrektur in den beiden zuletzt geschriebenen Zeilen.

Elektronisch gesteuert wird auch die automatische Randüberwachung und Textanordnung. Die Maschine schreibt auf Tastendruck



Austauschbare Typenräder



Konstantenspeicher

Elektronisches Korrekturdisplay mit Bedienerführung

olivetti ET221 120W

ungsfähiger als eine Elektrische.

automatisch links- und rechtsbündig, eingerückt, zentriert oder hebt Text hervor. Sogar weiß auf schwarz.

Tabellen werden automatisch norm- und dezimalgerecht gedruckt — auch innerhalb eines Textes. Konstante Texte, wie z. B. Anrede, Datum, Grußformel und Name, können gespeichert und für die tägliche Korrespondenz auf Tastendruck abgerufen werden. Auch die gespeicherte Formularsteuerung ist eine zeitsparende Arbeitserleichterung, weil sich die Maschine bestimmte Textausgangspunkte merkt und sie automatisch wiederfindet.

Die Typenräder sind austauschbar. Für repräsentative Korrespondenz steht eine Vielzahl von Schriftarten in Verbindung mit unterschiedlichen Schaltschritten zur Verfügung.

Ihr Fachhändler wird Ihnen die elektronischen Schreibmaschinen ET 221 und ET 201 gern vorführen. Schicken Sie uns den Coupon, und Sie erfahren postwendend die Adresse Ihres nächsten Olivetti-Fachhändlers.

olivetti



Bei uns nicht

Trotz der Kampagne des US-Präsidenten Carter gegen das Olympia in Moskau umfing die Sowjets in Lake Placid friedfertige Olympia-Stimmung.

Landen durfte das sowjetische Olympia-Kollektiv in New York, verlassen durfte es die Iljuschin 62 nicht. Das Bodenpersonal verweigerte — Strafe für Afghanistan — die Abfertigung. Erst auf dem Umweg über Washington erreichten die Sowjets das Olympische Dorf in Lake Placid. In dem künftigen Gefängnis bezogen sie ihre Zellen.

Die Eishockey-Weltmeister aus der UdSSR hatten zuvor zur Einstimmung auf das Olympia-Turnier im New Yorker Madison Square Garden gegen das US-Team gespielt und 10:3 gesiegt. Als die sowjetische Nationalhymne erklang, buhten amerikanische Patrioten. „Ich beobachtete die russischen Spieler“, berichtete der US-Nationalspieler Buzz Schneider, „und bin ziemlich sicher, daß sie die Botschaft verstanden haben.“

Der sowjetische Sportchef Sergej Pawlow kühlte das Klima mit einem Protest zusätzlich ab: Die CIA habe versucht, sowjetische Athleten abzuwerben und „eine sehr ernste Situation herbeigeführt“.

Bei der IOC-Vollversammlung in Lake Placid nahmen es die Russen schon gelassener. Ihre beiden IOC-Mitglieder verließen keineswegs, wie befürchtet, den Saal, als US-Außenminister Vance gegen die Spiele in Moskau agitierte, statt die Olympia-Tagung zu eröffnen. Sie hörten, scheinbar unbeteiligt, zu.

Bei der Olympia-Eröffnung setzte Tauwetter ein: Den sowjetischen Block empfing höflicher Beifall der Zuschauer, soweit sie die Arena trotz des versagenden Bussystems überhaupt erreicht hatten. Nach der Besetzung der ČSSR 1968 hatten die mexikanischen Zuschauer die Sowjet-Mannschaft noch mit gellenden Pfiffen aufgenommen und bei jedem Wettkampf gegen Tschechoslowaken demoralisiert.

In Lake Placid verlagerte sich der Kampf aus den Konferenzsälen auf Eis und künstlichen Schnee. Auch die weniger fachkundigen amerikanischen Zuschauer erkannten die Spitzen-Leistungen der sowjetischen Skilangläufer und Eiskunstläufer an.

Wie viele andere war die Krankenschwester Diane Foronji aus Los Angeles eigens eingeflogen, „um die russische Eisläuferin zu sehen, die gerade ein Baby bekommen hat“. Sie meinte Irina Rodnina, die ein Jahr nach der Geburt ihres Sohnes Sascha mit Partner und Ehemann Alexander Saizew ihren dritten Olympia-Sieg anstrebte.



Sowjetische Olympia-Equipe: Gut gelitten

Im Paarlauf stand die spektakulärste Konfrontation zwischen Sportlern der beiden Großmächte an. John Nicks, der Trainer des amerikanischen Weltmeister-Paares von 1979, Tai Babilonia und Randy Gardner, hatte zuvor einen im Eiskunstlauf nicht unüblichen Nervenkrieg gegen die zehnmaligen russischen Weltmeister entfacht: Er protestierte gegen angeblich regelwidrige Griffe bei den Hebefiguren der Russen.

Doch bevor das russisch-amerikanische Duell auf dem Eis begann, entschuldigte sich Gardner mit einer Leistenzerrung. Die Experten hatten den Titelverteidigern nach matten Leistungen bei den US-Meisterschaften und nach dem Trainingsvergleich mit dem Sowjet-Paar keine Gold-Chance mehr eingeräumt.

Vermutlich zogen die Amerikaner es vor, einen siebenstelligen Dollar-Vertrag mit der Revue „Ice Capades“ als verhinderte Olympia-Sieger zu retten, statt ihn als Verlierer aufs Spiel zu setzen.

So siegten die Russen gleichsam kampflos und nahmen gerührt den gebührenden Beifall entgegen. Irina Rodnina darf sich nun die erfolgreichste Eiskunstläuferin aller Zeiten nennen. So gut gelitten beim Publikum, setzten sich die Sowjet-Athleten bald an die Spitze der Nationenwertung, Gold, Silber und Bronze gewannen sie serienweise.

Nicht einmal eine peinliche Panne werteten die Sowjets als Affront, sondern realistisch als eine Folge der Desorganisation der überforderten Möchtegern-Veranstalter von Lake Placid: Sie hatten vergessen, die sowjetischen Doppelsieger im 30-Kilometer-Langlauf zu ihrer eigenen Siegerehrung einzuladen. Am nächsten Tag klang der Beifall der Zuschauer besonders herzlich, als wollten sie die Athleten für den Lapsus entschädigen.

„Behandelt die Russen fair“, hatte Steve Kristoff, Spieler des US-Eishockey-Teams, seine Landsleute vor dem Olympia-Turnier aufgefordert. Der Appell hinderte die Fans nicht, jeweils die Underdogs gegen die überlegenen sowjetischen Eisathleten ebenso laut wie vergebens anzufeuern.

Zum gelegentlichen „Buh“ provozierten sowjetische Athleten und Funktionäre die Zuschauer selbst: Nach jedem Russentreffer zeigten sie Fahne — Hammer und Sichel auf sechs Quadratmeter rotem Tuch. Eifrig schwenkten Amerikaner auch mit Kanadiern und Finnen, als die gegen die Sowjet-Union beim Eishockey führten, deren Fahnen. Doch immer ertrotzten sich die sowjetischen Weltmeister den Sieg.

Ernsthafter trafen die Sowjet-Delegierten in Lake Placid die leisesten Proteste. Sie zielten auf einen empfindli-

Noch einmal davongekommen

SPIEGEL-Redakteur Hans Hielscher über Sowjets in Lake Placid

Die Wirtin schiebt eine Kladde über die Theke. Sie spricht langsam, betont Silbe für Silbe: „Gästebuch, bitte einschreiben." Drei Männer am Tresen schielen über meine Schulter: „Kommen Sie aus Rußland?" Alle sind enttäuscht, als ich das verneine.

Auf dem Saranac-Feldflugplatz bei Lake Placid habe ich gelernt, wie sich Hinterland-Amerikaner Sowjet-Menschen vorstellen: Ich trug eine Russenmütze („Made in Finland") aus Fell, einen langen Mantel mit Pelzkragen und Stiefel. Die (Ver-)Kleidung half, die Stimmung zu erkunden. Denn sie brachte das Gespräch stets auf das Thema Russen — wenn sie mich nicht gar in einen Russen verwandelte.

Das ist ab und zu vorgekommen. „Was sie mit euch gemacht haben, ist nicht richtig", bedauerte Paul Harris, ehe ich ihm sagen konnte, woher ich komme. Der Geschäftsmann aus Lake Saranac entschuldigte sich für New Yorks Flughafenarbeiter; die hatten Aeroflot-Maschinen bestreikt. „Eine Schande", fand Harris.

Die Bewohner der Region wollten gute Gastgeber sein — für die ganze Welt, und zu der gehören nun mal auch die Russen. Kinder und Jugendliche fragten: „Haben Sie Abzeichen zu tauschen?" Die Lomonossow-Universität mit Sowjet-Stern und Olympia-Ringen und rote Spartakiade-Anstecknadeln waren begehrte Sammlertrophäen.

Mischa, Moskaus Olympia-Bären, hefteten sich sogar zu Hilfsdiensten eingesetzte US-Soldaten an die Jacke. Verblüffende Fraternisierung in einer Zeit, in der ein neuer Kalter Krieg das Klima zwischen den Supermächten vergiftet.

Denn in den Wochen vor den Winterspielen war der niedliche Mischa in den US-Medien als Tarn-Tier entlarvt worden: Cover-up für einen grausamen Grizzlybären, der mit seinen Tatzen Afghanistan zerquetscht und zum Angriff auf den Persischen Golf ansetzt.

Präsident und Kongreß forderten, daß der aggressive Bär mit dem Boykott der Moskau-Spiele im Juli bestraft werde. Und das amerikanische Volk fand das anscheinend gut: Rund 85 Prozent der Bewohner Washingtons und ebenso viele in der Stadt New York, so ergaben Umfragen von Zeitungen, unterstützten den Boykott. Patriotische Kolumnisten riefen ihre Mitbürger auf, den Sowjetmenschen in Lake Placid die kalte Schulter zu zeigen.

Das aber taten die Leute dort nicht. Wenige nur in Lake Placid fanden es gut, daß Carters Vize Walter Mondale bei der Eröffnungsfeier demonstrativ in ein Gespräch vertieft war, als die Russen an der Ehrentribüne vorbeizogen.

Hielt aber jemand ein Schild hoch: „USSR is a four letter word" („UdSSR ist ein dreckiges Wort"), konnte er mit mehr Buhs als Beifall rechnen.

Gegen die überall korrekt auftretenden Russen hatte nicht einmal Lake Placids „Religious Affairs Committee" etwas zu sagen: Zwar erfüllten die Sowjet-Offiziellen ihre Atheisten-Pflicht und protestierten gegen eine halboffizielle religiöse Veranstaltung zu den Spielen. Sie wurden aber erst aktiv, nachdem die Massenmesse schon stattgefunden hatte.

Lake Placids lokale Olympia-Matadore denken ähnlich: „Die Russen haben uns die Spiele nicht kaputtgemacht, also wollen wir ihnen ihr Olympia auch nicht kaputtmachen."

Lake Placid ist noch einmal davongekommen. Für Carters Politik „Lake Placid ja, Moskau nein" hatte der Kolumnist Jimmy Breslin von den New Yorker „Daily News" eine Erklärung: Der Präsident habe im Hinblick auf die demokratischen Vorwahlen im Staat New York dem Hinterland das Geschäft nicht verderben — und dafür mit beträchtlichen Stimmeneinbußen — zahlen wollen. 90 Prozent der Bewohner der Gegend, so schätzt ein Mitglied des Olympischen Komitees, sind gegen einen Moskau-Boykott.

Als bei einer der pompösen Siegerehrungen abends auf dem See wieder einmal die Sowjet-Hymne ertönte, summten US-Schlachtenbummler mit. „Die Melodie ist so eingängig", erklärte ein Mann mit einem eingerollten Sternenbanner unterm Arm.

Russische Sportstärke prägte auch Stereotypen. Auf der Eisbahn hinter dem „Resort Hotel" luden mich zwei Knirpse zum Eishockeyspielen ein: „Woher kommen Sie?" Ich log: „UdSSR." Da lachten mich die Jungen aus: „Wer so schlecht Schlittschuh fährt, der kann unmöglich ein Russe sein."

chen Punkt. „Bleibt in Eurer Hälfte", forderten polnische Emigranten in der Eishockey-Arena doppeldeutig auf einem russisch beschrifteten Transparent. Und die ukrainische Emigranten-Organisation Smoloskyp stellte auf einer anderen Schrifttafel das bedrängende Nationalitäten-Problem in der UdSSR heraus: „Die Ukraine braucht die Sowjet-Union nicht."

Doch das IOC hörte die Emigranten-Klagen nicht an. Den Ukrainern verweigerten die Ausrichter den Zugang zum Pressezentrum. Schließlich trugen die Emigranten ihre Forderungen der Presse im Rathaus vor. Ukrainer haben bei Olympischen Spielen 83 Goldmedaillen erkämpft. In Lake Placid standen sieben Ukrainer im UdSSR-Kollektiv, darunter der Torwart der siegreichen Eishockey-Mannschaft, Wladislaw Tretjak.

Die Ukrainer seien „gezwungen, für die Sowjet-Union zu starten, die Macht, die ihr Land versklavt", heißt es in einer Denkschrift. Ukrainische Erfolge usurpiere die Sowjet-Union zur Mehrung ihres Ansehens. Das sei „sportlicher Kolonialismus".

Ein eigenes Nationales Olympisches Komitee, eine eigene Mannschaft wie die Bermudas, Hongkong oder Monaco beansprucht auch die Ukraine, zumal sie auch in den Weltorganisationen Uno und Unesco gesondert vertreten sei.

So erbittert die Sowjets die Agitation der Emigranten-Organisation als „antisowjetische Hetze" bekämpften, so sehr mißverstanden sie die tolerante Haltung der amerikanischen Olympia-Fans. Carters Moskau-Boykott, meinte UdSSR-Sportchef Pawlow, sei „nur ein Bluff".

Wohlgemut sehen die Sowjets ihrem Olympia in Moskau entgegen. „Verkehrsprobleme wie hier in Lake Placid", verkündeten sowjetische Journalisten, während sie auf einen Bus warteten, „wird es bei uns nicht geben."

AUSRÜSTUNG

Nur wir nicht

Den Kampf um Medaillen würzte obendrein ein heißer Materialkrieg der Herstellerfirmen. Bundesdeutschen Verlierern diente er als Entschuldigung.

Vor dem Abfahrtsrennen fuhren die bundesdeutschen Mädchen aus der Haut. Als erste streifte Irene Epple den Rennanzug der US-Firma Head ab und schlüpfte ins hautenge Kampfmieder des japanischen Herstellers Descente.

Trainer Klaus Mayr erklärte: „Descente stellt die absolut schnellsten Anzüge her, 98 Prozent aller Rennläuferinnen tragen sie, nur wir nicht." Warum war das Mayr nicht früher eingefallen?



Deutsche Skiläuferin Irene Epple
Kampfanzug aus Japan

Manager Heinz Krecek, der für 60 000 Mark Kluft und Zeug der deutschen Mädchen angeschafft hatte, stimmte zu: „Meinetwegen, mit Head komme ich schon klar."

Doch als Mayrs Läuferinnen auch andere Skibretter wünschten, streikte Krecek. Weil er wegen des damit verbundenen Vertragsbruches eine hohe Konventionalstrafe befürchtete, blieben die Deutschen beim österreichischen Produkt Kästle, statt auf die französischen Ski von Rossignol umzusteigen.

Mit den neuen Anzügen rasten die vier deutschen Mädchen trotzdem nicht zu Tal, was das windschlüpfige Zeug hielt. Vizeweltmeisterin Epple belegte nur den 19. Platz. „Ein paarmal verriß mich der Wind auf der Piste", schimpfte sie. Vom Winde verweht fühlten sich auch die anderen Deutschen. Die Schweizerin Marie-Theres Nadig, die ebenfalls vom Seitenwind gepackt worden war, holte dennoch die Bronzemedaille.

Weltcupsiegerin Annemarie Moser-Pröll aus Österreich, die Winter für Winter die meisten internationalen Skirennen gewinnt, siegte auch bei der Olympia-Abfahrt 1980, vor der Weltmeisterin Hanni Wenzel aus Liechtenstein. „Jede von uns mußte durch Wind und Schneetreiben, über Stock und Stein", meinte die deutschstämmige Wenzel. „Und jede hat nur zwei Bretter und zwei Stöcke, wenn dann immer dieselben vorn sind, kann das nicht nur am Material liegen."

Die Kritik der Liechtensteinerin und die Nörgelei der Deutschen bestätigte und widerlegte das nächste Rennen, der Riesenslalom. Hanni Wenzel gewann die Goldmedaille, Irene Epple holte Silber — in derselben Montur und auf denselben Brettern.

Im 15-Kilometer-Langlauf erreichten der Schwede Thomas Wassberg und der Finne Juha Mieto, nur durch eine Hundertstelsekunde getrennt, als Erste das Ziel — weit vor den sowjetischen Läufern, von denen den ganzen Winter hindurch wegen ihrer totalen olympischen Aufrüstung berichtet worden war. Mitten in Sibirien hatten sie in einem Trainingslager gelebt und angeblich geheimnisvolle Kufenski ausprobiert, diverse Bindungen getestet und neue Wachsarten gemixt.

„Ich bin doch kein Übermensch", erklärte Sieger Wassberg, „trotzdem brauchten die Russen einige Minuten mehr als ich." Im Gegensatz zu den Sowjets, denen Helfer das Material am



Deutscher Trainer Mayr
Schnellere Haut genehmigt

Start vorfahren, einrichten und wachsen, erledigte Wassberg seine Skipflege selbst. Und ganz allein entschied er sich vor dem Rennen, leichtere Bretter, rund 450 Gramm statt ein Kilo schwer, zu benutzen. „Weil es kalt und der Schnee fest war", urteilte Wassberg. „Um das rauszubekommen, hätten die Russen nur die Finger befeuchten und in die Luft halten müssen."

Vor dem Skispringen fiel auch Österreichs Trainer Baldur Preiml ins internationale Materialgeschrei ein: „Wir haben ganz neue Bretter, hinten mit Lappen, die das Schlingern in der Luft verringern."

Vor allem die DDR-Springer, die sich in Wintermonaten reihenweise an neues Material gewöhnt hatten und auf Medaillen hofften, bekamen plötzlich Angst vor der österreichischen Neuerung. Doch im Wettkampf siegte der Österreicher Toni Innauer mit seinen alten Brettern, die DDR-Athleten, von Kopf bis Fuß neu ausgestattet, landeten weit hinter ihm. Preimls Erklärung: „Das Material ist zweitrangig, aber der Toni ist ein Siegertyp, das zählt."

Seit Jahren hatten die Firmen meist selbst den Materialkrieg ausgelöst, um 50 Millionen Freizeitläufer in der Welt, fast acht Millionen davon in der Alpenregion, ausrüsten zu dürfen. Dabei unterließen sie es auch nicht, der Konkurrenz die Qualität abzusprechen.

Wochenlang kam der deutsche Vizeweltmeister Michael Veith selten über den 10. Platz bei Skirennen hinaus. Durch lancierte Meldungen verbreiteten einige Konkurrenzfirmen, Veiths österreichischer Lieferant Josef Fischer bediene den Deutschen absichtlich schlechter als seine österreichischen und kanadischen Kunden.

„Der Fahrer zählt nichts mehr", klagte auch der deutsche Abfahrer Sepp Ferstl, den ein Sturz und eine dabei erlittene Gehirnerschütterung vom Start in der Abfahrt in Lake Placid abhielten. „Das ist wie mit Autos, der eine bekommt einen Sportwagen und ich immer einen Traktor."

Fischer-Fahrer Veith belegte aber nur den 23. Platz, während der österreichische Fischer-Kunde Peter Wirnsberger beim Abfahrtsrennen mit dem gleichen Produkt die Silbermedaille gewann. „Fahren muß jeder schon allein", stellte Hersteller Fischer hinterher fest. Wichtiger noch als die Medaillen sind den Firmen die ständige Nennung ihrer Erzeugnisse in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Seit Fischer (Jahresumsatz: 900 000 Skibretter) seine führende Marktposition ans französische Werk Rossignol



Schwedischer Olympiasieger Stenmark
Legende vom Wunderski

(1,2 Millionen Ski) verloren hat, wäre eine Berichterstattung ausschließlich über die Rennen und die Läufer zu wenig. Dazu dient der Anzeigenteil. Alle Werke vergrößerten zum Winter-Olympia 1980 ihre Presse- und Werbeabteilungen. Und wenn mal nichts lief, dann fütterten diese Informationsbüros bei Kaffee und Kuchen die Reporter aller Länder mit Hintergrundstorys; auch Skandalöses wurde aufgetischt.

Wären wirklich die Skier von Rossignol und Fischer die allerbesten, dann hätte der schwedische Seriensieger Ingemar Stenmark im Riesenslalom nicht Olympia-Sieger werden dürfen. Er fährt seit Jahren als einziger Skistar auf einem jugoslawischen Fabrikat „Elan".

Der Schweizer Trainer Rolf Hefti vermutete, daß Stenmark einen „Wunderski" besäße, den niemand zu sehen bekäme. Dafür soll schon Stenmarks Servicemann sorgen, der eine Gewichtheberstatur hat. „Auf dem Siegerpodest winkt Ingemar", so Hefti, „immer nur mit einem Trainingsski."

Die Stenmark-Legende geht sogar so weit, daß er angeblich im ersten Durchgang häufig alte Bretter benutzt und ins Hintertreffen gerät und erst im entscheidenden zweiten Durchgang den Wunderski anschnallt. Werk und Läufer übergingen Heftis Erzählungen.

Inzwischen beutet „Elan"-Vertreter Werner Mattle Stenmarks Überlegenheit bereits geschäftlich aus: „Seine Marke wich nie vom Prinzip des Holzkerns ab — und jetzt kommen wieder viele zum Holz zurück."

Geblieben ist auch die Methode, daß die Sieger stolz ihre Bretter mit dem Markenzeichen fürs Fernseh- und Zeitungsbild präsentieren, während die Verlierer, auftragsgemäß, übers Material schimpfen. Auch die Flucht ins Zeug haben die Firmen lieber als das verschämte Schweigen der Besiegten. „In der Werbung gibt es das Positive und das Negative nicht", verrät Mattle. „Das einzig Schlimme ist nur, wenn nichts geredet und geschrieben wird."

So verbreiteten die Hersteller von Rennanzügen, daß auch die Farbe Tempo macht, besonders Weiß, was allerdings auch Verlierer Veith in Lake Placid getragen hat. Hingegen belegten zwei ebenfalls weiß gekleidete Österreicher in der Herren-Abfahrt die beiden ersten Plätze. Damen, so behaupten Psychologen, mögen gern lila gekleidet ins Rennen gehen. Doch die Schweizerinnen im lila Dress stürzten häufig.

„Es ist ja möglich, daß sie ein paar Hundertstel bringen", räumte Olympia-Siegerin Moser-Pröll über den hautengen Skidreß ein. „Aber druckn tuans ganz gewaltig." Kein Wunder, denn drunter ohne rasen fast alle Olympia-Fahrerinnen talwärts, auch wenn 20 Grad unter Null herrschen.

Puck schlägt sich, Puck verträgt sich

SPIEGEL-Reporter Hans Halter über die Olympia-Touristen in Lake Placid

Der harte Männerkampfsport Eishockey hat es dem älteren Herrn besonders angetan. „Zugabe, Zugabe, Zugabe“, schreit der Minister a. D. Werner Maihofer, 61, als das tapsige deutsche Team — vier Niederlagen in fünf Spielen — für Minuten in Führung geht. Mit dem wackeren Fan aus Bonn brüllen gleich sechs Abgeordnete um die Wette, die im Parlament nur selten zu Wort kommen.

Die Rufer an der Eiswüste bleiben nicht lange einsam. Fern der Heimat finden die Volksvertreter stimmstarke Unterstützung von einer Hundertschaft deutscher Männer auf den Zuschauerplätzen ringsum. Dort sitzen sehr kommod Ministerialbeamte, Direktoren, Mannschaftsleiter, Bundestrainer, Sportwarte, Referenten, Koordinatoren, Polizisten und Kriminalbeamte — allesamt auf fremde Kosten eingeflogen, ernährt und untergebracht.

Die Kompanie der deutschen Spesenreisenden — mehr als 100 Sportfunktionäre, Politiker und Beamte — war in Lake Placid kopfstärker als jemals zuvor in der Geschichte Olympischer Winterspiele. Ihre Zahl steht freilich im umgekehrten Verhältnis zum Ergebnis des teuren Ausflugs: Selten haben deutsche Wintersportler so wenig Medaillen nach Haus gebracht wie diesmal. „Wir werden“, verspricht Maihofer, „im Sportausschuß des Deutschen Bundestages alles ganz gründlich analysieren.“

An Augenzeugen fehlt es dabei sicher nicht. Nimmermüde haben Bonner Politiker dem sportlichen Treiben zugeschaut, nicht nur dem Rüpelspiel Puck schlägt sich, Puck verträgt sich. An der Bobbahn von Lake Placid erkannte etwa der deutsche Innenminister, für zwei Tage mit Ehefrau, Referent und Leibwächter vor Ort, daß wahrscheinlich die „nicht gerade überschäumende Stimmung“ schuld am sportlichen Desaster sei — mochte aber auch das Gegenteil nicht ausschließen.

Sein Kabinettskollege Josef Ertl, hauptsächlich zuständig für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Nebenamt jedoch Präsident des Deutschen Skiverbandes, testete die alpine Abfahrtsstrecke höchstselbst. Vier Sicherheitsbeamte hatten das Nachsehen. Im Schuß und sturzlos fuhr der schwergewichtige Bayer seinen Schatten davon. Unten erklärte er den „amerikanischen Kameraden“ die allgemeine Lage so: „Im Skisport gibt es immer ein Auf und Ab. Mit Deutschland geht es gerade bergab.“ Zustimmung vom US-Bodyguard, einem Mann mit Funk im Ohr: „Yes and jawoll, Herr Chef.“



Lake-Placid-Gäste Baum, Ertl*: „Mit Deutschland geht es bergab“

Mürrischer als die Bonner Minister, denen sich der deutsche Botschafter in den USA nebst Frau und Kind, ferner ein Generalkonsul und etliche niedere Beamtenchargen zugesellten, kommentierten die sieben parlamentarischen Hinterbänkler das Geschehen.

„Fürchterlich“ fand MdB Günther Müller, 45, diesmal die Schwäche der Spieler am Stock. Der ehemalige SDSler und spätere „nichtmarxistische“ Jungsozialistenführer schaut Spitzensportlern im Namen des Volkes schon lange zu: 1972, bei den Winterspielen im japanischen Sapporo, noch als SPD-Mann, jetzt im Auftrag seiner neuen Partei, der CSU.

Erfahrung im Spesenreisen und dem vergeblichen Anfeuern junger Athleten brachten auch Müllers Kollegen mit nach Lake Placid: etwa Ferdinand Tillmann von der CDU, seit 25 Jahren aktiv im „Sauerländischen Gebirgsverein“, wo einst Heinrich Lübke seine Wilhelmine fand. Oder MdB Hermann Scheffler, ein rechter Sozialdemokrat aus Hohenlimburg, der noch nie eine Reise für Deutschland scheute: Der

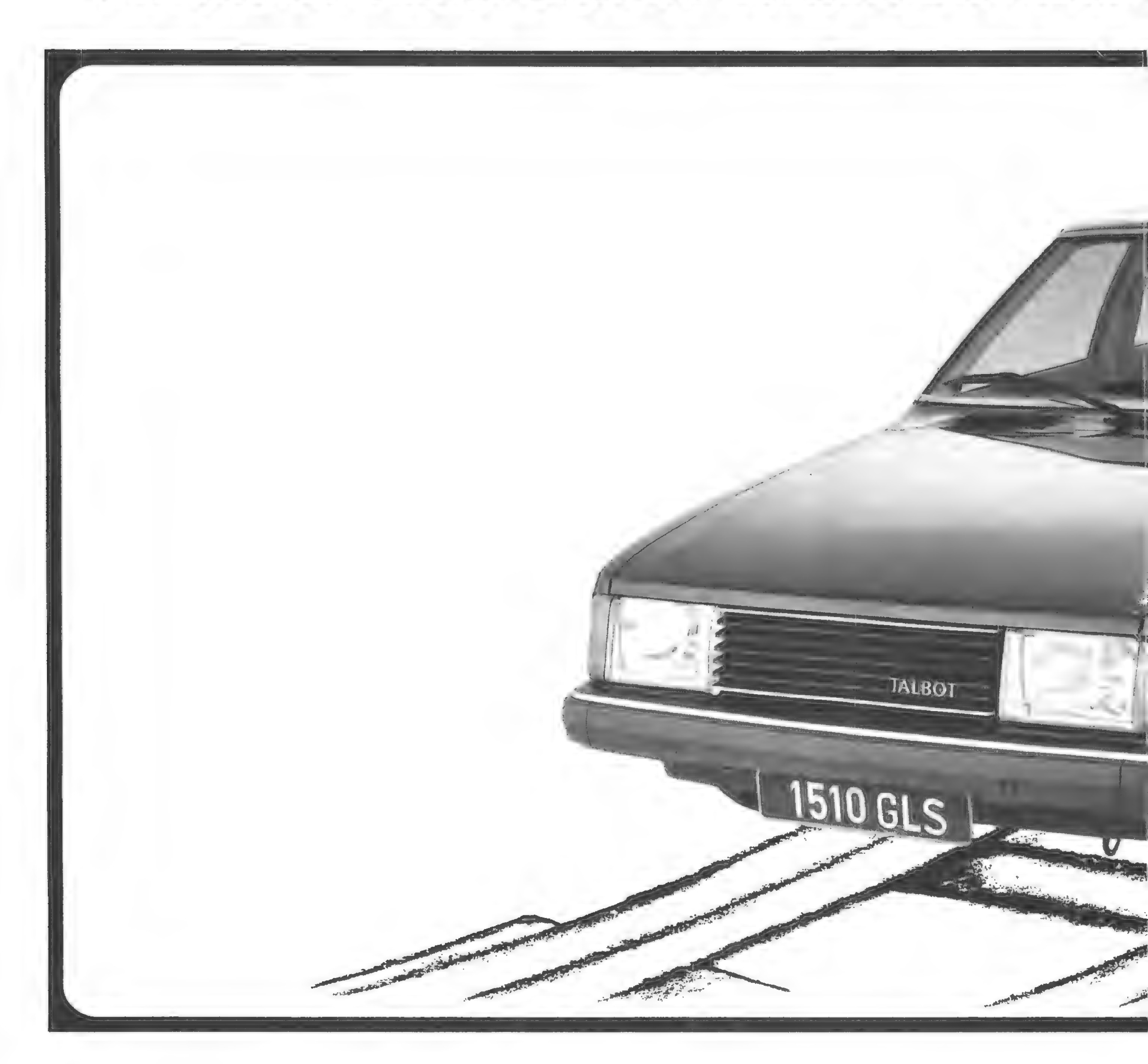


Lake-Placid-Gast Maihofer*: „Zugabe, Zugabe, Zugabe“



* Oben: mit Olympia-Funktionär Heinz Fallak; unten: mit Eisschnelläuferin Monika Holzner-Pflug.

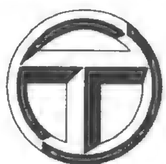
STARK IN DER SPUR. MIT VIELEN EXTRAS.



Der neue Talbot Simca 1510. Mit seinen 88 Pferden (65 kW) kommt der GLS auf besonders leisen Sohlen daher. Und damit er immer sicher und komfortabel in der Spur bleibt, dafür sorgt seine moderne Technik mit Frontantrieb, robustem und benzinsparendem Quermotor, Drehstabfederung und einzeln aufgehängten Rädern. Was Sie vor allem auf Langstrecken schätzen werden. Wenn Ihnen weder der Kopf brummt noch der Rücken schmerzt, wenn man sich es auf allen Plätzen bequem machen kann. Dazu bietet Ihnen der Talbot Simca 1510 eine Ausstattung, die mehr als eine gewöhnliche „Komplett-Ausstattung" ist. Extras ohne Aufpreis, die den bequemen, sparsamen und unproblematischen Fahrspaß noch angenehmer machen. Und weil wir uns besondere Mühe in bezug auf Qualität geben, können wir Ihnen dank Kataphorese-Tauchbad und spezieller Karosseriebehandlung auch eine 6-Jahres-Garantie gegen Durchrostungsschäden anbieten. Und das alles zu einem Preis, der jedem Vergleich standhält. Kommen Sie zur Probefahrt. Mehr als 1000 Talbot-Vertragspartner erwarten und beraten Sie. Auch über Finanzierung oder Leasing.

ZUM FAHR- UND SPARTARIF. TALBOT 1510.

LS: 7,0 l (N) bei 90 km/h
9,0 l (N) bei 120 km/h
10,1 l (N) im Stadtverkehr
Talbot 1510 LS 12350 DM*
GL 13850 DM*
GLS 14850 DM*
SX 16995 DM*
*Unverb. Preisempfehlung ab Werk, zuzüglich Überführungskosten.
Abbildung GLS
(Metalliclackierung und Leichtmetallfelgen gegen Mehrpreis).



DIE FREUDE AM AUTOMOBIL

TALBOT

Hinterbänkler war auch bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien dabei. Diesmal erklärte er seiner Ehefrau Wilhelmine die weiße Welt Olympias — höchste Zeit, denn Hermann Scheffler wird nicht wiedergewählt werden.

Einträchtig, der Parteien Hader nicht achtend, hatten sich die sieben Bonner Parlamentarier nebst Gefolge in einer herrschaftlichen Villa einquartiert: Die Monatsmiete von 37 400 Mark wird vom Bund der Steuerzahler als „starker Tobak" empfunden.

Solche Kritik weisen die Volksvertreter unisono zurück. Nichtraucher MdB Müller: „Dös Haus stand doch schon 1932. Wann Sie amoal die Dusch'n seh'n könnt'n." Der saure Schweiß tüchtiger Deutscher wurde in Lake Placid noch in diversen anderen Häusern fortgespült: Das Auswärtige Amt mietete eine Villa, um seinen „konsularischen Aufgaben" für beinahe 50 selbstzahlende deutsche Zuschauer gerecht werden zu können.

Fünf Herren aus Berchtesgaden fanden für eine Woche (und 5643 Dollar) Unterschlupf in einem geräumigen Repräsentationsbau: Es galt, die Bewerbung des Alpensports für die Winterspiele 1988 zu betreiben. Am wirksamsten erwies sich dabei die Gratisverteilung kleiner Flachmänner, Marke „Graßl Gebirgsenzian". Das ist eine urbayrische Spezialität, „gewonnen aus den Wurzeln des heilsamen Enzian". So was wärmt immer.

Je deutlicher sich die Medaillen-Ebbe abzeichnete, desto frostiger wurden die Beziehungen der Amtsträger zueinander. Die politischen Olympia-Touristen deuteten den Sportfunktionären finanzielle Sanktionen an, vor allem eine mögliche Minderung der Zuschüsse aus Steuergeldern.

Die Sportfunktionäre wiederum suchten nach Schuldigen, die keiner zur Rechenschaft ziehen kann. Abfahrtstrainer Klaus Mayr: „Der Wind wehte zu stark." Biathlon-Referent Peter Bayer: „Die Gewehre müssen bei der Kälte versagt haben." NOK-Funktionär Walther Tröger: „Es kommt so vieles zusammen." Der coole Jurist präsidierte den Krisensitzungen im „Deutschen Haus", die freilich das blamable Ergebnis nicht korrigieren konnten.

Für einige Sportfunktionäre steht deshalb jetzt die liebgewonnene Beschäftigung und ein komfortables Ambiente auf dem Spiel. Das „Deutsche Haus", gelegen in Lake Placids „vornehmster Straße" (IOC-Mitglied Willi Daume), wird veräußert werden.

Für 82 000 Dollar hatte schon 1978 das deutsche NOK einer amerikanischen Witwe die geräumige Villa samt Nebengelaß und großem Garten abgekauft. Während der diesjährigen Spielzeit bot das Anwesen 33 Funktionären eine Bleibe: Niemand litt Not.

Denn das Leben selbst der kleinen Sportfunktionäre ist voller Annehmlichkeiten: Für Lake Placid wurden alle erst mal kostenfrei neu eingekleidet, pro Mann für 1500 Mark. „Selbstverständlich" (NOK-Tröger) darf die Betreuertruppe das winterfeste Tuch behalten.

Auch anderer Sorgen enthebt die Organisation ihre Glieder: Transport in gut beheizten Limousinen ist ebenso selbstverständlich wie freier Zugang zu reservierten Plätzen, die polyglotte Hosteß an der Seite und das tägliche Taschengeld (15 Dollar) in bar. Kein Wunder, daß alle, die ein Sportamt haben, wie Pech und Schwefel daran kleben.

Zwar will die schwer gebeutelte Begleitmannschaft nach ihrer Rückkehr in dieser Woche damit beginnen, auch nach Fehlern und Versagern in den eigenen Reihen zu suchen. Ob sie was findet, ist aber zweifelhaft. Tröger: „Die Verbände" — soll heißen: deren Funktionäre — „haben keine Fehler gemacht."



NOK-Funktionär Tröger
Suche nach Schuldigen

Ohnehin zieht die sogenannte „Verbandsräson" etwaigen Konsequenzen enge Grenzen. Meint eine deutsche Skiläuferin, an deren Wimpern nach eisekalter Talfahrt die Tränen der Niederlage festfroren: „Wir Sportler kommen und gehen, die Funktionäre bleiben bestehen."

In der großen olympischen Familie soll auch das „Deutsche Haus" bleiben Für die Villa hat sich als ernsthafter Interessent das deutsche Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, der Krupp-Manager Berthold Beitz, 67, gemeldet. Er will sie seiner Tochter schenken.

EISSCHNELLAUF

Signale von Dianne

Amerikas Goldsammler Eric Heiden war schon vor Lake Placid der erfolgreichste und bekannteste Eisschnellläufer der Welt. Nur seine Landsleute kannten ihn kaum.

John, Motelbesitzer in Wilmington, erkundigte sich bei seinen Olympia-Gästen: „Da hat doch heute ein Amerikaner gewonnen, wie heißt der doch gleich?"

Er sprach von Eric Heiden, 21, der soviel Goldmedaillen wie kein Eisschnell-Läufer zuvor bei Olympischen Winterspielen gewann und die Wettbewerbe in Lake Placid in Heiden-Games umwandelte. Heiden galt für Experten schon vorher als sicherer Medaillen-Anwärter. Aber in den USA konnte er sich nicht einmal auf sein Gold-Festival vorbereiten.

„Ich habe in Deutschland trainiert", belehrte er seine Landsleute über sein Olympia-Training in Inzell, „weil die Eisbahnen bei uns frühestens Mitte Dezember öffnen." Anders als in den führenden europäischen Eisschnellauf-Ländern und sogar in der Bundesrepublik, dessen Läufer trotzdem Statisten blieben, gibt es in den USA keine staatlich subventionierten Anlagen, auf denen sich Spitzenläufer frühzeitig vorbereiten.

Die wenigen Dutzend US-Eisschnellläufer trainieren auf kommerziellen Anlagen, die erst öffnen, wenn es sich für sie auszahlt, oder sie müssen sich gedulden, bis geeignete Seen zufrieren.

Heidens Vater, ein Orthopäde in Madison (Wisconsin), hatte früher Radrennen gefahren und gefochten, seine Mutter einige Tennisturniere gewonnen. Die Eltern stellten Eric und seine Schwester Beth, 20, die ebenfalls schon zwei Weltmeisterschaften und in Lake Placid eine Bronzemedaille erkämpft hat, mit zwei Jahren auf Schlittschuhe. Denn sonst „kann man im Winter in Madison nicht viel anfangen", begründete Vater Heiden. Zunächst spielte Eric Eishockey und fuhr im Sommer Radrennen.

Später entdeckte er sein Talent für den Eisschnellauf und fand in Dianne Holum, der Olympia-Siegerin von 1972, eine Toptrainerin. Er spurtete im Sommer wie Leichtathleten bis zu 15mal 400 Meter, schöpfte Kondition auf dem Rennrad und Kraft durch Hanteltraining. Im Winter übte er meist auf rauhem Natureis. Das härtete ihn zusätzlich ab für den Kampf gegen seine europäischen Konkurrenten, die nur spiegelglatte geschliffene Kunsteisflächen gewohnt sind.

Bei den Weltmeisterschaften 1977 in der holländischen Stadt Heerenveen wagte sich Heiden erstmals als unbekannter Außenseiter unter die Stars.




Eisschnellauf-Olympiasieger Heiden 1980, Heiden 1964 mit Vater beim Training: „Ich habe mich in Deutschland vorbereitet"

Anders als bei Olympischen Spielen wird bei Welttitelkämpfen nicht um fünf Medaillen auf verschiedenen Strecken gekämpft. Weltmeister wird, wer auf vier Distanzen von 500 bis 10 000 Meter das beste Gesamtergebnis erzielt. Heiden schaffte es als erster Amerikaner seit 1891. Doch in den USA nahm kaum jemand Notiz davon.

Der Seriensieger aus Madison wiederholte seinen Erfolg 1978. Oberschenkel von Fußballerformat, beschleunigt er in den engen Kurven noch, wenn andere vor der Fliehkraft nachgeben und bremsen oder aus der Kurve fliegen und gegen die Bande krachen wie in Lake Placid der Bundesdeutsche Herbert Schwarz.

Bei seiner dritten Weltmeisterschaft 1979 in Oslo beeindruckte er die eislaufversessenen Norweger so sehr, daß sie mit seinem Bild auf Milchtüten warben und unverzüglich eine Heiden-Biographie druckten.

Die vielen Heiden-Schlagzeilen in skandinavischen Zeitungen fielen schließlich US-Diplomaten auf. Sie erkundigten sich nach ihrem erfolgreichen Athleten und veranlaßten ihren Präsidenten, Heiden zu gratulieren. In seinem Heimatstaat Wisconsin breitete sich Heidens weltweiter Ruf erst aus, als eine sowjetische Ringermannschaft nach Heiden forschte, den sie als bedeutendsten Athleten des US-Staates Wisconsin einschätzten.

Als er eine sowjetische Einladung wahrnahm und auf der hochgelegenen Piste in Alma Ata Höchstgeschwindigkeiten von fast 60 km/h erreichte — soviel wie ein Rennpferd — filmten die Sowjets jeden seiner Schritte.

Heidens Kraft und Ausdauer begünstigten eher Erfolge auf den mittleren und längeren Strecken. „Im 500-Meter-Sprint genügt ein falscher Schritt am Start", warnte er Optimisten vor der Entscheidung, „und der Rückstand ist unaufholbar."

Er siegte über 500 Meter in olympischer Rekordzeit und zog den Russen Jewgenij Kulikow zur Silbermedaille mit. Auch andere Läufer, die das Los im paarweise ausgetragenen Eisschnelllauf-Wettbewerb zusammen mit Heiden an den Start brachte, erreichten im direkten Vergleich mit dem Amerikaner Medaillenplätze.

„Lockerer als gestern", nahm er das 5000-Meter-Rennen um die nächste Goldmedaille auf. Unbeeindruckt vom olympischen Rekord des vor ihm gestarteten Norwegers Tom Erik Oxholm glitt er genau nach Plan um die Bahn, obwohl sein Rückstand zeitweilig 4,5 Sekunden betrug.

Seine Trainerin Dianne Holum schirmte ihn zwischen den Rennen vor Interviews und Olympia-Rummel ab. Während des Medaillenkampfes über 10 000 Meter signalisierte sie ihm an der Bahn mit hoch- und niederweisendem Daumen, einst das Zeichen römischer Cäsaren im Zirkus über Leben und Tod besiegter Gladiatoren, ob er dem Zeitplan vorauseilte oder dahinter zurückgeblieben war.

„Er kann gleichmäßige Rundenzeiten laufen", erklärte seine Trainerin die geringen Abweichungen. Erst die letzte Runde entschied beispielsweise den 5000-Meter-Sieg.

„Mir macht das Eislaufen eben Spaß", ließ sich Heiden einsilbig über sein Leistungsmotiv aus. Profipläne hegt er nicht. Heiden will in Zukunft nicht aufs Eis, sondern auf die Straße: als Radsportler.

Locker und entspannt bereitet er sich auf das jeweils nächste Rennen vor: „Take it easy", nennt er seine Einstellung — „ich seh' das nicht so verbissen." Amerika tut es doch, im eigenen Land übertrumpfte Heiden als einziger Amerikaner sogar die sowjetischen Seriensieger.

ANTIKE

Weithin gefürchtet

Für den Boykott der Moskauer Spiele berufen sich West-Politiker auf die Friedensidee der antiken Olympischen Spiele. In Wahrheit war Olympia gerade in Kriegszeiten besonders populär.

Wenn sich Politiker über den Sinn der Leibeskultur Gedanken machen, dann sind ihnen auch die ältesten Grundwerte des Abendlandes nicht zu alt, um das angeblich fundamentale Friedensprinzip der Olympischen Spiele vor dem Untergang zu bewahren.

So wird der vorolympische Boykott-Clinch zwischen West und Ost längst schon im Namen der antiken Olympioniken ausgetragen, die nach Ansicht des US-Außenministers Vance den sowjetischen Afghanistan-Einmarsch mindestens ebenso deutlich verurteilt hätten wie Jimmy Carter.

Auch für Deutschlands CDU sind antike Fundamente in Gefahr, weil die Moskauer Sportveranstaltung gleichbedeutend sei mit dem „Verrat der olympischen Idee". Solch rückwärts gewandter Sehweise folgt inzwischen sogar der Deutsche Sportbund: Sein Präsident Willi Weyer mag den „Sinn der Olympischen Spiele" nicht im Spielen,

„Fügt euch und zahlt Steuern"

Der Dialog zwischen Athenern und Meliern im Jahre 416 v. Chr.

38 Schiffe mit 3000 Soldaten schickte der Athener Staatsmann Alkibiades wenige Monate nach seinem Sieg bei den Olympischen Spielen 416 v. Chr. zur Insel Melos, deren Stadt eine Gründung der bei den Athenern verhaßten Spartaner war. Ziel der Expedition war die bedingungslose Unterwerfung der Insel unter die Herrschaft Athens. Der griechische Historiker Thukydides, der zur Zeit des Überfalls lebte, schildert die Kapitulationsverhandlungen als ein Beispiel für die arrogant-kaltschnäuzige Machtpolitik Athens und seines Demagogen Alkibiades.



Athener Alkibiades
Olympia-Sieg und Invasion

Die Athener zu den Ratsherrn von Melos: Wir sind hergekommen, um unsere Machtsphäre zu erweitern, und führen dieses Gespräch zur Rettung unserer Stadt in der Absicht, euch einerseits mühelos in unsere Gewalt zu bekommen, doch darüber hinaus auch zu beiderseitigem Nutzen zu schonen.

Melier: Und wie sollte für uns die Unterwerfung so nützlich sein wie für euch die Herrschaft?

Athener: Weil ihr, anstatt das Schlimmste zu erleiden, untertan werden könntet, während wir unseren Gewinn davon hätten, euch nicht zu vernichten.

Melier: Daß wir stillhalten, euch freund statt feind sind, aber niemandes Verbündeter, darauf könnt ihr euch nicht einlassen?

Athener: Es ist nicht so sehr eure Feindschaft, die uns schaden könnte, als unverbindliche Freundschaft mit euch; sie könnte von denen, über die wir herrschen, als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, aber Haß, der uns entgegengebracht wird, ist ein Beweis unserer Stärke.

Wägt die Sache vernünftig ab. Dies hier ist für euch keine Art sportlicher Wettkampf unter gleichen Bedingungen, in dem es um die Mannesehre geht, sondern ihr sitzt über euer Überleben zu Rate.

Ihr solltet nichts Herabsetzendes darin erblicken, euch einer so übermächtigen Stadt zu unterwerfen, zumal wenn sie so maßvolle Bedingungen stellt; ihr würdet Verbündete, verfügtet weiterhin über euer Territorium und zahltet Steuern; und da euch die Wahl überlassen ist zwischen Krieg und Sicherheit, besteht nicht so hartnäckig auf dem Schlechteren, eurem Untergang. Denn wer vor Gleichstarken nicht zurücksteckt, gegenüber den Mächtigen sich klug und gegen den Schwächeren sich maßvoll zeigt, der dürfte am ehesten auf dem richtigen Weg sein.

sondern nur darin sehen, den „Frieden zu verkörpern" — wie die alten Griechen, so scheint es.

Tatsächlich aber ist der Hinweis auf die Antike ebenso irreführend wie der weithin verkündete Glaube, nationale Prestigepolitik und olympischer Sport ließen sich auch nur andeutungsweise trennen.

Wenn schon, dann ging es bei den Hellenen nicht etwa um Ächtung kriegführender Parteien, sondern um Pflege des freundschaftlichen Dialogs mit Freund und Feind — auch in bösen Zeiten: Den Kämpfern, Poeten und Zuschauern, die sich in der Landschaft von Elis im Nordwesten des Peloponnes zu den Wettspielen versammelten, war es ziemlich egal, ob ihre Heimatstädte gerade im Krieg standen oder nicht.

Weit wichtiger schien, daß alle vier Jahre im heiligen Bezirk von Olympia die politische und geistige Elite aller wichtigen Stadtstaaten zusammenkam — nicht nur, um sich im Konkurrenzkampf zu messen, auch, um sich zu verständigen. So galt Olympia für Athener wie Spartaner, Thebaner oder Sizilianer nicht als Symbol des nationalen Friedens, vielmehr als Ort hellenischer Einheit, vor allem in Kriegszeiten.

Gerade die von Zwistigkeiten, Seuchen und Raubkriegen zermürbten Polis-Staaten hatten es besonders nötig, ihre gemeinsame panhellenische Kultur auf friedlichem Wege vor aller Welt zur Geltung zu bringen. Nur so ist erklärlich, daß sie während mehr als 700 Jahren am Ritual der Olympischen Feier festhielten.

„Olympia ist ein heiliger Ort", hieß es im Staatsvertrag, den die Herrscher von Elis, Pisa und Sparta vor rund 2800 Jahren schlossen und der auf einem metallenen Diskus eingraviert wurde. „Wer es wagt, diese Stätte mit bewaffneter Macht zu betreten, wird als Gottesfrevler gebrandmarkt."

Die regelmäßige und ungehinderte Durchführung der Wettspiele in Olympia war denn auch der Hauptzweck des Vertrags, keineswegs etwa eine landesweite Entspannungs- oder Friedenspolitik.

Die später von allen griechischen Stadtstaaten akzeptierte Vereinbarung beschränkte sich auf die Vorschrift, daß

- ▷ der heilige Bezirk und das Territorium von Elis als neutrale Zone respektiert werden, in der nur die Eleer zum Schutz der Spiele Waffen tragen durften, nicht aber die Zuschauer und Gäste;
- ▷ sämtliche Athleten, Funktionäre und Zuschauer während drei Monaten unter göttlichem Schutz standen und darum nicht belästigt werden durften;
- ▷ für alle Beteiligten während der An- und Abreise freies Geleit durch Feindesland garantiert wurde, auch wenn der Weg durch Kriegsgebiet führte.

Das olympische Geschehen war ohnehin mehr von der Lust am Hauen und Stechen bestimmt als vom Willen zum Frieden. So waren die meisten Wettkampfarten auch Übungen im Kriegshandwerk: Ursprünglich gab es nur das Laufen in der Kampfbahn, dann Ringen, Boxen und den Fünfkampf mit Speer- und Diskuswerfen. Später kamen immer neue Gattungen, vor allem die Wagenrennen, hinzu.

Wer sich in Olympia hervortat, der galt als weithin gefürchteter Krieger, sein gutes Abschneiden bedeutete oft schon die Eignung zum Truppenführer. Manchmal genügte einem Stadtstaat der Sieg seiner Olympia-Mannschaft, damit er vor den Feinden auch militärisch als der Bessere galt: Der Wettkampf ersetzte womöglich hin und wieder das blutige Kräftemessen im Felde.

Trotzdem kam es oft genug zu Beute- und Kriegszügen zwischen verfeindeten Städten, deren Kämpfer sich wenig später in Olympia wiedertrafen.

Meist brachten dann die Sieger Waffen und Beutestücke zur Weihe mit oder ließen Siegessäulen errichten. Den Sportsgeist der Kämpfer störte es nicht, daß sie dann unter Inschriften zum Wettstreit antreten mußten, die sie als Verlierer einer vorausgegangenen Schlacht nannten.

Die Rolle der Spiele, sowohl Kriegsersatz wie auch Symbol hellenischer Einheit zu sein, ging erst nach rund 300 Jahren verloren, als die griechische

Welt im 5. Jahrhundert in die verfeindeten Machtblöcke der Athener und der Spartaner zerfiel.

Auf der einen Seite hatte sich der attische Bürgerstaat Athen mit seinen Vasallen Geltung verschafft, eine junge und expansive Seemacht, die von einem panhellenischen Großreich unter athenischer Führung träumte.

Auf der Gegenseite rüstete der aristokratisch geführte Militärstaat Sparta auf, der sich als Beschützer der von Athen bedrohten Städte aufspielte und so zur Hegemonialmacht des Peloponnes wurde.

Das von den neutralen Eleern verwaltete Olympia diente nun den beiden antiken Supermächten als Demonstrationsobjekt, um den Zusammenhalt unter den Verbündeten zu testen, die eigene Stärke vorzuführen und den Gegner zu demütigen: Der Sport war zum obersten olympischen Richter Sparta zur Zahlung einer hohen Geldstrafe, was die Spartaner ablehnten. Sie sollten daraufhin von den Spielen so lange ausgeschlossen werden, bis sie die Strafe bezahlt hätten.

Sparta blieb stur: Statt zu zahlen, zog es in den eigenen Mauern als Gegenolympiade gedachte Knabenspiele auf.

Gleichwohl war den Eleern trotz der Rückendeckung durch Athen nicht recht wohl: Als die Olympischen Spiele begannen, mobilisierten sie vorsorglich ihre Truppen für den Fall, daß sich Sparta gewaltsamen Zutritt zu den Spielen verschaffen würde.

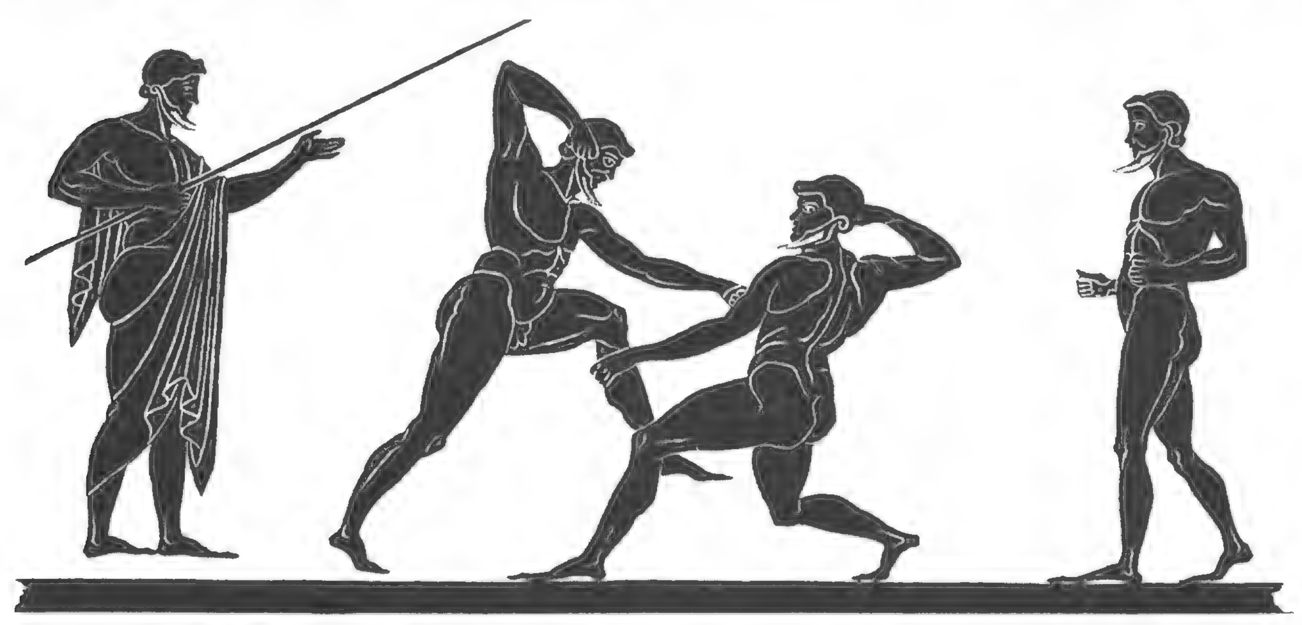
Ein Spartaner verschaffte sich denn auch wirklich Zutritt — allerdings nicht mit Gewalt, sondern mit einer List: Der international bekannte Aristokrat Lichas, der auch als Diplomat ner abdrängen, drei fuhren auf Sieg und landeten auf den ersten Rängen.

Den Triumph kleidete der renommierte Tragödiendichter Euripides in werbewirksame Verse, die in ganz Attika von den Sängern verbreitet wurden: Alkibiades galt nun als Held Athens und Günstling der Götter.

Noch zur Zeit des olympischen Friedens überfiel der Olympia-Sieger mit einer Flotte von 20 Schiffen die Stadt Argos und verschleppte 300 Männer, angebliche Freunde Spartas.

Wenige Monate später fuhr Alkibiades als Oberbefehlshaber einer Kriegsflotte zur neutral gebliebenen Insel Melos und verlangte die bedingungslose Kapitulation (siehe Kasten Seite 126).

Als sich die Melier weigerten, wurde das Land verwüstet, alle Männer wurden umgebracht, Frauen und Kinder in die Sklaverei verkauft. Später ließ der



Hellenische Faustkämpfer in Olympia: Friedliches Kriegsspiel

Spielball machtbesessener Politiker geworden.

Vor allem der ehrgeizige Alkibiades, ein demagogisch begabter Nachwuchspolitiker der Athener Oberschicht, verstand es, einzelne Städte gegen Sparta aufzuwiegeln.

Gerade noch rechtzeitig zum Olympia-Jahr 420 vor Christus schloß er einen Verteidigungspakt mit den peloponnesischen Staaten Argos, Mantineia und dem für Olympia zuständigen Elis.

Für die isolierten Spartaner bestand die Provokation vor allem darin, daß Elis durch den olympischen Vertrag zum neutralen Territorium erklärt und vor einer Invasion geschützt war, wobei aber strittig blieb, ob das Bündnis mit Athen dem Neutralitätsstatus nicht zuwiderlief.

Sparta reagierte jedenfalls mit gezielten Vergeltungsschlägen und besetzte zwei grenznahe Festungen auf eleischem Gebiet. Prompt verurteilten die zu Ruhm gekommen war, ließ sein Pferdegespann heimlich unter der Flagge Thebens mitlaufen — und gewann.

Bei der Siegerehrung konnte der Spartaner seinen Stolz nicht verbergen: Vor aller Augen schmückte er seinen Wagenlenker mit dem Ölzweig und gab sich so als der wahre Rennstallbesitzer zu erkennen — worauf er von der obersten Wettkampfbehörde zu einer harten Prügelstrafe verurteilt wurde. Sparta schien abermals gedemütigt, alles verlief nach den Wünschen Athens.

Nun glaubte Alkibiades, die alleinige Führung Athens übernehmen und ganz Hellas unter seine Oberherrschaft bringen zu können.

Um sich dem eigenen Volk als starke Führerpersönlichkeit präsentieren zu können, fehlte ihm noch ein olympischer Sieg. Den holte er sich bei den folgenden Spielen, indem er gleich sieben Pferdegespanne an den Start schickte: Vier Wagen sollten die Gegner abdrängen, drei fuhren auf Sieg und landeten auf den ersten Rängen.

Olympionike 500 attische Bürger zur Neugründung einer athenischen Vasallenstadt nach Melos verschiffen.

In den folgenden Jahren nahm der peloponnesische Krieg auch an Härte zu, doch das Glück der athenischen Aggressoren schwand. Schließlich gewannen die Spartaner wieder die Oberhand und konnten Athen besiegen.

Auch während der schlimmsten Kriegsjahre wurden die Spiele regelmäßig und unter großer Beteiligung der miteinander verfeindeten Polis-Staaten durchgeführt. Einzig Sparta fehlte.

Die Rache für den Ausschluß kam nach fast 20 Jahren im Winter 402/401: Nachdem der spartanische König Agis Athens Verbündete besiegt hatte, drangen seine Truppen erneut ins heilige Gebiet von Elis ein, diesmal mordeten sie hemmungslos.

Doch von da an war Sparta bei allen Spielen wieder mit dabei, das Strafgeld hat es nie bezahlt. ◆

Moskau: Entspannung doch unteilbar?

Nato-Manöver im Nato-Staat Norwegen sind eine „Provokation"; Rumänien soll seine Zusammenarbeit mit Jugoslawien einschränken; der Berliner Senat verletzt das Berlin-Abkommen „grob": Moskau treibt vor dem Hintergrund seiner Afghanistan-Intervention offensive Rundumverteidigung und gab kaum einen Entspannungshinweis.

Der eine wollte „strafen", die anderen wollten nur „helfen" — doch die UdSSR bewegt sich kaum.

Zuchtmeister Carter brachte die Sowjets durch den angekündigten Olympia-Boykott nicht dazu, ihre Truppen bis Aschermittwoch aus Afghanistan abzuziehen. Die Europäische Gemeinschaft scheiterte zugleich mit ihrem Plan, Afghanistan zu neutralisieren.

Weshalb immer die UdSSR in ihr Nachbarland eingefallen war — gewiß nicht, um es zu neutralisieren. Die Europäer handelten sich sogar Hohn aus Moskau ein: Die Nachrichtenagentur „Tass" nannte den EG-Plan eine „Fortsetzung" jenes westlichen Eingriffs in die inneren Angelegenheiten Afghanistans, durch den Moskaus Bruderhilfe erst herausgefordert worden sei.

Die außergewöhnliche Machtposition in Mittelasien, die Moskau mit der Weihnachts-Invasion unter schwerem Prestige-Verlust gewonnen hat, will sie so leicht nicht wieder hergeben, auch wenn nicht ein geostrategischer Vorstoß, sondern Sicherung des eigenen Südens das eigentliche sowjetische Ziel war.



Sowjet-Besatzer in Kabul: Verstärkung aus Osteuropa

Das amerikanische Handelsembargo jedenfalls erwies sich als unwirksam, Moskau zum Rückzug zu bewegen: Die Konservativen in der UdSSR mißtrauten stets der Öffnung nach Westen, dem Verzicht auf russische Autarkie.

Auch trotz des drohenden Olympia-Boykotts geben sie Kabul nicht auf: Der trifft die Russen zwar zielgenau in ihrem Inferioritätskomplex, aber steigert ihn nur. Es freuen sich wiederum die Gegner der Westöffnung, dazu die Staatsschützer, denen vor dem Sicherheitsproblem grauste: Täglich 50 000 West-Propagandisten mitten in der Sowjethauptstadt!

Schließlich bringt auch die beständige West-Beteuerung, die Entspannung gehe weiter, die von Moskau soeben sichtbar verletzt worden war, die Russen aus Afghanistan offenbar nicht heraus.

Moskau nämlich sprach bei der eigenen Definition von Entspannung stets mit zwei Zungen: 1978 unterschrieb Parteichef Breschnew in Bonn noch das Prinzip unteilbarer, weltweiter Entspannung. Gleichzeitig verkündeten die Ideologen, Breschnew-Kollege Suslow an der Spitze, den „weltweiten revolutionären Prozeß", den permanenten ideologischen Krieg und die Unterstützung aller „Befreiungskriege", wie Moskau sie definiert.

Amerika, geschwächt durch Vietnam, ging auf diese von der UdSSR bestimmten Regeln der Auseinandersetzung nicht mehr ein. Es akzeptierte, zumindest de facto, das Moskauer Prinzip, daß die Entspannung teilbar sei, und die Erfahrung sprach tatsächlich dafür: US-Minen vor Nordvietnam, und dennoch Nixon-Besuch in Moskau; Kubaner in Afrika, und dennoch Salt-II-Abschluß in Wien.

Wahrscheinlich erwarteten die Kreml-Führer, die Staaten, insbesondere jene der Dritten Welt, würden über Afghanistan rasch zur Tagesordnung übergehen, doch dazu war der Überfall zu offen, das Terrain zu schwierig.

Mit Beutewaffen und Hinterladern (und vielleicht chinesischen Beratern) ziehen die Mudschahidin in Afghanistan die Invasoren in einen Guerillakrieg von Vietnam-Format, der die Sowjets am Freitag dazu zwang, über Kabul das Kriegsrecht zu verhängen. Nach Nato-Erkenntnissen hatten die Sowjets bisher rund 1500 Gefallene sowie 3500 Verletzte und Vermißte.

Im Urteil von Fachleuten müßte die Besatzungsmacht, derzeit wahrscheinlich rund 80 000 Mann, auf 300 000 Mann verstärkt werden, damit sie das Land fest in den Griff bekommen könnte. Da Moskaus Reservoir keineswegs unerschöpflich ist, sind Truppenverbände aus Osteuropa auf dem Marsch nach Mittelasien.

Schon soll es zu Desertionen und Sabotage in den Streitkräften gekommen sein. Rekruten ziehen angeblich jahrelange Haft dem Tod in Afghanistan vor, zumal Horror-Geschichten umgehen, wie die Afghanen Russen zurichten, deren sie habhaft werden.

Mit dem traditionellen Aufbau ihrer Divisionen und Korps kann die Sowjet-Armee im Guerilla-Kampf wenig anfangen. Gefragt sind nicht Panzer und schwere Artillerie, sondern vor allem Infanterie und Kampfhubschrauber.

Deshalb werden gegenwärtig aus in der Sowjet-Union stationierten Einheiten die Kampfhelikopter abgezogen und nach Afghanistan geschickt. Das schwere Gerät der Invasionstruppen geht in die Sowjet-Union zurück.

Die Operation Afghanistan hat aber eine wesentliche Fehleinschätzung der sowjetischen Fähigkeiten durch den

Westen offenbart: Bislang gingen Nato-Militärs davon aus, daß es mindestens 10 bis 14 Tage dauern werde, bis Moskau Kader-Divisionen mit Reservisten auffüllen und kampfbereit machen könne. Vor dem Einmarsch in Afghanistan ist das den Russen innerhalb weniger Tage gelungen.

Die ungewöhnliche Anstrengung beweist, wie dringend den Sowjets die Intervention schien. Die Rundumverteidigung, zu der Moskau nach dem Protest der Weltöffentlichkeit überging, deutet bei allem verbalen Kraftaufwand auf Angst vor eigener Schwäche hin.

Sowjet-Sperrfeuer an allen Fronten: Nato-Manöver im Nato-Staat Norwegen nannte „Tass" eine „Provokation", die Lagerung von US-Ausrüstungen ebendort eine „offene militaristische Aktion". Waffenproduzenten, warnte



Sowjet-Premier Kossygin*
„Mit politischen Mitteln"

die Armeezeitung „Krasnaja swesda", „nagen am Baum der Neutralität sowohl Schwedens wie der Schweiz".

Außenminister Gromyko verlangte von Rumänien, die Kooperation mit Jugoslawien einzuschränken; Belgrads Stabschef Mamula meldete „militärische Übungen großen Ausmaßes an den Grenzen Jugoslawiens".

„Tass" warf dem schwachen Pakistan vor, was in Afghanistan schon zur Intervention gereicht hatte: „Aggressionen in unmittelbarer Nähe der UdSSR". Aus Japan kam die Nachricht, Sowjet-Raketen vom Typ SS-20, bisher auf Westeuropa gerichtet, seien nun auch an der Grenze zu China installiert worden.

So tat Moskau alles, den Eindruck zu erwecken, es trete in ein neues imperialistisches Zeitalter ein. Sein Botschafter in der DDR rügte, die Bundesrepublik und der West-Berliner Senat würden das Berlin-Abkommen „grob verletzen" — es klang wie die Ankündigung einer neuen Berlin-Krise.

Und ein sowjetischer ZK-Berater, der es besser wissen müßte, forderte gar Westeuropa offen zur Trennung von den USA auf — zu einem Zeitpunkt, da sich Neutralität (in Kabul) gerade als höchst gefährlich erwiesen hat.

Nikolai Portugalow, der als Korrespondent acht Jahre in Bonn verbracht hat, in einem „Tass"-Beitrag: „Man kann nicht die Fortsetzung der Entspannung in Europa erklären und gleichzeitig Solidarität mit der US-Politik ausdrücken."

Offenbar ermuntert durch die europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten über die richtige Antwort auf Afghanistan, prophezeite Portugalow auch noch, und zwar wegen der angeblichen US-Einmischung in europäische Angelegenheiten, „Kriegsgefahr für Europa".

Wenige Tage darauf wurde Portugalow korrigiert. Über Radio Moskau riet Sowjet-Kommentator Alexandrow den US-Verbündeten zwar auch, „Carter nicht blindlings wie eine Hammelherde zu folgen", stellte jedoch zugleich richtig:

> Leider muß man feststellen, daß manche bedeutenden Politiker und Publizisten der Bundesrepublik Deutschland recht oberflächlich urteilen, wenn sie meinen, die Sowjet-Union wolle Westeuropa von den USA lostrennen. Die UdSSR ist sich bewußt, was militärische Blöcke bedeuten.

Das hieß: Die UdSSR ist sich bewußt, daß ihr eigener Block für Zersetzung viel anfälliger wäre, wenn der Westen etwa den Spieß umdrehen und die Entspannung davon abhängig machen würde, daß Osteuropa die Solidarität mit Moskau aufkündigt.

Die höheren Risiken eines neuen Kalten Krieges vor Augen, deuteten Sowjet-Politiker auch sonst eine sachte Kurskorrektur an. Außenminister Gromyko erklärte sich zu Abrüstungsgesprächen bereit, wenn die Nato die Durchführung ihres Nachrüstungsbeschlusses vom Dezember aufschiebe.

Vorigen Donnerstag, am Tag nach Ablauf des Carter-Ultimatums, kehrte dann Sowjetpremier Kossygin nach viermonatiger Abwesenheit wieder in die Öffentlichkeit zurück.

Vor seinen Wählern im Moskauer Bolschoi-Theater sprach er von Entspannung und Gleichgewicht, kritisierte dabei den Westen, wie Chef Breschnew am folgenden Tag, sagte aber auch, man könne alle Konflikte „mit politischen Mitteln" lösen. Das wäre genau das Gegenteil jener Mittel, die in Afghanistan angewendet wurden.

Am Freitag aber schaltete Breschnew erneut auf hart: Sowjet-Abzug aus Afghanistan nur, wenn „jede Form ausländischer Einmischung endgültig beendet" sei. Und: „Herr Carter und das amerikanische Volk wissen genau, daß eine sowjetische Intervention in Afghanistan nicht stattfindet." ◆

* Vorigen Donnerstag im Moskauer Bolschoi-Theater.

JUGOSLAWIEN

Nicht beweglich

Die lange Agonie Titos lähmte die Initiative seiner Nachfolger — die jugoslawische Wirtschaftslage wird kritischer.

Seit vier Wochen hatten die Nachrichtensprecher der jugoslawischen Fernsehstationen schwarze Anzüge und schwarze Kleider im Bürospind hängen. Aber Tito, 87, Jugoslawiens schwerkranker Staats- und Parteichef, lebte allen Voraussagen seiner Ärzte und Vertrauten zum Trotz Ende voriger Woche noch immer.

Mitte der vorletzten Woche hatte sich der Gesundheitszustand des prominenten Patienten dramatisch verschlechtert. Nach seiner wegen Durchblutungs-Störungen notwendig gewordenen Amputation des linken Beins am 20. Januar waren nun auch schwere Störungen der Nieren-, Herz- und Verdauungsfunktion hinzugekommen.

Das Team der acht Ärzte, das Tito im Klinikum von Ljubljana behandelte, gab an die über 300 in- und ausländischen Journalisten im Belgrader Pressezentrum ein Bulletin heraus, in dem es hieß: „Der Gesundheitszustand des Präsidenten ist kritisch."

Der jugoslawische Außenminister Josip Vrhovec sagte in letzter Minute eine geplante Reise nach Indien ab, Premier Veselin Djuranović kehrte vorzeitig von einem Besuch in Ost-Berlin zurück, und die Belgrader Delegation, die Gast auf dem polnischen Parteitag in Warschau war, packte überstürzt ihre Koffer.

Mehr als ein Dutzend Spitzengenossen aus der Partei- und Staatsführung nahmen im slowenischen Ljubljana Quartier, um noch einmal an das Bett des greisen Marschalls zu treten. Die politischen Auguren in Belgrad hielten penibel die Reihenfolge und die Dauer der Audienzen fest, um daraus Schlüsse auf das politische Testament des Greises zu ziehen.

Nachts, bei Scheinwerferlicht, mußten Bauarbeiter auf dem Gelände vor dem Tito-Museum im Belgrader Prominentenviertel Dedinje eine gewaltige Grube ausheben, laut umlaufender Gerüchte die Fundamente für Titos Mausoleum. Neun westliche Journalisten, die das ungewöhnliche Überstunden-Aufgebot photographieren wollten, wurden vorübergehend festgenommen, der Zweck der Arbeiten war zum Staatsgeheimnis erhoben worden.

Vieles sprach dafür, daß der Todkranke das Wochenende nicht überlebte. Der Rundfunk in Jugoslawien verzichtete auf leichte Musik, das Fernsehen brachte heroische Partisanenfilme. Und das deutsche Boulevardblatt „Bild am Sonntag" spekulierte in dicken Schlagzeilen, Tito sei schon gestorben.

Aber der Marschall hat auch am vorigen Freitag noch gelebt. Das Bulletin seiner Ärzte sprach davon, dem Patienten gehe es „subjektiv besser".

Und selbst für einen Appell an die Großmächte hatte der Totgesagte noch die Kraft: In Botschaften an US-Präsident Carter und Kreml-Chef Breschnew beschwor Tito, an der Entspannungspolitik auf jeden Fall festzuhalten. Einige der Medizinmänner am Krankenbett in Ljubljana wagten die Prognose, der Patient habe die Chance einer „begrenzten Genesung", wenn er die nächsten zwei Wochen im Hospital überlebe.

Doch mehr als ihn selbst hat Titos schleichende Agonie seine Nachfolger gelähmt. Solange der Spitzengenosse noch am Leben war, scheute die verwaiste Staats- und Parteiführung notwendige Beschlüsse. Schon jetzt deutete sich an, daß die von Tito eingesetzte kollektive Führung aus dem achtköpfigen Staatspräsidium und dem 23köpfigen Parteipräsidium zumindest vorerst weniger durch Diadochenkämpfe behindert sein dürfte als durch die jahrelange Gewöhnung an Titos autoritäre Führung.

Das gilt, für alle Jugoslawen schmerzhaft spürbar, besonders für den wirtschaftlichen Bereich; hier fehlt es an schnellen und wirksamen Initiativen. Der slowenische Funktionär Ante Vratuša fürchtet, daß „das Jahr 1980 für uns entscheidend ist, weil sich in ihm alle Fehler der letzten Jahre konzentrieren".

Die Parteizeitung „Delo" aus Ljubljana wurde konkreter: „Noch Mitte Februar weiß unsere Wirtschaft nicht einmal, wieviel Rohstoffe und Halbfertigwaren sie einführen darf", und im benachbarten Zagreb sekundiert das kroatische Parteiblatt „Vjesnik": „Man findet nur schwer Worte der Entschuldigung für den Zustand der Wirtschaft, der sich im völligen Gegensatz zu den proklamierten Zielen für 1980 befindet."

So standen die für das ganze Jahr vorgesehenen Preiserhöhungen für Industriewaren um 13 Prozent schon



Patient Tito, Genossen auf der Intensivstation im Klinikum Ljubljana*: „Kein zweiter Fall Franco"

* Mit den geschäftsführenden Vorsitzenden des Staats- und Parteipräsidiums Doronjski und Kolisevski.

Ende Januar bei über drei Prozent. Unter den Belgradern wurde letzte Woche weit mehr als der Gesundheitszustand Titos der Beschluß diskutiert, die Benzinspreise um weitere 30 Prozent auf 16,50 Dinar (1,50 Mark) pro Liter Super anzuheben. Seit Beginn der Ölkrise 1973 ist das eine Steigerung um 430 Prozent.

Die anhaltende Wirtschaftskrise und die leere Devisenkasse veranlassen die verwaiste Belgrader Führung zu restriktiven Maßnahmen, die Titos Lebenswerk ernsthaft gefährden.

Bislang konnte jeder Bürger seine Dinar auf der Bank in Fremdwährung tauschen und ins Ausland fahren — einzigartig in einem kommunistischen Land. In Zukunft können nur Jugoslawen, die im Besitz von Devisen sind, ungehindert reisen. Alle anderen bekommen pro Jahr nur Dinar im Wert von 100 Mark umgetauscht. Damit ist die Freizügigkeit der Jugoslawen auf das Maß reduziert, das auch die Ungarn genießen.

Nicht genug damit: Devisenbesitz in privater Hand wird in Zukunft scharf kontrolliert. Dadurch droht der privat betriebene Fremdenverkehr Hunderttausender Klein-Vermieter zu versiegen. In der Bevölkerung herrsche über die Belgrader Regierung, „die nicht beweglich genug ist, große Unzufriedenheit und Wut", warnte das Parteiblatt „Delo".

Nur einer von Titos Erben hat wohl eingesehen, daß der Schritt aus Titos Schatten dringend nötig ist. Der Tito-Freund aus Partisanenzeiten, Präsidiums-Mitglied Vladimir Bakarić, riet auf einer wissenschaftlichen Tagung im slowenischen Bled den Parteiorthodoxen zu mehr Fortschritt.

Im Pluralismus der Interessen sei die Partei nicht dazu da, die Planwirtschaft zu ersetzen. Sie solle sich „in die Konfrontation von Mikro-Interessen" nicht einmischen, sondern dafür sorgen, daß die Interessen-Gegensätze letztlich immer aufgelöst werden.

In der Wirtschaft könne sich Jugoslawien nicht einschließen und nur für seinen Lebensstandard arbeiten, so werde man unweigerlich konkurrenzunfähig. Jugoslawien müsse sich in die Weltwirtschaft und ihre Veränderungen voll integrieren.

Der Alleingang des Kroaten schreckte die restliche Belgrader Führung auf, sie fürchtete, daß die Zeit gegen sie arbeite. Das Kollektiv erklärte, es werde „keinen zweiten Fall Franco" geben. Gemeint war damit, Tito werde im Koma nicht künstlich am Leben erhalten, wie es 1975 mit dem spanischen Diktator geschah.

Der Marschall lebte den größten Teil des Tages im Dämmerzustand, war aber zu einigen Stunden ansprechbar und nach dem Urteil von Besuchern „absolut geistig rege". ◆


31. März ist
Wüstenro
Tag





Erwachen der Prärie

Wahlsieger Trudeau hat in den Westprovinzen des Landes keinen Kandidaten durchgebracht. Die Gefahr für Kanadas Einheit droht jetzt von der reichen westlichen Erdölprovinz Alberta.

In Toronto stiegen die Aktienkurse innerhalb eines Tages um rund 25 Punkte, die seit Jahren schwache kanadische Währung zog gegen den US-Dollar scharf an. Pierre Elliott Trudeau war knapp neun Monate nach seiner Wahlniederlage wieder ans Ruder getreten, alles schien im Lot zu sein.

Mit 146 von 282 Parlamentssitzen hatte Trudeaus Liberale Partei die absolute Mehrheit im Bundesparlament von Ottawa erobert und die Konservativen des Trudeau-Nachfolgers Joe Clark mit 103 Mandaten glatt geschlagen. Doch vieles spricht dafür, daß es ein bitterer Sieg für den bekanntesten kanadischen Politiker ist.

Noch im Frühjahr vergangenen Jahres war Trudeau als Garant der Einheit Kanadas aufgetreten. Nur der perfekt zweisprachige Trudeau, so schien es, könne die rebellische frankokanadische Provinz Quebec daran hindern, nach einem Referendum aus der kanadischen Föderation auszuscheiden.

Jetzt droht die Spaltung Kanadas vom Westen: Die zwei Millionen Einwohner der rohstoffreichen Provinz Alberta verlangen einen weit höheren Anteil am Staatseinkommen Kanadas als bisher. Und für den Kampf gegen Alberta ist Trudeau schlecht gerüstet: Alle 21 Sitze der Provinz gingen an die Konservativen des Albertaners Joe Clark.

Mehr noch: Westlich der mittelkanadischen Stadt Winnipeg eroberten Trudeaus politische Gegner alle Parlamentssitze. Parteipolitisch ist die Spaltung Kanadas bereits perfekt.

Hinzu kommt, daß Trudeaus im Gesamtstaat siegreiche Partei im Frühjahr vergangenen Jahres mit der Prinz-Edward-Insel ihre letzte Provinz verloren hatte. Erstmals seit 1871 sind die Liberalen von der Regierung aller zehn Provinzen Kanadas ausgeschlossen.

Schwerwiegender noch als das parteipolitische ist das wirtschaftliche Ost-West-Gefälle Kanadas. Schon früh hatten die „Maritimes" genannten Ostprovinzen ihre Vormachtstellung an das neue Handels- und Industriezentrum Montreal abgeben müssen, das seinerseits dann in der Nachkriegszeit den Spitzenplatz an Toronto und die Provinz Ontario verlor.

Heute droht Ontario, wo sich mehr als die Hälfte der verarbeitenden Industrie Kanadas befindet, seinen Rang an die Westprovinzen zu verlieren. Seit 1977 bereits führt die Pazifik-Provinz


Wahlsieger Trudeau
Nach Schamfrist doch noch Opfer?

British Columbia mit damals 8162 Dollar pro Kopf der Bevölkerung die Einkommensliste an.

Und während in den „Maritimes" die Arbeitslosigkeit bis auf 20 Prozent kletterte, suchen die Firmen des neuen Wirtschaftszentrums Calgary in Alberta Arbeitskräfte im ganzen Land.

Das liegt vor allem am Erdöl. 85 Prozent des derzeit geförderten kanadischen Erdöls kommen aus Alberta, das mit über einer Billion Barrel Erdöl, sogenanntes schweres Erdöl eingerechnet, über größere Vorkommen verfügt als Saudi-Arabien.

Um aber Kanada von Erdöleinfuhren wirklich unabhängig zu machen, ist es notwendig, den niedrigen kanadischen Erdölpreis (derzeit 13,75 kanadische Dollar) nach und nach an den Weltmarktpreis heranzuführen, wozu sich Clark auf dem Energie-Gipfel in Tokio auch verpflichtet hatte.

Nur ein hoher Preis würde die Kanadier, mit einem Energieverbrauch von 8,7 Tonnen Erdöleinheiten pro Kopf (doppelt soviel wie die Bundesbürger) mit die größten Energieverschwender der Welt, zu Sparsamkeit zwingen und den Erdölunternehmen die Finanzmittel verschaffen, die teure Schweröl-Förderung in Gang zu bringen.

„Zwischen 1973 und 1979", hatte Albertas Premier Peter Lougheed gewettert, „haben wir den Rest Kanadas mit 15 Milliarden Dollar subventioniert". Wenn die Kanadier nicht bereit seien, den von Alberta verlangten Preis zu zahlen, drohte „Albertas Ajatollah" (so das Wochenmagazin „Maclean's" über Lougheed), sollten sie ihr Öl doch anderswo beziehen.

Allenfalls schienen die Albertaner bereit zu sein, ihren Erdölpreis etwa zehn Prozent unter dem Niveau ihrer

US-Nachbarn zu halten, um der kanadischen Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil zu garantieren.

Das jedoch war Lougheeds Parteifreund, dem konservativen Premier Ontarios William Davis, zu wenig. Er warnte vor einem „zu weitgehenden Eingehen auf die Forderungen der Erdöl-Provinzen und -Firmen".

Keiner nutzte den Streit der konservativen Parteifreunde besser als der Liberale Trudeau. Von Anfang an bekämpfte er Clarks Projekt, den Rohölpreis bis Mitte 1983 um 120 Prozent auf 29,75 Dollar pro Barrel anzuheben. Damit wäre der Benzinpreis 1983 auf 1,99 Dollar pro Gallone gestiegen, etwa 80 Pfennig pro Liter.

Als Clark jedoch seinen Haushalt für 1980 vorlegte, der eine Steuererhöhung von etwa 10 Pfennig pro Liter vorsah, lehnten Trudeaus Liberale wie auch die übrigen Parteien ab. Der Minderheitspremier Clark stürzte.

Trudeaus Konzept ging auf. In Kanadas Provinz mit dem größten Erdölverbrauch, Ontario, hatte er im vergangenen Jahr die Wahl verloren, jetzt holte er die Mandate dort zurück. Doch viele Kanadier fürchten, daß es nur ein Pyrrhussieg war.

„Das neue Parlament trennt ... Ölverbraucher von Ölproduzenten", befand die „New York Times", „der sogenannte entfremdete Westen wird noch mehr entfremdet sein." So wie Quebecs Separatismus Kanada im vergangenen Jahrzehnt in Atem gehalten hat, dürfte es der Ölstreit in diesem Jahrzehnt tun. Ein Abdriften Albertas zu verhindern, wird Trudeaus wichtigste Aufgabe sein.

Seine Absicht, nicht alle fünf Legislatur-Jahre zu regieren, deuten kanadische Kommentatoren als Zeichen einer möglichen Wende: Nach einer Schamfrist könne Trudeau dann den Kanadiern doch die notwendigen Opfer abverlangen und den drohenden Riß zwischen dem Osten und Westen des Landes abwenden.

SPANIEN

Kleiner Funke

In Madrid standen vorige Woche erstmals Faschisten vor Gericht — im wichtigsten Prozeß nach Franco.

Vor dem Madrider Justizpalast drängten sich schon in den frühen Morgenstunden lange Menschenschlangen. Junge Männer im blauen Hemd der spanischen Falange, Brillantine im glattgestriegelten Haar, schwenkten eine mitgebrachte Fahne und vertrieben sich die Zeit mit dem Absingen von Soldaten- und Falangeliedern. Andere trugen ostentativ das blau-rote Abzeichen der faschistischen Partei Fuerza Nueva am Revers.

„Hier steht das wirkliche Volk von Spanien", sagte einer. Und: „Wir harren aus, um zu beweisen, daß die Angeklagten nicht allein sind."

Die Angeklagten: vier Männer und eine Frau, die seit dem vergangenen Montag wegen Mord und Terrorismus vor Gericht standen — im brisantesten politischen Prozeß Spaniens seit dem Tode des Diktators Franco.

Denn zum erstenmal nach mehr als vier Jahrzehnten mußten sich vor einem spanischen Gericht Rechtsradikale verantworten, Anhänger jener Ideologie also, die während des Franco-Regimes als staatstragend galt. Der



Beerdigung ermordeter linker Anwälte 1977: „Hier steht das wirkliche Volk"

mutmaßliche Hauptschuldige, José Fernández Cerrá, 33, war gar Mitglied der „Guardia de Franco".

Mit Pistolen bewaffnet waren Cerrá, sein Mitangeklagter Carlos García Juliá, 23, und Fernándo Lerdo de Tejada, 26, abends um halb elf Uhr in ein Anwaltsbüro in der Madrider Calle Atocha eingedrungen. Sie trieben die im Büro Anwesenden in einer Ecke zusammen und eröffneten das Feuer. Vier Anwälte und ein Bürohelfer, alle Mitglieder der damals noch illegalen Kommunistischen Partei Spaniens, waren sofort tot, vier weitere Personen wurden schwer verletzt.

Das „Massaker von Atocha" war der blutige Höhepunkt jener „Schwarzen Woche" im Januar 1977, in der bei politisch motivierten Anschlägen insgesamt zehn Menschen umkamen und der oberste Militärrichter entführt wurde — kurz nachdem die Nation in der ersten freien Volksabstimmung nach Francos Tod über die Einführung demokratischer Reformen entschieden hatte.

„Die Situation war damals so gefährlich", erinnert sich ein enger Mitarbeiter des damaligen Innenministers, „daß nur noch ein kleiner Funke genügt hätte, um eine Katastrophe auszulösen", beispielsweise die Militärs zum Eingreifen gegen die Reformbestrebungen zu provozieren. Mit den Atocha-Morden hatte Spaniens Rechte Feuer an die Lunte legen wollen, davon war nicht nur die spanische Linke überzeugt.

Als die Polizei zwei Monate später sieben Tatverdächtige verhaftete, gestanden drei von ihnen — Fernández Cerrá, García Juliá und Lerdo de Tejada —, sie hätten die Morde ausgeführt. Der vierte, Francisco Albadalejo, soll den Mordauftrag erteilt, der fünfte, Leocadio Jiménez Caravaca, soll die Mordwaffen besorgt, die sechste, Gloria Hergueda Herrando, die Flucht gedeckt haben. Der siebte Verdächtige starb in der U-Haft. Alle gehörten der Falange oder der Fuerza Nueva an.

Politische Drahtzieher jedoch, so beteuerten die Verhafteten und ihre Anwälte, habe es nicht gegeben. Vielmehr hätten sie lediglich mit einem in dem Anwaltsbüro von Atocha vermuteten Mitglied der damals noch illegalen Gewerkschaft Comissiones Obreras abrechnen wollen.

Doch die Zweifel an dieser Version, die Vermutungen, daß möglicherweise gar Sympathisanten im Polizei- und Justizapparat ihre Hand im Spiel hatten, wurden durch merkwürdige Ermittlungspannen nur genährt.

So führte der erste Untersuchungsrichter, Rafael Gómez Chaparro, die Ermittlungen so lax, daß der Untersuchungsbericht, den er nach einem halben Jahr vorlegte, selbst dem eigenen Gerichtshof zu mager erschien. Derselbe Richter wurde aber erneut mit den Ermittlungen beauftragt, doch inzwischen waren wichtige Spuren verwischt, Beweise nicht mehr sicherzustellen, Zeugen nicht mehr bereit, auszusagen.



Rechtsradikaler Blas Piñar
„Jagd auf die Roten"

Die Telephonistin des Hotels in Almeria, in dem sich der Hauptangeklagte kurz vor seiner Verhaftung versteckt hatte, konnte sich zum Beispiel nicht mehr daran erinnern, daß der Hotelgast in seinen häufigen Telephongesprächen nach Madrid mit dem Führer der Falange und offenbar auch mit dem Chef der Fuerza Nueva Blas Piñar gesprochen hatte.

Auch weigerte sich der Richter zunächst, Blas Piñar überhaupt zu verhören, obwohl der ein enger Freund der Familie des Tatbeteiligten Lerdo de Tejada ist und einen Tag vor den Atocha-Morden bei der Familie zu Besuch war. Andere Führer der Rechten wurden ebenfalls nicht einvernommen, obgleich die Angeklagten gestanden hatten, mit ihnen befreundet zu sein.

Erst als im vorigen Frühjahr einer der drei Haupttäter, Lerdo de Tejada, einen Gefängnisurlaub zur Flucht benutzte, wurde der Richter Chaparro gefeuert — er nämlich hatte die Urlaubsgenehmigung erteilt.

„Die wirklichen Hintermänner dieser Tat", glaubt der Anwalt Jaime Miralles, „werden wir wohl nie finden."

Sicher scheinen sich die Hintermänner jedenfalls immer noch zu fühlen: Als linke Madrider Studenten den Tag des Prozeßbeginns zum „Tag gegen den Faschismus" erklären und in Demonstrationen ein Verbot faschistischer Parteien fordern wollten, riefen die Rechten ihrerseits den vergangenen Montag zum „Tag der Jagd auf die Roten" aus. Der Zivilgouverneur von Madrid ließ daraufhin alle Kundgebungen verbieten.

„Wir sind kein trojanischer Pudel"

SPIEGEL-Interview mit dem britischen Außenminister Lord Carrington über Afghanistan und den Westen

SPIEGEL: Weniger als 48 Stunden nach dem Vorschlag der EG-Außenminister, Afghanistan zu neutralisieren, kam das sowjetische Njet. Fühlen Sie sich als Erfinder dieser Idee getroffen?

LORD CARRINGTON: Nein, ich glaube nicht, daß dies die endgültige Antwort der Russen ist, denn unser Vorschlag bietet der Sowjet-Union erhebliche Vorteile.

SPIEGEL: Was für Vorteile wären das?

LORD CARRINGTON: Wenn man der Sowjet-Union glaubt, dann ist sie in Afghanistan einmarschiert, weil sie ihre Grenzen gefährdet sah, wegen der Entwicklung in Afghanistan und wegen der angeblichen Einmischung anderer Länder in Afghanistan. Bei einer Neutralisierung Afghanistans würde also der Grund für den Einmarsch entfallen.

SPIEGEL: „Tass" hat den Vorschlag mit der Begründung abgelehnt, er sei nur Teil der amerikanischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans.

LORD CARRINGTON: Nun, er hat nicht das geringste mit den Amerikanern zu tun. Das war eine englische Idee, die wir in Rom unseren acht Partnern unterbreitet haben.

SPIEGEL: Was wird nun aus der schönen Idee?

LORD CARRINGTON: Ich denke, daß sie Vorteile hat auch für die anderen Länder der Region, und wenn sie Unterstützung bei den blockfreien Ländern der Welt und bei den islamischen Ländern in der Region findet, dann glaube ich, wird es für die Sowjet-Union sehr viel schwieriger, sie zu ignorieren.

SPIEGEL: Nach einem Bericht im „Guardian" stammt die Idee gar nicht von Ihnen, sondern wurde von Bundeskanzler Schmidt und Präsident Giscard d'Estaing bei ihrem Pariser Treffen geboren. Diese beiden sollen Sie dann ermutigt haben, den Vorschlag als den Ihren zu unterbreiten, damit es England leichter habe, sich von seiner kompromißlosen Haltung in der Frage des Olympia-Boykotts zu lösen.

LORD CARRINGTON: Der „Guardian" ist manchmal ein bißchen phantasievoll, und ich versichere Ihnen: An dieser Geschichte ist kein Wort wahr.

SPIEGEL: Haben Sie und Ihre EG-Kollegen denn ernsthaft gedacht, die Russen würden auf einem Status-quo-minus zurückgehen, sich mit weniger zufriedengeben, als sie vor der Invasion schon hatten?

LORD CARRINGTON: Nun, es hängt davon ab, was die UdSSR will. Sie behauptet, sie wolle eine sichere Grenze unter der Garantie, daß ihr von Afghanistan her keine Gefahr droht. Diese Bedingung würde durch die Neutralisierung Afghanistans erfüllt. Wenn die UdSSR allerdings ein Marionetten-Regime behalten will, das sie ganz nach Wunsch für Subversionen in der Region oder für andere Störversuche benutzen kann, dann wird ihnen die Neutralität nicht genug sein. Aber wenn die Russen meinen, was sie sagen, dann dürften sie keine Einwände erheben.



Außenminister Lord Carrington: „Moskaus Nein nicht endgültig"

SPIEGEL: Mit der sowjetischen Ablehnung Ihres Plans scheint der Versuch eines europäischen Brückenschlages gescheitert. Haben Sie weitere Vorschläge in Reserve?

LORD CARRINGTON: Nein, aber ich hoffe doch, daß wir nicht so schnell aufgeben, nur weil die Russen nein gesagt haben in einer Situation, in der wir ihnen noch nicht einmal einen entwickelten Plan vorgelegt haben.

SPIEGEL: Also soll der Idee ein detaillierter Plan folgen?

LORD CARRINGTON: Die Neun beraten zur Stunde, wie die Vorschläge für eine Neutralisierung Afghanistans aussehen sollen. Sie können nicht abgelehnt werden, bevor sie auf dem Tisch sind. Wir sollten also auf diesem Wege weitergehen — und wenn irgend jemand eine bessere Idee hat, dann wollen wir sie gern hören.

SPIEGEL: Es gab erhebliche Meinungsunterschiede unter den Neun, bisher und auch in Rom.

LORD CARRINGTON: Nein, ich finde nicht, daß die Neun so sehr unterschiedlicher Meinung waren. Ich jedenfalls habe beim Gespräch mit meinen deutschen und französischen Kollegen immer den Eindruck gehabt, daß sie von der sowjetischen Invasion exakt das gleiche hielten wie ich. Sicherlich gilt das für die Beurteilung der daraus entstandenen Gefahren. Es gab Unterschiede in bezug auf einige Vorschläge, wie der Sowjet-Union gegenüber zu reagieren sei, insonderheit galt das zu Beginn der Krise.

SPIEGEL: Konvergieren diese Auffassungen nun, nähern sich Paris, Bonn und London einander an?

LORD CARRINGTON: Wir haben uns in Rom gesagt, daß wir gerade darüber weiter reden werden. Es gibt offensichtlich noch keine Identität der Ansichten, aber ich wäre überrascht, wenn sich das nicht in Zukunft zum Besseren änderte.

SPIEGEL: Stimmt es, daß Frankreich eine Entschließung der Gemeinschaft für einen Olympia-Boykott in

Rom durch ein Veto verhinderte und daß diese Abstimmung geheim bleiben sollte?

LORD CARRINGTON: Ich hielte es für falsch, dies zu bestätigen oder zu dementieren, weil dies auf einen Bruch der Vertraulichkeit der Beratungen hinausliefe. Also kein Kommentar.

SPIEGEL: „Tass“ hat behauptet, die Europäer könnten nicht beides haben, Entspannung und Solidarität mit den USA. Bisher betrachteten die Sowjets die Entspannung aber als teilbar. Wie erklären Sie sich diesen Wandel?

LORD CARRINGTON: Ich glaube, die Sowjet-Union ist in großer Sorge, weil die Reaktion des Westens, der Bündnisfreien und der islamischen Staaten sehr viel ernster war, als sie je vermutet hatte, und weil sie zweifellos eine große Zahl von Ländern vor den Kopf gestoßen hat, die jetzt sehen, daß nicht immer unbedingt der Westen der Aggressor oder der kolonialistisch-imperialistische Kriegshetzer ist, wie die marxistischen Klischees das immer darstellen. Ich glaube, daß dies zum großen Teil die Reaktion der Sowjets erklärt und daß sie im Laufe der Zeit immer stärker begreifen werden, daß eine Fortführung der Entspannung nicht möglich ist, wenn sich die Situation in Afghanistan nicht ändert. Wir müssen das jedenfalls alle hoffen, denn das ist der einzige Weg, einen Atomkrieg zu verhindern.

SPIEGEL: Kann es überhaupt in Europa noch Entspannung geben, wenn die Sowjets die Abkehr Europas von Amerika verlangen?

LORD CARRINGTON: Nein, nicht die geringste, und natürlich glaubt dies auch die Sowjet-Union nicht für einen Augenblick. Das ist alles Polemik und politisches Drachensteigen. Ganz offen — man muß diesen Wortkrieg nicht so ernst nehmen.

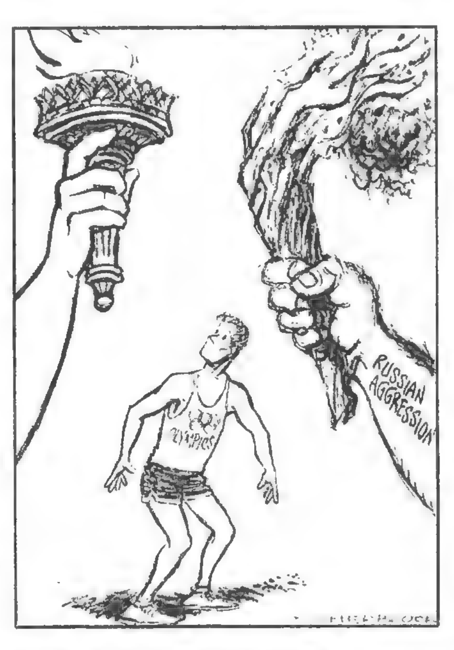
SPIEGEL: Wie erklären Sie sich denn nun die Verhärtung des sowjetischen Standpunktes?

LORD CARRINGTON: Das ist vor allem eine instinktive Reaktion. Aber ich glaube nicht, daß die sowjetische Haltung so sehr viel härter geworden ist. Ich persönlich glaube, daß die Sowjet-Union zum Beispiel auch in Zukunft über Abrüstung und andere Punkte gemeinsamen Interesses mit uns wird reden wollen. Wir müssen bloß aufpassen, daß wir in Zukunft nicht nur Dinge tun, von denen allein die Sowjet-Union und nicht auch der Westen profitiert.

SPIEGEL: Was war in Ihren Augen das wichtigste Invasionsmotiv der Sowjet-Union: Verhinderung amerikanischen Bodengewinns, Furcht vor Übergreifen der islamischen Revolution auf die Sowjet-Union, Griff nach dem Persischen Golf?

LORD CARRINGTON: Sicherlich waren es nicht die beiden ersten Motive. Es könnte wohl das dritte sein oder auch, daß das Regime von Amin so inkompetent und unpopulär war, der Aufstand in Afghanistan aus den Fugen geriet und die Sowjet-Union glaubte, zuviel politisches Kapital zu verspielen und ihn deshalb ersetzen wollte. Aber es macht eigentlich nicht den geringsten Unterschied, was der Sinn des Unternehmens war. Wichtig ist das Resultat: Sie sind da, können die Region durcheinanderbringen und die Nachbarländer unterwandern, und das ist etwas, womit sich der Westen meiner Ansicht nach nicht abfinden darf.

SPIEGEL: Während Bonn und Paris vorsichtige Distanz zu Washington hielten, hat England die amerikanische Haltung von Anfang an klar unterstützt. Bedeutet dies die Wiederbelebung alter „besonderer Beziehungen“,



Amerikanische Olympia-Karikatur
Zwischen den Flammen

ist England das Trojanische Pferd der USA in Europa?

LORD CARRINGTON: Irgend jemand hat sogar behauptet, wir seien der trojanische Pudel — ein ungewöhnliches Tier, und man kriegt nicht viele Menschen hinein. Aber das ist alles eher lächerlich. Ich glaube, es war sehr unglücklich, daß die Außenminister der Neun sich nicht unmittelbar nach der Invasion getroffen und beraten haben und statt dessen jedes einzelne Land, ohne mit dem Nachbarn zu reden, eigene Vorstellungen entwickelte.

SPIEGEL: Dennoch, England als einziges Mitglied der EG schlug sich sofort und vorbehaltlos auf die amerikanische Seite.

LORD CARRINGTON: Nein, wir haben uns nicht auf die amerikanische Seite geschlagen, wir haben einen britischen Standpunkt übernommen. Ich frage mich da, warum immer, wenn die britische Regierung einen politischen Standpunkt zufälligerweise mit den Amerikanern teilt, daraus sofort ein trojanischer Pudel gezüchtet wird. Niemand scheint zu berücksichtigen, daß wir viel Zeit auf politische Abstimmung verwenden, die dann gelegentlich zu gemeinsamen Ansichten führt. Ich frage mich auch, ob die Leute eigentlich auf Fakten sehen oder alles einfach so sehen, wie sie es sehen wollen.

SPIEGEL: Es heißt übereinstimmend, daß Sie dem amerikanischen Außenminister Vance bei seinem Besuch in London Vorhaltungen über abrupt und im Alleingang gefällte Entscheidungen Washingtons gemacht hätten, insbesondere im Fall des Olympia-Ultimatums, und daß Sie sich bei aller Übereinstimmung über einen Mangel an Konsultationen beschwert hätten.

LORD CARRINGTON: Das stimmt nicht, ich weiß nicht, woher solche Geschichten stammen. Im Gegenteil, die Konsultationen werden von Tag zu Tag besser. Ein Beweis dafür ist das Treffen in Rom, ein weiterer der Besuch von Mr. Vance. Er hat mir gesagt, daß er bei seinen Gesprächen mit den vier Außenministern in Europa keinerlei Meinungsverschiedenheiten habe entdecken können.

SPIEGEL: Teilen Sie die Auffassung westlicher Kreml-Astrologen, die Position der Falken in Moskau sei inzwischen so stark geworden, daß die Sowjets den Westen vielleicht gar nicht mehr bei den Spielen haben wollten?

LORD CARRINGTON: Nein, das glaube ich überhaupt nicht. Ich denke, daß Olympische Spiele ohne den Westen, insbesondere ohne die USA, völlig bedeutungslose Spiele wären. Die Sowjet-Union würde von einem westlichen Boykott schwer getroffen, weil sie viel Geld und politisches Kapital investiert hat. Sie hat gewaltige Menschenmengen zu Besuch erwartet, und die Spiele sollten zum Schaufenster ihres Landes werden. Wenn eine große Zahl von Ländern nun fernbleibt, dann läuft das auf ein erhebliches Versagen der Sowjet-Union hinaus.

SPIEGEL: Sollten alle friedlichen Versuche scheitern, die Sowjet-Union zum Rückzug aus Afghanistan zu bewegen, würde England dann einen aktiven eigenen Wirtschaftsboykott gegen Moskau in Erwägung ziehen?

LORD CARRINGTON: Ich glaube, daß dies Gegenstand von Konsultationen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sein müßte.

SPIEGEL: Sie würden nichts im Alleingang unternehmen?

LORD CARRINGTON: Wir sind Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, wir besprechen uns mit den anderen Mitgliedern und mit anderen Verbündeten. Ihre Frage ist sehr hypothetisch und deshalb schwer zu beantworten. ◆

Die Klangdimension der 80er Jahre: BASF chromdioxid super

Diese Cassette hat neue Maßstäbe gesetzt! Ihre Vorteile kommen auf allen Recordern mit CrO_2-Umschaltung voll zur Geltung.

BASF chromdioxid super bringt:

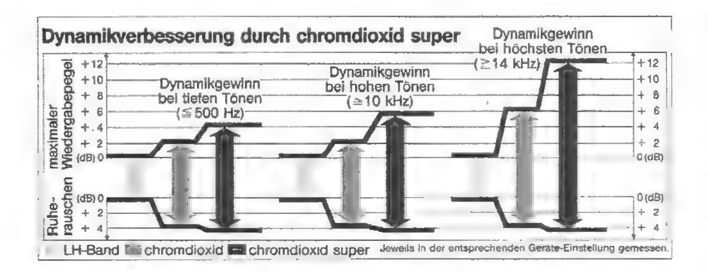
- Wesentliche Erweiterung des nutzbaren Frequenzumfangs.
- Erheblichen Dynamikgewinn. Gegenüber CrO_2-Bezugsband 3 dB bei den tiefen Tönen und bis zu 6 dB bei den Höhen im Bereich von 10.000–20.000 Hz. Unübertroffen geringes Grundrauschen.
- Das für CrO_2 typische, extrem niedrige Modulationsrauschen für reine Tonwiedergabe.

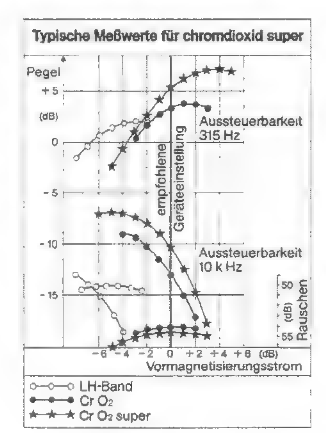
BASF chromdioxid super bedeutet außerdem:

- Lange Lebensdauer des Tonkopfes.
- Hochpräzise gefertigte Cassettengehäuse aus hitzebeständigem und schlagfestem BASF-Kunststoff.
- Bewährte Sicherheits-Mechanik SM als Schutz für Band und Bandlauf (wichtig bei extremer Beanspruchung z.B. im Auto).
- Großdimensionierte Cassettenfenster.

Und die größte Überraschung für alle Recorderbesitzer: chromdioxid super gibt es zum überraschend günstigen Preis.

BASF chromdioxid super:
Profi-Präzision made in Germany.









Profi-Qualität, die sich jeder leisten kann.

„Wieder an Teilung zu denken, ist verrückt“

Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek über die Zukunft der Stadt



Kollek beim SPIEGEL-Gespräch in seinem Amtszimmer in Jerusalem*

SPIEGEL: Herr Bürgermeister, Jerusalem ist nicht nur die Heilige Stadt für die Juden, sondern auch für die Christen und für die 700 Millionen Moslems dieser Welt. Kann Jerusalem unter diesen Umständen für alle Zeit unter jüdischer Alleinherrschaft bleiben?

KOLLEK: Das ist eine Frage, die schwer zu beantworten ist. Aber was sind die Alternativen? Und was bedeutet Alleinherrschaft?

SPIEGEL: Die Alternative könnte heißen: Internationalisierung der Stadt.

KOLLEK: Das will ich ganz weit von mir weisen.

SPIEGEL: Warum sollte es nicht funktionieren, wenn Jerusalem international verwaltet würde?

KOLLEK: Sehen Sie, in dieser Stadt gibt es viele Probleme, die rasch gelöst werden müssen. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel, ich könnte Ihnen zehn geben: Es gibt einen Stadtteil von Jerusalem, der einmal ein Dorf war. Er heißt Siewan. Nach Siewan ist man im Jahre 1948 noch mit dem Esel oder einem Maultier oder Pferd geritten. Der Pfad führte über einen jüdischen Friedhof.

Ein Jahr nach dem Krieg kam das Automobil nach Siewan. Da hat man Asphalt über diesen Friedhof gegossen und ist darauf gefahren. Ich will das

* Mit Korrespondent Henri Zoller und Redakteur Wolf Dieter Steinbauer.

Teddy Kollek

amtiert seit 1965 als Bürgermeister von Jerusalem, jener Stadt, die drei Weltreligionen heilig ist: den Juden als Stadt Davids und Salomos, den Christen als Ort, an dem sich der Leidensweg Jesu vollendete, und (nächst Mekka und Medina) auch den Moslems, weil von Jerusalem aus der Prophet Mohammed bis in den siebten Himmel ritt.

Bei aller Heiligkeit ist Jerusalem keine Stadt der Aussöhnung, sondern des Konflikts, wie Kollek täglich erfahren muß. Jerusalem verlangen Juden wie Araber für sich allein. 1967 aber vereinigte Israel den seit 1948 jordanischen Ostteil (Altstadt) mit dem israelischen Westteil (Neustadt), einziges Stück des besetzten Arabergebiets, das Israel wirklich annektierte. Heute regiert Kollek eine äußerlich vereinte, innerlich zerrissene Gesamtstadt, deren Bevölkerung zu 75 Prozent aus Juden, zu 25 Prozent aus Arabern besteht.

Ohne Lösung der Jerusalem-Frage wollen die Araber keinen Frieden in Nahost schließen. „Jerusalem ist uns heiliger als Kabul“, erklärte jüngst der kuweitische Minister Abd el-Asis Hussein.

Nicht einmal der ägyptisch-israelische Separatfrieden, erst kürzlich noch vertieft durch die Eröffnung von Botschaften, kann in arabischen Augen Bestand haben, wenn die Stadt weiterhin die (von den meisten Staaten nicht anerkannte) Hauptstadt Israels bleibt. Fernziel der Araber ist eine erneute Teilung, während Pragmatiker Teddy Kollek seine Stadt unter israelischer Oberhoheit zusammenhalten will.

Der 1934 nach Palästina eingewanderte Kollek, 68, gebürtiger Wiener, von 1952 bis 1963 rechte Hand des Staatsgründers Ben-Gurion, möchte die Araber durch eine funktionierende Verwaltung davon überzeugen, daß eine erneute Teilung der Stadt nachteilig wäre.

So baut er Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Kanalisation für Juden und Araber, Häuser aber vorwiegend für Juden.

moralisch nicht verurteilen, denn die Araber haben nicht dieselbe Beziehung zu heiligem Grund, zu Gräbern, wie die Christen sie haben und wie wir sie noch stärker haben.

Aber 1967, als die Juden nach Siewan zurückkehrten, waren die Kinder und Enkel der Leute, die dort begraben liegen, entsetzt und wollten den Asphalt herunterreißen. Die Leute von Siewan jedoch wollten ihre Straße nicht aufgeben. Und ich bin physisch zwischen zwei Gruppen gestanden, die mit Stöcken und Messern bewaffnet waren, und habe die auseinandergehalten.

SPIEGEL: Was geschah dann?

KOLLEK: Wir haben innerhalb weniger Tage beschlossen, eine andere Straße zu bauen. Es hat damals eine halbe Million Dollar gekostet. Das ist für uns viel Geld, denn wir sind nicht Berlin und nicht Hamburg oder Düsseldorf, sondern eine arme Stadt. Aber wir hatten einen bestimmten Entschluß gefaßt: Anstatt uns große Probleme aufzuladen, ständige Spannungen und Blutvergießen, würden wir uns lieber verschulden. Um so einen Entschluß zu fassen, braucht man eine verhältnismäßig starke Stadtregierung. Ich glaube, eine internationale Regierung kann so etwas nicht.

SPIEGEL: Könnten es die Araber?

KOLLEK: Die Araber haben ihre Sache nicht schlecht gemacht. Die Stadt war verhältnismäßig rein. Sehr rein ist sie auch heute nicht, wenn auch ein bißchen reiner, als sie damals war. Man hat auch das Erziehungswesen ganz gut geführt, zwar auf primitive Art, aber immerhin vielleicht besser als in vielen anderen Städten des Nahen Ostens.

Aber interessieren Sie sich doch einmal für andere Minderheiten und nicht nur für Araber — trotz der Wichtigkeit des Öls. Interessieren Sie sich einmal dafür, wie es den Christen ergangen ist, wie es den Christen heute in den arabischen Ländern geht: ziemlich schlecht. Also, Christ sein ist nicht leicht.

SPIEGEL: Auch in Jerusalem?

KOLLEK: Wir investieren ungeheuer viel Geld in neue Konstruktionen von heiligen Stätten, im Augenblick zum Beispiel eine Million Dollar in den Ausbau von zwei Kreuzwegstationen auf der Via Dolorosa, deren Grundmauern durch Abwasser zerstört worden sind. Wir investieren in Dinge, die eigentlich der ganzen Welt und vor allem der christlichen Welt nahe sind. Unsere große Stadtmauer, beispielsweise, war zerkrümelt. Wir mußten sie vor dem Verfall bewahren. Große Gruppen von Arbeitern waren drei Jahre damit beschäftigt. Am Damaskus-Tor arbeiten wir immer noch, um das irgendwie wieder schön zu gestalten.

SPIEGEL: Wie aber soll Jerusalem politisch aussehen?

KOLLEK: Es muß *eine* Stadt sein, und es kann nur *eine* Stadt bleiben unter israelischer Souveränität. Was wir bisher getan haben, waren Beschränkungen unserer eigenen Souveränität ...

SPIEGEL: ... die Sie seit 1967 für die ganze Stadt beanspruchen.

KOLLEK: Wenn wir heute das arabische Erziehungssystem anerkannt haben in Jerusalem oder Leuten, die arabische Pässe haben — jordanischen in diesem Fall—, das Recht geben, sich in Jerusalem an der Wahl für die Stadtverwaltung zu beteiligen, dann haben wir unsere Souveränität schon sehr beschränkt.

SPIEGEL: Die Araber leben seit 1967 in den Ostvierteln der Heiligen Stadt in einem politischen Vakuum. An welchen Wahlen sollen sie künftig teilnehmen? An den Wahlen für das jordanische Parlament, an den Wahlen für die Knesset oder an den Wahlen für Teddy Kollek?

KOLLEK: Es ist ja viel komplizierter, als ihr es sagt. Bei uns kann jeder wählen, der 18 Jahre alt ist, Frauen und Männer, ob sie Steuern zahlen oder nicht, solange sie am 1. Januar des Wahljahres eine Adresse haben. In Jordanien können nur Männer wählen, die



Araber in Jerusalem: „Anstatt uns Probleme aufzuladen ...



... verschulden wir uns lieber“: **Juden an der Klagemauer**

Grundbesitz haben und Grundsteuern zahlen. Das ist schon einmal eine Komplikation.

SPIEGEL: Nochmals: Wer soll wo wählen?

KOLLEK: Also sicher gibt es sehr große Komplikationen und große Spannungen. Im Prinzip glaube ich, daß ein Amerikaner, der in Hamburg lebt, den US-Präsidenten und den US-Senat wählen darf. Bei uns ist das nicht so. Herr Begin sagt, Wahlen seien keine territoriale Angelegenheit, sondern die des einzelnen Menschen. Er müßte also im Prinzip dafür sein, daß die Araber hier sich an den Wahlen drüben beteiligen.

SPIEGEL: Herr Bürgermeister, wie viele Araber arbeiten denn in führender Funktion in der Stadtverwaltung?

KOLLEK: Wir haben ein großes Problem, das sind unsere Gehälter. Ich hatte vor einigen Tagen hier den Besuch eines arabischen Ingenieurs, der bei uns gearbeitet hatte und heute in Kuweit 3000 Pfund Sterling im Monat verdient.

SPIEGEL: Das sind an die 12 000 Mark.

KOLLEK: Ja, und dort bezahlt er keine Steuern. Ich verdiene im Monat vielleicht zehn Prozent von dem, was er verdient.

SPIEGEL: Sie nennen als Beispiel einen Ingenieur, nicht einen Beamten. Wie viele Araber arbeiten in der Stadtverwaltung?

KOLLEK: Die leitenden Angestellten in der ehemaligen arabischen Stadtverwaltung haben wir hundertprozentig übernommen. Aber es ist sehr schwer, es ist gefährlich für die Leute, Mitglied des Stadtrates zu werden. Denn das heißt, daß sie nun jeden Tag ihren Namen in der Zeitung lesen ...

SPIEGEL: Als Kollaborateur?

KOLLEK: ... als Kollaborateur, ja. Die Leute würden sich fürchten, nach Jordanien zu fahren oder nach Syrien zu fahren, würden sich fürchten, ihre Kinder an eine jordanische oder syrische oder libanesische oder ägyptische Universität zu schicken, würden Angst um ihre Verwandten haben, die dort leben, und sie haben das nicht nötig.

SPIEGEL: Sie sind doch recht populär bei den Arabern. Wie kommt es, daß nicht einmal Sie einen Araber als Stellvertreter finden?

KOLLEK: Doch, doch, ich hatte einmal einen gefunden. Doch dann kamen vor den letzten Wahlen unsere ausgezeichneten Sicherheitsjuristen, Leute von ganz hoher Qualität. Sie sagten: Wenn du den auf diese Stelle hebst, müßte er sein ganzes Leben in einem Panzerwagen herumfahren, wir müßten rund um die Uhr vor sein Haus Polizisten stellen und ihn auf Schritt und Tritt begleiten.

SPIEGEL: Ist das nicht übertrieben?

KOLLEK: Schauen Sie, ich will Ihnen ein Beispiel geben. Wir haben in Gaza einen Araber gehabt, der hier in Ramallah ein großes Geschäft besaß: Dschano. Er hatte 1946/47 als Führer einer Bande gegen Engländer und Juden gekämpft; er brüstete sich, wie viele Juden er umgebracht hatte — und doch wurde er, offenbar von seinesgleichen, erschossen.

SPIEGEL: Warum?

KOLLEK: Dieser Mann beging eine Dummheit, er sprach gegen die PLO. Er schrieb über die Befürchtungen des arabischen Mittelstandes und prophezeite, wenn die PLO hierher komme — was ja nie der Fall sein wird —, würde es den großen Exodus des Mittelstandes geben.

Israelis in Jerusalem*: „Kein Zusammenstoß"

SPIEGEL: Gab es mehr solcher Fälle?

KOLLEK: Nur zwei, mehr nicht. Aber Sie erfahren mehr von dem arabischen Journalisten Abu Sulluf, der sehr mutige Artikel geschrieben hat mit dem Tenor: Man muß die Juden loswerden, aber man darf die PLO nicht hereinlassen. Die Million Araber, die hier ist, soll beschließen, was geschieht, nicht 20 000 oder 30 000 Leute außerhalb des Landes. Man hat diesen Journalisten einige Male gewarnt, und eines Tages hat man ihm seinen Mercedes verbrannt. Er hat mich angerufen und gesagt: „Den Mercedes konntest du mir nicht retten, du kannst auch nicht meine Frau beschützen. Ich kann so nicht schreiben."

SPIEGEL: Also keine Hoffnung auf künftige Zusammenarbeit?

KOLLEK: Wir bilden hier jedes Jahr für zwei, drei Wochen eine sogenannte Jugendhauptstadt, eine Veranstaltung, an der sich an manchen Tagen bis zu 15 000 junge Menschen beteiligen, darunter bis zu 5000 junge Araber. Die jungen Leute geben eine Zeitung heraus, besuchen Spitäler, verteilen Bonbons an Kinder und so weiter — und sie wählen auch einen Bürgermeister. Voriges Jahr haben sie ein Mädchen als Bürgermeisterin gewählt und einen Araber als stellvertretenden Bürgermeister. Also, die Zukunft ist gesichert.

SPIEGEL: Aber die Gegenwart? Meinen Sie nicht, daß die israelischen Sicherheitsbehörden einen wachsenden arabischen Einfluß von vornherein abblocken wollen, indem sie die möglichen Gefahren für die Araber übertreiben?

KOLLEK: Aber schauen Sie, dann würden sie doch vor allem eine Zensur für die Zeitungen fordern. Artikel sind viel gefährlicher als der einzelne Araber.

SPIEGEL: Was sagen Sie denn zu den Vorwürfen, die Araber würden systematisch weggetrieben?

KOLLEK: Die Zahlen sprechen für sich. Einst lebten hier 65 000 Araber, jetzt sind es 120 000. Was heißt da Vertreibung? Im Jahre 1967 flohen 10 000 Araber, weil sie glaubten, daß wir mit ihnen tun würden, was sie uns angedroht hatten. Aber als sie sahen, daß es weder Mord noch Raub gab, kamen sie alle zurück. Nicht ein einziges arabisches Haus steht leer. Und sehen Sie sich an, wie die arabische Bevölkerung wächst. Sie hat heute den größten natürlichen Zuwachs der Welt.

SPIEGEL: Aber Araber und Juden leben bestenfalls nebeneinander und nicht miteinander. Wie soll das auf die Dauer gutgehen?

KOLLEK: Und wie leben die Menschen in Montreal miteinander, wie in Singapur?

SPIEGEL: Besser als hier.

KOLLEK: Oho, das meine ich nicht. In Belgien verprügeln sich Wallonen und Flamen, aber hier gibt es keine Schlägereien zwischen Arabern und Juden. Es gab in den letzten zwölf Jahren in Jerusalem noch keinen einzigen öf-

* Soldaten mit arabischem Schuhputzer.

Fahren Sie bei Regen vor

Plötzlich schwimmen die Räder auf, der Kontakt zur Straße geht verloren, und der Regen übernimmt das Steuer. Das passiert so oft, wie es regnet. Und in Deutschland regnet es jeden zweiten Tag. Zwei Dinge können und sollten Sie deshalb tun: Langsamer fahren, so schwer



sichtig und Regenreifen.

es auch fällt. Und einen Reifen fahren, der auf regennassen Straßen besonders gut reagiert. Der Uniroyal Regenreifen Rallye 280 hat einen s i c h e r e n Nässegriff und ein günstiges Aquaplaningverhalten. Fahren Sie also vorsichtig u n d Regenreifen.

Zu Ihrer Sicherheit: Jeder Uniroyal Regenreifen trägt als eingetragenes Markenzeichen den Schirm. Er garantiert Ihnen, daß Sie einen Reifen mit besonders gutem Regen- und Aquaplaningverhalten fahren. Den Uniroyal Regenreifen.

DER UNIROYAL REGENREIFEN.





fentlichen Zusammenstoß zwischen Juden und Arabern.

SPIEGEL: Und die Bomben, die hier gelegentlich hochgehen?

KOLLEK: Schauen Sie, 60 Prozent der Juden sind aus arabischen Ländern hierhergekommen, wo sie Bürger zweiter und dritter Klasse waren. Und trotzdem: Auch nach einem Bombenattentat hat noch nie ein Jude eine Hand gegen einen Araber erhoben. Und die Zahl der Araber wächst weiter, hat sich seit der Wiedervereinigung verdoppelt.

SPIEGEL: Sind Sie darüber besorgt?

KOLLEK: Was mich ein bißchen besorgt macht, ist, daß der Anteil der Christen prozentual sinkt. Mir wäre es lieber, wenn er konstant bliebe. Die Zahl der Juden steigt ein bißchen, die der Araber noch ein bißchen mehr.

SPIEGEL: Erheblich mehr, wie Sie selbst sagen, mit dem „größten natürlichen Zuwachs der Welt“. Ist es da nicht verständlich, daß sie auch nach mehr politischen Rechten streben?

KOLLEK: Schauen Sie, da gibt es verschiedene Auffassungen. Aber es gibt keine einzigartige Stellung der Israelis. Solange Jerusalem eine geeinte Stadt bleibt, fürchte ich mich vor keinerlei Rechten der Araber.

SPIEGEL: Ist Ihre Auffassung unumstritten?

KOLLEK: Sicher gibt es Konflikte unter den Israelis.

SPIEGEL: Vergleichbar mit denen über die Siedlungen in den besetzten Gebieten?

KOLLEK: Nein, nicht ganz. Aber es gibt viele Israelis, die die besetzten Gebiete nicht wollen, weil sie nicht eine Million Araber im jüdischen Staat wollen und weil sie fürchten, daß das, was man jetzt tut, zur Eingliederung dieser Gebiete führen muß. Und wir wollen das nicht. Im übrigen: Ich möchte mal ein Land sehen, das wie wir 99 Prozent seiner Ölquellen, seiner Energiequellen an seinen früheren Feind zurückgibt.

SPIEGEL: Die Ölquellen gehören Israel doch nicht, und es wäre doch unmöglich gewesen, sie auf die Dauer zu behalten.

KOLLEK: Das weiß ich nicht. Jedenfalls hat Begin sehr wenig dafür bekommen. Er hat das schlecht gemacht. Über Jerusalem, glaube ich, sind sich jedenfalls 99 Prozent der Israelis einig. Jerusalem wurde nur deshalb Heilige Stadt der Christen und Mohammedaner, weil es die Heilige Stadt der Juden war und ist. Wenn es nicht die Stadt Davids gewesen wäre, wäre es nie die Stadt Christi geworden. Und die Mohammedaner wären nie daran interessiert gewesen, irgendwie ein bißchen Prestige von Jerusalem zu bekommen. Jetzt wieder an Teilung zu denken, ist etwas ganz Verrücktes.

SPIEGEL: Herr Bürgermeister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

ENGLAND

In die Knie

Die Regierung will das verworrene britische Streikrecht reformieren – gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften.

Vor 95 Jahren schrieb der Oxford-Professor Albert Dicey in seinem Standardwerk über das Verfassungsrecht Großbritanniens jenen Satz, an den nicht nur Briten in aller Welt bis heute glauben: „In England sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich."

In der vergangenen Woche kam die konservative Wochenschrift „Spectator" zu einem anderen, vernichtenden Urteil: „Das hat damals nicht gestimmt, stimmt heute nicht und hat überhaupt nie gestimmt."

Grund für die kritische Nabelschau sind bürgerkriegsähnliche Unruhen vor bestreikten Stahlwerken, Tumulte im Unterhaus und Leitartikel-Kriege in den Zeitungen wegen der nach wie vor ungelösten Frage, was Gewerkschaften dürfen und nicht dürfen, wenn ihre Mitglieder streiken.

Diese Frage stellt sich seit drei Wochen täglich neu, weil sich der seit knapp zwei Monaten andauernde Streik in der britischen Stahlindustrie, zunächst nur eine Tarifauseinandersetzung zwischen den beiden größten Stahlarbeitergewerkschaften und der staatlichen British Steel Corporation (BSC), auf die privaten Stahlproduzenten ausgeweitet hat.

Die Arbeiter der privaten Unternehmen nämlich, die denselben Gewerkschaften angehören wie ihre Staatskollegen, sind mit ihren höheren Löhnen zufrieden und wollen nur eines: weiter arbeiten.

Dieses aber läßt die Gewerkschaftsführung nicht zu, im Gegenteil: Am Donnerstag vorvergangener Woche erzwangen 1200 aus allen Teilen des Landes herbeigeschaffte Streikposten mit zum Teil gewalttätigen Demonstrationen die Schließung des zweitgrößten privaten britischen Stahlkochers, der Hadfields-Werke in Sheffield. Hadfields Boß Derek („Dan") Norton: „Einschüchterung und Anarchie haben einen totalen Sieg errungen."

In der vergangenen Woche konzentrierten sich die Organisatoren des Streikposten-Krieges auf das letzte größere privatwirtschaftliche Stahlunternehmen des Landes, dessen Arbeiter sich noch nicht hatten einschüchtern lassen, das Stahlwerk Sheerness auf der Themse-Insel Sheppey. Wieder waren Streikkommandos, etwa 2000 Mann, aus Wales und Yorkshire, aus Schottland und London erschienen, um die arbeitswillige Belegschaft an der Arbeit zu hindern.

Doch sie kamen zu spät: Die Belegschaft von Sheerness hatte den Schichtbeginn um zwei Stunden auf vier Uhr morgens vorverlegt. Und als die Streikposten dann um sechs Uhr vor den Werkstoren auf die Ankunft der Arbeiter warteten, trafen sie dort nur auf Polizisten und 500 erbitterte Ehefrauen, die mit einer Gegendemonstration das Recht ihrer Männer auf Arbeit verteidigten.

Erschüttert kommentierte Brian Conolly, Funktionär der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC: „Fragt mal meine Jungs, was die davon halten: Stahlarbeiter, die sich hinter Weibern verstekken, Stahlarbeiter."

Diesmal, am vergangenen Mittwoch, reisten die militanten Streikkämpfer



Festgenommener Streikposten in Sheffield: Bei jedem Streik ein Rechtsstreit

Belleseime®

Modelle erhalten Sie in Guten Fachgeschäften, u. a.:

5100 Aachen: Modehaus Bertram-Ackens, Adalbertstr. 35 · N. Schmitz & Cie. · **8800 Ansbach:** Bekl.-Haus Hollfelder, Am Schloßtor · **8900 Augsburg:** Jung, an der Wertachbrücke · **6550 Bad Kreuznach:** Modehaus Orth · **4505 Bad Iburg:** Textilhaus Ostermöller · **8230 Bad Reichenhall:** Madame, Ludwigstr. 11 · **8580 Bayreuth:** Modehaus Gebr. Jelen, Weiherstr. 6 · **1000 Berlin:** Haas-Moden, Uhlandstr. 78 · **4800 Bielefeld:** Modehaus Hucke, Herforder Str. 1–3 · **4630 Bochum:** Modehaus Baltz, Bongatstr. 4 · Hettlage · Oeben M. Thoben · **5300 Bonn:** P. Kemp & Sohn, Am Martinsplatz 1–2 · Töpfer, Wenzelgasse 1 · Tyrase, Am Martinsplatz · **3300 Braunschweig:** Rosbach & Risse, Kohlmarkt 4 · Vick-Bekleidungshaus, Friedrich-Wilhelm-Str. 51 · **7580 Bühl/Baden:** Modehaus Pfeiffer, Eisenbahnstr. 22 · **2190 Cuxhaven:** Modehaus R + E, Nordersteinstr. 27 · **7345 Deggingen:** Modehaus Bucher, Hauptstr. 44 · **2870 Delmenhorst:** Modehaus Strudthoff, Lange Str. 123–125 · **4930 Detmold:** Bauer, Lange Str. 30 · Haus Lauenstein, Bruchstr. 14 · **4600 Dortmund:** Bartel, Kleppingstr. 22 · Modehaus Vosschulte · **5160 Düren:** Greco-Kleidung, Markt 31 · **4000 Düsseldorf:** Modehaus Carstens, Heinrich-Heine-Allee · Hettlage · Mauritius · Wolf-Moden · **4100 Duisburg:** Modehaus Wolljäger, Königstr. · Braun & Co., Jägerstr. 60 · **4300 Essen:** Lederwaren Brecklinghaus, Am Viehofer Platz · H. Hellebrandt, Huyssenallee 3 · Modehaus Loosen · **6000 Frankfurt/Main:** Ammerschläger, Zeil · Nobel KG · Peek & Cloppenburg · August Pfüller, Goethestr. 15–17 · Rosella-Moden, Goetheplatz 6 · Kaufhaus M. Schneider · **4650 Gelsenkirchen:** Damenmoden de Wyl GmbH, Mulvanystr. 10 · **2000 Hamburg:** Eichmeyer & Co., Mönckebergstr. · Modehaus A. Grünewaldt, Alsterarkaden 27 · **3000 Hannover:** Garten der Mode, Am Aegi · Mantelhaus Kaiser, Karmarschstr. 27–29 · Wollkamp, Schillerstr. 23 · **7100 Heilbronn:** Hans Mosner, Kaiserstr. 19–23 · **4010 Hilden:** Mode von Gehlen, Mittelstr. 43 · **3200 Hildesheim:** Kressmann, Hoher Weg 13–14 · **6750 Kaiserslautern:** Aug. Werle, Fruchthallstr. 17 · **7500 Karlsruhe:** Modehaus Schoeff · **3500 Kassel:** Modehaus Eduard Metzger, Königstr. 16–18 · **2300 Kiel:** B. Blohm KG, Holstenstr. 70–74 · **5000 Köln:** Modehäuser: Botex · Hanemann · Hansen & Co. · P. Jacobi · Wormland · **4150 Krefeld:** Modissa-Moden, Königstr. 92 · **5090 Leverkusen:** Modehaus Anne Hannich, Kölner Str. 56 · **2400 Lübeck:** Haerder & Co., Sandstr. 20 · Wilhelm Rieckmann, Sandstr. 18–22 · **3140 Lüneburg:** A. Grote & Co., Am Markt · **6050 Mainz:** Jacob & Welp, Schillerplatz 18 · Kleebach, Gr. Bleiche 43–47, Leininger, Ludwigstr. 11 · **3550 Marburg:** Modekunst Fellner, Elisabethstr. 17 · **4470 Meppen:** Textilhaus Brinkmann · **4050 Mönchengladbach:** Hettlage · Wico-Kleidung · **8000 München:** Modehaus Eder · Hiemeis, Theatinerstr. 1 · Hirmer, Kaufingerstr. 22 · Karstadt · Bekleidungshaus Konen, Sendlingerstr. 2 · Mühlhäuser + Co., Kaufingerstr. 25 · **4400 Münster:** M2 Mode, Ludgeristr. 9 · Petzhold, Prinzipalmarkt 5 · **7270 Nagold:** Modehaus Schwarz am Turm, Marktstr. 12 · **6730 Neustadt:** Textilhaus Volz · **6050 Offenbach:** Schmüling, Am Markt · **7980 Ravensburg 1:** Max Bredl KG, Bachstr. 4–6 · **7940 Riedlingen:** Bieber, Lange Str. 8 · **6600 Saarbrücken:** Kurtmann, Kaiserstr. 10 und Bahnhofstr. 24 · Heinrich Morsch, Viktoriastr. 10 · **6630 Saarlouis:** Modehaus M · **2380 Schleswig:** Modehaus G. Muhl, Friedrichstr. 80 · **7230 Schramberg:** Modehaus Dobler, Bahnhofstr. 2 · **5900 Siegen:** Hensel Mantelhaus GmbH, Kölner Tor 4 · **6720 Speyer:** Kaufhaus Hassenpflug · **7000 Stuttgart:** Carl Hepfer, Königstr. 28 (im Königshaus) · Modchaus Breuninger · **5500 Trier:** Modchaus Conrad & Henkes, Brotstr. 34 · Hochstetter & Lange, Simeonstr. · **2848 Vechta:** Boergerding, Münsterstr. 74 · **6200 Wiesbaden:** Leininger, Kirchgasse 62 · Meixler, Friedrichstr. 53 · E. Weinland KG, Neugasse 15 · **6520 Worms:** L. Steffen & Co., W.-Leuschner-Str. 19 · **5600 Wuppertal:** Almenraeder · Fritzsche, Wall 32



Girmes – Garant für wertvolle Textilien

Belleseime®

...weil es nicht jeder trägt!

Dieses exclusive, kostbare Material ist mattseiden im Glanz, unnachahmlich weich und geschmeidig im Griff, bezaubernd schön im Fall, strapazierfähig und traumhaft leicht zu pflegen. Nobel – im Stil zeitloser Eleganz für Mäntel, Kostüme, Sakkos und Blousons.
Foto: Ein Belleseime Modell von Greiff, Postfach 4520, 8600 Bamberg.

J. L. de Ball Vertriebsgesellschaft mbH, 4155 Grefrath 2/Oedt, Belleseime® – sprich: Bell-sehm, eingetragenes Markenzeichen von Kanebo Ltd., Osaka.

unverrichteterdinge ab, nachdem mehrere von ihnen verhaftet und einige im Handgemenge mit der Polizei verwundet worden waren.

Doch der Kampf findet nicht nur auf der Straße statt, er zerrt vielmehr auch an der ungeschriebenen Verfassung des Vereinigten Königreiches und führt zu grotesken Situationen. So sah sich der Kronanwalt Sir Michael Havers genötigt, vor dem Unterhaus im Detail das Strafrecht des Landes in bezug auf Streikposten, Aufruhr und Demonstrationen zu erklären. Er rechtfertigte sein für Ausländer beinahe unverständliches Vorgehen damit, daß „die Presse völlig verwirrt sei“ und die Rechtslage nicht verstehe.

Das Unerklärliche zu erklären hatten aber schon zweimal zuvor allein im vorigen Jahrzehnt Havers' Amtsvorgänger versucht, mit ebensowenig Erfolg.

Denn anders als in anderen Ländern gibt es genaugenommen in England überhaupt kein Streikrecht. Während in den meisten Ländern des Kontinents das Recht der Arbeiter auf Streik in den Verfassungen garantiert wurde, ging England, wie üblich, den entgegengesetzten Weg.

Bis 1875 galt jeglicher Zusammenschluß von Arbeitern nach dem geltenden Strafrecht als „kriminelle Verschwörung“. Als der „Conspiracy and Protection of Property Act“ vor 105 Jahren diesen Passus aufhob, bedeutete dies zwar, daß Streiks fürderhin kein Verbrechen mehr waren, doch nach wie vor blieb den Gerichten erheblicher Ermessensspielraum zu entscheiden, ob ein Streik „dem Verfolg und der Förderung einer Tarifauseinandersetzung dient“ oder nicht.

Mit anderen Worten: Während auf dem Kontinent das Streikrecht meist zu den Grundrechten gehört, werden in Großbritannien durch eine Fülle von Einzelgesetzen und richterlichen Entscheidungen die Aktivitäten der Gewerkschaften in bestimmten Rechtsbereichen und unter vage beschriebenen Bedingungen aus den für alle Bürger geltenden Rechten herausgelöst.

Daraus folgt, daß bei jedem größeren Streik ein erbitterter Streit unter Rechtsgelehrten und Politikern über die Frage ausbricht, ob die Ausnahmen, die so geschaffen wurden, auf den speziellen Streik anzuwenden sind.

Besonders hart umstritten ist das „secondary picketing“, das für England typische Bestreiken von Betrieben, die mit der ursprünglichen Tarifauseinandersetzung nichts zu tun haben. Und genau darum geht es jetzt auch wieder.

Denn seit dem „Trade Union and Labour Relations (Amendment) Act“ von 1976 wird den Gewerkschaften zivilrechtliche Immunität für alle wirtschaftlichen Folgen von Streiks zugesichert, auch von solchen Streiks, die



Streikwache in Dover*: Glaube an eine einfache Philosophie

sich gegen die an einer Tarifauseinandersetzung nicht beteiligten Betriebe richten.

Also konnten die Gewerkschaften das private Stahlwerk von Hadfields trotz arbeitswilliger Belegschaft stillegen, ohne damit rechnen zu müssen, für den entstehenden Schaden zur Verantwortung gezogen zu werden.

Das heißt für die Unternehmer von Hadfields und für die private Stahlindustrie: Bis zum vergangenen Wochenende hatten die privaten Stahlkocher 120 Millionen Mark Umsatz verloren und Gewinne von wöchentlich sechs Millionen Mark eingebüßt.

Die privaten Firmen, die anders als der staatliche Sektor immer noch Profite machen, produzieren etwa ein Viertel des Stahlbedarfs in Großbritannien und investierten jährlich knapp 500 Millionen Mark — bisher.

John Paterson, Präsident des Verbandes der privaten Stahlindustrie (Bispa), übertrieb nicht, als er sagte: „Der Schaden hat jetzt massive Dimensionen angenommen, und wir haben das Gefühl, daß sowohl die Gewerkschaften als auch die staatliche Stahlindustrie bereit sind, den privaten Sektor zu opfern.“

Angesichts der unversöhnlichen Haltung führender Gewerkschafter kann daran kein Zweifel bestehen. So kommentierte Gewerkschaftsführer Terry Duffy vergangene Woche: „Wenn wir streiken, dann glauben wir an die einfache Philosophie, den Arbeitgeber in die Knie zu zwingen.“

Diesen Kampf bis zum Letzten will die Regierung Thatcher entschärfen, und zwar bald: Bis Ende März will Arbeitsminister James Prior mit Gewerkschaften und Arbeitgebern über eine Eingrenzung der Gewerkschaftsimmunität beraten, die noch im Frühjahr Gesetz werden soll.

Doch obschon Priors Vorschläge, die in der vergangenen Woche als Konsultativdokumente vorgelegt wurden, vorsichtig genug sind (so vorsichtig, daß er deshalb im Kabinett von den Hardlinern unter Beschuß genommen wurde) und nur den gröbsten Mißbrauch des bisherigen Freibriefs ausschließen wollen, haben die Gewerkschaften erbitterten Widerstand angekündigt.

Len Murray, Chef des Gewerkschaftsdachverbandes TUC, drohte mit „schweren Unruhen im gesamten Sozialgefüge“, koste es, was es wolle: Die Gewerkschaften kostet es nichts.

* Stahlarbeiter kontrollieren vom Kontinent kommende Lastkraftwagen, um Stahleinfuhren zu verhindern.

USA

Grenzt an Anarchie

Das System, nach dem Amerika seine Präsidenten wählt, gilt auch unter Amerikanern als überholt: Belohnt werden vor allem Fähigkeiten, die mit der Präsidentschaft nur wenig zu tun haben.

Zwei alte Männer, der eine irgendwo um 80, militant-religiös, Iraner, der andere 74, militant-konservativ, Amerikaner, könnten sehr wohl darüber entscheiden, ob Jimmy Carter der Spitzenkandidat der Demokraten bleibt und wer als Herausforderer auf seiten der republikanischen Opposition gewählt wird.

Der eine, Persiens Ajatollah Chomeini, brauchte nur bis zum Dienstag

dieser Woche die 50 seit Anfang November in der Teheraner US-Botschaft festgehaltenen amerikanischen Geiseln freizulassen. Wo sie dann landen würden, kann man sich schon ausmalen: „Glauben Sie wirklich", so ein Carter-Mitarbeiter, „die Leute würden ‚Foul' schreien, wenn wir die Geiseln zur Pease Air Force Base fliegen würden?"

Die liegt in New Hampshire, im Nordosten der USA, wo an diesem Dienstag die erste Vorwahl beider Parteien zur Ermittlung der Präsidentschaftskandidaten 1980 stattfindet und wo Jimmy Carter seinen Rivalen Edward Kennedy gern entscheidend bezwingen möchte.

Der andere alte Mann, William Loeb, ist in New Hampshire zu Hause — und, als Herausgeber des „Manchester Union Leader", einer der einflußreichsten Männer des Staates. Sein Blatt, Auflage 64 000, ist das größte weit und breit, und in ihm zieht Loeb alle Bewerber systematisch durch den Schmutz, mit einer Ausnahme: Sein alterndes republikanisches Idol Ronald Reagan wird in jeder Ausgabe so überschwenglich gefeiert, daß man ihn beinahe schon als Präsident im Weißen Haus wähnt.

Doch alles spricht dagegen, daß sich Amerika auf die beiden Greise verlassen kann.

Es scheint vielmehr, als ginge der Wahl-Zirkus, der alle vier Jahre über Land zieht, auch diesmal mit New Hampshire erst richtig los. Und er wird 1980 noch länger, auf noch verschlungeneren Pfaden auf Tournee sein als je zuvor in der Geschichte der USA.

Stars und Statisten haben zwar schon seit Monaten Kostproben ihrer — zum Teil recht unfertigen — Fertigkeiten gegeben, doch so richtig gewonnen hat, allen Schlagzeilen zum Trotz, bislang noch keiner etwas, außer eben Schlagzeilen.

„Bush überrumpelt Gegner bei inoffizieller Abstimmung in Maine", lautete etwa, am 4. November vorigen Jahres bereits, die Spitzenmeldung in der „New York Times".

Tatsächlich hatte George Bush, als gut 1300 Besucher einer republikanischen Parteiversammlung im Bundesstaat Maine nach ihrem Wunschkandidaten befragt wurden, genau 466 Stimmen erhalten, 20 mehr als der nächstplacierte Howard Baker.

Das brachte ihm keinen einzigen Parteitagsdelegierten ein; das war, angesichts des Dauer-Wahlkampfes, mit dem Bush den Staat seit langem schon überzogen hatte, keineswegs eine Sensation; es war eigentlich, gemessen daran, daß bei der Präsidentschaftswahl mehr als 80 Millionen Amerikaner ihre Stimme abgeben, absolut unbedeutend.

Dem Bush-Wahlkampf aber brachte es ebenso Auftrieb, wie Jimmy Carter von einem ähnlichen Erfolg über Edward Kennedy in Florida profitierte — obwohl sein Herausforderer damals seine Kandidatur noch nicht einmal offiziell angemeldet hatte. Carter-Sprecher Jody Powell selbstkritisch: „Es ist idiotisch. Es ist nicht demokratisch ... Aber das entspricht nun mal der Art, wie wir in diesem Lande Präsidenten nominieren."

In New Hampshire aber wird es wirklich ernst, denn nun werden Mehrheiten und Gewinner nicht mehr nur, wie etwa bei den „Caucus"-Abstimmungen in Iowa (SPIEGEL 4/1980) und Maine, durch Handaufheben oder Stellproben in Wohnzimmern oder Kneipen ermittelt, nun wird erstmals richtig gewählt, geht es unmittelbar um die Delegierten, die auf den Parteitagen im Sommer offiziell die Spitzenkandidaten der Demokraten und Republikaner bestimmen.


Wahlkämpfer Kennedy, Ehefrau Joan
Verschlungene Pfade ins Weiße Haus

Und richtig gewählt wird dann noch, bis zum 3. Juni, in 34 weiteren Bundesstaaten, in Puerto Rico und im District of Columbia mit der Bundeshauptstadt Washington.

Bis dahin werden vermutlich eine ganze Reihe von Kandidaten auf der Strecke bleiben, physisch und finanziell ausgezehrt. Und bis dahin werden vermutlich auch die alle Schaltjahr wiederkehrenden Klagen gegen ein Wahlsystem zunehmen, von dem der heutige Vizepräsident Walter Mondale

vor fünf Jahren, nachdem er selbst gerade das Marathonrennen um die Präsidentschaft aufgegeben hatte, enttäuscht sagte: „Das gegenwärtige System hat keinen Sinn mehr. Es grenzt an Anarchie, denn der Wahlkampf dauert zu lange, kostet zu viel Geld und reißt zu tiefe Wunden.“

Er hätte hinzufügen können, was die Politologin Jeane Kirkpatrick so formulierte: „Wir haben ein Nominierungsverfahren entwickelt, das jene Kandidaten belohnt, die in der Lage sind, eine landesweite persönliche Organisation aufzubauen, die richtigen Werbe-Profis zu engagieren und im Fernsehen richtig anzukommen. Alle diese Fähigkeiten jedoch haben mit der Präsidentschaft herzlich wenig zu tun.“

Tatsächlich erfordert der Slalomlauf kreuz und quer über einen riesigen Kontinent, durch ein Gestrüpp von widersprüchlichen, zum Teil kaum verständlichen Wahlgesetzen vor allem einen belastbaren Organismus, einen guten Magen und die Fähigkeit, Banales stets und überall so zu verkleiden, daß es bedeutend klingt.

George Bush etwa werden von seinem Wahlkampfleiter an normalen Tagen 22 Minuten, an hektischen Tagen sogar nur sechs Minuten zum Mittagessen bewilligt. Und das besteht im Normalfall aus einem Sandwich, einem altersschwachen Hühnchen oder einem zähen Steak.

Und George Bush ist keine Ausnahme. Ob Kennedy oder Reagan, ob Baker oder John Connally — sie alle essen und reisen nach dem gleichen erschöpfenden Stundenplan, bei dem die Meilen zählen, die zurückgelegt werden, kaum aber die Wähler, mit denen der Kandidat persönlich ins Gespräch kommt.

Denn zum Gespräch bleibt, will man an einem Tag an möglichst vielen Orten in möglicherweise mehreren Bundesstaaten auftreten, kaum noch Zeit. Was die Wähler beschäftigt, was sie angeblich hören wollen, ermitteln die Haus-Demoskopen der Kandidaten. Und die Ghostwriter flechten es dann in die Standardrede ein, die der Kandidat mehrmals am Tag abspult.

Ein paar zündende Formulierungen garantieren den Applaus, verbindliche Sachaussagen werden nicht erwartet. „Jimmy Carter, den Sieger des Marathons von 1976“, resümierte „Time“, „kannte man am Ende des Wahlkampfes auch nicht besser als am Anfang. Und seine Position zu Sachfragen blieb verschwommen — ganz bewußt.“

Kandidaten, die wirklich ein Sachprogramm anzubieten suchen, finden kaum Resonanz. Denn auch für die mit den Kandidaten durchs Land ziehenden Reporter ist es bequemer, ihre Berichte mit farbigen Nebensächlichkeiten zu bestreiten als sich mit komplizierten Sachprogrammen auseinanderzusetzen. Das besorgt, wenn überhaupt,

gelegentlich einmal ein Redakteur oder Kolumnist in der Zentrale.

Der liberale Republikaner John Anderson zum Beispiel, der unter anderem zur Lösung der Energiekrise eine Erhöhung des Benzinpreises um 50 Cent pro Gallone (knapp 25 Pfennig pro Liter) vorschlägt, führt einen nahezu unbeachteten Wahlkampf, obwohl er von so angesehenen und erfahrenen Beobachtern wie dem „New York Times"-Kolumnisten James Reston als der vielleicht am besten qualifizierte Kandidat für das höchste Staatsamt betrachtet wird.

„Ein Franklin Roosevelt könnte die Nominierung heutzutage nicht erringen", kritisierte der republikanische Parteifunktionär Mike Thompson das System, „ein Bruce Jenner (Zehnkampfsieger bei den Olympischen Spielen von 1976) könnte ihn bezwingen."

Und so wird denn, angesichts der stetig steigenden Zahl von Vorwahlen, die zu einem Nonstop-Wahlkampf ohne Nebensaison geführt hat, schon wieder die Forderung laut, zurückzukehren zum alten Prinzip, das letzte Wort wie in der Vergangenheit verstärkt den Königsmachern zu überlassen, die in Hinterzimmern den nach ihrer Meinung besten Kandidaten bestimmten.



Newsweek

Amerikanische Wahlkampf-Karikatur: Erhaben über den schmutzigen Alltag

Auch das bescherte Amerika keineswegs nur überragende Präsidenten, auf jeden Fall aber verfügten die Auserwählten über ein paar Eigenschaften, die den Außenseitern von heute gemeinhin abgehen: Sie waren fast alle in der Lage, mit den unterschiedlichsten Gruppierungen zusammenzuarbeiten, die widersprüchlichsten Fraktionen zu einer gemeinsamen Position zu führen; sie wußten, wie das Räderwerk von Legislative und Exekutive funktionierte.

Jimmy Carter andererseits, der durch das neue System ins Weiße Haus gewählte Außenseiter, brauchte nahezu drei Jahre, um zu erkennen, wie der Kongreß arbeitet und wie man mit ihm zusammenarbeitet.

Auch andere Alternativen zur jetzigen Vorwahl-Flut werden angeboten: eine bundesweite Vorwahl zum Beispiel, an einem einzigen Tag in allen 50 Staaten der Union, oder vier regionale Vorwahlen in Nord und Süd, West und Ost. In beiden Fällen bliebe der direkte Einfluß der Wähler auf die Nominierung der Kandidaten erhalten, der Wahlkampf jedoch würde drastisch verkürzt.

Und angesichts der Tatsache, daß von 24 amtierenden Präsidenten, die sich zur Wiederwahl stellten, immerhin 15 auch tatsächlich wiedergewählt wurden, kam sogar der Gedanke auf, dem Amtsinhaber einen Sonderbonus zu gewähren: Gelänge es ihm, in einer bundesweiten Vorwahl die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinen, so sollte das schon gleichbedeutend sein mit seiner Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode. Der Wahlkampf würde so ebenfalls drastisch eingeschränkt.

Den Amtsbonus kassieren Amerikas Präsidenten ohnehin schon seit langem. Wenn die silberne „Air Force One" einschwebt, wenn der Präsident mit der Hymne „Hail to the Chief" empfangen wird, dann bringt das allein schon psychologische Punkte.

Viel wichtiger aber: Anders als jeder Rivale kann der Präsident das Füllhorn der Bundes-Gaben gezielt über all jenen Staaten öffnen, in denen sein Sieg gefährdet scheint.

Vor dem völlig unbedeutenden Florida-Test vom vorigen Herbst etwa bedachte Jimmy Carter den Staat mit mehr als einer Milliarde Bundesmitteln; New Hampshire bekommt eine Autobahnumgehung für 34 Millionen Dollar, einen Vorortzug nach Boston (für den kaum Bedarf besteht) und Bundeshilfe dafür, daß in den Ski-Zentren des Staates in diesem Winter der Schnee ausblieb.

Der wichtigste Aktivposten des Präsidenten aber ist und bleibt sein Amtssitz, das Weiße Haus. Dort kann er sich als Staatsmann präsentieren, erhaben über den schmutzigen politischen Alltag.

Richard Nixon machte das 1972 vor, Gerald Ford kopierte es 1976, so daß Jimmy Carter damals klagte, die amerikanischen Medien bevorzugten Ford, weil sie dessen „sorgfältig vorbereiteten Eineinhalb-Minuten-Erklärungen im Rosengarten" des Weißen Hauses praktisch ebensoviel Raum gaben wie Carters pausenlosem 24-Stunden-Wahlkampf.

Doch nun zeigt sich, daß Jimmy Carter, dem Ajatollah sei Dank, ein guter Schüler ist: „Solange unsere Geiseln nicht wieder hier sind, frei und zu Hause", werde er sich nicht in die Niederungen des Wahlkampfes begeben;

TRIMMEN SIE IHRE ANGEBOTE AUF SCHNELLIGKEIT.



Wer schneller anbietet, vergrößert seine Verkaufschancen. Um dieses Ziel zu erreichen, kommt es besonders darauf an, rascher und flexibler zu korrespondieren. Wenn Ihr Schriftwechsel dabei auch noch rationeller und individueller abgewickelt werden soll, wird es Zeit für ein Philips Textsystem.

Ein Philips Textautomat P 5002 – Bildschirmeinheit mit Schreibmaschinen-Tastatur, Schnelldrucker und Zentraleinheit mit Arbeitsspeicher – entlastet Ihre Schreibkräfte außerordentlich. Sein Einsatz ermöglicht es, ganze Briefe oder vorformulierte Textteile nach verschiedenen Kriterien abzurufen, zu kombinieren, auszudrucken und Serienbriefe mit gespeicherten Adressen automatisch zusammenzuführen. Sind die gewünschten Informationen erst einmal gespeichert, können interne und externe Schreiben in wenigen Minuten erstellt werden – mit persönlicher Note.

Philips Textautomaten erleichtern den Arbeitsablauf im Verkauf, ermöglichen zusätzliche verkaufsfördernde Aktivitäten, machen Ihre Angebote schneller und wirksamer ... und Ihre Mitarbeiter zufriedener.

Philips Textsysteme – weltweit.

COUPON

- ○ Führen Sie bei uns eine kostenlose Grobanalyse durch.

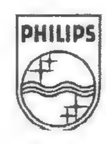
Senden Sie uns

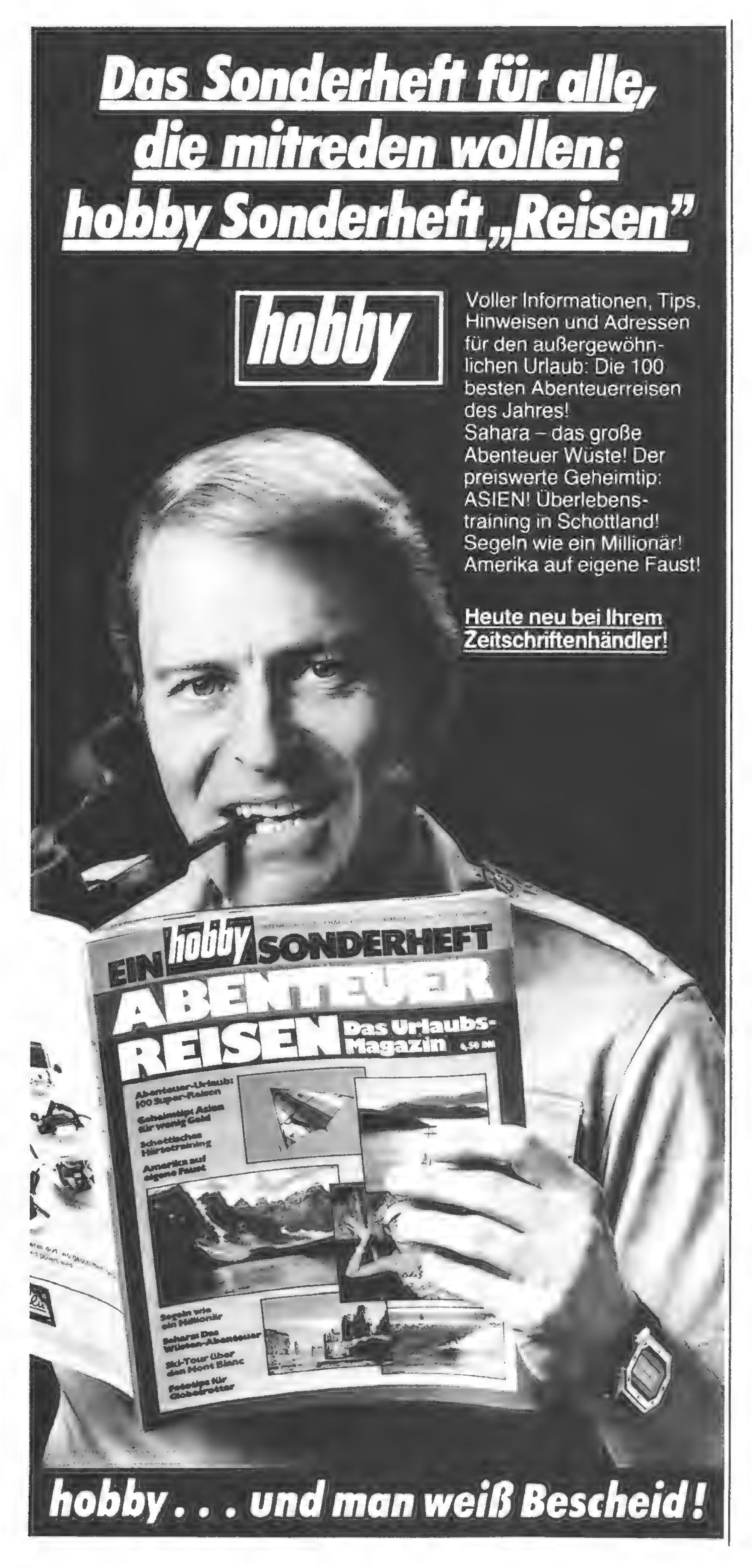
- ○ Informationen über das Philips Diktiergeräte-System
- ○ Informationen über die Philips Textsysteme mit Bildschirm
- ○ das kostenlose Magazin „Philips im Büro".

Adresse: ______________________

Philips GmbH, Geschäftsbereich Bürotechnik, Postfach 10 14 20, 2000 Hamburg 1

PHILIPS





statt selbst zu kämpfen, läßt er seinen Vizepräsidenten, seine Frau, seine Mutter und auch Muhammad Ali für sich werben.

Der Leidtragende war bislang Carters Herausforderer Kennedy. Denn da es über den Wahlkämpfer im Weißen Haus nichts zu berichten gab, konzentrierten sich die Reporter auf den durch Chappaquiddick ohnehin dauergeschädigten Herausforderer. Und jeder Fehler, den Kennedy beging, jeder Lapsus, der ihm unterlief, wurde in Wort und Bild vor dem Wahlvolk ausgebreitet — nicht, wie sonst, relativiert durch die Schnitzer des Rivalen, denn Kennedys Rivale blieb unsichtbar.

Er beteiligte sich nur telephonisch am Wahlkampf: Kaum ein Tag vergeht, an dem Carter nicht für ein oder zwei Stunden potentielle Wähler in den Vorwahlstaaten per Ferngespräch um ihre Stimme bittet. Kennedy, leicht verzweifelt, vor Wählern in der Kleinstadt Brewer in Maine: „Heute abend studiert Carter ein höchst geheimes Dokument, das Telephonbuch von Brewer. Mag sein, daß Ihr Telephon gerade in diesem Augenblick klingelt. Er führt einen Präsidentschaftswahlkampf, er dirigiert einen Präsidentschaftswahlkampf, aber er will nicht nach Maine kommen."

Das Ergebnis sprach bisher für Carter. Längst hat der Staatsmann den Kandidaten Kennedy in den Meinungsumfragen überholt, sind die innenpolitischen Fragen in den Hintergrund gedrängt, gilt Carter 83 Prozent der Demokraten-Funktionäre in den USA als der wahrscheinliche Kandidat ihrer Partei.

Auf die Dauer aber wird auch Jimmy Carter sich nicht hinter dem Siegel des Präsidenten verstecken können. Und auf diesen Augenblick warten Kennedy und alle anderen, die das Rennen noch längst nicht aufgegeben haben.

Mit Häme, mit Unterstellungen, mit persönlichen Angriffen versuchen sie ihn aus der Reserve zu locken, ihn zur Diskussion zu zwingen. Carter sei letztlich schuld daran, daß die Geiseln immer noch nicht frei seien, griff Kennedy den Staatschef an. Und auch an der sowjetischen Afghanistan-Invasion sei er nicht schuldlos, denn er habe den Kreml nicht nachdrücklich genug gewarnt. Carter solle endlich seine „gescheiterte Außenpolitik" und sein Programm verteidigen und sich dem Kampf stellen: „Wir dürfen ihm keinen Blankoscheck geben. Das letzte Mal haben wir das bei Richard Nixon getan. Einmal ist genug."

Das war nur wenige Tage, nachdem nach einer „Caucus"-Abstimmung in Maine der „geisterhafte Politiker BTE" („The New York Times") erstmals wieder auf der Bühne erschienen war. BTE steht für „Better Than Expected", bes-

ser als erwartet. Und Kennedy hatte in Maine zwar verloren, aber dennoch besser als erwartet abgeschnitten.

Angesteckt von der Nervosität seiner Mitarbeiter, die fürchten, das Versteckspiel im Weißen Haus könne sich am Ende gegen Carter auswirken, reagierte auch der Präsident nervös und gereizt.

Der Senator, so Carter in seiner Pressekonferenz vor Millionen Fernsehzuschauern, habe „die Grenzen des Anstands und der Akkuratesse überschritten“.

ROHSTOFFE

Labile Situation

Die meisten Industrienationen sind in einem gefährlichen Maße von den Lieferanten knapper Rohstoffe abhängig.

Malaysia, verriet kürzlich Rohstoffminister Paul Leong, hat Ungewöhnliches vor: Die Zentralbank will als Währungsreserve nicht mehr Gold einlagern, sondern Zinn.

So seltsam sie zunächst scheint, so einleuchtend ist die Idee auf den zweiten Blick. Denn Malaysia ist der Welt größter Zinnproduzent.

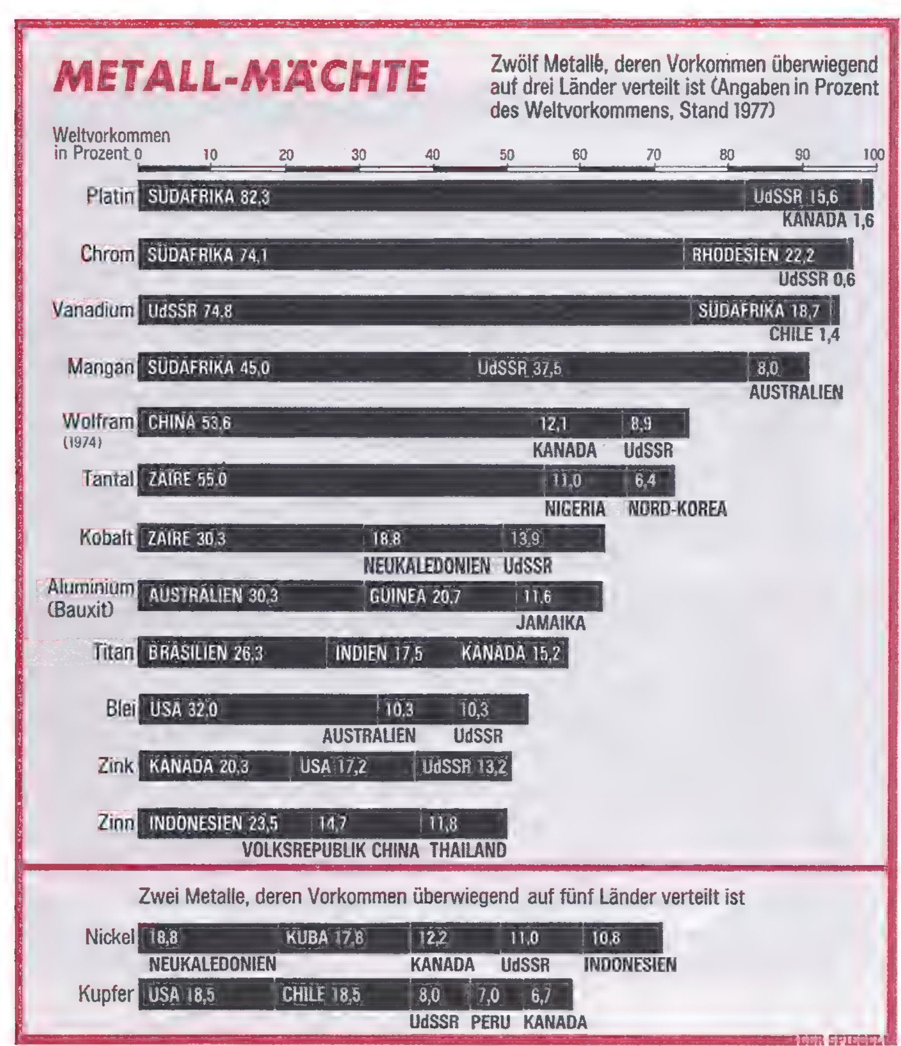
Der asiatische Staat liefert fast ein Drittel der gesamten Welt-Zinnproduktion. Würde Malaysia seine Schätze horten, könnte es die meisten Industriestaaten, die Zinn für ihre Elektronik-Industrie benötigen, in arge Bedrängnis bringen.

Die Malayen wissen inzwischen, was andere Rohstoff-Produzenten auch längst erkannt haben: Politische Krisen wie in Afghanistan und Iran, Kriegsangst und Inflationsfurcht, drastische Ölverteuerung und rapider Wertverfall der Währungen haben Rohstoffe zu einem krisenfesten Investment gemacht.

Nach dem Run auf Gold und Silber sind Experten inzwischen davon überzeugt, daß institutionelle und private Anleger in vielen Ländern der Welt ihr Geld in Rohstoffe umtauschen. Gefragt ist alles, was nicht beliebig vermehrbar ist und stets gebraucht wird: Kupfer und Blei etwa, Platin, Titan, Kobalt und Stahlveredler wie Chrom.

Die Entwicklung beim Öl habe gezeigt, beschreiben die Volkswirte der Commerzbank die neue Lage, „daß nicht allein der Preis, sondern auch die Menge zum Problem geworden ist“.

Die meisten Verarbeiter interessieren sich inzwischen mehr dafür, daß sie



überhaupt produzieren können, als dafür, die Kosten für die Rohware niedrig zu halten.

Tatsächlich wären fast alle Industrienationen an ihrem Lebensnerv getroffen, wenn einzelne Rohstoffproduzenten ihre Lieferungen einstellten. In kurzer Zeit wären — auch in der Bundesrepublik — Hunderttausende von Arbeitsplätzen bedroht.

Fachleute des Bonner Wirtschaftsministeriums haben Chrom als den Stoff erkannt, der das größte Risiko birgt. Über 96 Prozent der Weltvorräte an Chrom — unentbehrlich in vielen hochwertigen Spezialstählen — lagern in Südafrika und Rhodesien, in zwei politisch überaus instabilen Ländern also.

Die Bundesrepublik bezieht aus dem südlichen Afrika immerhin 48 Rohstoffe. Neben Chrom gelten Asbest, Wolfram und Mangan als besonders anfällig für Versorgungsstörungen.

Auf der Liste der politisch gefährdeten Rohstoffe stehen aber auch Kobalt und Platin, Antimon und Vanadium, Molybdän, Titan und Niob/Tantal ganz oben.

Die deutsche Industrie bezieht etwa 15 Prozent der benötigten Chromerze und 23 Prozent des Ferrochroms aus der Sowjet-Union. Daß die Russen ihre Partner mit verzögerten Lieferungen in ernste Schwierigkeiten bringen können, haben sie bereits bewiesen.

So lieferten die Sowjets im vergangenen Jahr plötzlich kein Titan mehr, offenbar weil sie wegen verstärkter Rüstungsanstrengungen selbst alle produzierten Mengen brauchten. Französische und deutsche Flugzeugbauer konnten Titan, das fast so leicht ist wie Aluminium und hart wie Stahl, nur mit Mühe in Fernost kaufen — zu überhöhten Preisen.

Politische Spannungen gefährden nicht nur die Importe, sie treiben auch die Preise. Die Verbraucher versuchen, Vorräte anzulegen; je eifriger sie dabei sind, desto rascher geht es auch mit den Preisen aufwärts.

Obendrein verbrauchen die Industrienationen selbst bei mäßigem Wachstum immer mehr Rohstoffe — der globale Bedarf wird sich nach Expertenschätzungen bis zum Jahr 2000 etwa verdoppeln. Weil gleichzeitig die Zahl der Entwicklungsländer steigt, die zum Industriestaat heranwachsen, wird auch die Konkurrenz um die Versorgung zunehmend härter.

Und für die knapper werdenden Angebote muß zunehmend mehr gezahlt werden. So kauften die Sowjets im vergangenen Jahr plötzlich auf dem Weltmarkt große Mengen Blei, das sie offenbar — in Autobatterien — für ihr forciertes Motorisierungsprogramm sowie für den beschleunigten Ausbau der

Atomwirtschaft brauchen. Die Bleipreise erreichten dadurch zeitweilig Rekordhöhen.

In der Bundesrepublik sind Rohstoffe bereits seit längerem die entscheidenden Inflationstreiber. Binnen Jahresfrist wurden Rohstoffe bis Dezember 1979 um durchschnittlich 21 Prozent teurer, rechnet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung vor. Unter Einschluß der Energierohstoffe war das Preisniveau sogar um 39 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

„Rohstoffe werden 1980 kaum billiger“, formulieren vorsichtig die HWWA-Ökonomen. Das Gegenteil, weiter steigende Preise, ist in der Tat wahrscheinlicher.

Denn selbst wenn, wie erwartet, weltweit die Konjunktur wieder mehr lahmen sollte, werden die Rohstoffproduzenten frühzeitig bemüht sein, die Preise hochzuhalten. Sie werden das Angebot verknappen, wenn sie damit die Preise nach oben drücken können.

Überdies müsse damit gerechnet werden, so die HWWA-Forscher, daß sich die „labile Situation wichtiger Währungen an den Devisenmärkten in Sicherungskäufen und entsprechenden Preisausschlägen auf den Rohstoffmärkten niederschlägt“.

Jagen die Rohstoffpreise weiter nach oben, schlägt das zwangsläufig auf die Verbraucherpreise durch. Schon meinen professionelle Konjunkturbeobachter, die von der Bundesregierung für dieses Jahr angepeilte Inflationsrate von höchstens 4,5 Prozent sei zu niedrig angesetzt.

Anders als in den letzten Jahren können die Bundesdeutschen sich nicht mehr darauf verlassen, daß die Mark an den internationalen Devisenbörsen gegenüber dem Dollar ständig aufgewertet wird. Der Anstieg der Rohstoffpreise wurde bislang zum Teil durch den Kursgewinn der Mark gegenüber dem Dollar wieder ausgeglichen.

Nun aber läßt der Aufwertungsdruck nach, seit feststeht, daß die Bundesrepublik zum erstenmal seit 1965 mit ihrer Leistungsbilanz (Saldo zwischen importierten und exportierten Gütern, Leistungen und Zahlungen) nachhaltig ins Minus rutschte. Das Defizit von neun Milliarden Mark könnte in diesem Jahr auf das Doppelte wachsen.

Und das würde bedeuten, daß sich die deutsche Leistungsbilanz innerhalb von zwei Jahren um 35 Milliarden Mark verschlechtert hat.

Den Bundesdeutschen wird damit die Öl- und Rohstoffrechnung präsentiert. Ziehen die Preise weiter davon, würde die Bundesrepublik vielleicht schon bald auch zum chronischen Defizitland — mit schwacher Mark und sinkendem Lebensstandard. ◆

USA: 200 000 Liter versickerten im Boden

SPIEGEL-Report über die Probleme bei der Endlagerung radioaktiver Stoffe in Amerika — I. Teil



Materialentnahme auf der Atommülldeponie Hanford im Staat Washington: Gute Argumente für Atomkraftgegner

7500 Tonnen verbrauchte Brennelemente aus den 70 kommerziellen Atomkraftwerken der USA lagern heute in gefährlich überfüllten, unzulänglich gesicherten Zwischendepots, aus denen Atommüll in den Boden sickert: Das technologisch fortschrittlichste Land der Welt hat das Problem der Endlagerung von Brennelementen sowenig gelöst wie die europäischen Staaten. Erst 1995 wird die erste Endlagerungsstätte der USA eröffnet werden können.

Nach sechs Monaten Arbeit auf dem größten Atomforschungs- und Versuchsgelände Amerikas hat der diplomierte Chemiker und Ingenieur Rick Kearnsey den Sinn seiner Aufgabe noch immer nicht begriffen.

Tagaus, tagein holt er aus riesigen unterirdischen Stahlfässern mit Hilfe eines auf einen Lkw montierten Bohrgeräts und zweier mit Schutzanzügen ausgestatteter Kollegen Proben. Die Funde werden unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in chemische Labors geschafft. Dort sollen aufwendige Versuche ihre Beschaffenheit und ihre Strahlungsintensität feststellen.

Zu Kearnseys Überraschung kommt aber etwas ganz anderes heraus: Die vor zwei oder drei Jahrzehnten ausgefertigten detaillierten Protokolle, die über den Verbleib von einigen Millionen Litern hochradioaktiver Abfälle Auskunft geben sollten, stimmen häufig nicht, obgleich sie eigentlich jahrtausendelang gültig sein müßten.

Kearnsey arbeitet in Hanford, der ältesten und wohl auch der teuersten Atommülldeponie der westlichen Welt. Dort, im fernen Nordwesten der USA, lagern mehr giftige, hochradioaktive Abfälle aus der A- und H-Bombenproduktion als irgendwo sonst in der Welt.

Am Oberlauf des einst von den Indianern besungenen Columbia-River wurde seit 1944 in insgesamt neun Reaktoren Plutonium für das amerikanische Bombenarsenal ausgebrütet — und mit ihm schier unvorstellbare Mengen flüssigen radioaktiven Abfalls.

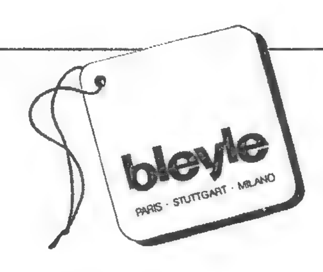
Über 160 000 Kubikmeter dieser gefährlichen Brühe lagern in den dünnwandigen, langsam aber sicher durchrostenden unterirdischen Stahltanks. Es sind zwei Drittel der von der National Academy of Sciences auf insgesamt 250 000 Kubikmeter geschätzten hochradioaktiven Abfälle aus der militärischen Atomproduktion der USA.

Der Rest liegt in vergleichbaren, wenn auch kleineren staatlichen Anlagen im mittelwestlichen Idaho und in South Carolina, dort wenige Meilen von der südlichen US-Atlantikküste entfernt. Im Lauf der Jahre hat sich ein Großteil der bei der militärischen Wiederaufbereitung von Brennelementen und Bombenmaterialien anfallenden Flüssigkeit teils selbständig, teils mit Hilfe aufwendiger, komplizierter Verfahren zu einem zähflüssigen Schlamm verdickt oder auch zu einer Art Kruste verhärtet.

Aus dieser Substanz bohren Kearnsey und Kollegen ihre Proben. Nicht selten erleben sie dabei denkwürdige Überraschungen. „Neulich fanden wir eine hochgiftige Quecksilberlösung, wo eigentlich laut Protokoll überhaupt kein Quecksilber sein konnte“, wunderte sich der Naturwissenschaftler.

Die Überraschungsfunde von Hanford werden diskret behandelt, und das hat seine Gründe: Der Einsatz der Probenbohrer von Kearnsey und Co. zeigt, daß die Amerikaner jahrzehntelang die Probleme der Atomabfälle leichtfertig unterschätzt haben, daß sie den Nuklearrückständen mit Methoden beizukommen versuchten, die sie nicht beherrschten.

Nicht einmal die Buchführung hat geklappt. Nur wenige Jahre nachdem die einige Jahrtausende lang gefährlichen radioaktiven Substanzen abgela-



Reisen Sie gern im Gammel-Look? Wir auch nicht. Darum ist unsere Mode nicht nur chic, sondern auch für's Reisen wie geschaffen. Sie knittert nicht im Koffer und nicht nach langem Sitzen. Sie engt nicht ein und beult nicht aus. Und sie ist immer luftig. Weil unsere Maschenstoffe elastisch sind, knitterarm und luftdurchlässig. Auch nach 1000 km.

Links: Jacquard-Anzug DM 579,–.
Rechts: Leichtsakko DM 389,–,
Melange-Tweed-Hose DM 169,–, Pulli o.A. DM 110,–.
Unverbindliche Preisempfehlungen.
● Prospekte und Bezugsquellennachweis:
Wilh. Bleyle KG, Postfach 434, 7000 Stuttgart 1.

Die Mode von bleyle – Maschen, die man gerne trägt.

den wurden, weiß niemand, wo welche Chemikalien liegen: Bessere Argumente als in Hanford können Atomkraftgegner kaum irgendwo finden.

Jahrzehnte nach dem Bau ihrer ersten Reaktoren, das demonstrierten Kearnsey und Kollegen unfreiwillig, sind die Amerikaner noch nicht in der Lage, mit dem gefährlichen Abfall sicher und zuverlässig umzugehen.

Gerade diese letzte, auch den Amerikanern noch unbekannte Konfusion in der Nukleartechnik ist peinlich. Wenn nicht einmal die simple Lager-Buchführung zuverlässig klappt, wie soll sich dann eine Regierung oder eine Behörde für die narrensichere Lagerung von Substanzen verbürgen können, die ein paar Jahrhunderte, zum Teil gar Jahrtausende gelagert werden müßten?

„Das Fertigwerden mit dem Atommüll ist eine der kompliziertesten Seiten des Kernspaltungsprozesses, vor allem wegen der technischen, ökologischen und gesellschaftlichen Aspekte", urteilt bieder das Washingtoner Energieministerium in einem unlängst herausgegebenen Werbeprospekt.

In einem Bericht der „National Academy of Sciences" vom letzten Jahr wurde der Regierung ausdrücklich bescheinigt, daß ein weiteres Vernachlässigen und Herunterspielen des Problems „immer weniger vertretbar" sei.

„In den ersten Nachkriegsjahren", erinnert sich auch der Atomwissenschaftler Harvey Brooks, sei das Abfallproblem nie ernsthaft angegangen worden: Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand war vergleichsweise unbedeutend. Das ganze Problem interessierte die Wissenschaftler nicht sonderlich, es versprach keinen Ruhm, keinen Glanz. Die wenigen kompetenten Leute, die sich damit auseinandersetzten, ernteten wenig Anerkennung.

„Noch immer bestehen viele Unsicherheiten und Zweifel", meint der Physiker Ronnie Lipschutz, Mitglied der von namhaften Wissenschaftlern gegründeten „Union of Concerned Scientists" (Vereinigung besorgter Wissenschaftler), die den Einfluß von hochentwickelter Technologie auf die Gesellschaft kritisch zu analysieren sucht.

In einem im März erscheinenden Buch* belegt der in der „Union" für Atomabfallprobleme zuständige Lipschutz, daß die US-Atomwissenschaft noch erhebliche „technische, finanzielle und politische Anstrengungen" unternehmen müsse, ehe sie einigermaßen sicher sein kann, die „Kritik sachverständiger Beobachter" zu entkräften.

Präsident Jimmy Carter stieß denn auch nicht auf ernsthaften Widerspruch, als er am 12. Februar ein schon vor Jahren in Aussicht gestelltes Programm für die amerikanische Atommüllagerung ankündigte, das wie ein Neuanfang wirkt.

* Ronnie D. Lipschutz: „Radioactive Waste: Politics, Technology and Risk". Ballinger Publishing Company; Cambridge, Massachusetts, 14,50 Dollar.

In den nächsten fünf Jahren, so die Präsidentenbotschaft, sollen nach dem vorläufigen Präsidentenplan in verschiedenen Regionen der USA verschiedene Gesteinsformationen wie Basalt, aber auch Salzschichten und Tuffablagerungen, in aufwendigen Versuchsreihen auf ihre Eignung als Atommüllager untersucht werden.

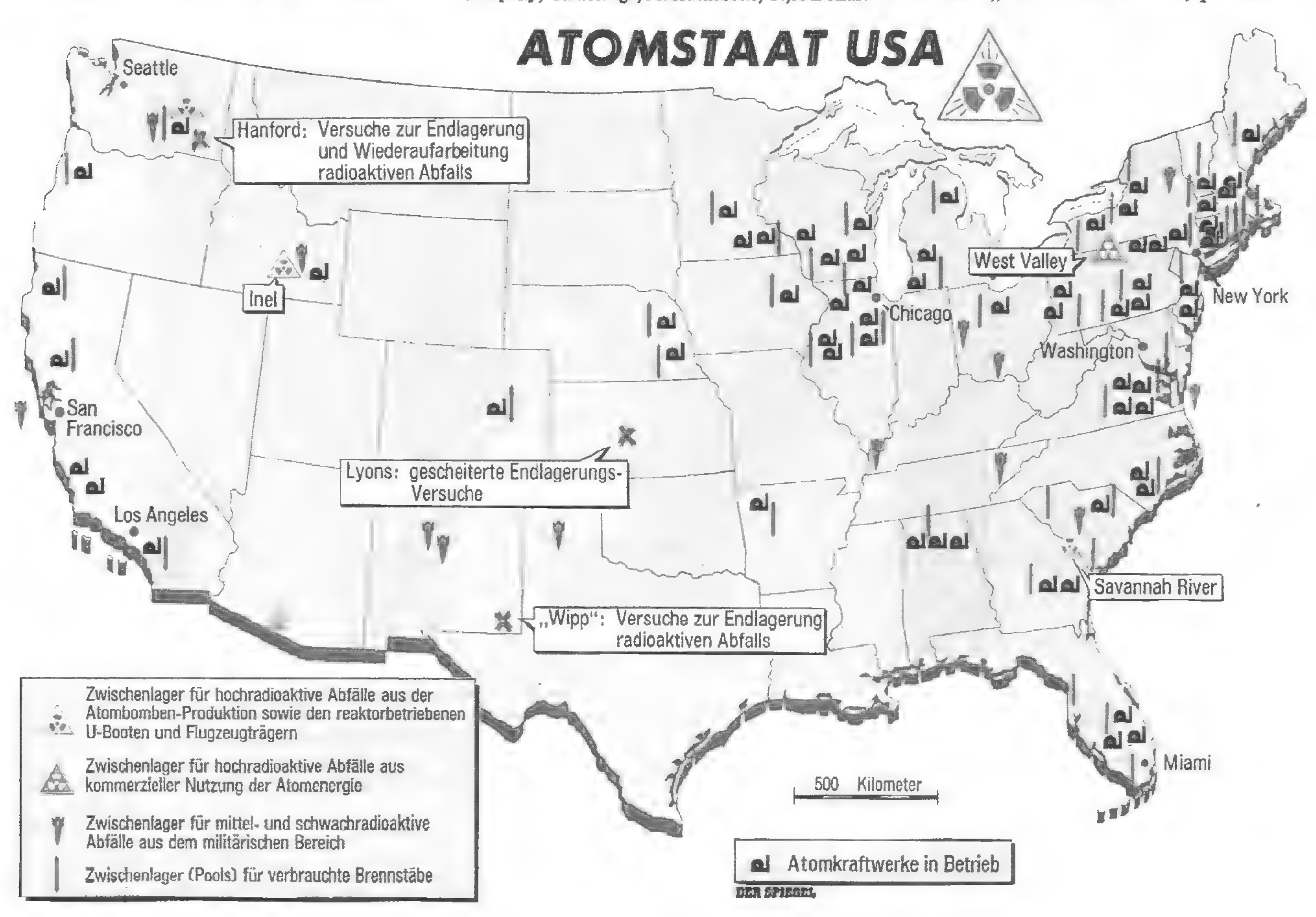
Auch die Verpackung der zuvor pulverisierten radioaktiven Substanz in Glas, Metall und Keramik wird in neuen Tests geprüft.

Frühestens im Jahre 1995, ein gutes halbes Jahrhundert nach der Inbetriebnahme der ersten Meiler am Columbia River, soll dann die erste Atom-Endlagerstätte eröffnet werden.

Sie sollte tunlichst auf Zuwachs ausgelegt sein. Denn zur Jahrtausendwende stehen in Amerika schier unvorstellbare Berge hochradioaktiven Mülls ins Haus.

Neben den Strahlstoffen aus dem Forschungs-, Militär- und Bombenbereich müssen dann nämlich auch Abertausende Tonnen verbrauchter, stark radioaktiver Brennelemente aus den Kernkraftwerken der USA sicher verstaut werden.

Bereits heute liegen nach Auskunft des zuständigen Abteilungsleiters im Energieministerium, Michael Lawrence, in den Zwischenlagern der 70 kommerziellen Atomkraftwerke rund 7500 Tonnen verbrauchter Brennelemente. In der „voll beherrschten, problemlo-



Heye, Needham

Wer seinen Blutdruck selbst unter Kontrolle halten will, kann auf dieses berühmte kleine Gerät nicht verzichten: RR-Test.

Es hat Medizingeschichte gemacht, denn es ermöglicht jedem, seinen Blutdruck selbst unter Kontrolle zu halten.

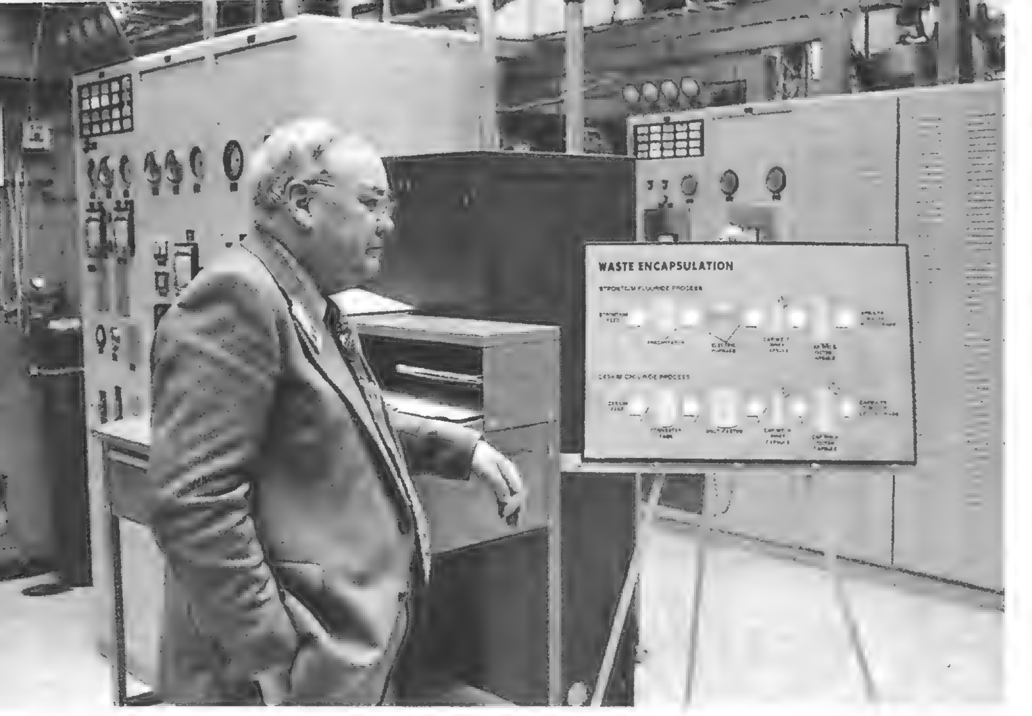
Und wie wichtig das gerade für Menschen mit hohem Blutdruck ist, bestätigt jeder Arzt. Selber zu Hause Blutdruck messen, diese aktive Gesundheitsvorsorge ist mit einem Gerät aus dem RR-Test Programm kein Problem mehr.

RR-Test gibt es nur in Apotheken (auch in Österreich). Denn der Apotheker ist Fachmann. Er hat die meiste Erfahrung. Vertrauen Sie seiner Empfehlung und lassen Sie sich das RR-Test Programm erklären: Das bewährte RR-Test Standard, das RR-Test Visuell mit optischer Anzeige oder das komfortable RR-Test Electronic.

Er zeigt Ihnen gern, wie einfach es jetzt ist, mit RR-Test Ihren Blutdruck unter Kontrolle zu halten.



RR-Test: Ein großer Fortschritt in der Gesundheitsvorsorge.



Hanford-Anlage zur Müllbeseitigung*: „Es ist uns nicht gelungen ...

sen Swimming-pool-Technik“ (Lawrence) kühlen die Brennstäbe langsam ab, „bei Bedarf“, meint Lawrence, könne das jahrzehntelang so weitergehen.

Nur ein verschwindend kleiner Teil der Meiler-Brennelemente ist vor einigen Jahren in einer 1972 stillgelegten Anlage wiederaufgearbeitet worden. Der Rest strahlt zum Teil seit Jahren in den Pools vor sich hin.

Die im militärischen Bereich übliche und in Frankreich und England auch von Industrieunternehmen betriebene Wiederaufarbeitung verbrauchter Brennelemente ist den US-Atomkraft-Konzernen untersagt. Wegen der bei diesen Verfahren anfallenden Mengen des A-Bomben-Materials Plutonium verbot US-Präsident Jimmy Carter seinen Landsleuten 1977 das brisante Geschäft.

Jahr für Jahr ging deshalb der verbrannte Brennstoff in die mit Kühlanlagen und Wasserumlaufpumpen ausgerüsteten Lagerbecken der Kraftwerkskonzerne, die meisten in unmittelbarer Nähe des Reaktors. Gelegentlich auch richtete ein Stromkonzern einen zentralen Pool ein, in dem die Rückstände verschiedener Reaktoren gelagert werden.

Manche Zwischenlager sind inzwischen so vollgepackt, daß die Reaktortechniker mehr Brennstäbe in das etwa fünf bis zehn Meter tiefe Wasser absenken als eigentlich vorgesehen.

Etliche Konzerne haben in Washington beantragt, neue Pools bauen oder aber ihre bestehenden Pools enger belegen oder erweitern zu dürfen. „Wenn in den nächsten zwei, drei Jahren die Zwischenlager nicht wesentlich erweitert werden, müssen einige Reaktoren wohl stillgelegt werden“, kündigt ein Beamter des Energieministeriums an.

Eigentlich hatte die Regierung in eigener Regie ein zentrales Zwischenlager bauen wollen. Die Firmen, so der Plan, sollten dann gegen angemessene Gebühr ihre verstrahlten Brennelemente in diesem Staatslager deponieren können. Doch bevor Einzelheiten erörtert werden konnten, war die aus Geldmangel geborene Idee schon wieder vergessen, zumindest aber vertagt.

Das kann leicht heißen: Bis Ende dieses Jahrtausends türmen sich immer mehr verbrauchte Reaktorstäbe in der Nähe der Meiler. Selbst wenn Amerika keine neue Reaktoren anheizt, sondern lediglich die heute arbeitenden 70 Atomkraftwerke laufen läßt, kommen Jahr für Jahr 1500 Tonnen verbrauchter Brennelemente dazu.

Bis 1995, dem angepeilten Jahr für die Lösung der atomaren Endlagerung, liegen selbst bei dieser unrealistisch vorsichtigen Annahme in den Pools zwischen Seattle und Miami, Boston und Los Angeles 30 000 Tonnen hochradioaktiven Materials.

Nach der Hochrechnung einer vom amerikanischen Präsidenten eingesetzten „Interagency Review Group on Nuclear Waste“, einer aus 14 zuständigen Behörden zusammengesetzten Experten-Kommission, könnte der Strahl-Berg im schlimmsten Fall bis zum Jahr 2000 auf unvorstellbare 70 000 Tonnen gewachsen sein.

Die Kommission äußerte in ihrem dem Präsidenten vorgelegten Bericht, die bisher verfolgten Ansätze seien allzu anspruchslos gewesen.

Sie empfahl, was der Präsident dann Mitte Februar verkündete: Erst einmal müßten alle Formen der Endlagerung studiert werden. Das Problem sei grundsätzlich lösbar, meinten die Experten; aber eben nur mit ungleich mehr Arbeit, Aufwand und Anstrengung, als Behörden, Forscher und Atomwirtschaft bisher aufgewendet haben.

Vor allem das Management der Problemlösung müsse verbessert werden, damit endlich mit planvollen, koordinierten Forschungsarbeiten begonnen werden könne.

Daß gerade das Management der Lagerhaltung bisher ungewöhnlich armselig war, bestreitet nicht einmal John Deichmann, Leiter der Abteilung Waste-Management in Hanford. Mit viel Überzeugungsarbeit versucht Deichmann, alle Zweifel am Segen der



... eine hinreichend erprobte Technik zu entwickeln“: **Abtransport von Brennstäben**

* Hochradioaktive Abfälle wie Cäsium und Strontium werden eingekapselt.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist Ihr Durchschreibe-System ein ganz unnötiger Flaschenhals.

Für die Leistungssteigerung bei der Büroarbeit wurde auch in Ihrem Unternehmen in letzter Zeit einiges getan. Durch die Einführung elektronischer Datenverarbeitung zum Beispiel. Oder durch Arbeitsplatzgestaltung nach ergonomischen Gesichtspunkten. Vieles läuft dadurch leichter und schneller.

Nur bei den Formularen verlieren Sie Zeit. Weil Ihr altes Durchschreibe-System wahrscheinlich mit dem neuen Arbeitstempo nicht Schritt hält.

Sehen Sie zu, daß dieser Flaschenhals beseitigt wird. Zum Beispiel mit Formularen aus selbstdurchschreibendem Idem-Papier. Sie werden staunen, welche Wunder diese Modernisierung wirkt.

Formulare aus Idem-Papier können Sie bei jeder Druckerei bestellen.

Wiggins Teape Feinpapier GmbH,
Aarstraße 11-13, 6200 Wiesbaden



Von Wiggins Teape.

Das meistgekaufte selbstdurchschreibende Papier Europas.

Atomkraft und an der angeblich für Jahrtausende narrensicheren Lagerung des Atommülls zu zerstreuen.

„Glauben Sie, ich würde hier mit meiner Frau und meinen Kindern leben, wenn ich auch nur den geringsten Anlaß zu der Vermutung hätte, wir hätten die Sache nicht voll unter Kontrolle?" fragt er und rechnet gar nicht erst mit einer Antwort.

Deichmann ist bei dem Raumfahrts-, Rüstungs- und Vielzweckkonzern Rockwell International angestellt, der im Auftrag, auf Kosten und auf dem Boden der amerikanischen Regierung in Hanford die Probleme des „Radwaste" (radioactive waste, zu deutsch: radioaktiver Abfall) untersucht.

3500 Rockwell-Arbeitnehmer arbeiten in der „Reservation", wie die Experten ihr Atom-Areal beinahe liebevoll nennen. Sie versuchen, radioaktive Säuren zu entschärfen, sie überwachen die mit allerlei radioaktiven Stoffen gefüllten Tanks, bauen neue, sicherere Behältnisse.

Ganz nebenbei bringen sie auch noch eine stillgelegte Wiederaufarbeitungsanlage neu in Gang. Denn Deichmann und Kollegen sind davon überzeugt, daß die von Carter untersagte, von den Atomgegnern in aller Welt heftig befehdete Wiederaufarbeitung der verbrauchten Brennelemente zu neuen Brennstäben, zu Plutonium und zu Endabfall zwangsläufig sei. „Wir können es uns nicht leisten, dieses Energiepotential einfach zu vergraben", meint er.

Die Rockwell-Leute übernahmen erst vor knapp drei Jahren die Atomanlage und den Atomabfall von Hanford. Bis 1977 hatten sich andere Multis, zuletzt der Ölkonzern Atlantic Richfield, an der Nukleartechnik versucht. „Die Rockwell-Manager", meint ein Beamter aus dem Energieministerium, das zusammen mit dem Verteidigungsministerium den Atompark am Columbia-Fluß mit knapp einer Milliarde Mark pflegt, „leisten jetzt wirklich hervorragende Arbeit."

Das wurde auch allerhöchste Zeit. Denn bis in die jüngste Vergangenheit lud man auf dem Staatsgelände von Hanford radioaktive Rückstände mehr oder weniger planlos ab, Pannen und Unfälle wurden zielsicher heruntergespielt oder totgeschwiegen.

Erst Ende Januar schloß die Revisionsabteilung des US-Energieministeriums eine Untersuchung ab, in der auch Rockwell schlecht dastand. Es sei nicht von der Hand zu weisen, rügte der interne Bericht unter dem Aktenzeichen IGV — 79 — 22 — 2 — 231, daß Rockwell den Zustand einzelner mit radioaktivem Material gefüllter Tanks beschönigt habe. Mindestens sechs Tanks seien nicht, wie von Rockwell offiziell verbreitet, „fragwürdig", sondern eindeutig undicht gewesen.



Hanford-Manager Dietz (r.): „Wirklich rangeklotzt"

In einer genauen Bestandsaufnahme stellten die Experten fest, daß viele der unterirdischen Stahlbehälter erwiesenermaßen durchgerostet seien. Durch die Lecks waren, auch daran besteht kein Zweifel, radioaktive Substanzen in den Boden gesickert.

Akribisch stellten die Beamten eine Qualitätsbilanz der zwischen 200 000 und vier Millionen Liter fassenden, in die Erde eingelassenen Stahlbehälter zusammen:

▷ 25 der alten einwandigen und sieben der neuen, doppelwandigen und größeren Tanks sind einwandfrei benutzbar;

▷ 38 der einwandigen Tanks galten den Experten als fragwürdig (of questionable integrity);

▷ 20 Tanks ausnahmslos früherer Baujahre hatten zweifelsfrei Lecks;

▷ die restlichen 66 wurden nicht mehr benutzt, gelten aber als einwandfrei.

Daß in Hanford trotz der gewaltigen Reaktorrückstände vergleichsweise wenig passiert ist, daß manch grobe Panne der letzten Jahre nicht zur Vergiftung des Grundwassers, vielleicht sogar zu unkontrollierter radioaktiver Strahlung geführt hat, verdanken die Amerikaner weniger der eigenen Übersicht und Wachsamkeit als der günstigen geologischen Struktur des Columbia-Beckens.

Es dauerte immerhin 51 Tage, bis den Aufsehern — der verantwortliche Tankwächter war erkrankt und dann in Urlaub gefahren — auffiel, daß aus einem defekten Behälter rund 200 000 Liter hochradioaktiver Flüssigkeit in den Boden versickert waren.

Erst Monate später stand fest, daß der Strahlsud wegen des besonders tief liegenden Grundwasserspiegels und wegen der zwischen Strahltank und Grundwasser liegenden Lehmschichten keinen Schaden anrichten würde.

Ähnliche Pannen ereigneten sich auch in den beiden anderen Anlagen, in denen hochradioaktives Material gelagert wird. Und schwerwiegende Versäumnisse kennzeichnen einstweilen auch die Suche nach einer für Jahrtausende narrensicheren Endlagerung hochradioaktiven Materials.

Beispiel „Wipp“: Die „Waste Isolation Pilot Plant“ (Abfall-Isolierversuchsanlage) hatte eigentlich die Nuklearabfälle aus dem verunglückten Lyons-Projekt aufnehmen sollen.

In Lyons nämlich, einer Farmer-Kleinstadt im tiefsten amerikanischen Mittelwesten, war das erste große Experiment mit der unterirdischen Lagerung radioaktiven Materials gescheitert: Zu Beginn der sechziger Jahre ließ die US-Atomenergiekommission eine Versuchsreihe anlaufen, in der einige elektrisch beheizte Behälter und mit radioaktiver Substanz gefüllte Abfallkanister in die Schächte einer früheren Salzmine versenkt wurden. Dabei sollte bewiesen werden, daß Salz auf Strahlung und Hitze nicht nennenswert reagiert.

Als die stählernen Kleincontainer nach einiger Zeit wieder ans Tageslicht geschafft wurden, waren manche Wände und die Metall-Leitungen zur Beheizung der Versuchskanister stark angegriffen.

Diese früheren Beobachtungen blieben weiterhin unbeachtet, auch ein kritischer Bericht der „National Academy of Sciences“ verschwand unbemerkt in den Archiven.

Als Anfang der siebziger Jahre die Bürger von Idaho und ihr in Washing-

Die Unvernunft, mit der wir unsere sexuellen Schwierigkeiten heranzüchten, wird höchstens noch von der fehlenden Einsicht übertroffen, mit der wir sie behandeln.

Das Ideal der Männlichkeit

Potent zu sein zur körperlichen Liebe, bleibt heute jedem dritten Mann verwehrt. In einer Zeit, die weithin und ganz offenbar von Sex bestimmt wird, mehren sich die Schwächen der männlichen Potenz.

Die Harmonie von Geist und Körper

notwendig für erfüllte partnerschaftliche Beziehungen, ist in vielen Fällen zeitweilig behindert. Das mag aus der Erziehung resultieren, auf geistiger und körperlicher Überforderung beruhen – die nicht organisch bedingte Impotenz hat viele Gründe, und ebenso komplex ist ihre Behandlung. Die Libido (das sexuelle Verlangen) aber läßt sich unterstützen – man kann die Leistungsfähigkeit des Mannes steigern und erhalten!

puamin®

zielt wirksam auf die Zentren der Manneskraft in Gehirn und Rückenmark, regt die Durchblutung des Beckenraumes an.

puamin®

reguliert die Sexualfunktionen auf biologischem Weg, denn es enthält die dafür notwendigen Wirkstoffe in sinnvoller Kombination:

Nicotinsäure (Nicametat) verbessert die Durchblutung aller Gewebe und aktiviert den Stoffwechsel – wesentlich für den erforderlichen Kreislauf-Effekt ist Puamin wegen der gefäßerweiternden Wirkung auf die Kapillaren (kleinste Haargefäße).
Muira puama stärkt die Sexualzentren in Gehirn und Rückenmark und erhöht die Ansprechbarkeit auf sinnliche Reize, verbessert die Erektionsfähigkeit mit vermehrter Durchblutung des Beckens und der Sexualorgane.
Yohimberinde bewirkt eine gesteigerte Durchblutung der Beckenorgane.
Die ausgewogene Kombination dieser Wirkstoffe hat Puamin auch besonders gut verträglich gemacht.

puamin®

aktiviert den Mann im Mann

puamin® erhalten Sie in allen Apotheken


„David" von Michelangelo

puamin®

Anwendungsgebiete:
Nachlassen der sexuellen Leistungsfähigkeit, Erektionsstörungen, verminderte Libido.
Männliches Klimakterium mit Beschwerden wie Kreislaufstörungen, Müdigkeit, Nervosität.
Vorzeitige Alterserscheinungen wie allgemeine Leistungsschwäche und Zerstreutheit.
Nebenwirkungen, Begleiterscheinungen:
Puamin ist im allgemeinen gut verträglich. Empfindliche Patienten können mit einer vorübergehenden harmlosen Kopfrötung bzw. Wärmegefühl auf die Einnahme von Puamin reagieren. Treten Magenbeschwerden, Schwindelgefühl, nervöse Erregung oder Quaddelbildung auf, so ist die Dosis herabzusetzen bzw. die Medikation zu beenden.
Bei Diabetikern sollte während der Puamin-Behandlung der Kohlenhydratstoffwechsel überwacht werden, da hohe Dosen die Glucosetoleranz (Zuckerverträglichkeit) beeinflussen können.
Unverträglichkeiten und Risiken:
Puamin soll nicht angewandt werden bei Hypotonie (niedriger Blutdruck), schwerer Herzinsuffizienz (Herzschwäche), frischem Myocardinfarkt (Herzmuskelinfarkt), akuten Blutungen, bei eingesetztem Herzschrittmacher. Puamin beeinflußt die Adrenalinwirkung, daher nicht gleichzeitig mit Adrenalin verabreichen! Puamin kann die blutdrucksenkende Wirkung der Antihypertensiva (Bluthochdrucksenkende Mittel) verstärken.

Schwarzhaupt · Köln

ton einflußreicher Senator Frank Church den Abtransport der auf dem Staatsgelände Idaho Falls lagernden hochradioaktiven Abfälle verlangten, bot die Atomenergiekommission (AEC) die Salzstollen von Lyons an. Der damalige AEC-Direktor Milton Shaw meinte, die Lagerstätte sei jeder anderen zumindest „gleichwertig", vermutlich aber „überlegen".

Das täuscht. Geologen von Kansas fanden heraus, daß keine 500 Meter von der Atomdeponie eine andere Salzmine in den Berg getrieben worden war. Dabei hatten die Ingenieure das Verfahren angewandt, Wasser mit hohem Druck in ein Bohrloch zu pumpen, damit es an anderer Stelle als dicke Salzlauge dann wieder ans Tageslicht kommt.

700 000 Liter dieses Bohrwassers waren dabei eines Tages spurlos verschwunden. Nachdem in die angeblich für Jahrtausende unveränderliche Mine Wasser zu tropfen begann, empfahlen die Geologen von Kansas, die Lyons-Lager aufzugeben.

Nach erbittertem Widerstand gaben die Atomfreunde schließlich nach. Und als auch ein anderes Projekt, die Lagerung der Atomabfälle in riesigen oberirdischen Mausoleen, am Widerstand der Öffentlichkeit und der Umweltbehörde „Environmental Protection Agency" gescheitert war, verfielen die Lagersucher schließlich auf die Salzstöcke bei Carlsbad im US-Bundesstaat New Mexico.

1975 begannen die Vorarbeiten zu „Wipp". Und weitere fünf Jahre später waren 100 Millionen Dollar in den Salzstollen versickert — ohne erkennbare Spuren.

Vergleichsweise problemlos läuft dagegen ein Projekt, die Eignung von Basaltformationen für die Endlagerung hochradioaktiven Materials zu testen: Unweit der von Rockwell gepflegten Tank-Farmen von Hanford bohren und buddeln gut 100 Mann an einer unterirdischen Versuchsanlage. „Wir haben wirklich rangeklotzt", freut sich Rockwell-Ingenieur Eddie Dietz, der vor diesem Job für einen Ölmulti gearbeitet hat. Bereits im Herbst dieses Jahres sollen die ersten Versuchsreihen anlaufen.

Erst viele Monate später kommt dann das erste Brennelement in das von Rockwell im Regierungsauftrag betriebene „Basalt Waste Isolation Project".

Dietz-Kollege Paul Deju glaubt, daß sich tiefe Basaltstollen am Ende als die geeignete Umgebung für hochradioaktive Abfälle erweisen, geeigneter jedenfalls als die auch von deutschen Atommanagern bevorzugten Salzschichten oder -dome. „Salz verändert sich stärker", meint Deju.

Er würde am liebsten unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluß der



Projekt zur Endlagerung bei Hanford*: „Nichts mehr damit zu tun"

Versuche einen riesigen, unterirdischen Brennelemente-Friedhof aufmachen. Rund 1000 Meter unter der Erdoberfläche, meint Deju, sei problemlos eine Anlage für die Rückstände von 50 Reaktoren zu bauen. Wenn die Stollen voll sind, werde der Laden eben zugeschüttet oder zugesprengt.

„Die Menschheit", glaubt Deju, „hat damit dann nichts mehr zu tun." Erdbeben seien in dieser Gegend ausgeschlossen, andere Veränderungen der Gesteinsformationen nicht zu erwarten, oder sie könnten keinen ernsthaften Schaden anrichten.

Auch Probleme mit dem Grundwasser seien wegen der Eigenarten des Basalts aller Voraussicht nach in wenigen Jahren, nach dem Abschluß der Testreihen, ausgeschlossen.

Bis dahin müssen allerdings noch Verfahren gefunden werden, mit denen all die flüssigen, schlammigen, vor allem aber die krustigen, stark radioaktiven Rückstände aus den Abfalltanks herausgeholt und in den Berg geschafft werden.

Die Atomfreunde und -techniker von Hanford meinen, auch dieses Problem sei mit einigem Aufwand lösbar. Ein wegen der starken Radioaktivität ferngesteuerter Bagger müsse eben aus dem zuvor freigelegten und ferngesteuert geöffneten Tank den Atomabfall herausschaben. Der Abtransport in sichere Endlager sei dann beinahe mit konventionellen Mitteln (strahlensichere Behälter, Tieflader) zu erledigen.

Einstweilen sind sie allerdings vollauf damit beschäftigt, den radioaktiven Sumpf in ihren Tanks trockenzulegen. Einstweilen haben auch die Techniker von Hanford noch Mut, an die Machbarkeit der sicheren Atomlagerung und die Notwendigkeit von Atommeilern zu glauben.

„Obgleich wir seit 30 Jahren im Atomzeitalter leben, ist es uns bislang nicht gelungen, für die Lagerung von Nuklearabfall eine hinreichend erprobte Technik zu entwickeln", warnt der Atomphysiker Henry Kendall vom angesehenen Massachusetts Institute of Technology.

„Das Erstaunliche daran ist, daß nach übereinstimmender Ansicht eine Lösung durchaus vorstellbar und machbar ist. Dennoch sind die Aussichten dunkel, weil die verantwortlichen Stellen möglicherweise fortfahren, Fehler zu machen."

---

* Basaltstollen zur Aufnahme radioaktiver Abfälle.

Im nächsten Heft

Gefährlicher Transport — Private Deponien

Britain Special

Ein Führer durch Britains Countryside

19th Issue, February 1980 HO&M GE 1/80 c SCOTLAND EDITION Editor: British Tourist Authority

QUEENS VIEW: Aussicht auf einen königlichen Urlaub in Schottland





Wie finden Sie das? Die Heide ist bunt, das Torfwasser gluckert, dunkelgrüne Hügel ziehen sich zum Horizont, hier lärmt kein Kofferradio, nur der Wind summt in den Drähten der Überlandleitungen.

Klingt doch gut, nicht wahr? Man mag fast nicht glauben, daß es so ein Fleckchen unverdorbener Natur noch gibt. Aber dies gibt es. In Schottland.

Wir möchten Ihnen deshalb vorschlagen, im nächsten Urlaub die schottischen Highlands oder Islands kennen und lieben zu lernen. So wie Queen Victoria. Über viele Jahre besuchte sie ein stilles Plätzchen oberhalb vom Loch (das heißt: See) Tummel. Heute deswegen Queens View genannt. Von hier aus haben Sie einen der großartigsten Ausblicke auf Schottlands Natur. Die Queen regierte über 60 Jahre. Es ist nicht auszuschließen, daß sie sich die Kraft für dieses harte Geschäft am Loch Tummel holte. Aber sie liebte nicht nur Schottlands Natur. Sie liebte auch „uisge beatha", das „Wasser des Lebens". Zu deutsch: Whisky. Aber Schottland prägte nicht nur Queen Victoria genüßlich. Sondern sie ihrerseits auch Schottland. Und das unübersehbar. Somit kommt man nicht daran vorbei, auf Schritt und Tritt überall dort seinen Fuß (oder sein Glas) hinzusetzen, wo es auch die Queen ehemals getan hat. Oder wo zumindest das Jahrhundert, das nach ihr benannt wurde, seine deutlichen Spuren hinterlassen hat. Victorian Scotland nennt man das.

Hier gehen im Jahr 160 Mio. Flaschen Scotch in die Luft



Das können Sie nicht hören. Aber riechen. Die Lagerungszeit bei einem durchschnittlichen Blend beträgt wenigstens 3 Jahre. Der wird exportiert. Ein guter Malt-Whisky lagert wenigstens 12 bis 15 Jahre. Den trinken die Schotten selber. Klar, daß bei solchen Reifezeiten einiges verdunstet. Eben die Menge von 160 Millionen Flaschen. Aber zuverlässigen Quellen zufolge ist der Whisky-Nachschub gesicherter als der des arabischen Erdöls. Wenn wir richtig gezählt haben, gibt es in Schottland so etwa 130 Whisky-Brennereien (Destilleries). Die meisten davon liegen an der „Whiskystraße" entlang des River Spey. Viele davon können Sie besichtigen. Sie brauchen nur die Grampian Region zu suchen und dann immer der Nase bzw. den Schildern nach (Whisky Trail steht drauf). Und wie es sich für so eine Straße gehört, verläuft sie in hübschen Schlangenlinien.

Ratgeber

Die wichtigsten Ratgeber für Ihren Aufenthalt in Großbritannien wie z.B.

- **Where to stay in Scotland (Bed & Breakfast)**
- **Where to stay in Wales** • **Britain: Hotels & Restaurants**

können in der Bundesrepublik Deutschland bezogen werden beim
British Bookshop, Börsenstraße 17, 6000 Frankfurt/M 1, Tel. (0611) 28 04 92

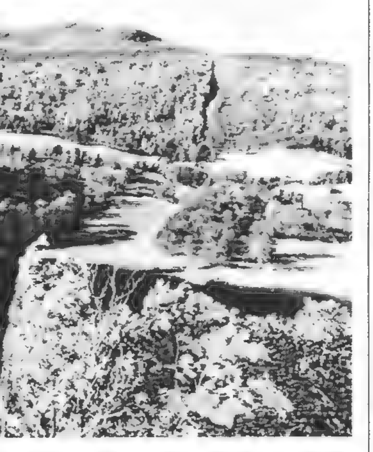
AUF DEM WEG NACH SCHOTTLAND: EINE HEILIGE INSEL

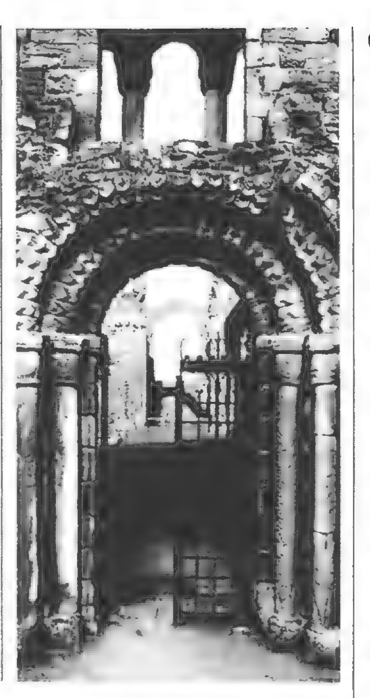
Halten Sie auf dem Weg nach Schottland die Augen offen. Wenn Sie durch Northumbria kommen, sollten Sie bei Belford, zwischen Alnwick und Berwick upon Tweed, rechts abbiegen.

Nach ein paar Meilen (immer geradeaus!) erreichen Sie die Nordseeküste. Und vor Ihnen liegt Holy Island: Die Heilige Insel. Eine der frühesten Stätten des englischen Christentums.

Um 635 n. Chr. versuchten Mönche von hier aus den Bewohnern Northumbrias den rechten Glauben beizubringen. Außer ein paar steingewordenen Resten ihrer Bemühungen, 500 Einwohnern und einigen Gasthäusern sehen Sie dort ein Castle. Allerdings ein Neubau. Um 1550 fertig geworden.

WARNING! Beachten Sie bitte bei Überquerung des 4,4 km langen Verbindungsdamms den Wechsel zwischen Ebbe und Flut. Damit Sie keine nassen Füße bekommen.





In Britain ist Ihr Geld noch was wert

Wenn das Entdecker- und Reise-Herz groß, doch das Portemonnaie etwas kleiner ist, dann auf nach Britain! Essen, Trinken, Schlafen, Einkaufen, Reisen nach Lust und Laune, das alles kann man sich hier noch leisten. Autobahngebühren sind unbekannt, Bahnfahren heißt Sparen beim Fahren, und in viele Museen kommt man ohne Geld. Auch Bekleidung und Antiquitäten bekommt man mit ein bißchen Glück noch für einen Appel und ein Ei. Eine für Britain typische Einrichtung, Bed & Breakfast, bietet Ihnen die Möglichkeit, privat zu übernachten. Sie können sich für rund £ 5 ins frisch gemachte Bett legen und bekommen außerdem von der freundlichen Hausfrau ein Frühstück serviert, das schon fast ein Mittagessen ist.

Und wenn's ein wenig offizieller sein soll, bitte schön, Tausende von Landgasthäusern warten auf Ihren Besuch. Da ist es auch schön. Und auch schön preiswert. Also, worauf warten Sie noch? Britain wartet auf Sie!

Die Grenze zwischen Gut und Böse: 117 km lang, 5 m hoch, 3 m breit

Eine Mauer. Nicht so gewaltig wie die in China. Und nicht so beängstigend wie die in Berlin: Hadrians Wall. Die am besten erhaltenen Teile können Sie sich zwischen Brampton und Hexham begucken.

Der Name beweist, auch bei der Errichtung dieses Bauwerks hatte ein Politiker seine Hände im Spiel: Kaiser Hadrian, römischer Imparator. 122 n. Chr. besuchte er die britischen Inseln und ordnete den Bau dieser Mauer an. Von Carlisle bis Wallsend. Um die Römer von den Barbaren zu trennen.

Und wer waren bitte die Barbaren? Die damaligen Schotten. In Schottland waren die Römer mit ihrem Latein am Ende. Denn schon vor 2000 Jahren galt, was der schottische Dichter Robert Burns 1800 Jahre später, in Reime faßte: „. . . für fremder Despoten stolzer Gelüste wird niemals die Seele des Schotten erglühn."

KANN SEIN, DASS ES IHNEN HIER ZU BUNT WIRD

Fast die Hälfte aller noch vorhandenen bunten Kirchenfenster Englands finden Sie in einer einzigen Kirche. Im Minster von York. Mit dem Bau dieser größten gotischen Kirche Englands wurde 1220 n. Chr. begonnen. Aber man ließ sich Zeit. Zweieinhalb Jahrhunderte. Darum ist es keineswegs erstaunlich, wenn Sie hier alle Architekturstile des englischen Mittelalters finden. Von Early English (Frühgotik) über Decorated Style (Hochgotik) bis zum Perpendicular Style (Spätgotik).

Aber auch der Besuch anderer Kirchen und Klöster in Yorkshire lohnt sich.

Gebrauchsanweisungen für einen britischen Urlaub

Automobilklubs: Mitglieder des AvD und ADAC können die Dienste des R.A.C. (Royal Automobile Club, Telefon: London 2358601) und des A.A. (Automobil Association, Telefon: London 9547373) in Anspruch nehmen. Kostenlos, versteht sich.

Benzin: Wird hier in Gallonen gemessen (1 Gallone = 4,5 l).

Geschäftszeiten: Läden sind von 9.00 bis 17.30 Uhr geöffnet, samstags meist nur bis 16.00 Uhr. An den sogenannten Early Closing Days schließen alle Läden um 13.00 Uhr.

Hunde oder andere Haustiere dürfen nicht eingeführt werden. Es wird streng kontrolliert.

Pubs: Öffnungszeiten werktags 11.00 bis 14.30 Uhr und 17.30 bis 22.30 Uhr, sonntags 12.00 bis 14.00 Uhr und 19.00 bis 22.30 Uhr. Regionale Abweichungen sind möglich.

Verkehr: Geschwindigkeitsbeschränkungen: in Ortschaften 30 Meilen (48 km/h), auf Landstraßen 60 Meilen (96 km/h), auf Autobahnen 70 Meilen (112 km/h).

Wie Sie rüberkommen

Townsend Thoresen bringt Sie komfortabel von Zeebrugge nach Felixstowe und Dover, von Cherbourg und Le Havre nach Southampton und Portsmouth und von Calais nach Dover in 75 Minuten – die schnellste Autofähren-Route.

Senden Sie uns den Coupon. Wir informieren Sie gern über die Abfahrtszeiten, Preise und Pauschalangebote von Townsend Thoresen.

TOWNSEND THORESEN
European Ferries

Bitte senden Sie mir ausführliche Informationen über Britain und wie man mit Townsend Thoresen hinkommt.

Name: ....

Anschrift: ....

....

BRITAIN

SP 80/2

An: BRITISH TOURIST AUTHORITY, Versandabteilung
Alt-Heddernheim 13, 6000 Frankfurt/Main 50

SCHIFFAHRT

Kritischer Faktor

Zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen gibt es neuen Streit: Seetransport unter Billigflaggen soll geächtet werden.

Das Urteil des Sachverständigen war vernichtend. „Wenn die Ruderanlage eines so großen Schiffes versagt", fand Konteradmiral a. D. Rolf Johannesson, Bundesbeauftragter beim Hamburger Seeamt, „sollte es lieber gleich zu Hause bleiben."

Gemeint war der Supertanker „Amoco Cadiz" (233 700 Tonnen Tragfähigkeit), der vor fast zwei Jahren nahe der bretonischen Küste havarierte. Es war die schlimmste Umweltkatastrophe in der Geschichte der Tankschiffahrt.

Vor dem Seeamt in Hamburg untersuchten unlängst die Experten, warum die Hilfeleistung des deutschen Bugsierschleppers „Pacific" für den Havaristen scheiterte. Konteradmiral Johannesson wußte warum: Wenn eine amerikanische Reederei ein Schiff dieser Größe unter liberianischer Flagge mit italienischer Besatzung fährt, dann — so Johannesson — „darf man sich nicht wundern, wenn ein derartiges Unglück passiert".

Dabei kreuzt unter der Flagge des westafrikanischen Staates Liberia die größte Handelsflotte der Welt über die Ozeane. Liberia gehört zu den wenigen Ländern, die mit Steuervorteilen und allerlei Vergünstigungen internationale Reeder dazu verlocken, ihre Schiffe nicht in der Heimat, sondern im Ausland registrieren zu lassen.

Experten der traditionellen Seefahrtnationen werfen den Ländern der sogenannten Billigflaggen — neben Liberia vor allem Panama, die Bahamas und Bermuda, Zypern und Singapur — seit langem vor, die Sicherheit zu vernachlässigen. Kontrollen würden schludrig durchgeführt, Mannschaften und Schiffsführung nicht allzu genau auf ihre Qualifikation überprüft.

Bislang jedoch blieben alle Versuche, die umstrittenen Billigflaggen zu verdrängen, vergeblich.

Das soll jetzt anders werden. Lautstark verlangen die Entwicklungsländer, die Billigflaggen einzuholen. Das Thema wird zunehmend die Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd, zwischen Reich und Arm erhitzen.

„Die Billigflaggen werden zu einem ganz großen Streitpunkt", weiß R. A. Ramsay, Chef der Schiffahrtsabteilung der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. „Das geht nicht ohne heftigen Kampf", prophezeit auch Dierk Lindemann vom Verband Deutscher Reeder in Hamburg.

Die Entwicklungsländer glauben, triftige Gründe für ihre harte Haltung zu haben. Sie argumentieren, daß die finanzstarken Schiffseigner in den USA, in Europa und Japan nur über die Billigflaggen den internationalen Seetransport noch beherrschen können.

Das Kalkül der Habenichtse: Gäbe es keine Billigflaggen, könnten die Großreeder ihnen nicht länger einen angemessenen Anteil am Seetransport verweigern. Von den 413 Millionen Bruttoregistertonnen der Welthandelsflotte besitzen die Entwicklungsländer gerade zehn Prozent.

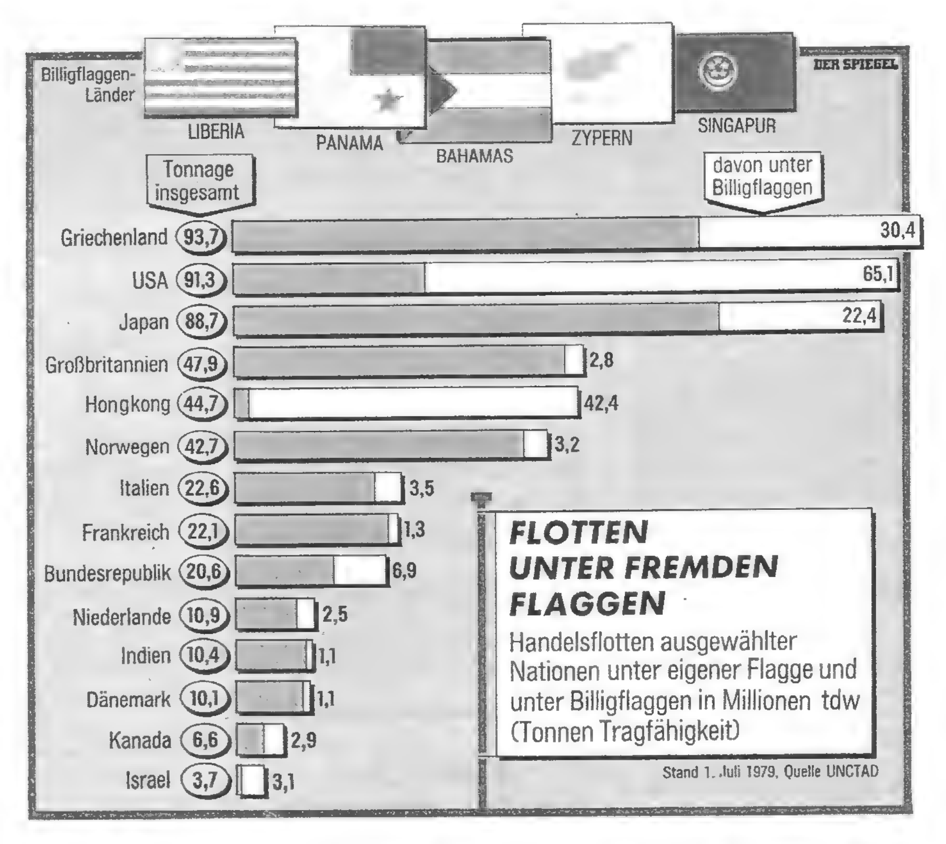
Die rasch wachsende Flotte der Billigflaggen hat „die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Schiffahrt jener Staaten beeinträchtigt, die keine offenen Register (Billigflaggen) anbieten". Zu dieser Schlußfolgerung kamen immerhin Entwicklungs-, Industrie- und Staatshandelsländer gemeinsam in einer Arbeitsgruppe der Unctad.

Bereits rund ein Drittel der gesamten Welttonnage fährt heute unter Billigflaggen. Vor zehn Jahren waren es noch weniger als 20 Prozent.

Die Fachleute der Unctad rechnen präzis vor, zu welchen Verzerrungen der Märkte die Billigflaggen geführt haben. Unter den Farben Liberias und Panamas, Singapurs und Zyperns, der Bahamas und Bermudas schippert inzwischen mehr Schiffsraum über die Meere, als in den EG-Staaten, in den USA, im Ostblock, in Schweden und China zusammengenommen registriert ist. Und der Run auf die Billigflaggen beschleunigt sich noch.

Die Länder mit dem Establishment des internationalen Seeverkehrs, folgert die Unctad, „bewahren ihre Vorherrschaft, obwohl sie immer weniger in der Lage sind, die an Bord benötigten Arbeitskräfte zu stellen, die gerade im Massengutverkehr ein kritischer Kostenfaktor sind".

Die deutschen Reeder sparen bei einem mittleren Stück- oder Massengut-Schiff zwischen 400 000 Mark und 800 000 Mark pro Jahr, wenn sie unter Billigflagge dampfen. Das ist etwa ein Drittel dessen, was sie ein Schiff mit teurer deutscher Crew kosten würde. Die Swedish Shipowners' Association hat ausgerechnet, daß ein 200 000-Tonnen-Tanker unter schwedischer Flagge 8000 Dollar am Tag kostet, mit Billigflagge nur gut die Hälfte.



Noch stärker profitieren die US-Reeder. Ein Tanker, für den mit amerikanischen Seeleuten 1,75 Millionen Dollar im Jahr ausgegeben werden müßte, kostet mit Filipinos nur 240 000 Dollar.

Die Habenichtse kreiden denn auch den etablierten Reederei-Nationen an, genau das zu verhindern, was nach den Regeln der internationalen Arbeitsteilung sinnvoll wäre: daß nämlich die Reeder dort investieren und Schifffahrtsgesellschaften gründen, wo der Faktor Arbeit zu konkurrenzfähigen Preisen noch zu haben ist — eben in den Entwicklungsländern.

Anders als die Staaten der Billigflaggen, die nur über die Gebühren der Schiffsregistrierung etwas von dem Segen der Schiffahrt abbekommen (in Li-



Untergang des Billigflaggen-Tankers „Amoco Cadiz": „Sollte zu Hause bleiben"

beria knapp sechs Prozent der gesamten Staatseinnahmen), wollen die Entwicklungsländer am gesamten Schiffahrtsgeschäft teilhaben. Sie wollen die Rohstoffe, die sie produzieren, auch transportieren.

Industrieunternehmen haben die Möglichkeiten sinnvoller Kooperation im Weltmaßstab längst vorgeführt. Textilunternehmen, Photohersteller oder Elektronikfirmen brachten das Kapital zur Arbeit. Sie gründeten Partnerschafts- oder Tochterunternehmen, von deren Investitionen, Gewinnen und Know-how auch die Gastländer profitieren.

Die Vorstellung scheint absurd: Eine Fabrik in Deutschland etwa beschäftigt, weil die Löhne für heimische Arbeiter zu hoch sind, nur Filipinos. Für Sicherheit und Betriebsregeln gelten die Bestimmungen der Bahamas. Steuern werden, wenn überhaupt, dort entrichtet. Wem die Fabrik wirklich gehört, ist nur schwer oder gar nicht auszumachen. Aber genau solche absurden Bedingungen sind typisch für die Weltschiffahrt.

Die Unctad wollte beispielsweise herausfinden, wer die Eigentümer und wer die wirtschaftlichen Nutznießer der in den Ländern mit Billigflaggen registrierten Schiffe sind. Daraufhin erklärten etliche Staaten, sie wüßten selbst nicht, ob und in welchem Ausmaß eigene Staatsbürger und Gesellschaften dazuzurechnen seien.

Die Billigflaggen-Flotten, urteilte die Unctad, operieren ohne wirksame Kontrolle oder Regulierung, weil „die Regierungen nicht über die dafür erforderlichen Kenntnisse verfügen".

Immerhin fanden die Unctad-Leute durch eine Computer-Analyse — mit Zahlen des Londoner Broker-Hauses A. P. Appledore und des Lloyd's Register of Shipping — heraus, daß die USA, Hongkong, Griechenland und Japan 75 Prozent der unter Billigflaggen fahrenden Tonnage auf sich vereinigen. Die Bundesrepublik rangiert — mit einem Anteil von nur 3,2 Prozent — auf Platz fünf.

Gemessen an der im eigenen Land registrierten Tonnage ist aber auch die bundesrepublikanische Flotte unter fremder Flagge groß: 33 Prozent, fast 400 Schiffe. Amerikanische Schiffseigner lassen allerdings 71 Prozent ihrer Tonnage unter fremder Flagge fahren.

Die Mannschaften der Schiffe unter Billigflagge — 150 000 bis 200 000 Seeleute — kommen zum großen Teil aus Entwicklungsländern. Kein Wunder, wenn die Habenichtse nicht hinnehmen wollen, daß sie wohl billige Seeleute stellen dürfen, am Geschäft aber nicht teilhaben sollen. Immerhin schätzen Experten die Bruttoeinnahmen in diesem Schiffahrtsbereich allein für 1978 auf fast 16 Milliarden Dollar.

Weil bei den Billig-Flaggen eine „anarchische Situation" (Unctad-Funktionär Ramsay) herrscht, fordern die Entwicklungsländer eine bindende internationale Konvention: Zwischen Flaggenstaat und wirtschaftlicher Kontrolle des jeweiligen Schiffs, so soll es vereinbart werden, muß eine echte Verbindung (genuine link) hergestellt werden. Im Klartext: Schiffe unter Billigflaggen sollen nicht länger mehr als unkontrollierbare Seelenverkäufer über die Weltmeere kreuzen dürfen.

Auch die Unctad will nicht bestreiten, daß viele Tanker und Frachter unter Billigflagge den höchsten Standards genügen. Dennoch erweise sich die Bil-

ligflagge allzu leicht als „überhaupt keine Flagge“.

Vor allem für die Mannschaften. Für die Seeleute gilt weder die Jurisdiktion des Heimatlandes, noch die des Landes, in dem der Schiffseigner zu Hause ist, aber auch nicht die des Staates, dessen billige Flagge das Schiff führt.

Solche Auswirkungen der offenen Schiffsregister haben auch die Unctad beeindruckt. Sie will die Billigflaggen ächten lassen, obwohl die Industriestaaten — mit Ausnahme Frankreichs — rundweg den Sinn einer solchen Aktion bestreiten.

Die Unctad verweist auf Erfolge mit anderen Schiffahrtsregelungen. So dürfen die Entwicklungsländer aufgrund eines internationalen Abkommens darauf bestehen, 40 Prozent ihrer Exporte, die mit Linienschiffen auf See gehen, auf eigene Frachter zu verladen.

Mehr noch wäre im Massengut-Verkehr zu holen. Denn die Linienschiffahrt macht gerade ein Fünftel des weltweiten Seetransports aus.

Das wissen natürlich auch die etablierten Reeder. Dierk Lindemann vom Verband Deutscher Reeder weist den Vorstoß der Entwicklungsländer entrüstet zurück: „Das käme ja einer Enteignung von Schiffen gleich.“

TIERSCHUTZ

Geliebtes Geheul

Amerikanische Wildhüter bekämpfen ein Tier, das den Preis fürs Lammfleisch in die Höhe treibt: den Kojoten.



Kojote: Hunde-Einsatz erprobt

Der Kojote durchschaute die List der Menschen. Sie hatten seiner Beute mit Gift gefüllte Halsbänder angelegt, damit er beim ersten Zuschnappen die Kapseln knacken und den Tod schlucken sollte.

In Schafwolle eingepackte Köder wurden ausgelegt, mit einem Brechmittel getränkt, um dem Raubtier nachhaltig den Appetit zu verderben.

Doch Nordamerikas zwei Millionen Präriewölfe rissen weiterhin Schafe, jedes Jahr im Wert von 50 Millionen Dollar. So trieben sie, behaupten die Rancher, die Lammfleischpreise hoch.

„Sie sind überaus intelligent und viel smarter als ihr einziger natürlicher Feind, der Wolf“, sagt Frank Kinney vom Fish and Wildlife Service über die gejagten Tiere. Aber der amtliche Wildhüter weiß auch, daß „wir etwas gegen sie unternehmen müssen, weil jedes zehnte amerikanische Schaf in den Fängen eines Kojoten endet“.

Mit einer alten, in Amerika fast vergessenen Methode will der Biologe Jeffrey Green nun das „umstrittenste Tier der Vereinigten Staaten“ (so das Naturkundemagazin „National Geographic“) von den Lämmern fernhalten.

Seit zwei Jahren sucht Green auf der Schafs-Versuchsstation von Dubois im Bundesstaat Idaho einer europäischen Hunderasse ihre angestammten Eigenschaften wieder beizubringen.

Vor Jahrhunderten schon hatte der ungarische Hirtenhund Komondor — im Volksmund wegen seines langen weißen Zottelfells die „Gardinen-Dogge“ genannt — Ungarns Schafe vor Wölfen, Luchsen und bisweilen auch Bären bewahrt. Doch wie viele andere Rassen wurde auch dieser Hund im Zuge der Verhäuslichung für Arbeit nicht mehr herangezogen.

Ein Dokumentarfilm, den Biologe Green während der ersten Versuchsmonate gedreht hat, belegt den Wandel des Hütehundes. Hauptdarsteller: eine Schafherde, ein Kojote und die Gardinen-Dogge Puff.

Der Kojote lauert unter einem Felsen, Puff trottet um die Herde und nimmt Reißaus, als er den Angriff des Raubtiers bemerkt. Doch als sei es nur ein Schreckschuß gewesen, hält Puff plötzlich inne: so, als würde seinem Hundehirn klar, daß 80 Pfund Hund den 15 Kilogramm des beige-braunen Angreifers an Kraftmasse überlegen sein müssen. Puff verjagt den Kojoten, die Schafe grasen wieder friedlich.

„So einfach, wie es der Film zeigt“, schränkt Green ein, „ist die Wiedererweckung des Schutzinstinkts jedoch nicht.“ Denn die Schafe wiederum müssen sich erst an die Hunde gewöhnen.

Die besten Erfahrungen hat Green daher auch mit Hunden gemacht, die er schon als etwa sechs Wochen alte Jungtiere mit der Herde zusammenbrachte: „Die Schafe überwanden ihre Furcht vor den Hunden, die wiederum ihre Angst vor den Kojoten.“

Obwohl das Schafschutzexperiment noch ein Jahr laufen soll, ist der Biologe vom Erfolg überzeugt. Der Komondor ist nach Greens Ansicht die „perfekte, nicht tödliche Methode der Raubtier-Eindämmung“.

Und ganz sicher leistet der zottelige Komondor darüber hinaus einen noch wichtigeren Beitrag für die Erhaltung der amerikanischen Tierwelt.

Als die Wildhüter des Innenministeriums noch mit dem weiträumigen Auslegen von Gift — einer mittlerweile gesetzlich untersagten Methode — dem Kojoten zu Leibe rückten, waren außer den Lämmer-Reißern auch zigtausende anderer Tiere auf der Strecke geblieben, darunter vom Aussterben bedrohte und selten gewordene Arten wie Bären, Berglöwen, Luchse und Adler.

„Hocherfreut“ über die erfolgverheißende Kojoten-Abwehr ist Wildhüter Frank Kinney, gebürtig aus dem Schafs- und Rinderstaat Wyoming. Er hält den Krieg gegen die Kojoten zwar für „unumgänglich“. Doch würden sie ausgerottet, würde ihm etwas fehlen.

„Die Nächte von Wyoming ohne das Geheul der Kojoten“, so Kinney, „wären wie andernorts ein Rendezvous ohne Grillenzirpen.“

SOWJET-UNION

Schießen verboten

Sie stammen aus der Dritten Welt und werden daheim Minister oder Abteilungschefs, nur selten Revolutionäre: die Absolventen der Moskauer Lumumba-Universität.

Carlos Ramírez aus Venezuela lernte hinter den kaisergelben Säulen der Studentenburg sein Abc des Marxismus-Leninismus.

Einem braunhäutigen Jungen namens Rohana Wijewera von der Tro-



Gauloises Filter: 0,6 mg Nikotin/10 mg Kondensat; Gauloises o. Filter: 1,2 mg Nikotin/19 mg Kondensat (Durchschnittswerte nach DIN)

peninsel Ceylon wurden dort Russisch und andere Fähigkeiten vermittelt.

Der eine, als „Carlos“ bislang unübertroffen Größter der internationalen Terroristenszene, erschoß nach der Studienzeit ein paar französische Geheimdienstleute, entführte dann alle Opec-Ölminister auf einmal und ist zur Zeit unauffindbar: als Frührentner einer arabischen Regierung ausgestiegen aus dem Terrorgeschäft, wie es heißt.

Der andere erklärte, kaum von der Moskauer „Kaderschmiede für die Entwicklungsländer“ (so sieht sie sich selbst) in die Heimat entlassen, einen Krieg der revolutionären Jugend gegen Ausbeutung, Elend und Korruption auf seiner Insel: Der von ihm organisierte Aufstand der Jugend Sri Lankas wurde im Frühling 1971 nur mühsam in einem Blutbad erstickt, dessen Ausmaß bis heute nicht völlig bekannt ist.

Die zwei sind Ausnahmen. Denn nicht Terroristen und Revolutionäre werden gemeinhin auf jener Hochschule im Moskauer Südwesten gezüchtet, die jetzt ihren 20. Geburtstag feierte. Die „Patrice-Lumumba-Universität für Völkerfreundschaft“ rühmt sich viel lieber jener Absolventen, die respektable zivile Karrieren gemacht haben.

Da wird in Jubiläumsartikeln Kante Kabine genannt, der heute Direktor des nationalen Forschungs- und Dokumentationsinstituts seiner Heimatrepublik Guinea in Afrika ist; oder Subarna Birkam Thapa, der an der Lumumba-Uni zum Ingenieur ausgebildet und dann Direktor der nationalen Ölgesellschaft seiner Heimat Nepal wurde.

Founeke Keita aus Mali diente seinem Lande als Finanzminister. Samba Laminé Mané aus dem früher portugiesischen Guinea-Bissau stieg zum Rohstoff-Kommissar der Republik auf, Keschaw Deo Gupta aus Indien zum Abteilungsdirektor im Energie- und Wasserwirtschaftsministerium.

Den 20. Geburtstag ihrer Uni feierten die Lumumba-Hörer mit einer exklusiven Sondervorstellung im Moskauer Bolschoi-Theater, wo ihnen das Starballett nach Tschaikowskis „Nußknacker“-Rhythmen vortanzte.

Im grauen Alltag dagegen sehen sich die Studenten aus Afrika und Asien zuweilen von Kellnern in Moskauer Ausländerrestaurants geschnitten, von Taxichauffeuren brüskiert, denn ein Farbiger ist oft auch dem Russen vor allem ein Neger, vom Volk „Gorilla“ geschimpft.

Es war Nikita Chruschtschow, der 1960, zu Beginn der Entkolonialisierung, zu einem psychologisch geschickten Zeitpunkt mithin, die Völkerfreundschafts-Uni begründen und 1961 nach jenem unglückseligen kolonialbelgischen Postbeamten und Premier benennen ließ, der im Chaos nach der Erringung der Unabhängigkeit Kongos von meuternden Soldaten erschlagen wurde.

Seither haben laut genauer Buchführung des Rektors Wladimir Stanis 8638 „Spezialisten“ aus 105 Ländern dieser Welt jene Hochschule absolviert, die nach Stanis „in jedem Studenten Liebe zu seinem Land, Solidarität mit anderen und die Zurückweisung jeglicher Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen wecken soll“.

Für die 700 Studienplätze, die Moskau an den Grund-Fakultäten Physik, Mathematik und Naturwissenschaften, Wirtschaft und Recht, Geschichte und Philologie, Medizin, Technik, Landwirtschaft jährlich zur Verfügung stellt, bewerben sich Tausende Studenten.

Um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, die Hochschule bilde Umsturz-Kader aus, werden die Studenten nicht von der Uni allein, sondern zusammen mit den jeweiligen nationalen Erziehungsministerien ausgesucht.

Und um jegliches Mißtrauen zu zerstören, an der Lumumba-Universität werde systematisches Revoluzzer-Training betrieben, ist der allen anderen Sowjet-Universitäten auferlegte Schießsport den Lumumba-Studenten verboten.

Ideologisch jedoch werden sie gedrillt. Teilnahme an Seminaren über Marxismus-Leninismus und Geschichte des Kommunismus sowie der Sowjet-Union wird von den Studenten erwartet.

Sowjetische Studenten — jeweils etwa ein Drittel aller Hörer — halten die Ausländer bei Laune und Linie: Sie sind, wie die Lehrkräfte auch, handverlesen und müssen regelmäßig über ihre Kommilitonen berichten.

Die Lumumbisten wohnen in eigenen Studentenheimen am Südwestrand der Stadt nahe der Metro-Station Jugo-Sa-





Moskauer Lumumba-Universität (r.), Studenten: „Kaderschmiede für die Entwicklungsländer“

YTONG fordert die Stiftung Warentest auf, den YTONG® im Vergleich zu testen.



AMTLICH GEPRÜFTER BAUSTOFF 50 Jahre ERFAHRUNG YTONG®

Die Vorzüge der YTONG-PLANBLOCK-Bauweise lassen sich am besten im Vergleich darstellen. Deshalb wünschen wir uns einen offiziellen Test. Damit Ihnen die Ergebnisse des YTONG schwarz auf weiß vorliegen, z. B. seine hervorragenden Wärmedämmwerte: Bedingt durch das YTONG-Material und die nur millimeterdünnen Mörtelfugen. Schon eine 25 cm dicke YTONG-PLANBLOCK-Wand übertrifft alle Forderungen des Gesetzgebers an einen wirkungsvollen Wärmeschutz im Eigenheimbau mit normalem Fensteranteil. Ohne zusätzliche Dämmstoffe. Dazu hat YTONG die richtige Druckfestigkeit, den erforderlichen Schallschutz und ist vor allem so problemlos zu verarbeiten – für den Profi ebenso wie für den Selberbauer. Und das schon seit über 50 Jahren. Welcher, massive, natürliche Wandbaustoff läßt sich leichter verarbeiten und hilft ohne zusätzliche Dämmstoffe besser Energie zu sparen?
Wir bitten also zum Test.

Über YTONG® möchte ich mehr wissen

Senden Sie mir Unterlagen (kostenlos und unverbindlich)

- ☐ über die Einsatzmöglichkeiten der YTONG-PLANBLOCK-Bauweise
- ☐ spezielle Informationen zum Thema Selberbauen mit YTONG

Auf frankierter Postkarte schicken an:
YTONG AG, Volkartstraße 83,
8000 München 19 (Absender nicht vergessen!)

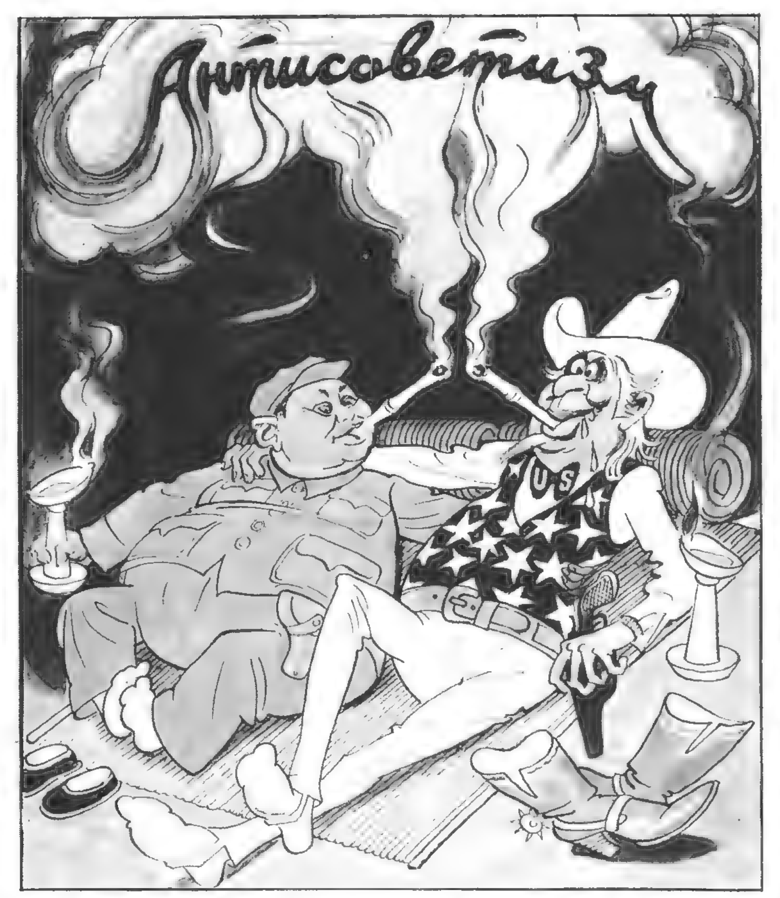
309 S

YTONG®

Der Stein, in dem sich's leben läßt.



Der moderne Drachentanz „Antisowjetismus“: Teilnehmer China, Südafrika, Chile, Israel, Nato



„In der Pekinger Opiumhöhle“: Rauchwolke Antisowjetismus



„Hegemanie“ auf der Weltkarte (o.), mit Angriffsplänen geht es auf die Nato-Leiter (u.)



China-Karikaturen aus Moskau

Seit Monaten ist die letzte Seite der Moskauer satirischen Zeitschrift „Krokodil“ meist einem sowjetischen Alptraum gewidmet: einer Allianz China — USA und dem Griff der Volksrepublik ins Waffenarsenal der Nato. Uncle Sam und China Arm in Arm, ein Chinese, der in einen startbereiten Nato-Bomber strebt, und Pekings Vize Teng beim Einkauf von Nato-Waffen — immer wieder spiegeln die Karikaturen aktuelle Moskauer Ängste, daß China vom Westen aufgerüstet wird.



Ein „neuer Käufer" am Nato-Waffenmarkt: Chinas Teng



„Gefährliche Nummer" Pentagon/Peking: „Die Initiatoren des Militär-Dreiecks Washington-Tokio-Peking wollen China mit Nato-Waffen ausrüsten — als Hauptstoßkraft gegen die Sowjet-Union in Fernost"

padnaja. Vor allem die jungen Leute aus den Tropen haben Probleme mit dem strengen, mindestens sechs Monate dauernden Moskauer Winter und der ungewohnt eintönigen Verpflegung.

Weniger Schwierigkeiten gibt es mit zwischenmenschlichen Kontakten: Die von den Lumumba-Hörern bevorzugten Gaststätten, das Restaurant „Hawana" oder das „Rakuschka", sind ebenso wie ein nahes Kino und eine Reinigung in der Nähe der Studiker-Buden Anziehungspunkt für Moskauer Mädchen, die für ihre Beziehungen zu Farbigen Schimpfnamen und manchmal eine Tracht Prügel von ihren Landsleuten in Kauf nehmen müssen.

Die Mädchen wissen genau, welche Staaten ihren Studierenden reichliche Zusatz-Stipendien bezahlen; Studium, Unterkunft, medizinische Versorgung, Ferienplätze sind prinzipiell frei, Moskau zahlt dazu noch ein Taschengeld von 90 Rubel, etwa 250 Mark, im Monat.

Den Mädchen ist auch bekannt, welche Länder die Eheschließung mit Russinnen von staatlichen Sondergenehmigungen abhängig machen, Afghanistan etwa.

Der Sowjetstaat verlangt für seine zweifellos beträchtliche Investition in die Hochschulen auch beträchtliche Leistungen von den Studenten: Sie müssen Fließband-Russisch lernen und werden in ihren Fächern hart gefordert.

Rund ein Viertel der Studierenden bleibt dabei auf der Strecke, kann seine Bildung aber dann in einem Institut mit geringeren Anforderungen fortsetzen.

Ob sich der Aufwand lohnt, ist zweifelhaft. Zwar erhalten die jungen Leute fünf Jahre lang eine sorgfältige Ausbildung und werden von über tausend bewährten Pädagogen indoktriniert, aber sie lernen auch die Schattenseite des realen Sozialismus sowjetischer Art kennen: Mangelwirtschaft, die hohlen Schlagworte, ständige Überwachung und Gesinnungszwang, ein im Vergleich zu ihren Heimatländern ziemlich freudloses Dasein.

Ein wenig verschönen sie es sich durch eine unter den Ausländern in Moskau beliebte Beschäftigung: Schwarzhandel und Schmuggel. Und da gelten sie als Experten.

Sie kaufen beispielsweise in dem Sonderladen für Bücher, der Ausländern mit harten Devisen vorbehalten ist, Dutzende gefragter Bände der Autoren Bulgakow, Mandelstam oder Achmatowa und verkaufen sie dann mit 1000 Prozent Gewinn an ihre sowjetischen Freunde weiter.

Unter den Lumumbisten selbst macht daher ein Witzwort die Runde: „Wenn du einen Kommunisten heranziehen willst, dann laß ihn in Paris studieren. Hättest du gern einen Kapitalisten, dann schick ihn besser nach Moskau." ◆

SERIE



Sowjetische Führungsspitze bei einer Militärparade in Moskau*: „Vollstrecker des Willens der Nomenklatura"

Nomenklatura: Moskaus Macht-Elite

Die herrschende Klasse der Sowjet-Union (III) / Von Michael Voslensky

Es ist eine weitverbreitete Ansicht, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU die Sowjet-Union regiert. Diese Ansicht ist falsch.

Um sich davon zu überzeugen, genügt es, über eine Frage nachzudenken: Wenn so verschiedene Leute wie Stalin, Chruschtschow und Breschnew eigenmächtig über die Politik der UdSSR bestimmen, warum bleiben alle entscheidenden Tendenzen dieser Politik immer gleich?

Weil eben nicht die Generalsekretäre das Land regieren, sondern die Nomenklatura-Klasse. Und die Politik des ZK der KPdSU ist nicht die Politik der Generalsekretäre, sondern die Politik der Nomenklatura.

Die Väter der Nomenklatura, Lenin und Stalin, bestimmten die Richtung und die Leitlinien der Politik des Nomenklatura-Staates noch ganz nach ihren Wünschen. Chruschtschow und Breschnew dagegen sind lediglich als hochgestellte Vollstrecker des Willens der Nomenklatura zu verstehen.

Der Generalsekretär des ZK ist der allerhöchste Nomenklaturist. Wer den Versuch unternimmt, die Führung der Nomenklatura-Klasse an sich zu reißen, ohne sich diesen Posten gesichert zu haben, fliegt unweigerlich aus der Führung hinaus wie Malenkow und Schelepin (siehe Kasten Seite 182).

Der Generalsekretär leitet sowohl das Politbüro als auch das Sekretariat des ZK. Sein Verhältnis zu diesen höchsten Organen der Nomenklatura entspricht jedoch keineswegs dem eines Chefs zu seinen Untergebenen.

Die Nomenklatura ist ein Milieu, in das ein einzelner nur mit starker Unterstützung eindringen kann. Deshalb versucht man das in Gruppen, deren Mitglieder einander unter die Arme greifen und andere zurückdrängen. Wer eine Nomenklatura-Karriere machen will, schmiedet sich sorgfältig eine Gruppe zusammen und benutzt jede Gelegenheit, eine für diese Gruppe nützliche Person zu gewinnen.

Der Anführer der Gruppe ist bemüht, selbst in die Gruppe eines höheren Nomenklatura-Funktionärs aufgenommen zu werden — er wird so zu dessen Vasall. Die Zelle der herrschenden Klasse des Realsozialismus ist also eine Gruppe von Vasallen, die einem bestimmten Herrn untersteht.

Je höher dieser Nomenklatura-Herr steht, desto mehr Vasallen hat er. Er protegiert seine Vasallen, und sie unterstützen ihn, singen sein Lob und sind ihm scheinbar treu ergeben.

Scheinbar — weil sie ihm nur bis zu einem bestimmten Augenblick dienen. Die Beziehungen zwischen einem Nomenklatura-Herrn und seinen Vasallen sehen nur von außen idyllisch aus. Der erfolgreichste Vasall wartet nämlich nur darauf, den Herrn zu stürzen und sich an seine Stelle zu setzen.

So geht es in allen Gruppen der Nomenklatura-Klasse zu; einschließlich

* Mit dem polnischen Parteichef Gierek (links neben Breschnew).

 Der vollständige Text ist soeben unter dem Titel „Nomenklatura" (550 Seiten; 48 Mark) erschienen.

der höchsten: im Politbüro und im Sekretariat des ZK.

Hinzu kommt: Nach dem Abgang des alten Generalsekretärs sieht sich sein Nachfolger, also der erfolgreichste seiner Vasallen, an der Spitze der Vasallengruppe des Vorgängers, und nun muß er nur noch seine eigene Gruppe auf die höchste Stufe nachziehen.

Die Spitze der Nomenklatura hat ihn formell als ihren Herrn anerkannt, indem sie zugelassen hat, daß er den Posten des Generalsekretärs besetzt. In Wirklichkeit aber sehen die Mitglieder der Führungsspitze in ihm einen Emporkömmling, der sie überholt hat. Sie betrachten ihn als Ersten unter Gleichen. Deshalb wird zu Beginn jeder Amtsperiode eines neuen Generalsekretärs das Prinzip der kollektiven Führung betont.

Der Generalsekretär selbst hat das Ziel, die uneingeschränkte Macht in seinen Händen zu konzentrieren. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, daß sein Ziel bekannt ist. Mit Gewalt verjagen kann er die widerspenstigen Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats nicht. Da sie der höchsten Stufe der Nomenklatura-Klasse angehören, hat jeder von ihnen zahlreiche Vasallen.

Der neue Generalsekretär muß also das beste Verhältnis zu allen Mitgliedern der Nomenklatura-Spitze haben. Jeder von ihnen muß ihn auf dem Generalsekretärsposten als das geringste von allen möglichen Übeln ansehen.

Indessen muß der Generalsekretär sehr erfindungsreich eine Koalition gegen diejenigen aufbauen, die ihm besonders im Wege stehen, und schließlich ihre Beseitigung erwirken. Gleichzeitig bemüht er sich, Mitglieder seiner eigenen Gruppe in die Nomenklatura-Spitze hineinzubringen.

Die übliche Methode besteht darin, die eigenen Vasallen immer weiter avancieren zu lassen und sie auf Positionen mit Zugang zur Nomenklatura-Spitze zu plazieren. Je mehr ihm das gelingt, desto größer wird seine Stärke. Im optimalen Fall besteht dann die Spitze aus Vasallen, die der Führer selbst ausgewählt hat — wie unter Lenin und Stalin. Wenn das erreicht ist, verstummt das Gerede von kollektiver Führung, Politbüro und Sekretariat sinken zu Gehilfen des Generalsekretärs herab.

Die Machtentfaltung des Generalsekretärs in der geheimnisvollen Abgeschiedenheit der „Direktivorgane", des Politbüros und ZK, widerspiegelt sich nach außen hin als der Aufbau seines Personenkults.

Als Maßstab des Personenkults dient der Nomenklatura der Lenin-Kult, der oft groteske Formen annimmt. Jeder Generalsekretär des ZK ist in seiner Eigenschaft als Haupt der Nomenklatura-Klasse bestrebt, den Kult seiner

„Scherereien mit dem jungen Mann“

Der Fall Schelepin: Wie Breschnew zur Macht kam

Alexander („Sascha“) Schelepins Nomenklatura-Karriere war ein musterhafter Aufstieg. Er wurde der Reihe nach: Erster Sekretär des Moskauer Komsomolkomitees, Sekretär des ZK des Komsomol, Erster Sekretär des ZK des Komsomol, Vorsitzender des KGB beim Ministerrat der UdSSR, schließlich 1961 Sekretär des ZK der KPdSU. In dieser äußerst starken Position strebte Schelepin den Posten des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU an.

Den Versuch, sich des höchsten Postens in der Nomenklatura zu bemächtigen, unternahm Schelepin nach sorgfältigen Vorbereitungen. Jahrelang baute er seine Vasallenkader auf und protegierte kräftig die Mitglieder seiner Gruppe. Er nahm in diese Gruppe nur nützliche Personen auf, Leute „mit Perspektive“.

Einer der Freunde Schelepins aus der Studentenzeit beklagte sich, er habe Sascha, damals Erster Sekretär des ZK des Komsomol, angerufen; Sascha habe kalt erklärt, er könne sich an ihn nicht erinnern, und habe aufgelegt. Bei nützlichen Leuten litt Schelepin nicht an Gedächtnisschwäche, er zog sie alle im ZK des Komsomol zusammen, einige brachte er später als KGB-Chef in leitenden Stellungen des KGB unter.

Als er vom KGB ins ZK der Partei wechselte, übergab er den Posten des KGB-Vorsitzenden seinem einstigen Nachfolger auf dem Posten des Ersten Sekretärs des ZK des Komsomol, Semitschastny, und brachte seine ehemaligen Komsomolfreunde in verschiedenen Führungspositionen im Parteiapparat unter. In der Nomenklatura machten sich freche junge Karrieristen aus dem Apparat des Komsomol breit, die alsbald „Maos Rotgardisten“ genannt wurden.

So war die Lage im Oktober 1964 zum Zeitpunkt des Sturzes von Chruschtschow. Dieser Sturz wurde von Schelepin und Semitschastny vorbereitet.

Die beiden riegelten Chruschtschow, der sich gerade auf der Staatsdatscha Pizunda aufhielt, von der Welt ab, so daß es seinen Anhängern nicht gelang, ihn über den Umsturzplan zu informieren. Beide organisierten auch den Transport Chruschtschows von Pizunda direkt zur Sitzung des ZK-Präsidiums, wo er von seinem Rücktritt in Kenntnis gesetzt wurde.

Für den Posten des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU war — nach einem bereits vorliegenden Beschlußentwurf des ZK — Schelepin vorgesehen. Man kam allerdings überein, zunächst einmal Leonid Breschnew zum Ersten Sekretär des ZK zu wählen, um die wirklichen Hintergründe der Verschwörung gegen Chruschtschow zu verschleiern; später sollte der Posten von Schelepin besetzt werden.

Ob sich die Mitglieder des ZK-Präsidiums an diese Vereinbarung halten wollten, ist allerdings fraglich. Schließlich kannten sie die diktatorischen Neigungen Schelepins. Es scheint eher, daß sie Schelepin einfach täuschten.

Sie brauchten ihn, weil die Verschwörung gegen Chruschtschow ohne die Unterstützung des von ihm und Semitschastny kontrollierten KGB keine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

Nur so kann man die Rede erklären, die Mikojan auf der Sitzung des ZK der KPdSU gegen Schelepin gehalten hat. Mikojan warnte die Anwesenden väterlich: Sollten sie Schelepin zum Ersten Sekretär wählen, würden sie „viele Scherereien mit diesem jungen Mann“ erleben.

Mikojan, der sich niemals ohne Not in eine Gefahr begab und gegen Schelepin keinerlei persönliche Abneigung hatte, wäre nie so aufgetreten und hätte sich niemals Schelepins Rache ausgesetzt, wenn er nicht davon überzeugt gewesen wäre, daß das Präsidium des ZK seinem Rat folgen würde.

Schelepin avancierte zum Mitglied des ZK-Präsidiums, Semitschastny wurde Mitglied des ZK der KPdSU. Aber Erster Sekretär des ZK blieb Breschnew, weil er von den alten Mitgliedern des Präsidiums als das geringste Übel angesehen wurde.

Auch Mikojan wurde unter Breschnew nicht benachteiligt: Längst pensioniert und aus dem Politbüro ausgeschieden, genoß der wendige Greis sämtliche Privilegien eines Politbüromitglieds bis zu seinem Tod im Jahre 1978.



Schelepin in London 1975: Nach den Regeln der Intrigenkunst...

Breschnew wußte natürlich, wie unsicher seine Lage war. Eindringlich daran erinnert wurde er durch einen Vorfall auf dem XXIII. Parteitag im April 1966: Als bei der Wahl des Parteitagspräsidenten der Name Schelepins genannt wurde, gab es im Saal plötzlich stürmischen Beifall, der offenbar organisiert war. Die Anhänger Breschnews begannen dann, nach der Nennung jedes sogar wenig bekannten Namens ebenso laut zu applaudieren.

Diese Demonstration der Schelepin-Anhänger bewies, daß sie die Hoffnung auf eine Machtübernahme nicht aufgegeben hatten und man also rasch gegen sie vorgehen mußte.

Schelepin war der einzige im Politbüro, der als Vorsitzender des Komitees für Partei- und Staatskontrolle gleichzeitig Sekretär des ZK der

KPdSU und Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR war. Um ihm diesen besonderen Status zu nehmen, liquidierte das ZK der KPdSU 1965 das Komitee für Partei- und Staatskontrolle und ersetzte es durch ein Komitee für Volkskontrolle und ein Komitee für Parteikontrolle.

Damit verlor Schelepin den Posten des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, er wurde auch nicht zum Vorsitzenden eines der beiden neuen Kontrollkomitees ernannt. Er hatte jedoch einen noch wichtigeren Posten behalten — er war immer noch Sekretär des ZK der Partei.

Der nächste Schachzug Breschnews: Es wurde ein Posten gefunden, der formell so hoch war, daß ein Mitglied des Politbüros ihn bekleiden konnte, sein Inhaber konnte aber nicht gleichzeitig Sekretär des ZK sein: Schelepin wurde plötzlich 1967 zum Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften ernannt — und mußte als Sekretär des ZK ausscheiden.

Nun war klar, daß Schelepin das Spiel verloren hatte. Er konnte sich auch nicht mehr zur Wehr setzen, weil Breschnew nicht nur seine Position untergraben, sondern auch seine ganze Gruppe auseinandergetrieben hatte.

Semitschastny wurde zugleich seines Postens als Vorsitzender des KGB der UdSSR enthoben und 1967 nach Kiew als Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR abgeschoben. Um einen anderen Anhänger Schelepins, Mitglied der Regierung der UdSSR und ehemaliger Sekretär des ZK des Komsomol, Romanowski, auszubooten, wurde das von ihm geleitete Staatliche Komitee für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland beim Ministerrat der UdSSR aufgelöst.

Breschnew wünschte jedoch, daß Schelepin weiterhin im Politbüro blieb. Seine Anwesenheit sollte für alle anderen Mitglieder des Politbüros eine Warnung sein: Wenn sie Breschnew nicht gehorchten, würde Schelepin wieder emporklettern und sich rächen. Schelepin wurde erst aus dem Büro verjagt, als Breschnew erkrankte und sein Abtreten in den Bereich der Möglichkeit rückte.

Die Enthebung Schelepins vollzog sich nach allen Regeln der Nomenklatura-Intrigenkunst. Er wurde 1975 nach England geschickt, wo gegen ihn gerichtete Demonstrationen und Protestaktionen stattfanden, die man leicht hätte voraussehen können. War es doch gerade Schelepin gewesen, der als Vorsitzender des KGB der UdSSR den Killer Staschinski für die Ermordung von zwei ukrainischen Emigrantenführern in München mit dem Rotbannerorden ausgezeichnet hatte.

Die gegen Schelepin gerichteten Demonstrationen in England wurden diesmal nicht wie gewöhnlich zu „Ausschreitungen faschistischer Elemente" erklärt, sondern als Begründung für Schelepins Ausbootung aus dem Politbüro benutzt.

Kurz danach erfolgte Schelepins Absetzung von seinem Posten als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes. Damit war die Vernichtung Schelepins als Politiker perfekt.



... des Amtes enthoben: **Anti-Schelepin-Demonstration in London**

Person anzufachen. Im Idealfall — der bisher nur von Stalin erreicht wurde — wird er Lenin gleichgestellt.

Der byzantinische Personenkult um den Generalsekretär kann vor der Welt jedoch nicht verbergen, daß sich auf dem Gipfel der Nomenklatura-Klasse ein Kampf abspielt — in erster Linie um eben diesen Posten, obwohl jeder, der ihn gerade innehat, stets als unersetzlich und als gleichsam für diesen Posten geboren dargestellt wird.

Ständige Meinungsverschiedenheiten und dramatische Diskussionen, wie in einem Parlament des Westens, gibt es im ZK der KPdSU nicht. Die Machtkämpfe im Kreml werden nicht mit den Mitteln parlamentarischer Redekunst geführt, sondern durch jahrelanges Auflauern und raffinierte Intrigen.

„Nicht nur Profilierung – auch jugendliches Alter ist hinderlich."

Der Rhetorik bedient man sich erst in der letzten Etappe, wenn man dem bereits zu Fall gebrachten Gegner ein politisches Etikett anheften will. Vorher gibt es keine offene Stellungnahme gegen ihn. Im Gegenteil: Man ist bemüht, seine Wachsamkeit durch demonstrative Freundschaftlichkeit einzulullen.

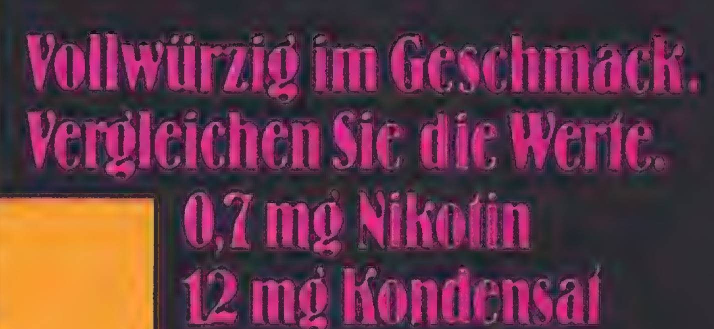
Hauptziel des Machtkampfes im ZK ist der Posten des Generalsekretärs. Aber diesen Posten kann nur ein einziger erobern. Deshalb bemüht sich die Spitze, die günstigsten Ausgangspositionen zu beziehen. Die meisten Chancen, zum Generalsekretär gewählt zu werden, hat nicht etwa, wer als besonders stark oder tüchtig gilt, sondern das Mitglied des Politbüros, das nicht sonderlich gescheit und eher harmlos erscheint.

Diesen Eindruck erweckte Stalin Anfang der zwanziger Jahre, verglichen mit den anderen Mitgliedern des Leninschen Politbüros, ebenso Chruschtschow nach dem Tode Stalins; nach Chruschtschows Sturz wurde Breschnew als schwacher Provinzler eingestuft, während Schelepin als der starke Mann galt.

Bekanntlich waren die Feudalfürsten immer bestrebt, einen möglichst schwachen Kandidaten auf den Königsthron zu setzen. Die Fürsten der Nomenklatura-Klasse wählen nach dem gleichen Prinzip den Generalsekretär des ZK.

Aus diesem Grund darf ein Politbüromitglied, das unbedingt Generalsekretär werden will, nicht mit seinen Fähigkeiten und seiner Dynamik glänzen, sondern sollte beschränkt und flügellahm erscheinen, bescheiden und in Arbeit vergraben wie Stalin den dummen Hans spielen oder den durchschnittlichen Parteifunktionär wie Chruschtschow oder Breschnew.

Für einen führenden sowjetischen Politiker ist nicht nur Profilierung, son-


Vollwürzig im Geschmack.
Vergleichen Sie die Werte.
0,7 mg Nikotin
12 mg Kondensat
(Durchschnittswerte nach DIN)
20 Stück DM 2,85


20









Lenin-Kult in der Sowjet-Union
„Maßstab des Personenkults“

dern auch ein jugendliches Alter hinderlich. Die Mitglieder des Politbüros sind alte Männer.

Die Nomenklatura-Spitze hält zäh an ihrer Macht und an ihren Privilegien fest und verstößt alle, die in Zukunft eine politische Rolle spielen könnten: Funktionäre mit einem eigenständigen politischen Profil und solche, die bereits in relativ jungen Jahren an die Spitze der Nomenklatura-Herrschaft geklettert sind.

„In jeder Republik herrschen die Russen.“

Obwohl sie alle, mit Ausnahme des Generalsekretärs, gleich farblos aussehen, besitzen die Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des ZK in Wirklichkeit bedeutende politische Fähigkeiten.

Einem noch von Lenin eingeführten Brauch folgend, tritt das Politbüro einmal wöchentlich zu einer Sitzung zusammen, und zwar am Donnerstag. Der Tag wurde mit Bedacht gewählt. Am Freitag werden die Sitzungsprotokolle mit den numerierten Beschlüssen gedruckt, und für die jeweiligen Behörden werden die einschlägigen Beschlüsse kopiert; am Montagmorgen gelangen sie in die Hände der Amtsleiter, die dann sogleich an ihre Durchführung gehen können.

Alle Mitglieder des Politbüros sind gleichgestellt, mit Ausnahme des Generalsekretärs, der als Leiter des Politbüros gilt. Im Sekretariat des ZK dagegen herrscht unverhohlene Hierarchie.

Jeder Sekretär des ZK der KPdSU hat ein eigenes kleines Sekretariat. Die höheren Sekretäre verfügen über zwei Mitarbeiter und zwei Sekretäre, die niederen über einen Mitarbeiter und zwei Sekretäre.

Die Sekretäre der Sekretäre des ZK arbeiten jeden zweiten Tag vom Morgen bis spät in die Nacht hinein, um das Tagespensum zu bewältigen. Sowohl die Mitarbeiter als auch die Sekretäre der ZK-Sekretäre gehören zur Nomenklatura des Sekretariats des ZK der KPdSU, mit Kremlration und Regierungstelephon.

Wenn man im Gebäude des ZK in Moskau über den rosa-grünen Läufer auf dem Parkett des Korridors geht, ist lange keine Tür in Sicht. Das bedeutet, daß sich hinter der Wand das Büro eines Mitglieds der ZK-Spitze befindet. Endlich eine mit dunklem Kunstleder beschlagene Tür, daran unter Glas ein weißes Schildchen mit den Initialen des Vornamens und dem Familiennamen. Es ist der Name eines der höchsten Führer der Sowjet-Union.

Ein geräumiges, helles Vorzimmer. Hinter einer Barriere, an einem Schreibtisch aus hellem Holz sitzt der Sekretär des Sekretärs, ein junger Mann; links von ihm steht ein kleiner Tisch mit einer ganzen Batterie von Telephonen. Das Vorzimmer hat zwei Türen; die eine führt in das nicht sehr gro-


Heye, Needham
"Ich finde, er sieht schön aus.
Und mein Mann findet,
so eine komplette Aussteuer...
ähh Ausstattung
ist einmalig."
LEV-C 626

Mazda 626. Der Exklusive in der Mittelklasse.

Der Mazda 626 als 2,0 Ltr.-Coupé sieht nicht nur schön sportlich aus. Er hat auch viel von einem Sportwagen: 5-Gang-Getriebe, Drehzahlmesser, 176 km/h Höchstgeschwindigkeit und wegen seines aerodynamischen Stylings einen Luftwiderstandsbeiwert, der sich mit Sportwagen messen kann: 0,38 cw. Und das bedeutet: sehr niedriger Normalbenzin-Verbrauch.

Dieses sportliche Coupé bringt auch von Hause aus eine große Ausstattung mit: elektrisch verstellbarer Außenspiegel, elektrische Kofferraum-Entriegelung, Digital-Uhr, Leseleuchten, „Licht-aus"-Warnanlage, Memory-Sitz usw. Serienmäßig. Ohne Aufpreis. Prüfen Sie ihn, bevor Sie sich binden. Über 850 Mazda-Partner geben Ihnen gern die Schlüssel für eine Probefahrt.

Oder erkundigen Sie sich bei uns über diese schöne Braut: Mazda Motors (Deutschland) GmbH, Weidenstraße 2, 5090 Leverkusen 1.

mazda

Die Perfekten aus Japan



ße Arbeitszimmer des Mitarbeiters, die andere in das große des ZK-Sekretärs.

Auch in diesem Heiligtum bekommt man keinerlei Luxus zu Gesicht. Wie alles im Gebäude des ZK blitzt der Raum vor Sauberkeit. Er ist trocken und sachlich und enthält nichts Persönliches. Kein Photo der Frau oder der Kinder.

An der Wand hängt ein Lenin-Bild. Ein großer, aber einfacher Schreibtisch mit einer Standardlampe, zur Linken ein kleiner Tisch mit den Telephonen. Ein langer Konferenztisch, ein Stahlschrank. Am Ende des Raumes eine Tür, die in ein kleines Ruhezimmer führt. Darin ein Bett, ein Kühlschrank, ein Tischchen, eine Lampe, ein Lehnsessel. Dahinter die Toilette und eine Dusche.

Diese Anonymität unterstreicht: Hier herrscht nicht er persönlich, der mächtige Sekretär des ZK, hier herrscht durch ihn die anonyme Klasse der Nomenklatura.

Die Sowjet-Union ist ein Bundesstaat und besteht aus Unionsrepubliken. Der Machtapparat in den einzelnen Republiken ist eine Kopie der Spitze der Nomenklatura-Klasse im Zentrum.

Mit einem Unterschied: Die Zweiteilung in Politbüro und Sekretariat fehlt. Statt dessen gibt es ein Büro des ZK der KP, das alle seine Sekretäre sowie den Vorsitzenden des Ministerrats, den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der Republik und noch einige der wichtigsten Würdenträger der Nomenklatura im Republikmaßstab umfaßt.

Das Direktivorgan in den Republiken ist das Büro des ZK. Es tritt einmal wöchentlich zusammen, faßt Beschlüsse, ernennt Nomenklaturisten, entscheidet über das Schicksal von Menschen. Die Sekretäre des ZK und ihr Apparat erteilen ebenfalls Anweisungen, auch sie haben eine Leibwache, riesige Wohnungen, Staatsdatschas, ZK-Pensionen.

Die Herren der Republiken bekommen jedoch täglich den Arm ihrer Moskauer Herren zu spüren — bald hilfreich, bald strafend und stets lenkend.

Theoretisch sind diese Republiken souveräne Nationalstaaten, die sich freiwillig zu einer Union zusammengeschlossen haben und das Recht haben, aus diesem Verband auszutreten. Doch dieses in den sowjetischen Verfassungen immer wieder festgehaltene Recht ist eine Fiktion. Es gibt keinerlei gesetzliche Grundlagen für die Prozedur eines solchen Austrittes; mehr noch: Jedes Wort für eine Erweiterung der Selbständigkeit einer Republik im Rahmen der UdSSR — vom Austritt ganz zu schweigen — gilt als Propaganda eines „bürgerlichen Nationalismus" und ist strafbar.

In jeder Republik herrschen politisch uneingeschränkt Russen: die vom ZK der KPdSU hierher geschickten Nomenklaturisten. Diese Russen besetzen die Schlüsselpositionen in der Republik.

Es gilt als ungeschriebenes Gesetz, daß der Zweite Sekretär des ZK einer nationalen KP ein Russe ist, und zwar einer aus Moskau. Es ist auch schon vorgekommen, daß ein Nomenklaturist aus Moskau auf den Posten des Ersten Sekretärs des ZK der KP einer Republik entsandt wurde, so etwa der langjährige Erste Sekretär des Moskauer Gebiets- und Stadtkomitees der Partei, Chruschtschow, in die Ukraine; Breschnew war Erster Sekretär in Moldawien, dann in Kasachstan.

Die übrigen Sekretäre der Partei-Zentralkomitees in den nationalen Republiken sind Angehörige der jeweiligen Nationen — jeder von ihnen hat aber einen russischen Aufpasser.

Fast überall ist der Vorsitzende des KGB in den Republiken ein Russe, wie denn überhaupt der Apparat des KGB zum überwiegenden Teil aus Russen besteht. Auch das Militärkommando der Republiken liegt in Händen von Russen. Die Einheimischen, die auf wichtige Posten gestellt werden, sind vorwiegend russifizierte Funktionäre, mit Russinnen verheiratet, in Rußland ausgebildet.

Die Nomenklaturisten selbst haben keine nationalen Gefühle. Sie sind ausschließlich an ihrer Macht und an den mit ihr verbundenen Privilegien interessiert, so daß sie wirkliche Internationa-



Breschnew*, ZK-Mobiliar: Im Heiligtum keinerlei Luxus

* Während der TV-Übertragung des Koppelungsmanövers der Raumschiffe Apollo und Sojus 19 im Juli 1975.

Der Butler® von Hüppe Duscha
Diese Duscha steckt alles in die Tasche





Deutsche Militärflugzeuge in Rußland 1930: Zusammenarbeit gerechtfertigt

listen sind. Auf dieser Basis entstand die von der Nomenklatura in den letzten Jahren propagierte These, das Sowjetvolk sei „eine neue historische Gemeinschaft". Diese These ist ein Mittel zur Verschleierung des halbkolonialen Regimes der Nomenklatura in den sowjetischen Nationalrepubliken.

Der lautstarke „Sowjet-Patriotismus" wird in der Sowjetpresse aus jedem Anlaß verkündet: Der Großmacht-Chauvinismus der Nomenklatura ist das Kernstück der offiziellen sowjetischen Ideologie. Er drückt die Weltanschauung der zur Macht emporgeklommenen Karrieristen aus, die heute als herrschende Klasse an der Spitze der Großmacht Sowjet-Union stehen.

Diese Ideologie sichert der Nomenklatura eine gewisse Unterstützung von seiten des russischen Volkes. Die Nomenklaturisten sind in ihrer überwiegenden Mehrheit Russen. Sie herrschen über die Sowjet-Union und die anderen von der UdSSR abhängigen Länder des Realsozialismus. Deshalb findet ihr Großmacht-Gehabe und ihr Chauvinismus, der besonderen Nachdruck auf einen russischen Patriotismus legt, einen gewissen Anklang im russischen Volk.

Die Kehrseite chauvinistischer Ideologie ist immer die Aufhetzung des eigenen Volkes gegen andere Staaten. Die Nomenklatura spricht dauernd von ihrem Internationalismus. In der Praxis versucht sie, Chauvinismus-Vorurteile und Mißtrauen gegenüber jedem Menschen ausländischer Herkunft zu verbreiten. Die internationalistischen Parolen hindern die Nomenklatura keineswegs daran, im Sowjetvolk die Vorstellung zu kultivieren, jeder Ausländer sei verdächtig, wahrscheinlich ein Feind und Spion.

Nomenklatura-Propagandisten betonen, daß der ideologische Kampf des Realsozialismus gegen seine Gegner keinen Augenblick zum Stillstand kommt. Dieser Kampf wird mit militärischen Fachausdrücken charakterisiert: ideologische Front, ideologische Offensive, ideologischer Gegner usw.

„Die Sowjet-Propaganda versucht gar nicht, die Leute zu überzeugen."

Die ideologische Front zerfällt ihrerseits in die ökonomische, philosophische, historische, literaturwissenschaftliche und andere Fronten. Von denjenigen, die an diesen Fronten stehen, verlangt die Nomenklatura-Klasse Kampfgeist, Wachsamkeit, Unduldsamkeit, Unversöhnlichkeit und andere Tugenden eines Wachhundes.

Dennoch ist es kaum möglich, in der Sowjet-Union überzeugte Kommunisten zu finden, und die sowjetische Propaganda versucht auch gar nicht, die Leute zu überzeugen, sondern begnügt sich damit, den Sowjetbürgern gewisse Formeln als obligate Sprachregelung einzuhämmern.

Wenn jemand an der Richtigkeit einer Formel zweifelt oder etwas anderes sagt, wird er nicht etwa belehrt, sondern bestraft. Die Strafe überzeugt niemanden davon, daß die Nomenklatura recht hat, sondern davon, daß man ihr zustimmen muß. Das genügt. Wichtig ist nur eines: Die Untertanen müssen jegliche Hoffnung auf eine Befreiung vom aufgezwungenen ideologischen Konformismus aufgeben.

Die Nomenklatura-Propaganda behauptet: Die sowjetische Außenpolitik sei eine Friedenspolitik, da es im Realsozialismus keine Klassen oder Gruppen gebe, die an Expansion oder Aggression interessiert wären. Sie sei schließlich eine Gesellschaft von Arbeitern, Kolchosbauern und werktätigen Intellektuellen, die keinerlei aggressive Interessen hätten.

In der Tat, weder die Arbeiter noch die Kolchosbauern oder die Intellektuellen der UdSSR brauchen Aggression oder Expansion. Anders jedoch die herrschende Klasse der Nomenklatura.

Im Innern des Landes betreibt die Nomenklatura die Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten. Das von ihr geschaffene Wirtschaftssystem des Realsozialismus ist jedoch wenig produktiv. Eine grundlegende Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität könnte nur erreicht werden, wenn die-

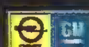
Russen in Berlin 1945: „Her mit Europa!"

Der Commodore. Was Sie von diesem exklusiven 6-Zylinder an Komfort erwarten können, kostet weit weniger als erwartet.

Daß höchstes Komfortniveau nicht mit höchsten Preisen identisch ist, beweist der Commodore. Er überzeugt durch anspruchsvolle Ausstattung, Wirtschaftlichkeit und fahrsichere Technik: 6-Zylinder-2,5 l-S-Reihenmotor mit 85 kW (115 PS). Vorderradaufhängung nach dem McPherson-Prinzip. Spur- und sturzkonstante 5-Lenker-Hinterachse.
– Diese formschöne Limousine ist als Sonderausstattung jetzt auch in 5 eleganten Zweischicht-Metallic-Lackierungen erhältlich.
Als 2türige Limousine kostet der Commodore DM 17 895 – ab Werk, unverbindliche Preisempfehlung. Erleben Sie ihn auf einer Probefahrt. Bei Ihrem Opel-Händler.

COMMODORE

Abb.: Commodore Berlina, 4türig, DM 19 029,69 ab Werk, unverbindliche Preisempfehlung. Zweischicht-Metallic-Lackierung, Radio und Antenne in der Frontscheibe gegen Mehrpreis.



Günstige Finanzierung durch die Opel Kredit Bank



Sowjet-Offiziere in Uganda



Sowjet-Ausbilder auf Sansibar



Sowjetische Raketen auf Kuba



Äthiopier mit sowjetischen Maschinenpistolen

Sowjetische Militärhilfe in der Dritten Welt: „Nur Verteidigungsbedürfnis?"

ses System durch ein anderes ersetzt würde.

Das aber ist für die Nomenklatura undenkbar, denn nur dieses System garantiert ihr das uneingeschränkte Machtmonopol. Deshalb beschreitet die Nomenklatura einen zusätzlichen Weg: Expansion nach außen, Ausweitung ihrer Macht auf andere Länder und Ausbeutung ihrer Reichtümer.

Vor der Revolution hatten die Leninisten erklärt, daß sie allen Kolonien des zaristischen Rußland volle Freiheit schenken würden. Aber schon zu Lebzeiten Lenins wurden sie unter verschiedenen Vorwänden alle an die Kandare gelegt und dann in Unionsrepubliken der UdSSR umgewandelt. Im Jahr 1920 versuchte die Regierung Lenins Polen an sich zu reißen. „Her mit Warschau! Her mit Berlin!" erscholl es in den Liedern der Ersten Roten Reiterarmee. „Her mit Europa!" stimmten damals die sowjetischen Schriftsteller mit ein.

Der erste Ansturm mißlang. Von Warschau mußte man sich zurückziehen. Lenin schickte die 1922 zur Weltwirtschaftskonferenz entsandten sowjetischen Delegierten nicht als Revolutionäre, sondern als „Wirtschaftsexperten" nach Genua. Die „Weltrevolution" durften sie nur in einem Nebensatz erwähnen. Aber die Nomenklatura ließ von der Absicht der Unterwerfung fremder Länder nicht ab.

Die Aufrüstung der Kriegsmaschine des Nomenklatura-Staates erfolgte unter musikalischer Begleitung der Nomenklatura-Propaganda, die Imperialisten wollten jeden Augenblick die Sowjet-Union überfallen. Damit war jedoch keineswegs der Nationalsozialismus gemeint.

Sowjetischen Zeitungen aus dem Jahre 1930 ist zu entnehmen, daß die Kriegsrüstung der UdSSR in den Jahren der engen militärischen Kooperation der Sowjet-Union mit dem Deutschen Reich mit einem sogenannten „Kreuzzug gegen die UdSSR" gerechtfertigt wurde, den Papst Pius XI. proklamiert hatte.

Auch die spätere Bedrohung durch Deutschland verdarb der Nomenklatura nicht den Appetit auf eigene Expansion. Ganz im Gegenteil: Aufgrund eines Geheimprotokolls mit Hitler dehnte die Nomenklatura im ersten Jahr des Zweiten Weltkrieges ihren Herrschaftsbereich auf die Westukraine, Westbelorußland, Lettland, Litauen, Estland, Bessarabien und die Nordbukowina aus. Auch die nördlichen japanischen Inseln — die Kurilen — wurden 1945 der Sowjet-Union einverleibt.

Nach Kriegsende behielt die Sowjetnomenklatura die Gebiete, die ihr nach der Absprache mit Hitler zugefallen waren — für die Unterstützung seines Kampfes gegen die westlichen Demokratien. Und sie fügte ihnen die Neuerwerbungen hinzu, die ihr die westlichen Demokratien überließen — für die Unterstützung im Kampf gegen Hitler.

Bezahlt wurde großzügig. Die Sowjetnomenklatura bekam einen Teil Ostpreußens, ihrer Herrschaft wurden Polen, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien,

Genießen ist eine Kunst für sich.

Brillat Savarin (1755–1826).



Falls Ihr Fachgeschäft Brillat Savarin oder das exklusive, mundgeblasene Original-Glas nicht vorrätig hat, nennen wir gern Bezugsquellen. „Brillat Savarin" GmbH., Spirituosenspezialitäten, Rüdesheim am Rhein

Liqvor Bitterorange, Liqvor Kaiserkirsch, Alter Weinbrand

Diese Brillat Savarin Spirituosen-Spezialitäten schenken der feinen Zunge des wahren Gourmets einen neuen, sinnlichen Hochgenuß, dem der unvergessene französische Feinschmecker Brillat Savarin seinen Namen gab.
Ausschließlich alter Weinbrand aus berühmten und kostbaren Gascogne-Lagen, vereint mit traditionsreicher, guter deutscher Brennkunst, vermittelt diesen exquisiten Spirituosen-Raritäten ein bisher nie erfahrenes Bouquet-Erlebnis. Die zusätzliche „Vermählung" mit erlesenen Fruchtextrakten ließ Likör-Novitäten entstehen, die als erste ein ausgereiftes Bouquet besitzen und somit höchsten gourmetischen Erwartungen gerecht werden.

BRILLAT SAVARIN

Die Philosophie des guten Geschmacks.

Albanien, Ostdeutschland, das östliche Österreich und Nordkorea unterworfen; Finnland wurde ihrer Gnade ausgeliefert.

Dabei handelte es sich um ein freiwilliges Geschenk, das in keiner Weise durch das Kräfteverhältnis gerechtfertigt war. Der Kalte Krieg brach nicht wegen dieser Territorien aus, sondern weil sich herausstellte, daß die Stalinsche Nomenklatura noch mehr wollte. Sie wollte nicht nur Ostdeutschland, sondern auch Westdeutschland und natürlich auch West-Berlin haben, nicht nur Ostösterreich, sondern ganz Österreich, nicht nur Nordkorea, sondern auch Südkorea, sie wollte Griechenland, Triest, die Dardanellen, Nordiran.

Kuba, Südjemen, Angola, Äthiopien, Afghanistan, Vietnam, Laos, Kambodscha gesellten sich in den sechziger und siebziger Jahren zu den Ländern, nach denen die Nomenklatura mit mehr oder minder großem Erfolg schnappte.

Könnte es nicht sein, daß Aggressivität und Expansionsdrang der Nomenklatura in Wirklichkeit nur Erscheinungsformen eines besonders starken Verteidigungsbedürfnisses sind?

Warum sieht sich eine Klasse, die ihre Herrschaft zu einer gesetzmäßigen und deshalb unabwendbaren lichten Zukunft der ganzen Menschheit erklärt, durch die Existenz des angeblich hinfälligen kapitalistischen Systems gefährdet?

Weil das Gerede über den unvermeidlichen „Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab" nur Propaganda ist. In Wirklichkeit urteilt die Nomenklatura ganz praktisch. Sie weiß, daß der Lebensstandard in den westlichen Ländern bedeutend höher ist als in der Sowjet-Union und daß die westliche Bevölkerung ein Ausmaß an Freiheit genießt, das für die Sowjetbürger unvorstellbar ist.



Sowjetische Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau: Unabänderliche Absicht,

Die Nomenklatura will Sieg ohne Krieg.

Die Nomenklatura weiß auch, daß ihre Untertanen hierüber informiert sind, sie werden nur durch ständige Einschüchterung im Zaum gehalten. Aber Einschüchterung ist nicht ewig wirksam. Mit Entsetzen denkt die Nomenklatura daran, was geschehen wird, wenn die Untertanen des ständigen Fürchtens überdrüssig werden.

Nach Überzeugung der Nomenklatura kann es dazu allein deshalb kommen, weil es einen freien und reichen Westen gibt. Er demonstriert den Untertanen der Nomenklatura, daß es sich bei aller Unzulänglichkeit des kapitalistischen Systems ohne Nomenklatura-Herrschaft besser leben läßt.

Da es nicht um Verhaltensweisen des Westens geht, sondern schlicht um seine Existenz, kann keine Entspannung und kein „Wohlverhalten" des Westens an der Generallinie der sowjetischen Führung, an ihrer Absicht, das westliche System zu vernichten, etwas ändern.

Dennoch ist die im Westen weitverbreitete Ansicht falsch, daß die sowjetische Führung bereit sei, einen Krieg gegen die westliche Welt zu führen. Nicht nur das Volk, auch die Nomenklatura will keinen Krieg. Genauer gesagt, fürchtet sie ihn. Nicht wegen der Millionen Opfer — sie fürchtet für sich selbst.

Die Nomenklatura hat Angst vor einem Atomkrieg. Für ihren Sieg ist die Nomenklatura zwar bereit, Millionen von Menschen an der Front zu opfern — wie sie es schon im Zweiten Weltkrieg getan hat. Doch zweierlei müßte garantiert sein: Die Nomenklatura selbst dürfte nicht zu den Opfern gehören, und ihre Macht müßte unangetastet bleiben. Die Anwendung nuklearer Waffen aber garantiert weder das eine noch das andere.

Deshalb fordert die Nomenklatura so nachdrücklich nukleare Abrüstung — natürlich die Abrüstung des Gegners, nicht ihre eigene. Dementsprechend widersetzt sie sich jedweder internationalen Kontrolle der Abrüstung.

Die Nomenklatura will keinen Krieg, sie will einen Sieg. Im Kampf der beiden Systeme ohne Krieg zu siegen — das ist die Aufgabe, die sich die Nomenklatura gestellt hat. Sie hat dafür auch eine griffige Formel gefunden: „Friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung".

Dieser Begriff bedeutet jedoch keineswegs einen ungetrübten Frieden, einen idyllischen Zustand der internationalen Beziehungen. Friedliche Koexistenz wird im Programm der KPdSU als eine „spezifische Form des Klassenkampfes in der internationalen Arena" bezeichnet.

Der Sieg des Realsozialismus im Weltmaßstab ist das offen proklamierte Ziel der Nomenklatura. Gemäß dem

So wurde zum Beispiel die in Syrien und im Irak regierende Baath-Partei lange Zeit in der Sowjet-Union als faschistisch bezeichnet, während sie gegenwärtig als eine revolutionär-demokratische Partei gilt.

In den Plänen der sowjetischen Nomenklatura nimmt Lateinamerika eine besondere Stellung ein. Diese Region gilt in Moskau als amerikanische Interessensphäre. Daraus erwächst die Aufgabe, dort einzudringen und die Länder Lateinamerikas in eine Frontstellung gegen die USA zu bringen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei Kuba.



das westliche System zu vernichten

Leninschen Prinzip, das schwächste Kettenglied beim Gegner zu finden und dort den Durchbruch zu erzielen, versucht die Nomenklatura ihr Glück in verschiedenen Teilen der Welt. Besonders planmäßig geht sie in Europa vor.

Gegenwärtig entfallen auf die Länder des Realsozialismus über ein Drittel der Weltindustrieproduktion. Sollte Westeuropa unter die Kontrolle der Nomenklatura geraten, würde dieser Anteil drastisch steigen — und die absolute Vorherrschaft der Nomenklatura wäre gesichert. Das gleiche gilt für den Anteil an qualifizierten Arbeitskräften und an wissenschaftlichem Potential.

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß die Nomenklatura nicht auch gleichzeitig in anderen Teilen der Welt politisch offensiv auftritt. Ihre Offensive entfaltet sich vor allem in den Ländern der Dritten Welt: Das Ziel der Nomenklatura ist es, überall Staaten vom Typ der Volksdemokratien zu schaffen (im Bereich der Dritten Welt bezeichnet man sie in Moskau als „nationaldemokratische Staaten"). Ist dies noch nicht möglich, versucht die Nomenklatura, eine den afro-asiatischen Bedingungen angepaßte Finnlandisierung voranzutreiben.

Die Geschichte Afrikas ist in den letzten 15 Jahren reich an Beispielen für die Entstehung von Regierungen volksdemokratischer Art. Die Anforderungen der sowjetischen Nomenklatura an ein politisches Regime der Dritten Welt, das zu einem Land „sozialistischer Orientierung" erklärt werden möchte, sind gering. Von Bedeutung ist keineswegs das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte oder gar das Vorhandensein einer Kommunistischen Partei.

Das Kriterium ist, ob die betreffende Regierung eine prowestliche oder eine prosowjetische Politik verfolgt. Daraus resultieren die häufigen Änderungen in der Einschätzung der diversen Staaten der Dritten Welt durch die Nomenklatura-Propaganda.

Das Ziel: Zur Weltherrschaft über den Realsozialismus.

Zweifellos war in den Plänen der Nomenklatura auch Chile eine bedeutende Rolle zugedacht. In Moskau wurde lange vor Allendes Regierungsantritt die Meinung vertreten, daß Chile, das sich als dünner Streifen vom Norden nach dem Süden Lateinamerikas erstreckt, schon aufgrund dieser geographischen Lage als Basis für eine kommunistische Partisanenbewegung in den lateinamerikanischen Ländern außerordentlich gut geeignet wäre.

Alles in allem versucht die Nomenklatura, die Gesellschaftsordnung des Realsozialismus nicht nur in den Ländern der Dritten Welt und in Westeuropa, sondern auch in Nordamerika, Australien und Neuseeland zu errichten.

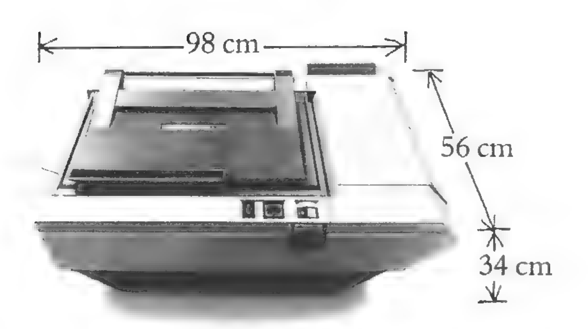
In offiziellen Dokumenten der KPdSU und anderer kommunistischer Parteien wird betont, daß der Sozialismus um kein einziges Land der Welt einen Bogen machen würde und daß der Kommunismus die lichte Zukunft der gesamten Menschheit sei.

Das ist kein verbaler marxistischer Radikalismus, sondern der reale Plan der Nomenklatura-Klasse. In Gestalt der Errichtung des Realsozialismus in allen Ländern will die Nomenklatura ihre Weltherrschaft errichten.

Im Westen stößt man oft auf die Ansicht, man könne sich von der Aggressionslust der Nomenklatura dadurch loskaufen, daß man dieser Klasse helfe, die Hindernisse zu beseitigen, denen sie sich in den Ländern Osteuropas und selbstverständlich auch in der Sowjet-Union gegenübersieht. Doch gerade in Expansionsdrang und Aggressionslust besteht das Wesen der Nomenklatura.

Man kann höchstens der Nomenklatura Länder und Völker — potentielle Verbündete — in den Rachen werfen und auf diese Weise etwas Zeit gewinnen. Wenn dann aber alle Fristen verstrichen sind und man allein vor dem Abgrund steht, wird es keine Verbündeten mehr geben.

Ende


98 cm
56 cm
34 cm

Klein, aber Rank Xerox. Der neue Tischkopierer Xerox 2300 ist da.

Der Bedarf an Kopien wird täglich größer. Doch der Platz für Kopierer immer, immer kleiner. Für den Xerox 2300 Tischkopierer ist das kein Problem. Seine wahre Größe liegt in seiner Wirtschaftlichkeit und Handhabung. Direkt am Arbeitsplatz.

Er ist wirklich sparsam. Denn er begnügt sich mit Normalpapier. Und er ist vielseitig. Denn er gibt von DIN A 5 über DIN A 4 bis DIN B 4 alles originalgetreu wieder. Nahezu von jeder Vorlage auf alle möglichen Papiere, also auch auf Briefbogen, Etiketten, auf farbiges Papier und Folien usw. Alles in einer Qualität, die für Rank Xerox einfach typisch ist.

Das Schöne daran ist, daß jedermann den Xerox 2300 sofort bedienen kann. Nur eine Zahl zwischen eins und fünfzehn vorwählen. Den Rest besorgt der kleine Xerox 2300 von selbst. Sogar bei kontrastarmen Vorlagen. Denn dafür gibt es noch eine Kontrasttaste.

Sie sehen, der Xerox 2300 ist zwar klein. Im Kopieren aber ganz groß. Mehr über den Xerox 2300 erfahren Sie von: Rank Xerox GmbH, Abteilung MKO 1, Postfach 630, 4000 Düsseldorf 11.

RANK XEROX®

Stadtblätter: Springer kapituliert

Einschlägige kleine Stadtmagazine mit Veranstaltungskalender und Kulturnotizen, die in letzter Zeit immer erfolgreicher werden, sind dem Axel Springer Verlag ein Dorn im Auge — sorgen sie doch, wenn auch erst in bescheidenem Umfang, für die Abwanderung lokaler Anzeigenkunden. Um da nicht weiter tatenlos zuzusehen, hat sich





Stadtblätter „Piste", „Szene"

eine „Entwicklungsredaktion" des großen Pressehauses jüngst auf dem Hamburger Stadtmagazin-Markt versucht. Mit Gratis-Anzeigen und Gratis-Verteilung wollte man den Blättern „Szene Hamburg", „Tip" und „Oxmox" Paroli bieten — mit verdeckten Karten: Im Impressum der Springerschen „Hamburger Piste" — so hieß die bis ins Detail nachempfundene Kopie — tauchte der Name Springer nicht auf; dafür als Verleger und Drucker die hessische Firma D+V Paul Dierichs KG & Co., die von ihrem Verleger-Glück im Norden, so Geschäftsführer Rainer Dierichs zum SPIEGEL, „ehrlich keine Ahnung" hatte. Die etablierte „Szene Hamburg" sah im Gratisblatt des Konzerns unlauteren Wettbewerb und intervenierte erfolgreich: Springer bekannte sich zu seinem Testblatt und gelobte, es nicht fortzuführen. Und das reichlich merkwürdige Impressum erklärte das Pressehaus auch gleich — als „drucktechnisches Versehen".

Boom für den deutschen Film

Preise und Prämien, Kritikerlob und Achtungserfolge im Ausland verbucht das neue deutsche Kino seit Jahren. Die Bilanz für 1979 stimmt auch unter wirtschaftlichen Aspekten optimistisch: gestiegene Verleihumsätze mit höherem deutschen Anteil, mehr Produktionen, 100 neue Kinos (insgesamt: 3210), 4,3 Prozent mehr Besucher (insgesamt: 142 Millionen). Auch die Auslandserlöse deutscher Filme sind gestiegen. und 1980, vermutet das sonst eher skeptische Branchenblatt „Filmecho/Filmwoche", „könnte sogar einen Run auf deutsche Filme bringen". Die Branche beklagt allerdings die noch immer mickrige Vertriebssituation deutscher Filme im Schatten der großen US-Firmen sowie die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und zu den klotzigen deutschen Theatersubventionen lächerlich geringen Bundesmittel zur Förderung des deutschen Films.

Der Beat kommt wieder

In den britischen und amerikanischen Hitlisten stehen Rock-Versionen des 60er-Jahre-Beat mit vorn. Immer mehr Gruppen spielen in der Standardbesetzung glorreicher Zeiten: zwei Gitarren, Elektro-Baß, Schlagzeug, wie ehedem die Shadows, die Beatles und Hollies. Ein deutscher Veranstalter präsentiert nun auf einer Mammut-Tournee durch große Stadthallen gleich vier Bands aus der Mottenkiste: Zwischen Bremerhaven und München touren vom 29. Februar bis 17. März: „Dozy, Beaky, Mick & Tich", The Troggs, Marmalade und die Tremeloes. Motto: „Golden Oldie Night".



Beatband „Tremeloes"

Geheimnisvolle Bilder-Sendung

Heimlich und anonym hat jemand einer öffentlichen Galerie was zugesteckt. Beim Karl-Ernst-Osthaus-Museum in Hagen war zunächst ein Aquarell, dann sieben Monate später ein Gemälde eingegangen, beide von der Hand des 1938 am Ort verstorbenen Expressionisten Christian Rohlfs. Poststempel: Aachen; Adressat: Christian-Rohlfs-Museum. Ein solches Institut hatte tatsächlich in den dreißiger Jahren existiert, dann aber war Rohlfs als „entartet" in Ungnade gefallen. Der Verdacht liegt nahe, die in keinem Werkverzeichnis aufgeführten Stücke aus Aachen seien unrechtes (Beute-)Gut von damals — Rohlfs-Witwe Helene, 87, meint: wahrscheinlich aus dem Atelier geraubt.



Rohlfs-Gemälde

Theater im ZDF: demnächst auch live

TV-Theaterredakteure sind zuweilen „Säulenheilige", die „ihren Weltschmerz trefflich im Nachtprogramm pflegen" — die Einschaltquoten, resümiert ZDF-Redakteur Siegfried Kienzle, „fallen niederschmetternd aus". Kienzle, neuer Chef des ZDF-Ressorts Schauspiel, will nun runter „vom hohen Roß"; der Spielplan '80 soll verstärkt „Erwartungshaltungen" der Zuschauer bedienen. Geplant sind acht Schwerpunkte: Die Reihe „Junges deutsches Theater" etwa präsentiert Enzensbergers „Menschenfeind"-Bearbeitung. Im Zyklus „Theater international" sind fremdsprachige Inszenierungen in gekürzter Fassung vorgesehen. Fürs „Unterhaltungstheater" wird Rudolf Noelte den „Raub der Sabinerinnen" inszenieren. Dieter Hallervorden blödelt in der Sparte „Nonsens und Slapstick". Außerdem wird endlich ein Herzenswunsch des Mainzer Programmdirektors Stolte erfüllt: Live-Übertragungen aus dem Theater.


Holsteiner Faßgurken
PETITS POIS
Bonduelle



„Kramer gegen Kramer"-Darsteller Dustin Hoffman und Justin Henry: Papa ist liebevoll, der Sohn artig und niedlich

Ein männliches Solo in Mütterlichkeit

Marielouise Janssen-Jurreit über den amerikanischen Vater-Sohn-Film „Kramer gegen Kramer"

Marielouise Janssen-Jurreit ist Autorin der Bücher „Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfragen" und „Frauenprogramm. Gegen Diskriminierung".

Vor Jahren saß ich in einem New Yorker Kino, vor mir eine Reihe schluchzender Nonnen, und weinte — und versuchte gleichzeitig, mir meine Tränen zu verzeihen, während auf der Leinwand die „Love Story" lief. An diese Ergriffenheit gegen meine bessere Einsicht fühlte ich mich erinnert, als ich „Kramer gegen Kramer" sah.

Es war gleich die erste Szene, in der Joanna Kramer ihren Sohn zu Bett bringt und ihm Gute Nacht sagt. Eine Lady Madonna von einer atemberaubenden Innigkeit und Wärme, die geradezu schockartig in die Atmosphäre einer anderen Person versetzen: Joannas Abschied von ihrem Sohn Billy.

Gleich darauf kommt Ted Kramer, ein erfolgreicher Werbemann nach Haus, so gut gelaunt und mit den Gedanken noch bei der Arbeit, daß er Joannas Mitteilung erst einmal ignoriert. Sie verläßt ihn und das Kind, jetzt gleich. Da, sie blättert ihm Kreditkarten und Abrechnungen hin, jeder Nerv in Erregung, eine Frau, die nur noch den einen Wunsch hat: Familie und Ehe, ihrem bisherigen Leben, zu entkommen.

Von da an fühlte ich mich Szene für Szene manipuliert, belogen, um die andere Hälfte der Wahrheit gebracht. „Kramer gegen Kramer" ist die Verfilmung eines amerikanischen Erfolgsromans von Avery Corman*. Anspruchslos, einfach parteiisch für seinen Helden, erzählt der Roman, wie Ted Kramer von heut auf morgen mit der Betreuung seines Sohnes fertigwerden muß. Nur ist im Roman alles eine Nummer kleiner, die Gefühlswelt der Beteiligten ein bißchen schäbiger, die Verhältnisse mittelmäßiger, dafür der Handlungsablauf logisch.

Der Ted Kramer des Romans ist nur ein Verkäufer für Anzeigenraum in Zeitschriften, und Joanna war vor ihrer Heirat nur Sekretärin. Im Film ist sie eine Frau mit erstklassiger Ausbildung und Ted Kramer ein Top-Werbefachmann, dem am selben Tag, als ihn Joanna verläßt, die Vizepräsidentschaft seiner Firma angetragen wird.

Diesen dramaturgischen Knalleffekt begründet der Regisseur Robert Benton damit, daß er es schon immer stark gefunden habe, wenn Leute am selben Tag die besten und die schlechtesten Nachrichten zugleich erhielten. Kniffe dieser Art paßten für „Bonnie und Clyde", wo Benton am Drehbuch mitgearbeitet hat. „Kramer gegen Kramer", als Kammerspiel angelegt, wird durch solche Vereinfachungen zum Melodram.

Im Roman wird die Vorgeschichte von Joannas Entschluß erzählt: die Isolation in der Bauklötzchen-Welt ihres Kindes, die Einengung auf die Lebensform Mutter und Spielgefährtin des Sohnes, reduziert auf Entscheidungen über Fernseh-Kinderprogramme, Charlie-Brown-Tischdecken, Mickymaus-Torten und Gespräch darüber, ob Erdnußbutterbrote besser zu Vierecken oder zu Dreiecken geschnitten werden, bis Joanna sich jeden Streit mit ihrem Kind auf einer Strichliste als persönliches Versagen anrechnet. All dieses könnte Joannas Ausbruch verständlich machen, wird im Film jedoch unterschlagen.

„Kramer gegen Kramer" ist kein Film, der am Beispiel eines Mannes sichtbar machen will, was es heißt, all die hunderterlei kleinen Dienstleistungen und Betreuungsakte für einen Sechsjährigen zu erbringen, wo Zermürbung und Belohnung sich, wenn es gutgeht, die Waage halten. Nein, hier wird über einem Minenfeld sozialer Konflikte der Tempel einer neuen heilen Beziehung errichtet, diesmal der von Vater und Sohn. Die Botschaft lautet, daß Väter, natürlich nur, wenn

* Avery Corman: „Kramer gegen Kramer". Rowohlt Verlag, Reinbek; 240 Seiten, 28 Mark.

sie wollen oder müssen, auch gleich die besseren Mütter sind.

Die Macht der Bilder erzwingt die Tränen des Publikums — Intimität, Intensität, Winterlicht und verschämt zärtliche, stets verhalten liebevolle Kommunikation zwischen Vater und Sohn. Der Regisseur hat darauf gebaut, daß kritischer Widerstand kaum aufkommen wird, da diese Publikumsbelügung von einem der großartigsten Darsteller, Dustin Hoffman, und einer der intelligentesten und sensibelsten Darstellerinnen der letzten Jahre, Meryl Streep, gespielt wird. Beide stehen im Ruf von Integrität und Ehrlichkeit, beiden möchte man voll vertrauen.

Bester Film, bester Hauptdarsteller, beste Regie, bestes Drehbuch, so befanden die Filmkritiker von Los Angeles und New York Ende letzten Jahres, ein „Gegengewicht" gegen den Kommerz aus Hollywood. Wirklich?

Der Rollenwechsel, den Dustin Hoffman vorführt, samt dem Karriereopfer zugunsten der Beziehung zu seinem Sohn, ist etwa so bewußtseinserweiternd wie eine modische Transvestitenshow. Der Rollenwechsel dient nur der Bestätigung der Stereotype vom anderen Geschlecht. Dustin Hoffman gibt ein Solo in jener Art von Mütterlichkeit, wie sie von Elternzeitschriften vorgeschrieben wird, mehr nicht.

Der Vater entwickelt sich zu phänomenaler Einfühlsamkeit, verliert natürlich kein böses Wort zum Sohn über Mama — Billy ist ein überaus artiges, niedliches Kind, dessen einzige Trotzreaktion in diesem Film darin besteht, daß er sich trotz väterlichen Verbotes die Eiskremdose aus dem Kühlschrank holt und das Salisbury-Steak im Alu-Näpfchen, das er letzte Woche noch gemocht hat, in dieser Woche nicht mehr mag. Wovor, um Himmels willen, ist Joanna denn weggelaufen: vor dieser Idylle mitten in Manhattan, vor diesem zutraulichen Kind?



Darstellerin Meryl Streep: Leidende im Kampf ums Kind

Im Roman phantasiert Ted Kramer, der seiner Frau ausgeredet hat, berufstätig zu werden, am Ende über die Vorteile des Zwei-Verdiener-Haushalts, nachdem er zweimal unverschuldet arbeitslos wurde, weil die Firmen pleite machten. Im Film wird die effekthascherische Lösung gewählt: Der smarte art director und frischgebackene Vizepräsident verpaßt entscheidende Kundengespräche, weil sein Sohn Grippe hat, und wird gefeuert.

Obwohl der Film-Vater eine Gehaltsklasse über dem Ted Kramer des Romans angesiedelt ist, wird suggeriert, daß der Inhaber eines hochdotierten Jobs monatelang den Fünf-Stunden-Tag für sich einführen könnte, um seinen Sohn pünktlich vom Kindergarten abzuholen. Eine Szene aus dem Buch, in der Ted Kramer unter verschiedenen „Minoritätsfrauen" (Puertoricanerinnen etc.) eine Haushälterin sucht, schnitt der Regisseur heraus, weil sie auf eine „zu grausame Weise" die Unterschichtfrauen, sprich die Klassenunterschiede, gezeigt hätte.

Im Roman hat Ted Kramer ständig Geldsorgen, verständlich, da die Ehefrau nichts mehr gratis macht. Die Haushälterin braucht er, eine notwendige Psychotherapie kann er sich finanziell nicht leisten. Sogar im Urlaub fühlt er sich wegen der ständigen Zweisamkeit stark erschöpft.

Wenn er abends ausgehen will, dann ist da nicht nur der quengelige Billy — selbst Teds Bettbeziehungen stehen unter ökonomischen Zwängen. Wenn die Frau auch ein Kind hat, kostet es sie — Babysitterlohn — schon eine Menge Dollars, nur nebeneinander zu sitzen, und sie müssen sich schnell entscheiden, ob Bett oder nicht. So der Roman. Im Film scheint, abgesehen von einer Szene, in der eine Freundin nackt auf den kleinen Billy trifft, Ted Kramer auf Liebe und Sexualität zugunsten von Billy verzichtet zu haben.

Dafür taucht nach einstündiger Filmhandlung zwischen Vater und Sohn Joanna Kramer wieder auf, frisch psychotherapiert aus Kalifornien zurück, mit abgeschlossenem Selbstfindungsprozeß und einer neuen Stellung als Modedesignerin einer Zeitschrift, Anfangsgehalt 31 000 Dollar.

Joanna fühlt sich nun stabilisiert genug, Mutter zu sein, und will das Sorgerecht für ihren Sohn wiederhaben. Die Sache geht vor den Richter, die Anwälte übertreffen sich an Schlägen unter die Gürtellinie, und das Paar lächelt sich verzeihungheischend an — so gemein hat es keiner gewollt. Joanna Kramer gewinnt — nicht, weil sie viereinhalb Jahre lang die Arbeit geleistet hat, die Ted nur eineinhalb Jahre getan hat, nicht, weil das Kind es bei ihr besser haben würde, sondern nur, weil das Gesetz der Meinung ist, daß Frauen bessere Fürsorgerinnen für Kinder sind als Männer.

Wenn die Joanna des Films, ob aus Einsicht, daß es besser sei, Billy nicht aus der gewohnten Umgebung herauszureißen, ob aus erneutem Zweifel an ihrer Mutterbefähigung, ihrem Mann den Jungen schließlich doch überläßt, stellt sie für die Zuschauer nur die Gerechtigkeit wieder her, die das Gericht ihnen versagt hat.

Zielte der Film darauf, eine juristische Argumentation anzuprangern, die der Frau nur aufgrund ihres Geschlechts eine angeborene Befähigung zur Kindererziehung zuspricht, dann wäre nichts gegen ihn zu sagen. Daß Vaterschaft und Mutterschaft die gleichen sozialen Konsequenzen haben sollen, ist eine der ersten Forderungen der Frauenbewegung gewesen. Der Film

mobilisiert auch keine Antipathien gegen die Mutter (dazu ist Meryl Streep als Joanna Kramer viel zu sehr Leidende), er zeichnet jedoch ein Bild von Kinderbetreuung, das ein Hohn auf die tatsächliche Arbeitsbelastung ist, und er initiiert eine neue Welle männlichen Selbstmitleids.

Vor dem tatsächlichen Hintergrund amerikanischer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist der Film eine Ohrfeige für die Frauenbewegung. Mehr alleinstehende Mütter als anderswo leben dort von der Wohlfahrt; Unterhaltszahlungen können Väter leicht umgehen, weil es keine Meldepflicht gibt. Ein umfassendes Kinderbetreuungsgesetz ist an Nixons Veto gescheitert. Die familienpolitische Konferenz Carters, die erste dieser Art in den Vereinigten Staaten, ist halb gescheitert, und zwar bereits an der Auseinandersetzung um den Begriff Familie (wo jede zweite Ehe geschieden wird, muß auch Familie anders definiert werden).

Das amerikanische Geschlechtsdrama hat sich besonders in der besser verdienenden Mittelschicht zugespitzt auf den Kampf ums Kind. Nach Schätzungen des „Ms.“-Magazins kidnappen etwa 100 000 Väter jährlich ihre Kinder, hauptsächlich in den Fällen, wo die Scheidungen von der Frau veranlaßt wurden.

Während Romane des 19. Jahrhunderts wie „Anna Karenina“ und „Effi Briest“ noch die unmenschliche Trennung von Mutter und Kind behandelten, ist es in Filmen wie „Kramer gegen Kramer“ oder Zeffirellis „Der Champ“ (und weitere werden dem Erfolgstrend sicher folgen) die von Vater und Kind. Gehörten früher die Kinder sowieso dem Vater als Besitz, Altersversorger, Erben und Objekte der Heiratspolitik, wurde es in den Vereinigten Staaten schon in den zwanziger Jahren zum Rechtsdogma, daß Kinder in jedem Fall zur Mutter gehörten, selbst wenn sie schuldig geschieden wurde. In Industriegesellschaften mit Sozial- und Lebensversicherung entledigen sich geschiedene Väter durch den Kinderzuschlag für die Mutter auf bequeme Weise einer unvorteilhaften ökonomischen Last.

Wozu also dieser plötzliche Vaterschaftsboom? Um sich an den davongelaufenen Ehefrauen zu rächen und die Kinder der nächsten Lebensgefährtin aufzuhalsen, vermuten Feministinnen. „Kramer gegen Kramer“ beantwortet diese Frage nur indirekt.

Aber wenn man genau hinsieht, wird Billy Kramer im Grunde Ersatz für die Ehefrau — die einzige stabile emotionale Beziehung, die es in der Welt des Ted Kramer gibt. Billy dient seinem Vater als ein respektabler Grund, vom Karrierekarussell abzuspringen und abends nicht als einsamer 40jähriger Wolf durch die jugendbestimmte Single-Szene von Manhattan zu ziehen.

GESELLSCHAFT

Gepflegte Rückhand

Worin unterscheiden sich die Wunschziele und Glücksvorstellungen der Jüngeren von denen ihrer Väter? Die amerikanische Bestseller-Autorin Gail Sheehy untersucht die Generation der 18- bis 30jährigen.

„Auch die jungen Männer sind nicht mehr, was sie waren.“ Die so spricht, ist keine grämliche Granny, sondern die US-Journalistin und Auflagenmillionärin Gail Sheehy, 42.

In ihrem ersten Lebenshilfe-Bestseller „Passages“ (deutsch: „In der Mitte des Lebens“) war die ehemalige Psychologiestudentin den Seelennöten ihrer eigenen Altersgruppe („Midlife crisis“) nachgegangen. Nun nimmt sie die Nachfolge-Generation, die 18- bis 30jährigen, ins Visier.



Autorin Gail Sheehy: „Erstmal entspannen“

Als Material dienen unter anderem die Ergebnisse einer Umfrage, die Gail Sheehy (unterstützt von Fachpsychologen) in dem US-Herrenmagazin „Esquire“ placierte. Gefragt wurde nach den Erwartungen, Wertvorstellungen, Freuden und Ängsten der jüngeren Generation, nach den angestrebten Lebensmustern und den Prioritäten, die junge Leute setzen.

Wie vereinbaren die Jungen, hoffte die Autorin zu erfahren, ihren Drang nach Selbstverwirklichung und Selbstfindung mit den Belangen der Gesellschaft? Worin finden sie Bestätigung, und inwiefern unterscheiden sich ihre Wunschziele und Glücksvorstellungen von denen ihrer Väter?

688 „Esquire“-Leser der angepeilten Altersgruppe schickten den Fragebogen ausgefüllt zurück.

Die meisten stammten aus Aufsteiger-Familien von Mittelklasse-Zuschnitt: 72 Prozent mit College-Diplom, 35 Prozent mit zwei Hochschulexamen. Fast die Hälfte der befragten jungen Männer hat es in sogenannten Prestige-Berufen bereits zu etwas gebracht: 23,5 Prozent arbeiten als Manager, 19 Prozent als Ärzte, Anwälte oder in anderen Berufen, die ein Hochschulstudium voraussetzen; fünf Prozent studieren noch.

Eine zweite größere Gruppe (13 Prozent) bestand aus „Rollkragen-Typen“ (Gail Sheehy): Schriftstellern etwa, Künstlern, Designern und Kunsthandwerkern — alles in allem also eine Parade-Auswahl amerikanischer Musterknaben, die nach überkommenen Standards alle Aussicht hätten, beim großen Monopoly um Macht und Geld unter den Gewinnern zu sein.

Doch diesmal ist bei den Newcomern, die sich gerade anschikken, Karriere zu machen, alles anders: Sie scheinen sich erstmals nicht mehr an die alten Spielregeln halten zu wollen. Bei der Auswertung der Fragebogen und bei ergänzenden Interviews mit 30 jungen Managern, Intellektuellen und Künstlern stellte die Autorin „eine bestürzende Verschiebung von Wertvorstellungen“ fest.

Ganz oben auf die Liste von 16 persönlichen Eigenschaften, die sie für wichtig erachten, setzten die befragten jungen Männer „Zärtlichkeit“. Eigenschaften wie „Ehrgeiz“ oder die „Fähigkeit, andere zu führen“, ehemals amerikanische Kardinal-Tugenden, rückten sie hingegen ans Ende der Skala.

Während die Väter-Generation noch an den Wert der Arbeit an sich glaubte, an die bürgerlichen Lebensmuster von Ehe und Familie sowie an Rente und Ruhestand als Kompensation für fünfzig Jahre Plackerei im Dienst der Allgemeinheit, erwarten diese neuen Elite-Amerikaner etwas anderes vom Leben:

- ▷ Sie wollen nicht hart arbeiten.
- ▷ Sie wollen mehr Zeit für „Selbstverwirklichung“ und „persönliche Entfaltung“.
- ▷ Sie wollen sich nicht binden oder, anders gesagt, „keine Zugeständnisse an das Leben machen“.

Sie haben einen Horror davor, in dieselbe Streß-Mühle zu geraten wie ihre Väter, um dann Mitte Fünfzig er-



Mehr Haftung bei Nässe
Dafür sorgt das Profil des Michelin XZX. Die beiden tiefen Längsrillen in der Mitte und die Profileinschnitte in der Schulter verdrängen das Wasser und ermöglichen damit einen optimalen Bodenkontakt.

Sagenhafte Laufleistung
Diese Michelin-Tradition setzt der XZX fort. Die spürbare Verbesserung der Naßlaufeigenschaften wurde erreicht, ohne die bekannt hohe Kilometerleistung der Michelin-Reifen zu beeinträchtigen. Das heißt: der XZX haftet und hält. Lange.

MICHELIN XZX

kennen zu müssen, daß ihnen zwischen dem ersten und dem letzten Herzinfarkt nur noch ein paar Jahre bleiben, in denen sie das Leben genießen können. „Wenn ich mir vorstelle, daß das nun vierzig Jahre so weitergehen soll“, so das Geständnis eines Profi-Managers unter dreißig, stellvertretend für seine Altersgruppe, „dann könnte ich mir gleich eine Kugel durch den Kopf jagen.“

Während die ältere Generation früh Verantwortung übernahm und den Lohn der Leistung später erwartete, streben die Jungen die umgekehrte Reihenfolge an: eine Art vorweggenommenen Ruhestands-Bonus.

Sie träumen von einem windgeschützten Eckchen fern aller Babbitts, am liebsten in Kalifornien, wo sie sich „erst mal zurücklehnen können, um sich zu entspannen“ (Sheehy). Soziale Bindungen, eine eigene Familie etwa, verschieben sie auf später. Vor allem weigern sie sich, Kinder in die Welt zu setzen, weil das sie „wirtschaftlich einengen“ würde.

Anders als die Blumenkinder der sechziger Jahre sieht sich diese „Generation der Bequemlichen“ („lean back generation“), wie Gail Sheehy sie nennt, nicht als Außenseiter des amerikanischen Lebens.

Auf Wohlstand wollen sie nicht verzichten. Freiheit um den Preis eines bequemen Lebens zu erkaufen kommt ihnen nicht in den Sinn. Deshalb, so fand die Autorin, träumen sie nicht nur von unbegrenzten persönlichen Freiräumen, von lockeren, aber zärtlichen Beziehungen, sondern vor allem auch „von jemandem, der die Rechnungen für sie bezahlt“.

Diese Söhne von besonders karriereorientierten, erfolgsbestimmten Vätern, denn gerade die haben die „Esquire“-Fragebögen ausgefüllt, seien von zwei Hauptängsten befallen: der Angst, nicht genug Geld zu haben, und der Angst, sie könnten gezwungen sein, Geld zu verdienen.

In dieser Grundhaltung sieht Gail Sheehy ein Symptom dafür, daß den Söhnen die Erfolgs-Ethik der Väter noch in den Knochen steckt. Aber: „Sie wollen“, so das Fazit der Gesellschaftsanalytikerin Sheehy, „ein bequemes Leben haben, anstatt hinter einem bequemen Leben her sein zu müssen.“

Glücklich ist diese Generation von zaudernden, bindungsscheuen „Stadtneurotikern“ allerdings nicht. Am unglücklichsten, gemessen an einer allgemeinen Zufriedenheits-Skala, die der ganzen Untersuchung zugrunde liegt, sind diejenigen, die planen, alleinstehend und kinderlos zu bleiben.

Wie ein Leitmotiv, so stellte Gail Sheehy fest, ziehen sich durch die Lebensläufe der am wenigsten Glücklichen deren Selbstbezogenheit und Monomanie. Die Tatsache, daß sie keine Verantwortung übernehmen wollen, übersetzt Gail Sheehy als „Mangel an Motivation, kein emotionales Feedback, keine Erben“. Und als „Einsamkeit, Einsamkeit, Einsamkeit“. Keiner unter den zehn Unglücklichsten war zum Zeitpunkt der Umfrage verliebt.

Das freie Junggesellenleben mit all seinen Sex-Angeboten und unverbindlichen Begegnungen scheint nicht so schön zu sein wie vermutet. Weniger als die Hälfte der Befragten ist zufrieden mit dem Sexualleben. „Nicht einmal bei den ganz Jungen“, stellte Gail Sheehy mit Überraschung fest, „steht Sex oben auf der Rangliste der Lebensangebote, die ihnen Vergnügen bereiten.“

„Wo soll dies alles hinführen?“ fragt die Autorin voller Skepsis. „Was wird aus unserem Generationenvertrag?“ Wohin könne eine Gesellschaft sich noch bewegen, wenn sich der Führungsnachwuchs allem sozialen Engagement derart entwindet?

Sie höre schon die alten Konservativen, sagt Gail Sheehy, die dieser neuen amerikanischen „Elite“ einverständig zuruft: „Pflegt ihr nur eure Rückhand. Wir werden den Laden schon schmeißen.“ Der Laden, meint die Autorin, das sei die amerikanische Demokratie oder das, was dann noch von ihr übrigbleibe.



„Ich kann euch gar nicht sagen, wie mich diese antiken Automaten ankotzen, wo man oben immer erst etwas einstecken muß, damit unten was herauskommt!“

FILM

Bis die Schrauben kommen

Der Kinofilm „Monarch“ porträtiert einen pfiffigen Münzspiel-Virtuosen.

Wenn er „Spiel“ sagt oder auch: „fiedeln gehen“, dann meint er seinen Job, harte Arbeit, und „Gurken“ nennt er seine Erwerbsmittel: Münzspieler der Marke „Mint“, genauer: „Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeit“. Sie hängen in Hunderten von Kneipen, Pinten und Spielhallen, in gutbürgerlichen Lokalen, Frittenbuden, schummrigen Fusel-Löchern.

Keine „Mint“ ist wie die andere. Es gibt „Kämpfer“, an denen steht er drei oder vier Stunden, bevor er sie „ausräumt“; lohnt sich nicht. Es gibt das gute Durchschnitts-Gerät, bei dem kann er 100, 200 Mark „ausmisten“. Und es gibt die „Spritzen“, Automaten mit einem präzisen Innenleben und wohlgenährt; wenn er die „fegt“, klekkern bis zu 300 Mark heraus — immer steuerfrei, versteht sich.

Diethard Wendlandt, 40, war kaufmännischer Angestellter bei Karstadt und lernte die Buchring-Vertreter bei Bertelsmann an. „Monarch“ nennt er sich, weil die erste Maschine, die er überlisten konnte, so hieß. Irgendwann hat er gemerkt, daß diese Münzautomaten „einen Rhythmus haben“.

Am Fallgeräusch seiner Einsatz-Münze erkennt er, ob eine „Gurke“ voll ist, und mit präzisem Einfühlungsvermögen bringt er die drei surrenden Bildwalzen immer wieder auf „Serie“: Stehen drei gleiche Bilder oder Zahlen nebeneinander, dann rasseln so viele Ein-, Zwei- und Fünfmarkstücke heraus, daß er wegen der Berge von Silbergeld in seinen Taschen „schief nach Hause“ geht — zum Ärger der Wirte, deren klotzigen Gratisgewinn er wegschleppt.

Der Monarch ist ein „Schreck“, ein Spitzen-Profi. Fünf von dieser Klasse



Doornkaat-ein bekömmliches Vergnügen
Doornkaat-
dreifach gebrannt.
Ist rein,
schmeckt fein.
SEIT DEM JAHRE 1806 IN FAMILIENBESITZ
Der
Ostfriesische
Doornkaat
0,7 l 38% vol
DOORNKAAT AG NORDEN/OSTFRIESLAND
Doornkaat



Automatenschreck Wendlandt alias „Monarch“: Tausend Mark steuerfrei pro Abend

gibt es in der Bundesrepublik. Aber nur er, der Monarch, hat das System zur seriösen Arbeit perfektioniert. Im Mercedes schwärmt er von Köln aus in seine Kampfgebiete (in denen die anderen „Schrecks“ nichts zu suchen haben). Von ihm angeheuerte „Geier“ am Ort haben schon ausgekundschaftet, wo die „Mints“ hängen und wo ihrer Meinung nach etwas zu holen ist.

Ein Anpassungskünstler: Er weiß, wo er mittags auch mal im „Blaumann“ erscheinen kann und wo er besser den gedeckten Maßanzug wählt, mit weißem Hemd und Krawatte, wie ein mittlerer Angestellter oder Handlungsreisender, zurückhaltend, freundlich, unauffällig.

Und er weiß, ein begnadeter Schauspieler, wie er die Atmosphäre in einer Kneipe im Griff behält. Im Spiegel der „Gurke“ behält er den einzigen potentiellen Gegner, den Wirt, im Visier. Souverän lockert er Spannungen oder Aggressionen, kumpelt und blödelt geduldig mit Betrunkenen, witzelt über seinen zufälligen Erfolg am „Mint“, besänftigt mögliche Neider schnell mit einer Gratisrunde.

Auch vor der Kamera im kleinen Kreis spielt er mit spürbarer Lust weiter, erläutert mit viel rheinischem Mutterwitz und Selbstironie seine Arbeits- und Lebensphilosophie. Zwei Berliner Dokumentarfilmer, Johannes Flütsch, 34, und Manfred Stelzer, 34, sind ihm wochenlang gefolgt, haben ihn in billigen Hotels, unterwegs im Wagen, zu Haus und, mit unbemerkter Kamera, beim „Fiedeln“ an den „Mints“ beobachtet und befragt; der Film läuft jetzt an.

Ganz entrüstet ist der Monarch, wenn manche Wirte die Maschinen präparieren („reiner Betrug“), und erst recht, wenn sie ihn, weil sie ihn schon kennen, einfach rausschmeißen. Der Monarch zu einem protestierenden Wirt, erbost und unerschütterlich: „Ich spiele, bis die Schrauben kommen!“

Manche Wirte ziehen die Stecker raus, sowie er auftaucht. Auch das empört ihn: Eine ganze Industrie lebe von solchen Automaten, es seien reine Geschicklichkeitsgeräte, also verhalte er sich völlig legitim und nehme seine Serie in Empfang wie andere die Lohntüte.

Seine Sucht-Indizien sind eher harmlos. Die „Mints“, bekennt er, sind wie die Frauen: Wenn sie ihn „anlächeln“, muß er einfach ran, muß sie „ausräumen“. Aber geht er wirklich mal mit einer Frau fein essen (er hat sich ihr als „Münzkaufmann“ vorgestellt), dann bleibt er, im Film jedenfalls, keusch und solide und flunkert ungeniert in die Kamera: „Ich bin abends einfach geschlaucht, wenn ich fünf oder acht Gurken gefegt habe.“

Schon eher glaubt man ihm die durch sein Arbeitsmilieu bedingten Strapazen. Den Dokumentaristen gelingt, gleichsam nebenbei, ein erschöpfender Einblick in Kneipen-Tristesse und Verzweiflungs-Suff, in die Lustigkeit derer, die nichts zu lachen haben. Der Monarch klagt über den Gestank, das schale Bier und das miserable Essen, das er zwangsläufig konsumieren muß, über das aufdringliche Gesabbel der Wirte und der Gäste.

Kein Wunder, daß in dieser Atmosphäre seine „Geier“ auch mal als Ansporner, Bewunderer und, zur Not, als Bodyguard einspringen müssen. Die „Mint-Zeit“, trotz täglicher Gewinne von etwa tausend Mark, hat auch ihre Schattenseiten.

Bei aller Klarheit über ihre Motive, Suchtstadien und trostlosen Zukunftsaspekte sind Spieler doch immer Opfer einer Obsession, kommen nicht weg vom Tisch und vom Gerät, rutschen immer wieder ab in die alte Faszination.

Ganz anders der Monarch. Schon im Kinderheim hat er gelernt, lieber zu gewinnen, und sei es mit Tricks, als zu verlieren. So frönt er seiner Leidenschaft nüchtern wie ein Bankbeamter, mit genau kalkuliertem Einsatz: ein Spieler ohne Romantik und Risiko, ohne das Odium des Verruchten, der Besessenheit, pathologischer Selbstzerstörung.

Die Glücksversprechungen und Illusionen, denen der Berufsspieler Monarch nacheifert, gleichen eher dem Tugendkatalog eines braven Kleinunternehmers. Er schimpft über seine faulen Angestellten, die „Geier“, über immer höhere Investitionen und kaum mehr kostendeckende Touren, über seinen „Taschenverschleiß“ und immer längere Arbeitszeiten für einen sinkenden Gewinn. Ein Geschicklichkeitsspieler als Herr Biedermann im Kapitalismus.

Im Mai läuft die „Mint“-Generation aus, kommen neue Modelle auf den Markt. Der Monarch kennt sie bereits, beherrscht ihre Seele, will weiter spielen. Aber er fragt sich auch, was das fanatische Anschaffen soll: „Konto, Konto, Ende“, das kann nicht alles sein.

Der Pfiffikus hat vorgebaut. Bis zum März dieses Jahres lag der Film unter Verschluß und durfte kein Photo veröffentlicht werden, damit nicht die Wirte und das Stammpublikum in seinem Revier unnötig aufmerksam würden und er in Ruhe sein Limit einspielen konnte; wie hoch das liegt, verrät er nicht.

Wenn das „Fiedeln“ zu schwierig wird, hört er vielleicht auf und geht, wer weiß, zum Film. Ein Rollenangebot hat er schon: als Heiratsschwindler.

GESCHICHTE

Barbarische Kriegerschar

Geoffrey Barraclough (Hrsg.): „Knaurs Großer Historischer Weltatlas“. 600 farbige Karten und Illustrationen mit Chronologie, Glossar und Register. Droemer/Knaur, München/Zürich; 360 Seiten; bis 31. Mai 195, danach 225 Mark.

It is the greatest: bei Mondadori im italienischen Verona schön tiefgedruckt und gebunden, sofort mit 25 000 Wohlstandsexemplaren aufgelegt, nicht ohne satten Upper-class-Preis und fast drei Kilo schwer auf Glanz, Gloria und Absatz getrimmt — so gewichtig bietet

Droemer/Knaur die deutsche Ausgabe des britischen „The Times Atlas of World History" feil.

Er ist ein honoriges Unternehmen. 73 Gelehrte, an ihrer Spitze der emeritierte Oxford-Historiker Geoffrey Barraclough, 71 („Tatsachen der deutschen Geschichte"), bürgen dafür. Auch einige Deutsche haben — von zwei direkten Mitarbeitern abgesehen — daran mitgewirkt: Sie übernahmen nicht nur die Übersetzung, sondern auch die „Bearbeitung".

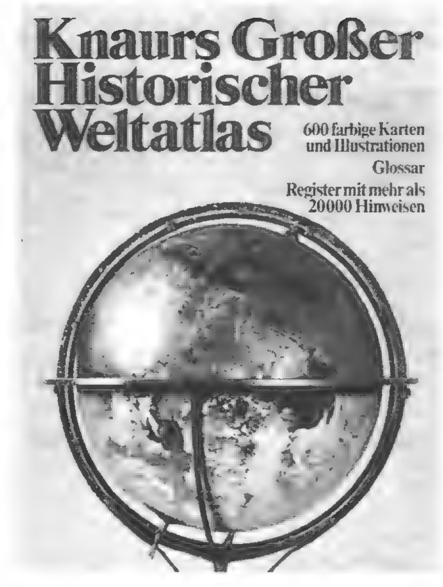
Und da fragt sich der verstörte Leser zuweilen, ob sie denn hätte sein müssen. Wer nur die deutsche Fassung vor Augen hat, weiß nicht zu sagen, ob einige fragwürdige Formulierungen (einer „strategisch wichtigen Festung" galt beispielsweise der Bastillesturm vom 14. Juli 1789) des im großen einsichtigen und im ganzen durchaus informativen Textes angelsächsischen oder neudeutschen Ursprungs sind.

Da gibt es etwa eine Kartenunterschrift, die — im Ernst — so beginnt: „Columbus wollte über Amerika nach Osten", obschon der Entdecker doch nur eines gewollt hatte: auf dem westlichen Seeweg nach Indien gelangen.

Ähnlich beginnt der Text zu den Karten im Columbus-Umkreis mit einem Satz, der gleichsam in den Boden stampft, was Barraclough in der Einführung als These und der Atlas bis dahin als deren Illustration geboten haben: „Die Entdeckung Amerikas durch die Spanier und die Ankunft der Portugiesen in Indien bewirkten, daß Handel und Finanzwesen, die bisher hauptsächlich auf den europäischen Kontinent beschränkt waren, sich nunmehr rasch bis in ferne Winkel ausdehnten."

Und zwei Seiten später heißt es ähnlich, erst mit der Landung europäischer Schiffe in Amerika, Afrika und Asien seien „die Barrieren der Unwissenheit und Abgeschiedenheit" durchbrochen worden.

Woher mag es da wohl kommen, daß die Wirtschaft der arabischen und der christlichen Hochkultur im Mittelalter „vom Gold Afrikas abhängig" war? Und warum nennt ein weiterer Atlas-Autor das China des 13. Jahrhunderts „viel volkreicher und wohlhabender, seine Gesellschaft viel geordneter und stabiler, seine Wissenschaft und Technologie viel fortgeschrittener als jene des zeitgenössischen Europa"?

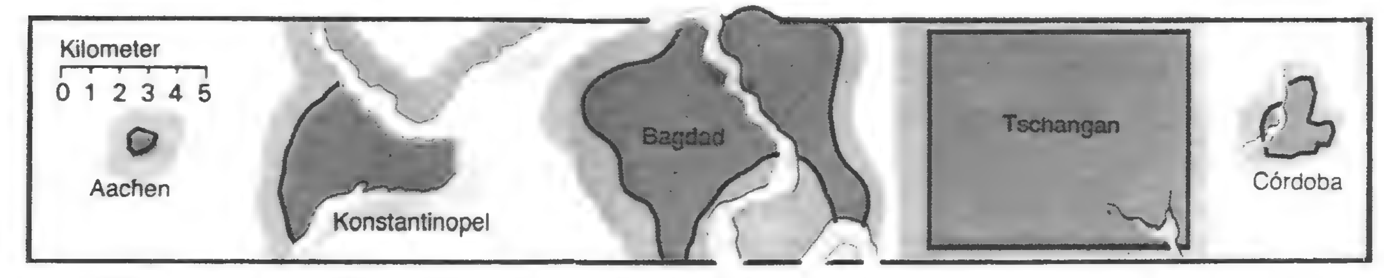


Neuer Historischer Weltatlas
Auf Glanz, Gloria und Absatz getrimmt

Chinesische Handelsschiffe fuhren jedenfalls ständig nach Indonesien, Indien und bis zum Persischen Golf, und von 1405 bis 1433 unternahm Admiral Cheng-ho sieben Entdeckungsreisen, die ihn bis Dschidda in Saudi-Arabien und Mogadischu in Somalia führten.

Erst die Erfindung eines (wie Toynbee sagte) sozusagen nicht mehr verbesserbaren Segelschiffstyps durch die Portugiesen — aber auch die Abwendung von den Strukturen, Plänen und Produkten der eigenen technischen Zivilisation im China der Ming-Zeit (1368 bis 1644) trugen entscheidend zur Vorherrschaft der europäischen Seemächte bei.

Wie es aber um Europas Zivilisation im Jahre 814, dem Todesjahr Karls des Großen, bestellt war, zeigt eine instruktive Karte, die Hauptstädte damaliger Großreiche miteinander vergleicht.



Hauptstädte der Franken, Oströmer, Araber, Chinesen, Mauren im Vergleich (814): Karl der Große hatte keine feste Residenz

Gleichsam ein Weltwunder war die chinesische Hauptstadt Tschangan mit zwei Millionen Einwohnern (inklusive Vorstädten). Sie bildete ein Rechteck von 9,4 mal 8,4 Kilometern und war von schnurgeraden Straßen durchzogen, mit einer 153 Meter breiten Hauptstraße.

Auch Bagdad, die Hauptstadt des Kalifen, war nur 52 Jahre nach ihrer Gründung bereits 90 Quadratkilometer groß und eine Millionenstadt. Konstantinopel, die Hauptstadt Ostroms, hatte hingegen eine Viertelmillion Bewohner, aber ein großes, teilweise unbebautes Areal.

Größer als sie war in Europa Córdoba, die Hauptstadt des moslemischen Spanien. Hier wohnte eine halbe Million Moslems, Christen und Juden. Ein Zeitgenosse berichtete, in der Hauptstadt der Mauren habe es 471 Moscheen, 213 077 Häuser für Arbeiter und Händler, 60 000 Wohnsitze für Beamte und Höflinge, dazu noch 80 455 Läden gegeben.

Das Frankenreich Karls des Großen wiederum besaß keine ständige Hauptstadt, und Karls häufige Residenz Aachen, wo er eine große Kaiserpfalz mit Kapelle errichten ließ, zählte höchstens 3000 Einwohner.

Kein Wunder, daß ein Atlas-Historiker Karls Franken-Europa mit der bulgarischen Militärmonarchie der Zeit vergleicht und es letztlich nur als „Eroberung einer barbarischen Kriegerschar" ansieht, ein Reich, das ohne die Organisation notwendiger Stabilität schnell wieder zerfallen sei.

Das erreichte Ziel, die Weltgeschichte aus solchen Ursprüngen der verschiedenen Kulturen und deren ständig wechselndem Neben-, Gegen-, aber auch Miteinander bis hin zum katastrophisch uneinigen „Weltdorf" (McLuhan) von 1975 anschaulich gemacht zu haben, ist das entscheidende Verdienst dieses historischen Großatlanten.

Angesichts solcher Qualität fallen Einzelfehler, vornehmlich in den großen Erläuterungstexten, nicht allzuschwer ins Gewicht — auch wenn es manche Kritiker hart ankommen mag, statt eines gescheiten Textes vulgärsoziologisches Gequake als Kommentar zur Französischen Revolution von 1789 vorgesetzt zu bekommen.

Ein offener Widerspruch blieb freilich angelsächsischen wie deutschen Redaktoren in gleicher Weise verborgen: Auf Seite 222 heißt es, 1890 seien die Vereinigten Staaten „die führende Industriemacht der Welt" gewesen, auf Seite 250 hingegen, Deutschland sei „am Ende des (19.) Jahrhunderts zur stärksten Militär- und Industriemacht der Welt geworden".

Das wird sich ja wohl noch feststellen lassen.

Rudolf Ringguth



smooth.
Johnnie Walker
Old Scotch Whisky
HIGHEST
AWARDS
Der Tag geht – Johnnie Walker kommt.
Born 1820 – still going strong.

Reinhard Baumgart über Botho Strauß: „Rumor“



Strauß

King Lear, 42, Beruf: Seher

Botho Strauß, 35, gehört mit „Trilogie des Wiedersehens“ und „Groß und klein“ zu den meistgespielten jungen Bühnenautoren. „Rumor“ ist, nach Erzählungen wie „Marlenes Schwester“ und „Die Widmung“, sein erstes großes Prosawerk.

Bekker, der Held dieses Prosastücks, betritt dessen erste Seiten mit deutlichem Trommelwirbel. Der Mann scheint, wenn auch gründlich verlottert, so doch ein verlottertes Genie. Viermal ist er schon von seiner Arbeitsstelle, dem Institut für Nachricht (IfN), abgesprungen, um sich in obskuren Forschungsprojekten zu verausgaben.

Jetzt wird der lästige Hochbegabte, 42 inzwischen, die alte Arbeitsheimat wohl wieder betreten und dann vermutlich das restliche Leben, zur Ruhe gestellt, dort verbringen. Oder aber, wie er süchtig träumt, den Machtkampf mit dem Chef endlich austragen.

Da bahnt sich offenbar eine geläufige Konstellation an: die Institution und der Außenseiter, ein Endkampf um Anpassung, Domestikation, die Urszene mit dem Übervater (Chef „Zachler, das Weltschwein“), vielleicht auch ein Untergang in „Freiheit“. Schon beginnt das Institut bedeutungshaft zu schimmern wie eine von Kafkas Behörden.

So denkt man. Es kommt aber wieder einmal anders als gedacht, erst etwas, dann sehr. Wie überhaupt dieses Buch dem Leser (bewußt oder unbewußt) dauernd Erwartungen aufbaut, die dann stillschweigend abgeräumt werden.

Zunächst jedenfalls scheint es so, als werde mit Bekker eine Figur versucht, die vor allem Mundwerk, Denkwerk ist, einer jener Verbal-Tobsüchtigen, Alleingangsphilosophen und Bauchredner eines unübersehbaren und doch verschwiegenen Unheils, wie sie auch (milder, humanistisch) die Bücher von Saul Bellow oder (ähnlich) die von Thomas Bernhard bevölkern. Auch in Bekkers Hirn brennt dauernd apokalyptisches Feuerwerk ab. Wenn er den Mund aufmacht, dem dann seitenlange Suada entströmt, weiß man nicht: träumt er Erlebtes nur nach oder erlebt er Geträumtes?

Stadtstreicher oder bis zum Irrsinn beflissene Angestellte, auf Reste herunteramputierte Körper oder in nur noch Medienerlebnisse hineinverkabelte Menschenwesen — alles wird diesem Kopf zu einem „Beleg“ für die heillose Zeit. Totalwut und -schmerz suchen ihn heim.

King Lear (42) trabt durch die Bundesrepublik, dachte ich schon, und richtig, er findet auch seine Cordelia, Tochter Grit („Das Kind führt einen Stammler über Land“), ein etwas schales, wenn auch freundliches und hübsches Mädchen, das dem Vater immerhin mit lässiger Geduld zuhört. Eine Cordelia also ist sie leider nicht. Und damit beginnt, statt der großen Weltabrechnung, eine kleinere Geschichte, eine von Straußens fatalen Liebesaffären.



Botho Strauß: „Rumor“ Hanser Verlag München 236 Seiten 25 Mark

Vater Bekker hat nämlich bald die Vision, womöglich wäre die Lösung, sich einfach auf Tochter Grit fallen zu lassen — und das im wortwörtlichen Sinn: „Vollkommenes Verschwinden. Höchste Weihe der Liebe ohne Zweck und die Feier ihrer gesellschaftswidrigen Natur, Blutschande. Und kein Spiel ist dabei, keine Träume mehr, keine Ironie ...“

Die Ironie aber folgt auf dem Fuße: die Tochter wird auf einen Schlag erbärmlich und auch ekelerregend krank. Statt der inzestuösen Geliebten sieht der große Stammler einen um Schmerzfreiheit, Stuhlgang, Überleben kämpfenden, wenn auch jungen Kadaver vor sich. Straußens Geschichte, nach groß orchestriertem Anfang in eine kleine, schrecklich präzise Kammermusik überführt, ist auf ihrem Scheitelpunkt und der Mitte ihrer Strecke angelangt. Kurz darauf klinkt die Komposition langsam aus.

Zwar, Strauß macht auch in der zweiten Hälfte seines Buches noch weiterhin Wortmusik, schreibt Seite für Seite eine Prosa, die an Dichte, Dissonanz, Materialbeherrschung, an Wahrnehmungsschärfe und Irritationskraft, an vor Wut und Trauer bebender Grazie heute ihresgleichen sucht.

Nur, diese Sprache bewegt sich immer freier durch den Buchraum, als wäre da das Tagebuch eines Entsetzens zu schreiben und keine Erzählung mehr fortzuführen. Ihre Befunde lösen sich von der Hauptfigur, ja, zuweilen hatte ich das Gefühl, es stünde Held Bekker ergriffen neben mir, dem Leser, als ein weiterer Zuschauer, Zuhörer, Bewunderer dieser Prosa.

Fast zuviel, beliebig viel an alltäglichem Horror fällt dem Autor auf Krankenhausfluren, Parkpromenaden, Pizzeriagestühl nun ein und ins Buch. Jede Nebenszene kann zum Höhepunkt werden. Jeder Satz möchte ein Triumph sein, und viele, zu viele Sätze sind das auch: Triumphe eines im genauen Notat schon glanzvoll überwundenen Genauigkeitsekels. „Es riecht nach Kartoffelsuppe und Wundverband“, auf einem Krankenhausflur nämlich. So etwas sitzt natürlich. Vielleicht ein bißchen zu gut und schnell und sicher?

Ich weiß, auch das sind zu schnelle, zu sichere und selbstgerechte Fragen. Das Entzücken an der hier so blitzend notierten Elendswelt des Botho Strauß macht den Zuschauer schnell zum Voyeur und diesem ein schlechtes Gewissen, das er gern an den Autor zurückreichen möchte. Ich weiß, auch den Verlust an Erzählung im zweiten Teil dieses Buches könnte man eine Befreiung, einen Reichtum nennen. Und doch interessiert mich, wie es zu dieser imponierenden Ab- und Ausschweifung, zu dieser Prosa aus Fragmenten und Seitenblicken kommen konnte.

Offenbar hat es Strauß drauf angelegt, nun auch in einer Prosaarbeit sich herauszuschreiben aus seiner Begabung für jähe, kleine, schlagende Skizzen, so „aufs Ganze“ zu gehen wie in seinem vierten Bühnenstück „Groß und klein“, also von einer Mittelpunktfigur aus den

riesigen Schutthaufen des BRD-Alltags in einem Panoramaschwenk abzuleuchten.

Auf der Bühne stand im Zentrum Lotte aus Lennep, eine Frau mit weiter Seele, aber eher dämmerigem Kopf. Bekker dagegen, diese Genieruine, ist gefährlich großformatig angelegt. Diesem lodernden Menschen ist mit Straußscher Kleinstrichpräzision kaum und schon gar nicht mit den Miniatur- und Karikaturtechniken beizukommen, mit denen sich Strauß seine Ebenbilder, die Berufsintellektuellen, bisher gern vom Leibe gehalten hat (vom Leibe ist hier wohl richtig gesagt: mit Liebe schreibt Strauß nur auf Kreatürliches zu, und als kreatürlich beliebt er, wie so viele vor ihm und neben ihm, vor allem Frauen zu sehen).

Immer wieder wird offenbar die Anstrengung zu groß, eine ins Riesige entworfene Figur in einer eher zierlichen, preziösen Genauigkeitssprache dauernd fest, sichtbar und fühlbar zu halten. Also entläuft die Prosa lieber ihrem wichtigsten Gegenstand und tobt auf eigene Faust durch Buch und Welt. Vielleicht auch, weil es Strauß an einer einfachen, grundsätzlichen und, wie ich fürchte, unverzichtbaren epischen Tugend fehlt, weil er nicht genügend Ausdauer, Geduld für seine Hauptfigur aufbringt.

Er ist mit solcher Energie zerstreut und reizbar, so neugierig, daß er diesen in seinen Wahn verrannten, also auch monotonen Menschen ganz gern vorübergehend vergißt und sitzenläßt. Plötzlich taucht Bekker immer wieder auf. Und an diesen Wiedersehen merkte ich: ich habe ihn vermißt.

Immerhin, das Buch trägt nicht (wie „Werther“ oder „Lenz“ oder „Herzog“) den Namen seines Helden als Titel. „Rumor“ heißt das Programm, was soviel wie undeutlicher Lärm bedeutet. Rumor, das Zeichen eines ungenauen, deutlichen Chaos, spürt Bekker in Welt und Kopf. Ihm behagt das, könnte es doch die versteinerten Ordnungen endlich sprengen:

„Die Unordnung, die immer noch unterdrückte Rede des Ganzen, ein Rumor bloß, aber überall stärker hervordringend. Wenn die erst laut wird, wenn gar nicht mehr regiert und geregelt werden kann und Anarchie die Wirklichkeit ist, dann wird der einzelne zuerst unter wuchtigem Druck taumeln, und es wird ihm der Geschichtssinn platzen wie ein Trommelfell . . .“

Bekker also taumelt schon jetzt und mit ihm, streckenweise, das Buch. Streckenweise, denn immer wieder leistet die Straußsche Virtuosität Bekkers visionärem Chaos wohlgeordneten Widerstand. Ungeheuer zungenfertig kann sich Entsetzen äußern. Selten schlägt ein beteuerter Schmerz voll durch, weil aus seiner geglückten Formulierung sofort etwas wie Heiterkeit aufstrahlt. Das Buch ist ja, insofern

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Kishon: Paradies neu zu vermieten** Langen-Müller; 24,80 Mark	(1)
2	**Tolkien: Der Herr der Ringe** Klett-Cotta; 39,80 Mark	(2)
3	**Forsyth: Des Teufels Alternative** Piper; 34 Mark	(3)
4	**Bredow: Kartoffeln mit Stippe** Scherz; 26 Mark	(4)
5	**Hailey: Hochspannung** Ullstein; 36 Mark	(5)
6	**Konsalik: Sie waren Zehn** C. Bertelsmann; 34 Mark	(6)
7	**Paretti: Maria Canossa** Droemer; 29,80 Mark	(8)
8	**Bombeck: Wenn meine Welt voll Kirschen ist** Lübbe; 26,80 Mark	(7)
9	**Baer: Die Magermilchbande** Knaus; 29,80 Mark	
10	**Böll: Fürsorgliche Belagerung** Kiepenheuer & Witsch; 34 Mark	(10)

SACHBÜCHER

1	**Christiane F.: Wir Kinder vom Bahnhof Zoo** Stern-Buch; 18 Mark	(1)
2	**Scholl-Latour: Der Tod im Reisfeld** DVA; 32 Mark	(2)
3	**Schmid: Erinnerungen** Scherz; 45 Mark	(3)
4	**Wallraff: Zeugen der Anklage** Kiepenheuer & Witsch; 16,80 Mark	(4)
5	**Haffner: Anmerkungen zu Hitler** Kindler; 16,80 Mark	(6)
6	**Messner: K 2** BLV; 39,80 Mark	
7	**Kissinger: Memoiren** C. Bertelsmann; 56 Mark	(5)
8	**Engelmann: Wie wir wurden, was wir sind** C. Bertelsmann; 36 Mark	(7)
9	**Fischer-Fabian: Preußens Gloria** Droemer; 34 Mark	(8)
10	**Ehlebracht: Haltet die Pyramiden fest!** Econ; 34 Mark	(9)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom

Taschenbuch-Bestseller

ERSTAUSGABEN

1	**Fischer-Weltalmanach '80** Fischer; 9,80 Mark	(2)
2	**Papa, Charly hat gesagt . . . (Band 3)** Rowohlt; 3,80 Mark	(3)
3	**Konsalik: Auch das Paradies wirft Schatten** Goldmann; 5,80 Mark	(1)
4	**Brede: Lohnsteuerberater 1980** Heyne; 4,80 Mark	(4)
5	**dtv-Atlas zur Biologie (Band 2)** dtv; 11,80 Mark	
6	**Freud für Anfänger** Rowohlt; 5,80 Mark	
7	**Konsalik: Liebe läßt alle Blumen blühen** Bastei; 5,80 Mark	
8	**dtv-Atlas zur Biologie (Band 1)** dtv; 11,80 Mark	(8)
9	**Konsalik: Der Fluch der grünen Steine** Goldmann; 5,80 Mark	
10	**dtv-Atlas zur Weltgeschichte (Band 2)** dtv; 11,80 Mark	

LIZENZAUSGABEN

1	**Fromm: Kunst des Liebens** Ullstein; 3,80 Mark	(2)
2	**Fynn: Hallo Mister Gott, hier spricht Anna** Fischer; 3,80 Mark	(1)
3	**Fromm: Haben oder Sein** dtv; 6,80 Mark	(4)
4	**Küng: Unfehlbar?** Ullstein; 5,80 Mark	(3)
5	**Kempowski: Tadellöser & Wolff** dtv/Goldmann; je 9,80 Mark	(5)
6	**Orwell: 1984** Ullstein; 7,80 Mark	(9)
7	**Hackett: Der Dritte Weltkrieg** Goldmann; 7,80 Mark	(7)
8	**Tolkien: Der kleine Hobbit** dtv; 6,80 Mark	(6)
9	**Frank: Das Tagebuch der Anne Frank** Fischer; 4,80 Mark	(10)
10	**Konsalik: Das Doppelspiel** Heyne; 6,80 Mark	(8)

Fachmagazin „Buchreport".

hält es Visionär Bekker die Treue, aus einer konsequenten Zuschauer- und Räsonierhaltung geschrieben.

Und doch gibt es immer wieder Momente, wo es auch Strauß stockend die Sprache verschlägt, wo sein Zuschauen etwas Schmerzhafteres wird als bloß Mitleiden, wo die fürchterliche Tonleiter von Entsetzen, Ekel, Scham, Erbarmen und wieder Ekel durchlaufen wird. Dann entkommt dieser Autor all seiner Genauigkeitsanmut.

So passiert, auch wenn seine Handlung schlingert, unendlich viel in diesem Buch, das mit gutem Grund jede Gattungsbezeichnung verweigert (nur der Verlag nennt werbend die 233 Seiten einen Roman). Aber zur Erzählung findet es erst gegen Ende zurück, wenn Bekker endlich wieder aus seiner Wut- und Klagehaltung herausfällt und eine Aktion riskiert.

Einer Truppe illegaler Pakistani dient er sich selig lügend als ihr Gönner und künftiger Arbeitgeber an. Endlich Menschennähe, Solidarität und auch „der ersehnte Dunstkreis der ganz anderen Erde". Doch dem Anfall von Liebe folgt ebenso jäh ein Anfall von Liebesverrat: Bekker verpfeift die Truppe der Polizei.

„Der starre Myste hat einen Knacks bekommen", er sinkt ins Erbärmliche, und schon rückt die Straußsche Prosa wieder näher an ihn heran. Der Mann wird nun wirklich zur Kreatur, sabbernd und immer schweigsamer, ratlos in sich hinein verfallend. Letzte Stammelbefunde: „Ich bin wahrscheinlich alt, und draußen ist fast nichts mehr. Sommer, Winter und Konsorten, ja, gibt es noch. Doch das freut wenig . . . Der Mensch steht unschön ab vom Erdenrund."

So etwas Lästiges wird die patentere Tochter Grit bald aus der Wohnung werfen müssen, und das tut sie. Doch während wir schon meinen, auch diese Geschichte würde, wie fast alle, in einem stillen Schlußpunkt versickern, öffnet sie Strauß mit einem seiner wunderbar genauen Unheimlichkeitssätze in letzter Minute ins Unendliche, auf eine mögliche Fortsetzung hin. King Lear und Cordelia, sie sind noch nicht fertig miteinander.

Und spätestens jetzt wußte ich wieder, daß hier eines der immer seltener werdenden Bücher zum Zwei- und Dreimallesen auf mich wartet. Dann wird auch die Frage, wie geglückt oder unglückt das Ganze wäre, glücklich verblassen. Jeden Abend im Fernsehen durchleben einleuchtende Menschen einleuchtende Probleme, glatte Gleichungen mit keiner Unbekannten. Schon das treibt zurück in Bekkers Rumor und Labyrinthe: „Sehen wir uns um in dieser dreckigen kleinen, biestigen, engen, zerzausten Verdammnis . . ." ◆

Jandls kategorischer Konjunktiv

Hellmuth Karasek über die Berliner Aufführung „Aus der Fremde"

Zwei Personen, ein Mann und eine Frau, beide nicht mehr die Jüngsten, so um die Fünfzig, sitzen bei Tisch und beenden gerade ihr Abendessen.

Aber sie fragt nicht: „Willst du noch etwas essen?" Und er fragt nicht zurück: „Bist du auch tatsächlich satt?"

Statt dessen reden die beiden voneinander in der dritten Person und im Konjunktiv der indirekten Rede — so als würde von ihnen, die doch leibhaftig auf der Bühne sitzen und essen und reden und Theater spielen, nur erzählt: „Ob er noch etwas wolle", sagt die Frau. „Ob sie auch tatsächlich satt sei", repliziert der Mann. Und so fort, immer im Konjunktiv, unerbittlich in der dritten Person, einen Abend lang, allein, zu zweit, zu dritt:

Fast drei Stunden lang, in denen nichts passiert, außer daß zuerst zwei und gegen Ende drei Freunde zusammen zu Abend essen und dazu Wein oder Whisky trinken und daß dazwischen ein Mann zu Bett geht, aufsteht, einkaufen geht, viel raucht, wenig zu trinken versucht und unter vielen Qualen etwas schreibt — nämlich das Stück, das hier beschrieben wird.

Ein Witz? Ein auf Abendlänge gewalzter Kalauer, der noch dazu Grammatik und Dramatik verwechselt?

Dem österreichischen Sprachschnitzer und Lyriker Ernst Jandl, 54, sind mit seinem ersten abendfüllenden Stück gleich eine ganze Reihe paradoxer Kunststücke gelungen:

Ein Stück, das von schriftstellerischer Impotenz handelt — und das auf die potenteste Weise tut. Fähiger ist noch nie die Unfähigkeit zum Schreiben auf die Bühne gebracht worden.

Ein Stück, das von der selbstauferlegten Isolierhaft eines Schriftstellers erzählt — und doch ein Wunder an gesellschaftlicher Kommunikation ist.

Ein Stück, das von Einsamkeit und depressiver Trauer eines Mannes erzählt, dem noch seine einzige Beziehung, die zu einer ebenfalls schriftstellernden Freundin, allabendlich mißrät — und das doch ein umwerfend komisches, schier grenzenlos heiteres Stück ist. Das von einer Beziehung handelt, die als zarteste Zweisamkeit noch die einsamsten Stunden erwärmt.



Jandl-Darsteller Fitz, Jandl-Aufführung: Zuhause in der Fremde

Ein Stück, das so abstrakt und unpersönlich ist, daß es sich die abstraktesten und unpersönlichsten Mittel der Sprache borgt, eben den Konjunktiv und die dritte Person — und das doch von einer geradezu versessen autobiographischen Bekennerwut beherrscht wird: Es zeichnet da Jandls Selbstporträt, sein Verhältnis zur Kollegin Friederike Mayröcker.

Und erzählt doch, so allgemein wie nur möglich, von ritualisierten täglichen Überlebensstrategien: Die gegen die Leere angesetzte marottenhafte Pedanterie, die gegen das Alleinsein geführten Selbstgespräche, das Aufschieben der Arbeit durch panische Geschäftigkeit: Jandl Jedermann in der Altbauwohnung.

Ein Stück schließlich, das mit bodenloser romantischer Ironie erfolgreich so tut, als sei es so unabgeschlossen, daß

es sich im Spielen eben erst schriebe — ein solches Stück ist in Wahrheit in sich so perfekt geschlossen wie ein kunstvoller Zirkel: Jandl oder die Quadratur des Kreises.

In der Aufführung an der Schaubühne am Halleschen Ufer in Berlin (es ist, nach Graz, die zweite von „Aus der Fremde") erlebt man, was man als Kind erlebte, wenn man ein Bilderbuch sah, auf dem ein Kind war, das ein Bilderbuch ansah, auf dem ... Man verliert, auf lustige, seltsame, erschreckende Weise den Boden unter seinen Füßen, wenn der Schauspieler Fitz als Autor Ernst Jandl sich vorstellt, wie einst ein Schauspieler Peter Fitz einen Autor Jandl sprechen und spielen könnte ...

Die witzig-kluge Inszenierung der Dramaturgin Ellen Hammer (es ist ihre erste) weiß, daß man die Wirklichkeit nur dann ins Surreale verschwimmen lassen kann, wenn man ihr zunächst feste Umrisse gibt.

Also baut sie den drei Personen dieses Ein-Personen-Stücks eine Wohnstube (Bühne: Antonio Recalcati), die ganz und gar wirklichkeitsnah ist und gleichzeitig ein zum Bühnenraum umgesetztes expressionistisch flammendes Gemälde (nämlich Ernst Ludwig Kirchners „Interieur").

Daß diese Mischung aus Oper und Wirklichkeit, aus Tremolo und Selbstgespräch, aus Obsession und Trivialität, aus hastig gerauchten Zigaretten und ebenso hastig ausgestoßener Weltverzweiflung sich mit nahezu traumhafter Selbstverständlichkeit ereignet, lag (neben Christiane Oesterlin und Gerd Wameling) vor allem an dem phänomenalen Peter Fitz, der sich mit der Jandl-Figur die Rolle seines Lebens zu erspielen schien.

Dieser Mensch, der in ständig nervöser Verklemmung die Füße gegeneinander rieb, mit boshaft masochistischem Künstlerfuror seine Manuskripte vom Tisch fegte, um sie mit einer erschrockenen Sanftmut wieder einzusammeln, war ein schrecklich Normaler, der mit seinen Blicken zur Decke dauernd den Wahnsinn streifte, anrührend, liebenswert, abstoßend, bedrohlich und mitleidheischend, von grenzenloser Banalität und ebenso grenzenlos absonderlich genial.

Fitz spielte die Einsamkeit des Schriftstellers beim Schreiben und die komisch-tragische Nummer von einem in seinen schützenden vier Wänden verödenden Zeitgenossen, der, wie ein Hamster im Tretrad, mit Tabletten, Whisky, Zigaretten und dem Telephon jeden Moment ums Überleben kämpft — nur daß er zusätzlich auch noch an Marterinstrumente wie Bleistift und Schreibmaschine gebunden ist.

Und an den Konjunktiv der dritten Person, der in dem Tischgebet gipfelt: „Käme Herr Jesus, wäre er ihr Gast und würde er segnen, was er ihnen bescheret hätte ..." ◆

Unsichtbares Übel

Mit geeigneten Filtern bekämpfen Fluggesellschaften ein Leiden, das beim Langstreckenflug in großen Höhen auftritt: die Ozon-Krankheit.

Für John F. Garfield, Flugkapitän der Pan American World Airways, war die Diagnose klar: weibliche Hysterie.

Immer häufiger klagten Stewardessen an Bord seines Großraum-Jets über Benommenheit und Kopfweh, Dauerschnupfen, Brennen in den Augen sowie Hustenreiz — und zwar, wie Garfield meinte, ohne jeden Grund: „Sie sind wie Schulmädchen, wenn eine in Ohnmacht fällt, ahmen die anderen sie nach."

Erst als sich die Fälle häuften und auch Passagiere unter den Beschwerden litten, wurde die neue Art von Reisekrankheit ernstgenommen: Ungewöhnlich hohe Konzentrationen giftigen Ozons, so befand die US-Luftfahrtbehörde FAA im Frühjahr 1977, hätten die Leidenszustände bewirkt. In einigen hochfliegenden Langstreckenmaschinen hatte die Kabinenluft einen sechsmal so hohen Anteil des dreiatomigen Sauerstoffs enthalten, wie Amerikas Gesundheitsbehörde bei Arbeitsplätzen in der Industrie für zulässig erklärt hat.

Nur zögernd reagierten die Fluggesellschaften anfangs auf die FAA-Botschaft. United Airlines etwa rieten ihren Piloten, bei einer Reizung durch Ozon Sauerstoffmasken aufzusetzen; die Flugbegleiter sollten währenddessen Mund und Nase mit Hilfe feuchter Tücher schützen.



Passagiere im „Pan Am"-Jumbo
Hustenreiz und Brennen in den Augen

Pan Am reduzierte zeitweilig die Reiseflughöhe von Übersee-Maschinen auf 11 800 Meter, um die Jet-Krankheit gleichsam zu unterfliegen: In 15 000 Meter Höhe, wo die Ozonhülle der Erde anfängt, waren die Symptome 1976 erstmals registriert worden, als die Boeing-747-Version SP („Special performance") von Pan Am in Dienst genommen wurde. Sie ist, da im Rumpf etwas kürzer, leichter als der größere Bruder und kann in dieser Höhe ganz besonders treibstoffsparend fliegen.

Nun aber, knapp vier Jahre nach den ersten Fällen von Ozonvergiftung, sind die US-Airlines amtlich angehalten, Bordpersonal und Passagiere vor dem unsichtbaren Übel zu bewahren.

Eine umfangreiche Auflage, von der FAA letzten Monat ausgesandt, zwingt die Luftfahrtunternehmen, an Bord aller Düsenklipper Ozon-Filter einzubauen. Insgesamt 500 Passagierflugzeuge, schätzt die Behörde, sind von der Umrüstung betroffen, wobei neben den modernen Großraumflugzeugen vom Typ Boeing 747, DC-10 und Lockheeds Tristar L-1011 überraschend auch die Veteranen DC-8 und Boeing 707 filterbewehrt fliegen müssen.

Ausschlaggebend für den Beschluß waren Befunde, die im Institut für Luftfahrtmedizin der FAA in Oklahoma City gemacht wurden.

Von 83 Freiwilligen, die in einer Druckkammer ozonhaltige Luft einatmeten, entwickelten die meisten hartnäckigen Husten sogar dann, wenn die Konzentration noch unter derjenigen lag, die in den meisten Jets gemessen wurde. Luftreisende aber, die etwa von New York nonstop nach Tokio befördert werden, befinden sich fast 14 Stunden in ozonreichen Flughöhen.

Ungeklärt blieb bei den Tests in Oklahoma City der von FAA-Flugarzt Dr. Stanley Mohler geäußerte Verdacht, das Gas könne besonders jene roten Blutzellen schädigen, die Sauerstoff in die Netzhaut der Piloten-Augen transportieren; in diesem Fall wäre ihre Sehkraft ausgerechnet bei der Landung eingeschränkt.

Wetterforscher schließlich, die Meßdaten von Höhen-Ballons untersuchten, stellten fest, daß ganze Schwaden von Ozon auch bis in Flugreviere sinken, die älteren Maschinen vorbehalten sind. „Ozon ist ein permanentes Problem", so Joe Tymczyszyn, ein Ingenieur der FAA. „Unsere Daten zeigen, daß er tief genug und in ausreichenden Mengen vorkommt, um die Leute an Bord krank zu machen."

Die Fluggesellschaft Pan Am, deren Routen über den Pazifik besonders stark betroffen sind, rüstet zunächst ihre 39 Boeing-Jumbos um. Anstelle von zu schweren und wartungsintensiven Filtern aus Aktivkohle, die bislang erprobt wurden, werden nunmehr Katalysatoren installiert; sie spalten das Ozon und verwandeln es in harmlosen zweiatomigen Sauerstoff.

Den Auflagen der FAA wollen auch die British Airways und die Japan Air Lines nachkommen, während die SAS zunächst die besten Filter testen will, versuchsweise an Bord einer DC-10.

Die Lufthansa, bei der es „auch schon Klagen von Besatzungsmitgliedern gab", nimmt zunächst eine „abwartende Haltung" ein, wie eine LH-Sprecherin letzte Woche sagte. Wenn Nachrüstvorschriften von der FAA kommen, wollen sich auch die Deutschen daran halten.

Die Idee, erst einmal Ozon-Meßgeräte in LH-Langstreckenmaschinen einzubauen, um auf diese Weise das Problem zu klären, ließ sich nicht realisieren: Geeignete Meßfühler sind nirgendwo auf dem Markt erhältlich. ◆



Ozongefährdete Boeing 747 (SP-Version): 39 Jumbos werden umgerüstet

'Man hat mich of
hat mir verdamm



Von Canon: Eine Kopie wie die andere.

Es kann immer mal passieren, daß eine Kopie für ein Original gehalten wird.

Es passiert allerdings öfter mit Kopien aus unserem einmaligen, neuen Kopierer. Dem Canon NP 200.

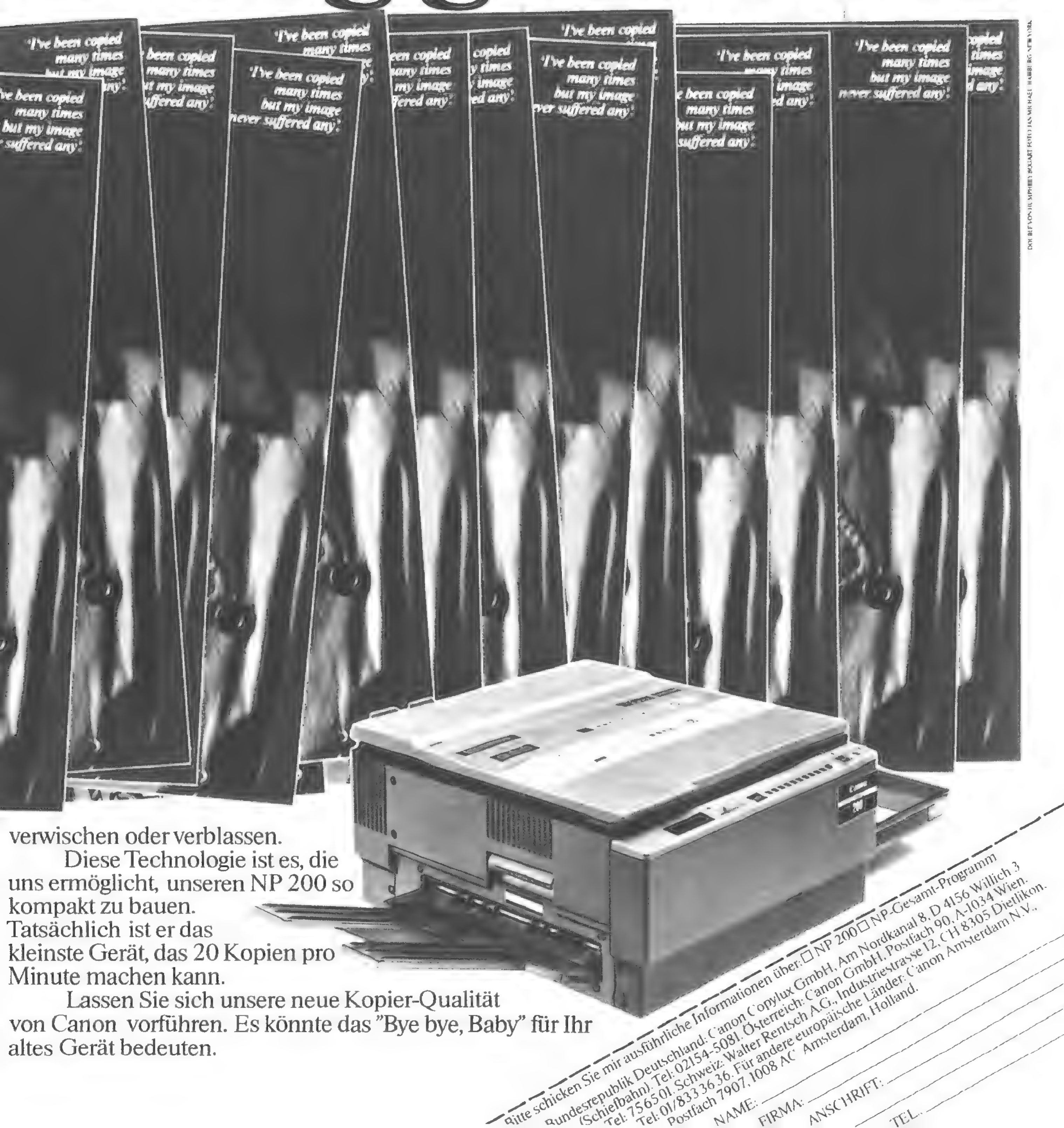
Keine Sorge, wenn Sie kein Objektiv finden. Wir haben es durch die präzisere Fiber-Optik ersetzt.

Dann ist da unser Ein-Komponenten-Toner-System, das mit ganz normalem Papier auskommt.

Zusammen ergibt das für Sie saubere Kopien mit exakten Halbtönen. Kopien, die nicht

Offizielle Kopierer, Rechner und Kameras der Europameisterschaften im Fußball 1980

t kopiert. Aber es
t wenig geschadet'.



verwischen oder verblassen.

Diese Technologie ist es, die uns ermöglicht, unseren NP 200 so kompakt zu bauen. Tatsächlich ist er das kleinste Gerät, das 20 Kopien pro Minute machen kann.

Lassen Sie sich unsere neue Kopier-Qualität von Canon vorführen. Es könnte das "Bye bye, Baby" für Ihr altes Gerät bedeuten.

Bitte schicken Sie mir ausführliche Informationen über: ☐ NP 200 ☐ NP-Gesamt-Programm

Bundesrepublik Deutschland: Canon Copylux GmbH, Am Nordkanal 8, D 4156 Willich 3 (Schiefbahn). Tel: 02154-5081. Österreich: Canon GmbH, Postfach 90, A-1034 Wien. Tel: 756501. Schweiz: Walter Rentsch A.G., Industriestrasse 12, CH 8305 Dietlikon. Tel: 01/8333636. Für andere europäische Länder: Canon Amsterdam N.V., Postfach 7907, 1008 AC Amsterdam, Holland.

NAME:

FIRMA:

ANSCHRIFT:

TEL.:

Zellengang mit leeren Tabletts



Volleyball im Hof

Warten auf Zyankali

Die Männer in dem Sonderblock von Ellis haben wenig Appetit. Es sind 130 Häftlinge, die im bestbewachten Zuchthaus des US-Staats Texas auf den Tod durch eine Injektions-Maschine warten.

Dennoch sind die Speisetabletts, wenn die Gefangenen sie nach dem Essen unter den Zellengittern durchschieben, leer. Was bei der Mahlzeit übrigbleibt, wird durch die Zellen-Toiletten fortgespült — damit die Wärter die geleerten Bretter leichter stapeln können.

Solche Formen von subtiler Anpassung und Furcht, aber auch Signale von beherztem Widerstand, sind in einem Photo-Essay sichtbar, den zwei Besucher in dem Trakt von Ellis aufgenommen haben; unter seinem Namen „Death Row", zu deutsch Todesreihe, hat ihn die Rutgers University jetzt in ihrem Blatt „Society" veröffentlicht.

Die meisten Inhaftierten in den Ellis-Korridoren „J-21" bis „J-23" konnten lange hoffen, daß ihr Urteil nicht vollzogen wird:

Im Jahr 1972 hatte Amerikas Oberster Gerichtshof das bis dahin gültige „capital punishment law" außer Kraft gesetzt. 1976 aber besannen sich die Washingtoner Richter neu: Mit einer Mehrheit von sieben zu zwei Stimmen stellten sie den Staaten Texas, Florida und Georgia anheim, die Todesstrafe wiedereinzuführen.

Als auch Jimmy Carter für die Todesstrafe eintrat, zogen noch 32 amerikanische Einzelstaaten nach. 559 rechtskräftig Verurteilte warten nun auf die Hinrichtung, die in zwei weiteren Fällen schon vollzogen wurde.



Gefangener mit selbstgemalten Bildern





Gefangene beim Schachspiel



Gefangener in der Zelle



Billy McMahon mit Bildersammlung

Todeskandidaten im Zuchthaus Ellis: Spinnen als Genossen

Das Leben in dem Block von Ellis hat vor allem jene Männer seelisch mürbe gemacht, die seit mehreren Jahren in den Zellen sind. „Es gibt nicht viel zu tun. Sie schlafen oder hängen einfach nur herum." So beschreiben Diane Christian und Bruce Jackson, die Verfasser des Essays, ihren Eindruck von dem tristen Dasein in den Todeszellen.

Eine kleine Fraktion von Schachfreunden benutzt Spielfelder aus Pappe, die sie an Schnüren außen an den Gittertüren festzurren. Die Spieler sehen voneinander nur die Hand, die den Zug macht, den Rest verdeckt die Zellenwand.

Manche Männer malen oder basteln, mit Zigarettenpackungen als Werkstoff. Billy McMahon etwa verwandelte sein Zellen-Bord in einen Schrein aus religiösem Kitsch, flankiert von Photos



seiner Frau mit Kind. Eine „Marlboro“-Schachtel, sorgfältig zerlegt, ergibt bei Billy McMahon vier Bilderrahmen.

In der Zelle von Doyle Boulware gibt es eine Briefwaage in Form einer Heroin-Spritze. Gebastelt hat er sie aus den Drähten eines Tauchsieders, dem Gehäuse eines Kugelschreibers und dem Messingblech eines Butanfeuerzeugs. Boulware, Absolvent eines „Foundation course in German“, hat inzwischen Deutsch gelernt und macht Übersetzungen.

Wie in Trance starrt Jerry Jurek, ein Todesreihen-Veteran, auf die Bilder einer Briefschreiberin aus England. Er trägt seit fünf Jahren das Urteil in der Tasche, hofft aber, daß „mich mein Anwalt irgendwie heraushol t“.

Andere Männer, die ihrem Rechtsbeistand nicht trauen, fangen an, juristische Werke zu lesen. Sie hoffen, ihren Fall neu aufrollen zu können. Einige der kämpferischen Insassen hatten drei Jahre auf die schriftliche Begründung ihres Todesurteils warten müssen. Sie beklagen, daß ihre Anwälte keine Briefe aus dem Todesblock entgegennehmen wollen.

Viele Insassen des Ellis-Trakts sind unter 22 Jahre alt, doch ihre Gesichter wirken stumpf und abgeschlafft.

Abwechslung gibt es für die 130 in den Todesreihen nur im Sommer, wenn sie auf einem separaten Teil des Zuchthaushofs Volleyball spielen dürfen. Im Herbst und im Frühling ist der Platz tief verschlammt.

Während ihre Kameraden „mit unheimlicher Energie“, wie Christian und Jackson schreiben, auf diesem Platz Bälle schmettern, suchen andere Todeskandidaten dort nach lebenden Genossen für die Zelle: nach Spinnen, die sich im Drahtgeflecht des Sportplatzzauns verbergen.

Weckgläser und Dosen dienen als Behälter für die Krabbeltiere, deren Halter sich mit Patschen aus Papier behutsam auf die Jagd nach Fliegen machen. „Das Problem ist“, erzählt einer, „die nicht mit einem Schlag zu töten. Spinnen mögen keine toten Fliegen.“

Tagsüber sind die Inhaftierten einem akustischen Inferno ausgeliefert. Acht Fernsehapparate, an die verglaste Stirnseite des Korridors montiert, übertragen unablässig Hausfrauen-Dramen, wie zum Beispiel „Days of Our Lives“. Disco-Musik plärrt aus den Lautsprechern der Zellen.

Der Tod in Ellis soll von anonymer Hand und durch einen langen Schlauch kommen. Drei Ärzte schließen ihn an Behälter mit drei verschiedenen Substanzen an — zwei davon sind harmlos, eine aber ist Zyankali-Lösung. Durch eine Kanüle fließt sie in die Armvene des Delinquenten, der angeschnallt auf einem Rollbett liegt.

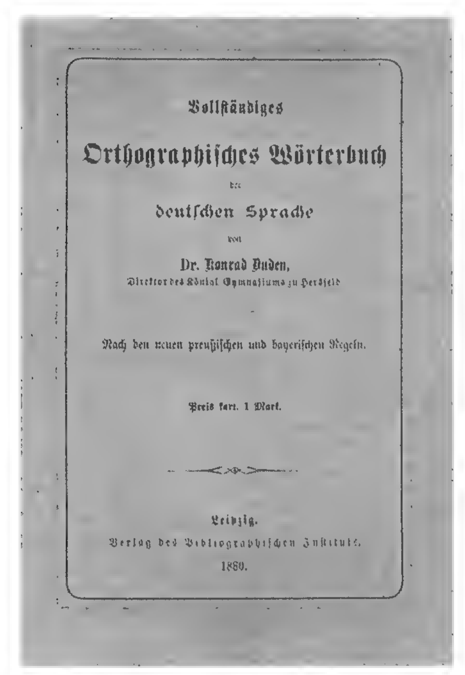
SPRACHE

Erlaubt ist, was gefällt

Obwohl der „Duden“ den Anspruch erhebt, „maßgebend in allen Zweifelsfällen“ zu sein, umfaßt auch die erweiterte 18. Auflage des Rechtschreibebuches nur knapp die Hälfte des deutschen Wortschatzes.

Die Bauchbinde wirkt aprilfrisch, und auch der Text darauf ist danach: „Die neue Sicherheit, richtig zu schreiben!“

Was da wie Intimspray angepriesen wird, ist der „Duden 80“, Deutschlands offiziöses Rechtschreibebuch, dessen 18. Auflage, „neu bearbeitet und erweitert“, letzte Woche erschienen ist*.



Vollständiges
Orthographisches Wörterbuch
der
deutschen Sprache
von
Dr. Konrad Duden,
Direktor des Königl. Gymnasiums zu Hersfeld
Nach den neuen preußischen und bayerischen Regeln.
Preis kart. 1 Mark.
Leipzig.
Verlag des Bibliographischen Instituts.
1880.



Duden 1880, Duden 1980: Keine „Pubertätlichkeiten“

Weil es außerdem genau 100 Jahre her ist, daß der Direktor des Königlichen Gymnasiums zu Hersfeld, Dr. Konrad Duden, sein erstes „Vollständiges Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache“ veröffentlicht hat, wird der neue Duden auch noch als „Jubiläumsausgabe“ gefeiert.

Wem das immer noch nicht Grund genug ist, die neue Sicherheit zu erwerben, dem wird ein in der Buchmarktgeschichte bislang einmaliges Angebot gemacht: Er kann seinen Gebraucht-Duden in Zahlung geben — zum Festpreis von fünf Mark, ohne Rücksicht auf das Baujahr.

Die fünf Mark kann der „Duden-80“-Besitzer gleich wieder investieren. Er bekommt eine Reprint-Ausgabe des ersten Duden aus dem Jahre 1880, mit dem Vorwort, in dem es heißt — und das gilt bis heute —, „daß das Publikum in dem ‚Orthographischen Wörterbuch‘ ein zuverlässiges Hilfsmittel zur Ermittelung der der amtlich aufgestellten Norm entsprechenden Schreibung empfängt“. Er kann sich aber auch die Sonderbriefmarke kaufen — Wert: 60 Pfennig —, die von der Bundespost herausgegeben wurde.

Es geht noch weiter: Nicht nur neue Sicherheit läßt sich mit dem Duden gewinnen, sondern auch eine von 30 silbernen Schreibgarnituren zum Richtigschreiben. Dafür braucht man „im großen Quiz“ nur sechs Fragen korrekt zu beantworten. Etwa die: „Zwei von diesen fünf Wörtern sind falsch geschrieben: Sonnenkolektor, Mikrowellenherd, Skateboard, Recycling, Vidiotext.“

Für schlaue Ratefüchse genügt zur Beantwortung dieser Frage eine Handbewegung zum „Duden 73“. „Kollektor“ und „Video“ lassen sich schon dort ohne Mühe finden, auch „Text“ und „Sonne“.

Warum also der Aufwand für den „Duden 80“? Die Frage ist noch leichter zu beantworten: Mit 32 bis 33 Prozent ist die Duden-Reihe am 40-Millionen-Umsatz des Bibliographischen Instituts beteiligt. Und weil das so bleiben soll, wird halt immer wieder ein neuer Duden auf den Markt gebracht — im Durchschnitt alle 5,5 Jahre.

Dabei ist man sich in der Duden-Redaktion klar darüber, daß mit der Explosion des Wortschatzes nicht mehr Schritt zu halten ist. Nur knapp die Hälfte des auf 400 000 Wörter angeschwollenen Wortschatzes der deutschen Hochsprache konnten die Duden-Redakteure auf den 701 Stichwortseiten der neuen Auflage registrieren.

Da wird es natürlich schwierig. Möchte doch die Dudenredaktion „die einzige Stelle“ sein, die „regulierend in das Sprachgeschehen eingreift und entscheidet, was richtig oder falsch ist“, die dazu beitragen will, „die Standard- oder Hochsprache zu formen und zu stabilisieren“, die festlegt, „ob ein Wort ‚dudenreif‘ ist, das heißt, ob es bereits fester Bestandteil unseres Wortschatzes ist“.

Doch auch „handlich soll der Duden bleiben“, wie der Pressesprecher des Bibliographischen Instituts erklärt, und da muß man eben Abstriche machen. So rühmt zwar die Verlagswerbung, daß der „Duden 80“ insgesamt „mehr als 200 000 Stichwörter, Bedeutungserklärungen und Beispiele“ enthalte — der „Duden 73“ gab sich noch mit „rund 160 000 Stichwörtern und Beispielen“ zufrieden —, aber tatsächlich sind nach Angaben der Redaktion in den „Duden 80“ nur etwa 6000 neue Wörter aufgenommen und dafür, nach vorsichtiger Schätzung, rund 500 alte Wörter nicht mehr aufgeführt worden — obwohl der neue Duden nur 21 Stichwortseiten mehr hat als der alte.

Freilich, schon in der Duden-Ausgabe von 1973 war deutlich geworden, was Dr. Günther Drosdowski, Leiter der Duden-Redaktion, so erklärt: „In der Sprache soll der Souverän die Sprachgemeinschaft sein. Qualitative oder sogenannte aristokratische Normen, die sich nach dem Sprachgebrauch der Dichter und besten Schriftsteller eines Volkes richten, sind heute nicht mehr vertretbar.“

Im Klartext heißt das: „Dudenreif“ ist, was gefällt, sei es, daß man es „ausdiskutiert“ oder „umfunktioniert“, dabei „frustriert“ wird oder „ausflippt“, auf die „Arschlöcher“ „pißt“ oder einen „Punk“ „bumst“.

Denn nicht „Herrschaftssprache“ wolle der Duden „konservieren“, wie der Verlag betont, sondern „die zwischenmenschliche Kommunikation erleichtern“, ein „Volkswörterbuch“ sein.

„Vielleicht“, so hoffen die Dudenmacher, „wiederhole sich dann, was im Jahre 1880 Konrad Duden mit seinem Wörterbuch gelungen sei: über eine einheitliche Rechtschreibung allen Deutschen den Zugang zu Kultur und Bildung zu eröffnen.“

Dazu gehören, laut neuem Duden, „Neutronenbombe“ und „Wegwerfgesellschaft“, „Ölkrise“ und „Pillenknick“, „Jugendarbeitslosigkeit“ und „Geisterfahrer“. In keinem Fall aber, so Drosdowski, „die scherzhaften Bildungen, wie sie vor allem der SPIEGEL produziert, zum Beispiel ‚Pubertätlichkeiten‘ aus ‚Pubertät‘ und ‚Tätlichkeiten‘“. ◆

* „Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter“. Herausgegeben von der Duden-Redaktion. 18., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Bibliographisches Institut, Mannheim; 792 Seiten; 28 Mark.

UNTERHALTUNG

So vital

Am Broadway wird auf ein neues Erfolgsrezept gesetzt: alte Musicals mit den alten Stars von damals.

Sechseinhalb Jahre lang dauerte es jeweils einen dreiviertel Theaterabend lang, dann passierte es in der Wohnung des Professors — das Blumenmädchen schaffte seinen Durchbruch.

„Es grünt so grün, wenn Spaniens Blüten blühn", formulierte Eliza alle Tage wieder ohne Stottern. Und entzückt rief da der Sprachlehrer Higgins aus: „Ich glaub', jetzt hat sie's, ich glaub', jetzt hat sie's."

Das war von 1956 bis 1962, als das Musical „My Fair Lady" am Broadway gegeben wurde. Es war dank seines Stars, des britischen Charmeurs Rex Harrison („Sexy Rexy"), ein unvergleichlicher kommerzieller Erfolg.

Offenkundig waren sechseinhalb Jahre nicht genug. Eine Generation später soll Harrison wieder ran. Voraussichtlich im Sommer dieses Jahres wird der Siebziger, längst jenseits aller Midlife-Krisen, der immergrünen Lady den Hof machen: weil, so Rexy, „ich noch soviel Vitalität in mir habe".

Heute wie damals soll ihm Cathleen Nibbits als Mutter zur Seite stehen. Sie befindet sich 1980 im immerhin biblischen Alter von 91 Jahren.

Das Comeback der Alten hat Methode. Alt- und Uralt-Musicals sind im inflations-galoppierenden Amerika derzeit eine sichere Sache.

Das Rezept ist stets dasselbe: Man nehme ein ehemaliges Erfolgsstück mit eingängigen Melodien, simpler Handlung und stelle als Clou die Stars von damals wieder auf die Bühne. Die Summe aus alten Musicals und alten Darstellern ist „offensichtlich eine todsichere Erfolgsformel", schrieb das Wirtschaftsblatt „The Wall Street Journal".

So läuft seit Monaten im New Yorker „Palace Theater" wieder einmal „Oklahoma!" und feiert „mit seiner unglaublich guten Musik" („The New York Times") Triumphe. Gleich nebenan gastieren in „Sugar Babies" mit Mickey Rooney und Ann Miller zwei Stars der 40er, beide um die 60 Jahre.

Die Erfolge sind um so überraschender, als Theater in Amerika ein unsicheres Geschäft zu sein pflegt. Nur eine von zehn Broadway-Shows spielt, tanzt oder singt zum Beispiel gewinnbringend. Jüngster Flop: „Harold and Maude", eine als Kinofilm weltweit erfolgreiche Komödie, wurde Anfang des Monats nach nur 21 Aufführungen „wegen schlechter Kritiken" abgesetzt. Produktionskosten: mehr als eine halbe Million Mark.

Mit dem Risiko vertraut, hatte sich vor drei Jahren der Broadway-Produzent Eugene V. Wolsk an das New Yorker Bankhaus Morgan Guaranty Trust Company gewandt. Obwohl „mich noch nie eine Bank finanziert hatte" (Wolsk), kam er um ein 300 000-Dollar-Darlehen ein. Er wollte das Don-Quichotte-Musical „Der Mann von La Mancha" (New Yorker Erstaufführung: 1965) wieder auf die Bühne bringen.

Die Bankdirektoren waren ohne Zögern bereit, das Geld vorzustrecken. Das machte wohl die erstklassige Referenz: Wolsk hatte den Star der Original-Show, den populären Richard Kiley, 56, wieder als ungelenken spanischen Ritter verpflichten können.

Die Zuversicht von Bank und Produzenten erfüllte sich. Kiley kämpfte monatelang in ausverkauften Theatern von Washington, New York, Pittsburgh und Los Angeles gegen Windmühlenflügel. Allein das zwölfwöchige Gastspiel in Boston langte, die Erstausstattungskosten samt Darlehen zu decken.



Erfolgsmusical „Hello, Dolly!"*
Unablässig hingeben

Zwar tingelt Kiley mit dem „La Mancha"-Musical auf eigenen Wunsch nicht mehr durch Amerika. Der Schauspieler fürchtete, eine jahrelange Tournee würde ihn zum ewigen „Don Quichotte" abstempeln.

Doch anders als Kiley lassen sich die Stars anderer Revivals von solchen Sorgen nicht ankränkeln. Sie erhalten häufig zwischen zwölf und 15 Prozent der Wocheneinnahmen als Gage. Kiley kam in Boston auf einen Monatslohn von 180 000 Dollar. Für die Altstars bedeuten die neuen Hits meist „eine Kombination von Geld und Ego-Trip", meinte das „Wall Street Journal".



Erfolgsmusical „The King and I"*
Herzerweichend sterben

Das ist offensichtlich auch bei Carol Channing der Fall, die 1964 den Welterfolg von „Hello, Dolly!" begründete. Sie lockte wochenlang 3000 Besucher ins „Theater der darstellenden Künste" von Miami Beach und gastiert nun nicht minder erfolgreich in London. Carol Channing „gibt sich ihrem Publikum Abend für Abend unablässig hin", lobte der Londoner „Observer".

Ovationen wie die Channing heimst in der britischen Hauptstadt seit Monaten auch Yul Brynner als Siam-König im Musical „The King and I" ein. Brynner hatte diesen Part erstmals 1951 am Broadway gespielt. Dort wurde das Rührstück auch 1977 mit derartigem Erfolg wiederaufgenommen, daß Brynner damit anschließend auf Tournee ging.

Wochenlang sorgte Brynner letztes Jahr für ausverkaufte Theater-Arenen von Los Angeles bis Chicago. Solche Massenveranstaltungen, bei denen die Heuboden-Zuschauer bisweilen die Bühne in einer Größe sehen, als blickten sie ins falsche Ende eines Fernrohrs, stelle „die Idee des Theaters auf den Kopf", mokierte sich die Chicagoer Theaterkritikerin Linda Winer.

Doch ihre Landsleute fochten solche Einreden nicht an. Sie kamen trotz Blizzards und Eiseskälte und besetzten die 4300 Sitzplätze des „Arie-Crown"-Theaters, um King Brynner am Ende herzerweichend sterben zu sehen.

„Sollen sie sich doch Operngläser leihen", empfahl Produzent Don Gregory den Besuchern auf den billigen Plätzen, „in der Oper tun sie's doch schließlich auch." ◆

* Rechts oben: Yul Brynner und Virginia McKenna; oben: Carol Channing.

POPMUSIK

Rostiges Messer

Die frühere Mick-Jagger-Freundin und Popsängerin Marianne Faithfull feiert ein Comeback.

In den sechziger Jahren war sie ein niedliches Schlager-Starlet mit einer Reihe polierter Hits. Aber weniger mit ihren Sangeskünsten als durch ihr Image eines Nobel-Groupies fand sie einen Platz in der Rock-Geschichte: Vier Jahre lang war Marianne Faithfull ständige Begleiterin des Rolling-Stones-Stars Mick Jagger.

Anfang der siebziger Jahre war sie dann melodramatisch aus den Klatschspalten der Boulevard-Presse gekippt. Die Heroin-Sucht hatte sie fast völlig ruiniert, und mit 25 war sie ein Wrack.

Jetzt meldet sich Marianne Faithfull, 32, wieder, halbwegs genesen von den Blessuren ihrer Talfahrt durch die Rocky Horror Show der sechziger Jahre. Die neue Faithfull-Stimme scheint von einer ganz anderen Sängerin zu kommen, sie „schneidet wie ein rostiges Messer und quält wie Zahnschmerzen" („New Musical Express").

Mit dieser zerbrochenen, aber ausdrucksvollen Un-Stimme placiert sie sich zur Zeit in den Hitlisten und feiert ein erstaunliches Comeback: Ihre LP „Broken English" und ihre Single „The Ballad of Lucy Jordan" sind Bestseller.

Und die neue Marianne Faithfull bekommt respektvolle Kritiken für die Platte, auf der sie drei eigene und fünf Songs anderer Texter und Komponisten präsentiert: Ihr „Album beweist endlich, daß Marianne schreiben und singen kann — mit genügend Ausstrahlung und Eingebung, um sie in die britische Avantgarde einzureihen", lobte der englische „Guardian".

Der Pariser „Monde de la musique" bejubelte das Werk als „faszinierendste Platte des Jahres"; für die New Yorker „Village Voice" drückt sie aus, „was ungesagt geblieben ist über Eifersucht, Schuld, Langeweile, sexuelles Besitzstreben und Unterdrückung".

Im Titelsong macht sich Marianne Faithfull Gedanken über Ulrike Meinhof, deren kompromißlose „Reinheit" sie bewundert, die ihr aber auch auf die Nerven geht: „Was lustig dabei ist: sie ist tot und ich nicht. Und die Leute dachten immer, daß ich an einer Überdosis sterben würde."



Sängerin Marianne Faithfull: „Quält wie Zahnschmerzen"

Daran wäre sie beinahe gestorben, als sie sich 1969 mit Schlaftabletten das Leben nehmen wollte. Damals ging die Liaison mit Jagger in die Brüche, dem sie zugute hält, daß er „sonntags immer das Frühstück gemacht" hat, „was sich vielleicht nicht so toll anhört. Aber die Küche war drei Stockwerke tiefer als das Schlafzimmer".

Begierig hatte die Öffentlichkeit die Affären und Skandale Marianne Faithfulls registriert. So auch ihre zahlreichen Drogen-Zusammenbrüche, die in einer Szene pittoresken Elends kulminierten: betrunken und vollgepumpt war sie auf einer Londoner Straße aufgelesen worden. An die Zeit ihrer Heroin-Misere erinnert sie nun mit der „Junkie-Hymne" („New Musical Express") „Guilt".

Im Song „Why D'Ya Do It" fetzt sie, zu messerscharfen Gitarren-Riffs und aufreizenden Rock-Klängen der mit-

reißend losspielenden Studio-Band, den Zuhörern wütend eifersuchtsgeladene Bumsgeschichten um die Ohren.

Dieses „schamlose Bekenntnis sexueller Eifersucht ohne Hoffnung auf Rache“ (US-Rock-Fachblatt „Rolling Stone“) hatte die Qualitäts-Prüferinnen im englischen Platten-Preßwerk so verstört, daß sie die derben Sex-Ausdrücke des Stücks nicht mehr anhören mochten und sich „als Frauen beleidigt“ sahen.

Durch solche Reaktionen fühlt sich die gewandelte Sängerin mißverstanden, denn in ihren Songs wettert sie gegen männliche Präpotenz und Unterdrückung: In dem Hit „The Ballad of Lucy Jordan“ (Text und Musik von Shel Silverstein) besingt sie das trübe Dasein einer vereinsamten Hausfrau, die schließlich durchdreht und sich umbringt.

Und in ihrer Version von John Lennons Lied „Working Class Hero“ wiederholt sie den sarkastischen Appell des Ex-Beatles: „Bleibt angetörnt von Religion und Sex und Fernsehen, und bildet euch ein, ihr wärt clever und klassenlos und frei.“

Mit solch starken Tönen scheint sich die ehemalige Klosterschülerin aus der englischen Provinzstadt Reading nun kräftig von den Verlogenheiten ihrer frühen Pop-Karriere freizusingen.

Und von den stürmischen sechziger Jahren, zu deren Mythos die damals unbedarft wirkende Schlagermieze geworden ist. Als sie mit 17 von dem Rolling-Stones-Manager Andrew Oldham entdeckt wurde und 1964 mit „As Tears Go By“ ihren ersten Hit gelandet hatte, „haben mich die Leute als etwas gesehen, womit man ein bißchen Geld machen könnte. Aber nie als jemand, der was zu sagen hatte.“

15 Jahre mußte Marianne Faithfull warten, bis sie sich, unverblümt und originell, so ausdrücken konnte wie heute. Der Erfolg ihrer Comeback-Platte scheint zu zeigen, daß ihr dabei mit Interesse zugehört wird.

Geballtes Sparen

Mit einem Kunststoff-Auto sucht Renault nachzuweisen, daß ein Sportauto auch Sparauto sein kann.

Er galt als Geheimtip unter Kennern. Nur rund 1000 Deutsche, unter ihnen Schauspieler Siegfried Lowitz („Der Alte“) und Fußballtrainer Udo Lattek, erwarben bisher den französischen Sportwagen. Sein Hersteller nannte ihn ein „Geschoß“, aber auch ein „Traumauto ohne die Probleme der ‚Exoten‘“.

Ausgerechnet ihn, den zu mehr als 225 km/h Höchstgeschwindigkeit fähigen Renault Alpine A 310, hoben die Manager des staatlichen Automobilkonzerns jüngst als rasendes Symbol sparsamen Benzinverbrauchs hervor. „Hohe Leistung und gepflegter Komfort können auch wirtschaftlich sein“, verkündete Francis Stahl, Generaldirektor der „Deutschen Renault AG“, als er den Autotestern auf Sizilien die neueste modifizierte Version der einstigen knüppelharten Rallye-„Flunder“ A 110 von 1961 vorstellte.

Das flache, geduckte Gefährt ist mit den 150 PS seines 2,7 Liter großen Sechszylinder-V-Motors der schwächste, mit einem Preis von 38 250 Mark der billigste unter allen kapitalen Sportwagen des Marktes. Obwohl der A 310 (Bauauflage: sieben Autos pro Tag) laut Renault „geballte Kraft“ verkörpere, sei er ein vorbildlicher Futterverwerter und somit auch bei Tempo 200 noch eine Art Sparauto: Mit einem Durchschnittsverbrauch von elf Litern konsumiere er „deutlich weniger“ als die anderen.

Auf dem Sportwagenmarkt ist die Ära der Benzinschlürfer ebenso wie in den übrigen Marktbereichen passé. Nur 317 „Exoten“ (wie etwa Maserati,



Kunststoff-Sportwagen Renault Alpine A 310: Gepflegtes Rasen



Monteverdi, Ferrari) wurden 1979 an Deutsche verkauft, seit je von einer Klientel bevorzugt, der es auf eine Neigung zu mechanischen Gebresten und chronischem Benzindurst nicht ankam. Gleichzeitig setzte die Sportwagenfirma Porsche 3737 Exemplare ihrer hochkarätigen Modelle „911 SC", „924 Turbo" und „928" ab, alles edle Gefährte mit — im Verhältnis zur gebotenen Leistung — erstaunlich sparsamen Verbrauchswerten.

Doch der 310, letztes Jahr von 347 deutschen Autofahrern erworben, unterbietet sie alle, trotz im wesentlichen gleicher Fahrleistungen. So kommt der französische Rivale bei einem gleichbleibenden Tempo von 120 km/h mit 9,2 Litern aus, fast zweieinhalb Litern weniger als der Porsche 911 SC, gar drei Litern weniger als der Porsche 928. Solche Unterschiede beruhen weder auf technischer Hexerei noch auf überlegenen Ingenieurskünsten.

Die Renault-Techniker haben vielmehr mit den Möglichkeiten eines Konzernriesen bei ihrem A 310 all das schon verwirklicht, was Konstrukteure für alle Autotypen anstreben: ein sparsames Auto durch Leichtbau und Stromform. Sie vereinigten einen Leichtmetallmotor und ein Getriebe aus der Großserie mit einem wie vom Formel-Rennwagen entlehnten Hochleistungsfahrwerk.

Über die Mechanik stülpten die Renault-Designer eine besonders strömungsgünstige Karosserie aus Kunststoff, die nur 120 Kilogramm wiegt. So kam es, daß der A 310 nicht nur schmaler und mit einer Höhe von nur 1,15 Metern flacher als alle vergleichbaren Porsche geriet, sondern auch (mit nur 980 Kilogramm Leergewicht) 180 bis 470 Kilogramm leichter als jene.

„Ein Auto mit einem gut auf der Straße liegenden, nackten, aggressiven Hinterteil", lobte Automobilkritiker Dieter Korp die Konturen und die Technik des behenden Benzinsparers. Die Techniker merzten entbehrliche Pfunde derart rigoros aus, daß sie — erstmals bei einem Hochleistungssportwagen — nur drei Bolzen anbrachten, wo andere Ingenieure vier und fünf für notwendig halten: bei der Befestigung der Räder.

Wer sich unter mancherlei Verrenkungen in die plüschigen Sitzliegen mit ihren verstellbaren Seitenwülsten gezwängt hat, bemerkt bald, daß diese Konzentration auch ihre Nachteile hat.

Im Innenraum geht es, bei allem Bedienungskomfort, derart eng zu, daß sich Platzangst einstellen kann — dazu die Sorge, das zum Schwänzeln neigende Heckmotor-Auto könnte bei hohem Tempo in langgezogenen Autobahnkurven die Fahrbahn eigenmächtig verlassen. Und der Kofferraum, wie beim ollen Käfer im Bug, hat gerade eben Platz für einen Koffer — wenn er nicht zu groß ist.

Dirigent Fischer, „Fischer Chöre" im Petersdom: „Dem lobenswerten Bemühen viel Erfolg und Gottes Segen"

„Singet dem Herrn ein neues Lied, halleluja"

SPIEGEL-Reporter Fritz Rumler über die Reise der „Fischer Chöre" zum Papst

Schon bei seiner Geburt, meinten fromme Schwestern, war Gottes Finger sichtbar. Auf der Fahrt zur Niederkunft, in einer frostigen Februarnacht des Jahres 1928, verunglückte die Mutter schwer, genas dennoch eines gesunden Knaben, den sie, auf Flehen der Schwestern, Gotthilf nannte.

Der Herr des größten Gesangvereins der Welt, der Schwabe Gotthilf Fischer, singt nun, wo es geht, das Lob des HERRN, und letzte Woche, im Faschings-Finale, eilte er ihm auch zu Hilfe. In zwei Sonderzügen, mit Namen „Die Welt singt" und „Wir wollen Gott", rollten die „Fischer Chöre" auf „Weltfriedensfahrt" — in die Ewige Stadt und zum Heiligen Stuhl.

Rund 500 Sänger und 1100 Schlachtenbummler, Pilger genannt, folgten Fischers Ruf und dem günstigen Pauschal-Angebot (Vorsaison) der Reise-Agentur Courtial; nach fröhlicher Wallfahrer-Weise stand die Reise auch unter der Devise „Näher, mein Gott, zum Bier".

Ein umfangreiches Programm harrte der Sänger und ihres Maestro. Pontifikalamt im Petersdom mit Aufführung der Fischer-Komposition „Friedensmesse"; Entgegennahme des päpstlichen Segens auf dem Petersplatz; „Festkonzert" in der Kirche San' Ignazio „zu Ehren von Papst Johannes Paul II."; Ausflug zum Kloster Montecassino, Messe daselbst, und Kranzniederlegung am deutschen Soldatenfriedhof; schließlich, am Aschermittwoch, Audienz beim Heiligen Vater.

Wo man singt, da führt man keinen Krieg, meint der kleine, überaus lockige Meister, eine geglückte Kreuzung aus Biedenkopf und Beethoven. Seine Friedensoffensive hatte ihn und seine Heerscharen vor zwei Jahren schon zum „Friedenspräsidenten" Jimmy Carter geführt. Carter und der Papst sind für Fischer „die Größten", und die sollen merken: „Da zieht einer mit, tut was!"



Fischer bei der Papst-Audienz
Dem Oberhirten ein Kirchenlied

Ins Arsenal seiner Chor-Nummern, darunter „Plaisir d'amour" und „Heimat, deine Sterne", hat der Friedensapostel deshalb letzthin viel „Sakrales" aufgenommen. „Im Sakralen", sagt er, „beginnt für mich die Welt der Musik"; manches dichtete er dabei für seine Tonsetzungen selbst („Singet dem Herrn ein neues Lied, halleluja"), für anderes griff er auf bekanntere Texte zurück wie das „Vater unser".

Dem Papst und Sportsfreund aus Polen aber widmete er etwas Spezielles: das alte Kirchenlied, das die Polen stetig anstimmten, als ihr Wojtyla, Heiliger Vater geworden, sein Heimatland bereiste. „Wir wollen Gott", geht der deutsche Text, „in unsrem Leben, wir wollen Gott in unserer Welt."

Wo denn die „Fischer Chöre" ihre tausend Füße hinsetzten, krümmte sich der Ohrwurm. Just beim Segen auf dem Petersplatz freilich wollte das „Gott"-Playback nicht kommen, die Sänger schwiegen, und des Papstes deutsch abgelesene Danksagung „für den schönen Gesang" wirkte etwas unvermittelt.

Das Pontifikalamt in Sankt Peter, so war geraunt worden, sollte Seine Heiligkeit selbst zelebrieren. Es trat jedoch nur ein Stellvertreter auf, Monsignore Gracia Pietro Altabella, Prälat und Chefsakristan von Sankt Peter. Das Bi-

bel-Wort des Tages bot Jeremia: „Gesegnet der Mann, der auf den Herrn vertraut", denn der „fürchtet sich nicht, wenn die Hitze kommt".

Hoch über seine Hundertschaften postiert, dirigierte sich Fischer, mal beschwörend, mal kokett wie Travolta, durch seine „Friedensmesse", die sich auch zu schneidigen Tätärätäs aufschwingt. Die Einsätze soufflierte ihm sein geistlicher Rat, der Stuttgarter Pfarrer Engelhart; Fischer, evangelisch, hat den katholischen Ritus noch nicht ganz intus.

Mit einem Krug Wein und einem Brotlaib, geleitet von Chormaiden, bestieg er zwischendurch den Hochaltar, Wein vom eigenen Weinberg („Beutelsbacher Burghalde") und Bauernbrot vom Schwabendorf Baach darbringend. „Gott, du liebst deine Geschöpfe", hieß es im „Tagesgebet" der Messe, „und es ist eine Freude, unter Menschen zu wohnen".

„Wir stehen auf einem Schicksalsberg", sprach Pfarrer Engelhart, als die Sänger-Karawane im Kloster Montecassino zusammentrat. Deutsche und Alliierte, darunter Polen, hatten sich im vorletzten Kriegsjahr, 1944, ein mörderisches Gemetzel um den strategisch wichtigen Felsklotz geliefert. Weil er „nicht nur Sprüche" machen wolle, sagt Fischer, gelte es „der Toten zu gedenken, die für uns gefallen sind".

Vorbei am polnischen Soldatenfriedhof (30 000 Tote) rollten Fischers Friedenskämpfer zur deutschen Krieger-Ruhestätte (20 003 Tote). In ihren von der Firma Adler geschneiderten Uniformen — gelbe Georgette-Kleider für die Damen (280 Mark), die Herren in blauen Anzügen (400 Mark) — scharten sich die Sänger zum Trauerchor ums Kreuz.

Eine einsame Trompete blies „Ich hatt' einen Kameraden", ein Kranz mit gelb-blauen Schleifen und der Inschrift „Fischer Chöre" — „Frieden" wurde niedergelegt, die eingeplante Heldenmutter mit Blumenstrauß blieb, trotz nervöser Suche, allerdings unauffindbar. Die Kranzschleife hochhaltend, ließ sich Fischer dann von seinen Lieben ausgiebig photographieren.

„Die Leute, die Kerzen auf dem Altar des Ideals anzünden", schrieb einmal der italienische Romancier Pitigrilli, „haben immer eine Kerzenfabrik hinter sich, die sie unterstützt."

Die „Fischer Chöre" sind das erstaunlichste Erfolgs-Phänomen der deutschen, somit trivialen Unterhaltungs-Industrie. 21 Platten haben die Heile-Welt-Meister bislang besungen, fünf Millionen Stück wurden in aller Welt verkauft, dreieinhalb Millionen davon in der Bundesrepublik.

Ein ingeniös verzahntes System sichert die Effizienz. 13 Gesangvereine in und um Stuttgart, ehrwürdige „Con-

cordias“ und „Liedertafeln“, bilden den 2500-Köpfe-„Stamm“ der „Fischer-Chöre e. V.“ Ein „Freundeskreis der Fischer-Chöre“, geleitet von der Fischer-Tochter Renate, 25, und dem Schwiegersohn Karl-Heinz Janicsek, 28, hält Kontakte zu einer Vielzahl anderer Sangesbrüder und kann, nach Art einer Anbauküche, bis zu 30 000 Laienkünstler für Konzerte mobilisieren.

Die „Freundeskreis“-Leiter stehen im Lohn, der „Freundeskreis“ unterm Schirm der „Europäischen Bildungsgemeinschaft“ — einem Buch- und Schallplatten-Club des Bertelsmann-Imperiums, in den man, über den „Freundeskreis“, leicht geraten kann, um Fischer-Platten billiger zu erstehen.



Fischer am Kriegerfriedhof Montecassino
„Wir stehen auf einem Schicksalsberg“

Um die Chöre für seine Weisen zu trimmen, flitzt Fischer wie ein Wiesel durch die Lande. Bei TV-Konzerten und Tourneen erwartet die Sänger dann Gottes Lohn, nämlich kein roter Heller; aber sie sehen, auf eigene Kosten, die weite Welt und auf den Plattenhüllen ihre Köpfe.

Fischer versteht sich so als Lebenshelfer. Er habe die Lokalvereine aus der „Kreisklasse in die Bundesliga“ geführt, das stärke das Ego der „einfachen Leute“, und dem Staat sei auch gedient: Wer singt, wird fröhlich „und geht am anderen Tage gern zur Arbeit“. Politik ist, klar, tabu; das überlieferte Wort von Fischers Landesvater Späth umreißt scharf die Situation: „Ich sorg’ für die Mehrheiten, und s’Gotthilfle macht die Musik.“

80 Prozent der Einnahmen, sagt Fischer, fließen in die Vereinskasse, der Rest bleibt ihm. Chor-Ausflüge wie zum Papst, barmt der Maestro, seien Verlustgeschäfte, vielleicht müsse er gar sein „Häusle“ verkaufen, das Eine-Millionen-Ding im schwäbischen Remstal.

Doch der Segen kommt von oben. Denn die Rom-Fahrt ist natürlich ein gigantisches PR-Manöver, das Ankoppeln an den Papst ein glänzender professioneller Dreh: Schon liegt die Doppel-LP „Wir wollen Gott“ vor, „aus Anlaß der Weltfriedensfahrt zum Vatikan“, mit dem Papst im Dienstkostüm auf dem Cover.

Die Lizenz fürs Konterfei hat der Heilige Stuhl gegeben, auch das Placet, das fromme Album in den vatikanischen Andenken-Buden anzubieten. Pilgrime können nun Gotthilfs Werke in alle vier Winde tragen.

„Ich bin ein einfacher Bauernbub“, sagt Fischer, „der auf seinen Acker geht und arbeitet.“ Der soll noch fruchtbarer werden, durch einen eigenen Musik-Verlag; die Rechte an „Wir wollen Gott“ hat, beispiels- und schnöderweise, der bayrische Groß-Impresario Hans R. Beierlein, der auch für die „Internationale“ Tantiemen kassiert.

So stiftete die „Weltfriedensfahrt“ rundum Gutes. Der Reise-Unternehmer Hans-Albert Courtial, der jährlich an die 30 000 Deutsche nach Rom geleitet und vor jedem Altar das Kreuz schlägt, füllte seine Vertragsherbergen; der Papst bekam Zulauf und der Gottesknecht Fischer neuen Glanz.

Klagelieder tönten nur aus Kreisen junger Sängerinnen, über unwirtliche Zimmer in den Hospizen und den Zapfenstreich um Mitternacht. Fischer, im ersten Haus am Platze abgestiegen, kontert mit eigenem Trouble: Dauernd fiel seine Badewanne um.

Krönender Höhepunkt sollte eine „Privataudienz“ beim Heiligen Vater werden, doch seinem unerforschlichen Ratschluß gefiel es, die „Fischer Chöre“ nur in der gewöhnlichen „Generalaudienz“ zu empfangen, unter 7000 anderen Pilgern. Immerhin, der PR-Handschlag Fischers mit dem Oberhirten kam zustande, und dem „lobenswerten Bemühen“ des Schwaben wünschte der Papst „von Herzen viel Erfolg“ sowie „Gottes Segen“.

Der tiefere Sinn des Fischer-Zugs blieb der katholischen Chefetage freilich nicht verborgen. „Alles Kommerz“, sagt eine hohe Stimme des Vatikans. Dem evangelischen Maestro aus dem Remstal kann es jedoch ziemlich schnuppe sein, was das Bodenpersonal des HERRN denkt.

Denn er verkehrt mit dem Allerhöchsten ohne Zwischenträger. „Ich spür“, sagt er, „den Gott in mir.“ ◆


„Ich lege mein Geld in RE-INRENTA an
...da vermehrt es sich, ohne daß ich mich darum zu kümmern brauche."
RE-INRENTA ist ein Renten-Anreicherungsfonds der DWS. Das Fondsvermögen besteht aus erstklassigen festverzinslichen Wertpapieren verschiedener Art. Die Erträge werden nicht ausgeschüttet, sondern jeweils in zusätzliche Investment-Substanz re-investiert. So wächst Ihr Vermögen automatisch, ohne daß Sie sich darum zu kümmern brauchen! RE-INRENTA bekommen Sie in über 1.300 Geschäftsstellen unserer Gesellschafterbanken ... der Deutschen Bank und weiterer renommierter deutscher Banken und Bankiers.
DWS
...denn Geldanlage ist Vertrauenssache
DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen, Postfach 2634, 6000 Frankfurt am Main 1

Impotenz durch Hormon-Störung

Männliche Impotenz wird viel zu häufig als natürliche Alterserscheinung oder als psychisches Problem angesehen. Dabei erkannten der Bostoner Dr. Richard F. Spark und seine Mitarbeiter, wie sie in der US-Medizinzeitschrift „Jama" berichten, in 37 von 105 Fällen hormonelle Störungen als Ursache der Erektionsschwäche — danach geforscht hatte allerdings keiner der zuvor behandelnden Ärzte. Bei 36 dieser Patienten ermittelten die Wissenschaftler eine zu hohe oder zu niedrige Konzentration des männlichen Geschlechtshormons Testosteron im Blut; fast alle erreichten durch eine Hormonbehandlung wieder volle Potenz. Auch bei etwa jedem zweiten der übrigen Männer, deren Hormonspiegel normal war, kam das Spark-Team zu körperlichen Befunden, die Ursache der Impotenz sein könnten, darunter Erkrankungen an Diabetes und Drüsentumoren sowie Einnahme bestimmter Medikamente, von denen die Sexualfunktionen beeinflußt werden. Bevor eine Psychotherapie versucht wird, rät Dr. Spark, sollte ergründet werden, ob Depressionen und Ängste bei einem Mann nicht Grund, sondern Folge seiner Impotenz seien.

Alkoholismus — erblich bedingt?

Je drei von vier Alkoholikern sind wohl eher durch Veranlagung als durch Umwelteinflüsse zu ihrer Sucht gekommen, schätzt US-Mediziner Dr. Marc Schuckit aus dem kalifornischen La Jolla. Ein Indiz: Abkömmlinge ausgesprochener Trinker-Familien haben anscheinend einen veränderten Stoffwechsel — sie können mehr Alkohol konsumieren, ehe sie einen bestimmten Grad von Trunkenheit erreichen. Hinweise auf eine



Alkoholiker

erbliche Disposition zu der Sucht fand Schuckit, Mitarbeiter eines Forschungsprogramms der amerikanischen Veterans Administration, in mehreren Studien. So gerät von erbgleichen Zwillingen, wenn einer zum Trinker wird, auch der andere mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 Prozent in Alkoholabhängigkeit; bei zweieiigen Zwillingen liegt dieses Risiko nur bei 30 Prozent. Und von einer Gruppe finnischer Pflegekinder wurden später nur fünf Prozent derjenigen alkoholkrank, die abstinente Eltern hatten; von den Pflegekindern aus Alkoholiker-Familien waren es, obwohl sie in vergleichbarem Milieu aufwuchsen, 20 Prozent.

Schlaflos durch Zigaretten?

Starke Raucher, so fanden Forscher der Pennsylvania State University, schlafen schlechter. Ergebnis und Versuchsanordnung wurden jüngst in der Zeitschrift „Science" mitgeteilt. 50 chronische Zigarettenraucher schlummerten im Schlaflabor mit 50 Nichtrauchern um die Wette; Gehirnströme und andere Körperfunktionen wurden dabei aufgezeichnet. Resultat: Im Durchschnitt blieben die Raucher pro Nacht 92,7 Minuten, die Nichtraucher hingegen nur 73,9 Minuten schlaflos. Zu einer Verringerung der Schlaflos-Zeiten (von 75,9 auf 42 Minuten) kam es bei einer Gruppe, der die Zigaretten entzogen worden waren. Die Abnahme von sogenannten Katecholaminen, körpereigenen Steuersubstanzen im Blut, wird als Ursache des Schlafgewinns nach Nikotin-Entzug vermutet.

Kuppelbauten im Sandwich-Verfahren



US-Architekt Milburn, „Stratiform"-Kuppel

Bis zu 60 Prozent Heizenergie-Ersparnis gegenüber herkömmlichen Bauten erzielte der Architekt William Milburn im US-Staat Colorado, mit einer neuartigen Kuppelkonstruktion, die unter dem Namen „Stratiform" patentiert wurde. Die Kuppel besteht aus Schichten: In einen Ballon aus Kunstfasergewebe wird von innen her zunächst eine Schicht Polyurethanschaum und sodann eine nur fünf Zentimeter dicke Stützschicht aus Stahlbeton gespritzt. Die 10 Zentimeter dicke Isolation aus Kunststoffschaum bewirkt, in Verbindung mit der Muschelform des Bauwerks, eine überdurchschnittliche Wärme-Isolierung. Etwa ein Dutzend Schaumkuppeln hat Milburn schon gebaut. Die Kuppelhäuser sollen sich vor allem als Lagerhallen, Flugzeughangars oder auch zur Überdachung von Sport-Arenen eignen.

PERSONALIEN

Johannes Paul II., 59, Oberhaupt der katholischen Kirche, ließ sich am Dienstag vergangener Woche in einer Sondervorstellung im Vatikan ein eigenes Werk vorführen. Acht italienische Darsteller spielten auf einer im Konsistoriensaal errichteten Behelfsbühne das Wojtyla-Werk „Der Laden des Goldschmieds". Die 120 ausgewählten Gäste nahmen das Stück des Pontifex, das er 1960 unter dem Pseudonym Andrzej Jawien in Polen veröffentlicht hatte, mit freundlichem Applaus auf. Auch der Autor war zufrieden. Papst Johannes Paul II. zu den Akteuren: „Bis zur heutigen Vorstellung hatte ich immer befürchtet, das Stück sei langweilig."

Niki Lauda, 31, vom aktiven Rennsport zurückgetretener Formel-1-Weltmeister von 1975 und 1977, reizte es, sich noch einmal mit einem alten Kollegen aus Grand-Prix-Zeiten zu messen. Der Österreicher forderte den Amerikaner Mario Andretti, Weltmeister 1978, zum Duell — auf Langlaufskiern. Dabei entschied er in St. Moritz das Rennen gegen den Amerikaner klar für sich. Allerdings mit unlauteren Tricks: Lauda hatte am Abend vor dem Start die Bretter Andrettis mit falschem Wachs präpariert.



Walter Scheel, 60, Alt-Bundespräsident, demonstrierte in der vergangenen Woche beim Kölner Rosenmontagszug Volksverbundenheit: Das Ex-Staatsoberhaupt verfolgte mit Frau **Mildred,** 47 (l.), die Karnevalisten-Kolonne im Lokomotivführer-Look (Photo). Bei der Fasteleer-Feier im Kölner Rathaus am selben Tag allerdings gab Scheel wieder seiner Neigung zu gediegener Ausstattung nach. Auf der Veranstaltung, zu der der Kölner Oberbürgermeister John van Nes Ziegler mehr als 3000 Gäste geladen hatte, erschienen die Scheels in Biedermeier-Kostümen.



Jane Byrne, 45, Bürgermeisterin von Chicago, ist wütend über eine Indiskretion ihrer offiziellen Photographin. Die Kommunalpolitikerin hatte sich im vergangenen Jahr beim Besuch von Dreharbeiten gemeinsam mit ihrer Tochter **Kathy,** 22 (r.), und zwei Schauspielern im Gangster-Look ablichten lassen (Photo), das Bild aber nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Als das Ganoven-Porträt jetzt in einem US-Magazin erschien, griff die Bürgermeisterin hart durch: Sie versetzte die illoyale Lichtbildnerin auf einen Posten im Photolabor mit weitaus geringeren Bezügen. Die Photographin konterte — sie kündigte ihren Job bei der Stadt und kümmerte sich um den Verkauf des Byrne-Bildes. Es erschien inzwischen in fast allen größeren US-Publikationen.

Josef Adams, 60, Präsident des Landgerichts in Koblenz, entdeckte auf der Toilette der Koblenzer Staatsanwaltschaft zwei Anti-Strauß-Parolen („Stoppt Strauß, solange es noch geht"), die auf die Innenwände der Klo-Kabinen gekritzelt waren. Adams stellte Strafantrag gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung. „Aus Gründen der Beweissicherung" wurden die Zellen, die auch dem Publikum zugänglich sind, daraufhin verschlossen, und Kripo-Beamte der Spurensicherung photographierten die zentimeterhohen Inschriften in Großformat. Die Rechtsschützer vermuten den Täter offenbar in den eigenen Reihen: Die Staatsanwälte wurden angehalten, handschriftliche Arbeiten ihrer Referendare zu besorgen, um Schriftvergleiche anstellen zu können.

Max Zierl, 46, Landesvorsitzender der Bayernpartei (BP), möchte den Freistaat im Süden der Bundesrepublik von nicht-bayrischen Elementen freihalten. In der Zeitschrift „Bayerische Freiheit", die die Patriotenpartei gemeinsam mit der gleichgesinnten Bayerischen Staatspartei (BSP) gestaltet, beschwor Zierl die Vision einer drohenden Überfremdung Bayerns herauf: Oberbayrische Bauernhöfe würden von „protzigen Geldmagnaten aus dem Ruhrgebiet" aufgekauft, und immer mehr Norddeutsche zögen nach ihrer Pensionierung in den Freistaat und machten Bayern so zum „Altenheim Deutschlands". Doch auch in Schule und Verwaltung, Rundfunk und Fernsehen wittern die fanatischen Freistaatler Unterwanderung. Weil dort die „norddeutsche Aussprache" zur „Normsprache" erhoben worden sei, hätten einheimische Bewerber, die solche Anforderungen nicht erfüllen könnten, keine Chancen.

Jacqueline Onassis, 50, wohlhabende Witwe John F. Kennedys und Aristoteles Onassis', will in einem Schutzgebiet siedeln. Jackie, die vor einem Jahr für anderthalb Millionen Dollar anderthalb Millionen Quadratmeter Land auf der Insel Martha's Vineyard vor Cape Cod (US-Bundesstaat Massachusetts) erwarb, möchte dort nun eine 19-Zimmer-Villa mit angebautem Gästehaus errichten — zum Teil in unmittelbarer Nähe eines geschützten Feuchtgebiets und fast zweieinhalb Meter höher, als es die Bestimmungen zulassen. Onassis-Anwalt Alexander Forger ist dennoch zuversichtlich, eine Baugenehmigung durchzusetzen. Forger: „Das Feuchtgebiet ist lediglich eine kleine Senke, die ab und zu voll Wasser läuft, und außerdem wird niemandem der Blick verbaut."

TA Partner-Service für Unternehmer



12 EDV-Konzepte. Gemeinsames Merkmal: Erfolg in allen nur denkbaren Branchen.

Das Hardware-Angebot von Triumph-Adler ist zweifellos die Grundlage dafür, daß die EDV nicht mehr schon aus Kostengründen nur in Großunternehmen einsetzbar ist. Heute profitieren auch mittelständische Unternehmen, ja selbst Kleinbetriebe, von den vielen Vorteilen des Arbeitens mit dem Computer.

Wir haben also die Grundlage geschaffen. Aber das alleine würde nicht reichen:

Das TA Software-Programm erst ist der Motor für den Erfolg durch die EDV.

Es hat keine Lücken. Weil es vom kompletten kommerziellen Standard-Programm über praxisbewährte Branchenlösungen bis zu individuell entwickelten Programmen reicht. Und auch sie alle haben ein gemeinsames Merkmal: Auf einfache Weise kommt man zu exakten Ergebnissen. Zu fundierten Informationen für alle wichtigen Entscheidungen.

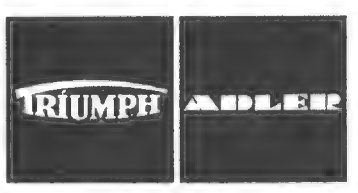
Ein EDV-Konzept wäre aber ohne Service nicht komplett.

Der TA EDV-Full-Service

sichert den Erfolg unseres Konzeptes. Weil er bereits bei der gemeinsamen Problemanalyse beginnt. Weil er unseren daraus folgenden objektiven Vorschlag für das bestgeeignete Computer-System ebenso einschließt, wie die wirtschaftlichste Finanzierung, das Einarbeiten Ihres Personales, die Software-Systempflege und den ebenso schnellen wie zuverlässigen Kundendienst.

Jetzt brauchen Sie nur noch Schere, Umschlag und Briefkasten, damit Sie per Coupon und Post mehr über das für Ihr Unternehmen bestgeeignete EDV-Konzept erfahren.

Triumph-Adler Vertriebs-GmbH
Abt. Verkaufsförderung
Fürther Straße 212
8500 Nürnberg
Telefon 0911/322-1



TA Computer Systeme

Der Scheck für's Konzept ... damit Sie wissen, wie Sie die Computerleistung für Ihr Unternehmen optimal nutzen können.

☐ Unsere Mitarbeiterzahl: ______
Ich möchte persönlich informiert werden. Ihr EDV-Berater soll unter der Nr. ______ telefonisch einen Termin vereinbaren.

☐ Senden Sie detailliertes Informationsmaterial über Ihr EDV-Konzept für die Branche
______
Die EDV soll in folgenden Bereichen eingesetzt werden:
______

Name: ______
Firma: ______
Straße: ______
PLZ/Ort: ______

sp 1.280/cp

OSKAR KOKOSCHKA †

Mit seinem Generationsgefährten Picasso hatte er die unersättliche Produktivität gemeinsam und längst auch den mißbilligenden Seitenblick auf das, was Jüngere taten. Oskar Kokoschka, 1886 im niederösterreichischen Pöchlarn geboren, gehörte zu den letzten Überlebenden aus einer Kunstepoche, der die Malerei noch spontane und vitale Selbstverwirklichung zu bieten hatte. Er war, in Else Lasker-Schülers vielzitierter Lobpreisung, „ein alter Meister, spät geboren, ein furchtbares Wunder“.

Als dieses Wort fiel, war der alte Meister ein junger Mann und „Oberwildling“ und machte in Wien, wo er aufgewachsen war, Skandal — in einem Medium, das ihm neben der Malerei immer unentbehrlich blieb. Das Drama „Mörder, Hoffnung der Frauen“, dessen Aufführung 1909 im Tumult endete, leitet ein umfangreiches literarisches Werk ein, Theaterstücke von ekstatisch aufgelöstem Satzbau, Lyrik und schließlich auch Memoiren.

Anstoß erregte gleichfalls, was Kokoschka um 1910 an bildnerischen Visionen zutage förderte. Von Aktzeichnungen, in denen sich die Jugendstil-Erotik Gustav Klimts spiegelte, schritt er zu eigentümlich unter die Oberfläche dringenden Porträts vor. Unter dem „Röntgenblick“ des Malers schien die Gesichtshaut durchsichtig zu werden, innere Strukturen traten nervös pulsierend hervor.

Zeitgenossen mutete diese Tiefensicht bisweilen unheimlich prophetisch an: Den Schweizer Psychiater Forel, dessen „inneres Gesicht“ (Kokoschka) der 24jährige gemalt hatte, wollte die Familie so nicht wiedererkennen. Erst durch einen Schlaganfall wurde die Ähnlichkeit offenkundig.

Dem beschädigten Anblick seiner Modelle entsprach Kokoschkas eigener aufgewühlter Seelenzustand. Alma Mahler, mit der ihn ein ebenso leidenschaftliches wie schwieriges Liebesverhältnis verband, erhöhte er in einem expressionistischen Bravourstück zur „Windsbraut“ (1914). Als „Effigie“ der verlorenen Gefährtin ließ er sich später eine lebensgroße Puppe bauen.

Aus dem Ersten Weltkrieg schwer verwundet zurückgekehrt, hatte sich Kokoschka in Dresden niedergelassen, wo er 1919 eine Professur übernahm. 1923 verabschiedete er sich auf zwei Jahre unbezahlten Urlaub und kam nie mehr zurück. Auf Reisen durch halb Europa, bis Nordafrika und Vorderasien verfolgte er die schon früh gelegentlich erprobte, in Dresden systematisch in Angriff genommene Thematik von Landschaften und Stadtansichten.

Kokoschkas Städtebilder, zunehmend in flirrender Farbigkeit und mit manieristischem bis barockem Pinselschwung fixiert, bilden mit ihrer Suggestion innerer Unruhe und als Versuche, den äußeren Schein visionär zu durchdringen, genaue Gegenstücke zu den Porträts. Als dritten Bereich erschloß sich der Maler Historienbilder und mythische Allegorien, die er oft als mehrteilige Tafeln und in wandfüllenden Formaten ausführte.



Kokoschka, der 1938 — in Deutschland „entartet“ — nach London, 1953 nach Villeneuve am Schweizer Ufer des Genfer Sees gezogen war, wurde in späten Jahren zum auch offiziell gefragten Prominentenmaler; prestigefreundlicher als von „OK“ konnte man sich nicht porträtieren lassen. Heuss, Adenauer und Erhard, unter anderen, saßen ihm. Kokoschkas vielfältiges, kaum überschaubares Œuvre schließt außerdem zahlreiche graphische Illustrationen (von der Odyssee bis zu eigenen Werken) und auch Theaterdekorationen ein; für Kirchen lieferte er Mosaikentwürfe mit religiösen Motiven.

Kokoschka starb Freitag letzter Woche an Herzversagen in seinem Haus in Villeneuve.

REGISTER

GESTORBEN

Alfred Andersch, 66. Der Romancier („Winterspelt"), Erzähler („Ein Liebhaber des Halbschattens") und Essayist war eine Gründer- und Schlüsselfigur der deutschen Nachkriegsliteratur, aber er gehörte nie zu deren ruhm- und erfolgreichsten Autoren. Die Schriftsteller-Karriere des Münchner Offizierssohns, der vor 1933 in der KPD aktiv, nach Hitlers Machtergreifung mehrere Monate im KZ Dachau inhaftiert war und 1944 in Italien aus der Wehrmacht zu den US-Truppen flüchtete, begann bei Kriegsende, angetrieben von antifaschistisch-radikaldemokratischem Engagement. Zusammen mit Hans Werner Richter gab Andersch in München die Zeitschrift „Der Ruf" heraus. Als sie 1947 verboten wurde, starteten Richter und Andersch mit anderen die Schriftsteller-„Gruppe 47". Mit dem Bericht über seine Desertion, „Die Kirschen der Freiheit" (1952), und dem Roman über Verfolgung und Widerstand im NS-Reich, „Sansibar oder der letzte Grund" (1957), fand er positive Beachtung, am Roman „Die Rote" (1960) verrissen die meisten Kritiker seine Neigung zu prätentiösem Chic. Ende der fünfziger Jahre zog sich Andersch aus dem Adenauer-Staat ins Tessin zurück. 1976 entfachte er mit dem Gedicht „Artikel 3 (3)", in dem Vergleiche zwischen der Bundesrepublik des Radikalenerlasses und dem Naziregime gezogen wurden, die wohl heftigste Kontroverse seiner Laufbahn. Andersch starb, zwei Jahre nach einer Nierentransplantation, letzten Donnerstag in seinem Haus in Berzona.

Graham Sutherland, 76. Der Londoner Beamtensohn, den seine Eltern gern als Ingenieur gesehen hätten, fing „aus Verzweiflung" auf dem College in Epsom zu malen an. Er absolvierte dann eine Künstler-Ausbildung, entdeckte Motive in walisischen und südenglischen Landschaften und hatte während des Zweiten Weltkrieges, als „offizieller Kriegsmaler", Resonanz mit grellen Bombennacht-Szenen. Katholik seit 1926, entwarf Sutherland nach dem Krieg einen gigantischen Gobelin mit thronender Christusfigur für den Neubau der Kathedrale von Coventry. Über die Kunstwelt hinaus wurde der Maler durch sensibel erfüllte Porträtaufträge (Somerset Maugham, Konrad Adenauer) bekannt — und nicht zuletzt durch einen „beispiellosen Akt von Vandalismus" gegen sein Werk: Sutherlands Churchill-Bildnis mißfiel dem Modell so sehr, daß Lady Churchill das Gemälde verbrennen ließ. Der Maler starb am vorletzten Sonntag in London an einem Magentumor.

HO&M LH 25/80

Neu. Frankfurt – Rio nonstop. 4 x wöchentlich, auch mit Senator Sleeper.

Ab 8. April können deutsche Unternehmer ihre brasilianischen Töchter nonstop besuchen. Mit Boeing 747.



Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 25. 2.

20.15 Uhr. ARD-Olympia-Studio
Rückblick auf die XIII. Olympischen Winterspiele in Lake Placid.

20.15 Uhr. ZDF. Gesundheitsmagazin „Praxis"
Entstehung und Verhinderung von Nierenkrankheiten sind Thema des Magazins, das um 22.20 Uhr mit einer Live-Diskussion zur Organtransplantation fortgeführt wird.

20.15 Uhr. Nord III. Kino-Werkstatt
Live-Sendung aus Berlin über die 30. Internationalen Film-Festspiele und das 10. Internationale Forum des Jungen Films.

21.20 Uhr. ZDF. Molière
Ariane Mnouchkines Vier-Stunden-Film über den französischen Schauspieler und Dramatiker Molière (Photo) wird vom ZDF in fünf Teilen ausgestrahlt. Die monumentale Biographie mit den



Schauspielern des Théâtre du soleil, die zum farbenprächtigen Gemälde Frankreichs im 17. Jahrhundert wurde, erhielt zum Kinostart vor einem Jahr Lob von der Kritik. Erster Teil des Breitwandfilms: „Kind und Jugend".

23.00 Uhr. ARD. Die Abrechnung
Die ARD wiederholt Jack Golds Kino-Porträt (1969) eines Londoner Aufsteigers, der mit seiner Karriere in Konflikt kommt.

Dienstag, 26. 2.

19.30 Uhr und 20.45 Uhr. Nord III. Lehrstelle gesucht!
Live-Diskussion über Probleme der Lehrstellensuche mit Vertretern der Landesarbeitsämter, der Gewerkschaften, der Handelskammer Lübeck und des Instituts für Berufsbildung Berlin. Zuschauer können telephonisch Fragen stellen.

21.00 Uhr. ARD. Monitor
Beiträge: Die niedersächsischen Behörden verschleiern einen Umweltskandal, der nach Meinung von Medizinern die Umsiedlung ganzer Stadtteile erforderlich macht; junge Polizisten kritisieren den Personen- und Objektschutz; die deutsche „Krisen-Presse" zum Einmarsch in Afghanistan; die Situation illegaler ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik.

21.20 Uhr. ZDF. Heimkehr in die Fremde
„Fleißig, bescheiden und anpassungsfähig" — so charakterisiert Autor Hannes Marx polnische Aussiedlerfamilien, die er nach drei Jahren Bundesrepublik ein zweites Mal besuchte. Sein Fazit: Ihre Wünsche sind in Erfüllung gegangen.

22.00 Uhr. ZDF. Der Anderson Clan
US-Krimi (1970) über einen Millionenraub. Regie: Sidney Lumet.

Mittwoch, 27. 2.

19.50 Uhr. Südwest III. Alice lebt hier nicht mehr
Martin Scorseses Spielfilm (1975) über eine Frau, die nach dem Tod ihres Mannes mit ihrem dreizehnjährigen Sohn nach Kalifornien tingelt, um dort eine Karriere als Sängerin zu beginnen.

20.15 Uhr. ARD. Stärker als die Sonne
Zwei Atomwissenschaftler in einem englischen Atomforschungszentrum entdecken mysteriöse Anzeichen für einen nuklearen Unfall, der von der Werksleitung dementiert wird. Der BBC-Film entstand in Zusammenarbeit mit der englischen Atom-Behörde — ohne Happy-End.

20.15 Uhr. ZDF Magazin
Moderator: Gerhard Löwenthal.

20.15 Uhr. West III. Anruf erwünscht
„Abrüstung durch Aufrüstung — Friedensforschung ohne Wirkung?" Es diskutieren Manfred Wörner, Klaus von Dohnanyi, Dieter Senghaas, Relus ter Beek (Niederlande), Daniel Proektor (UdSSR), Alfred Mechtersheimer und Walter Stützle.

22.40 Uhr. ZDF. Comenius (Wh.)
Anläßlich des Todes von Oskar Kokoschka wiederholt das ZDF sein Schauspiel über den böhmischen Barock-Mystiker und Volkserzieher. Kokoschka selbst spielt in der Fernsehfassung von 1975 (Regie: Stanislav Barabas) als Erzähler und Kommentator eine gewichtige Rolle.

Donnerstag, 28. 2.

17.30 Uhr. ARD. Musik ist, wenn man's trotzdem macht
Beginn einer fünfteiligen Dokumentarfilm-Reihe von Inga di Mar über Feierabendmusiker und ihre Motivationen. Erster Teil: Der Arzt, der abends Blues spielt.

20.15 Uhr. ARD. Geschichte und Politik
Ein Disput zwischen Golo Mann und Franz Josef Strauß.

21.20 Uhr. ZDF. Die Bonner Runde
Johannes Gross im Gespräch mit Politikern.

22.20 Uhr. ZDF. Molière
Zweiter Teil des Dichter-Porträts von Ariane Mnouchkine und dem Théâtre du soleil: „Der Schritt auf die Bühne".

23.00 Uhr. ARD. Gustav Mahler
Lieder nach Gedichten aus „Des Knaben Wunderhorn": Brigitte Fassbaender, Dietrich Fischer-Dieskau und das Rundfunk-Orchester Saarbrücken unter der Leitung von Hans Zender.

Freitag, 29. 2.

20.15 Uhr. ARD. Fahrt ins Abenteuer
Deutscher Spielfilm von 1943. Regisseur Jürgen von Alten lieferte eine



Klamotte fürs Kriegs-Deutschland: Ein Schriftsteller verliebt sich (Photo: Hilde Sessak, Hans Holt).

21.40 Uhr. ARD. Mischa in Nöten
Anstelle des angekündigten Beitrags von Gerhard Bott über „Aussteiger" sendet die ARD ein Feature von Stefan

Lázár über „die Rolle der Sowjet-Union in der Olympischen Bewegung". Der „Aussteiger"-Film wird am 1. Mai nachgeholt.

22.20 Uhr. ZDF. Aspekte
Bericht über die 30. Internationalen Filmfestspiele in Berlin.

23.30 Uhr. ZDF. Die Vergessenen (sw)
Der Spielfilm aus dem Jahr 1951 zeigt das Schicksal von zwei Slum-Jugendlichen in Mexiko-City: Der eine kommt bei dem Versuch, das Getto zu verlassen, um, der andere, weil er sich brutal auf die Regeln des Milieus einläßt. Luis



Buñuel wollte mit dem in Cannes 1951 ausgezeichneten Film „Tatschen des wirklichen Lebens" zeigen: „Die Personen sind nicht erfunden, sondern authentisch" (Szenenphoto).



Severin-Film „Mona und Marilyn" (Samstag, 20.15 Uhr, ZDF)

Samstag, 1. 3.

19.50 Uhr. Südwest III. Wer klopft denn da an meine Tür (sw)
Martin Scorseses erster Spielfilm (1969) über eine Romanze in den Straßen von New York. Der Film gilt als Vorarbeit zu Scorseses „Hexenkessel".

20.15 Uhr. ZDF. Mona und Marilyn
„Weil es zuwenig Frauenfilme aus Männersicht gibt", hat sich der Wiesbadener Filmemacher Sven Severin auf das Thema gestürzt. In seiner Urlaubs-Burleske agiert eine Frau, „die sowohl Weib als auch große Persönlichkeit ist". Trotzdem glaubt der Regisseur nicht an Beifall von feministischer Seite.

21.20 Uhr. Südwest III. Die Straßen von New York, die Kirche und das Kino
Ein Porträt des italo-amerikanischen Regisseurs Martin Scorsese.

22.05 Uhr. ARD. Das Mädchen und der Kommissar
Romy Schneider und Michel Piccoli (Photo) spielen die Hauptrollen in Claude Sautets Psychokrimi (1970) über die



Machtversessenheit eines Pariser Polizisten, der einen Verbrecher jagt.

23.10 Uhr. ZDF. Der Kommissar (Wh.)
„Die Nacht, in der Basseck starb" beschäftigt Kommissar Erik Ode in dieser Folge der Krimiserie. Mit von der Partie: die „Les Humphries Singers".

Sonntag, 2. 3.

10.30 Uhr. ZDF. Sie nannten ihn Amigo (sw)
Die ZDF-Matinee bringt diesmal einen mehrfach preisgekrönten DDR-Spielfilm aus dem Jahr 1958: Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs helfen Berliner Kinder einem entflohenen politischen Häftling. Einer von ihnen, Amigo, wird schließlich geschnappt, aber überlebt das Konzentrationslager. Anschließend beginnt die ZDF-Matinee eine Sendereihe, in der „die Literatur unserer Zeit unmittelbar und unverstellt zu Wort und Bild kommen" soll. Das Vorhaben beginnt mit einem Porträt der Schriftstellerin Luise Rinser.

11.15 Uhr. ARD. Magical Echoes
Eine „musikalische Begegnung zweier Welten" — der des westlichen Rock und der balinesischer Volksmusik — wollte Musik-Guru Eberhard Schoener auf dem Gelände der Bundesgartenschau in Bonn zustande bringen.

17.45 Uhr. ARD. Die Schlacht um England.
Rolf Seelmann-Eggebert untersucht die „Battle of Britain" im Jahre 1940, in der Göring seinen Traum von der problemlosen Bombardierung Englands aufgeben mußte. In dem Beitrag kommen Augenzeugen zu Wort, unter anderem eine Hausfrau, die die Schlacht im Londoner U-Bahn-Schacht überlebt hat.

20.15 Uhr. ARD. Menschen und Straßen
Dritter Teil der Sendereihe von Ebbo Demant. Diesmal rekonstruiert Demant einen Mord auf der „Landstraße Evora" in Portugal. Im Oktober 1979 waren dort zwei Arbeiter erschossen worden, als ein Großgrundbesitzer sein während der Revolution 1975 enteignetes Land wieder in Besitz nehmen wollte.

21.00 Uhr. ARD. Fluch des Südens
Martin-Ritt-Verfilmung (1959) des gleichnamigen Romans von William Faulkner: Eine ehemals angesehene Südstaaten-Familie versucht, gegen ihren Abstieg anzukämpfen.

21.15 Uhr. ZDF. Molière
Dritter Teil des Dichter-Porträts von Ariane Mnouchkine und dem Théâtre du soleil: „Die Wanderjahre".

HOHLSPIEGEL

Aus der Kampagne der Bonner Verkehrsbetriebe gegen Schwarzfahrer: „Seht sie euch an, macht's ihnen schwer, unterstützt den Kontrolleur."

△

> **Bistum Münster**
> Wir suchen ab sofort oder später
> **Raumpflegerinnen**
> für nachmittags bei leistungsgerechter Bezahlung. Katholische Bewerberinnen melden sich bitte im Verwaltungsgebäude Spiegelturm 4–8, Zimmer 232, 4400 Münster, Telefon 49 53 31.

Aus den in Münster erscheinenden „Westfälischen Nachrichten".

△

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CSU-Bundestagsabgeordnete Walter Becher, will nicht mehr für das Bonner Parlament kandidieren. Als Begründung für diesen Entschluß heißt es im Landesdienst Bayern der Nachrichtenagentur dpa: „Er beabsichtige schon lange, sich ‚wissenschaftlichen und historischen Aufgaben zu widmen'. Außerdem solle jetzt ‚die Jugend an die Front', sagte der 67jährige Politiker. Für seinen Platz auf der CSU-Liste schlage die Sudetendeutsche Landsmannschaft Siegfried Zoglmann (66) vor . . ."

△

> Arbeitsloser mit gutem Einkommen sucht
> **Wirtschafterin**
> Kenntnisse der franz. Küche erwünscht. Reinigunspersonal vorhanden.
> Angebote unter Ch. 2456 an Kreisboten-Verlag, Am Weidenbach 8, 8120 Weilheim

Aus dem Weilheimer „Kreisboten".

△

> **HONOLULU, HAWAII/USA**
> Spezialwerkstätte für europäische Autos incl. Inventar und 10 Mechanikern (Karosserieschlosser u. Lackierer), direkt im Einkaufszentrum Honolulu **zu verkaufen.**
> Persönliche Rücksprache und Verhandlungen mit Eigentümer möglich am 29. 2. 80 im Hotel „Vier Jahreszeiten", München, u. ✉ ZS9073963 an SZ.

Aus der Münchner „Süddeutschen Zeitung".

△

Stellengesuch im „Journalist", der Zeitschrift des Deutschen Journalisten-Verbandes: „Morgenpost-Redakteur, 35 Jahre alt, keine Niete, sucht nach eindrucksvollen Erfahrungen mit sozialdemokratischen ‚Managern' einen echten kapitalistischen Verleger."

RÜCKSPIEGEL

Zitat

Der „Kölner Stadt-Anzeiger":

Ist es wahr, daß ein führender Politiker im Krisenstab nach der Schleyer-Entführung angeregt hat, Terroristen mit dem Standrecht zu bekämpfen, das heißt: mit Exekution nach kurzem Prozeß? Verdächtigt werden jetzt alle. Nachdem der SPIEGEL Franz Josef Strauß als Urheber einer solch horrenden Idee genannt hatte, konterte die CSU, indem sie Helmut Schmidt mit einschlägigen Veröffentlichungen drohte . . . Unbeschädigt wird dabei keiner bleiben. Denn es liegt auf der Hand, daß niemand die Protokolle der Beratungen, die damals in einer höchst kritischen Situation geführt wurden, völlig veröffentlichen wird . . . Dem Presseorgan, das diesen Streit ausgelöst hat, ist er nicht anzulasten. Eine Information, wie der SPIEGEL sie weitergegeben hat, mag die Möglichkeit vertraulicher Beratungen empfindlich beeinträchtigen, aber dafür sind die Politiker verantwortlich, die ihre eigenen Abmachungen brechen. Sollte es die Öffentlichkeit nicht interessieren, ob ein Politiker Ansichten äußert, die ihn für jedes Regierungsamt in einem Rechtsstaat disqualifizieren?

Der SPIEGEL berichtete . . .

. . . in Nr. 5/1980 und Nr. 8/1980 über den Schweizer Staatsbürger Peter Egloff, der trotz Zusicherung freien Geleits von der Karlsruher Justiz wegen Verdachts auf Falschaussage verhaftet und seit drei Monaten gefangengehalten wurde.

Letzten Freitag hob die 1. Strafkammer des Landgerichts den Haftbefehl aus Gründen der Verhältnismäßigkeit auf (Die Mindeststrafe für Falschaussage beträgt drei Monate und entspricht damit der bisherigen U-Haft). Die gleichzeitig beschlossene Eröffnung des Strafverfahrens vor einer Großen Strafkammer gibt den Weg frei für eine spätere Revision zum Bundesgerichtshof (BGH), der somit das Problem des freien Geleits höchstrichterlich klären kann. Der Antrag auf eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht (BVG) ist mit der Haftentlassung hinfällig geworden. Mit der Verfassungsbeschwerde wird sich das BVG hingegen weiter befassen. Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel will aus Anlaß des Falles Egloff das Problem des freien Geleits auf der nächsten europäischen Justizministerkonferenz zur Sprache bringen. Seit Mittwoch letzter Woche liegt dem BVG zudem eine ausführliche Stellungnahme des Justizministeriums vor.



–TOKIO–

Während einer deutsch-japanischen Wirtschaftswoche sollte ich über das deutsche Wettbewerbsrecht sprechen. Prompt fällt mitten im Vortrag die Anlage für die Simultan-Übersetzung aus. Mit Schweißperlen auf der Stirn mußte ich vom Deutschen ins Englische wechseln. Daß der Beifall trotzdem herzlich war, lag wohl mehr an der japanischen Höflichkeit als an meinem mäßigen Englisch. Beim anschließenden Bankett gab es dann keine Sprachschwierigkeiten mehr. Denn bei einem guten Tuborg Beer (das man auch in Japan sehr schätzt) versteht man sich auch ohne Dolmetscher ausgezeichnet.

TUBORG GIBT ES IN ÜBER 100 LÄNDERN DER ERDE.

WER DIE WELT KENNT, KENNT TUBORG.

TUBORG BREWERIES LTD., DENMARK,
BY APPOINTMENT TO THE ROYAL DANISH COURT.

Tuborg Vertriebsgesellschaft mbH, Parkstraße 51,
2000 Hamburg 52, Tel.: 040/82 52 55/56.

TU 17